



## STANDPUNKTE

GEGEN MITTELMASS UND MUSS  
BIG BUSINESS EMISSIONSHAND  
VERARMUNG MADE IN FRANKF  
NO EXIT – FALSCHER GEGENSÄTZ  
VERBESSERN SOZIALE MEDIEN  
DRUCK UND ZWANG STATT SP  
TRAUM VON EINER LINKEN PRÄ  
BEDROHTES WISSEN, BEDROHT  
CHÁVEZ: VERMÄCHTNIS UND H  
VERANTWORTUNG IN DER KRIS  
DEUTSCHLAND GEFÄHRDET EU  
BRASILIANISCHER FRÜHLING O  
MALI: VOM «HOFFNUNGSTRAG  
WACHSENDE UND FREIHEIT  
STEINIGER WEG IN MYANMAR  
NEUER DEMOKRATISCHER WEG  
EIN BESUCH BEIM NEUEN MON

# 2013

---

**IMPRESSUM**

STANDPUNKTE 2013, STANDPUNKTE international 2013

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG  
**STANDPUNKTE**  
**STANDPUNKTE International**  
**2013**

Mit den Publikationsreihen «Standpunkte» und «Standpunkte International» interveniert die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Debatten über Kapitalismus, Demokratie und sozialökologische Transformation. Die Beiträge bieten zugleich Raum für Diskussionen innerhalb der gesellschaftlichen Linken. Sie sollen sich in die diversen politischen Kämpfe unserer Zeit einmischen, emanzipatorische Positionen prägnant zum Ausdruck bringen und Alternativen für eine friedliche, gerechte und solidarische Zukunft aufzeigen.

Angesichts verschärfter sozialer Konflikte rückten mehrere AutorInnen der «Standpunkte» im Jahr 2013 die europäische Krise in den Mittelpunkt. Ihre Texte spüren kritisch der Rolle Deutschlands und seiner politischen RepräsentantInnen innerhalb der EU nach und greifen die Debatten um Euro und das Agieren der Europäischen Zentralbank auf. Andere VerfasserInnen verdeutlichten exemplarisch die dramatischen Folgen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft – wie Armut und Durchökonomisierung – an den Beispielen der Lebensmitteltafeln sowie des Leistungsdrucks auf Kinder schon im Vorschulalter. Globale Konflikte um Energie und Ressourcen ebenso wie länder- und regionenspezifische Fragen von Demokratie und Frieden waren Ausgangspunkte für Interventionen in der Reihe «Standpunkte International». Geografisch reichte das Spektrum dabei von Mexiko über Mali bis Myanmar.

Die in diesem Sammelband zusammengestellten Beiträge sind einschließlich der Angaben zu den AutorInnen inhaltlich in der Fassung ihrer Erstveröffentlichung dokumentiert. Bestellhinweise für Druckexemplare finden sich auf der vorletzten Umschlagseite. Das Jahrbuch ebenso wie die einzelnen Standpunkte können zudem kostenfrei im portablen Dokumentenformat (pdf) von der Internetseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter [www.rosalux.de/publikationen](http://www.rosalux.de/publikationen) heruntergeladen werden.

# INHALTSVERZEICHNIS

- 5** STANDPUNKTE 01/2013  
Mercedes Bunz  
Ein Besuch beim neuen Monster
- 9** STANDPUNKTE 02/2013  
Christoph Nitz  
Gegen Mittelmaß und Murks
- 13** STANDPUNKTE 03/2013  
Ulrich Brand / Ulla Lötzer /  
Michael Müller / Michael Popp  
Big Business Emissionshandel  
Jutta Kill  
EU-Emissionshandel abschaffen  
ist aktiver Klimaschutz
- 19** STANDPUNKTE 04/2013  
Judith Dellheim / Frieder Otto Wolf / Gabi Zimmer  
Offene Fragen zu Europa
- 24** STANDPUNKTE 05/2013  
Lühr Henken / Peter Strutynski  
Händler des Todes
- 28** STANDPUNKTE 06/2013  
Thomas Sablowski / Etienne Schneider  
Verarmung made in Frankfurt/M.
- 34** STANDPUNKTE 07/2013  
Mario Candeias  
No Exit – Falsche Gegensätze in der Euro-Debatte
- 40** STANDPUNKTE 08/2013  
Günther Salz  
Müll für Menschen
- 43** STANDPUNKTE 09/2013  
Cornelia Hildebrandt / Horst Kahrs / Harald Pätzolt  
Nach acht Jahren Merkel: No trouble?
- 47** STANDPUNKTE 10/2013  
Michael Schlecht  
Deutschland gefährdet Europa
- 54** STANDPUNKTE 11/2013  
Cornelia Hildebrandt / Jochen Weichold  
Bundestagswahl 2013:  
Wahlprogramme der Parteien im Vergleich
- 63** STANDPUNKTE 12/2013  
Peter Dahlgren  
Verbessern soziale Medien die demokratische  
Partizipation?
- 68** STANDPUNKTE 13/2013  
Deniz Utlü  
Für Trauer und Zorn
- 73** STANDPUNKTE 14/2013  
Christine Brückner  
Druck und Zwang statt spielendes Lernen

- 77** STANDPUNKTE International 01/2013  
Jorge León Trujillo  
**Wahlen in Ecuador:  
Perspektiven des Correa-Systems**
- 81** STANDPUNKTE International 02/2013  
Afrique-Europe-Interact  
**Krieg in Mali**
- 85** STANDPUNKTE International 03/2013  
Alice B. M. Vadrot  
**Bedrohtes Wissen, bedrohtes Leben**
- 90** STANDPUNKTE International 04/2013  
Boaventura de Sousa Santos  
**Chávez: Vermächtnis und Herausforderungen**  
Miriam Lang  
**Venezuela: Nach den Wahlen wird entschieden**
- 94** STANDPUNKTE International 05/2013  
Julian Marioulas  
**Verantwortung in der Krise**
- 98** STANDPUNKTE International 06/2013  
Claus-Dieter König  
**Mali: Vom «Hoffnungsträger» zum «Krisenstaat»**
- 102** STANDPUNKTE International 07/2013  
Philipp Gerber  
**Europäische Unternehmen erzwingen das grüne  
Geschäft mit dem Wind in kolonialem Stil**
- 107** STANDPUNKTE International 08/2013  
Torge Löding  
**Wachsende Unzufriedenheit in Costa Rica**
- 111** STANDPUNKTE International 09/2013  
Manuel Palz  
**Steiniger Weg in Myanmar**
- 115** STANDPUNKTE International 10/2013  
Antonio Martins  
**Brasilianischer Frühling oder Putsch von rechts?**
- 120** STANDPUNKTE International 11/2013  
Michael Glaß  
**«Lieber rot als schwul»?**
- 124** STANDPUNKTE International 12/2013  
Younas A. Chowdhry  
**Neuer demokratischer Spielraum in Pakistan**
- 128** STANDPUNKTE International 13/2013  
Torge Löding  
**Traum von einer linken Präsidentin in Honduras**
- 132** STANDPUNKTE International 14/2013  
Julio C. Gambina  
**Viele Ungewissheiten**

MERCEDES BUNZ

## EIN BESUCH BEIM NEUEN MONSTER

ZEITGENÖSSISCHE VERSCHIEBUNGEN DER MACHT  
AM BEISPIEL DES BEGRIFFS ARBEIT<sup>1</sup>

Probieren Sie das mal: Wenn Sie das nächste Mal sehr früh aufwachen, Morgengrauen und so, öffnen Sie die Augen nur ein ganz klein wenig. Bewegen Sie sich nicht. Genau, nicht reckeln. Einfach so tun, als ob man noch schläft und gut die Ohren spitzen, während sich die Gedanken anstelle der Träume im Gehirn versammeln. Was hören Sie?

Genau, es knirscht. Kontinuierlich. Das ist der grummelnde Grundton, der seit einiger Zeit Ihr Leben begleitet. Die Balken der Diskurse biegen sich, das ganze System wird umgewuchtet, gleich einem Schiff, das nach einer Halse sein Gewicht auf die andere Seite verlagert. Wir haben die Bewegung kaum gemerkt, und doch kann man die Veränderungen nicht mehr ignorieren: Die Logiken, in denen wir leben, sind nicht mehr modern. Für Theoretiker und Theoretikerinnen ist das natürlich toll. Es gibt Arbeit für sie. Bei diesem Wendemanöver ist jede Menge durcheinandergeraten. Das Gleichgewicht der Begriffe hat sich verschoben. Bezugspunkte liegen wie umgekippte Schränke im Weg und behindern ein Weiterkommen. Liebgewonnene Begriffe, einst strahlende Blickpunkte, hängen jetzt, nassen grauen Lappen gleich, mutlos herab und verstellen die Sicht – die menschliche Perspektive kommt auch im digitalen Zeitalter nur langsam hinterher. Macht nichts. Wir haben Zeit, ein ganzes nächstes Jahrhundert. Und Grau ist keine schlechte Farbe, kann man was draufsprühen.

Ich will im Folgenden – Sie haben das sicher schon gemerkt – erstens über Arbeit reden, dabei zweitens aufzeigen, was sich verändert hat, auf welche Weise der Begriff Arbeit in der Welt sitzt und drittens beobachten, was uns diese Veränderung über den Diskurs sagt, den wir bewohnen.

Selbstbestimmung und Kreativität gehören dabei zu den ersten Begriffen, an denen das neue Monster – das derzeit herrschende System – seine Narration erfolgreich ausprobierte. Selbstbestimmung und Kreativität wurden – einst deutlich emanzipativ konnotiert – semantisch enteignet. Dass hier tatsächlich eine neue Diskurslogik am Werk ist, merkt man auch daran, dass Negation mit einem Male keine Option mehr ist. «Selbstbestimmung – nein Danke» wurde natürlich kein Slogan. Die alte Technik der Dialektik – Negation – läuft im neuen System ins Leere, was aber nicht gleich heißt, dass wir im Zeitalter der Postdialektik gelandet sind. Gelandet sind wir jedoch irgendwo anders, denn die diskursiven Waffen des alten Systems funktionieren nicht mehr. Und man kann sogar eine Erklärung dafür finden, wie so eine Veränderung passieren konnte, ohne dass wir gefragt wurden oder das Bundesverfassungsgericht darüber beriet. Es scheint, als hat man jenen Trick angewendet, den der Philosoph Giorgio Agamben als «Signatur» beschreibt: «Signatures move and displace concepts and signs from one field to another without redefining them semantically.» (Agamben 2011, 4)

Anders als der Poststrukturalismus, der Begriffe geradezu frontal angriff und unwiderruflich aufbohrte, Autoren für tot erklärte und für jede Menge Diskurswirbel sorgte, pasierte nach vorne heraus semantisch gesehen eher wenig. Niemand schrieb aufgeregte Feuilletondebatten. Dennoch merken wir, dass sich das gesamte System verschoben hat. Konzepte wie Selbstbestimmung und Kreativität finden sich versetzt, aber semantisch nicht neu definiert. Thus we are displaced, no doubt, wir sind verschleppt worden, und befinden uns in der Hand, beziehungsweise der Logik eines neuen Diskurses, dessen Eckpunkte wir grob folgendermaßen abstecken können.

Wirtschaft ist die neue Politik.

Effizienz ist die neue Ideologie.

Globalisierung ist die neue Geschichte.

Innovation ist der neue Fortschritt.

Und Arbeit ist die neue Identität.

Arbeit steht im Zentrum des neuen Systems, in dem wir uns jetzt befinden, was man schon daran bemerkt, dass es zu ihr kein Außerhalb gibt. Das Ich wird zu einem Unternehmen, das sich durch andere Logiken, Liebe etwa, nicht mehr mitreißen lässt. Felicia Zellers Theaterstück «X Freunde» beschreibt das ebenso wie einige der Stücke von Dennis Kelly. In ihnen ist die Liebe kein das System bedrohendes Außen mehr, wie noch in der Aufklärung oder der Romantik. Sie geht in Arbeit unter, in der Logik der Effizienz. Man zieht sich nicht mehr ins Dachge-

schoß zurück – wie noch in Tiecks Novelle «Des Lebens Überfluss» – und zersägt die Treppe als Brennholz. Die Literatur kommt nicht mehr als Rettung infrage. Das Dachgeschoss ist ausgebaut. Die Liebe kann vielleicht Klassenschranken sprengen, gegenüber der Arbeit ist sie machtlos.

Um dem Agieren der Macht und der Bewegung des Diskurses auf die Spur zu kommen, machen wir einen Umweg über eine Arbeitshose, die Jeans. Oft ist es ja so, dass sich im Zentrum alles verknäult, weshalb man am Rande besser sehen kann. Deshalb blicken wir nicht auf die Arbeit selbst, sondern versuchen das, was mit der Arbeit geschieht, von der Arbeitshose abzulesen. Ausgangspunkt dafür soll ihr Auftauchen in einem Film sein, in dem es keine Arbeit gibt, zumindest keine gute, selbstbestimmte: «Out of the Blue» von Dennis Hopper.

### ARBEITSHOSEN ERKENNTNISSE

Hellblau wie ein Bergsee ist die Jacke, welche die junge Cebe quer durch den Film «Out of the Blue» trägt. Man könnte auch sagen: ausgewaschen, doch Dennis Hoppers drastischer Film ist eine Hommage an die Jeans. Wir schreiben das Jahr 1980, das Ende der Welt und der Hoffnung ist nahe, und die Jeans ist überall dabei. Während ihr von Schuld und Unfähigkeit verbeulter Vater die Hose noch zum Arbeiten anzieht, trägt Cebe ihre bergseeblaue Jeanskluft androgyn angreifend als Aussage durch eine feindliche Welt: Disco sucks, kill all Hippies. Die Welt ist in Unordnung, und mit ihr die Jeans. Schon seit Längerem hatte das Jeansmaterial begonnen, sich von seinem Gebrauchswert unabhängig zu machen und keine Arbeitshose mehr zu sein, sondern Mode zu werden, was der Film «Out of the Blue» spielerisch aufnimmt. Beispielsweise dann, wenn der Film die Daumen lutschende Raucherin Cebe für das Familienleben herausputzt und dazu in eine Art Trachtenkleid steckt, jeansblau natürlich. Und so zeigt sich an der Jeans, wie die einstige Ordnung endet und sich die Welt auf den Kopf stellt: Out of the blue and into the black.

Mit der Jeans beginnt Arbeit, Mode zu werden, und sie tut das so ernsthaft, wie die Mode selbst geworden ist – schon lange zieht man ja Sachen nicht an, sondern «ist» sie – man ist von seinen Sachen nicht zu trennen, genauso wie man von seiner Arbeit nicht mehr zu trennen ist. Und hier stoßen wir auf unsere erste Hosenerkenntnis: Damit ist uns etwas abhandengekommen, was wir eigentlich nie haben wollten, jetzt aber schmerzlich vermissen: die Entfremdung.

Wir reden über Kreativität und Selbstbestimmung, denn wir sind schockiert, diese alten Werte jetzt wirkmächtig auch auf der fiesen Seite zu finden. Aber die Entfremdung, jenes Moment, das die Arbeit bislang immer begleitete, vermissen wir nicht, und das ist ein Fehler. Schon Hegel wusste, man entkommt ihr nicht: «Alles, was im Himmel und auf Erden geschieht – ewig geschieht –, das Leben Gottes und alles, was zeitlich getan wird, strebt nur danach hin, dass der Geist sich erkenne, sich selber gegenständlich mache, sich finde, für sich selber werde, sich mit sich zusammenschließe. Er ist Verdoppelung, Entfremdung ...» (Hegel 2000, 42)

Alles, was geschieht, ist von Entfremdung begleitet, muss von Entfremdung heimgesucht werden, auch die selbstbestimmte Arbeit; und in der Tat, auf die Art und Weise, wie sie seit einiger Zeit an uns herangetragen wird, erscheint sie uns durchaus befremdend.

Zweite Hosenerkenntnis: Zuerst Arbeitshose, machte sich die Jeans eines Tages von ihrem alten Arbeitsgebrauch unabhängig. Sie rebellierte und wurde zur Uniform des Rock 'n'

Roll. Nachdem sie sich als Modewert schick gemacht hatte und der Stoff nun auch in Form von Jacke oder Hosenanzug ausging, folgte – einmal zur Aussage geworden – umgehend der nächste Schritt: Die Jeans wurde Design. Zur Designer Jeans geworden, verließ sie dann nach der Arbeit auch den angestammten Kontext, die Körper der sich gegen das Establishment Auflehrenden. Stattdessen erschien sie an Models und wurde über die blitzlichtbeleuchteten Laufstege der Modewelt getragen. Dank doppelter Entfremdung wurde sie zum «radical chic». Nicht, dass sie hier ihren Weg beenden hätte. Mit einer dritten Verschiebung verließ die Jeans schließlich auch ihre Form und zum Teil sogar ihr Material, den Jeansstoff. Eine Freundin von mir, Katharina Tietze, Direktorin für Style und Design an der Zürcher Hochschule der Künste, beherbergt gleich eine ganze Sammlung dieser «Jeansdinge» – darunter finden sich Jeansgummistiefel, also ehemalige Arbeitsschuhe. Die sind für die theoretische Arbeit natürlich vielversprechend: Seitdem van Gogh 1886 Arbeitsschuhe malte, über die Heidegger, Schapiro und schließlich auch Derrida schrieben, hoffen wir in und an Arbeitsschuhen nicht nur Dreck, sondern auch Wahrheiten zu finden.

Die Schuhe können als zwei halbhohle Jeansgummistiefel mit groben, dunklen Sohlen beschrieben werden, der Schaft von wasserdichtem Stoffmaterial abgeschlossen zum praktischen Zuschnüren. Das glatte, matt das Licht einfangende Gummi wird zur Leinwand und zeigt gleich mehrere der jeanstypischen dicken Doppelnähte und Versatzstücke von Jeans, fast so, als hätte man einen zusammen gekrümpelten Jeansflickenteppich abfotografiert und auf den Schuh kopiert. Exaltiert verweist der Schuh, in der vorliegenden Version für Kinder, auf seine andere Form: Weil Gummi keine Jeans ist, hält der Schuh seine Jeanshaftigkeit insistierend an seine Oberfläche. Eine Geste, die man sich merken muss. Denn wie die Jeans hat auch die Macht ihren Gebrauch, ihre soziale Bedeutung und schließlich auch ihre Form geändert und genau diesen Trick auf Arbeit angewendet – und doch bleibt die Macht genauso wie die Jeans dabei erkennbar. Allerdings muss man das Hinsehen erneut lernen, um die neue Konzeption der Macht zu erkennen.

### MIT ŽIŽEK AN DIE MACHT

Slavoj Žižek hat als einer der Ersten auf das neue Agieren der Macht hingewiesen. Im November 2009 hielt der slowenische Kulturkritiker und Philosoph in London einen Vortrag an der Royal Society of the Arts, in dem er das Funktionieren des zeitgenössischen Kapitalismus auseinanderlegte.<sup>2</sup> Der hatte, nie faul, einmal wieder die Verhältnisse verschoben: Während früher Konsum und Ethik sowie Wirtschaft und Soziales handlich binäre Oppositionspaare bildeten, scheinen neuere Erscheinungen einen verwirrenden Zusammenfall solcher Gegensätze zu zeigen. Žižeks Beispiel: Mit dem Kauf eines Starbucks-Kaffees vergrößert man jetzt nicht mehr nur das Imperium dieser globalen Kaffeekeite. Dank des verwendeten Fair-Trade-Kaffees tut man nun auch noch etwas für die Umwelt und verbessert das Leben von hungernden Kindern in Guatemala. Žižek schließt daraus: Der Kapitalismus hat die Opposition zweier vormals getrennter Dimensionen zum Einstürzen gebracht. Er ist in einen postdialektischen Status eingetreten: Widerspruch zwecklos, Opposition bereits mit inbegriffen. Doch wohl ist Žižek dabei ebenso wenig wie vielen anderen Linken.

Aber stimmt das wirklich? Sind wir in eine postdialektische Phase eingetreten? Als ob sie in alter Tradition gegen

die Macht rebellieren, zeigen einem Jeansdinge auf, was hier Sache ist. Denn wie viel Jeans hat man in Jeansdingen vor sich? Wie die Macht hat auch die Jeans ihre Form geändert. Doch anders als die Macht behauptet ein Jeansding nicht, dass es dabei eine Jeanshose geblieben ist. Es zeigt sich uns als nichts anderes als ein jeanshaft angemalter Gummistiefel; und damit ist sie, die alte Arbeiterhose, einem dabei behilflich, sich in der neuen fundamentalen Umordnung zu orientieren und den Dreck bezeichnen zu können.

Die neue Bewegung der Macht kann man, Žižeks Beispiel aufnehmend, am börsennotierten Unternehmen Starbucks beobachten. Geschickt wird eine Sache richtig gemacht – das Einsetzen von Fair-Trade-Kaffee –, um dahinter in Ruhe weiterhin ganz viel falsch machen zu können. So vertreibt man Wasser mit dem Label «Ethos – Helping children get clean water», obwohl nur 0,5 Cent des 1,80 US-Dollar teuren Wassers zum wohltätigen Zweck eingesetzt werden, 97,2 Prozent verbleiben im Unternehmen; hergestellt wird das Wasser übrigens von PepsiCo in nicht recyclebaren Flaschen. Und damit man begreift, dass das nicht so sein muss: Zu Beginn des Jahres 2012 meldete der Konzern für das erste Quartal einen für die Marke durchschnittlichen Gewinn von 309 Millionen US-Dollar, im Quartal davor betrug er sogar 382 Millionen US-Dollar. In den letzten Jahren wurde der Kette immer wieder vorgeworfen, sie nehme, um die Konkurrenz auszubooten, sogar finanzielle Verluste in Kauf und ruiniere dabei auch unabhängige Kaffeehäuser – mit Fair-Trade-Kaffee. Die gute Absicht wird eingesetzt, um alle weiteren Verhältnisse zu verschleiern: vorne raus Selbstbestimmung, hinten raus ganz viel Entfremdung.

Problemlos könnte man hier noch viel mehr Beispiele aus anderen Bereichen zusammensuchen, das Prinzip wird aber hoffentlich jetzt schon sichtbar: Tatsächlich ist der Kapitalismus keineswegs in eine postdialektische Phase eingetreten. Keineswegs ist er zum neuen Wohlfahrtsverband geworden und hat die Logik des Profits ad acta gelegt, um lieber Fair-Trade-Kaffee und Bio-Gemüse zu vertreiben, seine Praktikanten und Praktikantinnen zu bezahlen und korrekte Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Vielmehr handelt es sich hier um einen gut gelungenen rhetorischen Trick. Der nutzt geschickt linke Begriffe als Dachorganisation, darunter praktiziert er aber seine fiese, eigene Logik. Deshalb würde ich Žižek an dieser Stelle auch wie folgt widersprechen: Der Kapitalismus hat die Opposition nicht inkorporiert, sondern sie nur außen draufgeklebt, als schicke Oberfläche: Du lebst im Fortschritt. Es entsteht ein postdialektisches Konstrukt, das nicht viel mehr ist als schöner Schein.

Umweltschutz, Fair Trade, Selbstbestimmung und Kreativität sind allesamt aus der Kritik am Kapitalismus hervorgegangen. Lange haben sie den Kapitalismus nicht gestört, bis sie zu laut geworden sind. Da begann der Kapitalismus, sich gezielt mit dem Widerstand aufzubrezeln und dafür die Kritik fragmentiert zu inkorporieren. Das Ergebnis: Kritische Kräfte stehen mit einer nun hilflos ins Leere baumelnden Argumentation vor der neuen semantischen Aneignung, finden sie doch den eigenen Widerstand nunmehr scheinbar auf der Gegenseite wieder.

## WIEDERBEWAFFNUNG

Lange hatte sich emanzipative Kritik als Widerstand verstanden, der gegen die Macht gerichtet war – und nicht als eigene Macht, basierend auf eigenen Grundsätzen, Werten und Idealen. Es gibt ein Problem, wenn politische Positionen

sich ausschließlich als Gegner verstehen: Sie geraten in Gefahr, mit der Aneignung des Widerstands ins Leere zu laufen. Oppositionelles Agieren heißt nicht nur gegen, sondern auch für etwas zu sein – «politics of prescription» nennt das der britische Philosoph Peter Hallward, dessen Essay zu diesem Thema dringend zu empfehlen ist – in Zeiten wie diesen muss man sich mit neuen Sichtweisen bewaffnen.

Denn wir haben es hier mit einem neuen diskursiven Monster zu tun. Es zwingt uns, binäres Denken von Macht – für oder gegen – zugunsten eines vermeintlich komplexeren Konzepts aufzugeben. Das braucht neue Ansätze. Einen hilfreichen Ansatz, das zu meistern, findet man in der Figur der Diffraktion, wie sie die Philosophin Karen Barad in ihrem Buch «Meeting the Universe Halfway» skizziert hat.

Anstelle einer Binarität aus klar voneinander unterschiedenen Gegensätzen zeigt sie eine Überlagerung: eben die Diffraktion. Mit ihr sind die Dinge voneinander unterscheidbar, aber nicht als «in sich rein» zu denken. Sie sind also nicht schwarz oder weiß, vielmehr greifen sie ineinander: In einer dunklen Ecke kann es helle Flecken geben, doch erst, wenn die hellen Flecken die dunkle Ecke übernommen haben, hat sich ihr Zustand verändert. Grundlegend bleibt also eine Dialektik, doch ihr Erscheinen in der Welt gestaltet sich weitaus komplexer als in einem «Für» und einem «Wider». Das Auftauchen einer Argumentation «für» auf der Gegenseite bedeutet nicht, dass sie ihre Logik fundamental geändert hätte. Genauso wenig wie ein Gummistiefel zu einer Jeanshose wird, wenn das Jeanshaftige an ihm auftritt, um spielerisch Modebezüge und Arbeitsbezüge aufzurufen. Oder eine Arbeit nicht selbstbestimmt wird, wenn die Tätigkeit, nicht aber die Bezahlung mir ein lebenswertes Leben ermöglicht. Sorry world, es gibt noch Unterschiede.

Man sieht: Es ist dringend an der Zeit für eine Erneuerung der Ideologiekritik, die in der Diffraktion eine neue Figur finden könnte. Oppositionelle Anliegen mögen sich wie die Jeansdinge aus ihrem Kontext und ihrer Form bewegt haben, doch wenn sie sich der Logik des Profits unterordnen, verlieren sie sich. Bewaffnet mit der Politik der Diffraktion kann man das aufzeigen und so verdeutlichen: Die angeblichen, «postdialektischen» Verhältnisse sind nicht eingetreten. Kapitalismus ist mit einem Male nicht ethisch gut, schlecht bezahlte Arbeit ist mit einem Male nicht selbstbestimmt. Dennoch glauben wir das viel zu oft, hat man uns doch den Begriff entwendet. Ein Beispiel aus der Praxis:

Neulich saß ich in der Akademie der Künste mit einer Freundin, die ihre Begabung in einem schlecht bezahlten Designkonferenzplanungsjob mit angehängter Pressetantefunktion geparkt hatte. Die Firma ging mal wieder fast in Konkurs und schuldete ihr 9.000 Euro, und sie damit dem Vermieter die Miete. Die Idee, die ihr darauf kam, spricht Bände für den Zustand unserer Verblendung: Nach Jahren der prekären Arbeit nahm sie sich *nicht* vor, endlich mal existenzangstfrei zu leben, sich also zum Beispiel einen besser bezahlten Job zu suchen und ein anständig selbsterfülltes Leben nach Dienstschluss zu führen. Eingezingelt in einem schwierigen Jobmarkt, vollgestopft mit anderen «Kreativen» – Berlin – wollte sie sich als nächstes einen Job suchen, in dem sie sich wirklich selbst «ausdrücken» kann.

An absurden Überlegungen wie dieser sieht man: Die Entfremdung für uns produktiv einzusetzen, diese Technik ist uns abhandengekommen. Wir leben ein «erfülltes Leben», was aber ja gar nicht sein kann, weil wir ja alle wissen, dass sich die Revolution eben *nicht* ereignet hat und wir *nicht* in

befreiten Verhältnissen leben. Man sollte von seiner Arbeit leben können. Aber Arbeit ist nicht Leben. Arbeit ist zu einer hochkomplizierten Begriffsmaschine geworden, die aus den Fugen geraten ist.

Zum Beispiel, weil wir bald nicht mehr zur Arbeit gehen können, wenn sich Dank Digitalisierung nach der Arbeitszeit auch der Arbeitsplatz beginnt aufzulösen.

Zum Beispiel, weil die noch verbliebenen Reste unseres Arbeitsbegriffs auf den Kopf gestellt sind und «Dienstalter» keine Auszeichnung, sondern ein Problem geworden ist.

Zum Beispiel, weil wir in einem System leben, in dem der Lohn nicht mehr an die Arbeit gekoppelt ist, sondern ganz einfach steigt, je näher man am Finanzstrom sitzt.

Zum Beispiel, weil wir Kommunikation nicht als Arbeit begreifen, obwohl ein Gang über die Frankfurter Buchmesse deutlich zeigt, dass es höllenanstrengend ist, sich auf Menschen und ihre Befindlichkeiten einstellen zu müssen.

Man sieht, es gibt viel zu tun. Ich hoffe, dieser Text hat seinen Zweck erfüllt und etwas Orientierung verschafft. Ich weiß, er hat einen etwas wilden Weg quer über Arbeitshosen, Starbucks-Kaffee, Jeansgummistiefel hin zur Figur der Diffraktion genommen, und doch wurde das alles hoffentlich zusammengehalten von dem Ziel, die Begriffsverschiebungen kenntlich zu machen, in denen wir leben. Wir leben nicht in postdialektischen Verhältnissen. Der Begriff der Arbeit wird ein philosophisch und ideologisch umkämpfter Begriff bleiben, eine Herausforderung, die nicht abzuschließen ist. Auch nicht für das Monster. Dem können wir jetzt zumindest sagen, wir leben nicht im Fortschritt. Es sieht nur so aus.

Dr. Mercedes Bunz ist Kulturwissenschaftlerin und lebt in London und Lüneburg. Online ist sie unter [mercedesbunz.net](http://mercedesbunz.net) zu finden. Ihre letzte Veröffentlichung «Die Stille Revolution. Wie Algorithmen Wissen, Arbeit, Öffentlichkeit und Politik verändern, ohne dabei viel Lärm zu machen» erschien 2012.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltete am 5. Dezember 2012 eine Buchvorstellung mit Mercedes Bunz in Hamburg. Die Veranstaltung ist als Videoaufzeichnung unter <http://www.rosalux.de/documentation/47314> dokumentiert.

## LITERATUR

AGAMBEN, Giorgio (2011): *The Kingdom and the Glory. For a Theological Genealogy of Economy and Government* (Homo Sacer II, 2), Stanford.

BARAD, Karen (2003): *Posthumanist Performativity: Toward an Understanding of How Matter Comes to Matter*, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 3/2003, S. 801–831.

BARAD, Karen (1996): *Meeting the universe halfway: Realism and social constructivism without contradiction*, in: Hankinson Nelson, Lynn/Nelson, Jack (Hrsg.): *Feminism, science, and the philosophy of science*, London, S. 161–94.

HALLWARD, Peter (2005): *The Politics of Prescription*, in: *South Atlantic Quarterly* 4/2005, S. 769–789.

HEGEL, G. W. F. (2000): *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie I*, Frankfurt am Main.

LEMKE, Anja (2012): *Formung des eigenen Selbst – Arbeit und Kunst in der gegenwärtigen Kontrollgesellschaft*, in: *Spielzeithaft, SchauspielFrankfurt, Spielzeit 2012/13*.

MENKE, Christoph/Rebentisch, Juliane (2011): *Kreativität und Depression und dem Überblick*. Berlin.

TIETZE, Katharina (2013): *Denimpop. Jeansdinge lesen*. Berlin.

ŽIŽEK, Slavoj (2009): *First as Tragedy, Then as Farce*. RSA Animate, <http://vimeo.com/13852158>.

<sup>1</sup> Der vorliegende Text basiert auf einem Vortrag, den die Autorin am 14. Oktober 2012 im Schauspiel Frankfurt gehalten hat (Anm. d. Red.). <sup>2</sup> Žižek, Slavoj (2009): *First as Tragedy, Then as Farce*. RSA Animate, <http://vimeo.com/13852158>.

CHRISTOPH NITZ

## GEGEN MITTELMASS UND MURKS

**LINKE MEHRHEITEN ERFORDERN TRANSPARENZ UND TEILHABE –  
EINE AUFGABE AUCH FÜR ALTERNATIVE MEDIENMACHERINNEN**

Das Wahljahr 2013 wird darüber entscheiden, ob die bereits von Willy Brandt benannten Mehrheiten links der Mitte zu Veränderungen in der Gesellschaft führen oder ob Merkels Mittelmaß-und-Murks-Prinzip in einer sogenannten großen Koalition fortgesetzt wird. Linke Mehrheiten? Tatsächlich lassen sich Schnittmengen der sozialdemokratischen, ökologischen, sozialistischen und progressiven Ideen und Kerne benennen und als Gegenentwurf zu den konservativ-liberal-marktradikalen Positionen der «bürgerlichen» Parteien lesen. Nur: Das ist eine gedachte Einheit der politischen Akteure – von einer tatsächlichen gemeinsamen Ausrichtung und Bewegung sind die Mitte-Links-Parteien (noch?) weit entfernt.

Vorstöße für linke Kooperationen hat es von prominenter Seite allerdings immer wieder gegeben: «Rot-Rot-Grün darf nicht auf ewig ein Tabu sein», sagte der Grüne Hans-Christian Ströbele bereits im Februar 2008 der *Berliner Zeitung*.<sup>1</sup> Auch er weist auf die eigentlichen Mehrheitsverhältnisse hin: «Die linke Mehrheit bei Wahlen sollte perspektivisch auch zu einer linken Regierungsmehrheit führen.» DIE LINKE stehe «den Grünen in Sachfragen näher als Union oder FDP» und dies vor allem in Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder der Ökologie.

Anders sieht es aus, wenn man sich der Bevölkerung zuwendet. Diese ist schon lange sensibel für Themen wie soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung. Ablesen lässt sich das an vielen Umfragen, aber auch an der Renaissance der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, oder dem wachsenden Einfluss der Wohlfahrtsverbände. Auch das Erstarken der neuen sozialen Bewegungen – real wie virtuell – ist ein Ausdruck der Mehrheit links der Mitte. Anders ausgedrückt: Die Mehrheitsgesellschaft steht links, wobei es sich nicht per se um ein Links-Sein handelt und sich das Spektrum linker Werte und Vorstellungen weit auffächert.

Angela Merkel weiß das und sticht immer wieder, häufig wenn es für sie eng wird, vor allem mit klassisch sozialdemokratischen Entwürfen durch – auch wenn sie dabei Kehrtwenden um 180 Grad macht und das eigene Lager vergrätzt. Ihr ist bewusst, dass ihre Regierung im hohen Maße auf die Zustimmung großer Gruppen der Bevölkerung angewiesen ist – und die gibt es nur für soziale Themen, die sich am Wohlfahrtsstaat orientieren. Während die SPD in den späten 1990er Jahren noch dachte, dass Wahlen «in der Mitte» gewonnen werden, hat die Bundeskanzlerin längst ganz pragmatisch erkannt, dass diese Mitte strukturell eine Ausbuchtung nach links hat. Versuche, an den rechten Rändern

Wählerstimmen zu fischen, sind in den letzten Jahren immer wieder misslungen.

Dabei ist der Mehrheit durchaus klar, dass Veränderungen zwingend notwendig sind, dass es an der Zeit ist, über grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nachzudenken. Sie hat nur Angst davor, im Wandel zu den Verliererinnen und Verlierern zu gehören. Das ist nicht gleichzusetzen mit der Weigerung, sich ändern zu wollen. Und dennoch kommt der Impuls zur Veränderung – wie vor 40 Jahren – tatsächlich von unten. Die Menschen wollen zunehmend gehört und beteiligt werden.

Bewegungen wie Occupy und Blockupy zeigen, dass offensichtlich eine latent kritische Masse existiert, die sich in kürzester Zeit organisiert, in großen Mengen versammelt und – das ist besonders – intelligente Demonstrations- und Widerstandsformen jenseits von gewaltsamen Aktionen und Krawallsehnsucht findet, die Politik und Staatsgewalt ratlos machen. Nach dem Motto «Sommerfest statt Randalen» organisierten sich im Mai 2012 in Frankfurt 20.000 Demonstrantinnen und Demonstranten und ließen sich von Verboten, Sperrzonen und hochgerüsteter Polizei nicht provozieren. Tausende verweigerten sich so einer Kriminalisierung, vermieden die bekannten pawlowschen Reflexe (Gewalt und Repression mit ebensolcher zu beantworten) und brachten die Staatsgewalt dazu, selbst die Stadt zu blockieren: «So war die Innenstadt vier Tage lang ein riesiges Gelände für weitestgehend harmlose Katz-und-Maus-Spiele von Polizei und Aktivisten. Vier Tage, in denen die Beamten die Demonstranten beobachteten, warnten, auseindertrieben, einkesselten, wegtrugen, ihnen Platzverbote erteilten – und so am Ende selbst wie der Verursacher dieses Ausnahmezustands wirkten.»<sup>2</sup>

Die neuen sozialen Bewegungen erkennen dabei das Potenzial für kulturelle Veränderungen: Die Verschränkung unterschiedlicher sozialer und politischer Milieus im gemeinsamen Protest, die Suche nach friedlichen, aber fokussierten Demonstrationsformen oder die Nutzung von Internet und sozialen Netzen schaffen neue Räume für einen sozial orientierten Veränderungsgedanken mit eingebauter Fairness, der dringend notwendig ist.

Während sich Politik – wie in den späten 1960er Jahren – immer weiter von den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung entfernt und es ihr kaum gelingt, den Dialog zu gestalten, errichten sich Bürgerinnen und Bürger eigene, neue Plattformen. Sie fordern lautstark und selbstbewusst den Dialog ein, und wenn es aus Sicht vieler notwendig ist, wie beispielsweise bei den Acta-Protesten, stoppen oder verlangsamen sie politische Prozesse. Der Spindoktor nach angloamerikanischem Vorbild hat in den Parteizentralen nie wirklich Fuß gefasst. Die neuen sozialen Bewegungen dagegen haben eine ganze Avantgarde an effektiven Spindoktoren aufzuweisen. Deren Kampagneninstrumente sind: Twitter, Facebook, Youtube und Co. Die Dominanz von Playern wie Apple, Google oder Facebook birgt zwar enorme Risiken und führt zu teils nicht aufzulösenden Widersprüchen, wie im Juni 2012 das Beispiel der Schufa zeigt: Innerhalb von knapp 24 Stunden bringt der Widerstand von Politik, Datenschützerinnen und -schützern und Medien, mehrheitlich jedoch von Facebook- und Twitter-Nutzerinnen und -Nutzern das Hasso-Plattner-Institut der Universität Potsdam dazu, ein mit der Schufa geplantes Forschungsprojekt zur Bewertung von Kreditwürdigkeit mittels Auswertung der sozialen Netzwerke zu stoppen. Ein enormer Erfolg – wenn nicht gleichzeitig Facebook seine neuen Datenschutzrichtlinien hätte einführen können: Von den 900 Millionen Facebook-Mitgliedern haben lediglich 0,03 Prozent während der siebentägigen Frist gegen die neuen Richtlinien gestimmt.<sup>3</sup>

Andererseits sind es eben die durch nichts zu stoppenden Möglichkeiten, durch kostengünstige, multioptionale und hyperflexible Tools Transparenz und tatkräftiges Tun von vielen Akteuren zu erreichen, die der kritischen Masse linker Mehrheiten Auftrieb und Beschleunigung geben. Mit dem Ergebnis, dass sich die Machtverhältnisse auf der politischen Oberfläche verschieben. Organisierte und nichtorganisierte politische Akteure gewinnen an Stärke, was auch für parteiinterne Oppositionelle gilt.

## TRANSPARENZ

Von der viel beschworenen Politikverdrossenheit kann also nicht die Rede sein, wenn man sich die aktuellen Entwicklungen ansieht. Im Gegenteil, Bürgerinnen und Bürger wollen sich einmischen und einbringen. Was sich in Protesten und Wahlverhalten äußert, muss differenziert betrachtet werden. Da fällt auf, dass nicht nur große soziale wie ökologische Fragen und die Ausrichtung der Gesellschaft die Themen der Zeit sind. Insbesondere dringt die immer stärker werdende Forderung durch, dass Politik sich wirklich ändern muss. Ein Kern dieser Forderung ist: Transparenz.

Vor dem Hintergrund undurchsichtiger (oder auch einfach nur nicht nachvollziehbarer) Prozesse und Entscheidungen, angesichts von wachsendem Lobbyismus und zunehmender Einflussnahme von Wirtschafts- und Interessengruppen wächst das Bedürfnis nach frei zugänglicher Information, nach Beteiligung und nach Rechenschaft seitens der verantwortlichen politischen Akteure. Immer mehr Gruppierungen

und Einzelne wünschen einen offenen Dialog mit der Politik und setzen das Thema der Transparenz auf die Agenda. Das ist beachtenswert, denn gerade die, die angeblich politikverdrossen sind, kümmern sich um einen wesentlichen Baustein von funktionierender Demokratie: Ohne umfassende Nachvollziehbarkeit gelingt das demokratische Duo von Willensbildung und Wahlentscheidung nicht.

Transparente Prozesse, eine insgesamt transparente politische Kultur verhindern auf der einen Seite Machtmissbrauch, disziplinieren die Politik zu stimmigem Handeln und erzeugen auch so etwas wie Treue gegenüber erklärten Politikzielen. Andererseits stiftet Transparenz das notwendige Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Politik sollte wissen, dass dieses Vertrauen mehrere, für die Demokratie wichtige Aspekte hat. Wer über Bürgerbeteiligung einen (wenn auch eingeschränkten) Einfluss hat, wer Hintergründe kennenlernt und diese auch versteht und schon früh von politischen Zielen Kenntnis hat, stellt sich als Ergebnis eines gestärkten Vertrauens bestimmten Politikentwürfen seltener in den Weg oder unterstützt sie sogar.

Bleibt noch der vielfach eingeforderte Dialog. Nicht nur kritische, politisch denkende Milieus möchten der Politik Rückmeldungen geben können, die auch gehört werden. In großen Teilen der Bevölkerung ist der Wunsch nach Meinungsäußerung vorhanden. Wird dieser im Rahmen von transparenten politischen Prozessen kanalisiert, kommt es erst zu dem für die Politik so wichtigen Feedback. Gesellschaftliche Veränderung hat immer auch etwas mit Ausprobieren zu tun. Exzellenz ist keine Frage der im Ergebnis verbesserten Zustände, also der «guten Gesellschaft», die erreicht werden kann, sondern vielmehr eine Frage der Fähigkeit, sich selbst zu verändern und damit zu verbessern. Transparenz als wichtiger Aspekt von Veränderung braucht also eine von Fairness geprägte Feedback-Kultur. Sie steht für eine offene demokratische Gesellschaft, denn Feedback kann nur im Dialog erfolgen und nützt immer beiden Seiten. Woher sollte Politik wissen, ob sie richtig oder falsch liegt? Im gesellschaftlichen Kontext reichen messbare Kategorien allein nicht aus.

Für linke Medienmacherinnen und -macher ist augenfällig, wie sehr das Internet, insbesondere die sozialen Netzwerke, von Transparenz leben. Jede Information kann durch schnelle Recherchen mit wenigen Klicks einem Glaubwürdigkeitscheck unterzogen werden, notfalls mithilfe der vielen anderen im Netzwerk. Man gibt sich nicht mehr mit dem zufriedenen, was man liest. Es sind die Hintergründe, die die Menschen verstehen wollen. Deutschlands bekanntester Blogger, Sascha Lobo, der sich seit Jahren mit den digitalen Technologien beschäftigt und deren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung untersucht, beschreibt das so: «Das Internet hat seine Nutzer erzogen: Heute will man nicht mehr nur wissen, dass etwas passiert, man will wissen, warum und wie es passiert. Geheimnisse sind nur in Ausnahmen erlaubt, Transparenz ist die Regel – und wird längst eingefordert.»<sup>4</sup>

Diese «Transparenz als Regel» ist zwar für viele eher positiv besetzt, schickt sich aber nach Meinung einiger Kommentatoren gerade dazu an, zu einer Ideologie zu werden. Die Frage, die sich besonders Linke in diesem Zusammenhang stellen können, ist immer, ob Transparenz die Gesellschaft freier und demokratischer macht. Oder ob sie zu einer alle Lebensbereiche durchdringenden Big-Brother-Kultur führt, mit Merkmalen von Unfreiheit (alles offenlegen zu müssen, gläsern sein zu sollen) und zu Auswüchsen von Zwängen und allgemeiner Verdächtigung, wie sie sich der jüngst

verstorbene Ray Bradbury in seinem Buch «Fahrenheit 451» nicht schlimmer hätte ausdenken können. Die Kommunikationswissenschaftlerin Miriam Meckel weist darauf hin, wie wichtig in dieser Frage eine gewisse Balance ist: «Ein ausgeglichenes Verhältnis von Transparenz und Intransparenz schützt uns Menschen vor Informationsüberflutung, ermöglicht den pragmatischen Umgang mit wachsender Komplexität und schafft Systemvertrauen.»<sup>5</sup>

## TEILHABE

Politisch lässt sich Transparenz ohne Teilhabe nicht denken, besonders dann nicht, wenn die gesellschaftlichen Veränderungen im Fokus stehen. Wenn links denkende Menschen nicht nur eine einseitig auf Fürsorge basierende Gesellschaft wollen, sondern in Selbstermächtigung aktive, mündige wie demokratische Bürgerinnen und Bürger, dann geht es um die Rahmenbedingungen, innerhalb derer eine aktive Teilhabe möglich ist.

Der in einer Koalition mit der Linkspartei regierende Ministerpräsident Brandenburgs, der SPD-Mann Matthias Platzeck, verknüpfte in einem vor einigen Jahren in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienenen Aufsatz Teilhabe und soziale Gerechtigkeit miteinander: «Soziale Gerechtigkeit unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts ist vor allem eine Frage der Zugehörigkeit, des Mitmachens, der aktiven Beteiligung der Menschen an den Angelegenheiten ihres Gemeinwesens.»<sup>6</sup> Das sollte man nicht leichtfertig als reine Rhetorik abtun. Es kann als linkes Bekenntnis verstanden werden, ein Anspruch, an dem sich linke Politik (in diesem Fall insbesondere der Ministerpräsident Platzeck) messen lassen kann. Allein der Begriff Zugehörigkeit umfasst die Dimensionen von Integration, Inklusion und Diversität und zielt auf die Fragen von Chancengleichheit und -gerechtigkeit ab. Also alles Aspekte, die Teilhabe erst ermöglichen und deren Verwirklichung insbesondere von den Mehrheiten links der Mitte gewünscht wird.

Die Gefahr besteht, dass diese wichtigen Politikfelder als Modebegriffe zu reinen Worthülsen verkommen: Bereits jetzt werden sie vom konservativ-liberalen Lager in Anspruch genommen. Partizipation ist ein Thema, dem sich alle mehr oder weniger linken Parteien dringend und beschleunigt annehmen müssen. Dafür sind «Mitmachen» und «aktive Beteiligung» wichtige Schlüsselbegriffe. Partizipation ist das Feld, auf dem noch vieles ausprobiert werden muss, einige aber bereits erstaunliche Erfolge vorweisen können, zumindest aber das Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger wecken: die Piraten.

Oberflächlich betrachtet bringen die Piraten zunächst «nur» einen neuen Ansatz für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung mit. Noch definieren sie sich nicht über Programmatik, wie die gesetzten anderen Parteien, sondern über die Etablierung einer neuen Form der politischen Vertretung und Mitsprache, vor allem mittels der freien Software «LiquidFeedback». Hinter den medial inszenierten Bildern von Kabeln und Computern steckt der revolutionäre Ansatz, verschiedene Fähigkeiten, Kompetenzen und Konzeptionen von Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern schnell und ergebnisorientiert zu kanalisieren. Politisch spannend ist aber vielmehr, dass hier an der Umsetzung des Liquid-Democracy-Ansatzes gearbeitet wird, dessen Kern das *delegated voting* ist. Man kann selbst wählen oder die eigene Stimme zeitlich befristet übertragen, abhängig von der einer bestimmten Person zugesprochenen Entscheidungs-

kompetenz. Wer Teilhabe wirklich will, muss sich an dieser Stelle damit auseinandersetzen, dass unter Umständen die Grenzen zwischen repräsentativer und direkter Demokratie verwischen – ja, dass hier vielleicht ein neuer Mittelweg entsteht, der für viele Menschen eine geradezu magische Anziehungskraft besitzt.

Für DIE LINKE hat Gregor Gysi den Teilhabe-Begriff auf den Punkt gebracht und gleichzeitig den bewusst provozierenden, aber auch vielfach missverstandenen Slogan «Reichtum für alle» erläutert. Unter «Reichtum für alle» versteht Gysi die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben: an Kultur, an Bildung zum Beispiel. Es geht ihm um die solidarische Gesellschaft.<sup>7</sup> So spricht er zunächst im Kern dieselbe Dimension von Teilhabe an, die auch Platzeck meint. Aber mit dem Slogan wird ganz bewusst auch die materielle Dimension von Teilhabe fokussiert. So gehören Grundsatzthemen wie das bedingungslose Grundeinkommen zu diesem Diskurs, aber auch Themen für Medienmacherinnen und -macher, zum Beispiel die Frage nach neuen Vergütungsmodellen für Urheberinnen und Urheber.

Platzeck hat in seinem FAZ-Aufsatz den britischen Nationalökonom und ehemaligen Berater Tony Blairs zitiert, Richard Layard: «Die Politik eines Staates sollte danach beurteilt werden, inwieweit sie Glück mehrt und Leid mindert.»<sup>8</sup> Nun sind Blairs Arbeitsmarktreformen für viele Linke gewiss nicht das mustergültige Beispiel linker Sozial- und Wirtschaftspolitik. In Teilen kann für diese Reformen Ähnliches gesagt werden wie für die Agendapolitik der Ära Gerhard Schröder. Zudem erscheint im linken Diskurs der Begriff «Glück» so wenig angebracht, weil er in unserem kulturellen Verständnis häufig mit Zufälligkeit verbunden wird. Für Layard ist das Gegenteil der Fall: Ihm geht es um die Bedingungen, unter denen sich Menschen als «glücklich» betrachten. Wie beim Thema «Reichtum für alle» will der Brite unter der Überschrift «Die glückliche Gesellschaft»<sup>9</sup> mit humanistischem Anspruch Teilhabe organisieren. Entgegen dem, was landläufig von New Labour bekannt ist, hat Blair in seiner Amtszeit mehr umverteilt als je eine Regierung vor ihm. Milliarden Pfund wurden etwa eingesetzt, um Familien mit Kindern zu unterstützen, die in Armut leben.

## TREFFEN

«Dort schrien die einen dies, die anderen das; denn in der Versammlung herrschte ein großes Durcheinander, und die meisten wussten gar nicht, weshalb man überhaupt zusammengekommen war.» Diese schöne Beschreibung eines Treffens ehemals Gleichgesinnter taucht in der Apostelgeschichte auf, die irgendwann zwischen den Jahren 63 und 90 unserer Zeitrechnung entstanden ist. Sie erinnert an Erzählungen aus der Zeit politischer Versammlungen des frühen 20. Jahrhunderts, der Nachkriegszeit oder der späten 1960er Jahre – passt aber nach wie vor zum politischen (und persönlichen) Alltag linker Parteien. Parteitage, Vorstandssitzungen hinter verschlossener Tür und so manche Konferenz geraten immer wieder in turbulente Gewässer, wenn es um Richtungsstreitigkeiten oder Personalien geht. Mit Genuss greifen Medien und die politische Konkurrenz den Zank auf und treiben von außen den Keil zwischen die streitenden Flügel oder Meinungen. Was die *Frankfurter Rundschau* im April 2011 «Die Sozialisten-Soap»<sup>10</sup> nannte, ist nicht nur für die Partei DIE LINKE symptomatisch, sondern ist immer wieder bei der politischen Linken ganz allgemein zu beobachten. Selbstverständlich gibt es diese Streitigkeiten auch in

anderen politischen Lagern und diese werden genauso genüsslich und aufmerksam von außen begleitet. Doch kann man den Eindruck haben, dass vor allem bei linken Gruppen und Parteien der Streit um Orientierung regelmäßig für emotionale Verwerfungen sorgt, alte Wunden aufreißt und tiefe Gräben schafft. Wenn manche Auseinandersetzungen Parteien und Gruppierungen bereits intern so beschäftigen und bedrohen, wie soll dann erst eine Zusammenarbeit linker Parteien untereinander funktionieren, die sich einst so erbittert gegenüberstanden?

Ein Schlüssel liegt in der Chance, die regelmäßige Treffen der gesellschaftlichen Linken bieten: gegenseitiges Kennenlernen. Wer sich aus den unterschiedlichsten Wagenburgen herausbegibt, sich mit im Kern Gleichgesinnten trifft, sich austauscht und vernetzt, vielleicht sogar gemeinsam lernt oder – und das muss das eigentliche Ziel sein – Projekte für die Zusammenarbeit formuliert, der orientiert sich nach außen. Außenorientierung bedeutet, sich an der Welt zu orientieren, die unsere parteibezogenen Inseln umgibt. Das mag selbstverständlich klingen – es schadet aber nicht, sich das immer wieder zu vergegenwärtigen. Wer zum Beispiel zu der Frage diskutieren und arbeiten möchte, welches Europa die gesellschaftliche Linke will, der kann dies nur tun, indem er die Umwelt auch wahrnimmt. Dafür muss der Fokus aber entschieden von innen nach außen gerichtet werden.

Unterschiedliche Menschen haben unterschiedliche Meinungen. Aber unterschiedliche Linke haben im Grunde ähnliche Anschauungen der Welt, auch wenn sie, wie manche formulieren, bereits seit den Zeiten von Marx und Lasalle zerstritten sind. Die politische Auseinandersetzung ist ein Grundprinzip unserer Demokratie, sie entsteht erst durch gegensätzliche Positionen und den Wunsch, einen Ausgleich zwischen den Interessen zu suchen. Wer von diesem Wunsch nicht beseelt ist, bringt sich um die Chance, die eigenen politischen Ziele zu verwirklichen. Streiten zu können und einen Ausgleich zu finden sind keine Zeichen von Schwäche, sondern zeugen von der Einsicht, dass das Ziel von politischem Streit in einer Demokratie letztlich der Zusammenhalt ist. Was die politische Linke an dieser Stelle braucht, ist der Wille, sich zu treffen. Darüber hinaus braucht sie eine neue, faire Streitkultur, die sich an demokratischen Prinzipien orientiert. Damit aus den gemeinsamen Treffen eine gemeinsame Bewegung wird, brauchen die Akteure Offenheit, Öffentlichkeit und Orientierung.

## TUN

«Es ist nicht genug zu wissen – man muss auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen – man muss auch tun», schreibt Goethe in «Wilhelm Meisters Wanderjahre». Tun ist Handeln und politisch ist es insbesondere dann, wenn es ein von Werten und Motiven geleitetes, bewusstes und zielgerichtetes Handeln ist, das sich an der Idee des gesellschaftlichen Zusammenhalts ausrichtet. Tun ist das Gegenteil von Unterlassen – das sind die beiden Seiten des Handelns. Die plurale Linke muss weg vom Reden und Diskutieren. Die Tragik des ja sehr wichtigen linken Diskurses ist, dass er so wenig die Aktion zum Ziel hat und sich gute Argumente in Dauerrotation bewegen, ohne aus diesem rhetorischen Kreislauf herauszukommen. Viele gute Gedanken werden bewegt, mal einvernehmlich, mal in scharfer Auseinandersetzung – und doch kommt es so selten zur *political action*. Zugespitzt formuliert führt die permanente Abgrenzung der linken Lager und Parteien untereinander zu einem einzigen Unterlassen.

Selbst wenn Vorschläge für ausgewählte Schlüsselprojekte gemacht werden, stürzen sich Linke jeder Couleur fast schon reflexartig in diese Tragik.

Der in Wien lebende Publizist Robert Misik diskutierte auf dem taz-Kongress im April 2012 mit Daniel Cohn-Bendit und anderen zum Thema «Revolution now! – Wo bleiben die Aufstände gegen eine aus den Fugen geratene Welt?». Nach der Debatte formuliert er in der taz einige zentrale Punkte,<sup>11</sup> auf die sich linke, progressive Parteien einigen sollten, statt die historischen Teilungen weiter zu zementieren. Sein «Zehn-Punkte-Plan» stellt an erste Stelle das Thema Gerechtigkeit, fordert steigende Löhne und die Reform der Europäischen Union, die Regulierung der Finanzmärkte, «ein besseres Leben für alle», den Green New Deal und «Wohlfahrt und Freiheit». Misiks Thesen provozierten ganz unterschiedliche Reaktionen, die von Zustimmung, Kritik, aber auch Hohn und Spott geprägt sind.

Die Stimmen der Befürworterinnen und Befürworter einer gemeinschaftlich agierenden Linken, «die für eine gerechtere und bessere Welt zu hundert Prozent an einem Strang ziehen soll» (Misik), greifen die Kluft zwischen Parteien, politischen Akteuren und den Menschen auf: «Offensichtlich bedarf es auch des Druckes von unten, von der Basis, von der Straße, dass sich die roten, rosa, grünen Kräfte auf ihre eigentliche Mission besinnen», so einer der vielen Kommentare auf der Internetseite der taz.

Aber sollte die Richtung nicht stimmen, nur weil offensichtlich viele Zynikerinnen und Zyniker den Linken das Vermögen zur Kooperation absprechen? Was der Kommentator auf taz.de als «Mission» anspricht, führt als Konsequenz zu einer Pflicht, die die Linken zum Tun herausfordert. Dafür muss und kann sich die gesellschaftliche Linke auf Teilprojekte verständigen, die mit breiten Bündnissen umgesetzt werden können.

Christoph Nitz ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Linken Medienakademie (LiMA) e. V. in Berlin.

<sup>1</sup> Michel, Jörg: Auch die Grünen schielen jetzt nach links, in: Berliner Zeitung, 5.2.2008. <sup>2</sup> Jacobsen, Lenz: Die Frankfurter Angst vor den Bankenkritikern, ZEIT online, 19.5.2012. <sup>3</sup> Pauer, Nina: Wer regiert?, in: DIE ZEIT, 15.6.2012. <sup>4</sup> Lobo, Sascha, Spiegel online, 24.1.2012. <sup>5</sup> Meckel, Miriam, in: Financial Times Deutschland, 9.12.2010. <sup>6</sup> Platzeck, Matthias: Schwierige Zeiten – Plädoyer für eine neue Sozialpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.11.2005. <sup>7</sup> Gysi, Gregor: Reichtum für alle. Interview der Woche der Linksfraktion im Bundestag, 21.9.2009, [www.linksfraktion.de/interview-der-woche/reichtum-alle/](http://www.linksfraktion.de/interview-der-woche/reichtum-alle/). <sup>8</sup> Platzeck, a. a. O. <sup>9</sup> Layard, Richard: Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M. 2009. <sup>10</sup> Schindler, Jörg: Nach dem Streit ist vor dem Streit – Die Sozialisten-Soap, in: Frankfurter Rundschau, 20.4.2011. <sup>11</sup> Misik, Robert: Das machen wir doch mit links!, in: taz, 30.4.2012.

ULRICH BRAND / ULLA LÖTZER / MICHAEL MÜLLER / MICHAEL POPP

## BIG BUSINESS EMISSIONSHANDEL

### GEGEN DIE FINANZIALISIERUNG DER NATUR

Mitte April 2013 endete die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft». Eine der fünf Projektgruppen der Kommission trug den Titel «Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung» und untersuchte vor allem sozialökologische Aspekte.<sup>1</sup> In ihrem Abschlussbericht heißt es, die Europäische Union sei weltweit ein Pionier bei der Reduktion von Treibhausgasen und habe ihre Klimaschutzziele vor allem durch den Mechanismus des Emissionshandels erreicht. Dieser wird als ein wesentlicher Beitrag zur Energiewende und zur Begrenzung der Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius dargestellt. Dem ist jedoch grundsätzlich zu widersprechen.

Tatsächlich haben in der ersten Verpflichtungsperiode von 2008 bis 2012 nur wenige Vertragsstaaten eine Reduktion der Treibhausgase erreicht (im Durchschnitt war eine Reduktion von 5,2 Prozent gegenüber 1990 angestrebt). Auch Deutschland blieb weit hinter den Zielen zurück, die 1991 in einem Kabinettsbeschluss festgelegt worden waren. Danach sollten die Emissionen bis 2005 gegenüber 1990 um mindestens 25 Prozent in den alten und um einen wesentlich höheren Wert in den neuen Bundesländern gesenkt werden. Die Staaten, in denen eine Reduktion erreicht wurde, waren entweder von Deindustrialisierung betroffen (wie zum Beispiel Großbritannien) oder vom Zusammenbruch ihres Wirtschaftssystems wie die ehemaligen Mitglieder des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Zu einer *aktiven* Klimaschutzpolitik ist es in der Regel nicht gekommen.

Meist werden in der öffentlichen Diskussion vor allem die bescheidenen Zielvorgaben für die Treibhausgasreduktionen kritisiert und Reformvorschläge zur Rettung des Emissionshandelssystems der Europäischen Union unterbreitet. Diese zielen darauf ab, das Überangebot an Emissionszertifikaten zu reduzieren, um dadurch dem Kollaps des Preises für CO<sub>2</sub>-Zertifikate entgegenzuwirken. Damit soll die Signalwirkung des Preises von Emissionszertifikaten als Anreiz für Maßnahmen zur Schadstoffminderung durch die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen wiederhergestellt werden. Auch wenn der EU-Emissionshandel mit den Verhandlungen eines Kyoto-Nachfolgeprotokolls nicht in direktem Zusammenhang steht, wird des Weiteren seine Rettung als wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluss der internationalen Klimaverhandlungen angesehen.<sup>2</sup>

In diesem Standpunkt werden – als Beitrag zur Diskussion – dagegen grundlegendere Fragen gestellt: Trägt das

Emissionshandelssystem der EU überhaupt maßgeblich zur Energiewende bei? Handelt es sich um ein zielführendes und kosteneffizientes Instrument zur absoluten Reduktion von Treibhausgasen? Und hilft es dabei, einen unkontrollierbaren anthropogenen Klimawandel zu verhindern?

Nicht erst das Scheitern der Vertragsstaatenkonferenzen der Klimarahmenkonvention zeigt, dass wir weit entfernt sind von einem globalen Klimaschutzvertrag. Die Entscheidung gegen starre Obergrenzen von Treibhausgasemissionen je Land und für eine marktkonforme Anreizstruktur im Kyoto-Protokoll kam relativ kurzfristig und vor allem auf Druck der USA, Australiens und Japans sowie der großen Schwellenländer zustande. Die meisten europäischen Länder sowie die Umweltschutzorganisationen zeigten sich anfangs skeptisch; die Entwicklungsländer waren explizit dagegen.<sup>3</sup> Dennoch fanden der Emissionshandel<sup>4</sup> und andere Instrumente nach zähen Verhandlungen Einzug ins Kyoto-Protokoll.<sup>5</sup> Im Rückblick wurden die ohnehin unzureichenden Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls durch die Einführung von flexiblen Mechanismen zusätzlich gelockert, sodass die Notwendigkeit inländischer Emissionsreduktionen praktisch entfiel, auch wenn Deutschland zu den wenigen Staaten gehört, die weitergehende Ziele beschlossen haben.

Zu erinnern ist daran, dass der Emissionshandel bei seiner Einführung 2005 als Überbrückungsinstrument angesehen wurde, das ab 2020 durch andere Instrumente ersetzt werden soll. Dies zeigt sich heute umso dringlicher, weil er auch als Überbrückungsmechanismus kaum etwas gebracht hat und die Entwicklung bei den Emissionen insgesamt weiterhin in die falsche Richtung geht. Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre hat sich die damalige Enquete-Kommission

des Deutschen Bundestages «Schutz der Erdatmosphäre» intensiv mit der Frage beschäftigt, ob der Emissionshandel ein wirksames Instrument zum Klimaschutz sein kann. Sie hat sich damals einstimmig für eine Energiesteuer ausgesprochen.<sup>6</sup>

### **DER EMISSIONSHANDEL REDUZIERT NICHT DEN AUSSTOSS VON TREIBHAUSGASEN**

Das Prinzip des Emissionshandels besteht darin, mittels eines Preissignals die jeweils kostengünstigsten Minderungspotenziale zum Erreichen einer gesetzlich festgeschriebenen Reduktion von Treibhausgasemissionen zu erschließen, gleichsam eine Gesamtmenge festzulegen und die Emissionen schrittweise durch handelbare Zertifikate zu verknappen. Das System geht zurück auf den kanadischen Ökonom John Dales,<sup>7</sup> der den Anstoß für den US-amerikanischen SO<sub>2</sub>- und NO<sub>x</sub>-Handel, geregelt im «Clean Air Act» von 1995, gab. In der Klimapolitik wurde der Emissionshandel insbesondere von den Energiekonzernen BP (vormals British Petroleum) und Shell gefordert und erprobt.<sup>8</sup>

Im Emissionshandel der EU ist dieses Reduktionsziel das Resultat von politischen Verhandlungen (im Rahmen der jährlichen Vertragsstaatenkonferenzen der Klimarahmenkonvention, Aushandlungen im EU-Rat sowie auf nationaler Ebene) und einer Schätzung der zukünftig zu erwartenden Schadstoffausstöße in den am Emissionshandel beteiligten Industriezweigen. Falls sich die Prognosen über zukünftige Emissionsentwicklungen als viel zu hoch oder viel zu niedrig erweisen, besteht kaum eine Möglichkeit, das Reduktionsziel und damit auch die Menge der zur Verfügung stehenden Emissionszertifikate zu korrigieren. «Das EU EHS ist der weltweit einzige Warenmarkt, bei dem die Nachfrage variiert, aber das Angebot Jahre im Voraus festgelegt wird.»<sup>9</sup> Hierin liegt eine der immanenten Schwächen des EU-Emissionshandels, die 2012 auch zum Preiseinbruch bei EU-Emissionszertifikaten geführt hat.<sup>10</sup>

Aktuelle Emissionszahlen belegen, dass nicht nur global der Ausstoß an Klimagasen weiterhin steigt,<sup>11</sup> sondern dass – obwohl in Ländern wie Deutschland und Großbritannien 2012 der Schadstoffausstoß insgesamt zurückgegangen ist – der Verbrauch von fossilen Brennstoffen, insbesondere Kohle, «aufgrund billiger Kohleimporte, niedriger Preise für Kohlenstoffzertifikate und des relativ hohen Preises für Gas» wieder zugenommen hat.<sup>12</sup> Die in den Industrieländern erreichten Reduktionen von Treibhausgasen können demnach nicht auf den Emissionshandel zurückgeführt werden, sondern vor allem auf energiepolitische Weichenstellungen wie etwa das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Deutschland, die Wirtschaftskrise und die Verlagerung industrieller Produktion in Länder des Globalen Südens.<sup>13</sup> Vor diesem Hintergrund hat der europäische Emissionshandel keine Vorbildfunktion entwickeln können.

### **LENKUNGSWIRKUNG DES EMISSIONSHANDELS**

Ein relativ hoher und stabiler Preis der CO<sub>2</sub>-Zertifikate ist zentral für die Lenkungswirkung des Emissionshandels. Doch dieser befindet sich in freiem Fall aufgrund zahlreicher Faktoren, zu denen die unsichere Konjunktur, instabile Produktionsprognosen und die handelnden Akteure an den Energie- und CO<sub>2</sub>-Börsen gehören. So entfiel 2012 der überwiegende Anteil des Handels mit Emissionszertifikaten nicht auf An- und Verkauf von am Emissionshandel beteilig-

te Unternehmen, sondern auf Finanzanleger und Spekulanten, die sich am Handel aus Profitmotiven heraus beteiligen und nicht deswegen, weil sie bestimmte Emissionsreduktionsziele erreichen wollen. Ihre Gewinnspannen sind umso höher, je größer die Preisschwankungen im Emissionshandel sind, während Unternehmen die Notwendigkeit verlässlicher Preisprognosen betonen, um langfristige Investitionen zu tätigen.

Durch den Emissionshandel wird Klimaschutz abhängig von Marktbewegungen und auch von Marktmacht, hinter denen nicht primär das Interesse steht, das Klima zu schützen. Vielmehr ist es umgekehrt: Die Marktbewegungen sind Resultat von Interessen, die den «Klimaschutz» als Mittel nutzen, um Geld zu machen, ohne zum Klimaschutz beizutragen. Es ist jedoch fahrlässig, angesichts dieser Konstellation eine für den Strukturwandel der Energiewirtschaft so zentrale Frage wie Investitionen in eine zukunftsverträgliche und nachhaltige Energieinfrastruktur sowie die Abkehr vom Bau neuer Kohlekraftwerke dem (CO<sub>2</sub>-)Markt zu überlassen.

Durch die Überausstattung mit Emissionszertifikaten und die Möglichkeit, zusätzliche Gutschriften durch vermeintliche Klimaschutzprojekte im Süden zu erwerben (*clean development mechanisms*), konnten sich zudem viele Unternehmen von der Verpflichtung zur Minderung ihres Treibhausgasausstoßes freikaufen, zumal das im Kyoto-Vertrag festgelegte Kriterium der «zusätzlichen Minderung» oft nicht eingehalten wurde und auch nur schwer zu kontrollieren ist.

Emissionen wurden durch diesen Mechanismus tendenziell eher noch gesteigert.<sup>14</sup> Der durch das Überangebot und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten (bis 2012 für Energieversorger und bis 2020 für Industrieunternehmen) bewirkte Preisverfall für CO<sub>2</sub> führte dazu, dass die beabsichtigten Anreize in Richtung Dekarbonisierung nicht gesetzt werden konnten. Gleichzeitig wurden gar nicht real anfallende Kosten für die Umsetzung des EU-Emissionshandels von beteiligten Unternehmen genutzt, um Preissteigerungen, etwa für Strom, zu rechtfertigen.<sup>15</sup>

Zusammenfassung: Der Emissionshandel entwickelte sich nicht, wie erwartet, zu einem globalen Handelssystem und ist durch den Missbrauch von Gutschriften,<sup>16</sup> die nicht durch nachweisbar zusätzliche Emissionsreduktionen gedeckt sind, und die mehrmalige Suspendierung von Auditfirmen diskreditiert. Die Konstruktionsfehler des europäischen Emissionshandels – allen voran die kostenlose Zuteilung von «Verschmutzungsrechten», die Umwälzung der Kosten auf die KonsumentInnen und die Verrechnungsmöglichkeiten von Emissionen durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern (sog. Offset-Mechanismen) – zeigen, dass

- öffentliches Geld für ein Instrument verschwendet wird, das seinen öffentlichen Auftrag nicht erreicht;
- ein Wirtschaftsmodell gefestigt wird, das auf fossilen Brennstoffen basiert und
- der Emissionshandel andere effektive Klimapolitiken blockiert.

Wir kommen gemeinsam mit vielen Nichtregierungsorganisationen daher zu dem Ergebnis, dass die acht Jahre anhaltenden Versuche der Europäischen Union, ein funktionierendes und effizientes Emissionshandelssystem aufzubauen, gescheitert sind. Die Dringlichkeit, den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch zu senken, gebietet es, das Augenmerk auf die Umsetzung verlässlicher Alternativen zum Emissionshandel zu richten.<sup>17</sup> Das kann nur bedeuten, dass die Lösung ökologischer Probleme nicht mittels der gleichen Lo-

gik möglich ist, durch die sie entstanden sind oder verfestigt wurden: dadurch, dass der Natur ein Preis beziehungsweise ein in Geld ausgedrückter ökonomischer Wert gegeben wird, und durch die ungesteuerte kapitalistische Konkurrenz in einem Bereich, in dem es um Begrenzung und Schrumpfung geht. Wir bezweifeln allerdings, dass die Finanzialisierung der Natur, und in diesem Zusammenhang der Emissionshandel, den Herausforderungen der sozialökologischen Transformation gerecht wird. Der Fokus muss nicht nur beim Emissionshandel, sondern bei allen Instrumenten und Strategien einer sozialökologischen Transformation auf Alternativen jenseits von technokratischen Instrumenten der Marktlogik liegen.

## ALTERNATIVEN

Nach einer ersten vielversprechenden Phase der Institutionalisierung befinden sich die globalen Klimaverhandlungen heute in einer Sackgasse. Der Kyoto-Prozess und insbesondere der Emissionshandel als zentrales Instrument des Kyoto-Protokolls konnten nie die ihnen zugeschriebene Strahlkraft entwickeln: Die USA haben das Kyoto-Protokoll nie ratifiziert, Kanada erklärte 2011 seinen Ausstieg aus dem Abkommen, Russland, Kanada, Japan und Neuseeland werden sich nicht an der zweiten Verpflichtungsperiode beteiligen. Bis heute sind die großen Schwellenländer nicht einbezogen.

Eine wichtige Schlussfolgerung aus den gescheiterten Versuchen der internationalen Klimakonferenzen und den Erfahrungen mit dem Instrument Emissionshandel ist es, den Blick auf die Inputseite – insbesondere auf die Energieträger Kohle, Gas und Öl – zu lenken und den gesamten Zyklus von der Erschließung über die Extraktion, die Wandlung, den (Börsen-)Handel und Transport bis hin zum Konsum innerhalb der Verkehrs- und Industriesysteme in den Blick zu nehmen. Dabei stößt man auf den Extraktivismus als attraktives Wirtschaftssystem in vielen Ländern des Südens, auf die große Gewinne versprechenden Anstrengungen, Erdöl und Gas mit hohem Energie- und Chemikalieneinsatz «unkonventionell» zu gewinnen, insgesamt also auf die fossile Basis der industriellen Produktionsweise im Norden und die damit verbundenen ausbeuterischen, nicht nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweisen,<sup>18</sup> die vom Individualverkehr bis hin zur Massentierhaltung die wesentlichen Ursachen der Treibhausgasemissionen sind. Das Scheitern der internationalen Klimapolitik macht zudem deutlich, dass – trotz aller Eingebundenheit in das politische Mehrebenensystem – die nationalstaatliche Ebene und die dortigen Interessen von zentraler und strategischer Bedeutung bleiben für nachhaltige, aber auch für nicht nachhaltige Politik.

Alternativen beziehen sich auf eine umfassende Transformation dieser Lebens- und Produktionsweisen. Diskutiert werden unter anderem im Anschluss an den Atomausstieg ein Effizienz- und Nachhaltigkeitsgesetz, das im ersten Schritt den Neubau von Kohlekraftwerken verbietet, Laufzeiten der bestehenden Kraftwerke begrenzt und einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung herbeiführen würde.<sup>19</sup> Hinzu kommt ein Fracking-Verbot. Diese Initiativen werden von mobilisierbaren Bevölkerungsschichten unterstützt und sind Teil zivilgesellschaftlicher Diskurse für alternative Wohlstandsmodelle.

So wurden in der Vergangenheit immer wieder in der Nähe von Kohletagebauen oder Kohlekraftwerken sogenannte Klimacamps veranstaltet, die als Ausgangspunkt dienen für

direkte Aktionen, die sich gegen den weiteren Ausbau dieser umweltschädlichen Form der Energieproduktion wenden.<sup>20</sup> Ähnliche lokale Mobilisierungsformen gibt es vielerorts gegen Fracking-Projekte oder Projekte der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung. Es geht hierbei wie auch bei den Protesten gegen die Abholzung des Regenwaldes und gegen Flughafenneubauten nicht um eine abstrakte Senkung von Treibhausgasemissionen, sondern auch um die unmittelbaren Folgen der Kohle-, Öl- und Gasförderung am eigenen Wohnort und entsprechende Freiräume für alternative Verkehrsmodelle und Lebensweisen.<sup>21</sup>

Für ein neues Modell von Fortschritt wird es unverzichtbar sein, eine «postfossile» Wirtschaft und Gesellschaft zu konkretisieren. Alternativen müssen sich mit neuen Wohlstands- und Arbeitsmodellen auseinandersetzen. Inwieweit Produktivitätsgewinne in den Industrieländern in Form von mehr Lebensqualität (z. B. weniger Arbeitszeit) oder in Form von mehr Konsum genutzt werden, ist eine politische Frage. Eine aktuelle vergleichende Studie zwischen den USA und Westeuropa des Washingtoner Center for Economic and Policy Research weist – trotz aller Messprobleme und des weiterhin erheblichen Forschungsbedarfs – darauf hin, dass es starke Evidenzen für einen positiven Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und einer geringeren durch CO<sub>2</sub>-Emissionen indizierten globalen Erwärmung gibt. Es wird angenommen, dass die jährliche Reduktion der Arbeitszeit um 0,5 Prozent bis zum Jahr 2100 dazu beitragen könnte, die globale Erwärmung um ein Viertel bis die Hälfte zu reduzieren. Diese und andere Alternativen sind sichtbar zu machen und politisch zu unterstützen – andere müssen erst entwickelt werden.

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und (sachverständiges) Mitglied der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität», ist derzeit Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ulla Lötzer ist wirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag.

Michael Müller ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands. Er war Bundestagsabgeordneter der SPD und bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium.

Michael Popp ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion im Deutschen Bundestag.

<sup>1</sup> Drei AutorInnen des folgenden Beitrages waren Mitglieder dieser Projektgruppe 3. Ihre abweichende Position zur Mehrheitsmeinung ist als Sondervotum in den Berichtsentwurf vom 18. Februar 2013 aufgenommen; vgl. [http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Kommissionsdrucksachen/91\\_PG3\\_Bericht\\_Kapitel\\_7.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Kommissionsdrucksachen/91_PG3_Bericht_Kapitel_7.pdf). Ihr Dank gilt Jutta Kill und Timmo Krüger für wichtige Anregungen. <sup>2</sup> Ähnlich auch Germanwatch: Der Gipfel von Doha: Aufbruch ohne Rückenwind. Analyse des UN-Klimagipfels 2012, S. 5; grundlegend: Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim (Hrsg.): After Cancún: Climate Governance or Climate Conflicts, Wiesbaden 2011. <sup>3</sup> Oberthür, Sebastian/Ott, Hermann E.: Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert, Opladen 2000, S. 244 ff. <sup>4</sup> Zu unterscheiden ist zwischen dem Emissionshandel zwischen Staaten, der im Kyoto-Protokoll festgelegt wurde, und dem EU-internen Emissionshandel zwischen Unternehmen, der im Folgenden beschrieben wird. <sup>5</sup> Nach Einschätzung von Oberthür und Ott (2000, S. 248 u. 128 ff.) geschah das offensichtlich auch aufgrund der Tatsache, dass die Entwicklungsländer sich in der letzten Pause vor der Abstimmung mit anderen Tagesordnungspunkten beschäftigten und insgesamt die letzten Kompromisse unter den Bedingungen zunehmender Erschöpfung der Delegierten zustande kamen. Vgl. auch Grubb, Michael/Vrolijk, Christiaan/Brack, Duncan: The Kyoto Protocol. A Guide and Assessment, London 1999, S. 87 ff. <sup>6</sup> Deutscher Bundestag: Bericht der Enquete-Kommission «Schutz der Erdatmosphäre», Schutz der Erde, Bonn 1990. <sup>7</sup> Dales, John Harkness: Pollution, Property and Prices, Toronto 1968. <sup>8</sup> Environmental Protection Agency: Clean Air Act, Washington D.C. 1990. <sup>9</sup> Schafhausen, Franz: Der Emissionshandel, das unbekannte Wesen, Köln 2007. <sup>10</sup> Set-aside necessary but not sufficient to save EU ETS – Deutsche Bank, 13.4.2012, unter: [15](http://www.carbon-finance-</a></p></div><div data-bbox=)

online.com/index.cfm?section=lead&action=view&id=14434&linkref=cnews. **10** Kill, Jutta/Ozinga, Saskia/Pavett, Steven/Wainwright, Richard: Trading carbon: How it works and why it is controversial, Brüssel u.a. 2010; dort sehr viele Belege und Quellen. **11** World Energy Outlook von 2012 der International Energy Agency. **12** Point Carbon: Plans to exploit fossil fuels to force emissions 20 pct higher, 22.1.2013, unter: <http://www.pointcarbon.com/news/1.2149042?&ref=searchlist>. **13** Davis, Steven J./Caldeira, Ken: Consumption-based accounting of CO<sub>2</sub> emissions, in: PNAS, 107(12) 2010, S. 5687–5692. **14** Wara, Michael: A Realistic Policy on International Carbon Offsets, Program on Energy and Sustainable Development Working Paper 74, April 2008, Stanford University. **15** Das weltweit größte Stahlunternehmen ArcelorMittal hat im Jahr 2012 mit dem Verkauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten trotz des Preisverfalls 220 Millionen US-Dollar verdient (2011 waren es noch 93 Millionen US-Dollar); vgl. <http://www.pointcarbon.com/news/1.2172009>; vgl. auch Point Carbon Advisory Board: EU ETS Phase II – The potential and scale of windfall profits in the power sector, März 2008, unter: <http://www.panda.org/index.cfm?uNewsID=129881>; weitere Beispiele unter: [http://www.sandbag.org.uk/site\\_media/pdfs/reports/Sandbag\\_2011-06\\_fatcats.pdf](http://www.sandbag.org.uk/site_media/pdfs/reports/Sandbag_2011-06_fatcats.pdf). **16** Jüngstes Beispiel sind die rechtskräftigen Urteile gegen Mitarbeiter der Deutschen Bank. Das Umsatzsteuerkarussell hat mehr als fünf Milliarden Euro in Form von entgangenen Steuereinnahmen gekostet. **17** Vgl. z. B. den Aufruf «Time to scrap the ETS», unter: <http://scrap-the-euets.makenoise.org>; dort auch eine Liste der Un-

terzeichnerInnen. Zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und Klimapolitik vgl. Bedall, Philip/Brunnengräber, Achim: Internationale Klimapolitik in der Transformation. Die Zivilgesellschaft als Triebkraft?, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Luxemburg, 4.11.2012, unter: <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org>. **18** Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg 2011, S. 78–93; Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Crisis and continuity of capitalist society-nature relationships. The imperial mode of living and the limits to environmental governance, in: Review of International Political Economy, 2013 (i. E.). **19** Vgl. dazu Greenpeace: Kohleausstiegsgesetz. Verteilung der Reststrommengen und Folgenabschätzung für den Kohlekraftwerkspark, Hamburg 2012; Klaus, Sebastian/Beyer, Catharina/Jaworski, Piotr: Allokationsmethoden der Reststrommengen nach dem Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes, Nürnberg 2012; Bundestagsfraktion DIE LINKE: Kohleausstiegsgesetz nach Scheitern des EU-Emissionshandels, 16.1.2013, unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712064.pdf> Drs. 16/12064. **20** Vgl. <http://www.klimacamp.org>. **21** Vgl. Bedall, Philip/Brunnengräber, Achim: Internationale Klimapolitik in der Transformation. Die Zivilgesellschaft als Triebkraft?, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 4.11.2012, unter: <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org>.

JUTTA KILL

# EU-EMISSIONSHANDEL ABSCHAFFEN IST AKTIVER KLIMASCHUTZ

Der 2005 eingeführte Handel mit Emissionsrechten in der Europäischen Union (European Union Emission Trading System/ETS) funktioniert nicht. Darüber sind sich sowohl KritikerInnen als auch BefürworterInnen weitgehend einig. Bei den Ursachen für das Scheitern gehen die Meinungen jedoch auseinander, genauso wie bei der Frage, ob und wie der Emissionshandel als «Säule der EU-Klimapolitik» zu reformieren ist. Das Positionspapier «Time to scrap the ETS» (Zeit, den Emissionshandel abzuschaffen)<sup>1</sup> erklärt, warum dieser weit davon entfernt ist, «das effektivste Klimaschutzinstrument in Europa» zu sein. Vielmehr, so das Fazit, verhindert das ETS einen aktiven und effektiven Klimaschutz und gehört daher abgeschafft.

Das Positionspapier «Zeit, den Emissionshandel abzuschaffen» wurde bisher von über 250 Organisationen unterzeichnet und hat viele Diskussionen ausgelöst. Diese zeigen, dass es einerseits eine breite Zustimmung für die dort präsentierte Analyse von den (nicht reformierbaren) defizitären Strukturen des ETS gibt. Zugleich behaupten jedoch zum Teil dieselben Akteure, die dieser Problembeschreibung zustimmen, dass es besser sei, den Emissionshandel neu zu ordnen, anstatt ihn abzuschaffen.

Zu den drei am häufigsten angeführten Argumenten soll hier kurz Stellung genommen werden.<sup>2</sup>

1. «Ein Ende des EU-Emissionshandels zu fordern heißt, die Position der Öl- und Kohleindustrie zu stärken, die einen effektiven Klimaschutz hintertreibt und Lobby macht gegen die Initiative der EU-Kommission, die Versteigerung von 900 Millionen EU-Emissionszertifikaten zu verschieben, um den Überschuss an Zertifikaten zu verringern und damit den Preisverfall zu stoppen.»

Auf der Liste derjenigen, die sich für die Rettung des ETS einsetzen, finden sich viele Großunternehmen wie die Erdöl- bzw. Energiekonzerne Shell und Statoil, Carbon Capture and Storage Association, E.On und Électricité de France. Auch der Finanzsektor, Broker, Zertifizierungs- und Prüffirmen sowie Gutachter und Händler von Emissionszertifikaten fordern ein Eingreifen der EU-Kommission, um den ETS zu ret-

ten. Sie alle profitieren auf die eine oder andere Weise vom Handel mit fossilen Brennstoffen wie Erdöl und Kohle sowie vom Handel mit Emissionszertifikaten und haben daher ein unmittelbares Interesse daran, das Vertrauen in den kollabierenden Markt für Emissionszertifikate wiederherzustellen. Woran diese Akteure anscheinend jedoch weniger Interesse haben, ist, dass die Europäische Union wirksame Maßnahmen zur Reduzierung von Klimagasemissionen beschließt. Solche Maßnahmen sind jedoch notwendig, um das Risiko eines unkontrollierbaren Klimawandels tatsächlich zu mindern und die strukturellen Änderungen hin zu einem Ausstieg aus der industriellen Nutzung fossiler Brennstoffe auf den Weg zu bringen.

Die UnterzeichnerInnen des Positionspapiers «Zeit, den Emissionshandel abzuschaffen» hingegen fordern nicht nur die Abschaffung des ETS. Sie setzen sich *gleichzeitig* für eine veränderte Klimapolitik der europäischen Staaten ein, mit dem Ziel, die Energieinfrastruktur – das Rückgrat der EU-Energiepolitik sowie unserer Energieproduktion und unseres Energieverbrauchs – gerecht und gezielt umzugestalten, bevor die unkontrollierbaren Folgen des Klimawandels solch eine Option zerstören.

Die Europäische Union hat sich zu einer Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf durchschnittlich maximal zwei Grad Celsius verpflichtet. Nach Ansicht vieler WissenschaftlerInnen und BewohnerInnen der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Gebiete steigt aber schon ab einer dauerhaften durchschnittlichen Erderwärmung von 1,5 Grad Celsius das Risiko unkontrollierbarer Klimafolgen. Das Ziel von maximal zwei Grad Celsius Erwärmung ist zudem nur dann zu erreichen, wenn der Einstieg in den Ausstieg aus der industriellen Nutzung von fossilen Brennstoffen jetzt erfolgt. Dazu gehört auch, in Ländern der EU keine neuen Kohlekraftwerke mehr zu bauen, mit denen die Abhängigkeit von diesem fossilen Brennstoff auf Jahrzehnte hin zementiert würde. Zusätzlich fordern die UnterzeichnerInnen des Positionspapiers «Zeit, den Emissionshandel abzuschaffen» Maßnahmen, mit denen Unternehmen dazu verpflichtet werden, Emissionen von Klimagasen dort zu reduzieren, wo

sie entstehen. Ein Freikauf von dieser Verpflichtung, wie ihn der Emissionshandel bietet, indem man andere an einem anderen Ort für vermeintliche Reduktionen bezahlt, darf nicht länger möglich sein.

Die vergangenen acht Jahre haben eindeutig gezeigt, dass der EU-Emissionshandel nicht in der Lage ist, einen substanziellen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Mit der Forderung nach seinem Ende ist auch die Einsicht verbunden, dass Kohle und Erdöl unter der Erde bleiben müssen («Keep the Oil beneath the Soil and the Coal in the Hole»). Nach Schätzungen des «World Energy Outlook» der Internationalen Energieagentur (International Energy Agency/IEA) betrifft das 70 Prozent aller bekannten Reserven, wenn das Zwei-Grad-Ziel eine einigermaßen realistische Option bleiben soll.<sup>3</sup> Von Beginn an hat der EU-Emissionshandel die Energiewende mehr behindert als gefördert. Es gibt kaum Anhaltspunkte, dass er überhaupt positive Folgen hatte. Was dagegen unterm Strich bleibt, acht Jahre nach Einführung des ETS, sind Rekordprofite für die größten Umweltverschmutzer und Klimasünder in der EU – Profite, die allem Anschein nach vor allem dazu genutzt wurden, um noch mehr Umweltverschmutzung und Treibhausgase zu produzieren, anstatt mit ihnen effektive Maßnahmen zum Klimaschutz oder die Energiewende zu finanzieren, an deren Ende der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe stehen muss.<sup>4</sup>

## **2. «Der Emissionshandel ist die einzige realistische Option, den Klimawandel zu begrenzen.»**

Seit acht Jahren wiederholen BefürworterInnen des EU-Emissionshandels ihr Argument, dass der Handel mit Verschmutzungszertifikaten die einzige Option sei, Klimaschutz im europäischen Raum und im Rahmen der UN-Verhandlungen umzusetzen. In Wahrheit hat jedoch das ETS die Illusion genährt, dass sich die unabdingbare Energiewende mithilfe eines Markt- und Preisinstruments, das die Kosten für den Ausstoß von Klimagasen erhöht, wirksam steuern lässt. Ein Blick in die Geschichte jedoch lehrt uns: Einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, der nicht nur Strukturen der Energieerzeugung und -verteilung, sondern das gesamte Wirtschaftsmodell und seine Basis berührt, allein mithilfe von Marktmechanismen zu erreichen, erscheint eher aussichtslos.<sup>5</sup>

Und dennoch setzen EntscheidungsträgerInnen und MeinungsmacherInnen in der Europäischen Union weiterhin auf den Handel mit Emissionsrechten als zentrales Instrument, mit dem die Energiewende gestaltet werden soll. Schlimmer noch: Wirksame ordnungspolitische Instrumente in der EU wie Einspeisegesetze für erneuerbare Energien, die Großfeuerungsanlagenverordnung oder das Energieeffizienzgesetz wurden geschwächt oder nicht weiter ausgebaut, mit dem Argument, dies würde den Preis von Emissionszertifikaten gefährden.<sup>6</sup> So ist der Emissionshandel auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass beim Umwelt- und Naturschutz allgemein marktbasierende Instrumente zuungunsten von direkten staatlichen Interventionen erheblich an Einfluss gewonnen haben. Die Forderung nach einer Abschaffung des EU-Emissionshandels beinhaltet daher auch den Kampf gegen die Ausweitung von Märkten für den Handel mit Zertifikaten, wie er von Teilen der Europäischen Kommission auch für das Aufgabenfeld Schutz der Artenvielfalt oder von sauberem Wasser propagiert wird.

**3. «Die Abschaffung des EU-Emissionshandels würde mit einem Scheitern der gesamten EU-Klimapolitik gleichgesetzt. Dies wiederum hätte negative Auswirkungen auf die internationalen Klimaverhandlungen, die in einer Sackgasse stecken. Das Ende des ETS würde also Fortschritte beim weltweiten Klimaschutz zusätzlich erschweren.»**

Die Illusion, dass der EU-Emissionshandel einen substanziellen Beitrag zum Klimaschutz liefert, lässt sich nicht ewig aufrechterhalten. Ein völliges Scheitern der EU-Klimapolitik würde vielmehr darin bestehen, stur an einem nicht funktionierenden Instrument wie dem Emissionshandel festzuhalten und abzuwarten, bis die Preise trotz Reformversuchen nochmals abstürzen. Demgegenüber wäre – in einer Situation, in der der Versuch, den Klimawandel mithilfe eines Marktmechanismus aufzuhalten, ganz offensichtlich fehlgeschlagen ist – mit der sofortigen Abschaffung des ETS auch die Chance verbunden, endlich die unvermeidliche Abkehr von fossilen Energieträgern einzuleiten, sollten wir es mit dem Klimaschutz tatsächlich ernst meinen. Dafür, ein ohne Zweifel gescheitertes «Experiment» einfach fortzusetzen, gibt es keinerlei Rechtfertigung. Dieses auch noch anzupreisen, seinen Export in Länder wie Vietnam oder Mexiko zu finanzieren und es auf andere Bereiche der Umweltpolitik wie den Schutz von Wäldern, Biodiversität und Wasserquellen auszuweiten, trotz all der damit verbundenen bekannten Risiken und Gefahren, ist schlichtweg verantwortungslos.

Selbst BefürworterInnen des Vorschlags, 900 Millionen Emissionszertifikate später als geplant zu versteigern oder gar die Zertifikate zu annullieren, gehen davon aus, dass diese Maßnahme keinen substanziellen Einfluss auf die Preisentwicklung von Emissionszertifikaten haben wird.<sup>7</sup> Eine wachsende Zahl von Akteuren aus dem Finanzsektor – wie die Deutsche Bank, Morgan Stanley, Credit Agricole oder Barclays – die die notwendige Liquidität im Handel mit Emissionsrechten erzeugen sollten, haben inzwischen ihre auf dieses Geschäft spezialisierten Abteilungen verkleinert oder ganz geschlossen. Die Hoffnung, das Zurückhalten von 900 Millionen Verschmutzungszertifikaten könne einen in jeder Hinsicht chaotischen Markt retten, entbehrt jeglicher Grundlage.<sup>8</sup> Der Vorschlag, diese nicht zum geplanten Zeitpunkt zu versteigern, ist völlig ungeeignet, den Preis von Emissionszertifikaten von derzeit etwa 5 Euro auf einen Betrag hochzutreiben (zwischen 30 und 50 Euro), den BefürworterInnen des Emissionshandels als notwendig erachten, damit von ihm ein wirksames Signal ausgehen kann gegen die Nutzung und den Ausbau fossiler Energieträger. Angemerkt sei an dieser Stelle nochmals, dass wir aus der jüngsten Wirtschaftsgeschichte kein Beispiel eines Preissignals kennen, das in der Lage gewesen wäre, tiefgreifende Veränderungen, inklusive einer echten Energiewende, einzuleiten. Auch jetzt ist dies vollkommen unwahrscheinlich, insbesondere wenn der Markt signalisiert: Energieerzeugung aus Kohle ist billiger als in die Energiewende zu investieren! Acht Jahre Pleiten, Pech und Pannen mit dem Emissionshandel sind acht verlorene Jahre in Sachen Klimaschutz. Es ist deshalb höchste Zeit, den Emissionshandel wieder abzuschaffen!

Jutta Kill, Diplom-Biologin, hat von 2000 bis 2012 die Klimakampagne der Nichtregierungsorganisation FERN koordiniert und zahlreiche Publikationen zum Thema Emissionshandel veröffentlicht.

**1** Deutsch unter: <http://scrap-the-euets.makenoise.org/deutsch>. **2** Vgl. für eine detaillierte Beurteilung des EU-Emissionshandels «Trading Carbon. How it works and why it is controversial» (unter: <http://www.fern.org/tradingcarbon>); «Performative Equations and Neoliberal Commodification» (unter: <http://www.thecornerhouse.org.uk/resources/results/taxonomy:14>); «Green is the Colour of Money» (unter: [http://www.carbontradewatch.org/downloads/publications/EU-ETS\\_Report-web.pdf](http://www.carbontradewatch.org/downloads/publications/EU-ETS_Report-web.pdf)) sowie Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierete Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen, Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Hamburg 2008. **3** Carbon Tracker Initiative: Unburnable Carbon – Are the world’s financial markets carrying a carbon bubble?, März 2012, unter: <http://www.carbontracker.org/carbonbubble>. **4** Bruyn, Sander de/Markowska, Agnieszka/Nelissen, Dagmar: Does the energy intensive industry obtain windfall profits through the EU ETS?, Delft 2010, unter: [\[www.ce.nl/publicatie/does\\\_the\\\_energy\\\_intensive\\\_industry\\\_obtain\\\_windfall\\\_profits\\\_through\\\_the\\\_eu\\\_ets/1038\]\(http://www.ce.nl/publicatie/does\_the\_energy\_intensive\_industry\_obtain\_windfall\_profits\_through\_the\_eu\_ets/1038\); Point Carbon Advisory Borad: EU ETS Phase II – The potential and scale of windfall profits in the power sector, März 2008, unter: <http://www.panda.org/index.cfm?uNewsID=129881>. \*\*5\*\* Lipow, Gar W.: Solving the Climate Crisis through Social Change. Public Investment in Social Prosperity to Cool a Fevered Planet, Westport 2012; Food and Water Watch Europe: Pollution Trading – Cashing Out Our Clean Air and Water, Washington D.C. 2012, unter: <http://documents.foodandwaterwatch.org/doc/EUPollutionTrading.pdf>. \*\*6\*\* Vgl. <http://www.guardian.co.uk/environment/2007/aug/13/renewable-energy.energy>. \*\*7\*\* Vgl. «EU CO2 market fix hangs in balance after MEPs urge rejection» \(24.1.2013\), unter: <http://www.pointcarbon.com/news/1.2152161>. \*\*8\*\* Vgl. «EU CO2 scheme a «regulatory omnishambles»» \(19.11.2012\), unter: <http://www.pointcarbon.com/news/1.2066142>.](http://</a></p></div><div data-bbox=)

JUDITH DELLHEIM / FRIEDER OTTO WOLF / GABI ZIMMER

## OFFENE FRAGEN ZU EUROPA

WIE KANN AN DIE STELLE DER FALSCHEN ALTERNATIVEN VON OBEN  
EINE SOLIDARISCHE POLITIK VON UNTEN TRETEN?

Die Krise der Europäischen Union (EU) nimmt kein Ende. Immer offener werden die gegensätzlichen Standpunkte diskutiert. Die Differenzen zwischen führenden Politikerinnen und Politiker der EU verstärken sich. Was die Verantwortlichen aber eint, ist, dass sie vor allem danach fragen, wie sich die EU in der globalen Standortkonkurrenz behaupten kann und wie Kapitaleliten «Globalisierungsgewinne» erzielen können. Die Linke kann dabei nicht zusehen. Sie muss diese Auseinandersetzungen analysieren und die Widersprüche der herrschenden Kreise nutzen für eine eigene Politik der Globalisierung und Europäisierung, die ihre Impulse vor allem von unten bezieht und von den Interessen der großen Mehrheiten ausgeht. Im Folgenden soll drei Fragen nachgegangen werden: (1) Worin bestehen die Differenzen zwischen den verschiedenen herrschenden Fraktionen der europäischen Politik? (2) Wie stellt sich vor dem Hintergrund der Wahlen in Italien das Problem der Europäischen Union konkret dar? (3) Wie können in der Krise der Europäischen Union alternative Positionen von unten entwickelt werden?

### KONTROVERSE POSITIONSBESTIMMUNGEN VON OBEN

Zwei Reden zur Europäischen Union haben in den letzten Monaten in den deutschen Medien einen besonderen Widerhall gefunden, die von Bundespräsident Gauck am 22. Februar 2013 und die des britischen Premiers Cameron einen Monat davor. Während sich Joachim Gauck ganz energisch «für mehr Europa» ausspricht, entwirft David Cameron ganz im Unterschied dazu eine Vision von Europa als bloßer Marktgemeinschaft. Diese Gegensätze haben eines gemeinsam: Die wirklichen Probleme werden verdrängt und damit dem Zugriff der demokratischen Politik entzogen. An ihre Stelle rücken die falschen Alternativen einer falschen Politik.

#### Was hinter Gaucks Allgemeinplätzen steckt

Gauck plädiert energisch für Europa, das heißt für die Europäische Union, so wie sie ist.<sup>1</sup> Bemerkenswert an der Gauck-Ansprache sind vor allem die Allgemeinplätze, auf die er sich beruft, um das Festhalten am bisherigen EU-Projekt zu beschwören, ebenso die Art und Weise, wie er um ein Verständnis für die Interessenwidersprüche in der EU und speziell in der Eurozone, der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), wirbt, bemerkenswert sind auch einige Aussagen zu besonders dringlichen Herausforderungen, vor denen die EU heute stehe.

Gaucks Ausgangspunkt für ein «Mehr an Europa» ist die Globalisierung: «In der globalisierten Welt von heute mit den

großen neuen Schwellenländern kann sich im besten Fall ein vereintes Europa als Global Player behaupten: Politisch, um substanziell mitentscheiden und weltweit für unsere Werte Freiheit, Menschenwürde und Solidarität eintreten zu können. Wirtschaftlich, um wettbewerbsfähig zu bleiben und so in Europa unsere materielle Sicherheit und damit innergesellschaftlichen Frieden zu sichern.»<sup>2</sup>

Es geht ihm also nicht etwa darum, gerechte und nachhaltige Lösungen für soziale und ökologische Probleme zu finden. Es geht ihm vielmehr um das globale Gewicht, das die EU für die Fortsetzung der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung in die Waagschale werfen kann. Was er verschweigt, ist die Tatsache, dass es genau diese Entwicklung ist, die soziale Spaltungen, Gewalt gegen Menschen und die Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen mit sich bringt. «Unsere Werte» sollen also nicht Freiheit in Gleichheit beziehungsweise Menschenrechte für jede und jeden sein, sondern der Maßstab ist erhöhte «Wettbewerbsfähigkeit». «Unsere materielle Sicherheit» bedeutet keineswegs die Garantie der Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde, für ein solidarisches Miteinander, eine intakte Natur und «innergesellschaftlichen Frieden». Nein, es geht Gauck um die Verteidigung sozialer Privilegien, um Gewinn an Konkurrenzfähigkeit und um strukturelle und unter Umständen auch physische Gewalt gegen andere.

Dafür würde die EU in der Tat eine «weitere innere Vereinheitlichung» brauchen, denn, wie Gauck es formuliert, «ohne gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik kann eine

gemeinsame Währung nur schwer überleben. Wir brauchen auch eine weitere Vereinheitlichung unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um gegen neue Bedrohungen gewappnet zu sein und einheitlich und effektiver auftreten zu können. Wir brauchen auch gemeinsame Konzepte auf ökologischer, gesellschaftspolitischer – Stichwort Migration – und nicht zuletzt demografischer Ebene.»<sup>3</sup> Offen propagiert er das Projekt des Ausbaus der EU als integrierter Standort in der globalen Konkurrenz. Vorbilder sind die USA und auf andere Weise – unausgesprochen – die Volksrepublik China.

Gauck geht vor diesem Hintergrund auch auf die besondere Rolle Deutschlands und die damit verbundenen Interessenwidersprüche ein: «Ja, es stimmt, Deutschland hat auch vom Euro kräftig profitiert. Er hat Deutschland stark gemacht. Und dass Deutschland nach der Wiedervereinigung zur größten Wirtschaftsmacht in der Mitte des Kontinents aufstieg, das hat vielen Angst gemacht. Ich bin erschrocken, wie schnell die Wahrnehmungen sich verzerrten, so als stünde das heutige Deutschland in einer Traditionslinie deutscher Großmachtspolitik, gar deutscher Verbrechen. [...] Doch ich versichere allen Bürgerinnen und Bürgern in den Nachbarländern: Ich sehe unter den politischen Gestaltern in Deutschland niemanden, der ein deutsches Diktat anstreben würde. Bis jetzt hat sich unsere Gesellschaft als reif und rational erwiesen. [...] Mehr Europa heißt für uns: europäisches Deutschland!»<sup>4</sup>

Was aber heißt dies: Sollte darin etwa das Versprechen liegen, dass Deutschland sich immer dem europäischen Gesamtinteresse unterordnen wird? Aber welche Interessen sind dies? «Europäisches Deutschland» kann ja heißen, dass es in der EU eine deutsche Hegemonie gibt, die vor allem darin besteht, dass durch die deutsche Politik die Interessen genau jener wirtschaftlichen und politischen Machtgruppen in der EU, speziell der Eurozone, ausgedrückt werden, die Europa als integriertes Wettbewerbseuropa entwickeln wollen. Man kann dies an einem Beispiel verdeutlichen. Die enge Verbindung von Bundesregierung und Deutscher Bank (unabhängig davon, wer gerade Kanzlerin oder Kanzler ist) ist bekannt. Im Jahr 2011 entfielen über 50 Prozent der Gesamteinnahmen der Deutschen Bank auf das Investmentbanking. Das war der Spitzenwert im Vergleich mit anderen großen europäischen Banken. Als es dann darum ging, in der Finanzkrise staatlich einzugreifen, wurden vor allem die Banken gerettet. Dies zeigt sich an konkreten Zahlen: Ende März 2010 entfielen auf die Banken in der EU noch knapp 80 Prozent der insgesamt von ausländischen Banken gehaltenen griechischen Staatsanleihen. Ende 2010 war der Wert auf nur noch gut 50 Prozent gesunken.<sup>5</sup>

Dass die «Hilfen» der «EU-Kernländer» für die «Krisenstaaten» wesentlich dazu dienen, das Vermögen von Anlegerinnen und Anlegern aus Deutschland und anderen «Kernländern» zu sichern, ist mittlerweile mehrfach nachgewiesen worden.<sup>6</sup> Nachgewiesen worden ist auch, dass der deutsche Staat wegen seiner Vorteile bei den Refinanzierungskosten für Anleihen sogar zum Krisengewinner wurde.<sup>7</sup> Gleichzeitig wurden den «Krisenstaaten» Bedingungen auferlegt, die drastisch sind. Löhne, Sozialleistungen und öffentliche Daseinsvorsorge wurden radikal gekürzt, Privatisierungen zugunsten von Anlegerinnen und Anlegern aus Deutschland und anderen «Kernländern» erzwungen, die Zuflucht zu ökologiefreundlichem Abbau von Rohstoffen vorangetrieben. Millionenfach wurden Menschen in existentielle Not getrieben,

verloren Arbeit und Wohnungen. Eine ganze, junge Generation ist von Dauerarbeitslosigkeit erfasst.

Diese von deutschen Regierungskreisen und von EU-Institutionen durchgesetzte Bankenrettung hat aber noch zwei weitere Hintergründe: Erstens war es – wegen der globalen Kapitalverflechtungen – nicht absehbar, wie «die Märkte» auf «krachende» Banken und Anlagen reagieren würden, und man musste das Schlimmste befürchten. Wer das neoliberale Modell des Finanzmarkt-Kapitalismus fortsetzen will, muss das «Vertrauen der Märkte» zum wichtigsten Kriterium machen. Zweitens ist globale Konkurrenzfähigkeit in diesem Modell an die Verringerung der Produktionskosten gebunden. Daher wird auch in den «Kernländern» die Finanz- und Wirtschaftskrise für Sozial- und Demokratiedumping sowie für Privatisierungen ausgenutzt.

Eine solche Politik verstärkt genau jene Ursachen, die erst in die Krise geführt haben. Es entstehen neue Instabilitäten. Den Interessen der Finanzmarktakteure wird entsprochen, die Finanzmärkte gewinnen noch weiter an Bedeutung im gesellschaftlichen Leben. Obgleich die «Qualität des Humankapitals» als Kernbedingung für Erfolge im globalen Konkurrenzkampf gesehen wird, werden die wichtigsten Bedingungen für die Bildung des erforderlichen Humankapitals, eine ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Sicherheit und soziale Integration, untergraben. Wenngleich Forschung und Entwicklung sowie funktionierende Infrastrukturen als Voraussetzungen für Globalisierungsgewinne propagiert werden, werden ihnen wesentliche Grundlagen entzogen. Anstelle solidarischer Entwicklung aller organisieren sich die Global Player, die transnationalen Konzerne, was sie in ihrem eigenen engeren Interesse brauchen: Bildungs- und soziale Sicherungssysteme für Spitzenkräfte und «Kernbelegschaften», Investitionen in Megaprojekte (wie z. B. Satellitensysteme), politische wie militärische Konditionen für «Ressourcen- und Betriebssicherheit». Dazu brauchen sie «die Politik», «den Staat», «die EU», innerhalb derer sie ihre Macht politisch entfalten und durchsetzen können.

Eine solche Politik erzeugt auch Interessenwidersprüche zwischen den verschiedenen Fraktionen der Kapitaloligarchien, denen – je nach Wirtschaftsstruktur, nationaler Verortung und Verbundenheit mit US-amerikanischen Kapitalgruppen – an der Stabilisierung beziehungsweise Destabilisierung der EU gelegen ist. Das zeigt sich etwa beim Streit über die «allmächtigen» US-amerikanischen Ratingagenturen, die über die Kreditwürdigkeit von EU-Mitgliedsländern befinden. Die Arbeit am Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA soll Kompromisse finden und wird die Konkurrenz neu anpeitschen. Zugleich werden Potenziale zerstört, die notwendig wären, damit soziale, ökologische und globale Probleme gelöst werden können.

Über diese Probleme redet auch Bundespräsident Gauck. Aber er blendet die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse aus und verzichtet darauf, die folgenden Fragen zu formulieren: Könnte die EU nicht vor allem dann erfolgreich «Globalisierung» gestalten, wenn sie ihre Energie- und Stoffumsätze, ihren Naturverbrauch und ihre Naturverschmutzung radikal und damit auch absolut drastisch senkt? Würde ein offeneres, zivileres Europa nicht viel mehr zur Sicherheit beitragen als die jetzige Politik? Und ist eine Strukturpolitik des sozialökologischen Umbaus nicht der langfristig wirksamste Beitrag zur Überwindung sozialer Spaltungen in der EU?

Würde man die Fragen so stellen, dann würde die herrschende Ideologie einer europäischen Einigung durchsichtig als Programm einer rücksichtslosen Verstärkung des neoliberalen Modells in Wirtschaft und Politik.

### **Worum es David Cameron geht und wie es Gerry Grimstone ausspricht**

Die britischen Medien haben in ihren Kommentaren zur Rede des Bundespräsidenten herausgestellt, dass Gauck für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union plädiert und wirbt.<sup>8</sup> Damit widerspricht er einer Fernsehrede des britischen Premiers Cameron vom 23. Januar dieses Jahres, in der dieser ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU ankündigt.<sup>9</sup> Gemeint ist dies in erster Linie als Instrument, um die EU-Integration auf den Binnenmarkt und den «freien» Wettbewerb vor allem des Finanzmarktkapitals zu reduzieren. Diese Botschaft der Rede Camerons wird deutlich, wenn man die Londoner City fragt, das Bankenzentrum Großbritanniens. Dafür steht vor allem TheCityUK, ein Zusammenschluss von Finanzdienstleistungsunternehmen. Ihr Sprecher ist Gerry Grimstone. Bevor er Vorstandsvorsitzender des Versicherungsunternehmens Standard Life und Chef von TheCityUK wurde, war er lange Jahre im Staatsapparat Großbritanniens tätig und mit Privatisierungen befasst, insbesondere in der Industrie und im Gesundheitswesen. Grimstone verfügt zudem über Erfahrungen im weltweiten Investmentbanking. Er berät sowohl den Vorstand der Handelsbank des Emirats Abu Dhabi als auch das britische Verteidigungsministerium.<sup>10</sup>

Grimstone bringt auf den Punkt, was hinter der Rede von Cameron steckt: «In der City kam Cameron gut an [...]. Hier gefiel vor allem, dass der Regierungschef die Wichtigkeit des europäischen Binnenmarktes betonte [...], wir in der City sehen uns ja nicht nur als das Finanzzentrum Großbritanniens, sondern vielmehr als Finanzplatz Europas. [...] Cameron [sprach] von der Notwendigkeit, dass sich die EU reformieren muss. [...] Daher wandte sich diese Rede nicht nur an ein britisches Publikum, sondern vor allem an Camerons Kollegen, also die europäischen Staats- und Regierungschefs.»<sup>11</sup>

Eine derart gelobte Rede lohnt eine genauere Analyse. Kern ist eine Strategie, die die britischen nationalen Interessen vom Standpunkt der Londoner City aus interpretiert und mit dem Neoliberalismus verbindet. Zentraler Bezugspunkt für Cameron ist der Lissaboner Vertrag aus dem Jahr 2007. Im Zentrum des Vertrags steht die Erhöhung der globalen Konkurrenzfähigkeit des Standorts EU und ihrer Unternehmen. Die Europäische Union soll zudem als globaler, auch militärischer Sicherheitsakteur ausgebaut werden. Der Vertrag markiert den neoliberalen Grundkonsens der EU-Integration der letzten 20 Jahre.

Cameron greift Vorgaben des Vertrags und dessen Interpretation durch den Europäischen Gerichtshof auf und fordert die stärkere Zentralisierung von Entscheidungs- und Durchsetzungsmacht dort, wo es um Privatisierung, Marktentgrenzung und Absenkung sozialer Standards geht. Umgekehrt wehrt sich Cameron vehement dagegen, dass Anliegen, die über eine eng neoliberal verstandene, globale Konkurrenzfähigkeit und die Schaffung «starker Sicherheitsstaaten» hinausgehen, durch die Europäischen Institutionen durchgesetzt werden dürfen, so beim Verbraucherschutz, bei sozialen Standards oder der Begrenzung der Arbeitszeit. Dies sei alleinige Sache der Nationalstaaten. Eine solche Politik würde mit Berufung auf «Brüssel» und die EU die

Übermacht des Kapitals gegenüber der Bevölkerung der Mitgliedstaaten und ihren sozialen Anliegen weiter stärken. Gleichzeitig würde sie die Chancen für die Durchsetzung der Interessen der Bevölkerungsmehrheiten zusätzlich schwächen. Die verordnete Standortkonkurrenz innerhalb der EU führt geradezu zwangsläufig zu einem Wettbewerb um die Absenkung der sozialstaatlichen und demokratischen Standards.

Da es nun einmal die auch von Cameron anerkannte Bevölkerung mit einer gemeinsamen EU-Bürgerschaft gibt, muss es auch gemeinsame, verbindliche politische Institutionen der Europäischen Union geben. Aber Cameron schlägt vor, den Institutionalierungsgrad der EU radikal zu reduzieren: Es soll nur noch den im Weltmarkt eingebetteten EU-Binnenmarkt geben und außerdem eine europäische NATO-Unterabteilung unter zentralem Kommando. Das begründet er mit nationalistischen Stereotypen vom «freien Briten» und der Berufung auf die traditionell engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Doch was sind eigentlich die Motive für Camerons Vorschlag eines Referendums über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union? In der Londoner City denkt doch niemand ernsthaft daran, aus der EU auszutreten, da ebendiese «City» «die wichtigste Finanzdrehzscheibe in Europa» ist und die Hälfte der britischen Exporte in die EU fließt.<sup>12</sup> Nach dem Global Financial Centres Index 2012 ist London mit Abstand die Nr. 1 unter den internationalen Finanzplätzen.<sup>13</sup> Dies verdankt sie vor allem der unikalen Verbindung von besonderer Beziehung zu den USA und der gleichzeitigen Verortung in der EU. Man muss wissen, dass unter den 50 wichtigsten Unternehmen der Welt (den sogenannten *control holders*) 22 auf die USA, acht auf Großbritannien und insgesamt 18 auf die EU entfallen, davon zwei auf Deutschland – die Deutsche Bank AG und die Allianz SE. Die Top 50 sind fast ausschließlich Finanzinstitutionen,<sup>14</sup> die mit der politisch betriebenen Entgrenzung der Finanzmärkte gewachsen sind. Und London ist einer ihrer wichtigsten Standorte.

Mit den genannten Finanzinstitutionen sind insbesondere transnationale Konzerne verbunden – vor allem im High-tech-Bereich, in den Energie- und Transportbereichen, im Agrobusiness und im «Sicherheits»-Bereich. Und die in ihnen tätigen (transnationalen) Unternehmen sind wiederum untereinander verquickt. Ihre Haupteigentümer und Spitzenmanager sind nicht nur auf die enge Kooperation mit Regierenden beziehungsweise Verwaltenden, mit den Mächtigen in «Politik», Justiz, Wissenschaft, Kultur und Medien, angewiesen, sondern die hier Mächtigen brauchen die Vernetzung mit den Repräsentanten des hochkonzentrierten und hochzentralisierten Kapitals. Wir haben es mit besonderen Netzwerken und einem sehr besonderen Finanzkapital zu tun, mit *Kapitaloligarchien*, die bei aller Widersprüchlichkeit die gemeinsamen ökonomischen, politischen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder durchsetzen und gesellschaftliche Bündnisse organisieren. Sie vertreten aggressiv ihre Interessen und ihre Sicht auf die Globalisierung und die weitere Entwicklung der Europäischen Union.

Grimstone als Figur verkörpert diesen Zusammenhang zwischen der besonderen britischen und der spezifischen Londoner Sicht. Er begrüßt daher das von Cameron angekündigte Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU, weil damit die Tür geöffnet werde «für Verhandlungen über einen neuen europäischen Grundlagenvertrag». Es gehe nicht einfach darum, den britischen Beitrag zum EU-

Haushalt zu reduzieren, sondern «um eine modernisierte, wettbewerbsfähige Gemeinschaft, von der alle Mitgliedstaaten profitieren». <sup>15</sup> Ziel ist nichts weniger als eine verschärfte neoliberale Wende der Europäischen Union.

Die Herausforderungen bestünden, so Cameron, darin, auf Wirtschaftswachstum zu setzen, die Eurozone zu stabilisieren, die Verhältnisse zwischen den Eurostaaten und den Nicht-Eurostaaten zu klären, Europa zu entbürokratisieren und den Menschen näher zu bringen. Camerons Berufung auf den britischen Nationalismus soll ihm dabei helfen, in Großbritannien eine möglichst breite Zustimmung zu einer Globalisierungspolitik zu organisieren, die im Vergleich zur deutschen Politik noch stärker auf Finanzinstitutionen und damit auf Finanzmarktakteure, auf Rüstung und Militärdienstleistungen setzt: Unter den Top 50 Rüstungs- und Militärdienstleistungsunternehmen der Welt (außer China) sind fünf britische und zwei deutsche, unter den Top 100 sind neun britische und vier deutsche. <sup>16</sup> Ausgehend von den damit verbundenen Interessen ist es das Ziel, nicht die EU zu beseitigen, sondern sie als Instrument zur besseren Durchsetzung dieser Interessen umzubauen.

#### **EINE BLITZAUFNAHME ZUR LAGE: WARUM DIE AUFREGUNG ÜBER ITALIEN?**

«Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano [...] versicherte Bundespräsident Joachim Gauck, Italien und Deutschland würden weiter Stützen eines geeinten Europas sein», <sup>17</sup> teilte die Deutsche Presseagentur (dpa) kurz nach der Wahl in Italien mit. Zuvor war zu beobachten, dass die «Börse in Mailand – passend zur Stimmenauszählung – eine Berg- und Talfahrt hin[legte]». <sup>18</sup> Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer erklärte zum Wahlergebnis: «Die Märkte dürften in den kommenden Wochen nervös bleiben.» <sup>19</sup> Das meint auch die *Baseler Zeitung*, verbreitet aber Optimismus: «Wer immer sich in Italien durchsetze, «wird – einmal im Amt – keinen unverantwortlichen Kurs verfolgen, wenigstens nicht für lange Zeit», ist der Chefökonom der Berenberg Bank, Holger Schmieding, zuversichtlich. Das hoch verschuldete Land müsste bei einem reform- und europafeindlichen Kurs deutlich höhere Zinsen zahlen, um sich am Kapitalmarkt frisches Geld zu besorgen. Dies dürfte kein Land lange durchhalten. «Innerhalb von einem oder zwei Monaten müsste Rom auf den Pfad der Tugend zurückkehren.» <sup>20</sup> «Die Finanzmärkte» als Garanten für den «Pfad der Tugend» – aber nur, wenn «Tugend» Austeritätspolitik und wenn «Reform» die technokratische Stabilisierung des neoliberalen Politikmodells meint.

Der Europäische Rat und mit ihm der (damalige) italienische Regierungschef Mario Monti hatten im Juni 2012 «die Finanzmärkte» und die Wählerinnen und Wähler in der EU beschworen: «Wir verpflichten uns [...], entschlossen zu handeln, um die Spannungen an den Finanzmärkten zu bewältigen, Vertrauen wiederherzustellen und das Wachstum wiederzubeleben. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, die WWU [die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion der Eurozone – d. Verf.] zu erhalten und für die Zukunft auf eine solidere Grundlage zu stellen.» <sup>21</sup>

Die Selbstverpflichtung der Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten und die «neue wirtschaftspolitische Steuerung» in der Europäischen Union gehören zusammen. Diese Steuerung beruht auf den «drei Grundpfeilern»: (1) straffere Wirtschaftsagenda mit strengerer Überwachung durch die EU, (2) Maßnahmen zur Stabilität beziehungsweise zur Stabilisierung der Eurozone und (3) Maßnahmen zur Sanierung

des Finanzsektors. Selbstverpflichtung und neue Steuerung gehen einerseits mit weiterem Sozial- und Demokratieabbau zusammen, andererseits mit sehr widersprüchlichen, inkonsequenten, letztendlich halbherzigen Bemühungen, für die Eurozone sicherere Funktionsbedingungen zu schaffen: eine Banken- und Fiskalunion, eine Wirtschaftsregierung, neue Aufgaben und Regelungen für die Europäische Zentralbank.

Die führenden Akteure an den Finanzmärkten behandeln dies – je nach ihrer Verbundenheit mit dem Eurosystem oder ihrer Unabhängigkeit gegenüber der Eurozone – durchaus widersprüchlich: Einerseits sind sie mehr oder weniger an einer funktionierenden Wirtschafts- und Währungsunion interessiert, andererseits wollen sie ihre Freiheiten von jeder Kontrolle, Regulierung oder gar Besteuerung bewahren. Sie wollen die Gewinne sichern, ohne die Kosten tragen zu müssen. Jenen, die vor allem auf das Eurosystem setzen, gilt der unkalkulierbare Silvio Berlusconi mit seinen Mafia-Verbindungen als «Störfaktor». «Ihr» Mann war eher Mario Monti. Wie Wolfgang Streeck schreibt: Schließlich hatte Monti «als europäischer Wettbewerbskommissar das deutsche öffentliche Bankenwesen zerschlagen (das dann versucht hat, sich durch Kauf amerikanischer Schrottpapiere zu sanieren). Nach seiner Zeit bei der Kommission hat Monti als Berater unter anderem von, Sie ahnen es schon, Goldman Sachs sein Geld verdient. Das sogenannte «europäische Projekt» als Einlagensicherungsfonds bzw. Inkasso-Agentur – die Einsetzung der Böcke als Gärtner.» <sup>22</sup>

Mario Monti hat – so sehen es viele – bei der Wahl eine Rechnung für die Austeritätspolitik bekommen. Und dies keinesfalls von links. Nun fürchten nicht allein Wirtschaftsminister Phillip Rösler und Finanzminister Wolfgang Schäuble, dass in Italien keine «richtige» Haushaltspolitik betrieben würde und/oder dass «die Märkte» neu verunsichert werden könnten. Die Wahlen in Italien haben deutlich gemacht, in welcher tiefen Widersprüchen selbst die repräsentative Demokratie zu einer neoliberalen Politik innerhalb der Europäischen Union und dem Standortwettbewerb steht. Es wird immer schwieriger, Mehrheitsfähigkeit in den Parlamenten herzustellen. Liberale Demokratie und entfesselter Kapitalismus sind nicht so einfach kompatibel, wie oft behauptet wird. Was aber ist die Antwort von unten und von links?

#### **UNSER GEGENVORSCHLAG: DIE EUROPADEBATTE VON UNTEN AUFNEHMEN**

Auch von unten betrachtet, ist die Eurokrise in der Tat eine Krise der bisherigen EU-Integration. Das ist umso bedrohlicher, als es in den meisten Mitgliedstaaten ganz ausgeschlossen ist, die europäisch gewordene Politik wieder auf die nationale Ebene zurückzuverlagern – gerade auch im Interesse der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Einerseits also ist die Europäische Integration gefährdet und andererseits kann die Europäische Union gerade auch im Interesse der Bevölkerungsmehrheiten der meisten Länder nicht aufgegeben werden.

Dies heißt keineswegs, dass die linken Kräfte sich dem hierzulande herrschenden Hype in Richtung von «immer mehr Europa» unterwerfen sollten. Die Alternativen sind nicht: Europäische Union oder Nationalstaat, sondern Kämpfe um eine andere Richtung der Politik auf allen Ebenen. Ein erster Beitrag dazu ist Aufklärung. Die linken Kräfte sollten deutlich machen, dass und wie europapolitische Richtungsentscheidungen von den Mitgliedstaaten im Ministerrat ge-

treffen und innerhalb nationaler Öffentlichkeiten vorbereitet und legitimiert werden. Sie sollten nachweisen, wie die Kräfteverhältnisse für europapolitische Weichenstellungen auch innerhalb der Mitgliedstaaten entscheidend beeinflusst werden. Die heutige neoliberale Politik stützt sich gleichermaßen auf Richtungsentscheidungen in den «Kernländern» und in «Brüssel».

Angesichts des Streits unter den Herrschenden sollte es den Linken auch «in Sachen Europa» letztlich darum gehen, jene zu unterstützen, die Widerstand leisten und dabei an demokratischen wie solidarischen Gesellschaftsalternativen arbeiten. Dies ist ein längerer Prozess, der wachsen muss. Bisher gibt es noch keine ausgearbeitete «große Alternative», mit der die linken, insbesondere die sozialistischen Kräfte in Deutschland und Europa der herrschenden Politik entgegenzutreten können. Zweifellos gibt es viele, darunter hervorragende Papiere. Zahlreiche, oft sehr anregende Treffen zur Organisation von Protest und Widerstand und zu Problemlösungen haben stattgefunden. In vielen Mitgliedstaaten sind bewundernswerte, massenhafte Aktionen des Abwehrkampfes zustande gekommen; insbesondere dort, wo die Sparpolitik besonders schlimme Auswirkungen hatte.

Aber es gibt noch immer keine breite Diskussion über emanzipativ-solidarische Alternativen in Europa und in der Europäischen Union, die eng mit den sozialen Kämpfen verbunden wäre. Noch sind es vor allem Entwürfe und Stellungnahmen einzelner Organisationen und Personen. Erst aus einer solchen, auch praktisch verankerten Debatte könnte jedoch eine erfolgreiche politische Strategiebildung hervorgehen. Informierte und engagierte «VordenkerInnen» können allein die bestehenden Blockaden nicht überwinden.

Daher appellieren wir an die Leserinnen und Leser dieses Papiers, ihre Erfahrungen auszutauschen, wie unter den Bedingungen der Schwäche linker Kräfte gehandelt werden kann. Zugleich fragen wir sie, wo sich in ihrem Alltag Ansätze

dafür bieten, sich mit anderen in der Europäischen Union aktiv zu solidarisieren und auch globale Bündnisse aufzubauen, die die Interessen der schwächsten und bedrohtesten Gruppen zum Ausgangspunkt nehmen.

Uns geht es um die Diskussion konkreter Tatsachen, damit wir gemeinsam politikwirksame Solidarität organisieren und Probleme nachhaltig lösen können. Auf der Basis der eingehenden Zuschriften werden wir weitere Initiativen – wie beispielsweise ein Forum zur kollektiven Analyse konkreter Erfahrungen – vorschlagen.

Kontakt: dellheim@rosalux.de

Judith Dellheim ist Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Frieder Otto Wolf Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin und Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gabi Zimmer ist Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL im Europäischen Parlament.

**1** Vgl. Gauck, Joachim: Rede zu Perspektiven der europäischen Idee, 22.2.2013, [www.zeit.de/politik/deutschland/2013-02/gauck-rede-wortlaut](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-02/gauck-rede-wortlaut). **2** Ebd. **3** Gauck, a. a. O. **4** Ebd. **5** Eigene Berechnungen nach statista ID 189878 nach BIZ, FAZ, 7.6.2011, S. 19. **6** Schumann, Harald: Staatsgeheimnis Bankenrettung, in: Der Tagesspiegel, 24.2.2013. **7** Vgl. <http://ifg.rosalux.de/2011/07/22/und-wieder-mal-ein-schuldengipfel/>. **8** Vgl. z. B. <http://www.guardian.co.uk/world/2013/feb/22/german-president-pleads-britain-stay-eu>. **9** Dokumentation der Rede Camerons in: Die Welt, 23.1.2013, <http://www.welt.de/politik/ausland/article113074013/David-Camerons-Rede-im-Wortlaut.html>. **10** Vgl. <http://www.standardlife.com/about/board.html>. **11** Interview mit Gerry Grimstone in: VDI nachrichten, 1.2.2013. **12** Ebd. **13** Statistica ID 1666518 nach Z/Yen, The Global Financial Centres Index 2012, S. 4. **14** Ebd. **15** Grimstone, a. a. O. **16** SIPRI, The SIPRI Top 100 arms-producing and military services companies in the world excluding China, 2011, <http://www.sipri.org/research/armaments/production/Top100>. **17** Vgl. dpa-Meldung vom 26.2.2013. **18** Vgl. Meldung vom 25.2.2013 unter: <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/grosse-sorge-nach-berlusconis-coup-007259?newsletter>. **19** Krämer zitiert nach: Handelsblatt, 26.2.13. **20** Baseler Zeitung, 25.2.2013. **21** Europäischer Rat, Schlussfolgerungen, Brüssel, 29.6.2012, EUCO 76/12, CO EUR 4, CONCL 2, S. 1. **22** Interview mit Wolfgang Streeck: «Das Dopingregime des Pump-Kapitalismus ist lebensgefährlich», in: Die Zeit, 28.12.11, <http://www.zeit.de/politik/2011-12/streeck-europa-depression/seite-3>.

LÜHR HENKEN / PETER STRUTYNSKI

## HÄNDLER DES TODES

RÜSTUNGSEXPORTE ALS MITTEL DEUTSCHER AUSSENPOLITIK:  
SCHÄDLICH UND UNMORALISCH

Wieder ging ein Raunen durch den deutschen Blätterwald, als Mitte April 2013 bekannt wurde, dass der Bundessicherheitsrat offenbar ein milliardenschweres Rüstungsgeschäft mit dem Golfemirat Katar genehmigt hat. Es geht um die Lieferung von 62 modernen Leopard-2-Kampfpanzern und 24 Panzerhaubitzen («das modernste Artilleriesystem der Welt»). Beide Systeme werden von der größten deutschen Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann (München und Kassel) in Kooperation mit Rheinmetall (ebenfalls in Kassel) hergestellt. Das politische Naserümpfen legte sich aber bald wieder. Immerhin geht es um einen Auftrag im Wert von 1,9 Milliarden Euro, was den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, Ernst Hinsken (CSU), zu der Bemerkung veranlasste: «Damit werden deutsche Arbeitsplätze gesichert.» Und moralische Bedenken gegen den Waffendeal wischte er in Stammtischmanier beiseite: «Wenn Deutschland nicht liefert, liefern andere» (Süddeutsche Zeitung, 19.4.2013).

Damit sind wir schon mitten im Thema: Was bedeutet der deutsche Rüstungsexport, wie ist er zu kontrollieren, wie ist er politisch und ethisch zu bewerten, welche Folgen hat er in der Welt?

Das unabhängige Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI führt die Bundesrepublik Deutschland auf Platz 3 der weltweit größten Waffenexporteure nach den USA und Russland. Damit ist Deutschland in der EU der größte Exporteur des Todes. Dies bezieht sich auf die Summe der Exporte der letzten fünf Jahre. Allerdings belegt Deutschland 2011 und 2012 nur noch die Plätze 6 bzw. 5 weltweit. SIPRI ermittelte zuletzt sogar eine Halbierung der Ausfuhren gegenüber den Vorjahren. Deutet sich damit möglicherweise eine Trendwende an, die auf eine Reduktion des deutschen Rüstungsexports hinweist? Mit Sicherheit nicht.

Denn die von der Bundesregierung veröffentlichten Werte für erteilte Ausfuhrgenehmigungen, die meist erst Jahre später tatsächlich erfolgen, weisen in die Höhe. Ein Vergleich der Beträge für die beiden letzten Jahrfünftete weist ein Plus von 25 Prozent aus und dabei ist der letzte Wert für 2011 (10,8 Mrd. Euro) fast doppelt so hoch wie der des Vorjahres (5,5 Mrd. Euro) und stellt damit den zweithöchsten Betrag überhaupt dar. Darüber hinaus lag die Summe der zur Absicherung der Exporte von der Regierung gewährten Hermes-Bürgschaften 2012 um 800 Millionen Euro höher als 2011. Sechs Rüstungsgeschäfte wurden mit 3,3 Milliarden Euro abgesichert.

Dabei fällt auf, dass vor allem die Genehmigungen in die sogenannten etwa 100 Drittländer – also in jene Länder, die

weder der NATO noch der EU oder ihnen gleichgestellte Länder angehören – ganz besonders angestiegen sind. Dabei wird in den im Jahr 2000 erlassenen «Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen» ausdrücklich betont, dass «der Export von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern» in diese «Drittländer» «restriktiv gehandhabt» werden soll. Ein Vergleich der beiden letzten Jahrfünftete ergibt ein Plus von 73 Prozent. Innerhalb dieser Gruppe der «Drittländer» sticht insbesondere der Zuwachs an Ausfuhrgenehmigungen in die Vereinigten Arabischen Emirate um 245 Prozent und um 313 Prozent nach Saudi-Arabien heraus. Für 2012 teilt die Bundesregierung auf Anfrage des Abgeordneten Jan van Aken (DIE LINKE) mit, dass für Saudi-Arabien Ausfuhren für 1,24 Milliarden Euro genehmigt wurden. Das ist so viel wie in den vier Jahren zuvor zusammen. Und die öffentlich ruchbar gewordenen Exportabsichten von Kampfpanzern und Kriegsschiffen an den Golf sind darin noch nicht einmal enthalten, weil sie noch nicht offiziell genehmigt wurden.

Die tatsächlich erfolgte Ausfuhr von Kriegswaffen in diese sogenannten Drittländer ist ebenfalls besorgniserregend. So erreichte die Kriegswaffenausfuhr im letzten Berichtsjahr 2011 mit einem Wert von 843 Millionen Euro ein Allzeithoch. Das war fast doppelt soviel wie 2010 und fast fünfmal soviel wie 2009. Damit landeten etwa zwei Drittel der deutschen Kriegswaffenausfuhr 2011 in den «Drittländern», ein Drittel (genau für 447 Mio. Euro) ging an NATO- und EU-Mitglieder. Von restriktiver Handhabe kann ganz und gar nicht die Rede sein.

## PANZER NACH SAUDI-ARABIEN UND KATAR

Der Nahe Osten, Südasien und Südkorea sind Spannungsgebiete. Trotzdem wird dorthin geliefert, was das Zeug hält. Im Juni 2011 war bekannt geworden, dass der Bundessicherheitsrat – ein geheim tagender Ausschuss der Bundesregierung, dem die Kanzlerin und acht Minister angehören – einer Voranfrage Saudi-Arabiens auf Lieferung von 270 Kampfpanzern des Typs Leopard 2 A7+ einstimmig zugestimmt habe. Die Regierung hat dazu bisher jede Stellungnahme verweigert. Eine formelle Exportgenehmigung von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) liegt ebenfalls noch nicht vor. Der Deal könnte also noch abgeblasen werden. Andererseits hat der Generalunternehmer Krauss-Maffei Wegmann den Panzer in der saudischen Wüste bereits erproben lassen.

Die Bundesregierung schickt sich also an, schwere Waffen direkt in «Spannungsgebiete» zu liefern. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat das sogar öffentlich begründet. Im Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung sagte sie im September 2011: «Wenn die Bundesrepublik davor zurückschreckt, militärisch zu intervenieren, dann reicht es in der Regel nicht, an andere Länder und Organisationen Worte der Ermutung zu richten. Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein. (...) Wir sollten aber versuchen, einen Schritt weiterzugehen. Wenn wir uns im atlantischen Bündnis einig sind, dass die NATO nicht alle Konflikte lösen kann und dass den aufstrebenden Schwellenländern und Regionalorganisationen mehr Verantwortung zukommt, dann sollten wir im Bündnis bei den Rüstungsexporten auch schrittweise zu einer gemeinsamen Politik kommen» (Der Spiegel, 10.10.2011). Diese neue außenpolitische Leitlinie wird seither als «Merkel-Doktrin» bezeichnet. Im Oktober 2012 machte die Kanzlerin in Strausberg vor der Bundeswehrführung sogar den Versuch, diese Doktrin als Mittel der Friedenspolitik zu verkaufen: «Wer sich der Friedenssicherung verpflichtet fühlt, aber nicht überall auf der Welt eine aktive Rolle in der Friedenssicherung übernehmen kann, der ist auch dazu aufgerufen, vertrauenswürdigen Partnern zu helfen, damit sie entsprechende Aufgaben übernehmen.» Dies schließt eben auch «Unterstützung bei der Ausrüstung» ein.

Merkels neue Weltsicht lautet demnach: Rüstungsexporte dienen dem Frieden. Also: Frieden schaffen mit mehr Waffen.

Was sind das für Panzer, die nach Saudi-Arabien exportiert werden sollen? Krauss-Maffei Wegmann bietet seit 2005 den Typ Leopard 2 A7+ an, von denen Saudi-Arabien 270 Stück kaufen will. Sie bewirbt ihn wörtlich als «Kampfpanzer des 21. Jahrhunderts», mit dem sich die «neuen Herausforderungen» wie, so wörtlich, «asymmetrische Bedrohungen, zum Beispiel Terroristen, Sprengfallen (IED's) oder Einzelpersonen» bekämpfen lassen. Speziell auf den Stadt- und Ortskampf ausgerichtet, erhielt der A7+ einen ungewöhnlichen Tarnanstrich, der den Verhältnissen in Innenstädten angepasst ist. Mit ihm werden, so die Waffenschmiede, die Soldaten «optimal auf neue Einsatzszenarien vorbereitet». Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) beschreibt die Fähigkeiten dieses Panzers so: Mit dem Maschinengewehr kann «man auch steil nach oben schießen – beispielsweise in engen Straßen gegen Feinde auf Hausdächern. Neue Munition, die zeitverzögert explodiert, wirkt auch hinter Mauern. Außerdem kann der Panzer rundum gegen Panzerfaustangriffe gewappnet werden, das Fahrwerk wurde verbessert, eine Kühlanlage sorgt auch in heißen Ländern für erträgliche Temperaturen» (FAZ,

6.7.2011). Also quasi eine uneinnehmbare mörderische Festung. Auf die 120mm-Glattrohrkanone von Rheinmetall wird selbstverständlich nicht verzichtet. Rheinmetall bietet für den A7+ ein um 1,30 m verkürztes Rohr an, weil die kürzere Waffe beim Einsatz in engen Straßen und Gassen von Vorteil sei.

Ausgerechnet Saudi-Arabien interessiert sich für diesen einzigartigen Panzertyp. Dieses feudale-repressive Königreich, dessen absolutistischer Herrscher über dem Gesetz steht, dessen Staatsbürger der Scharia unterworfen sind, wo Parteien, Gewerkschaften, Streiks, ja selbst Demonstrationen verboten sind und Frauen nicht Auto fahren dürfen. Saudi-Arabien ist das Zentrum des sunnitischen Fundamentalismus, dessen Staatsreligion der Wahhabismus ist. Das Wahhabiten-Regime unterstützt weltweit den Salafismus, eine besonders fanatische und intolerante Spielart des Islamismus.

Zieht man die Rüstungsexportrichtlinien zurate, die sich die Bundesregierung selbst gegeben hat, so verbietet sich der Panzerdeal mit einem solchen Staat. Es heißt dort nämlich: «Genehmigungen für Exporte nach KWKG (Kriegswaffenkontrollgesetz) und/oder AWG (Außenwirtschaftsgesetz) kommen nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, z. B. bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen und bei hinreichendem Verdacht des Missbrauchs zu innerer Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.»

Aber keine Regel ohne Ausnahme. In den Richtlinien heißt es an anderer Stelle: «Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland (...) für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen. Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.» Und der Export nach Saudi-Arabien oder nach Katar liegt augenscheinlich im deutschen Interesse. «Riad sei ein wichtiger Partner im Kampf gegen den Terrorismus und gegen eine nukleare Bewaffnung Irans sowie im Nahost-Prozess. Allerdings gebe es erhebliche Defizite im Menschenrechtsbereich», verkündete die Kanzlerin laut faz.net im Fernsehsender Sat 1 am 8. Juli 2011. Die hehren menschenrechtlichen Grundsätze werden schnell zu Makulatur, wenn geostrategische oder wirtschaftliche Interessen im Spiel sind.

Das absolutistisch regierte Emirat Katar ist eine an Saudi-Arabien grenzende Halbinsel von der Größe des Kosovo im Persischen Golf und innenpolitisch ähnlich repressiv verfasst wie sein großer Nachbar. Katar erhält schon seit vielen Jahren Kleinwaffen und Munition aus Deutschland. Als jedoch im Mai 2009 der Bundessicherheitsrat der damaligen Großen Koalition die Ausfuhr von 36 Leopard-2-Kampfpanzern nach Katar genehmigte, kam das einem Tabubruch gleich. Zum ersten Mal sollten schwere Kriegswaffen in das Spannungsgebiet am Golf geliefert werden. Erst zwei Jahre später wurde bekannt, dass der Bundessicherheitsrat kurz danach im Sommer 2009 auch der Lieferung von 24 Panzerhaubitzen 2000 zugestimmt hatte (welt.de, 18.7.2011). Bis Ende 2011 ist die Lieferung von Panzern und Haubitzen laut SIPRI-Register nicht erfolgt. Auch 2012 wurde nicht geliefert. Erst im April 2013 wurde der Vertrag perfekt gemacht.

Wie ist diese gigantische Aufrüstung des kleinen Landes zu erklären? Katar beherbergt das Zentrum der US-Streitkräfte am Persischen Golf mit dem regionalen Hauptquartier des Central Command und dem Luftwaffenkommando. Beide

sind unter anderem für den Iran zuständig. 16 Prozent der Menschen in Katar sind iranischer Abstammung. Augenscheinlich sollen wie in Saudi-Arabien die deutschen Panzer zur Repression im Innern eingesetzt werden.

### AUFRÜSTUNG SCHÜRT KRIEGSGEFAHR

Eine Flut von Waffen ergießt sich in die arabischen Golfstaaten. Allgemein wird behauptet, man rüste sich gegen eine iranische Atombombe. Das ist so sehr Allgemeingut, dass man gar nicht mehr nachfragt, ob der Iran überhaupt nach einer Atombombe strebt. Dass selbst die US-Geheimdienste sagen, dass der Iran seit 2003 kein militärisches Atomprogramm verfolgt, wird hier achselzuckend beiseite gewischt. Aber was ist, wenn der Vater des iranischen Atomprogramms dasselbe sagt? Dann wird es hierzulande gar nicht berichtet. Als Vater des iranischen Atomprogramms gilt Akbar Etemad. Der heute 82-Jährige hat für den Schah von Persien das Atomprogramm entwickelt und hat mit dem Mullah-Regime nichts am Hut. Die *Basler Zeitung* stellte ihm im August 2012 folgende Frage: «Die iranische Regierung hat ein sehr schlechtes Image im Westen, weil der Westen sagt, der Iran wolle eine Bombe bauen. Stimmt das?» Etemad: «Ja, es stimmt, dass der Westen sagt, der Iran wolle eine Nuklearwaffe bauen. Aber es stimmt nicht, dass der Iran das tut» (bazonline.ch, 23.8.2012).

Werfen wir einen Blick auf die Kräfteverhältnisse am Golf, so zeigt sich, dass nicht der Iran, sondern seine Gegner eine drückende militärische Überlegenheit haben. Der Iran gibt jährlich rund zehn Milliarden Dollar für sein Militär aus. Die sechs arabischen Golfmonarchien kommen zusammen auf das Siebenfache! Zusätzlich sind die USA in allen sechs Staaten militärisch präsent, etwa mit dem Stützpunkt der 5. US-Flotte in Bahrain. Zudem rüsten die sechs Länder, angeführt von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, massiv auf. Die in den letzten zehn Jahren eingeführten Kriegswaffen im Wert von etwa 20 Milliarden US-Dollar waren dabei nur ein Vorspiel. Seit 2010 laufen zwischen diesen Staaten und den USA Verhandlungen über wesentlich größere Waffenimporte. So wurden für die saudische Luftwaffe Verträge in Höhe von 68 Milliarden US-Dollar abgeschlossen. Verhandlungen über die Lieferung von Kriegsschiffen in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar laufen seit 2010. All diese Projekte werden in den USA mit der Rüstung gegen den Iran begründet. Insgesamt wird die Summe aller Neubeschaffungen der arabischen Golfstaaten auf etwa 150 Milliarden US-Dollar geschätzt. Das ist 15 Mal mehr als das gesamte jährliche iranische Militärbudget. Obendrein kämen die deutschen Panzer- und Kriegsschiffexporte im Wert von über 20 Milliarden US-Dollar und – nicht zu vergessen – die deutschen U-Boot-Lieferungen an Israel. Angesichts der US-Präsenz am Golf und der Ausstattung aller arabischen Staaten dort mit Raketenabwehrsystemen muss sich der Iran eingekreist und bedroht fühlen, angegriffen zu werden.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) rechtfertigt den deutschen Rüstungsexport damit, dass Saudi-Arabien «ein Stabilitätsanker in der Region» sei (faz.net, 8.7.2011). Aber dass die weitere Aufrüstung der eh schon militärisch überlegenen Gegner des Iran in Kombination mit dem mörderischen Wirtschaftsembargo die Kriegsdrohung gegen Iran erhöht oder sein etwaiges Atomprogramm eher beschleunigt als dämpft, blendet diese Argumentation aus. Ein Angriff auf den Iran wird umso wahrscheinlicher, je besser es den Angreifern gelingt, mögliche iranische Gegenmaßnah-

men zu minimieren. Bei fortgesetzter Aufrüstung der arabischen Golfstaaten kommt es entweder zu einem Angriff auf den Iran, oder der Iran wird zur Atommacht. In jedem Fall wird die Lage instabiler – und die Bundesregierung trägt aktiv zu dieser Destabilisierung der internationalen Lage bei.

### U-BOOTE FÜR ISRAEL

1999 und 2000 lieferten HDW und die Nordseewerke drei U-Boote der Dolphin-Klasse an Israel. Diese U-Boote wurden mit 560 Millionen Euro vom deutschen Steuerzahler finanziert, weil Israel das Geld dafür fehlt. Die U-Boote haben einen diesel-elektrischen Antrieb und eine Reichweite von knapp 9.000 Kilometer. Sie sind auf das Mittelmeer ausgelegt. Nachträglich hat Israel in die U-Boote vier vergrößerte Torpedoöffnungen eingebaut. Fachleute gehen davon aus, dass diese für Marschflugkörper verwendet werden können, die atomar bestückt sind. Beweise dafür gibt es allerdings nicht.

Die rot-grüne Bundesregierung genehmigte noch als letzte Amtshandlung 2005 die Ausfuhr von zwei vergrößerten U-Booten der Dolphin-Klasse nach Israel. Sie heißen Dolphin II. Die Dolphin II – aber auch die U-212 – sind die kampfstärksten konventionell angetriebenen U-Boote überhaupt. Die beiden U-Boote der Dolphin-II-Klasse sollen 2013 einsatzbereit sein und kosten etwa eine Milliarde Euro, wovon der deutsche Steuerzahler direkt ein Drittel beisteuert und indirekt durch den Kauf von Rüstungsgütern in Israel ein weiteres Drittel. Ein Drittel der Kosten trägt Israel. Anfang Juni 2012 unterzeichnete die Bundesregierung den Vertrag über ein drittes Dolphin-II-U-Boot. Geliefert wird bis 2017. An Hermes-Bürgschaft wurden 405 Millionen Euro genehmigt. Der deutsche Steuerzahler gibt dafür 135 Millionen Euro, sodass sich die deutsche Spende für die sechs israelischen U-Boote auf insgesamt 1,03 Milliarden Euro summiert.

Fragen an die Bundesregierung, was sie über die nukleare Bewaffnung dieser U-Boote wisse, beantwortet sie so: «Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an Spekulationen über eine mögliche Bewaffnung» (Bundestags-Drucksache 17/10194). Dabei sind Aussagen bekannt von Leuten, die darüber Bescheid wissen. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Carsten Vogt (SPD) sagte dem *Spiegel*: «Wenn wir danach gefragt hätten, wäre das Schlimmste gewesen, wenn die Israelis uns eine ehrliche Antwort gegeben hätten» (junge Welt, 15.6.2012). *Spiegel Online* schreibt: «Ehemalige hochrangige Beamte im Verteidigungsministerium wie der ehemalige Staatssekretär Lothar Rühl oder der Ex-Chef des Planungsstabs Hans Rühle haben gegenüber dem Spiegel erklärt, sie seien schon immer davon ausgegangen, dass Israel auf den U-Booten Nuklearwaffen stationieren werde. Rühl hat darüber auch mit Militärs in Tel Aviv gesprochen» (Spiegel Online, 3.6.2012). Die Merkel-Regierung verhält sich hier wie die drei Affen: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen.

### KLEINWAFFEN UND WEITERE RÜSTUNGSEXPORTE

Die mehr oder weniger weit gediehenen Rüstungsdeals in «Drittländer» summieren sich auf über 30 Milliarden Euro. Diese gigantische Dimension ist in der bundesdeutschen Rüstungsexportgeschichte beispiellos. Wenn diese Vorhaben umgesetzt werden, ist der unrühmliche dritte Platz Deutschlands im weltweiten Rüstungsexport für lange Zeit gesichert. Die Merkel-Doktrin macht's möglich.

Schon jetzt – ohne diese in Aussicht stehenden Aufträge – verzeichneten die vier größten deutschen Rüstungskonzer-

ne Rheinmetall, ThyssenKrupp, Krauss-Maffei Wegmann und Diehl entgegen der weltweiten Entwicklung ein deutliches Umsatzplus. Während SIPRI für 2011 weltweit erstmals seit 1994 ein Schrumpfen des Umsatzes der 100 größten Rüstungsbetriebe (ohne China) feststellte (um fünf Prozent auf 410 Mrd. US-Dollar), setzten diese deutschen Rüstungsschmieden mehr um: Rheinmetall (+12 Prozent auf 3 Mrd. US-Dollar), ThyssenKrupp (+55 Prozent auf 2,1 Mrd. US-Dollar), Krauss-Maffei Wegmann (+ 9 Prozent auf 1,7 Mrd. US-Dollar) und Diehl (+14 Prozent auf 1,4 Mrd. US-Dollar). Rheinmetall verbuchte zudem 2012 ein Auftragsplus von 60 Prozent auf einen rekordhohen Auftragsbestand von fünf Milliarden Euro. «ThyssenKrupp hat in seinem militärischen Marinegeschäft so hohe Aufträge wie nie zuvor. Beide Unternehmen profitieren von florierenden Exporten» (FAZ, 19.2.2013).

Unter die Kategorie «Kleinwaffen» fallen neben Pistolen und Revolvern auch Maschinen- und Schnellfeuergewehre, Maschinenpistolen und kleine Mörser. Diese sind wahre Massenvernichtungswaffen: «Laut einer Studie des Internationalen Roten Kreuzes sterben von 20 Toten auf den Schlachtfeldern der Welt 19 durch Kleinwaffen» (Neues Deutschland, 28.8.2012). Offizielle Schätzungen gehen von mehr als 400.000 Toten jährlich durch Kleinwaffen aus (ebenda). Die deutsche Firma Heckler&Koch hat etwa 15 Millionen Gewehre des Typs G3 hergestellt. Völlig legal wurden sie in 88 Staaten exportiert. Schätzungen sprechen davon, dass seit 1949, dem Jahr der Firmengründung, etwa 1,5 Millionen Menschen mit Produkten von Heckler&Koch getötet wurden. Deutschland ist der drittgrößte Kleinwaffenexporteur der Welt – nach den USA und Italien (Neues Deutschland, 29.11.2011).

Lizenzvereinbarungen zum Nachbau von G3-Gewehren gibt es mit zehn Ländern, darunter mit der Türkei, Saudi-Arabien, Mexiko, Burma, Iran und mit Pakistan. G3-Gewehre finden sich heute im Bürgerkrieg in Somalia, in Thailand, türkische Soldaten töteten mit dem G3-Gewehr Kurden, das mexikanische Militär setzte sie in Chiapas ein.

Im Jahr 2011 erteilte die Regierung die Genehmigung für den Export von Kleinwaffen in 24 Staaten außerhalb von EU und NATO im Wert von 17,9 Millionen Euro. Das ist der zweithöchste Wert überhaupt. Der größte Empfänger darunter war wiederum Saudi-Arabien – in das repressivste dieser 24 Länder floss über die Hälfte des Waffenwerts. 2011 wurde bekannt, dass Heckler&Koch in Saudi-Arabien eine Fabrik für Sturmgewehre des Typs G36 errichtet hat. Sie hat bereits die Produktion aufgenommen und wirbt für den Export. Im Dezember berichtete der *Spiegel*, dass die Bundesregierung unter anderem den Export von 1,2 Millionen Patronen für Handfeuerwaffen in dieses autoritäre Land am Golf genehmigt habe (Spiegel, 17.12.2012). Auch das hat mit restriktiver Handhabung nichts zu tun. Anders der Schweizer Bundesrat. Er erteilte dem Gesuch eine Absage, «Einzelteile und Baugruppen für Pistolen» an die königliche Garde Saudi-Arabiens via USA zu exportieren. In der Begründung für die Ablehnung hieß es, «dass mit den Einzelteilen Waffen produziert würden, mit denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden könnten» (Handelszeitung, 23.1.2013).

## DIE RÜSTUNG – EIN WIRTSCHAFTSFAKTOR?

Wer kennt sie nicht, die «Argumente» der Rüstungslobby und der mit ihr sympathisierenden Politiker von CDU/CSU über FDP und SPD bis zu den Grünen: Ein Verzicht auf eine eigenständige Rüstungsindustrie würde die deutsche Wirtschaft schwächen, Arbeitsplätze bedrohen, die Entwicklung

der Hightech-Industrie gefährden und die deutschen Exporte schmälern, kurz: Der Wirtschaftsstandort Deutschland wäre bedroht. Das alles ist nur zu einem verschwindend kleinen Teil richtig, im Wesentlichen aber falsch. Warum?

Der Umsatz der Rüstungsindustrie in Deutschland (2011 waren das nach Angaben des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie – BDSV – 28,3 Mrd. Euro), macht gerade mal 1,1 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus (das sind die Werte, die pro Jahr neu geschaffen werden). Setzt man den Exportwert der Rüstung (12,5 Mrd.) in Beziehung zum Gesamtexport der deutschen Wirtschaft, so landen wir sogar bei unter einem Prozent. Auch mit den Arbeitsplätzen ist es nicht so weit her. Der BDSV spricht von 98.000 Rüstungsarbeitsplätzen (andere Schätzungen liegen bei nur 80.000). Aber auch diese höhere Zahl bedeutet nur einen Anteil von 0,24 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland. Mit anderen Worten: Die Rüstungswirtschaft ist eine marginale Größe in Deutschland.

Dabei ist nicht zu verkennen, dass sie in bestimmten Regionen durchaus von Bedeutung ist, etwa an der norddeutschen Küste (Schiffbauindustrie!), im Bodenseeraum oder in Kassel. Eine «Ent-Rüstung» dieser Rüstungszentren müsste also mit entsprechenden Hilfen von Bund und Ländern begleitet werden. Es ist möglich, die vorhandenen Produktionskapazitäten auf die Herstellung ziviler Güter umzustellen, sodass niemand arbeitslos würde (Konversionsprogramm).

Der Wirtschaftsstandort Deutschland würde durch einen Stopp der Rüstungsexporte sogar gewinnen. Denn die Waffen und Rüstungsgüter, die heute in alle Welt geliefert werden, tragen zur Verschärfung von Spannungen bei und begünstigen bewaffnete Konflikte, Bürgerkriege und zwischenstaatliche Kriege. Häufig führt dies zu weiteren Verarmungs- und Migrationsprozessen, zum Ausverkauf und Zerfall ganzer Staaten und ihrer Infrastruktur. In solche Länder lassen sich kaum noch zivile Güter verkaufen, was die exportorientierte deutsche Wirtschaft zu spüren bekäme.

Die Bevölkerung lässt sich von der Rüstungslobby kaum überzeugen. Im Gegenteil: Eine große Mehrheit lehnt Waffenexporte rundweg ab. Das ergab etwa eine repräsentative Emnid-Umfrage Anfang Oktober 2011. Auf die Frage: «Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?» antworteten 78 Prozent mit «nicht verkaufen». Eine andere Frage lautete: «In den Kriegs- und Krisengebieten werden die meisten Menschen durch Pistolen, Gewehre und Maschinenpistolen getötet. Sollte Deutschland den Verkauf solcher Waffen ins Ausland grundsätzlich verbieten?» 73 Prozent sprachen sich für ein Verbot aus.

Lühr Henken gehört dem Beirat der Informationsstelle Militarisierung e. V. an. Peter Strutynski ist Lehrbeauftragter an der Universität Kassel und Mitglied der AG Friedensforschung. Beide sind Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag.

THOMAS SABLÓWSKI / ETIENNE SCHNEIDER

## VERARMUNG MADE IN FRANKFURT/M.

DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK IN DER KRISE

Die Aktivitäten von Zentralbanken erscheinen meistens als rein technische Verfahren: Bereitstellung von Geld, Senkung und Erhöhung des Leitzinses, Sicherung der Liquidität von Privatbanken, Verhinderung von Inflation und Deflation. Der Eindruck des bloß technischen und neutralen Charakters von Zentralbankaktivitäten wird noch dadurch verstärkt, dass Zentralbanken gemäß der neoliberalen Ideologie von der Einflussnahme von Regierungen und Parlamenten «unabhängig» sein sollen. Tatsächlich verbirgt sich jedoch hinter dieser vermeintlichen Entpolitisierung eine gezielte Festlegung der Zentralbanken auf die Vorgaben neoliberaler Geldpolitik. Da Zentralbanken in den gesellschaftlichen Verteilungskonflikten eine wesentliche Rolle spielen, geriet die Europäische Zentralbank (EZB) denn auch in der Krise wie kaum ein anderer europäischer Staatsapparat ins Handgemenge politischer Auseinandersetzungen, auch innerhalb der herrschenden Klassen, und wurde zu einem der wichtigsten Akteure der autoritär-neoliberalen Krisenpolitik.

### 1 DIE BEDEUTUNG VON ZENTRALBANKEN IM KAPITALISMUS

Zentralbanken verkörpern den Ausnahmezustand inmitten der Normalität der parlamentarischen Demokratie: Sie sind Staatsapparate und betreiben Politik, Geldpolitik, sollen aber unabhängig sein – unabhängig von der Regierung, vom Parlament, von jeglicher demokratischen Einflussnahme. Zumindest nach der neoliberalen Ideologie. Diese Besonderheit von Zentralbanken hängt damit zusammen, dass sie das Geld regulieren, also jenes Band, das die kapitalistische Gesellschaft im Innersten zusammenhält. Denn die Warenproduktion beruht auf privater Arbeit. Erst beim Austausch der Waren gegen Geld erweist sich, ob die privat verausgabte Arbeit gesellschaftlich nützlich ist und den Anforderungen im Hinblick auf die durchschnittlichen gesellschaftlichen Produktionsbedingungen genügt. Erst durch den Austausch gegen Geld wird die private Arbeit als Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit anerkannt. Bei verallgemeinerter Warenproduktion erfolgt der Zugriff auf die Arbeit anderer und ihre Produkte vorwiegend über Geld. Dies schließt auch das Verhältnis der Lohnarbeit ein. Die Klassenspaltung der Gesellschaft drückt sich darin aus, dass die verschiedenen Klassen in unterschiedlichem Umfang über Geld verfügen. Die einen sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können, weil sie keine Produktionsmittel besitzen. Die anderen können Produktionsmittel und Arbeitskräfte kaufen, also andere für sich arbeiten lassen und sich deren Produkte aneignen. Ihr Ziel ist dabei, aus Geld mehr Geld zu

machen, also Kapital zu verwerten. Wo kämen wir hin, wenn jeder unbeschränkt über Geld verfügen könnte? Die Reproduktion der kapitalistischen Klassengesellschaft beruht darauf, dass das Geld knapp und ungleich verteilt ist. Für das Knapphalten des Geldes sind die Zentralbanken verantwortlich. Gleichzeitig kann die erweiterte Reproduktion und Akkumulation des Kapitals aber nur in dem Maße stattfinden, in dem Geld zur Verfügung steht, das für den Kauf von Arbeitskräften und Produktionsmitteln vorgeschossen werden kann. Es existiert also eine monetäre Restriktion der Kapitalakkumulation. Aus diesem Grund gleicht die Geldpolitik der Zentralbanken immer einer Gratwanderung. Hält eine Zentralbank das Geld nicht ausreichend knapp, so kann sie zur Inflation beitragen.<sup>1</sup> Das Geld kann dann seine Funktionen als Maß der Werte, als Zirkulations- und Zahlungsmittel, als Währung, Wertaufbewahrungsmittel und Kapital nicht mehr erfüllen. Ist das Geld aber zu knapp, droht Deflation. Produktion und Austausch werden eingeschränkt, weil zu wenig Geld zur Verfügung steht.

Hinzu kommt das Problem, dass die Zentralbank die Geldschöpfung nur begrenzt steuern kann, denn Kreditgeld wird auch durch die Geschäftsbanken geschaffen: Die Zentralbank kann lediglich die Bedingungen bestimmen, zu denen sich die Geschäftsbanken mit Geld versorgen können. Ob in diesem zweistufigen Bankensystem die Kredite von den Geschäftsbanken dann auch an Unternehmen weitergegeben werden, liegt außerhalb des Einflussbereichs der Zentralbank. Die privaten Banken folgen dabei dem Profitmotiv: Sie

vergeben Kredite, um Zinsen zu kassieren. Während eines Booms neigen die Banken dazu, sehr viele Kredite zu vergeben; in der Rezession schränken sie dagegen die Kreditvergabe ein. Insgesamt verstärkt die Kreditvergabe dadurch den krisenhaften, zyklischen Verlauf des kapitalistischen Wirtschaftens. Zentralbanken haben darauf nur indirekt Einfluss, indem sie die Konditionen beeinflussen, zu denen sich die Geschäftsbanken bei der Zentralbank refinanzieren oder zu denen sie ihre Geldreserven dort deponieren können. Dabei besteht allerdings eine Asymmetrie in der Wirksamkeit der Geldpolitik: Es ist leichter, durch eine Erhöhung der Leitzinsen die Kreditvergabe der Banken einzuschränken, als umgekehrt durch eine Senkung der Leitzinsen beziehungsweise eine «quantitative Lockerung» der Geldschöpfung die Banken zu vermehrter Kreditvergabe anzuregen. Wenn die Banken die Zahlungsfähigkeit potenzieller Schuldner<sup>2</sup> anzweifeln, dann werden sie wenig geneigt sein, ihnen Kredite zu geben, ob die Zentralbank nun die Zinsen senkt oder nicht. Dies zeigt sich gerade in der Krise, da dann die Profitabilität des Kapitals gering ist und viele Unternehmen Zahlungsschwierigkeiten haben. Die Banken versuchen in dieser Situation eher, ihre Bilanzen zu verkürzen, als neue Kredite zu vergeben. Zinssenkungen der Zentralbank werden von den Banken nicht unbedingt weitergegeben. Die «Liquiditätspräferenz» nimmt zu, das heißt, zusätzliches Geld wird eher zurückgehalten oder nur kurzfristig investiert, sodass schnell darauf zugegriffen werden kann, anstatt es durch langfristige Anlagen zu binden. Geldpolitik stößt gerade in «großen» Krisen rasch an ihre Grenzen – entgegen den Annahmen monetaristischer ÖkonomInnen, die glauben, Krisen allein durch Geldpolitik bewältigen zu können –, sodass in diesen Situationen verstärkt auf fiskalpolitische Mittel wie direkte Staatsausgaben und öffentliche Investitionen zurückgegriffen werden muss.

## 2 DIE BESONDERHEIT DER EZB

Der Vertrag von Maastricht legte mit der Einführung des Euro auch die Grundzüge des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und die geldpolitischen Leitlinien der EZB fest. Innerhalb des ESZB wurden die einzelnen nationalen Notenbanken zwar nicht aufgelöst, die zentrale geldpolitische Entscheidungsgewalt ist nun aber bei der EZB angesiedelt. Die diesbezüglichen Grundsatzentscheidungen trifft ihr Rat, der sich aus den Präsidenten der nationalen Notenbanken sowie den Mitgliedern des Direktoriums der EZB, die von den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat ernannt werden, zusammensetzt.

Wie in die Konstruktion der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Gesamten, so sind die Grundzüge neoliberaler und monetaristischer Wirtschaftspolitik auch in den Aufbau der EZB eingeschrieben: Laut ihrem Statut sind die primären Ziele der EZB die Sicherung der Geldwertstabilität und die Vermeidung von Inflation, also die Erhaltung der Vermögensbestände und die für die Reproduktion der kapitalistischen Klassengesellschaft zentrale Knappheit des Geldes. Diese Ziele soll die EZB aufgrund ihrer politischen Unabhängigkeit optimal verfolgen können.

Die EZB führt so die Tradition der Deutschen Bundesbank fort, die anders als der Großteil der europäischen Zentralbanken schon in den 1970er Jahren die Grundsätze des Monetarismus übernahm und formell von Anfang an dem Einfluss des Parlaments und der Regierung entzogen war. Das Inflationsziel der EZB wurde dabei im Vergleich zur Bundes-

bank sogar nochmals verschärft: Während die Kernaufgabe der Deutschen Bundesbank darin bestand, «die Währung zu sichern»,<sup>3</sup> heißt es im betreffenden Artikel des EG-Vertrags, dass es das «vorrangige Ziel des ESZB [sei], die Preisstabilität zu gewährleisten».<sup>4</sup> Weitere Ziele der allgemeinen Wirtschaftspolitik, etwa den Abbau der Arbeitslosigkeit, kann die EZB zwar unterstützen, jedoch anders als zum Beispiel die US-amerikanische Federal Reserve nur unter der Maßgabe, dass dies nicht das vorrangige Ziel der Preisstabilität gefährdet. Das auf dieser Grundlage von der EZB selbst gewählte Inflationsziel von null bis zwei Prozent ist das niedrigste aller größeren Notenbanken der Welt.<sup>5</sup>

Dieses niedrige Inflationsziel lässt sich nicht allein mit Verweis auf das ideologische Vermächtnis der Bundesbank erklären. Dahinter stehen auch zentrale finanzkapitalistische Interessen, denn die Stabilität des Geldwerts ist keinesfalls lediglich eine neutrale geldpolitische Vorgabe, sondern sichert die Vermögensbestände und Kreditforderungen der Vermögensbesitzer und Gläubiger. Andersherum würde eine hohe Inflationsrate zur Entwertung der Schuldtitel führen und damit die Schuldenlast der Schuldner verringern. Das heißt freilich nicht, dass eine niedrige Inflationsrate ausschließlich im Interesse der Kapitalisten wäre. Erfahrungsgemäß sinkt bei beschleunigter Inflation die Kaufkraft der Löhne, denn Nominallohnsteigerungen, die ja überwiegend erst von den Gewerkschaften in Tarifaueinandersetzungen durchgesetzt werden müssen, halten dann mit den Preissteigerungen nicht Schritt. Beschleunigte Inflation kann also auch eine Umverteilung zuungunsten der Lohnabhängigen (einschließlich der Erwerbslosen, RentnerInnen und anderer BezieherInnen von Transfereinkommen) bedeuten. Außerdem trifft die Inflation auch die Ersparnisse der Lohnabhängigen, ihre Ansprüche an kapitalgedeckte Renten- und Lebensversicherungen. Andererseits kann eine restriktive Geldpolitik Investitionen verhindern und somit die Erwerbslosigkeit erhöhen. In Krisensituationen müsste also im Interesse der Lohnabhängigen eine demokratische Abwägung der Folgen höherer Inflation und zunehmender Erwerbslosigkeit über die Ausrichtung der Geldpolitik entscheiden. Gerade dies soll durch die Festschreibung der «Unabhängigkeit» der Zentralbank und des Primats der Inflationsbekämpfung im Statut der EZB verhindert werden.

Wie kaum eine andere Zentralbank greift die EZB geldpolitisch zugunsten der Gläubigerinteressen in das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis ein. Dass diese Geldpolitik der EZB nicht nur von der Fraktion des Finanzkapitals, sondern von einem breiten Bündnis verschiedener Fraktionen innerhalb der herrschenden Klassen getragen wird, liegt aber letztlich auch an den Interessen des industriellen Kapitals in Europa. Die hegemonialen Kapitalfraktionen wollen den Euro langfristig als stabile und verlässliche Währung in der globalen Konkurrenz mit dem Dollar im internationalen Zahlungsverkehr etablieren und verallgemeinern. Eine Währung, die schleichend an Wert verliert, könnte das nicht gewährleisten. Nur eine stabile Währung kann als «Weltgeld» fungieren, das heißt sowohl als Zahlungsmittel im internationalen Waren- und Kapitalverkehr als auch als internationale Anlagewährung genutzt werden. Eine schwache Währung mag zwar im Interesse schwächerer Kapitalfraktionen sein, die von Importkonkurrenz bedroht werden oder auf Exportmärkten starker Preiskonkurrenz ausgesetzt sind. Gerade in Ländern wie Deutschland, in denen das Kapital hohe Leistungsbilanzüberschüsse erzielt und international eine Gläubigerposition einnimmt,

fallen die Interessen des exportorientierten Industriekapitals jedoch tendenziell mit den Interessen des Finanzkapitals zusammen. Die Position des deutschen Industriekapitals in der internationalen Arbeitsteilung ist so dominant, dass es auch mit Währungsaufwertungen leben kann. Dass die Geldpolitik der EZB restriktiver als die der Federal Reserve ist, ist kein Zufall. Der US-Dollar fungiert seit Langem als Weltgeld (z. B. als Währung zur Fakturierung von Rohöl und anderen Rohstoffen) und wird durch die geballte politische und militärische Macht eines Nationalstaats, der USA, gestützt. Der Euro ist demgegenüber das Produkt eines fragilen Staatenbündnisses und musste sich seinen Platz neben dem US-Dollar erst erkämpfen. Der Euro ist also keineswegs nur als Zirkulationsmittel im Binnenmarkt der Europäischen Union (EU) gedacht, entscheidend für die hegemonialen Kapitalfraktionen ist vielmehr seine Bedeutung als internationale Reservewährung. Er verkörpert somit auch ein imperialistisches Projekt.<sup>6</sup>

Insofern sind die politische Unabhängigkeit und Neutralität der EZB reine Illusion. Dennoch hat die Entkopplung von der Kontrolle demokratischer Entscheidungsprozesse reale Konsequenzen dafür, welche Akteure und Interessen sich in der EZB durchsetzen und behaupten können. So ist die EZB trotz zunehmender interner Richtungskonflikte in der Krise bis heute ein zentraler Sitz finanzkapitalistischer Interessen: Fast das gesamte Leitungspersonal der EZB rekrutiert sich aus den Spitzenbereichen des Privat- und Investmentbankensektors, und sowohl der amtierende EZB-Präsident Mario Draghi als auch sein Vorgänger Claude Trichet sind Mitglieder der «Group of Thirty», einer zentralen Interessenplattform der Finanzwirtschaft.

### 3 DIE EZB ALS KRISENAKTEUR

Bereits das «Kerngeschäft» der nach neoliberalen Kriterien eingerichteten EZB ist also keine neutrale geldpolitische Serviceleistung, sondern an die Sicherung von Kapitalinteressen gebunden. In der Krise entwickelte sich die EZB jedoch über ihre geldpolitischen Aufgaben hinaus zu einem zentralen Akteur des Krisenregimes in der EU. Dabei rückte die EZB Stück für Stück von einigen Kernprinzipien ihrer restriktiven Geldpolitik ab, was zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des EZB-Rates führte. Auch wenn dabei mit grundlegenden monetaristischen Prinzipien gebrochen wurde, handelt es sich bei diesen Richtungswechseln keinesfalls um die Herausbildung einer progressiven Geldpolitik. Vielmehr zeichnet sich zunehmend ein Riss innerhalb des neoliberalen Lagers selbst ab: Auf der einen Seite steht eine orthodox-neoliberale Gruppierung mit besonderem Rückhalt in Deutschland und der Deutschen Bundesbank, die auch in der Krise um jeden Preis an den Grundsätzen des Monetarismus festhalten möchte. Dagegen hat sich auf der anderen Seite in der EZB mit Mario Draghi eine zweite Gruppierung etabliert, die sich teilweise vom Monetarismus ablöst und die die Krise durch einen neuen autoritär-neoliberalen europäischen Integrationsschub lösen will. Dieser Integrationsschub zielt darauf ab, im Gegenzug zum Ausbau eines umfassenden Kontrollsystems autoritärer Austeritätspolitik die gemeinschaftlichen europäischen Haftungssysteme auszuweiten. Dieses Kontrollsystem stützt sich auf verschiedene politische Maßnahmen, Veränderungen der Institutionen der EU und neue zwischenstaatliche Verträge: auf die Eingriffe der Troika aus Europäischer Kommission, EZB und IWF, auf den verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt, die makroökonomische Überwachung durch die Europäi-

sche Kommission, den Fiskalpakt sowie auch auf die geplanten Pakte für Wettbewerbsfähigkeit, in denen sich die einzelnen Mitgliedsstaaten per Vertrag mit der Kommission zu umfassenden neoliberalen Restrukturierungsprogrammen verpflichten sollen. Da diese zweite Gruppierung um Draghi flexibel auf ein breites Spektrum an Zentralbankmaßnahmen zurückgreift, um den neoliberalen Kapitalismus in Europa als Ganzes zu stabilisieren, lässt sich diese Gruppierung auch als pragmatisch-neoliberal bezeichnen.

#### 3.1 Die geldpolitische Strategie der EZB in der Krise

Eine der ersten Maßnahmen der EZB in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich seit 2007 ausgehend vom Hypothekenmarkt in den USA entwickelt hat, war die Sicherung der Liquidität der Banken, deren Verluste derart dramatisch waren, dass vielen die Zahlungsunfähigkeit drohte. Um eine Kreditklemme abzuwenden und den Interbankenmarkt zu stabilisieren, gab die EZB als *lender of last resort* (Kreditgeber letzter Instanz) gegenüber den Geschäftsbanken im Rahmen ihres Programms *Enhanced Credit Support* daher nicht mehr lediglich eine begrenzte, vorab festgelegte Geldmenge heraus, sondern stellte den Privatbanken ab Oktober 2008 zu einem festgesetzten Zinssatz beliebig viel Geld zur Verfügung.<sup>7</sup> Auch die Bandbreite zulässiger Sicherheiten, die die Privatbanken als Pfand hinterlegen müssen, wurde ausgeweitet,<sup>8</sup> sodass die EZB verstärkt riskantere Wertpapiere in ihre Bilanz aufnahm. Darüber hinaus erhielten die Privatbanken längerfristige, bis zu dreijährige Sonderkredite in Höhe von einer Billion Euro, wovon mittlerweile Kredite im Wert von 200 Milliarden Euro vorzeitig zurückgegeben wurden.<sup>9</sup> Weitere Notfallkredite wurden von den nationalen Notenbanken im Rahmen des Programms *Emergency Liquidity Assistance* (ELA) bereitgestellt. Während die EZB betont, sie Sorge lediglich für die Liquidität eigentlich solventer Banken, handelt es sich bei all diesen Maßnahmen im Grunde um die Rettung Dutzender zahlungsunfähiger Banken und der dort deponierten Vermögen, die mit dem Ausbruch der Krise unmittelbar vor ihrer Vernichtung standen. Auch die Entwicklung des Leitzinses hat zur schleichenden Sozialisierung der Verluste beigetragen. Der Zinssatz, den die Banken für die Kredite von der EZB zahlen müssen, wurde seit Ausbruch der Krise massiv gesenkt und die Refinanzierung für den angeschlagenen Bankensektor dadurch enorm verbilligt: Während der Leitzins der EZB im Juni 2008 noch bei 4,25 Prozent lag, hat er inzwischen einen historischen Tiefstand von 0,5 Prozent erreicht. Anders als von orthodox-neoliberaler Seite argumentiert wird, führte dies aber nicht zu beschleunigter Inflation. Vielmehr sank die Inflationsrate wieder unter zwei Prozent, im März 2013 sogar auf den niedrigsten Stand seit August 2010. Dies hängt damit zusammen, dass die Banken trotz der niedrigen Zinsen und der «quantitativen Lockerung» der Geldpolitik angesichts der andauernden Krise wenig geneigt waren, mehr Kredite zu vergeben, um Investitionen zu finanzieren.

Problematisch an den niedrigen Leitzinsen ist, dass die realen Zinssätze für Sparguthaben nun teilweise negativ sind, das heißt, die Zinsen liegen unterhalb der Inflationsrate. So findet eine schleichende Entwertung kleiner Vermögen aufseiten der Lohnabhängigen und des Kleinbürgertums statt, während die Besitzer großer Vermögen, die Kapitaleigner, dieser Entwertungstendenz in der Regel durch komplexere Anlagestrategien entkommen können.<sup>10</sup> Auch hat die Niedrigzinspolitik der EZB negative Auswirkungen auf die Betriebsrenten von vielen abhängig Beschäftigten. Aktuelle Berechnungen

zufolge entstanden bereits erhebliche Deckungslücken,<sup>11</sup> so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Kapitalseite versuchen wird, diese auf die Lohnabhängigen abzuwälzen.

Es ist schwer zu sagen, was passiert wäre, wenn die EZB und andere Zentralbanken nicht ihre Funktion des *lender of last resort* gegenüber den Geschäftsbanken erfüllt hätten. Möglicherweise wäre es zu einem Zusammenbruch des globalen Finanzsystems und einer noch tieferen Krise gekommen. De facto wurde jedenfalls eine umfassendere Entwertung des überakkumulierten und spekulativ angelegten Kapitals zunächst verhindert. Dies war aber nicht allein das «Verdienst» der Geldpolitik. Vielmehr zeigten sich in der Krise schnell ihre Grenzen.<sup>12</sup> Die Staaten intervenierten auch fiskalpolitisch, um die Krise abzumildern – mit dem Ergebnis, dass die staatlichen Haushaltsdefizite und die Staatsverschuldung stark anwuchsen, zumal die EZB anders als bei den Geschäftsbanken gegenüber den öffentlichen Haushalten nicht als *lender of last resort* auftrat und nur zögerlich Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt aufkaufte. Die Krise wurde so nicht überwunden, sie änderte nur ihr Gesicht: Aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wurde eine Krise der staatlichen Refinanzierung, die in eine Krise des Euro und der europäischen Integration überging. Dadurch wurde wiederum die EZB auf den Plan gerufen, nun aber nicht mehr nur in der Rolle des *lender of last resort*, sondern als Organisator der Austeritätspolitik, mit der die Kosten der Bankenrettung auf die beherrschten Klassen abgewälzt werden sollten.

### 3.2 Die EZB als Hardliner in der autoritär-neoliberalen Restrukturierung der Europäischen Union

Als europäischer Staatsapparat mit der geringsten demokratischen Legitimation griff die EZB seit Ausbruch der Krise auch zunehmend in politische Prozesse ein, die weit über ihr geldpolitisches Mandat hinausgehen. Im Vergleich mit allen anderen wichtigen Staatsapparaten war es die EZB, die am vehementesten darauf drängte, die Haushaltsrechte nationalstaatlicher Parlamente sukzessive einzuschränken und deren Ausgabenpolitik einer autoritären austeritätspolitischen Überwachung unterzuordnen. Unter anderem vertrat die EZB dabei die Position, dass der Disziplinierungsdruck gegenüber jenen Ländern am stärksten sein müsse, die die höchsten Lohnstückkosten aufweisen.<sup>13</sup> Im Dezember 2012 entschied der Rat für Wirtschaft und Finanzen darüber hinaus, das politische Gewicht der EZB im Rahmen einer europäischen Bankenaufsicht (*Single Supervisory Mechanism* – SSM) noch stärker auszuweiten.<sup>14</sup> Damit hat die EZB ohne irgendeine demokratische Legitimation die Entscheidungsgewalt darüber, welche der knapp 200 größten Banken im Euro-Raum mit Krediten aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), für den letztlich die öffentlichen Haushalte haften, vor der Pleite bewahrt werden – und welche nicht. Den europäischen Finanzaufsichtsbehörden, die erst 2011 für diese Aufgabe geschaffen wurden, wird in Zukunft lediglich die Rolle zukommen, einheitliche Aufsichtsstandards zu entwickeln. 6.000 kleinere Banken werden weiter von den nationalstaatlichen Aufsichtsbehörden überwacht, können von der EZB allerdings jederzeit in ihren eigenen Kompetenzbereich übernommen werden.<sup>15</sup>

Am eindeutigsten agierte die EZB jenseits ihres geldpolitischen Mandats jedoch in der Troika, die mit jenen Staaten über austeritätspolitische Kürzungsprogramme («Memoranden») verhandelte, die Kredithilfen aus dem ESM in Anspruch nehmen. Während die EZB mit ihren geldpolitischen

Maßnahmen spekulativ angelegtes Kapital vor der Entwertung geschützt hat, verfolgt sie in der Troika nun die Strategie, die Krisenkosten durch drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben umzuschichten. Als Hardliner selbst noch innerhalb der Troika ist die EZB dafür verantwortlich, dass umfassende neoliberale Restrukturierungsprogramme in Irland, Portugal und Griechenland weite Teile der Bevölkerung in Armut und Arbeitslosigkeit stürzen und teilweise auch die Gesundheitsvorsorge, das Bildungswesen und die Rentensysteme zusammenbrechen. Hinzu kommen der Abbau von Arbeitsrechten und Privatisierungsprogramme, die die öffentliche Daseinsvorsorge privaten Kapitalinteressen unterordnen. Auch in Spanien und Zypern nahm die Troika entscheidenden Einfluss auf die Restrukturierung des Bankensystems und konnte auf diese Weise mitentscheiden, welche Vermögen gesichert und welche entwertet werden. Aktuell tritt EZB-Präsident Draghi gemeinsam mit der deutschen Regierung dafür ein, die Memorandenpolitik gesamteuropäisch auszuweiten, sodass jedes Euro-Land vergleichbare Reformvereinbarungen mit der Europäischen Kommission abschließen soll («Pakte für Wettbewerbsfähigkeit»). Was in Griechenland, Irland und Portugal in aller Schärfe erprobt wird, könnte also bald in ganz Europa Realität werden.

### 3.3 Der Machtkampf zwischen der EZB und der Deutschen Bundesbank um den Aufkauf von Staatsanleihen

Auf verschiedene Weise hat die EZB mit ihren orthodox-neoliberalen, monetaristischen Prinzipien gebrochen – allerdings nicht, um eine progressive Zentralbankpolitik zu verfolgen. Vielmehr hat sie schon früh erkannt, dass sich der Neoliberalismus in der Krise nicht mehr mit den althergebrachten Mitteln fortsetzen, sondern nur mit der Brechstange autoritär durchgesetzter Austeritätspolitik und einer partiellen Vergemeinschaftung der Schulden stabilisieren lässt. Dieser Richtungswechsel setzte sich jedoch nicht bruchlos durch, sondern führte wie in kaum einem anderen europäischen Staatsapparat zu heftigen internen Konflikten. Die Hauptkonfliktachse verlief dabei zwischen den wesentlichen Funktionären der Deutschen Bundesbank und einer neuen Führungsriege innerhalb der EZB, die sich unter dem Druck der Krise aus pragmatischen Gründen von der geldpolitischen Tradition der Deutschen Bundesbank verabschiedete.

Der Konflikt drehte sich vor allem um die Frage, ob und in welchem Umfang die EZB Staatsanleihen von europäischen Ländern, die mit hohen Zinsen bei ihrer Refinanzierung konfrontiert sind, aufkaufen soll. Ihr Statut verbietet es der EZB, *direkt* Staatsanleihen von Staaten zu erwerben (Verbot der Staatsfinanzierung).<sup>16</sup> Kontrovers war allerdings, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen die EZB Staatsanleihen auf dem *Sekundärmarkt*, also von privaten Marktteilnehmern, aufkaufen soll, um Risikoaufschläge, die Staaten an ihre Gläubiger zu zahlen haben, nach unten zu drücken.

Schon bald nach der ersten Eskalationswelle der Euro-Krise im Mai 2010 begann die EZB mit dem indirekten Ankauf von Staatsanleihen, allerdings ohne bekannt zu geben, in welchem Umfang dies geschehen würde.<sup>17</sup> Bereits diese begrenzten Aktionen trafen auf vehementen Widerstand der Deutschen Bundesbank. So trat Axel Weber, zu dieser Zeit Präsident der Bundesbank mit der Aussicht, Claude Trichet als EZB-Präsident nachzufolgen, zum 30. April 2011 mit der Begründung zurück, ein EZB-Präsident könne keine Min-

derheitenmeinung vertreten. Damit spielte Weber auf seine Ablehnung des Aufkaufs von Staatsanleihen, aber auch auf seine Kritik am Krisenmanagement der deutschen und französischen Regierungen an. Jürgen Stark, Chefvolkswirt der EZB und ebenfalls Opponent des neuen EZB-Kurses, folgte im September 2011. Auch Jens Weidmann, der Nachfolger von Axel Weber bei der Bundesbank, distanzierte sich am Tag des Amtsantritts von Mario Draghi öffentlich von der Politik der EZB. Eine weitere Protestwelle aus dem Lager der Deutschen Bundesbank folgte im September 2012, als die EZB bekannt gab, nun unbegrenzt – jedoch weiterhin nur im Gegenzug für austeritätspolitische Strukturreformen<sup>18</sup> – europäische Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt aufzukaufen (sogenannte Outright-Geschäfte). Ihrer geldpolitischen Orientierung blieb die EZB aber insofern treu, als sie ankündigte, die zusätzlich bereitgestellte Liquidität durch begleitende Maßnahmen wieder aus dem Verkehr zu ziehen.

Aus dem Umfeld der Bundesbank werden drei zentrale Argumente gegen den indirekten Aufkauf von Staatsanleihen angeführt. Erstens gefährde dies die «Unabhängigkeit» der EZB und damit auch unmittelbar ihr primäres Ziel, die Geldwertstabilität zu sichern. Zweitens würde so der Reform- und Konsolidierungsdruck, den die Finanzmärkte auf überschuldete Staaten ausüben, «künstlich» abgeschwächt und damit der Anreiz, austeritätspolitische Strukturreformen durchzuführen, unterlaufen. Und drittens bestehe die Gefahr, dass die EZB durch den Aufkauf von Staatsanleihen auf den enormen Kosten eines Staatsbankrotts sitzen bleibt, was wiederum letztlich zu einem großen Teil vom deutschen Staat getragen werden müsse.<sup>19</sup> Der herrschende Block in Deutschland ist jedoch selbst gespalten. So verteidigte die Bundesregierung im September 2012 den neuen Kurs der EZB, und auch Jörg Asmussen, Direktoriumsmitglied der EZB und ein zentraler Akteur des deutschen Finanzkapitals, trägt den Kurs als Nachfolger von Stark mit. Das Anleiheprogramm der EZB ist durchaus ambivalent: Einerseits hat die EZB durch ihre Entscheidung zumindest kurzfristig sehr effektiv dazu beigetragen, die Zinsen auf Staatsanleihen der Krisenländer zu senken, und so den austeritätspolitischen Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte abgeschwächt. Dieser wird jedoch andererseits dadurch aufrechterhalten, dass die Aktivierung des Programms an die Auflage gebunden ist, umfassende neoliberale Umstrukturierungen durchzuführen. Aufgrund der Vorgabe, dass die EZB nur am Sekundärmarkt aktiv werden darf, sichert der Aufkauf von Staatsanleihen darüber hinaus den Geschäftsbanken beträchtliche risikolose Profite, weil das Verzinsungsniveau dieser Staatsanleihen weiterhin vergleichsweise hoch geblieben ist.

Dass die Deutsche Bundesbank ihren Kurs mit Zähnen und Klauen verteidigen will, lässt sich jedoch nicht allein damit erklären, dass sie unfähig ist, ihre orthodox-neoliberale Ideologie im Lichte der aktuellen Krise des Kapitalismus zu verändern. Sie kann ihre Positionen auch deshalb so stark popularisieren, weil sie sich objektiv in einem Bündnis mit anderen Kräften befindet: Während die autoritär-neoliberale Transformation in der EU voranschreitet und einen neuen Integrationsschub auslöst, formierte sich dagegen von Anfang an auch Widerstand in einem Teil des herrschenden Blocks in Deutschland, der jede Form proeuropäischer Krisenlösung ablehnt und daher auch kurzfristige Kosten für den deutschen Staat zur Stabilisierung des europäischen Projekts bekämpft. Die orthodox-neoliberale Gruppierung um die Bundesbank wirkt hier mit einer national-konservativen,

antieuropäischen Gruppierung zusammen.<sup>20</sup> Ähnlich wie die in der Diskussion stehenden gemeinsamen Staatsanleihen der Länder der Euro-Zone («Eurobonds») werden auch die Aufkäufe von Staatsanleihen durch die EZB als Vergemeinschaftung der Haftung verstanden, die den Reformdruck auf die Krisenländer «künstlich» verringern und den Interessen kleinerer Kapitalanleger zuwiderlaufen würden. Die orthodox-neoliberalen und national-konservativen Positionen sind anschlussfähig an die Interessen der Kleinsparer, deren Vermögen durch das niedrige Zinsniveau entwertet werden, und des binnenmarktorientierten Kapitals, das vor allem eine höhere Steuerlast als Konsequenz gemeinschaftlicher Haftung für die Staatsschulden in der EU befürchtet. Darüber hinaus könnten diese Positionen auch für jene Teile der weltmarktorientierten Kapitalfraktionen attraktiv werden, die ihre Profitstrategien zunehmend auf die Durchdringung der sich neu industrialisierenden Länder außerhalb der EU umstellen.

### **3.4 Die Neuorientierung der EZB als Teil eines neuen autoritär-neoliberalen europäischen Integrationsschubs**

Sowohl in der EZB als auch in anderen europäischen Institutionen und in der deutschen Regierung dominiert gegenwärtig eine *proeuropäische* Strategie der autoritär-neoliberalen Konsolidierung des Kapitalismus. Der erbitterte Widerstand von nationalistischen und orthodox-neoliberalen Kräften gegen eine weitere Vertiefung der europäischen Integration und gegen eine vermeintliche oder tatsächliche Aufweichung neoliberaler Prinzipien sowie die Gründung der Partei «Alternative für Deutschland» zeigen jedoch auch, dass dieser neue europäische Integrationsschub zunehmend Risse in den deutschen Machtblock treibt und die deutsche Regierung zu Kompromissen zwingt. So deutete sich in der Zypernkrise an, dass die deutsche Regierung auch deshalb einer Beteiligung von Vermögensbesitzern an den Kosten der Bankenkrise zustimmte, um den innenpolitischen Widerstand gegen eine weitere Europäisierung der Verluste aufzufangen.

Noch nicht eindeutig beantworten lässt sich die Frage, ob sich im Management der Zypernkrise – durch die Beteiligung von Vermögensbesitzern mit Guthaben von über 100.000 Euro sowie die Einführung umfassender Kapitalverkehrskontrollen – ein Bruch mit der bisherigen europäischen Krisenpolitik abzeichnet. Während der geringe Anteil zyprischer Banken am Bankkapital der Euro-Zone und der relativ hohe Anteil von Anlegern außerhalb der Euro-Zone an den dort deponierten Sparguthaben nahelegen, dass im Fall Zyperns auf außergewöhnliche Maßnahmen zurückgegriffen wurde, die sich nicht verallgemeinern werden, weisen Äußerungen des neuen Chefs der Euro-Gruppe, Jeroen Dijsselbloem, in eine andere Richtung. Dieser hatte das Vorgehen in Zypern als «Blaupause» für zukünftige Rettungsaktionen bezeichnet und deutlich gemacht, dass es in Zukunft darum gehe, die Risiken von den gemeinschaftlichen europäischen Sicherungssystemen «zurückzudrängen» und Anteilseigner und Eigentümer umfassend an den notwendigen Sanierungen zu beteiligen.<sup>21</sup> Unmittelbar nach seinen Äußerungen wurde Dijsselbloem jedoch von verschiedener Seite dazu gedrängt, seine Aussagen zu revidieren.

Daran zeigt sich, dass sich durch die Ausweitung der gemeinschaftlichen Haftungssysteme die Konflikte darum, für welche Risiken gehaftet wird und welche Vermögen im Gegenzug entwertet werden, in die europäischen Staatsappa-

rate hinein verschieben. In diesem Sinne hat die Krise einen neuen, sich zunehmend festigenden autoritär-neoliberalen europäischen Integrationsschub ausgelöst, durch den Akteure wie die EZB völlig entkoppelt von demokratischer Einflussnahme weitreichende Entscheidungen über die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und das Leben von Millionen von Menschen treffen können. Dabei dient die EZB der systematischen Durchsetzung der Interessen von Kapitaleignern und der Absicherung und Radikalisierung eines krisenhaften neoliberalen Kapitalismus mit zunehmend autoritären Mitteln. Doch bleibt diese neue autoritär-neoliberale Integrationsstrategie brüchig: Bisher war sie nicht in der Lage, einen neuen Konjunkturaufschwung in Gang zu setzen, und die autoritär-neoliberale Krisenpolitik stößt in vielen Ländern auf massiven Widerstand, der sich zunehmend auch gegen die EZB selbst wendet.

Da über die Geldzirkulation die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit geregelt wird, die Voraussetzung für die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse ist, ist es notwendig, die EZB und die nationalen Zentralbanken unter demokratische Kontrolle zu bringen. Die Geldpolitik der EZB darf nicht mehr einseitig auf das Ziel der Preisstabilität ausgerichtet werden. Die EZB muss das Recht erhalten, an Staaten direkt Kredite zu vergeben. In der aktuellen Krise geht es auch darum, in einem demokratisch organisierten Prozess darüber zu bestimmen, welche Kreditinstitute weiter refinanziert und welche Eigentumsansprüche gezielt annulliert werden. Eine demokratische Kontrolle der Zentralbanken wird allerdings nicht ausreichen, um die Geldzirkulation an den gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten, solange die Kreditvergabe der Banken ausschließlich Profitmotiven folgt. Auch demokratisch kontrollierte Zentralbanken können ein System privater Banken, die in Konkurrenz zueinander stehen, nicht steuern. Notwendig ist daher die Vergesellschaftung des gesamten Finanzsektors.<sup>22</sup> Aber selbst dann wird der Versuch, durch eine gezielte Steuerung der Kreditvergabe die Investitionen der Unternehmen an den gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten, an Grenzen stoßen. Einem vergesellschafteten Bankensektor würden dann private Unternehmen gegenüberstehen, die ihre Entscheidungen, was und wie produziert wird, weiterhin primär unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung und nicht unter dem der gesellschaftlichen Bedürfnisse treffen würden. Notwendig wäre also eine Vergesellschaftung nicht nur des Finanzsektors, sondern aller kapitalistischen Unternehmen. Dies würde bedeuten, dass die Lohnabhängigen sich die Produktionsmittel aneignen und selbst kollektiv entscheiden,

was und wie produziert wird. Eine solche Koordination der gesellschaftlichen Produktion *ex ante* würde allerdings die *nachträgliche* Validierung gesellschaftlicher Arbeit durch den Austausch der Arbeitsprodukte als Waren gegen Geld letztlich obsolet machen. Dies wäre das Ende der Zentralbanken und der Geldwirtschaft insgesamt.

Thomas Sablowski ist Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Etienne Schneider studiert Politikwissenschaft und ist Praktikant im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**1** Allerdings ist die Annahme der monetaristischen Theorie falsch, die Zentralbank könne die Geldmenge und damit die Inflationsrate bestimmen. Die Preisbildung wird primär durch den Produktionsprozess und die Entscheidungen der privaten Produzenten bestimmt. Die Geldpolitik der Zentralbank kann diesen Prozess nur indirekt beeinflussen. **2** Bei einigen Begriffen wie «Schuldner», «Gläubiger» oder «Anteilseigner» haben wir bewusst auf eine geschlechtersensible Schreibweise verzichtet, weil diese eher verdecken würde, dass der Finanzbereich eine äußerst männlich dominierte Sphäre ist. Außerdem verweisen die genannten Kategorien nicht nur auf natürliche, sondern zunehmend auch auf juristische Personen. **3** Zit. nach: Heine, Michael/Herr, Hansjörg: Die Europäische Zentralbank. Eine kritische Einführung in die Strategie und Politik der EZB, Marburg 2004, S. 57. **4** Vgl. Artikel 105 EG-Vertrag. **5** Vgl. Heine/Herr: Die Europäische Zentralbank, S. 61. **6** Vgl. Lapavistas, Costas: The Eurozone Crisis Through the Prism of World Money, in: Wolfson, Martin H./Epstein, Gerald A. (Hrsg.): The Handbook of the Political Economy of Financial Crises, Oxford/New York 2013, S. 378–392. **7** Vgl. EZB-Jahresbericht 2008, S. 114 f., unter: <http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/annrep/ar2008de.pdf>. **8** Vgl. EZB-Jahresbericht 2011, S. 16, unter: <http://www.ecb.int/pub/pdf/annrep/ar2011de.pdf>. **9** Vgl. EZB-Monatsbericht März 2012, S. 43 f., unter: [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/EZB\\_Monatsberichte/2012\\_03\\_ezb\\_mb.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/EZB_Monatsberichte/2012_03_ezb_mb.pdf?__blob=publicationFile); EZB-Monatsbericht März 2013, S. 5, unter: [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/EZB\\_Monatsberichte/2013/2013\\_03\\_ezb\\_mb.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/EZB_Monatsberichte/2013/2013_03_ezb_mb.pdf?__blob=publicationFile). **10** Eine Studie in Großbritannien kommt zu dem Ergebnis, dass die lockere Geldpolitik der Bank of England in der Krise vor allem die Reichen begünstigt habe, da sie die Aktienkurse und die Preise anderer Vermögensgegenstände nach oben getrieben habe; vgl. <http://www.guardian.co.uk/business/2011/aug/14/quantitative-easing-riots>. **11** Vgl. <http://www.dihk.de/presse/meldungen/2013-04-04-schumann-zinsen>. **12** Vgl. zur Geldpolitik in der Krise auch Schubert, Helene: Geldpolitik und Finanzkrise. Die Bedeutung nichtkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen, in: WSI-Mitteilungen 2/2009, S. 489–497; Henry, Roland: Unkonventionelle Geldpolitik in Krisenzeiten: Die US Federal Reserve und die Europäische Zentralbank im Vergleich, in: Kurswechsel 4/2012, S. 64–94; Henry, Roland/Redak, Vanessa: Geldverhältnis und Krise, in: Atzmüller, Roland u.a. (Hrsg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster 2013 (im Erscheinen). **13** Vgl. <http://www.ecb.int/pub/pdf/other/reinforcingeconomicgovernanceintheeuroareaen.pdf>, S. 9. **14** Vgl. [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ecofin/134265.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/134265.pdf). **15** Vgl. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-251\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-251_en.htm). **16** Vgl. Artikel 104 (1) EG-Vertrag. **17** Vgl. <http://www.ecb.int/press/govdec/otherdec/2010/html/gc100521.de.html>. Seit Beginn des Anleihekaufs hat die EZB Staatsanleihen im Wert von 218 Milliarden Euro erworben; vgl. [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB\\_Pressemitteilungen/2013/2013\\_02\\_21\\_wertpapierbestaende.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2013/2013_02_21_wertpapierbestaende.pdf?__blob=publicationFile). **18** Bedingung für den Ankauf von Staatsanleihen seitens der EZB ist, dass das betreffende Land sich einem ESM-Anpassungsprogramm oder einem entsprechenden vorsorglichen Programm (*Enhanced Conditions Credit Line* – hier handelt es sich um einen *Bailout-lite*, insbesondere für Länder, die zu groß sind, um über den ESM refinanziert zu werden) unterwirft. **19** Vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/anleihenkauefe-der-ezb-bundesbank-chef-warnt-vor-milliarden-risiken-a-786847.html>. **20** Georgi, Fabian/Kannankulam, John: Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Die EU zwischen autoritärer Verhärtung und linken Alternativen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, Oktober 2012, S. 9 f. **21** Vgl. <http://blogs.ft.com/brusselsblog/2013/03/the-ftretuters-dijsselbloem-interview-transcript/>. **22** Vgl. Troost, Axel u.a.: Den Bankensektor neu ordnen – und mit der Vergesellschaftung beginnen. Ein Diskussionspapier. Arbeitskreis Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Energie und Umwelt der Fraktion DIE LINKE, Berlin 2011.

MARIO CANDEIAS

## NO EXIT – FALSCHES GEGENSÄTZE IN DER EURO-DEBATTE

Im Zuge der anhaltenden Eurokrise wird nun auch in der bundesdeutschen Linken die Option eines «geregelten Austritts» einzelner Länder, insbesondere Griechenlands, und die Rückkehr zu nationalen Währungen als eine mögliche Lösung diskutiert, sowohl im Sinne der am stärksten von der Krise betroffenen Gesellschaften, aber auch, um ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern. Stellvertretend hierfür stehen Oskar Lafontaine, der eine Rückkehr zum Europäischen Währungssystem fordert, und die beiden Autoren Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas, die im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung jüngst eine Studie zu den Ursachen der Eurokrise und möglichen Strategien zu ihrer Überwindung vorgelegt haben.<sup>1</sup> Mit dieser Studie und weiteren Analysen will die Stiftung einen Beitrag zu einer wichtigen, aber auch kontroversen Debatte leisten. Im Folgenden wird die Position vertreten, dass mit der Befürwortung einer Ausstiegsoption nicht nur falsche Hoffnungen geweckt, sondern auch falsche Gegensätze aufgemacht werden. Nicht nur ist das Risiko (zu) groß, dass ein Austritt aus dem Euro für Länder wie Griechenland oder Portugal eine Verschärfung ihrer gegenwärtigen Probleme nach sich zieht. Vielmehr müsste es aus einer linken Perspektive darum gehen, einen solidarischen Prozess der Neukonstituierung Europas voranzutreiben.

«Euro – so nicht!», lautete einst ein Wahlkampfslogan der PDS. Die linke Kritik an der Struktur der Währungsunion Ende der 1990er Jahre, wie sie schließlich im Vertrag von Maastricht und im Stabilitätspakt festgeschrieben wurde, war zutreffend. Die monetaristische Form berücksichtigte nur Schuldenstand, Neuverschuldung und Inflation, nicht jedoch Leistungsbilanzen, Produktivitätsentwicklung sowie Sozialleistungs- und Lohnniveau. Im Ergebnis konnten die unterschiedlichen Produktivitäten zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und Regionen im europäischen Währungsraum nicht mehr durch Wechselkursanpassungen ausgeglichen werden. Zugleich fehlte es an einer Angleichung sozialer Mindeststandards und Leistungsbilanzen sowie an einer Art Länderfinanzausgleich (über die Regional- und Konversionsfonds hinaus). Als möglicher Ausgleichsmechanismus bleiben nur die Lohn- und Tarifpolitik sowie die weitere Absenkung der bislang geltenden sozialstaatlichen Standards in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten.

Die krisenhafte Zuspitzung der wachsenden Ungleichgewichte im Euroraum konnte über eine Kreditschwemme verzögert werden. Dies funktionierte solange, wie bei einem niedrigen Zinsniveau und reichlich Liquidität auf den Märkten Kredite günstig zu haben waren und Staatsanleihen stets ihre Abnehmer fanden (nicht zuletzt bei deutschen Großbanken). Der immense Kapitalexport vonseiten der Überschussländer garantierte einen stetigen Fluss der Refinanzierung.

Die langjährige kreditfinanzierte Nachfrage von Konsumenten, Unternehmen und Regierungen der Defizitländer stützte in allererster Linie auch den Exportboom und damit ein bescheidenes Wachstum in Deutschland. Erst mit der Krise und dann besonders mit den durch die Troika erzwungenen Kürzungsprogrammen stieg die Staatsverschuldung sprunghaft an. Die Troika setzte zugleich die sogenannte innere Abwertung durch, angeblich um damit die Wettbewerbsfähigkeit der «Krisenländer» wiederherzustellen. Tatsächlich treibt die rigide Kürzungspolitik ganz Europa in eine Rezession und stürzt die «Krisenländer» in eine Depression. Ergebnis ist eine Spirale des Elends von Griechenland über Spanien bis Portugal.

Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas zeigen in einer hochaktuellen, im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfassten Studie «The systemic crisis of the Euro», wie der potenzielle Nutzen einer Währungsunion verspielt wurde. Sie fordern daher eindringlich, die «letzte Chance» für eine radikale politische Wende zu nutzen: «Die entscheidenden Elemente einer neuen Strategie wären der Abbau der Lücke in der Wettbewerbsfähigkeit vor allem über Lohnerhöhungen in Deutschland, die sofortige Beendigung des fiskalischen Austeritätskurses und die Überbrückung der schwierigen Übergangsphase für die Schuldnerländer durch Kredite der EZB, Eurobonds oder weitgehend unkonditionierte Hilfen durch den ESM (European Stability Mechanism). Auch

in diesem Fall bräuchte man einen langen Atem. Der Rückweg zu einer Lage, bei der die Schuldnerländer wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen, Wachstum erzeugen und Arbeitsplätze schaffen können, wird mindestens zehn Jahre dauern.»

Da die Wahrscheinlichkeit für das Zustandekommen einer solchen fundamentalen Wende jedoch nicht sehr hoch anzusetzen sei, müssten auch andere Optionen ins Auge gefasst werden. Die Autoren empfehlen angesichts einer Situation, in der einige Länder die Kosten der Anpassung politisch und sozial kaum mehr tragen können und die Demokratie ernsthaft bedroht ist, offen über die Möglichkeit eines «geregelten Ausstiegs» aus der Währungsunion nachzudenken. Doch was ist unter einem solchen «geregelten Ausstieg» zu verstehen, und welches wären seine wahrscheinlichen Konsequenzen? Im Folgenden werden zunächst die verschiedenen Ausstiegsszenarien skizziert und danach die mit einem Exit der sogenannten Krisenländer verbundenen Risiken sowohl für deren Bevölkerung und wirtschaftliche Entwicklung, aber auch für Deutschland und die anderen Euro-Länder aufgezeigt. Abschließend wird die Frage aufgeworfen, wie sich die verschiedenen linken Positionen hinsichtlich der Eurokrise zur Idee eines europäischen Projekts verhalten.

#### **EXIT? WIE GEHT DAS? UND WER WILL DAS ÜBERHAUPT?**

Der kritische US-Ökonom William Tabb spitzt zu: «Nicht Griechenland ist das Problem, sondern Deutschland. Die EU sollte das Land aus dem Euro werfen.»<sup>2</sup> Was hier eine ironische Wendung auf Basis der Analyse realer Ursachen ist, meint der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, ernst: «Es gibt eine Alternative zur «alternativlosen» Euro-Politik: den gemeinsamen Austritt Deutschlands, Hollands, Österreichs und Finnlands», verlautbarte er schon frühzeitig in Interviews.<sup>3</sup> Zunehmend tendiert die aufgeregte Debatte hin zur Forderung einer kompletten Auflösung der europäischen Währungsunion, wie zuletzt mit lautem Medienecho von der neugegründeten Partei «Alternative für Deutschland» vertreten. Zunächst war insbesondere von konservativ-neoliberaler Seite, unter anderem von Prominenten wie Hans-Werner Sinn, Hans-Olaf Henkel, Thilo Sarrazin oder Frank Schäffler, dem Sprecher der Euroskeptiker innerhalb der FDP, ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion gefordert worden. Die in Deutschland medial recht einflussreichen Befürworter eines «Grexit» liefern der Bundesregierung starke Gründe für die eigene Positionierung: Der Euro als Kern der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft müsse unter allen Umständen verteidigt werden, Griechenland solle im Euro verbleiben und weitere Hilfen nur im Austausch für noch härtere Kürzungsmaßnahmen und Eingriffe in seine Souveränität erhalten. Die deutsche Regierung präsentiert sich somit als Stimme der Vernunft in der politischen Mitte.

Von linker Seite wurde lange Zeit eine Zurückhaltung hinsichtlich der Exit-Option geübt. Öffentliche Diskussionen in linken Kreisen über Ausstiegsszenarien gab es bislang kaum, wenn dann eher in den «Krisenländern», vor allem in Griechenland und Portugal, wo unter dem enormen Druck der Kürzungsdiktate jeder mögliche Ausweg aus der jetzigen unhaltbaren Situation in Betracht gezogen werden muss. Es sind allerdings eher die alten kommunistischen Parteien wie die griechische KKE (Kommounistikó Kómma Elládas) oder die portugiesische PCP (Partido Comunista Português), die

ernsthaft einen Ausstieg erwägen. Die beiden linkssozialistischen Parteien jüngerer Datums in beiden Ländern, Syriza und der Bloco de Esquerda, plädieren dagegen für Neuverhandlungen mit der Troika und ein Schuldenmoratorium, wollen aber in der Eurozone bleiben. Nun hat Oskar Lafontaine eine Debatte auch in der bundesdeutschen Linken angestoßen, die zuvor eher vereinzelt geführt wurde. Er hält die Auflösung der Währungsunion für notwendig. «Wenn reale Auf- und Abwertungen nicht möglich sind, dann muss man die einheitliche Währung aufgeben», erklärt er auf seiner Webseite. An die Stelle des Euro sollten wieder nationale Währungen treten. Deren Wechselkurs sollte die EU festlegen, um Spekulationen zu verhindern. Der Europäischen Zentralbank weist er die Rolle zu, mit verschiedenen Interventionen die südeuropäischen Länder vor einem allzu harten Absturz ihrer Währung zu bewahren.

Für oder gegen den Exit – meist teilen Linke die Problemanalyse und machen ähnliche Ursachen für die aktuelle Krise verantwortlich, ziehen allerdings recht unterschiedliche Schlussfolgerungen. So sieht Heiner Flassbeck, ehemaliger Chefökonom der Organisation für Welthandel und Entwicklung der Vereinten Nationen, das Kernproblem der europäischen Währungsunion – ähnlich wie die meisten PolitikerInnen der Partei DIE LINKE – in den auseinanderdriftenden Handels- und Leistungsbilanzen bei sehr unterschiedlichen ökonomischen Ausgangsbedingungen. Dabei habe die Bundesrepublik lange «systematisch unter ihren Verhältnissen gelebt».<sup>4</sup> Zur Rettung des Euro ist es aus seiner Sicht erforderlich, dass die Nominallöhne in Deutschland stärker steigen als im Rest des Euroraums. Saldenmechanisch rechnet er vor: «Wenn die Löhne ab jetzt jedes Jahr um 4,5 Prozent erhöht werden, gibt es bis 2022 einen Ausgleich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.»<sup>5</sup> Um diesen langen Zeitraum zu überbrücken, seien «Eurobonds oder die Rettungsschirme ebenso wie eine konsequente Intervention der EZB sinnvolle Maßnahmen».<sup>6</sup> Allerdings ist Flassbeck eher skeptisch, ob die deutschen Gewerkschaften in der Lage sein werden, dauerhaft hohe Tarifabschlüsse durchzusetzen. Er zieht daraus die Schlussfolgerung: Werde die «Wettbewerbslücke» nicht geschlossen, breche die Eurozone auseinander.<sup>7</sup> Bevor dieser Zersetzungsprozess «alte Ressentiments» wecke und «neue Feindschaften» erzeuge, möchte er den Europäern zurufen: «Trennt euch».<sup>8</sup> Dabei schwebt ihm zunächst eine Trennung zwischen Nord- und Südeuro vor. Die Südeurozone würde sich aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal zusammensetzen, angeführt von Frankreich. Der Südeuro könnte sofort um etwa 40 Prozent abgewertet werden, womit die Wettbewerbsfähigkeit dieses großen südlichen Marktes schlagartig wiederhergestellt würde. Der Nordeurozone würden unter Führung der Bundesrepublik Deutschland Länder wie Österreich, die Niederlande, Finnland und später vielleicht Großbritannien angehören. Nur zögerlich ist diese Perspektive in der südeuropäischen Linken diskutiert und angenommen worden – jüngst etwa von Mimmo Procaro, einem ehemaligen Vordenker der italienischen Partei Rifondazione Comunista.<sup>9</sup>

Ohne fundamentale Änderungen allerdings, so die eindringliche Warnung von Flassbeck und dem Mitautor der Studie «The systemic crisis of the Euro», dem aus Griechenland stammenden und in Großbritannien lehrenden Ökonom Costas Lapavistas, sei der Euro nicht länger zu halten. Dies sehen auch Gary Cohn, Vorstand von Goldman Sachs, oder Starökonom Nouriel Roubini so.<sup>10</sup> Deswegen favorisieren

Flassbeck und Lapavitsas als Ultima Ratio eine Exit-Option, um ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern. Sofern ein Austritt geregelt erfolge – im Falle Griechenlands mit einem vereinbarten Schuldenschnitt und langfristig zugesicherten Finanzhilfen sowie einer Abwertung der Währung von bis zu 50 Prozent –, sei dieser denkbar. Die Kosten würden sich im Rahmen halten, und für Griechenland böte sich hiermit eine Chance auf ein Ende des «Rezessions-Martyriums» (Axel Troost).

Dabei sind nach Flassbeck und Lapavitsas zwei Voraussetzungen zentral: «Erstens: Strikte Kapitalverkehrskontrollen sind unumgänglich, um Kapitalflucht und einen Ansturm auf die Banken zu verhindern, wenn ein Ausstieg aus der Währungsunion in einem oder in mehreren Ländern gleichzeitig in Betracht gezogen wird. Hier wurde mit Zypern ein Präzedenzfall geschaffen, der einerseits zeigt, dass dies mit den europäischen Verträgen und Vereinbarungen in Einklang gebracht werden kann, und andererseits belegt, dass diese Kontrollen schnell genug eingesetzt werden können, um chaotische Zustände bei einer Ankündigung in dieser Richtung vorzubeugen.» Zweitens bestünde «bei dem Übergang zu einer neuen nationalen Währung [...] die Gefahr, dass diese Währung, wird sie den Devisenmärkten überlassen, quasi zunächst ins Bodenlose fällt und auf diese Weise die Umstellung sehr teuer und schmerzhaft macht».<sup>11</sup> Um einer übermäßigen Abwertung vorzubeugen, schlagen die Autoren die Wiederbelebung des Europäischen Währungssystems (EWS)<sup>12</sup> vor (was auch von Lafontaine gefordert wird). Dies würde in gewissen zu verhandelnden Zielkorridoren kontrollierte Auf- und Abwertungen einzelner nationaler Währungen und ein koordiniertes Vorgehen der Zentralbanken ermöglichen. Ein solches Szenario ist nachvollziehbar, doch drohen erhebliche Gefahren bei der Umsetzung und bestehen berechtigte Zweifel an der Realitätstüchtigkeit der hier vorgeschlagenen Strategie.

## FOLGEN DES EXIT FÜR AUSTRITTSLÄNDER

Was würde ein Austritt aus dem Euro etwa für Griechenland bedeuten?

*Verteuerung der Importe:* Flassbeck und Lapavitsas schlagen mit Kapitalverkehrskontrollen und der Wiedereinführung des EWS zwei Mechanismen vor, wie eine «übermäßige» Währungsabwertung vermieden werden soll. Sie rechnen jedoch selbst mit einer notwendigen Abwertung von bis zu 50 Prozent. Das würde bedeuten, alle Importprodukte würden schlagartig doppelt so teuer werden. Das beträfe nicht nur vielleicht mehr oder weniger verzichtbare Konsumgüter, sondern auch für das Überleben der Produktion dringend benötigte Güter wie Maschinen, industrielle Vorprodukte, Rohstoffe und Energie. Vielleicht noch schlimmer wäre der Preisanstieg bei unmittelbar lebenswichtigen Gütern wie Medikamenten und Nahrungsmitteln. Schon jetzt ist die Gesundheitsversorgung in Griechenland nahezu zusammengebrochen, Medikamente müssen von Patienten vorfinanziert werden, weil Apotheken die Rechnungen von den bankrotten Krankenkassen nicht mehr erstattet bekommen und Praxen und Krankenhäuser nicht mehr beliefern. Auch der Hunger ist zurückgekehrt. Obwohl die Agrarwirtschaft ein traditionell bedeutender Sektor in Griechenland ist, verzeichnete das Land bereits vor der Krise auch Handelsbilanzdefizite im Bereich Nahrungsmittel. Eine Abwertung würde die Probleme des Landes in der Produktion wie Reproduktion also weiter zuspitzen.

*Fehlende Exportbasis:* Die Währungsabwertung, so der Plan, soll schlagartig die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft wiederherstellen und Exporte beflügeln. Offen bleibt jedoch, was eigentlich nach Jahren der Deindustrialisierung überhaupt produziert und exportiert werden soll. Axel Troost gibt zu bedenken, dass es wegen der «dramatischen Auszehrung der griechischen Wirtschaftsstruktur und -infrastruktur» keineswegs sicher sei, dass es nach einer Währungsabwertung «mittels Exportüberschüssen zügig aufwärtsgehen würde», auch wenn die Europäische Union «Hilfen für einen Neustart über die europäische Entwicklungsbank mittragen» würde.<sup>13</sup> Die Abwertung senkt vielleicht die preislichen Nachteile, damit ist es jedoch nicht getan. Die griechische Exportwirtschaft litt bereits vor dem Einbruch der Krise nicht nur unter im Vergleich mit anderen Ländern zu hohen (Lohnstück-)Kosten, sondern hinkte auch in puncto Qualität und Innovation hinterher. Und sie ist massiv abhängig vom Import effizienter Maschinen und hochwertiger Halbprodukte, der – wie oben beschrieben – deutlich teurer werden und damit die Produktionskosten im Lande wieder nach oben treiben würde. Diese qualitativen Defizite der griechischen Wirtschaft wären durch eine Währungsabwertung nicht behoben. Neben den hochspekulativen Finanz- und Bausektor boomte in Griechenland vor der Krise nur der Tourismus. Auch hier ist Griechenland qualitativ wie preislich hinter die Türkei zurückgefallen. Selbst im Agrarsektor ist kein Exportboom zu erwarten: Das Land muss seit Jahren mehr Nahrungsmittel importieren, als es ausführt.

Dem Beispiel lateinamerikanischer Länder folgend, wird auch über einen extraktivistischen Weg der Entwicklung nachgedacht, das heißt über eine noch stärkere Rohstoffausbeutung, um eine staatliche Politik der umfassenden Umverteilung zu ermöglichen. Hoffnung machen in diesem Zusammenhang vor allem Öl- und Gasvorkommen, die in der Ägäis vermutet werden. Diese könnten dem griechischen Staat über 25 Jahre hinweg insgesamt rund 600 Milliarden Dollar (465 Milliarden Euro) einbringen, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters.<sup>14</sup> Diese Summe übersteigt die der griechischen Staatsschulden fast um die Hälfte. Sollten sich die Vermutungen als richtig herausstellen, hätte die Vorstellung einer Entwicklung jenseits der Eurozone eine mögliche ökonomische Grundlage. Eine sozial-ökologische Strategie sieht freilich anders aus. Flassbeck setzt hingegen gar nicht auf Exporte: «Ein Land, das nicht wettbewerbsfähig ist, kann die Grenzen auf Dauer nicht offenhalten. [...] Importe müssen soweit wie möglich durch heimische Produkte ersetzt werden.»<sup>15</sup> Das ist in der Perspektive zweifellos richtig, wie jedoch soll der Übergang organisiert werden?

*Kapitalmangel:* Egal ob Wiederaufbau einer auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnittenen Binnenwirtschaft, Wiederherstellung eines exportfähigen Sektors oder gewinnbringende Ausbeutung von Ressourcen: Alle drei Entwicklungsmodelle setzen zunächst milliardenschwere Investitionen voraus. Dafür braucht es Kapital. Nach einem erfolgten großen Schuldenschnitt dürfte es zunächst extrem schwierig für Griechenland werden, auf den internationalen Kapitalmärkten zu bezahlbaren Zinssätzen frisches Kapital aufzunehmen. Der Schuldenschnitt ist aber notwendig, da sonst bei einer Rückkehr zur Drachme die in Euro oder Dollar gezeichneten Schulden schlagartig bis zum Doppelten anwachsen würden. Es bliebe dann nur die Direktfinanzierung durch europäische Institutionen: Die Europäische Zentralbank könnte die Staatsfinanzierung über Eurobonds oder

Ähnliches garantieren, Kohäsions- und andere Fonds Strukturmittel zur Verfügung stellen, und die Europäische Investitionsbank könnte weitere Investitionen anschieben.

*Schocktransformismus:* Nur, warum sollten diejenigen, die in der Europäischen Union das Sagen haben, plötzlich von ihren harten Bedingungen oder einem Kürzungsdiktat abrücken? Wie realistisch ist es, dass sie einem Schuldenschnitt zustimmen werden oder einer Direktfinanzierung des griechischen Staates über die EZB? Die Abhängigkeit Griechenlands von einem postdemokratischen, autoritär-neoliberalen Block bliebe. Der Vertrag von Lissabon «mit allen seinen restriktiven Auswirkungen auf die Finanzpolitik würde für diese Staaten weiterhin gelten, die Maastricht-Kriterien müssten weiterhin angewandt», die Grundfreiheiten des Kapitals im Europäischen Binnenmarkt würden weiter gelten, und «der freie Wettbewerb, der zu einer Benachteiligung der weniger produktiven Regionen führt, [würde] in keiner Weise aufgehoben». <sup>16</sup> Für Griechenland wäre nichts gewonnen. Laut einer Studie von Prognos müsste das Land sich stattdessen auf Wachstumsverluste bis 2020 von über 164 Milliarden Euro einstellen. <sup>17</sup> Welche Linksregierung würde eine Zeit des ökonomischen Kollapses und eine Art «Schocktransformismus» durchstehen?

### **FOLGEN DES EXIT FÜR DIE EXPORTLÄNDER, DIE EUROZONE UND DIE WELTWIRTSCHAFT**

Was würde ein Austritt aus dem Euro für die deutsche Wirtschaft bedeuten? Flassbeck und Lapavitsas warnen selbst: Deutschland würde, sollte das Ausstiegsszenario Wirklichkeit werden, ökonomisch ohne Zweifel hart getroffen.

*Ende des Exportmodells ohne gerechten Übergang:* Laut der bereits erwähnten Prognos-Studie würde der Austritt Griechenlands aus der Währungsunion in den 42 wichtigsten Volkswirtschaften Wachstumseinbußen in Höhe von rund 17,2 Billionen Euro verursachen. Deutschland allein müsste bis 2020 etwa 73 Milliarden Euro an Verlusten verkraften. Dazu kämen Abschreibungen privater und öffentlicher Gläubiger in Höhe von 64 Milliarden Euro (wenn die Gläubiger auf 60 Prozent ihrer Forderungen verzichten würden und die Drachme um etwa 50 Prozent abgewertet würde). Zudem wäre mit der Rückkehr zum EWS und zur Deutschen Mark oder der Schaffung eines Nordeuro eine starke Aufwertung verbunden. Da der Anteil des Exports am BIP der Bundesrepublik mittlerweile bei 50 Prozent liegt, würde die deutsche Wirtschaft um viele Jahre zurückgeworfen und würden Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. «Die gesamte politische Elite wird abtreten müssen und das gesamte deutsche Bankensystem verstaatlicht» werden, ist Flassbeck selbst überzeugt. <sup>18</sup> Goldman Sachs hat berechnet, dass die neue Währung real um mindestens 25 Prozent aufgewertet würde. Die Kosten des Auseinanderbrechens der Währungsunion beziffert die Bank für die Bundesrepublik auf etwa 800 Milliarden Euro. <sup>19</sup> Es müsste ein Einbruch der Industrieproduktion von 40 Prozent verkraftet werden, das Exportmodell, so Flassbeck, wäre tot. <sup>20</sup> Rein rechnerisch (unter Berücksichtigung von Zinseffekten) «könnte Deutschland für dieses Geld zehn Jahre lang 94 Milliarden Euro Transferleistungen leisten». <sup>21</sup> Billiger wäre es also, Griechenland über eine echte Transferunion mittelfristig mit den benötigten finanziellen Mitteln für einen wirtschaftlichen Neuanfang zu versorgen. Bei einer abrupten Aufwertung der neuen Deutschen Mark fehlen die Zeit und die finanziellen Ressourcen für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, ins-

besondere der Exportindustrie – es gäbe keinen gerechten Übergang, <sup>22</sup> vielmehr eine Schockstrategie wie in einem rechtskonservativen Postwachstumsszenario Meinhard Miegels. <sup>23</sup>

Und was schließlich würde ein Austritt aus dem Euro für die Eurozone und die Weltwirtschaft insgesamt bedeuten?

*Kettenreaktion und Zerfall der Währungsunion:* Bei einem Austritt, so die Warnung der Prognos-Studie, wäre es wahrscheinlich, dass «die Kapitalmärkte dann auch Portugal, Spanien und Italien das Vertrauen entziehen» und «dort ebenfalls Staatsbankrotte» hervorrufen würden. <sup>24</sup> Diese Kettenreaktion wäre selbst für die mächtige Europäische Zentralbank kaum noch über Staatsanleihenkäufe auf dem Sekundärmarkt und über unbegrenzte Liquiditätsspritzen für Banken in den Griff zu bekommen. Sie hätte vermutlich einen unkontrollierten Zerfall der Währungsunion zur Folge. «Die Weltwirtschaft würde in eine tiefe Rezession fallen.» <sup>25</sup>

### **RÜCKKEHR ZUM EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSSYSTEM?**

Also doch lieber einen «geregelten Ausstieg» und eine Rückkehr zum Europäischen Währungssystem alter Prägung? Blenden wir für einen Moment die drastischen Folgen sowohl für die von Abwertung als auch für die von Aufwertung betroffenen Länder aus. Was wäre gewonnen? Ist mit dem EWS ein Mechanismus für die geregelte Auf- und Abwertung einzelner Währungen garantiert? Eher nicht. Vielmehr eröffnet die Rückkehr zu nationalen Währungen wieder Tür und Tor für Devisenspekulationen. Welche Macht Währungsspekulanten haben, das hat George Soros 1993 eindrucksvoll vorgeführt. Damals hat sein Hedgefonds gegen die Deutsche Mark spekuliert und das britische Pfund aus dem Europäischen Währungssystem gedrängt.

Die enormen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen könnten vielleicht reduziert werden, zugleich drohen eine weitere Aufblähung der Finanzmärkte und eine Zunahme von Währungsspekulationen. Ungeklärt bleibt auch, wie der Abwertungsschock etwa in Griechenland oder der Aufwertungsschock für Exportökonomien wie Deutschland oder gar eine europa- oder weltweite Depression politisch zu verkraften wären. Sicherlich verbessert eine solche Verschärfung der Krise nicht unbedingt die Bedingungen für eine Organisation linker und emanzipatorischer Kräfte, sondern erhöht die Gefahr rechtsautoritärer und neofaschistischer Wendungen.

### **UND WAS IST ÜBERHAUPT REALISTISCH DURCHSETZBAR?**

*Kein handelndes Subjekt:* Flassbeck und Lapavitsas begründen ihre Forderung nach einem «geregelten Exit» mit dem Argument, andere Möglichkeiten seien politisch verbaut, da insbesondere in Deutschland, dem entscheidenden Land, bei den Regierenden keine Einsicht erkennbar sei. Doch dann stellt sich die Frage, wer in Europa einen «geregelten Ausstieg» organisieren soll? Flassbeck und Lapavitsas unterschätzen meiner Ansicht nach die Entschlossenheit der politischen Regierenden und der sie stützenden Kapitalfraktionen, den Euro unter allen Umständen zu verteidigen – schon aufgrund der eben aufgezählten ökonomischen wie politischen Gefahren und Konsequenzen. <sup>26</sup> Ist ernsthaft zu erwarten, dass die Regierenden und die Troika bereit wären, Griechenland oder anderen Ländern günstige Bedingungen und umfangreiche Hilfen beim Austritt aus der Eurozone zu gewähren,

wenn sie sie ihnen jetzt doch mit solcher Härte verweigern? Ist es vorstellbar, dass sie einem umfangreichen Schuldenschnitt oder Eurobonds doch noch zustimmen würden und den Druck zur harten Kürzungspolitik und Haushaltsdisziplin einfach lockern? Wohl kaum. Die herrschenden Klassen haben nichts zu verschenken: No exit through the gift shop. Die Durchsetzung eines solidarisch geregelten Ausstiegs beziehungsweise die Rückkehr zum Europäischen Währungssystem ist nicht weniger illusionär, als weitere Forderungen für ein soziales Europa aufzustellen – nur wesentlich riskanter. Es gibt kein in diesem Sinne handelndes Subjekt.

Anders als Flassbeck und Lapavistas glauben griechische Befürworter einer Loslösung wie Panagiotis Sotiris nicht an die Möglichkeit eines «geregelten» Austritts aus der Eurozone: Die Debatte findet in Griechenland vor dem Hintergrund einer möglichen «echten Linksregierung» statt. Eine solche Regierung, die sich auf ein breites Bündnis populärer Kräfte stützen müsste, werde, so die Einschätzung, wohl kaum von der Europäischen Union die notwendige Unterstützung für einen wirtschaftlichen Neuanfang erhalten, sondern bekämpft werden. «Es ist unmöglich, solch tiefgreifende Veränderungen durch einfache Beschlüsse und Entscheidungsprozesse innerhalb der EU zu bewirken. Sie müssen die Form eines Bruchs annehmen.»<sup>27</sup> Dieser wäre verbunden mit «einer unverzüglichen Einstellung des Schuldendienstes, der Verstaatlichung der Banken und strategischer Infrastruktur» sowie der Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen und anderen Regulierungen.<sup>28</sup> Der Austritt wird auch als Möglichkeit betrachtet, internationale Beziehungen aufzubauen, die «auf beidseitigem Nutzen beruhen» würden.<sup>29</sup> Gemeint sind Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der Arabellion, aber auch zu China, Lateinamerika, der Türkei und anderen Ländern Südeuropas, die ebenfalls Interesse daran haben könnten, die Eurozone zu verlassen. «Die Eurozone zu verlassen, führt nicht in die Isolation, sondern eröffnet den einzigen Weg zu einem breiteren Spektrum möglicher Formen internationaler und wirtschaftlicher Beziehungen», so die Hoffnung.<sup>30</sup>

Doch auch hier stellt sich die Frage, ob damit der Griff der Finanzmärkte und der herrschenden Kräfte in Europa wirklich gelockert würde. Darüber hinaus ist zu fragen, worin die Vorteile gegenüber einer Position bestehen, wie sie zum Beispiel von Syriza, der Koalition der radikalen Linken, vertreten wird. Um Neuverhandlungen zu erzwingen, will Syriza die unverzügliche Einstellung des Schuldendienstes, die Verstaatlichung der Banken und strategischer Infrastruktur sowie die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen und anderer Regulierungen erreichen, aber eben mit der Absicht, im Euro zu verbleiben und die Risiken eines Austritts zu vermeiden. Doch hinter der Frage Exit oder nicht verbirgt sich noch eine weitere Frage: Wie verhält sich die Linke zum europäischen Projekt?

## ZWISCHEN PRO-EUROPA UND EUROSKEPSIS

Seit Jahrzehnten ist die Haltung der europäischen Linken zum europäischen Integrationsprozess ambivalent. Trefend wurden die Politiken der Liberalisierung und Deregulierung kritisiert, die monetaristische Währungsunion, der Maastricht-Vertrag und der Stabilitätspakt sowie die Wettbewerbsorientierung der Lissabon-Verträge. In der Tradition des Internationalismus hielt die Linke jedoch an einer pro-europäischen Haltung fest, entwarf Reformvorschläge und wandte sich gegen Nationalismen und rechten Protektionismus (die sich zum Beispiel gegen MigrantInnen

und «ausländische» Arbeitskräfte richten). Angesichts der ungünstigen Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in Europa drohte und droht die Wahrnehmung solcher pro-europäischen Positionen jedoch als naiv-idealistisch, etwa wenn wie bei Jürgen Habermas kontrafaktisch die Segnungen des mit der Europäischen Union verbundenen kosmopolitischen Aufbruchs gefeiert werden, ohne die realen sozialen und ökonomischen Verwerfungen zu erwähnen.<sup>31</sup> Umgekehrt konnten europakritische Positionen in der öffentlichen Debatte immer wieder mit rechtsnationalistischen in eins gesetzt und diffamiert werden beziehungsweise stützten diese ungewollt rechte Positionen. Theoretisch waren die Positionen für eine linke europäische Perspektive und gegen die Aushöhlung sozialer Rechte auf nationalstaatlicher Ebene durchaus zu vermitteln. Praktisch wurden sie jedoch durch die reale Politik immer wieder in einen falschen Gegensatz gebracht, wenn zum Beispiel weiter auf ein progressives europäisches Sozialmodell gesetzt wird, wenn Mario Draghi gerade dessen Ende verkündet hat,<sup>32</sup> oder man sich regressiv auf die Verteidigung der sozialen Errungenschaften auf nationalstaatlicher Ebene fokussiert. In der Krise Europas ringt die europäische Linke um eine angemessene und überzeugende strategische Position – bislang ist ihr dies mit wenigen Ausnahmen wie etwa in Griechenland nicht gelungen.

Beide Positionen haben ihre Rationalität: Ein auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränktes und zurückgeworfenes politisches Agieren wird angesichts fortschreitender Europäisierung und transnationaler Machtstrukturen nicht einmal zur Verteidigung zentraler sozialer und politischer Errungenschaften ausreichend sein. Doch der «Linken ist es bisher nicht gelungen, ihr Votum für ein anderes Europa in eine konzise und geteilte Idee und Politik» für Europa umzusetzen.<sup>33</sup>

Es gibt ein wachsendes Unbehagen gegenüber Europa, auch innerhalb der Partei DIE LINKE, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist. In den letzten Jahrzehnten war jeder weitere Schritt zur europäischen Integration ein Mittel fortschreitender Durchsetzung neoliberaler Prinzipien, auch wenn es in einzelnen Bereichen durchaus auch Fortschritte gegeben haben mag. Nicht zuletzt für viele Menschen in Osteuropa oder in der Türkei war und ist die Perspektive auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union immer noch an die Hoffnung geknüpft, diese würde eine größere Achtung der Bürger- und Menschenrechte garantieren. Zugleich nähert sich die Europäische Union jedoch immer mehr einem undemokratischen und wirtschaftsnahen Lobbyverein an, der jenseits des nach wie vor zu schwachen Europäischen Parlaments kaum einer politischen Kontrolle oder Beeinflussung durch zivilgesellschaftliche und parlamentarische Kräfte unterliegt. Auf europäischer Ebene wurden zahllose Maßnahmen und Programme der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung durchgesetzt, auch gegen nationale Interessen. Die europäischen Institutionen sind daher «in keinem Fall ein besseres Umfeld für Kämpfe als die sozialen Strukturen und politischen Einheiten der Länder», lautet daher die Einschätzung von Panagiotis Sotiris.<sup>34</sup> Insbesondere angesichts der Verhältnisse in Griechenland wird eine Haltung verständlich, die «die Wichtigkeit aller demokratischen und internationalistischen Traditionen der Arbeiterbewegung und der europäischen Linken» nicht außer acht lassen will, aber am Ende zu dem Schluss kommt, diese hätten «nichts mit der Realität des tatsächlichen institutionellen Rahmens der EU zu tun».<sup>35</sup>

In der gegenwärtigen Krise wäre es umso dringlicher, konsequente Schritte zur Reform der Europäischen Union voranzutreiben, um ein Auseinanderbrechen derselben zu verhindern. Doch die derzeitigen Kräfteverhältnisse lassen dies nicht zu. Die Entwicklung geht vielmehr in die entgegengesetzte Richtung, nämlich hin zu einem autoritären und postdemokratischen Neoliberalismus. So fordern Axel Troost und Sahra Wagenknecht: «Weitere Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dürfen nur dann stattfinden, wenn damit das praktizierte Lohn-, Sozial- und Steuerdumping unterbunden wird.»<sup>36</sup>

Ausstieg aus dem Euro oder utopische Harmonisierung eines europäischen Sozialmodells? Am Ende ist die Frage so falsch gestellt. Ein Austritt aus dem Euro – selbst wenn es die Chance zum ökonomischen Wiederaufbau mit eigener, dann abgewerteter Währung gäbe – zöge in jedem Fall in ihrem Ausmaß kaum zu überschätzende wirtschaftliche und politische Konsequenzen nach sich. Außerdem würde er wahrscheinlich zu einer Kettenreaktion in anderen Staaten und möglicherweise zum Zerfall nicht nur der Europäischen Währungsunion, sondern der Europäischen Union insgesamt führen, mit ebenfalls katastrophalen Folgen für die Menschen in Deutschland und andernorts. Strategisch würde Griechenland mit dem Exit zudem sein härtestes Verhandlungsargument, die Drohung mit einem Zahlungsausfall, verschenken. Dies ist das Faustpfand einer möglichen Linksinregierung unter Syriza – nicht Austritt aus der Eurozone, sondern umfassende Neuverhandlung der Bedingungen, um dort zu verbleiben. Nichts spricht dagegen, wo immer es möglich ist, «gute Maßnahmen unilateral» durchzusetzen (zum Beispiel Kapitalverkehrskontrollen oder Steuerreformen) und nicht zu warten, «bis ein «gutes» Europa geschaffen» ist, wie es Michel Husson vorschlägt. «Das politische Risiko, das ein Bruch der EU-Richtlinien bedeutet, ist einzugehen» – dazu bedarf es keines Austritts. Andere Länder könnten folgen. Danach bestünde die Chance, auf die Ausdehnung der in einem Land oder in mehreren Ländern begonnenen Reformen innerhalb Europas hinzuwirken.<sup>37</sup>

Die Politik der Regierung von Angela Merkel hingegen spaltet Europa – dies ist die größte Bedrohung für Europa, bringt es Katja Kipping, eine der beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, auf den Punkt.<sup>38</sup> Die klare Ablehnung des neoliberalen Krisenmanagements vonseiten der LINKEN ist konsequent und wurde an der Wählerbasis überwiegend positiv aufgenommen. Besonders wichtig war dabei, immer wieder die Betonung der Ursachen der Krise mit einer Perspektive der Solidarität mit den Krisenopfern und -ländern zu verbinden und damit einen Klassenstandpunkt einzunehmen, anstatt sich durch eine nationalistische Deutung – wie zum Beispiel, dass die Konfrontation zwischen Krisenländern und den «deutschen Steuerzahlern» verlaufe – spalten zu lassen. Was also muss getan werden, um weiteres Elend zu verhindern und ein demokratischeres und sozialeres Europa zu ermöglichen? Die LINKE hat hierzu zusammen mit anderen Initiativen und NGOs in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorschläge erarbeitet<sup>39</sup> und diese in ihr Programm für die Bundestagswahl aufgenommen.<sup>40</sup> Es gilt nun die vielen nach vorn gerichteten Vorschläge zur Bearbeitung der Eurokrise und zur sozialen Gestaltung Europas deutlicher als Elemente eines solidarischen Prozesses der Neukonstitution Europas zu vertreten. Da gibt es auch keine Verwechslungsgefahr mit der rechten «Alternative für Deutschland»: Per Twitter er-

klärte Bernd Riexinger, Co-Vorsitzender der LINKEN, neulich, dass Welten zwischen der «Alternative für Deutschland» und der Linkspartei liegen. Die LINKE sage «Nein zur Austerität und Ja zum Euro», während die «Alternative für Deutschland» «Nein zum Euro und Ja zur Austerität» sage. Also nicht weiter mit diesem Herrschaftsprojekt europäischer Integration – aber für eine Neugründung Europas!

Mario Candeias ist Referent für Kapitalismuskritik und Gesellschaftsanalyse und stellvertretender Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**1** Flassbeck, Heiner/Lapavistas, Costas: The systemic crisis of the Euro – true causes and effective therapies, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2013 [im Erscheinen]. **2** Beim «North American Left Dialogue» der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 1. Dezember 2012 in Berlin. **3** Handelsblatt vom 10.12.2010. **4** Flassbeck, Heiner: Der Euro – Nur ein Wunder kann ihn noch retten, in: Tageswoche vom 1.6.2012, unter: [www.flassbeck.de/pdf/2012/juli2012/DerEuro.pdf](http://www.flassbeck.de/pdf/2012/juli2012/DerEuro.pdf). **5** Financial Times Deutschland vom 17.3.2011. **6** Flassbeck: Der Euro. **7** Der Freitag vom 18.2.2010. **8** Flassbeck, Heiner: Trennt euch!, in: Wirtschaft & Markt, September 2012, unter: [www.flassbeck.de/pdf/2012/August2012/Trennteuch.pdf](http://www.flassbeck.de/pdf/2012/August2012/Trennteuch.pdf). **9** Vgl. Procaro, Mimmo: Occupy Lenin, in: LuXemburg 1/2013, S. 132–139. **10** Handelsblatt vom 17.10.2012. **11** Flassbeck/Lapavistas: The systemic crisis of the Euro. **12** Das Europäische Währungssystem regelte zwischen 1979 und 1998 die Wechselkurse zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Wechselkursschwankungen waren darin innerhalb festgelegter Bandbreiten möglich. **13** Vgl. Troost, Axel: Abspringen oder die Weichen umstellen? Das Für und Wider eines Ausstieges aus dem Euro. Kommentar zu Flassbeck, Berlin 2012, unter: [www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/artikel/abspringen-oder-die-weichen-umstellen-das-fuer-und-wider-eines-ausstiegs-aus-dem-euro](http://www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/artikel/abspringen-oder-die-weichen-umstellen-das-fuer-und-wider-eines-ausstiegs-aus-dem-euro). **14** Vgl. Focus vom 17.11.2012. **15** Tagesanzeiger vom 13.10.2012. **16** Hirsch, Uwe: Für eine linke Antwort auf die Krise, in: Neues Deutschland vom 8.5.2013, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/820984.fuer-eine-linke-antwort-auf-die-krise.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/820984.fuer-eine-linke-antwort-auf-die-krise.html). **17** Handelsblatt, vom 17.10.2012. **18** Flassbeck: Trennt euch! **19** Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.2.2012. **20** Flassbeck: Trennt euch! **21** Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.2.2012. **22** Vgl. Candeias, Mario: Konversion – Einstieg in eine öko-sozialistische Reproduktionsökonomie, in: ders. u. a. (Hrsg.): Globale Ökonomie des Autos, Hamburg 2010, S. 253–272. **23** Miegel, Meinhard: Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010. **24** Handelsblatt vom 17.10.2012. **25** Ebd. **26** Vgl. Heine, Frederic/Sablowski, Thomas: Widersprüche im deutschen Machtblock in Bezug auf die europäische Krisenpolitik, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2013 [im Erscheinen]. **27** Sotiris, Panagiotis: Griechenland und die dunkle Seite der Europäischen Integration, in: LuXemburg 2/2012, S. 26. **28** Ebd., S. 26f. **29** Ebd., S. 27. **30** Ebd. **31** Vgl. Anderson, Perry: Deutsche Hegemonie und «Blaue Blume der Demokratie», in: LuXemburg 2/2012, S. 14. **32** Wall Street Journal vom 28.2.2013. **33** Händel, Thomas/Puskarev, Frank: Europa – ein linkes Projekt?, in: LuXemburg 2/2012, S. 45. **34** Sotiris: Griechenland und die dunkle Seite, S. 25. **35** Ebd. **36** Trost, Axel/Wagenknecht, Sahra: Die LINKE und die Krise in Griechenland, Berlin 2013, unter: [www.linksfraktion.de/im-wortlaut/linke-krise-griechenland](http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/linke-krise-griechenland). **37** Husson, Michel: Zur Wiederbegründung Europas, in: LuXemburg 2/2012, S. 28–32, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2250](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2250). **38** Vgl. die tageszeitung vom 1.5.2013. **39** Für eine kommentierte Zusammenfassung vgl. Candeias, Mario: Linke Strategien in der Eurokrise (einschließlich einer kommentierten Synopse der europapolitischen Positionen der Partei DIE LINKE), herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2013. **40** Vgl. DIE LINKE: Entwurf des Wahlprogramms zur Bundestagswahl: 100 Prozent sozial, Berlin 2013, unter: [www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/Leitantrag-Wahlprogramm.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/Leitantrag-Wahlprogramm.pdf); vgl. auch Riexinger, Bernd: Linke Positionsbestimmung zur Eurokrise und dem Euro, Berlin 2013 [im Erscheinen].

GÜNTHER SALZ

## MÜLL FÜR MENSCHEN

ÜBERSCHUSS UND «ÜBERFLÜSSIGE» – ZUR KRITIK DER ALMOSEN- UND WARENÖKONOMIE AM BEISPIEL DER TAFELN<sup>1</sup>

Das Phänomen der «Tafeln» wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Verfasstheit von Wirtschaft und Gesellschaft. An den Tafeln kommen überschüssige Waren und überflüssig gemachte Menschen zusammen – beide Ergebnis einer Produktionsweise, in der nicht die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen, sondern die Verwandlung von Geld in mehr Geld. Hier wird das, was im ökonomischen Tausch zu Müll geworden ist, an jene verteilt, die dem Kostensenkungszwang zum Opfer gefallen sind. Damit sind die Tafeln ein Ausdruck der zerstörerischen Dynamik kapitalistischer Warenproduktion. Im Folgenden geht es um die strukturellen Zusammenhänge von Armut und Überfluss, von Almosen- und Warenökonomie – und darum, dass nicht nur die Tafeln, sondern auch die sie verursachende Ökonomie und Politik abgeschafft gehören.<sup>2</sup>

Derzeit sieht es ziemlich düster aus für eine bessere Gesellschaft. Schon seit den 1990er Jahren wächst die Armut, die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer breiter. Mit der Agenda-Politik schuf die Bundesregierung Anfang der 2000er Jahre einen breiten Niedriglohnsektor. Armut trotz Arbeit ist seitdem für viele Menschen bittere Realität. Proteste gegen diese Entwicklung haben nicht zum Erfolg geführt. Die Gesellschaft hat sich an die «Amerikanisierung» der Verhältnisse gewöhnt und richtet sich auf ein Leben mit der Armut ein. Ein-Euro-Läden mit Billigprodukten aus Fernost gehören ebenso dazu wie Ein-Euro-JobberInnen in öffentlichen Anlagen, BettlerInnen und FlaschensammlerInnen in Fußgängerzonen genauso wie eine wachsende Zahl von Kleiderkammern, Sozialkaufhäusern, Suppenküchen und Tafeln.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die Tafelhilfe kein Angebot für spezielle «Randgruppen» ist, sondern eine epidemisch anwachsende «Hilfe» für meist ganz gewöhnliche Leute, die arbeiten, Rente beziehen oder Kinder erziehen und dennoch zu wenig Einkommen haben. Mit dem Bundesverband der Tafeln und seinen mehr als 900 Tafelläden, einem gut ausgebauten Netzwerk von HelferInnen, SpenderInnen und SponsorInnen und mit Unterstützung durch Kommunal-, Landes- und BundespolitikerInnen und die Bundesregierung ist eine der größten öffentlich-privaten Partnerschaften der Nachkriegszeit entstanden. Mehr als 50.000 ehrenamtliche HelferInnen sind offensichtlich begeistert von der Idee, «Essen dorthin zu bringen, wo es hingehört» (so der Wahlspruch der Tafeln). Sie versorgen nach Angaben des Bundesverbandes regelmäßig etwa 1,5 Millionen bedürfti-

ge Menschen. Aber sind die Angebote der Tafeln wirklich so hilfreich, wie ihre ProtagonistInnen sie darstellen?

Es widerspricht den Grundsätzen und Zielen vieler kritischer Aktiver der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, wenn arm gemachte Menschen immer schlechter von sozialstaatlichen Vorkehrungen aufgefangen werden und stattdessen immer häufiger und selbstverständlicher von den Brosamen leben, die von den Tischen der Reichen fallen. Das ist keine Gerechtigkeit, sondern Barmherzigkeit im Stil des 19. Jahrhunderts. Arme Menschen brauchen ausreichende Geldleistungen, keine Sachleistungen. Sie dürfen nicht aus dem normalen Leben in eine Almosen-Ökonomie gedrängt werden. Die Forderungen nach bedarfsdeckenden Regelsätzen und anständigen gesetzlichen Mindestlöhnen werden aber mit Rückgriff auf die Tafeln hintertrieben. Mit Blick auf eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft und die Bewahrung der Schöpfung ist es absurd und ethisch unhaltbar, ausgerechnet die Überproduktion von Waren und die Verschwendung von Ressourcen zur Grundlage einer «Hilfe» zu machen, die Menschen mit Warenmüll abspeist. Es ist zudem mehr als geschmacklos, wenn sich große Lebensmittel-SpenderInnen als WohltäterInnen der Armen aufspielen und einen Imagegewinn einfahren, aber tatsächlich Müllgebühren einsparen.

Doch wie konnte sich das System der Lebensmitteltafeln so weit verbreiten und überall Zustimmung finden? Ist die Gesellschaft «verrückt» geworden? In der Tat: Erscheinungen wie die Tafeln sind Ausdruck verkehrter Verhältnisse. Und nur mit der Abschaffung dieser Verhältnisse kann auch Armut und damit das Tafel-Unwesen verschwinden. Im Fol-

genden möchte ich die berechtigte Kritik an der Aushöhlung des Sozialstaates um eine Kritik der Almosen- und Waren-Ökonomie ergänzen.

### **ÜBERSCHÜSSIGE WAREN, «ÜBERFLÜSSIGE» MENSCHEN**

Tafeln, Überproduktion und Armut sind Erscheinungen kapitalistischer Warengesellschaften. Gegenüber der vorkapitalistischen Bedarfswirtschaft hat im Kapitalismus eine Verkehrung von Zweck und Mittel, eine «Ver-rückung», stattgefunden. Die Produktion von Waren dient nicht eigentlich der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern dem Interesse des Kapitals, aus Geld mehr Geld zu machen, abstrakten Reichtum zu vergrößern. Auch die im Zuge der Warenproduktion eingesetzte menschliche Arbeitskraft ist bloß ein Mittel zu diesem Zweck. Sie schafft den Mehrwert, der sich als Tauschwert auf dem Markt realisieren soll. Der Verkauf von Waren soll mehr Geld einbringen, als für ihren Produktionsprozess vorgeschossen wurde.

Daher ist der Mensch im Kapitalismus Mittel und nicht Mittelpunkt. Und weil Kapital die Hauptsache und der Mensch nur Nebensache ist, sind auch die von ihm erzeugten Gebrauchsgüter nur als Träger von Tauschwerten interessant und für die Kapitalverwertung gewissermaßen nur «Nebenprodukte». Die menschlichen Bedürfnisse und ihre Befriedigung werden zu Abfall dieser Produktionsweise.

Auch Lebensmittel werden im Kapitalismus aus Profitgründen hergestellt und vertrieben und nicht, weil Menschen essen und trinken wollen. Auch sie weisen den eigentümlichen Doppelcharakter aller Waren auf, sowohl Gebrauchswert zur Bedürfnisbefriedigung als auch Tauschwert zur Geldvermehrung zu sein. Und nur um Letzteren geht es. Mittels permanenter Überproduktion von Lebensmitteln machen nun die einzelnen ProduzentInnen und HändlerInnen Ansprüche auf die vorhandene Massenkauflkraft beziehungsweise den gesellschaftlichen Mehrwert geltend. Auf der Jagd nach Geld und Marktanteilen spekulieren die konkurrierenden AnbieterInnen darauf, mit aggressiver Werbung, Preiskampf und Marktverdrängung den in der Überproduktion steckenden Mehrwert für sich einfahren zu können. In der Logik dieser Strategien liegt es auch, die Mindesthaltbarkeitsfristen zu verkürzen, um den Warenumschlag und damit die Profite zu steigern. Der hierdurch zusätzlich anfallende Müll und seine Entsorgungskosten werden – wie der übliche Überschuss auch – «eingepreist» und auf alle Waren umgelegt. Am Ende hat man schließlich die Tafeln.

In diesem System ist es nicht nur rational, überflüssige Waren zu produzieren, sondern auch überflüssige Arbeitskraft. Denn in der Konkurrenz setzt sich in der Regel der Billigste durch. Der Billigste ist der mit der höchsten Arbeitsproduktivität, welcher möglichst viele Maschinen und möglichst wenig Menschenkraft einsetzt und möglichst geringe Löhne zahlt. So verschafft man sich Wettbewerbsvorteile. Gesellschaftlich entstehen so aber Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeit und Armut, die durch die staatliche Deregulierung des Arbeitsmarktes und eine Politik der Arbeit zu jedem Preis noch befördert werden. Gerade die Lebensmittel-Discounter beschäftigen ein Heer schlecht entlohnter MitarbeiterInnen, die zum Teil schon während ihrer Berufszeit, spätestens aber im Rentenalter zu (potenziellen) «KundInnen» der Tafeln werden.

An den Tafeln kommen überproduzierte Warenberge, die ihren Tauschwert verloren haben, mit überflüssig und arm

gemachten Menschen, deren Würde verletzt wurde, zusammen. Dieses Ergebnis spiegelt den ganzen Widersinn kapitalistischer Produktion und Verteilung: Denn die permanente konkurrenz- und profitgesteuerte Überproduktion geht vorbei an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen. Und diejenigen, die Bedarf an Lebensmitteln haben, können sie nicht kaufen, weil sie zu wenig Geld dafür haben. Diese verdrehte Welt findet in der Hinterwelt der Warenwelt, bei den Tafeln also, ihre bizarre Fortsetzung.

### **VON DER WAREN- ZUR ALMOSENÖKONOMIE**

Wird die Hoffnung auf Realisierung des in den Waren enthaltenen Mehrwerts enttäuscht, weil zu viel produziert wurde und die Waren nicht mehr verkäuflich sind, erlischt der Tauschwert der Produkte sozusagen an der (Mindest-)Haltbarkeitsgrenze beziehungsweise am Verfallsdatum. Die Waren in Form von Lebensmitteln sind wertlos geworden. Der Gebrauchswert der Produkte (ihre Ess- und Genießbarkeit) bleibt oft aber noch eine Weile erhalten. Für den Warenanbieter ist dieser jedoch uninteressant, da (nur) mit ihm kein Geld zu machen ist. Für ihn sind die Lebensmittel zu Müll geworden.

Für die Tafeln jedoch ist die Gebrauchswertseite der Waren interessant. Daher nehmen sie auch den wertlos gewordenen «Müll» an, um die erhalten gebliebene Seite der Waren zu nutzen. Doch das ist nur in verfremdeter Form möglich. Denn die für den Markt beziehungsweise den Tausch gedachten Waren müssen nun unter nicht-marktförmigen Bedingungen (als reines Gebrauchsgut quasi) an die Armen abgegeben werden. Da der Markt jedoch als das «Normale» angesehen und eine Teilnahme am Marktgeschehen mit «Würde» verbunden wird, erhalten die Tafeln die Fassade aufrecht: Die meisten Tafeln erheben einen symbolischen Preis für die Lebensmittel. Das soll eine Art «Tausch» wie auf dem Markt oder zumindest eine «Gegenleistung» simulieren. Obwohl die NutzerInnen BettlerInnen ohne Rechte und Kauflkraft sind, werden sie als KundInnen angesprochen. Das scheinbare «Waren»-Angebot wird möglichst wie in einem Laden arrangiert. Manchmal gibt es sogar Einkaufswagen und Kundenkarten.

Die Abgabe von ökonomischem Müll ist aber kein wirklicher Tauschakt. Gebrauchswert und Tauschwert sind ja schon auseinander gefallen. Da nur eine Seite der Ware genutzt und bedient werden kann, entsteht zwangsläufig eine Zwitter- oder Parallelwelt jenseits der Warenwelt mit eigenen, merkwürdigen Gesetzen. Eine Wahl (wie normale KundInnen) oder ein Anrecht auf bestimmte Produkte hat der Arme dort nicht. Das macht schon die Hausordnung klar. Die TafelnutzerInnen müssen sich als Arme ausweisen, oft müssen sie sich in zeitlich versetzten sogenannten Nummernblöcken zur Lebensmittelausgabe anstellen. Bei der Trierer Tafel etwa ist die Verteilungspraxis (laut Hausordnung) so geregelt: «Die für den jeweiligen Ausgabetag vorgegebenen Ausgabezeiten und Nummernblöcke sind einzuhalten. [...] Der Nummernblock, der jeweils zur Lebensmittelausgabe ansteht, wird angezeigt bzw. aufgerufen. Der Einlass zur Ausgabe erfolgt nach den Ausweisnummern in aufsteigender Reihenfolge. Wer zu spät kommt, muss sich am Ende seines Nummernblocks einordnen. Ist der nächste Nummernblock bereits aufgerufen, kann der Zuspätkommende erst am Ende des Ausgabetales Lebensmittel erhalten. [...] Bei Nichtbeachtung der Anweisungen erfolgt ein Hausverbot von mindestens einem Monat. Im Wiederholungsfalle erfolgt ein ge-

nerelles Hausverbot.» So viel zur Praxis der schönen, neuen Tafelwelt.

Mit dem Engagement der Tafelträger und -mitarbeiterInnen hat sich ein Arme-Leute-«Markt», eine «Zone der Entkoppelung und Deklassierung» (wie der französische Soziologe Robert Castel es genannt hat) entwickelt, die kein echter Markt, sondern allenfalls eine Almosenökonomie sein kann. Da hilft es auch nicht, den angeblichen KundInnen einen symbolischen Preis für die «Waren» abzunehmen, damit sie sich wie echte KäuferInnen fühlen können. Erst recht entsteht dadurch nicht das, was man hierdurch zu retten glaubt: menschliche Würde. Im Gegenteil empfinden die meisten TafelnutzerInnen eine tiefe Scham ob ihrer Hilfebedürftigkeit und ihres subjektiv empfundenen «Marktversagens». Diese Gefühle werden bei jedem Tafelbesuch wieder aktualisiert. Die geschilderten Zugangs- und Verteilungspraktiken tun ein Übriges.

### **DIE TAFELN, AUSDRUCK DER ZERSTÖRERISCHEN EIGENDYNAMIK DES KAPITALS**

Die Tafeln sind nicht bloß Ergebnis sozialstaatlichen Sittenverfalls, sondern Zeichen der Krise des Kapitals und womöglich Teil seiner Verfallgeschichte. Als Element der Almosenökonomie sind sie eine Erscheinungsform der Selbst- und Weltzerstörungspotenziale des Kapitals, weil gerade die zwanghaft gesteigerte Arbeitsproduktivität immer mehr menschliche Arbeit abschafft und damit die Wert- und Mehrwertmasse verkleinert. Genau deshalb muss immer mehr produziert werden, um noch den notwendigen Mehrwert zu erzielen, ohne den keine Kapitalverwertung gelingt. Der erhöhte Ausstoß an Produkten wiederum hinterlässt nicht nur viel Warenmüll, sondern erhöht auch den Verbrauch von Ressourcen und verschärft so den Raubbau an der Natur. Ein Viertel des weltweiten Wasservorkommens wird für den Anbau von Nahrungsmitteln verbraucht, die später auf dem Müll landen! Damit wird auch die darin enthaltene menschliche Arbeit entwertet. Die soziale Frage und die ökologische Frage haben dieselben Ursachen in der blinden Maßlosigkeit und Eigendynamik des Kapitals. Diese zerstören zusehends die Grundlagen des Lebens überhaupt: die menschliche Arbeit und die Natur.

Die Folgen bleiben den Akteuren in diesem Geschäft nicht verborgen. Sie entwickeln Strategien und Ideologien, die diese Folgen überdecken sollen, ohne allerdings die eigentlichen Ursachen anzugehen. So wird das Alltagsgeschäft durch ethische Geschäftsführung, Bemühungen um «Nachhaltigkeit» und soziale Verantwortung ergänzt. Kein Einkauf ohne Bio- oder Ökosiegel, kein Flug ohne Bußgeld für Klimaschäden, keine Betriebskantine ohne fair gehandelten Kaffee, keine Beraterfirma ohne zeitweilige Freistellung von MitarbeiterInnen für einen guten Zweck und keine Lebensmittelkette ohne Tafelhilfe. Das nennt man heute «Corporate Social Responsibility» im Rahmen eines neosozialen, «verantwortungsvollen» und «sensiblen» Kapitalismus. Die Strategien des «Greenwashing» und der Imagepflege als «soziales Unternehmen» zielen sowohl auf die Kundschaft der Unternehmen als auch auf die Angestellten. Nicht umsonst ist das Tafel-Handbuch der neoliberalen Beraterfirma McKinsey im Zuge einer kostenlosen Hilfe für soziale Projekte entstanden. Möglicherweise haben die beteiligten MitarbeiterInnen damit erstmalig einen sozialen Sinn in ihrer Arbeit erlebt. Das wird ihnen geholfen haben, das Elend,

das sie durch ihr tägliches Beratungsgeschäft anrichten – die Zerschlagung etlicher Firmen zugunsten steigender Aktienkurse – zu verschmerzen und zu verdrängen.

Ein Höhepunkt der gesellschaftlichen Verdrängungsleistung wurde 2011 erreicht, als ausgerechnet die Tafeln, deren Geschäftsgrundlage die Überproduktion ist, einen Preis für Nachhaltigkeit erhielten.

### **GERECHTIGKEITSUTOPIEN STATT ARMENSPEISUNG**

In verkehrten Verhältnissen kann es kein wahres, richtiges Leben geben. Deshalb kommt es darauf an, die Ursachen der kapitalistischen Misere zu erkennen und diese Wirtschaftsweise zu überwinden.

Mut macht, dass die Betroffenen selbst ihre Abspeisung und Demütigung an den Tafeln ablehnen und anfangen, sich zu wehren. Mut machen Veranstaltungen wie die Berliner Aktionstage «20 Jahre Tafeln sind genug». Und neue Kraft kann auch eine Besinnung auf alte und neuere Visionen geben. Die Idee der «Tätigkeitsgesellschaft» etwa, wie sie die KAB formuliert, oder der «Verein freier Menschen», den Karl Marx skizziert hat, gehören dazu. Aber auch jene Befreiungsgeschichte, die in der Bibel mit dem Auszug aus dem ägyptischen Sklavenhaus beschrieben wird. Dort wird von einer wunderbaren Überlebensökonomie erzählt: vom Manna, das für alle reichte und nicht so viel war, dass es verrottete. Freilich gehörte dazu, dass man nicht mehr nahm, als man brauchte. Am Ende liegt es an uns Menschen selbst, eine andere, bessere Gesellschaft zu schaffen.

Günther Salz ist Sozialarbeiter und Diplom-Pädagoge. Er leitete von 1993 bis 2010 die Geschäftsstelle der Liga der Wohlfahrtsverbände in Rheinland-Pfalz und war bis 2012 ehrenamtlicher Vorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in der Diözese Trier ([www.kab-trier.de](http://www.kab-trier.de)).

<sup>1</sup> Der Beitrag basiert auf einem Referat des Autors bei einer Veranstaltung des «Kritischen Aktionsbündnisses 20 Jahre Tafeln», die Ende April 2013 in Berlin stattfand. Verschiedene gesellschaftliche Akteure setzen sich unter dem Motto «Armgespist – 20 Jahre Tafeln sind genug» gemeinsam für eine armutsfeste Mindestsicherung ein. Sie soll die Tafeln und andere mildtätige Angebote in Zukunft überflüssig machen. Weitere Informationen finden sich im Internet unter [www.aktionsbuenndnis20.de](http://www.aktionsbuenndnis20.de). <sup>2</sup> Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), bei der der Autor Mitglied ist, versteht sich als eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. Sie will die «Zeichen der Zeit» erkennen und mit ihrer Kritik an unhaltbaren und unwürdigen gesellschaftlichen Zuständen und mit ihrem Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung mithelfen, eine bessere Welt für alle und für kommende Generationen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund hat die KAB in der Diözese Trier in den Jahren 2008 bis 2011 eine aktivierende und (selbst) aufklärerische Kampagne mit interessierten Mitgliedern durchgeführt. Hierbei stieß die Tafel-Problematik auf großes Interesse, zumal etliche KAB-Ortsverbände und einzelne Mitglieder die Tafelarbeit unterstützten.

CORNELIA HILDEBRANDT / HORST KAHR / HARALD PÄTZOLT

## NACH ACHT JAHREN MERKEL: NO TROUBLE?

ZUR POLITISCHEN STIMMUNGSLAGE IN DEUTSCHLAND  
IM SOMMER VOR DER BUNDESTAGSWAHL

Regieren bis zum Sommer und dann einen kurzen Wahlkampf führen – die Wahlstrategie der Union ist bislang aufgegangen. Gut zwei Monate vor der Bundestagswahl am 22. September kann von Wahlkampfstimmung, geschweige denn Wechselstimmung im Lande keine Rede sein. Der Wunsch nach einem Regierungswechsel ist deutlich schwächer als vor den Wahlen 2005 und 2009. Allein: Die bestehende Regierungskoalition aus CDU und FDP ist nicht die Wunschkoalition der Bevölkerung. Schwarz-Gelb rangiert vielfach hinter Rot-Grün, vor allem aber hinter Schwarz-Rot. Viele wollen zurück zur Großen Koalition aus CDU und SPD. Ursächlich hierfür ist die Schwäche der FDP, deren Wiedereinzug in den Bundestag wegen ihrer offen klientelistischen Politik und ihres demonstrativen Festhaltens an neoliberalen Glaubenssätzen nicht gesichert ist.

Deutschland erscheint in den aktuellen ökonomischen und politischen Turbulenzen ebenso stabil wie lernfähig. Das betrifft erstens das politisch-demokratische Institutionengefüge, den Staat; besonders das Parteiensystem scheint hinreichend fluide, um externe wie interne Störungen zu verarbeiten. Zweitens steht Deutschland wirtschaftlich gut da. Dazu tragen nicht nur die hohe Industriequote, sondern auch eine flexible Exportorientierung auf europäische und vor allem nordamerikanische sowie asiatische Märkte bei.

Um die exportstarken Industriesektoren hat sich ein korporatistisches Modell der Krisenpolitik aus transnational agierenden Konzernen und ihren Belegschaften, Verbänden und Gewerkschaften gebildet. Es wird im politischen Feld von einer großen Koalition aus CDU/CSU, SPD und Grünen getragen und fußt auf der Krisenpolitik der Jahre 2008/2009. Damals wurde unter den Stichworten «Abwrackprämie» und «Kurzarbeit» eine neue Form der Sozialpartnerschaft begründet, die die deutsche Volkswirtschaft seitdem erfolgreich durch die nun fast sechs Jahre andauernde europäische Krise steuerte.

Die Ahnung, dass es nicht gut gehen kann, wenn eine Wirtschaft über Jahre hinweg schrumpft, statt zu wachsen, um die Schulden weiter bedienen zu können, dass eine Jugend Arbeitslosigkeit von 25, ja über 50 Prozent keine Basis für eine soziale Stabilisierung bildet und dass die privilegierte Situation Deutschlands und damit die eigene fragil ist, lässt unterschiedliche soziale Klassen und Schichten zu einer «erweiterten Mitte» als Schutzgemeinschaft in der Krise zusammenrücken.

Die Sicherung der eigenen vorteilhaften Situation verlangt zugleich Lern- und Anpassungsfähigkeit der Krisenpolitik. So

beginnt die deutsche Regierung, die harte Austeritätspolitik an dieser und jener Stelle symbolträchtig zu lockern, wenn es um Investitionsprogramme oder die Aufgaben der Europäischen Zentralbank (EZB) oder Maßnahmen gegen die europäische Jugendarbeitslosigkeit geht. Die Botschaft ist klar: Vom grundsätzlichen Kurs wird nicht abgewichen, aber gelegentlich «nachgesteuert».

Was von deutscher Seite den europäischen Nachbarn vorgeworfen wird, wirkt auch nach innen. Wird dort die Krise als Ausdruck mangelnder Anpassungsbereitschaft an die Sachzwänge der Globalisierung, fehlender Wettbewerbsfähigkeit und überbordenden Anspruchsdenkens bearbeitet, so gelten nach innen ebenfalls individuelles Fehlverhalten, mangelnde Leistungsbereitschaft und fehlende Eigenverantwortung als Ursachen für eine Position am unteren Ende der sozialen Hierarchie.

Millionenfache Lohninkommen unterhalb der Armutsgrenze und fehlende soziale Aufstiegspektiven werden als Ergebnis von individuellem Versagen auf den (Arbeits-) Märkten begriffen. Das ist die mentale Konsequenz der neoliberalen Wende seit den 1980er Jahren, des Abbaus sozialer Rechtsansprüche, der Umstellung auf private Vorsorge und des Aufbaus fürsorgerischer Strukturen. Das Austrocknen des Sozialstaates, insbesondere auf dem Feld von Arbeit und Beschäftigung, hat zu Resignation und vor allem in den unteren sozialen Schichten zu sinkender Wahlbeteiligung geführt. «Die politische Resignation der Unterschichten schützt den Kapitalismus vor der Demokratie und stabilisiert die neoliberale Wende, auf die sie zurückgeht.»<sup>1</sup>

## DER «GROSSE BLOCK AN DER MACHT» OHNE GROSSES THEMA

Die Rechtsansprüche der Immobilien-, Aktien-, Kapital- und Vermögensbesitzer auf Verzinsung ihres Kapitals und die Bedienung ihrer Staatsschuldtitel haben sich über mehrere Dekaden hinweg gegen die sozialstaatlichen Rechtsansprüche durchgesetzt. Austeritätspolitik und Exportorientierung verknüpfen dies mit den Interessen der industriellen Kernbelegschaften. Nicht zuletzt seit dem Ausbau der privaten Altersvorsorge sehen sich diese auch als (zukünftige) Bezieher von Vermögenseinkommen, die in ihren Haushalten vielfach die Interessen von Lohn-, Transfer- und Vermögensbezieher\*innen ausbalancieren müssen. Zugleich stärken der Rückzug und die Verdrängung der subalternen Klassen aus der politischen Partizipation den gesellschaftspolitischen Schulterschluss zwischen Mittel- und Oberschicht. «Die Bürger haben auch den Eindruck, dass das Land bisher gut durch die Krise in der Eurozone gesteuert wurde. Die Kritik ist in vielen Politikfeldern zurückgegangen; [...]. Diese Legislaturperiode wurde vor allem von zwei Entwicklungen geprägt, die in ihrer Parallelität bemerkenswert sind: dem Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt und der robusten deutschen Konjunktur einerseits und andererseits der Krise in der Eurozone.»<sup>2</sup> Zwar sei über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise gestritten worden, jedoch nicht im Sinne einer grundsätzlichen Richtungsdebatte zweier Lager, sondern um «Differenzen im Detail».<sup>3</sup> Der großkoalitionäre Block in der deutschen Politik steht nicht zur Disposition; eine politische Konstellation für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel steht nach den Bekundungen von SPD und Grünen nicht zur Wahl.

Das Fehlen großer Streitthemen im Wahlkampf macht die Parteien «nervös und gleichzeitig ratlos, wie sie die Wähler für sich gewinnen können».<sup>4</sup> Denn die Motive für eine Wahlentscheidung werden in einer politischen Stimmungslage ohne große, polarisierende Themen unberechenbar. Laut ZDF-Politbarometer gibt es in diesem Jahr zwar eine Reihe von «wichtigen Problemen», die die Menschen bewegen, aber kein Problem mehr, das von mehr als einem Drittel der Befragten in der Kategorie «wichtiges Problem» angeführt wird.<sup>5</sup>

Die fehlende Polarisierung im Wahlkampf geht auch auf die abnehmende ideologische Parteibindung und die schrumpfenden Stammwählerschaften zurück. Gleichzeitig wächst die Zahl von themenbezogenen Protestbewegungen mit hohem technologischem Sachverstand, wie das Beispiel des Protests gegen «Stuttgart 21» zeigt. Auch diese Entwicklung macht das Wahlverhalten immer weniger kalkulierbar und damit Wahlstrategien unsicherer. Andererseits: Gefragt, um welche Probleme sich «die Politik» vor allem kümmern müsste, gibt es noch die großen Themen, die die Bevölkerung beschäftigen: die Zukunft des Euro, die Energiewende, die Staatsfinanzen, die Löhne und die wachsende Ungleichheit.<sup>6</sup> Da sie von den großen Parteien nicht als zentrale Wahlkampfthemen aufgerufen werden, bleibt die Wahl bis zum Schluss spannend, weil bereits kleine oder aber plötzliche Ereignisse eine große Wirkung auf das Wahlverhalten ausüben können.

## KRISE DES POLITISCHEN SYSTEMS

Das Fehlen der großen Themen im Wahlkampf lässt sich als Ausdruck der Krise des politischen Systems begreifen. Die etablierten politischen Parteien sind nicht mehr in der Lage, der Gesellschaft konsistente, mehrheitsfähige Programme und Krisenlösungsstrategien anzubieten und gesellschaftliche Mehrheiten für sie zu schaffen. «Seit der anhaltenden Kri-

se sind die politisch-ideologischen Imperative eines rigiden Neoliberalismus innerparteilich, aber auch in Wahlen nicht mehr mehrheitsfähig; die Regierungsarbeit hat eine weitere Distanzierung von der radikalen Ausrichtung auf Marktsteuerung gebracht. Im Prinzip führt dieser Prozess der «Sozialdemokratisierung» auch dazu, dass die Konturen und das Profil der Parteien der europäischen Sozialdemokratie und der linken Seite des politischen Spektrums immer blasser werden.»<sup>7</sup>

An die Stelle der abnehmenden Bindekraft der Marktideologie ist aber (noch) kein neues politisches Projekt oder eine «starke Bewegung der subalternen Klassen» getreten, die eine alternative Strategie in der Krise durchsetzen könnte, sodass «gesellschaftspolitisch angeleitete Gestaltung mehr und mehr in technokratische Verwaltung des Gegebenen umschlägt. [...] Regieren durch Schweigen heißt das hierzulande. Parallel zur Entmachtung der Parteien und der innerparteilichen Rivalen kann auch von einer Zunahme der Allparteienbeschlüsse gesprochen werden.»<sup>8</sup>

Die Stärke der Bundeskanzlerin gründet nicht auf dem Programm der Union, sondern auf dem geschickten Einsatz der Macht und ihrer Rolle der Kapitänin, die die «MS Deutschland» durch gefährliche Gewässer steuert. Es ist die Krise, die ihre Partei und damit ihre Macht zusammenhält. Die Probleme, dabei aber auch die herrschenden Klassen zusammenzuhalten, sind unübersehbar:

Erstens haben die fehlende Aussicht auf ein gutes Ende der anhaltenden Krise und eine Krisenpolitik, die Gewinne und Verluste sichtbar ungleich verteilt, zu einer Renaissance der Thematisierung von Ungleichheit geführt. Werden moralisch und kulturell in einer Gesellschaft verankerte Maßverhältnisse bei der Verteilung von Ressourcen, Lebenschancen, Partizipationsmöglichkeiten und Sicherheiten verlassen, gefährdet das die Ordnung: Es ist etwas faul im Staate Deutschland. Um diese Fragen, die in der Öffentlichkeit allgemein als Probleme der *Gerechtigkeit* und der *Sicherheit* diskutiert werden, kann es bei dieser Bundestagswahl gehen.

Anlässlich des EZB-Berichts über die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland und Europa heißt es warnend: «Vor allem den Parteien, die sich «bürgerlich» nennen, sollte die Vermögensverteilung in Deutschland zu denken geben. [...] Ist es wirklich richtig, den vermeintlich «anstrengungslosen Wohlstand» von Hartz-IV-Empfängern zu beklagen und vom wirklich anstrengungslosen Wohlstand reicher Immobilienbesitzer zu schweigen? Wichtiger ist, was die Bürger in der Mitte der Gesellschaft mit der neuen Erkenntnis anfangen. Die Ungleichheit in Deutschland ist Folge einer Vielzahl von politischen Entscheidungen – und kaum eine davon wäre ohne ihr Einverständnis möglich gewesen.»<sup>9</sup>

Zweitens haben sich innerhalb der Eliten und der Wirtschaft Interessenkonflikte bislang unbekanntem Ausmaßes entwickelt. Dachverbände der Branchen berichten von zunehmenden Schwierigkeiten, gemeinsame Interessen gegenüber der Politik zu aggregieren; die Politik wiederum verständigt sich mit den großen transnationalen Playern auch gern ohne Rücksprache mit den Verbänden. Aus dem großen, für Deutschland immer existenziellen Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen gibt es abwehrende Reaktionen auf die «Planwirtschaft», also den Komplex der großen Industrie und Dienstleister mit der Ministerialbürokratie, dem Staat. Der Konflikt zwischen dem Öffentlichen (desolate Infrastruktur, Bildungssektor, Wohnen usw.) und der Wirtschaft sowie zwischen dem Öffentlichen und der Gesellschaft beziehungsweise Bevölkerung wird größer. Und es gibt einen li-

bertären Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft gegen die eingeschliffene Koalition von Bürokratie, Staatsmacht und Expertenkulturen, wie sie sich in Kommissionen, Anhörungen, Beraterverträgen, Gutachten und so weiter manifestiert.

Drittens schließlich sieht sich die regierende Partei selbst schwierigen Anpassungsprozessen gegenüber, die zuweilen als jähe Wendungen vollzogen werden. Der Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergieproduktion, die Abschaffung der Wehrpflicht, später noch die Einführung von Homo-Ehe, Frauenquote, Mindestlöhnen, Mietpreisbindung – lauter Bastionen des traditionellen wertegebundenen Konservatismus in Deutschland wurden innerhalb einer Legislaturperiode von der Kanzlerin geräumt, die Verwerfungen in der Union sind groß, aber bislang weitgehend sprachlos. Es handelt sich um notwendige Anpassungsprozesse der Union an den Wandel gesellschaftlicher Einstellungen, etwa in der Familien- und Gleichstellungspolitik.

Der Wechsel in der Familien- und Gleichstellungspolitik hat für die Union eine ähnliche Qualität wie für die SPD die Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik 2003. Angela Merkel erweist sich dabei als machtpolitisch gewiefte Managerin, die Gerhard Schröder an Anpassungsfähigkeit weit überlegen ist, nicht zuletzt dank ihres sehr pragmatischen Verhältnisses zur Macht. Die dabei im Unionslager entstehenden Reibungsverluste sind, vor allem für den Tag nach dem Wahltag, nicht zu unterschätzen. Zwar eint das «bürgerliche Lager» die Ablehnung der Steuererhöhungspläne der Oppositionsparteien. Die geplante Ausweitung der «Mütterrente» wird von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hingegen als «beschäftigungsfeindliche Politik» und «verantwortungslose Rentenpläne» hart geißelt.<sup>10</sup>

### HOHE STABILITÄT DES SYSTEMS

Bei allen Verwerfungen im politischen Feld gibt es ein hohes Vertrauen in die Staatsform selbst. Die Frage: «Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?», bejahten Ende der 1960er Jahre 74 Prozent der Befragten in Westdeutschland. Danach schwankte die Zustimmung zwischen 70 und 80 Prozent. Die niedrigste Zustimmung gab es 2008 mit 62 Prozent, 2013 lag sie wieder bei 75 Prozent in Gesamtdeutschland.<sup>11</sup> Gleichzeitig ist erkennbar, dass neue Parteien zwar erfolgreich die politische Bühne betreten können, auch zu Mandaten in einzelnen Bundesländern kommen, bei der Bundestagswahl aber nur geringe Chancen haben, neue Themen oder alte Themen neu zu parlamentarischer Geltung zu bringen.

Betrachtet man die Konfliktlinien, die die Entwicklung des deutschen Parteiensystems bestimmen, ist anzunehmen, dass neben dem Konflikt «sozialstaatliche Umverteilung versus Marktfreiheit» der Konflikt zwischen libertären und autoritären Politikkonzepten und Stilen weiter an Bedeutung gewinnen wird. Entlang dieser Achse haben kleinere Parteien unter anderem die Aufgabe, Konflikte zuzuspitzen, kulturelle und ideologische Orientierungen sowie Verhaltensmuster zu verkörpern und ihnen einen kohärenten und organisierten Ausdruck zu verleihen. Aus dieser Funktion speist sich zum Beispiel auch die Stärke der Grünen, die nicht an Umfragewerte gebunden ist. Auch die Neugründung der Partei «Alternative für Deutschland» und die Erfolge der Piraten erfüllen diese Aufgabe, selbst wenn es mit der Parteiförmigkeit bei den Piraten große Probleme gibt. Anders die LINKE, die den Konflikt «Arm – Reich» repräsentiert, der jedoch an-

gesichts der Stärke des deutschen Wohlfahrtsstaates noch kein wachsendes Gewicht besitzt.

Ein Blick auf die machtpolitischen Optionen des Parteiensystems zeigt, dass die Fortführung der bisherigen Koalition unter Kanzlerin Merkel als autoritär-marktorientiert einzuschätzen ist. Das hieße wirtschaftspolitisch planwirtschaftliches, vom Politikstil her präsidentielles Regieren. Eine große Koalition unter Merkel würde an beiden Komponenten wenig ändern, es käme nur eine stärker sozialstaatliche Komponente hinzu. Rot-Grün wäre eine etwas andere Option, der Politikstil wäre sicher libertärer, die sozialstaatliche Komponente kräftiger und wirtschaftspolitisch würde möglicherweise das planwirtschaftliche Moment mit anderen produktivkraftseitigen Entwicklungen (Verkehr, Landwirtschaft, Kommunikation, Lebensmittel und Bekleidung, Energiewende usw.) verbunden.

### ZUR STELLUNG DEUTSCHLANDS ALS GLOBALER AKTEUR (IN DEN WAHLPROGRAMMEN DER PARTEIEN)

CDU/CSU und FDP verstehen sich als *die* Vertreter der Interessen Deutschlands. Deutschland geht es gut in Europa, ist Vorbild für Europa, Stabilitätsanker sowie Wachstumsmotor. Als Garant dieser Entwicklung sieht sich die CDU. Deutschlands starke Wirtschaft als Grundlage des «Wohlstands für alle durch Chancen auf Erfolg und Aufstieg für jeden» zu erhalten ist *das* Projekt von CDU/CSU, zu sichern über die wettbewerbsfähige Chancengesellschaft. Dieser Ansatz verbunden mit «keine Leistung ohne Gegenleistung», nicht in Deutschland und nicht in Europa, durchzieht die gesamte Politik von CDU/CSU und FDP und spiegelt sich in ihren Wahlprogrammen.

Gleichzeitig werden Vorhaben benannt, die einerseits auf die zunehmend divergierenden Interessen großer Wählergruppen von CDU/CSU und andererseits auf die sich verstärkenden Diskurse über vertiefende soziale Spaltungen und verfestigte Armut reagieren. Dazu gehören: Vollbeschäftigung und Mindestlohn, die Einführung eines Familiensplittings, die «Mütterrente» und die Forderung nach bezahlbaren Wohnungen. Alle diese Forderungen unter Finanzvorbehalt beschreiben Anpassungsprozesse, die darauf zielen, die eigenen Wählerinnen und Wähler zu motivieren und die Wählergruppen von SPD und Grünen zur Wahlenthaltung zu veranlassen.

Entscheidend bleibt der «Pakt für Wettbewerbsfähigkeit», in dem die Nationalstaaten sich mit der Europäischen Kommission auf konkrete Maßnahmen verständigen vor dem Hintergrund einer neu zu schaffenden nordatlantischen Freihandelszone zwischen Europa und den USA – dem weltweit größten Wirtschaftsraum. Die sich verändernde ökonomische Stellung Deutschlands innerhalb der EU und im globalen Wettbewerb verbinden CDU/CSU mit der Notwendigkeit neuer Absatzmärkte, die «nicht länger nur vor unserer Haustür, sondern in den aufstrebenden Ländern Asiens und Lateinamerikas, in Afrika und der arabischen Welt»,<sup>12</sup> also zunehmend außerhalb Europas, liegen. Ähnlich positioniert sich die FDP, die deutsche Exportchancen durch die Erschließung «neuer aufstrebender Märkte erhöhen»<sup>13</sup> will.

Auch die SPD bezieht sich auf die besondere Rolle und internationale Verantwortung Deutschlands und steht hinter dem angestrebten Freihandelsabkommen. Allerdings müsse Deutschland, um international bestehen zu können, den Industriestandort Deutschland durch die Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte

te wie Mobilität, Gesundheit, Energie und Infrastruktur absichern. «Dort, wo die deutsche Industrie ihre Stärken hat, gilt es, den Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz zu halten.»<sup>14</sup> Die Grünen verbinden internationale Wettbewerbsfähigkeit mit dem Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften, auf geschlossene Stoffkreisläufe und auf faire und vergleichbare Bedingungen, sodass auch kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb bestehen können. «Nachhaltigkeit muss zur Basis europäischer Wettbewerbsfähigkeit werden.»<sup>15</sup> Auch sie stellen das geplante Freihandelsabkommen nicht infrage, bestehen jedoch auf ein Mitspracherecht des Bundestags bei den Verhandlungen.

DIE LINKE erwartet von der Freihandelszone «keine positive Entwicklung». Sie befürchtet unter anderem die unbeschränkte Einfuhr gentechnisch behandelter Produkte, eine verschärfte Konkurrenz zwischen den Großunternehmen in den USA und in Deutschland zulasten wirtschaftlich schwächer EU-Länder und dass die Daseinsvorsorge zum Gegenstand unregelter Weltmärkte wird. Der LINKEN geht es um eine andere Wirtschaftslogik, in der die Menschen mehr zählen als die Banken, und um eine soziale Alternative zu einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Diese Ziele verbindet sie mit der Forderung nach einer Neugründung Europas. Aus diesem Grund lehnt sie auch – als einzige Partei im Bundestag – den Stabilitäts- und Fiskalpakt für Europa sowie die für alle politischen Ebenen beschlossene Schuldenbremse ab, die für CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne eine als notwendig anerkannte Voraussetzung für politisches Handeln darstellt.

### **EIN BLOCK GEGEN MERKEL?**

Die SPD hat derzeit eine rot-rot-grüne Koalition definitiv abgeschlossen. Dennoch gibt es zwischen SPD, Grünen und LINKEN eine Reihe gleichlautender oder ähnlicher Forderungen, die unterschiedlich gewichtet, konkretisiert oder von der LINKEN radikaler formuliert werden. Dies erzeugt einen Widerspruch: Die SPD und die Grünen haben sich zwar in unterschiedlichem Maße von der «Agenda 2010» und ihren neoliberalen Prämissen abgewandt, haben daraus aber in ihrer tatsächlichen Politik während der Eurokrise keine praktischen Schlussfolgerungen gezogen. Trotzdem erscheint die LINKE weiterhin als nicht koalitionsfähig. Auch wenn sie im letzten Jahr durch eine neue Führung ihre Handlungsfähigkeit wieder hergestellt hat, bleibt das Problem: Es gibt in der Gesellschaft keine überzeugte Mehrheiten für einen Richtungswechsel. Für die Zukunft aber kann die programmatische Annäherung von SPD, Grünen und der LINKEN durchaus Folgen haben. Ihre Positionen seien deshalb kurz betrachtet.

Alle drei Parteien fordern die Ergänzung der EU durch eine Sozialunion, die Kontrolle und den Umbau des Bankensektors, eine europäische Ratingagentur, eine Finanztransaktionssteuer (DIE LINKE: 0,1 Prozent) und Eurobonds. Während die Grünen eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht verankern wollen, setzt DIE LINKE auf die Definition und Umsetzung europäischer Sozialkorridore zur Angleichung der Lebensstandards.

Die von den Grünen formulierten Ziele: «Statt entfesseltem Kapitalismus eine Regulierung der Finanzmärkte», statt Wachstum «echte Lebensqualität», sind Ziele, die auch von Sozialdemokraten und der LINKEN mitgetragen werden können. Das gilt auch für die Forderung nach flächendeckendem gesetzlichen Mindestlohn (SPD und Grüne: 8,50 Euro, LINKE: 10 Euro, bis 2017: 12 Euro), allgemein verbindliche Tarifverträge, Maßnahmen gegen Lohndumping bei Leihar-

beit und Werkverträgen, Bürgerversicherung, nachhaltiges Wirtschaften, die Fortsetzung der Energiewende, bezahlbaren Strom und bezahlbare Wohnungen durch Mietobergrenzen. Anders als SPD und Grüne fordert DIE LINKE allerdings die Abschaffung von Hartz IV. Tendenzielle Einigkeit besteht hingegen bei der Erhöhung des Spitzensteuersatzes (DIE LINKE auf 53 Prozent, SPD und Grüne auf 49 Prozent). Die LINKE will das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren abschaffen, die SPD aussetzen, die Grünen schrittweise einführen. SPD und Grüne fordern eine Mindestrente von 850 Euro, die LINKE in Höhe von 1.050 Euro.

Die größten Unterschiede zwischen der LINKEN und allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien bestehen auf dem Feld der Europa- und Außenpolitik. So tritt die LINKE nicht für das Ende des Euro ein, sieht dessen Fortexistenz jedoch an die Bedingung gebunden, den Kurs der Austerität zu beenden. Sie lehnt den Fiskalpakt und die Memoranden der Troika ab. Auch spricht sich DIE LINKE gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr, ihren Umbau zur Einsatzarmee und gegen eine europäische Rüstungsagentur aus. Sie lehnt eine Beteiligung an einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, ab.

Der Verlauf der europäischen Krise ist offen. Die relative Stabilität kann schnell zusammenbrechen. Ob daraus eine wirkliche Abkehr von der neoliberalen Politik werden kann, ist auch mit Blick auf den laufenden Wahlkampf fraglich. Solange wie möglich wird versucht werden, den Krisenkorporatismus fortzusetzen. Dafür sprechen die Mehrheiten in den Eliten wie die Stimmungen in der Bevölkerung. Dagegen sprechen vor allem die reale Vertiefung der Krisenursachen durch die Verschärfung des Wettbewerbs und die Fortsetzung der Austeritätspolitik. Die Linken in der Gesellschaft müssen sich auf diese schwierige Situation einstellen.

Cornelia Hildebrandt und Horst Kahrs arbeiten im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harald Pätzolt beim Parteivorstand DIE LINKE.

<sup>1</sup> Streck, Wolfgang: Gekaufte Zeit, Frankfurt/M. 2013, S. 90. <sup>2</sup> Köcher, Renate: Schwieriges Wahlkampfthema Steuern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.6.2013, S. 8. <sup>3</sup> Ebd. <sup>4</sup> Ebd. <sup>5</sup> Vgl. online unter: [www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_III/](http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_III/). <sup>6</sup> Vgl. Köcher: Schwieriges Wahlkampfthema Steuern. <sup>7</sup> Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph: Die «große Transformation» des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen, Hamburg 2013, S. 22. <sup>8</sup> Ebd., S. 23. <sup>9</sup> Drieschner, Frank: Die Sieger kriegen alles; in: DIE ZEIT vom 17./18.4.2013, S. 1. <sup>10</sup> «Arbeitgeber nennen Union «beschäftigungsfeindlich», in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.7.2013, S. 9. <sup>11</sup> Petersen, Thomas: Wenig Toleranz gegenüber Extremisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.5.2013, S. 8. <sup>12</sup> CDU/CSU: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013–2017, online unter: [www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/cdu\\_regierungsprogramm\\_2013-2017.pdf](http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/cdu_regierungsprogramm_2013-2017.pdf), S. 4. <sup>13</sup> FDP: Bürgerprogramm 2013, online unter: [www.fdp.de/files/408/Buergerprogramm-2013-Wahlprogramm-der-FDP.pdf](http://www.fdp.de/files/408/Buergerprogramm-2013-Wahlprogramm-der-FDP.pdf), S. 25. <sup>14</sup> SPD: Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013–2017, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Berlin 2013, S. 28. <sup>15</sup> Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin 2013, S. 56.

MICHAEL SCHLECHT

## DEUTSCHLAND GEFÄHRDET EUROPA

WIE ES SO WEIT KOMMEN KONNTE UND  
WAS DAGEGEN GETAN WERDEN MUSS

«Die Eurokrise ist vor allem eine Staatsschuldenkrise», so Kanzlerin Merkel. Es gäbe zu viele Staaten, die schlicht über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Merkels Rezept: Kürzen auf Teufel komm raus. Die deutsche Schuldenbremse ist mit dem Fiskalpakt in verschärfter Form nach Europa exportiert worden. Eine Neuverschuldung ist nur noch in minimaler Höhe erlaubt und die Schuldenstandsquote von höchstens 60 Prozent muss in allen Ländern in den nächsten 20 Jahren erreicht werden.

Mit diesen mechanischen Kürzungsvorschriften droht der europäische Sozialstaat zu Grabe getragen zu werden. Die wirtschaftliche Entwicklung wird massiv stranguliert. Die deutsche Politik ist so zur größten Gefahr für die Eurozone und für Europa geworden. Wie konnte es zu diesem «Triumph gescheiterter Ideen» (Lehndorff) kommen, der Europa immer weiter ins Elend stürzt? Was muss getan werden, um die Austeritätspolitik zu stoppen?

### WIE ES SO WEIT KOMMEN KONNTE

Verhängnisvoll ist, dass nicht nur Merkel mit ihrer schwarz-gelben Regierungskoalition für den Kurs rigoroser Kürzungen – der Austerität – steht, sondern auch die SPD und die Grünen alle Beschlüsse, die massive Austeritätsforderungen als Bedingung für Kredite beinhalteten, weitgehend mitgetragen haben. Nur DIE LINKE hat diesen verhängnisvollen Weg konsequent kritisiert und abgelehnt.

Die Austeritätspolitik umfasst immer zwei Schritte. Zum einen werden die Ausgaben der Staatshaushalte zusammengestrichen. Betroffen sind davon vor allem EmpfängerInnen von sozialen Leistungen, wie RentnerInnen, und Staatsbeschäftigte, deren Gehälter gekürzt werden und deren Anzahl gesenkt wird. Zum anderen werden die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte auch in der privaten Wirtschaft verschlechtert. Zu dem Arsenal der Maßnahmen gehören verschiedene Formen der Deregulierung: die Ausweitung von Leiharbeit, Werkverträgen und Befristungen sowie die Einschränkung des Gewerkschafts- und Tarifrechts. Mindestlöhne werden wie in Deutschland gänzlich verweigert oder sie werden reduziert. Der Kündigungsschutz wird verschlechtert. Generell wird die Lebenssituation der Beschäftigten unsicherer, sie werden eingeschüchtert und diszipliniert. Das Resultat: Die Löhne, gerade auch in der Privatwirtschaft, sinken.

Die deutsche Politik hat dies mit der Agenda 2010 vorgebracht: Reallohnsenkungen von drei Prozent zwischen 2000 und 2009 waren zu verzeichnen. Merkel, ihre Regierungsko-

alition, in großen Teilen auch SPD und Grüne sehen das deutsche Modell mit seinem Lohndumping als Vorbild.

### Rettungsringe aus Blei

Das erste Land, das seine überbordende Verschuldung nicht mehr alleine stemmen konnte, war *Griechenland*. Die Europäische Union (EU) und der Internationale Währungsfonds (IWF) einigten sich im Mai 2010 auf einen ersten Kredit in Höhe von 110 Milliarden Euro, verteilt auf drei Jahre, weitere folgten. Der IWF war auf Drängen von Merkel mit ins Boot geholt worden. Seit Jahrzehnten ziehen die Experten des IWF, insbesondere in der sogenannten Dritten Welt, eine Blutspur der sozialen Grausamkeiten durch Austerität hinter sich her. Diese «Expertise» wollte Merkel. Griechenland musste mehrere «Rettungsringe aus Blei», also massive Austeritätsprogramme akzeptieren.

Ursprünglich ging die Regierung davon aus, dass Griechenland im Jahr 2011 saniert ist. Die diktierte Austeritätspolitik führte jedoch erst in die eigentliche Katastrophe. Selbst die Hoffnung, dass sich das Land im Jahr 2016 wieder am Kapitalmarkt finanzieren kann, dürfte trügen. Griechenland leidet mittlerweile im fünften Jahr in Folge unter einem Einbruch der Wirtschaft. Seit 2008 ist die Wirtschaftsleistung um mehr als 25 Prozent zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist auf 27 Prozent gestiegen. Besonders betroffen sind junge Leute: Zwei Drittel von ihnen sind ohne Job. Die Verbrauchsteuern wurden erhöht, Benzin zum Beispiel um zehn

Prozent. Die Mehrwertsteuer erhöhte die Regierung von 21 auf 23 Prozent.

Im öffentlichen Dienst wurden rund neun Prozent der Beschäftigten entlassen; mehr als 80.000. Weitere Zehntausende sollen folgen. Die verbleibenden Beschäftigten mussten Lohneinbußen von bis zu 50 Prozent hinnehmen. Auch im Privatsektor wurden die Löhne massiv unter Druck gesetzt. Durch den nun geltenden Vorrang von Haus- vor Branchentarifverträgen werden die Beschäftigten verschärft gegeneinander ausgespielt. Der Kündigungsschutz wurde entwertet. Die Entrechtung der Beschäftigten zeigt Wirkung, die Löhne sanken in den Keller. Der Reallohnverlust seit 2009 beträgt 17 Prozent.

Das zweite Land, das im Mai 2011 unter die Knute der Troika kam, war *Portugal*. Auch diesem Land wurden tief greifende Kürzungsprogramme aufgehehrt. Die Krise verschärfte sich massiv. Die Wirtschaftstätigkeit brach 2012 mit einem Minus von 3,2 Prozent doppelt so stark ein wie 2011. Die sozialen Folgen sind dramatisch. Die Arbeitslosenquote stieg auf 18 Prozent, bei jungen Leuten auf fast 40 Prozent. Die Sozialausgaben steigen und die Steuereinnahmen gehen zurück. Jüngst hat das Verfassungsgericht bestimmte Kürzungen bei BeamtInnen und RentnerInnen sowie die Abgaben auf Arbeitslosenhilfe und Krankengeld als verfassungswidrig erklärt. Die ausfallenden 1,8 Milliarden Euro will die Regierung in Vasallentreue in den Bereichen soziale Sicherheit, Bildung und Gesundheit wegekürzen. Portugal wird sich nicht – wie von der Troika «geplant» – 2014 wieder am privaten Kapitalmarkt refinanzieren können. Vielmehr dürfte das nächste «Rettungspaket» mit einer weiteren Verschärfung der Kürzungsaufgaben anstehen.

Griechenland und Portugal wurde die Austeritätspolitik gewaltsam von der Troika und der dahinterstehenden deutschen Regierung aufgezwungen, weil ihnen sonst die «Hilfskredite» nicht gewährt worden wären. Aber auch in Ländern wie Italien und Spanien, die nicht unter der unmittelbaren Knute der Troika stehen, wurden von den jeweiligen Regierungen massive Austeritätsprogramme aufgelegt. Sie haben aus Furcht vor den Finanzmärkten reagiert und sich den Regeln des europäischen Fiskalpaktes und dem Druck der Europäischen Zentralbank gebeugt.

In *Italien* hat die Regierung Monti mit massiven Kürzungen die wirtschaftliche Rezession verschärft. 2012 ging die Wirtschaftsleistung um 2,4 Prozent ins Minus, für 2013 ist ein weiterer Rückgang um 1,3 Prozent prognostiziert. Die drittgrößte Ökonomie der Eurozone steckt damit in der längsten Rezession seit 20 Jahren. Seit 2008 ist die Industrieproduktion um rund ein Viertel eingebrochen. Auch hier gilt: Steuereinnahmen sinken, Sozialausgaben steigen – obwohl sie bereits gekürzt wurden –, sodass sich die staatliche Neuverschuldung erhöht. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 12 Prozent, die der Jugend bei nahezu 40 Prozent. Die Staatsverschuldung beträgt mittlerweile 130 Prozent und ist damit nach Griechenland die zweithöchste in der Eurozone.

Auch in *Spanien* kürzt die Regierung beständig weiter, trotz wegbrechender Ökonomie. Die Arbeitslosigkeit ist mit 27 Prozent dramatisch, bei den jungen Leuten liegt sie bei fast 60 Prozent.

Weil die Folgen der Kürzungspolitik die Staatsausgaben in die Höhe treiben, werden die Haushalte insgesamt be- und nicht entlastet. Das Defizit wird 2013 auf knapp sechs Prozent anwachsen und die Staatsverschuldung sich in Richtung der 100-Prozentmarke bewegen.

## **Staatsschulden – wegen Banken- und Konjunkturrettung**

Vor Beginn der großen Krise 2007 stiegen europaweit in den meisten Ländern die Staatsausgaben nicht stärker an als das Sozialprodukt. In den heutigen Krisenländern Spanien und Irland schrumpften sogar die Lasten der Staatsverschuldung gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Erst als die europäischen Krisenmanager unter Führung von Merkel und Sarkozy die Verluste der Banken sozialisierten, explodierten die öffentlichen Schulden. Darüber hinaus mussten die Staaten in der Krise teure Konjunkturpakete schnüren und Arbeitslosigkeit finanzieren.

Die Bankenrettungen und die Konjunkturprogramme in Europa finanzierten die Regierungen auf Pump. In den Jahren 2008 bis 2011 wurden 4,5 Billionen Euro zur Stützung der Banken genehmigt. In der EU stiegen die Staatsschulden in diesem Zeitraum um 24 Prozent. Ein Anstieg um 3,2 auf 10,5 Billionen Euro. Die Schuldenquote erhöhte sich von 59 auf 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In Spanien verdoppelte und in Irland verfünffachte sich die Schuldenquote. Nur weil die Wall Street und Frankfurter City die Folgekosten des Erdbebens an den Finanzmärkten auf die Öffentlichkeit abwälzen konnten, stecken die staatlichen Retter jetzt im Schuldensumpf.

Auch in Deutschland steigen die Staatsschulden. Unter einer schwarz-gelben Regierung! Für Bankenrettungen und Bewältigung der Finanzkrise wurden seit 2008 knapp 400 Milliarden Euro ausgegeben, sodass die deutschen Staatsschulden massiv auf jetzt 2,1 Billionen Euro aufgebläht wurden. Die Steuergeschenke an Reiche und Konzerne aus den Jahren 2001 bis 2011 belaufen sich zusammengerechnet auf rund 600 Milliarden Euro.

## **Staatsschulden – wegen Außenhandelsdefiziten**

Die Handelsbeziehungen in Europa sind seit Einführung des Euro ungleicher geworden. Seit 2002 weist Deutschland immer dramatischere Leistungsbilanzüberschüsse aus. Bis 2012 haben sich diese auf 1,4 Billionen Euro summiert. Neben Deutschland gibt es nur noch die Niederlande und einige kleinere Euroländer, die auch regelmäßig mit Überschüssen aufwarten können.

Viele Länder in der Eurozone gehören mittlerweile zu den Defizitländern bei der Leistungsbilanz. Bei einigen waren diese Defizite bei Einführung des Euro unbedeutend, so zum Beispiel bei Italien. Andere Länder wie Frankreich hatten zunächst noch einen Überschuss. Aber selbst bei unserem westlichen Nachbarn ist die Leistungsbilanz seit 2005 ins Minus gerutscht.

Verkauft ein Land – so wie Deutschland – dauerhaft mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland, als es von dort einkauft, führt dies spiegelbildlich in den Ländern, die mehr Waren und Dienstleistungen importieren als exportieren, zu einer immer größeren Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen.

Wenn sich Unternehmen und private Haushalte im Ausland aber immer mehr verschulden, haftet am Ende der Staat. Wenn viele Kredite faul werden, kommt es zu Bankenkrisen und in deren Folge zu einer sinkenden Wirtschaftsleistung und geringeren Steuereinnahmen. Der Staat muss mehr für die Konjunktur tun, da BürgerInnen und Unternehmen das Wasser bis zum Hals steht. So führten die Defizite in der Außenhandelsbilanz bei vielen Ländern der Eurozone zu einem Anstieg der Staatsverschuldung.

### **Mit Lohnkürzungen wettbewerbsfähig werden?**

Die Diagnose für den herrschenden Mainstream, vor allem für Merkel, war und ist klar: Die Länder mit Außenhandelsdefiziten sind nicht ausreichend wettbewerbsfähig. Deutschland habe mit der Agenda 2010 vorgemacht, wie Wettbewerbsfähigkeit mit hohen Außenhandelsüberschüssen erreicht werden kann.

Nach diesem Vorbild wurden mit der europaweiten, vor allem in den südlichen Ländern durchgesetzten Austeritätspolitik die Löhne gesenkt. Dies führte zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition, sodass die Exporte stiegen. Gleichzeitig wurden mit den Lohn- und Sozialkürzungen aber auch die Nachfrage und die Kaufkraft massiv beschnitten, sodass auch die Importe sanken. In dieser Scherenbewegung zwischen tendenziell steigenden Exporten und stagnierenden beziehungsweise sinkenden Importen wurden die Leistungsbilanzdefizite verringert. Die Handelsbilanz – in der Waren und Dienstleistungen erfasst werden – weist für Länder wie Italien und Spanien 2012 sogar zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder einen Außenhandelsüberschuss aus.

Einzige Ausnahme ist Frankreich, das sich dem deutschen Kürzungsdiktat noch nicht gebeugt hat. Bei unserem westlichen Nachbarn sind die Defizite 2012 in etwa genauso hoch wie in den Jahren zuvor. Deshalb werden der französischen Politik, insbesondere von deutscher Seite, weitreichende «Strukturreformen», vor allem des Arbeitsmarktes à la Agenda 2010, empfohlen. Dies sind Ratschläge, die Frankreich und damit Europa noch weiter in die Rezession führen. Am Beispiel von Italien, Spanien und anderen Ländern zeigt sich dies deutlich: Sie haben zwar ihre Außenhandelsposition verbessert, der Preis dafür ist jedoch eine strangulierte Wirtschaft und eine Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau.

Bis 2011 stieg die Verschuldung der Krisenländer durch das Außenhandelsdefizit und die Bankenrettung. Seitdem steigt sie weiter durch die Rezession. So bleibt die Neuverschuldung gemessen an den Anforderungen des Fiskalpakts weiter viel zu hoch. Ob 2013 wirklich ein Rückgang zu verzeichnen sein wird, wie es die EU-Kommission prognostiziert, bleibt abzuwarten. Viele Vorhersagen haben sich in der Vergangenheit als zu optimistisch erwiesen.

Wenn die deutsche Regierung weiter mithilfe der Brüsseler Lohnkeule auf die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten eindrischt, drohen auch Rückwirkungen für die Beschäftigten in Deutschland. Wenn zum Beispiel Spanien die Löhne im öffentlichen Sektor und dann in der ganzen Wirtschaft beschränkt oder sogar kürzt, wird sich die Wettbewerbsposition Spaniens gegenüber Deutschland verbessern. Dann besteht die Gefahr, dass Beschäftigte und ihre Betriebsräte hierzulande unter Druck gesetzt werden – etwa mit dem Argument nachlassender Absatzchancen. Oder Belegschaften werden mit der Drohung erpresst, Betriebe beispielsweise nach Spanien zu verlagern. Damit wird der Lohnsenkungs- und Sozialdumpingwettlauf in ganz Europa angeheizt.

### **Europa wettbewerbsfähigster Kontinent?**

Mit der Verringerung der Außenhandelsdefizite der Krisenländer baut die Eurozone als Ganzes immer höhere Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber dem Rest der Welt auf. 2012 betrug dieser Überschuss 220 Milliarden Euro; ein Anstieg um nahezu das Dreifache gegenüber 2011. Die Überschüsse machen bereits zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der gesamten Eurozone aus.

Das Problem: Da die Welt noch nicht mit dem Mars oder anderen Galaxien Handel treibt, sind die Exporte und Importe der Welt insgesamt immer ausgeglichen. Wenn Europa, so wie heute Deutschland, einen beständigen Außenhandelsüberschuss erzielen würde, müssten andere Regionen der Welt ein beständiges Defizit hinnehmen – und sich letztlich gegenüber Europa immer stärker verschulden. Gerade die Eurokrise zeigt, dass diese Rechnung nicht aufgeht, sondern über kurz oder lang zu einer Weltwirtschaftskrise führt. Das ist das Ergebnis, wenn Merkels Strategie zu Ende gedacht wird.

### **Ursachen der Ungleichgewichte**

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist in einem Währungsraum ohne Wechselkursanpassung neben den Löhnen die Steigerung der Produktivität entscheidend. Die Ökonomen fassen beides in den Lohnstückkosten zusammen. Von 2000 bis 2012 sind sie im Durchschnitt in der Eurozone (ohne Deutschland) um 28 Prozent gestiegen, in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei neun Prozent! Daraus folgt, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gemessen an den Lohnstückkosten gegenüber den anderen Ländern um nahezu 20 Prozentpunkte verbessert hat.

Die Entwicklung der Produktivität in der Eurozone ist nicht entscheidend für das Auseinanderdriften der Lohnstückkosten. Der Anstieg seit 2000 lag bei allen Krisenländern des Südens, Frankreich und Deutschland relativ dicht bei 13 bis 15 Prozent. Einzig Italien fällt aus dieser Entwicklung heraus: Dort ist nur ein Anstieg der Produktivität von drei Prozent für die letzten zwölf Jahre zu verzeichnen. Entscheidend für die sehr geringe Steigerung der deutschen Lohnstückkosten ist die deutsche Lohnentwicklung. Der Reallohn durchschnittlich verdienender Beschäftigter fiel seit 2004 durch die Umsetzung der Agenda 2010 und die Ausweitung des Hunger- und Niedriglohnbereichs kontinuierlich. Selbst unter Berücksichtigung der leichten Lohnsteigerungen der letzten Jahre beträgt das Minus gegenüber dem Jahr 2000 immer noch rund ein Prozent. Die Beschäftigten verdienen im Durchschnitt also weniger als vor zwölf Jahren – trotz Anstieg der Produktivität. Wäre diese berücksichtigt worden bei den Erhöhungen, müssten die durchschnittlichen Löhne in Deutschland heute um rund 15 Prozent höher liegen. Rund eine Billion Euro Einkommen und damit letztlich auch Kaufkraft wurde den Beschäftigten vorenthalten. Sie floss in die Kassen der Unternehmen, der Banken und der KapitaleigentümerInnen.

Deutschland war bei der Lohnentwicklung bis 2010 Schlusslicht in Europa. In Frankreich lag der Anstieg bei elf Prozent und in Spanien bei neun Prozent. Skandalös am Lohndumping in Deutschland ist darüber hinaus, dass insbesondere Menschen betroffen sind, die ohnehin nicht viel verdienen. Den unteren 40 Prozent der EinkommensbezieherInnen wurden im Vergleich zu 2000 Lohnkürzungen von zehn bis 20 Prozent zugemutet.

### **1,5 Billionen Euro Exportüberschuss seit 2000**

Das Lohndumping hat einen doppelten Effekt. Zum einen haben die Unternehmen relativ niedrige Arbeitskosten im Vergleich zu den Wettbewerbern in anderen Ländern. Wenn das auch nicht in jedem Betrieb in vollem Ausmaß der Fall ist, so ergeben sich diese Vorteile auch aufgrund niedriger Arbeitskosten bei den Vorprodukten oder bei den Dienstleis-

tungen. Diese erhebliche Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in Verbindung mit dem zugrunde liegenden hohen technologischen Stand hat die dramatische Ausweitung der Exporte bewirkt. Lag zu Beginn der 1990er Jahre der Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt noch bei etwas mehr als 20 Prozent, so wurde er seitdem mehr als verdoppelt und liegt heute bei 50 Prozent.

Der zweite Effekt des Lohndumpings besteht in einer massiven Dämpfung des privaten Konsums um eine Billion Euro. Zudem wurden die staatlichen Ausgaben beschnitten. Beides bewirkte eine sehr schwache Entwicklung der Binnennachfrage und einen geringen Anstieg der Importe. Während in den 1990er Jahren die Importe noch Schritt hielten mit dem Anstieg der Exporte, fielen sie im letzten Jahrzehnt deutlich zurück. So öffnete sich zwischen Exporten und Importen eine immer größere Schere. Der Außenhandelsüberschuss mit Waren und Dienstleistungen erreichte im Spitzenjahr 2007 170 Milliarden Euro. Nach dem krisenbedingten Rückgang 2009 lag er bereits 2010 wieder bei rund 140 Milliarden Euro und erreichte 2012 150 Milliarden Euro. Die entstandene Lücke ist so groß, dass der Außenhandelsüberschuss von 2000 bis 2012 in der Summe rund 1,5 Billionen Euro beträgt.

### **Euro-Dollar-Wechselkurs**

Das deutsche Lohndumping verschlechterte indirekt die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Mitglieder der Eurozone. Der deutsche Exportüberschuss gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone stieg zwischen 2000 und 2012 um stattliche 380 Prozent. Die Überschüsse führen unter anderem zu einer Steigerung des Euro-Dollar-Wechselkurses, weil die deutschen Unternehmen die Dollar-Exportertlöse in Euro umtauschen.

Je teurer der Euro gegenüber dem Dollar wurde, desto teurer wurden griechische, spanische, portugiesische und italienische Waren im Dollarraum. Das ist unter anderem deshalb so fatal, weil diese Länder größtenteils einfache Waren exportieren, deren Nachfrage auf Preisänderungen sensibel reagiert.

Fazit: Für Deutschland war und ist der Außenwert des Euro zu billig und gerade für die Krisenländer zu teuer. Würde Deutschland dagegen durch eine höhere Binnennachfrage mehr importieren, würde sich die Nachfrage nach anderen Währungen erhöhen und der Wechselkurs wäre für die Situation in Deutschland und in anderen Ländern angemessener. So aber wurden die Ungleichgewichte verstärkt und die Verschuldung der Krisenländer im Ausland in die Höhe getrieben.

Faktisch hat Deutschland von den Außenhandelsdefiziten der anderen Länder profitiert. Die Unternehmen konnten sich hinter dem Berg an Defiziten der südlichen Länder verschanzen und aus vollen Rohren in die ganze Welt exportieren, ohne dass dies den Euro entsprechend verteuerte. Das wirkte wie eine Subvention für den deutschen Exportsektor.

### **Das große Risiko: Kollaps des Euro**

Gerade mit der massiven ökonomischen Krise der EU, vor allen in den südlichen Euroländern, wachsen die Risiken eines Kollapses des Euro. Die kleineren Länder wie Griechenland, Irland und Portugal konnten noch von der EU finanziell aufgefangen werden. Richtig gefährlich wird es, wenn ein größeres Land wie Italien, Spanien oder sogar Frankreich grundlegende Probleme bekommen sollte. Bricht in unkont-

rollierter Weise die Währungsunion auseinander und kommt es zu neuen nationalen Währungen, sind die Folgen gerade auch für Deutschland dramatisch: Eine neue deutsche Währung würde abrupt um 30 bis 40 Prozent, manche schätzen sogar 50 Prozent, aufwerten. Schlagartig wäre die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der deutschen Exportwirtschaft dahin.

Die konkreten Folgen, die drohen, sind schwer abzuschätzen. Geht man von einer Aufwertung um 30 Prozent aus, so müsste mit einem Einbruch der Industrieproduktion um acht Prozent und des Bruttoinlandsprodukts um sechs Prozent gerechnet werden. Rund 900.000 Arbeitsplätze wären bedroht. Sollte es zu einer Aufwertung um 40 Prozent kommen, dann würde das Bruttoinlandsprodukt um neun Prozent abstürzen. Weit mehr als eine Million Arbeitsplätze – 1,3 Millionen – wären gefährdet.

Auch die politischen Folgen wären dramatisch: Mit dem Euro steht und fällt der europäische Integrationsprozess. Sicher, wir sind weit entfernt von einem sozialen Europa. Aber wenn der bisher erreichte Stand der europäischen Integration – auch mit all seinen Schattenseiten – zerfällt, ist der Weg zu einem sozialen und solidarischen Europa allemal verbaut. Die Rückkehr zu einem Europa der Nationalstaaten droht dann auf der politischen Agenda zu stehen. Nationalchauvinistische Anschauungen drohen verstärkt Zulauf zu bekommen.

### **WAS GETAN WERDEN MUSS**

#### **Stopp der Austeritätspolitik – für ein sozial-ökologisches Zukunftsprogramm!**

Die brutale, krisenverschärfende Kürzungspolitik muss beendet werden. Ein sofortiger Stopp der Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen sowie der Massenentlassungen ist geboten. Vielmehr ist vor allem für die Krisenländer ein Wiederaufbauprogramm der Wirtschaft notwendig. Der französische Präsident François Hollande, der italienische Ministerpräsident Enrico Letta oder der Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, fordern in unterschiedlichem Umfang Wachstumsimpulse für die Wirtschaft. Jedoch sind die Ansätze viel zu verhalten und letztlich wird gleichzeitig der Austeritätspolitik das Wort geredet. Man kann jedoch nicht Gas geben und gleichzeitig bremsen. Hollande bereitet neben Wachstumsimpulsen faktisch die Übernahme der deutschen Agenda 2010 mit Lohn- und Rentenkürzungen in seinem Land vor. Ein sogenannter Wachstumspakt ist aber nur glaubwürdig, wenn die beschlossenen Maßnahmen vom Volumen her und der zeitlichen Wirkung dazu geeignet sind, Europa, vor allem die Krisenländer, von der Rezession zu befreien und für ein nachhaltiges Wachstum zu sorgen. Eine bloße Aufstockung der Kreditvergabekapazität der Europäischen Investitionsbank (EIB) um 60 Milliarden Euro ist bei Weitem nicht ausreichend. Gemessen an der Wirtschaftsleistung der EU von 12,7 Billionen Euro sind das lediglich 0,5 Prozent.

Außerdem steht die EU auch unabhängig von der aktuellen Krise vor enormen gesellschaftlichen Aufgaben. Die Umstellung der Wirtschaft auf eine weitestgehend umweltschonende Produktion und die Energiewende sind existenzielle Menschheitsaufgaben, die keinen Aufschub mehr dulden. Wir brauchen ein europaweites sozial-ökologisches Zukunftsprogramm im Umfang von mindestens 600 Milliarden Euro jährlich. Dies entspräche einem Anteil von fünf Prozent an der europäischen Wirtschaftsleistung.

Eine seriöse Finanzierung des 600-Milliarden-Zukunftsinvestitionsprogramms für Europa ist mittels der Abschöpfung des riesigen privaten Vermögens einer kleinen Minderheit von Superreichen möglich: In der EU stehen 40 Billionen Euro Vermögen der privaten Haushalte 10 Billionen Euro Schulden der öffentlichen Haushalte gegenüber. In Deutschland sollte eine Millionärsteuer, also die Besteuerung von Vermögen, die größer als eine Million Euro sind, eingeführt werden. Bei einem Steuersatz von fünf Prozent ist für Deutschland ein Aufkommen von mindestens 80 Milliarden Euro im Jahr zu erwarten. Überträgt man diesen Ansatz auf die gesamte EU, so dürften mindestens 300 Milliarden Euro jährliche Mehreinnahmen zu erzielen sein. Dies würde ausreichen, um das Investitionsprogramm von 600 Milliarden Euro zu finanzieren, denn derartige Investitionen bewirken geringere Sozialausgaben und steuerliche Mehreinnahmen. So ergibt sich unter dem Strich ein Selbstfinanzierungseffekt von mindestens 50 Prozent.

Kurzfristig notwendige Anschub- und Umstellungsinvestitionen sollen dabei nicht über den Kapitalmarkt, sondern durch einen Kredit bei einer öffentlichen Bank finanziert werden. Die Bank für öffentliche Anleihen soll sich Geld bei der EZB zum jeweiligen Leitzins, aktuell 0,5 Prozent, leihen und ohne Aufschlag an die Euro-Staaten weiterreichen können. Neben dem wegfallenden Erpressungspotential des Kapitalmarkts gegenüber den Staaten hat das den Vorteil, dass die Zinsen niedriger sind. Außerdem ist dies der einzige wirklich Erfolg versprechende Weg, um die Macht der Ratingagenturen bei der Staatsfinanzierung auszuschalten.

### **Abbau der Ungleichgewichte durch Stärkung der Binnenökonomie in Deutschland**

Klar ist, dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte nicht durch Sozial- und Lohnkürzungen ausgeglichen werden können, da sie die Binnenökonomie des jeweiligen Landes zerstören. Die von Deutschland ausgehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind die zentrale Ursache der Krise. Die Entwicklung der Lohnstückkosten zeigt dies deutlich: Alle Länder weisen einen ähnlichen Entwicklungspfad auf. Lediglich Deutschland ist mit seinem Lohndumping und dem Drücken der Lohnnebenkosten einen unfairen Sonderweg gegangen. Ohne die Überwindung der deutschen Dumpingpolitik können die Probleme der europäischen Wirtschaft nicht gelöst werden. Zentrale Richtschnur muss die Stärkung der Binnenwirtschaft sein. Dies beinhaltet vor allem deutlich größere Lohnsteigerungen und eine Ausweitung der staatlichen Ausgaben für den sozial-ökologischen Umbau des Landes.

### **Lohndumping in Deutschland beenden**

Die Tarifeinkommen müssen wieder deutlich stärker steigen, sodass nicht nur der verteilungsneutrale Spielraum ausgeschöpft wird, sondern darüber hinaus der Lohnrückstand der vergangenen Jahre wieder aufgeholt wird. Hierzu gehört vor allem, dass die Tarifbindung deutlich erhöht wird. Deshalb ist es notwendig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln zu verbessern.

Die prekäre Beschäftigung muss beendet werden. Wir brauchen eine neue Ordnung in der Arbeitswelt. Bei der *Leiharbeit* ist neben anderen Regulierungen vor allem der Grundsatz der gleichen Bezahlung zuzüglich einer Flexibilitätsprämie durchzusetzen. Perspektivisch ist Leiharbeit zu verbieten. *Befristete Arbeitsverhältnisse* dürfen nur in eng

begrenzten, sachgrundbezogenen Ausnahmefällen zulässig sein. *Minijobs* müssen von der ersten Stunde an in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verwandelt werden. Die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten müssen zusätzlich gesetzlich gestärkt werden. Hierzu gehört die Einführung eines *Verbandsklagerechts*. Dann könnten Gewerkschaften die Einhaltung von Tarifverträgen gerichtlich durchsetzen. Bislang muss dazu der oder die betroffene Arbeitnehmer/in selbst aktiv werden. Dies scheitert aber häufig an Unkenntnis über die eigenen Rechte und Angst vor Sanktionen des Arbeitgebers. Zudem muss es erleichtert werden, Tarifverträge für *allgemeinverbindlich* zu erklären. Zukünftig sollte dafür der Antrag einer Tarifvertragspartei hinreichend sein. Auch der Schutz von Beschäftigten bei einem *Betriebsübergang* ist zu gewährleisten. Beim Wechsel des Inhabers eines Betriebs sollten die alten Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben.

Das *Sanktionsregime von Hartz IV* beziehungsweise der Zwang zur Aufnahme jedes noch so mies bezahlten Jobs müssen beseitigt werden. Es ist nicht nur unsozial, sondern führt auch zur Einschüchterung der Beschäftigten. Mit der Angst vor Leistungsentzug sind sie erpressbar. Als Sofortmaßnahme ist eine bedarfsorientierte, repressionsfreie Grundsicherung in Höhe von 500 Euro zuzüglich Kosten der Unterkunft umzusetzen. Dies würde nicht nur die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern, sondern zwölf Milliarden Euro zusätzliche Kaufkraft erzeugen.

Der Hunger- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Deshalb muss der gesetzliche *Mindestlohn* von zehn Euro eingeführt werden. So kann die Lebenslage von fast acht Millionen Beschäftigten verbessert werden und die Einkommen können um 26 Milliarden Euro steigen. Dies wäre ein deutlicher Beitrag zu Stärkung der privaten Binnennachfrage.

Die ehemalige *Rentenformel* muss wiederhergestellt werden. Dazu gehört, dass die bislang den RentnerInnen vorenthaltenen Rentenerhöhungen – im Wesentlichen die sogenannte «Riester-Treppe» – sofort nachgezahlt werden. Die Binnennachfrage würde um sieben Milliarden Euro gestärkt.

*Eine gestärkte Binnennachfrage würde nicht nur die Binnenwirtschaft ankurbeln, sondern auch zu höheren Importen führen. So kann ein Beitrag geleistet werden, die Exportüberschüsse abzubauen. Mit mehr deutschen Importen können andere Länder deutsche Exporte kaufen und vor allem auch bezahlen!*

### **Sozial-ökologisches Zukunftsprogramm**

Zur Stärkung der Binnennachfrage gehört der massive Ausbau des Sozialstaates, der ökologische Umbau und die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen. Dies kann mit einem Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro umgesetzt werden. Das Zukunftsprogramm muss dauerhaft sein und dauerhaft Arbeitsplätze schaffen, allein eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Eine zweite Million muss durch Aufträge des Staates an die Privatwirtschaft entstehen.

Das Zukunftsprogramm führt zu einer Verringerung der Exportabhängigkeit. In vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie würde die Nachfrage aus dem Inland deutlich steigen. Denn: Mit dem ökologischen Umbau entsteht beispielsweise die Nachfrage nach einem verbesserten öffentlichen Personen-Verkehrssystem oder dem Ausbau regenerativer Energieerzeugung. So kann ein Teil der industriellen

Exportproduktion durch die Nachfrage aus der Binnenwirtschaft ersetzt werden. Dies ist vor allem wichtig, um die Möglichkeit zu deutlich höheren Löhnen in der Exportindustrie zu befördern. Höher Löhne bedeuten dort auch immer eine Beeinträchtigung der Absatzchancen im Ausland, weil die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinkt. Damit ist im Grundsatz eine Gefährdung von Arbeitsplätzen verbunden. Deshalb ist es verständlich, dass insbesondere die IG Metall bei Lohnrunden immer den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im Auge hat. Wenn jedoch durch ein Zukunftsprogramm die Nachfrage nach Industriegütern im Inland deutlich ansteigt, kann diese Rücksichtnahme in den Hintergrund treten. Fortfallende Beschäftigung im Exportgeschäft kann dann mit Aufträgen durch die Binnennachfrage ersetzt werden.

*Mit mehr Importen durch eine gestärkte Binnennachfrage und einer Verringerung der Exporte durch mehr Aufträge aus dem Inland kann der Exportüberschuss beseitigt und außenwirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden.*

### **Chancen für die richtigen Schritte?**

Die richtigen Schritte, um eine Kehrtwende einzuleiten, sind: Stopp der Austeritätspolitik, Aufbauprogramme, insbesondere für die Krisenländer, eine stärkere binnenwirtschaftliche Fundierung der deutschen Ökonomie mit deutlich höheren Löhnen und ein Zukunftsprogramm. So kann der Euro gerettet und die Perspektive eines geeinten, friedlichen und solidarischen Europas gewahrt werden.

Eine solche Kehrtwende ist aber nicht absehbar. Gerade in Deutschland sind keine konsequente Stärkung der Binnennachfrage und kein Abbau der Außenhandelsüberschüsse erkennbar. Aber auch von einer Regierung aus SPD und Grünen, die alle Entscheidungen im Bundestag zum Lohn- und Sozialabbau in den Krisenländern mitgetragen haben, ist keine konsequente Orientierung auf eine Stärkung der Binnenwirtschaft zu erwarten. Selbst der designierte Arbeits- und Sozialminister einer SPD-Grünen-Regierung, Klaus Wiese, eigentlich ein gewerkschaftlicher Kritiker der Agenda-Politik – verteidigt das Sanktionsregime von Hartz IV. Ohne Beseitigung dieser Disziplinierungspeitsche für Millionen von Beschäftigten werden Lohnsteigerungen oberhalb des verteilungsneutralen Spielraums sehr unwahrscheinlich. Damit muss mit weiteren erheblichen Außenhandelsüberschüssen Deutschlands gerechnet werden.

Es hat auch kaum eine Wirkung, wenn vom Ausland oder internationalen Organisationen wie IWF oder OECD höhere Löhne in exportstarken Staaten wie Deutschland gefordert werden. Die Borniertheit und Engstirnigkeit der politischen Klasse, insbesondere der Bundesregierung, ist scheinbar durch nichts zu erschüttern.

### **Ausstieg aus dem Euro?**

Bereits seit geraumer Zeit wird in Wissenschaftskreisen – zum Beispiel von Heiner Flassbeck oder von Wolfgang Streeck – über Alternativen jenseits des Euro diskutiert. Auch Oskar Lafontaine hat in Sorge um das europäische Projekt einen Vorschlag gemacht: die Rückkehr zu nationalen Währungen, die «kontrollierte Abwertung und kontrollierte Aufwertung über ein von der EU getragenes Wechselkursregime». Dazu seien im ersten Schritt strikte Kapitalverkehrskontrollen unumgänglich, um die Kapitalströme zu regulieren.

Jedoch: Die Rückkehr zum Europäischen Währungssystem (EWS) dürfte mindestens genauso schwierig durchsetz-

bar sein wie zum Beispiel der Stopp der Austeritätspolitik. Allein deshalb macht es wenig Sinn, eine vorwärts gerichtete Politik gegen ein Rollback in nationale Währungen auszutauschen.

Zudem wäre die Forderung nach einer Rückkehr zum EWS viel schwerer zu kommunizieren, es wäre schwerer, dafür zu mobilisieren als für Forderungen nach höheren Löhnen, nach dem Mindestlohn, gegen Leiharbeit, gegen Befristungen, Minijobs und so weiter. Diese knüpfen an vielfältige soziale Auseinandersetzungen an und sind deshalb eher vermittelbar. Außerdem birgt die Wiedereinführung des EWS die Gefahr in sich, dass es zu einer schnellen, unkontrollierten Aufwertung einer neuen deutschen Währung kommt. Arbeitsplatzverluste in erheblichem Ausmaße würden drohen.

Dass als Notmaßnahme über den Ausstieg aus dem Euro diskutiert wird, hier in Deutschland, aber auch in den Krisenländern, hilft, deutlich zu machen, wie verzweifelt die Lage ist. Denn unstrittig ist auch, dass für den Fall des Zerbrechens des Eurosystems die Wiedereinführung des EWS mit Kapitalverkehrskontrollen die bessere Alternative gegenüber einem völlig unkontrollierten Prozess darstellt.

Als nach vorne gerichtete Politik bleibt der Kampf um die Änderung der deutschen Wirtschaftspolitik vorrangig – vor allem durch deutliche Lohnerhöhungen und ein groß angelegtes Zukunftsprogramm – und die solidarische Unterstützung der Kräfte, die sich in den Krisenländern für eine andere Politik einsetzen.

### **Widerstand der Krisenopfer**

Eine Kehrtwende der deutschen Politik von innen heraus ist kurzfristig nicht sehr wahrscheinlich. Teile der Beschäftigten hierzulande sind selbst Opfer neoliberaler Politik und durch Disziplinierungsprozesse in die politische Defensive geraten, mancherorts geradezu in Apathie verfallen. Andere Teile der Beschäftigten stehen besser da, sehen vor allem, dass sich ihre Situation im Unterschied zur Situation der Menschen in anderen europäischen Ländern deutlich stabiler darstellt. Zum Teil sind sie mittels korporativer Politikmodelle eingebunden und selbst Träger sowie Unterstützer des gegenwärtigen deutschen Politikmodells. Dass die Fortsetzung der gegenwärtigen, auf Wettbewerbskorporatismus setzenden Politik letztlich droht, in einem großen Crash zu enden und viele Beschäftigte mitzureißen, ist nicht Teil des Alltagswissens.

Wenn die Krisenländer gemeinsam auftreten und sich gegen die vor allem von Deutschland ausgehende Austeritätspolitik wehren würden, bestünden Chancen für eine Änderung der deutschen Politik. Es gibt ein Drohpotenzial: Die Krisenländer könnten Deutschland mit dem Ausschluss aus dem Euro drohen oder mit dem gemeinsamen Austritt und der Neugründung einer gemeinsamen Währung. Beides liefe auf das Gleiche hinaus: Die Krisenländer würden damit drohen, aus dem Währungsgefängnis auszubrechen. Dies hätte schwerwiegende Folgen, denn eine faktische neue deutsche Währung würde massiv aufwerten und die Exportfähigkeit kollabieren. Dies anzudrohen, wäre die Waffe der Opfer der deutschen Politik.

Bislang wird sie nicht genutzt, da die Regierungen der Krisenländer selbst den neoliberalen Heilslehren aufsitzen. Hinzu kommt, dass reaktionäre Kräfte, die die jeweiligen nationalen Kapitalinteressen vertreten, Lohn- und Sozialabsenkungen begrüßen. Merkel hat in den Krisenländern auf der

Kapitalseite ihre Bündnispartner. Selbst die französische Regierung Hollande, die bislang eher noch einen Widerpart zu Merkel darstellt, scheint langsam einzuknicken und bekundet, die Agenda 2010 nach Frankreich importieren zu wollen.

Damit es zu einem wirksamen Widerstand aus den Krisenländern kommt, müssen dort andere Regierungen an die Macht kommen, die sich nicht selbst zum Büttel gegen die eigene Bevölkerung machen lassen und die Austeritätspolitik durchsetzen. Am weitesten ist die Entwicklung in Griechenland. SYRIZA unterlag bei den Wahlen im Juni 2012 nur knapp der Nea Demokratia. Ein Machtwechsel war in greifbarer Nähe und ist bei weiteren Wahlen möglich. SYRIZA und ihr Vorsitzender Alexis Tsipras werden die von der Troika aufgezwungene Austeritätspolitik nicht fortsetzen. Sie wissen: Wenn die Troika ihre Drohung wahr machen würde, Griechenland weitere Kredite vorenthalten und das Land damit in den Kollaps treiben würde, würde Deutschland am meisten verlieren – seine Forderungen in zweistelliger Milliardenhöhe. Vor allem aber würde der Druck auf die Zinsen der Länder wie Italien und Spanien zurückkehren. Die schwelende Krise würde wieder auflodern. Kein europäischer Rettungsring kann dann helfen, weil diese Länder viel zu groß sind. Mit dem Fall Griechenlands würde letztlich der Zerfall des Euro drohen. Nicht nur die Griechen müssten die Drachme wieder einführen, sondern auch die Deutschen die D-Mark. Hierzulande würde eine weitere europäische Krisenregion entstehen: Die neue deutsche Währung würde abrupt um 30 bis 40 Prozent

aufwerten – schlagartig wäre die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der deutschen Exportwirtschaft dahin.

Dieser Mechanismus ist auch deutschen Politikern bekannt. Finanzminister Schäuble antwortete mir auf die Frage, was geschehen würde, wenn eine Regierung nicht der deutschen Erpressung nachgeben würde: «Die Lage ist wie früher im Kalten Krieg. Es herrscht ein Gleichgewicht des Schreckens.» Der Vergleich ist zwar etwas schräg, Schäuble ist sich jedoch bewusst, dass es sich faktisch um ein brutales Pokerspiel handelt. Bislang saß er immer auf der Seite der Gewinner, auf der Seite derjenigen, die geblufft haben.

#### **DER EURO KANN GERETTET WERDEN ...**

wenn Deutschland zu einer Änderung seiner Politik gezwungen wird. Dazu müssen die WählerInnen der Krisenländer Regierungen durchsetzen, die sich dem neoliberalen Diktat der Austeritätspolitik widersetzen.

Und in Deutschland muss eine starke linke Opposition von innen den Druck auf die Agenda-2010-Parteien erhöhen, um dem deutschen Exportextremismus die Zähne zu ziehen.

Michael Schlecht absolvierte ein Studium der Volkswirtschaft an der FU Berlin. Danach arbeitete er als Gewerkschaftssekretär, seit 2001 als Chefvolkswirt beim ver.di-Bundesvorstand in Berlin. Seit 2009 ist er Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE und Chefvolkswirt der Linksfraktion im Bundestag.

CORNELIA HILDEBRANDT / JOCHEN WEICHOLD

## BUNDESTAGSWAHL 2013: WAHLPROGRAMME DER PARTEIEN IM VERGLEICH

Welche identifizierbare Programmatik unterscheidet die Parteien substantiell, fragte kürzlich der Sozialpsychologe und bekennende Nicht-Wähler Harald Welzer in einem *Spiegel*-Essay (Nr. 22/2013) mit dem Blick auf die Bundestagswahl 2013. Und mit einem Nein auf der Zunge: «Will DIE LINKE etwas anderes als die SPD, als die CDU, als DIE GRÜNEN?»

Wir gehen im Folgenden dieser Frage nach, kommen aber – um das gleich vorwegzunehmen – zu einem anderen Resultat als der wortradikale Vertreter der Postwachstumsgesellschaft. Auch wir wissen, dass Programme und reale Politik nicht identisch sind. Dennoch lässt sich an Wahlprogrammen die inhaltliche Verfasstheit der Parteien ablesen, zumal vor allem SPD, GRÜNE und LINKE zur Erarbeitung der Programme zunehmend auf partizipative Verfahren (Bürgerforen, Regionalkonferenzen) setzen, die auf gesellschaftliche Integration ausgerichtet sind.

Ein Vergleich der Programme lässt Rückschlüsse auf die inhaltlichen Positionen auf den einzelnen Politikfeldern zu, die über die Schwerpunkte des Wahlkampfes hinausgehen und die gegebenenfalls wichtig für die Beurteilung künftiger politischer Auseinandersetzungen oder sich neu entwickelnder Kooperationen beziehungsweise Allianzen sind. Wir behandeln im Folgenden nicht alle, aber wichtige ausgewählte Politikfelder.

### DIE BOTSCHAFTEN DER PARTEIEN

Die im Bundestag vertretenen Parteien gehen mit unterschiedlichen Botschaften in den Wahlkampf. CDU und CSU verweisen auf die positive Entwicklung Deutschlands als «Stabilitätsanker und Wachstumsmotor» inmitten der Krise Europas und geben dies als Erfolg ihrer Regierungspolitik aus. Diese Politik «von Maß und Mitte» soll fortgesetzt werden, ist die Botschaft der CDU/CSU. Damit Deutschland ein Land bleibt, das den künftigen globalen Herausforderungen erfolgreich begegnen kann, müsse es zu einer wettbewerbsfähigen «Chancengesellschaft» entwickelt werden. Zu den Hauptzielen der Union in der nächsten Legislaturperiode gehören die Sicherung solider Finanzen als Grundlage für stabile wirtschaftliche Verhältnisse und nachhaltiges Wachstum und damit die Umsetzung des Dreiklangs aus «Neuverschuldung stoppen, Schulden zurückzahlen und in die Zukunft investieren». Deutschland als führender Industrie- und Exportnation gehe es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut gehe. Daher will die Union, dass Europa gestärkt aus der Krise kommt. Insgesamt bietet die CDU/CSU mit ihrem Wahlprogramm einen gut sortierten Gemischtwarenladen, der alle Wählerschichten bedienen will.

Die FDP mausert sich in ihrem Wahlprogramm von der Steuersenkungspartei zur Partei der Sparsamkeit und Leis-

tungsgerechtigkeit. Nur die FDP würde garantieren, lautet die neoliberale Botschaft der Partei, dass Deutschland und Europa «richtig» auf die aktuelle Krise reagieren: nämlich mit «mehr wirtschaftlicher Leistungskraft und weniger Staat». Auch die FDP heftet sich die Erfolgsgeschichte Deutschlands in den Krisen Europas auf ihre Fahnen, präsentiert sich als Verfechterin einer konsequenten Politik der Geldwertstabilität und als Hüterin der Interessen des Mittelstands (Stichworte: «Steuerbremse», Abschaffung der «Kalten Progression»). Ebenso wie die CDU/CSU verbindet die FDP die sich verändernde ökonomische Stellung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union (EU) und im globalen Wettbewerb mit dem Ziel der Erschließung neuer aufstrebender Märkte in Asien, Lateinamerika und Afrika und mit der Erklärung, Deutschland sei bereit, globale Verantwortung zu übernehmen.

Die SPD hält sich zugute, in ihrer Regierungszeit mit einer aktiven Industriepolitik und mit den neoliberalen Reformen der «Agenda 2010» den Grundstein für die relativ erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gelegt zu haben. Nun müssten allerdings einige Fehlentwicklungen wie der Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung korrigiert werden. Generell gelte es, so die Botschaft der SPD, «Deutschland besser und gerechter [zu] regieren» und für «ein neues soziales Gleichgewicht in un-

serem Land» zu sorgen. Die SPD strebt deshalb eine «Neubegründung der sozialen Marktwirtschaft» an und will dies – gestützt auf ein gerechteres Steuersystem – mit dem Abbau der öffentlichen Schuldenlast, mit wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit verbinden.

Im Unterschied zu CDU/CSU, FDP und SPD beziehen sich DIE GRÜNEN nicht primär auf die bisherigen Erfolge Deutschlands und insofern auf den Erhalt des Status quo, sondern stellen vielmehr die Fragen künftiger Entwicklung ins Zentrum ihres Wahlprogramms. Energiewende und Ökologie, Gerechtigkeit und eine moderne Gesellschaft seien für DIE GRÜNEN die zentralen Orientierungen ihrer Politik. Nur mit starken GRÜNEN werde es 100 Prozent sichere Energie ohne Atom und ohne fossile Energieträger geben, werde die Wirtschaft besser und sparsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen, vermittelt die Öko-Partei als Botschaft. Sie fordert deshalb «Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen!» als Grundlage für einen grünen Wandel in Politik und Gesellschaft für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr demokratische Beteiligung, für «mehr Frieden» durch mehr zivile Krisenprävention und Abrüstung, für ein «besseres Morgen».

DIE LINKE rückt unter dem Titel «100 Prozent sozial» ihr Kernthema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Bundestagswahlkampfes: «Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN.» Nur mit der LINKEN gebe es eine Kraft, die konsequent gegen Hartz IV, gegen die Rente ab 67 Jahre, für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist. Nur wenn DIE LINKE im Bundestag vertreten sei, würden die anderen Parteien eine sozialere Politik betreiben, lautet die Botschaft der Partei. Wer Reichtum nicht umverteilen wolle, der könne den Politikwechsel nicht bezahlen. DIE LINKE lege den Finger in die Wunden. Sie gebe denen eine Stimme, die in der großen Politik keine Lobby finden.

## AUSWEGE AUS EUROPAS KRISEN

Die Ursachen für die europäischen Krisenprozesse werden von den einzelnen im Bundestag vertretenen Parteien unterschiedlich eingeschätzt, und folglich unterscheiden sich auch ihre Antworten auf die Frage nach den Auswegen aus Europas Krisen. Zwar ist auch CDU/CSU und FDP bewusst, dass die internationale Finanzmarktkrise Grund für die Krise der Staatshaushalte insbesondere südeuropäischer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union war, doch reduzieren sie das Krisengeschehen auf eine Staatsschuldenkrise, um in den betroffenen Staaten neoliberale Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen nach dem Modell der deutschen «Agenda 2010» durchzudrücken. CDU/CSU und FDP wollen die bisherige Austeritätspolitik in Europa fortsetzen: «Damit der Euro eine starke und stabile Währung bleibt, brauchen wir weitere Anstrengungen und Reformen vor allem in den Staaten, die Hilfe in Anspruch nehmen», schreiben die Unionsparteien in ihrem Wahlprogramm. Und die FDP fordert: «Der Reformdruck muss erhalten bleiben.»

Die SPD betont, dass die unverantwortlichen Spekulationen auf den Finanzmärkten zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt haben. Durch eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte müsse der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen. Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt, kein Markt dürfe in Zukunft unreguliert sein. Die SPD kritisiert, dass die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen habe.

Sie will dagegen den Weg zu soliden Staatsfinanzen durch Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze begleiten.

DIE GRÜNEN konstatieren, dass die gegenwärtige Krise eben nicht einfach eine Staatsschuldenkrise sei. Die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union hätten ihre Ursache sowohl in den Defizit- als auch in den Überschussländern. Die von der Bundesregierung betriebene einseitige Exportorientierung Deutschlands habe zu massiven Ungleichgewichten in der Europäischen Union beigetragen. Statt nur auf einseitige Sparpolitik in den Krisenländern zu setzen, die Europa immer tiefer in die Krise führe und den sozialen Zusammenhalt gefährde, gelte es, eine Balance in einer Politik der Solidität, Solidarität und Nachhaltigkeit zu finden. Eine europäische Wirtschaftspolitik müsse mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu müsse die Binnenkonjunktur in den Überschussländern gestärkt werden. DIE GRÜNEN streiten in diesem Kontext für einen ökologisch-sozialen Umbau Europas. Erforderlich sei eine Erneuerung der europäischen Wirtschaft im Sinne eines europäischen Green New Deal.

DIE LINKE sieht die maßgebliche Ursache der größten Krise der Weltwirtschaft seit 80 Jahren in den Ungleichgewichten in der Außenwirtschaft in Europa und weist darauf hin, dass die Rettung der Banken die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben habe. Am Anfang jeder Krisenlösung müsse stehen: «Abbau der Ungleichgewichte, steigende Löhne und sozial-ökologische Investitionsprogramme, die Nachfrage steigern, Finanzmärkte regulieren und Vermögende besteuern.» Deutschland habe durch Kürzungsdiktate eine zentrale Rolle bei der Verschärfung der Krise gespielt und die Krisenländer wie Europa insgesamt destabilisiert. DIE LINKE will dagegen (1) einen Schutzschirm für Menschen statt für Banken schaffen und die Profiteure der Krise zur Kasse bitten, (2) eine stabile, nachhaltige und sozial gerechte wirtschaftliche Entwicklung in Europa einleiten und (3) eine langfristig tragfähige Perspektive für die europäische Einigung schaffen.

Exemplarisch für die unterschiedlichen Positionen hinsichtlich der Auswege aus Europas Krisen ist die Haltung der Parteien zur «Europäischen Jugendgarantie». Während sich SPD, GRÜNE, LINKE und selbst CDU/CSU für ein solches Sofortprogramm in der EU aussprechen, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern zu bekämpfen, lehnt es die FDP ab: Staatlich finanzierte Beschäftigungsprogramme seien ordnungspolitisch falsch, und ihre Ausgabeng würden die Staatsfinanzkrise weiter verschärfen.

Zwar sind sich alle Bundestagsparteien darin einig, dass es zur Vermeidung eines neuen Finanzmarkt-Crashes einer Regulierung der Finanzmärkte und einer Rücknahme der Entkoppelung von Risiko und Haftung bedarf, doch hinsichtlich der geeigneten Instrumente gibt es gegensätzliche Positionen. Während SPD und GRÜNE für die Schaffung eines Schuldentilgungsfonds und DIE GRÜNEN auch für die Einführung von Eurobonds eintreten, um die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherzustellen, lehnen dies FDP und CDU/CSU mit Vehemenz ab und wenden sich gegen eine «Vergemeinschaftung der Schulden». Die SPD argumentiert, nachdem durch den Fiskalpakt und andere europäische Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen zur Gewährleistung der nationalen Haushaltsdisziplin aufgestellt worden seien, dürfe das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben.

Während SPD, GRÜNE, LINKE und auch CDU/CSU für eine Finanztransaktionssteuer plädieren, wendet sich die FDP indirekt dagegen: «Neue Steuern können die Aufsichts- und Regelungslücken im Bereich der Finanzmärkte nicht schließen.» Während die CDU/CSU für eine wirksame europäische Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank (EZB) für die großen, systemrelevanten Banken eintritt, lehnt DIE LINKE dies ab, weil es der EZB an unmittelbarer demokratischer Legitimation fehle. Auch FDP, SPD und GRÜNE plädieren für eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht, verlangen aber eine strikte institutionelle Trennung zwischen Zentralbank- und Aufsichtsfunktionen. Als einzige Bundestagspartei fordert DIE LINKE, dass die EZB die Staaten in der Eurozone in einem festgelegten Rahmen direkt finanziert.

Keine der Bundestagsparteien stellt die EU in ihrem Wahlprogramm grundsätzlich in Frage, keine beabsichtigt, aus der Gemeinschaftswährung Euro auszutreten, doch hinsichtlich der Art und Weise der weiteren europäischen Integration zeichnen sich deutliche Unterschiede ab. Für CDU und CSU sind die Nationalstaaten und die Regionen prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Sie wollen «kein zentralistisch organisiertes und regiertes Europa» und betonen die «christlich-abendländischen Wurzeln» Europas. Die FDP will den Weg der Vertiefung der europäischen Integration hin zu einer «politischen Union mit festen föderalen Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung» gehen.

SPD und GRÜNE wollen die Wirtschafts- und Währungsunion um eine politische Union ergänzen. Sie plädieren für eine stärkere Demokratisierung Europas und für eine stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik. Eine Währungsunion brauche auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

DIE LINKE tritt für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa ein, das dem Klammergriff der Finanzmärkte entzogen wird: «DIE LINKE steht für einen Neustart der Europäischen Union.» Die Partei fordert eine grundlegende Veränderung der vertraglichen Grundlagen der EU, um die Voraussetzungen für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu schaffen. DIE LINKE will eine EU, die Wohlstand und Wohlfahrt für alle fördert. Sie fordert eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssten Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben.

## **WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSMARKTPOLITIK**

Auf dem Feld der *Wirtschaftspolitik* sieht die FDP zu Recht «die entscheidende Auseinandersetzung der kommenden Jahre» zwischen dem von ihr vertretenen und fälschlich als «Soziale Marktwirtschaft» bezeichneten neoliberalen Markt radikalismus und einer eher keynesianischen Wirtschaftspolitik mit Interventionen des Staates in die Wirtschaft. Das Motto der FDP lautet kurz und knapp: «Weniger Staat!» Sie kämpft gegen «planwirtschaftliche Tendenzen» und will mit ihrer Wirtschaftspolitik vor allem den Mittelstand stärken und «Bürger, Selbständige und Unternehmer von Steuern und Bürokratie» entlasten.

Die Unionsparteien sehen Deutschlands Chancen in einer nachhaltigen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, industrielle Produktion sein müsse. Sie plädieren für ein nachhaltiges Wachstum, das Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbindet. CDU und CSU wollen die führende Rolle der

deutschen Umweltwirtschaft und -technologie weiter ausbauen und Wachstum vom Rohstoffverbrauch entkoppeln.

Die SPD betont, dass Deutschland bei aller Bedeutung des Dienstleistungssektors auch ein erfolgreicher und starker Standort einer vielfältigen Industrie und des produzierenden Gewerbes bleiben müsse. Deshalb will die SPD durch die Erneuerung der Infrastruktur, durch Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und vor allem durch eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und stärken. Sie will eine Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte (Mobilität, Gesundheit, Energie, Infrastruktur) vorantreiben. Wachstum und Ressourcenverbrauch seien absolut zu entkoppeln.

DIE GRÜNEN setzen auf eine nachhaltige Wirtschaft als Leitbild und wollen der Ressourcen- und Materialeffizienz zum Durchbruch verhelfen. Sie erklären: «Wir müssen unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch neu begründen.» Wirtschaftswachstum sei nicht das Maß aller Dinge. Zu den Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität müssten auch soziale und ökologische Aspekte gehören, um «der wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung [zu] geben». Die Öko-Partei möchte den Märkten mit einer wertorientierten Ordnungspolitik klare soziale und ökologische Grenzen setzen.

DIE LINKE plädiert für eine aktive staatliche Industriepolitik, die nicht weiter auf Kostensenkung, Arbeitsplatzabbau und Verdrängungskonkurrenz setzt, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Sie will Wirtschaft und Gesellschaft ökologisch umbauen, mit der Energiewende Ernst machen und dabei die soziale Frage ins Zentrum des Umbaus rücken. Ein Instrumentenmix aus Anreizen, Geboten, Verboten und Transparenz soll die Schonung von Ressourcen belohnen und deren Verschwendung bestrafen oder ganz unterbinden. Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien will DIE LINKE strukturbestimmende Großunternehmen in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen. In Deutschland sei ein Strukturwandel erforderlich – von der Exportorientierung hin zu einer deutlichen Stärkung der Binnenwirtschaft mit gut abgesicherten und vergüteten Arbeitsplätzen.

In der *Arbeitsmarktpolitik* ficht die FDP für eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes, während CDU und CSU auf diesem Politikfeld nur wenig Handlungsbedarf sehen. Dagegen wollen die SPD, DIE GRÜNEN und vor allem DIE LINKE der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten. Exemplarisch für die Differenzen ist die Haltung der Bundestagsparteien zum Mindestlohn. Während die FDP einen allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn strikt ablehnt und die CDU/CSU lediglich für einen «tariflichen Mindestlohn» votiert, fordern SPD, GRÜNE und LINKE einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Nach den Vorstellungen von SPD und GRÜNEN soll seine Höhe mindestens 8,50 Euro betragen, nach denen der LINKEN zehn Euro und zum Ende der kommenden Wahlperiode mindestens zwölf Euro.

Die FDP bekämpft staatliche Eingriffe in die «Soziale Marktwirtschaft» und will den Arbeitsmarkt «flexibel und offen» halten. In diesem Kontext plädiert die FDP für «flexible Beschäftigungsformen» und für Lockerungen bei den befristeten Arbeitsverhältnissen. Auch die Unionsparteien wollen prekäre Arbeitsverhältnisse wie Zeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Minijobs, Teilzeitbeschäftigungen und Werkverträge als wichtige Instrumente am Arbeitsmarkt beibehalten.

Im Unterschied zu FDP und CDU/CSU plädieren SPD, GRÜNE und LINKE in ihren Wahlprogrammen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und für die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (bzw. eines «verlässlichen sozialen Arbeitsmarktes») mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert werden soll. Alle drei Parteien greifen die Forderung der Gewerkschaften nach «guter Arbeit» auf und wollen das Tarifvertragssystem stärken. Sie möchten die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen und den Missbrauch von Praktika durch die Einführung von Mindeststandards wirkungsvoll bekämpfen. Sie verlangen gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit und wollen dieses Prinzip auch für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammbelagschaften durchsetzen. Nach dem Willen der GRÜNEN und der LINKEN sollen Leiharbeiter zusätzlich einen Flexibilitätsbonus erhalten. DIE LINKE strebt längerfristig ein Verbot der Leiharbeit an.

SPD und LINKE fordern, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Tariftreue geknüpft wird. SPD und GRÜNE verlangen, mit einem Entgeltgleichheitsgesetz die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen zu beenden. DIE GRÜNEN und DIE LINKE plädieren für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und verlangen, den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern. DIE GRÜNEN wollen Minijobs ersetzen, DIE LINKE will ihre Umwandlung in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze von der ersten Stunde an.

## STEUERPOLITIK

In der Steuerpolitik vertreten CDU/CSU und FDP einerseits und SPD, GRÜNE und LINKE andererseits konträre Auffassungen. Während CDU/CSU und FDP Steuererhöhungen generell ablehnen, halten die derzeitigen Oppositionsparteien Steuererhöhungen für unumgänglich, um Investitionen in Bildung, in die ökologische Transformation und in die Armutsbekämpfung finanzieren zu können. Explizit wollen SPD und GRÜNE den Spitzensteuersatz von derzeit 42 Prozent auf 49 Prozent und DIE LINKE ihn wieder auf 53 Prozent (wie in der Regierungszeit von Helmut Kohl) anheben. Nach den Vorstellungen der SPD soll der Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen (bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten), nach denjenigen der GRÜNEN ab 80.000 Euro und nach denjenigen der LINKEN ab 65.000 Euro greifen.

Während sich CDU/CSU und FDP ausdrücklich gegen eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer wenden, wollen SPD, GRÜNE und LINKE die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen. Die SPD möchte eine Vermögenssteuer einführen, «die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet». Hohe Freibeträge für Privatpersonen sollen sicherstellen, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögenssteuer betroffen sein wird. DIE GRÜNEN wollen die Vermögenssteuer mittelfristig verfassungskonform wiederbeleben. DIE LINKE fordert eine Vermögenssteuer für Millionäre, bei der die erste Million des Vermögens steuerfrei bleibt und danach ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent auf Privat- und Betriebsvermögen erhoben wird (unter Abzug der darauf lastenden Schulden).

Während die FDP eine Vermögensabgabe *expressis verbis* ablehnt, wollen DIE GRÜNEN eine zeitlich befristete Vermögensabgabe erheben, die 100 Milliarden Euro einspielen und dazu dienen soll, Bundesschulden zu tilgen, die aus den Konjunkturpaketen und aus der Bankenrettung resultieren. Aus dem gleichen Grund möchte DIE LINKE eine einmalige Vermögensabgabe einführen, die 300 Milliarden Euro erbringen soll. Diese Abgabe soll in der Höhe gestaffelt sein: 10 Prozent ab einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro (bei Betriebsvermögen zwei Millionen Euro), 20 Prozent ab 10 Millionen Euro, 30 Prozent ab 100 Millionen Euro. DIE LINKE will zudem eine Reichensteuer einführen, nach der jeder Euro, der – nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge – über einer Million Einkommen liegt, mit 75 Prozent besteuert werden soll.

Die Unionsparteien und die FDP wollen das bestehende Ehegattensplitting erhalten und (vonseiten der CDU/CSU) sogar um ein Familiensplitting ergänzen. Im Gegensatz dazu streben SPD, GRÜNE und LINKE an, das Ehegattensplitting abzuschmelzen oder ganz abzuschaffen. Ausdrücklich lehnt die SPD ein Familiensplitting ab. Während die FDP die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge beibehalten will, planen DIE GRÜNEN und DIE LINKE, die Abgeltungsteuer abzuschaffen und Einkünfte aus Kapitalvermögen wieder gemäß dem individuellen Einkommenssteuersatz zu besteuern. Die SPD möchte in einem ersten Schritt die Abgeltungsteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen, schließt aber für die Zukunft nicht aus, die Abgeltungsteuer innerhalb von drei Jahren abzuschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung zu unterwerfen.

Um Geringverdiener zu entlasten, wollen DIE GRÜNEN das steuerfreie Existenzminimum für alle von 8.130 auf mindestens 8.700 Euro anheben. Dem gegenüber zielen die Entlastungsvorschläge von CDU/CSU und FDP auf den Mittelstand. Sie wollen die sogenannte Kalte Progression abmildern. Die FDP plädiert gar für eine «Steuerbremse» und will im Grundgesetz einen Halbtteilungsgrundsatz verankern, denn mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertragsteuern an den Staat abzuführen, sei unverhältnismäßig und leistungsfreudlich.

## SOZIALPOLITIK

In der Sozialpolitik geht es vor allem um die Gesundheitspolitik, um die Rentenpolitik und um das Arbeitslosengeld II (ALG II). Die FDP kämpft «gegen alle Schritte in Richtung auf Einheitslöhne, Einheitskassen und Einheitsrenten» und setzt stattdessen auf mehr Wettbewerb und auf eine Stärkung der Kapitaldeckung in den Solidarsystemen. CDU und CSU erklären: «Linke Umverteilungs- und Bevormundungspolitik lehnen wir ab.» Die SPD hält generell an der Politik der «Agenda 2010» fest, verspricht aber, Fehlentwicklungen zu korrigieren. DIE GRÜNEN wollen «das Auseinanderfallen unserer Gesellschaft in drinnen und draußen, in arm und reich, oben und unten» stoppen. DIE LINKE fordert einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der konsequent mit der Hartz-IV-Logik bricht.

Auf dem Feld der *Gesundheitspolitik* möchten die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE das Zweiklassensystem von gesetzlicher und privater Krankenversicherung ablösen. Sie streben eine Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege an, in die alle BürgerInnen einbezogen und zu deren Finanzierung alle Einkommensarten herangezogen werden. Die paritätische Fi-

finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll wiederhergestellt werden.

Nach den Vorstellungen der LINKEN werde mit der Einführung «einer Kasse für alle» die private Vollversicherung überflüssig und abgeschafft und die private Krankenversicherung auf Zusatzleistungen beschränkt. DIE LINKE fordert darüber hinaus die Abschaffung jeglicher Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, die Einführung eines Präventionsgesetzes, einen Stopp der Privatisierung von Krankenhäusern und die Überführung privatisierter Kliniken in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften. DIE LINKE verlangt den Stopp der mit fünf Euro im Monat geförderten privaten Pflegezusatzversicherung.

Dagegen lehnen CDU/CSU und FDP eine Bürgerversicherung im Bereich Gesundheit und Pflege als «staatliche Einheitsversicherung für alle» beziehungsweise als «Bürgerzwangsversicherung» entschieden ab. Die Unionsparteien streben in der Gesundheitspolitik keinen Kurswechsel an. Sie bekennen sich zum Wettbewerb der Krankenkassen und sind der Auffassung, die private Krankenversicherung leiste mit ihren individuellen Kapitalrücklagen einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Umsetzung von Neuerungen im Gesundheitswesen. Auch die Pflegeversicherung habe sich bewährt und solle weiterentwickelt werden. Sie entbinde jedoch den Einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative wahrzunehmen, was mit der staatlichen Förderung einer privaten Pflegezusatzversicherung unterstützt werden soll.

Das Motto der FDP lautet: «Privat kommt vor Staat». Sie will nicht nur die privaten Krankenkassen stärken, sondern den Gesundheitsfonds wieder «zurückführen» und offensichtlich schrittweise durch eine Kranken- und Pflegeversicherung ersetzen, die – bei Aufhebung der Lohnbezogenheit – generell auf einem Prämiensystem mit Kapitaldeckung beruhen würde. Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung will die FDP die «Budgetmedizin» abschaffen und (im Sinne der Kopfpauschale) das Kostenerstattungsprinzip einführen. Dafür sollen die PatientInnen eine Rechnung erhalten, in der die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen aufgezeigt sind. «Einer Einheitskasse mit Einheitsversorgung für den Einheitspatienten erteilen wir eine Absage.»

Bei der *Rentenpolitik* stehen sich – ähnlich wie im Bereich Gesundheit und Pflege – zwei unterschiedliche Konzepte konträr gegenüber: Während die FDP und auch CDU/CSU die heutige gesetzliche Rentenversicherung in stärkerem Maße durch private und betriebliche Vorsorge ergänzen möchten, plädieren SPD, GRÜNE und LINKE (wenn auch graduell und vom Zeithorizont her unterschiedlich) für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung. Während die Unionsparteien dieses Thema in ihrem Wahlprogramm nicht aufgreifen, lehnt insbesondere die FDP eine Bürgerversicherung ab und schmäht sie als «Einheitsrente».

Die SPD will mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung einen Schritt zu einer Erwerbstätigenversicherung machen, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. Nach dem Willen der GRÜNEN soll die Rentenversicherung mittelfristig zur Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die alle BürgerInnen, das heißt auch BeamtInnen, Selbstständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. Nach Auffassung der LINKEN sollen alle Erwerbseinkom-

men in die Rentenversicherung eingehen – auch die von Selbstständigen, BeamtInnen und PolitikerInnen. Die Partei fordert in diesem Kontext die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Abflachung der Rentenhöhe.

Während CDU/CSU, FDP und GRÜNE den Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre für notwendig halten, schweigt die SPD in ihrem Wahlprogramm zu diesem Thema. DIE LINKE bezieht in dieser Frage als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien eine gegenteilige Position: Damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden könne, müsse das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente durch Streichung der Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel wieder auf 53 Prozent erhöht und die Rente erst ab 67 Jahren abgeschafft werden. Nach 40 Beitragsjahren – einschließlich gleichgestellter Zeiten – soll ein abschlagsfreier Einstieg in die Rente möglich sein. Zudem sollen (unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes) Müttern oder Vätern drei Jahre Kindererziehungszeiten in der Rente angerechnet werden. Schließlich will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente von monatlich 1.050 Euro netto einführen.

Allerdings versprechen auch CDU/CSU, SPD und GRÜNE, der drohenden Altersarmut gegenzusteuern. CDU und CSU sagen zu, ab 2014 für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung zu berücksichtigen («Mütterrente»). Wer jahrzehntelang gearbeitet habe, dürfe im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sein. «Wer 40 Jahre versichert ist und privat vorgesorgt hat, soll einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten.» Die Unionsparteien planen, eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einzuführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.

Die SPD meint, dass ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden könne. Sie verspricht, das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechtzuerhalten. Wer seit vielen Jahren der gesetzlichen Rentenversicherung angehöre und Beiträge gezahlt habe, müsse eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn will die SPD darum eine steuerfinanzierte «Solidarrente» einführen. Diese soll dafür sorgen, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre/40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 Euro liegt. DIE GRÜNEN wollen die Riesterreente grundlegend reformieren und für langjährig Versicherte eine steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro einführen.

Während die Unionsparteien die Auffassung vertreten, dass eine Angleichung der Renten in Ost und West mit dem geltenden Recht zu erreichen sei, plädieren SPD, GRÜNE, LINKE und FDP in ihren Wahlprogrammen für die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West. DIE GRÜNEN treten dafür ein, den Rentenwert Ost auf den Rentenwert West so anzuheben, dass die bisher erworbenen Rentenansprüche konstant bleiben. Die SPD will mit der Angleichung der Rentenwerte den Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abschaffen. DIE LINKE fordert, die Angleichung dürfe nicht zum Nachteil der heute Versicherten führen. Deshalb müsse die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter erhalten bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen zwischen Ost und West gebe. Es müsse zudem Schluss sein mit den rund 20 Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die für verschiedene Berufs- und Betroffenengruppen im Zuge der Rentenüberleitung geschaffen wurden.

Die Regelungen beim *Arbeitslosengeld II* werden von CDU/CSU und SPD nicht thematisiert und damit offenbar auch nicht infrage gestellt. DIE GRÜNEN wollen den Regelsatz für das Arbeitslosengeld II auf 420 Euro anheben. Für Sanktionen soll zunächst ein Moratorium gelten, bis die Sanktionsregeln entschärft sind. DIE GRÜNEN möchten beim Arbeitslosengeld II längerfristig die Grundlage der Berechnung von der Bedarfsgemeinschaft auf individuelle Existenzsicherung umstellen. DIE LINKE besteht dagegen auf ihrer Forderung «Hartz IV muss weg!» und verlangt eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung. Kurzfristig müssten die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro erhöht und die Sanktionen sowie die sogenannten Ein-Euro-Jobs abgeschafft werden. Anstelle der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften müsse das Individualprinzip unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltungsverpflichtungen eingeführt werden.

Die FDP hält an den gegenwärtigen Regelungen zum Arbeitslosengeld II fest und betont, es müsse dabei bleiben, dass bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit das Arbeitslosengeld II gekürzt werden kann. Längerfristig will sie an dessen Stelle ein «Liberales Bürgergeld» einführen.

SPD und GRÜNE möchten mittelfristig die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung für alle weiterentwickeln. DIE LINKE fordert eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die den Lebensstandard sichert. Längerfristig plant DIE LINKE, ein Konzept einzubringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt. SPD, GRÜNE und LINKE wollen das von der CDU/CSU-FDP-Koalition eingeführte «bildungsfeindliche» Betreuungsgeld wieder abschaffen.

## UMWELT-, ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Fragen der *Umweltpolitik* spielen in den Wahlprogrammen aller Bundestagsparteien eine wichtige Rolle, nehmen aber bei den GRÜNEN eine herausgehobene Position ein. DIE GRÜNEN wollen eine intakte Umwelt und gesunde Ernährung für alle, den Schutz der Vielfalt der Natur, eine konsequente Politik des ressourcenleichten Wirtschaftens und ein Umdenken in Konsumgewohnheiten und Lebensstilen, eine bäuerliche Landwirtschaft mit Ökolandanbau und Regionalvermarktung, ohne Massentierhaltung und Tierquälerei.

Nach Auffassung der Union kommt dem Umweltschutz eine besondere Rolle für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu. Mit ihrer Hightech-Strategie 2020 möchten CDU und CSU Forschungs- und Innovationsaktivitäten bündeln und auf die Zukunftsmärkte Umwelt und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation ausrichten.

Die FDP will, dass Deutschland als Experteur von Ideen und Innovationen hilft, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität und den Wohlstand der Menschen zu mehren. Sie will die Steuerungswirkung aller Fördermaßnahmen regelmäßig überprüfen und – wenn notwendig – anpassen.

Die SPD verbindet Umweltschutz mit zukunftsorientierten Investitionen in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftreinhaltung, Lärmschutz, gesunde Böden, saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme seien Voraussetzungen für Lebensqualität, auf die alle Menschen einen Anspruch hätten. Umweltschutz ist für die SPD eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Für DIE LINKE sind soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften und eine nachhaltige Lebensweise untrennbar

miteinander verbunden. In diesem Sinne will die Partei verhindern, dass die Kosten der Energiewende auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Hinsichtlich der *Energiepolitik* versprechen alle Parteien in ihren Programmen, sich für Erneuerbare Energien, für Strategien zur Reduzierung des Energieverbrauchs und vor allem für eine bezahlbare Energiewende einzusetzen. Sie unterscheiden sich jedoch in Bezug auf die zeitlichen Dimensionen, auf die Gewichtung der einzelnen Energiequellen, auf die Verknüpfung der Energieproblematik mit wirtschaftlichen und/oder sozialen Fragen und auf den Stellenwert öffentlicher Regulierungen des Energiesektors.

Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien halten am Ausstieg aus der Kernkraft fest, beziehen aber unterschiedliche Positionen zur Nutzung fossiler Energieträger. Die CDU/CSU verspricht, sich dafür einzusetzen, dass für alle Kernkraftwerke (KKW) in der EU rechtlich bindende Vorgaben auf der Basis deutscher Stresstests eingeführt werden. Sie will für die «heimische Braunkohle» den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen und für Investoren stabile und verlässliche Bedingungen schaffen. Die FDP möchte die stillgelegten KKW möglichst zügig zurückbauen, jedoch die Kernforschung und eine entsprechende Hochschulausbildung in Deutschland erhalten. Die SPD hält Kohle- und Gaskraftwerke (im Sinne von Brückentechnologien) nach wie vor für erforderlich. Geht es nach den GRÜNEN, dann darf die Energieversorgung der Zukunft weder auf Atom noch auf Kohle und Öl aufbauen. DIE LINKE verlangt für den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung ein Kohleausstiegsgesetz mit schrittweisen Abschaltungen bis 2040. Neue Kohlekraftwerke oder Tagebaue dürften nicht mehr genehmigt werden.

Hinsichtlich Erneuerbarer Energien in Verbindung mit Energieeffizienz und Energieeinsparung verfolgen die Bundestagsparteien unterschiedliche Zielmarken und setzen verschiedene Schwerpunkte. Die CDU/CSU will bis zum Jahr 2020 den Energieverbrauch um 20 Prozent und den Stromverbrauch in Gebäuden um mindestens zehn Prozent vermindern. CDU/CSU und FDP streben den Ausbau von bedarfsorientierten «denkenden Netzen» und den Ausbau des europäischen Netzverbundes an. Die FDP fordert einen garantierten Mindestanteil an Erneuerbaren Energien für den EU-Binnenmarkt. Die SPD steuert einen Stromanteil von 40 bis 45 Prozent aus Erneuerbaren Energien und von 25 Prozent aus Kraft-Wärme-Kopplung bis zum Jahr 2020 an und will bis 2030 drei Viertel des Stroms aus Erneuerbaren Quellen gewinnen. DIE GRÜNEN wollen bis 2022 bereits die Hälfte und bis 2030 sämtlichen Strom aus Erneuerbaren Energien produzieren. Im Gebäude- und Wärmebereich soll die Umstellung bis 2040 erfolgen. DIE LINKE möchte in einem ersten Schritt bis 2020 die Stromversorgung zu 50 und die Wärmeversorgung zu 20 Prozent aus Erneuerbaren Energien sicherstellen. Sie verlangt langfristig einen Masterplan für Deutschland, nach dem die Strom- und Wärmeversorgung komplett aus Erneuerbaren Energien erfolgen soll.

Die *Klimaschutzziele* der Bundestagsparteien sind unterschiedlich ambitioniert. CDU und CSU setzen sich für eine Anhebung des europäischen Klimaziels ein und wollen erreichen, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase in Europa bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 vermindert wird. Die FDP möchte den CO<sub>2</sub>-Ausstoß national bis 2020 um 40 und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Die SPD strebt eine Absenkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2050 um mindestens 95 Prozent im Ver-

gleich zu 1990 an. SPD und GRÜNE verlangen ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten: 40 Prozent Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und mindestens 80 Prozent bis 2040. Dieses Gesetz soll Ziele für alle klimarelevanten Sektoren (Industrie, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft) beinhalten.

DIE GRÜNEN setzen sich darüber hinaus für eine verbindliche Fortentwicklung der bis 2030 in der Europäischen Union zu erreichenden Ziele in der Klimapolitik, beim Anteil der Erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieerzeugung sowie bei der Energieeffizienz ein: Bis dahin sollen die EU-Treibhausgasemissionen um 45 Prozent sinken und der EU-Anteil der Erneuerbaren Energien auf 45 Prozent steigen. Die Öko-Partei fordert zudem einen EU-Vertrag für Erneuerbare Energien. DIE LINKE will bis 2020 den Treibhausgasausstoß in der Bundesrepublik gegenüber 1990 halbieren und bis 2050 um mindestens 90 Prozent reduzieren. Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung soll bis 2020 auf 50 Prozent erhöht werden.

Hinsichtlich des Emissionshandels gehen die Meinungen der Bundestagsparteien weit auseinander. Während aus Sicht der LINKEN der Emissionshandel versagt habe und daher durch verbindliche Vorgaben ersetzt werden müsse, halten CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE an ihm fest. Die SPD will den darniederliegenden europäischen Emissionshandel als *das* zentrale marktwirtschaftliche Instrument reaktivieren, um Investitionen in Energieeffizienz anzureizen. CDU/CSU und FDP setzen sich für eine schrittweise Einbeziehung weiterer Länder in den Emissionshandel ein mit dem Ziel, ein weltweites Handelssystem zu entwickeln. Die Union will dazu die Idee eines «Clubs der Energiewendestaaten» umsetzen, der alle Vorreiter einer umwelt- und klimaverträglichen Energieversorgung vereinigt.

DIE GRÜNEN wollen den Emissionshandel durch Verknappung der Verschmutzungsrechte, höhere Standards und einen Mindestpreis für CO<sub>2</sub> stärken. Bis dahin soll Deutschland durch Einführung eines nationalen Mindestpreises, der Anreize schafft, alte Kohlekraftwerke stillzulegen und in Klimaschutz zu investieren, vorangehen. Statt einer Ausweitung des Emissionshandels auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor, wie dies die FDP fordert, streben DIE GRÜNEN in anderen Emissionssektoren eine stärkere Kopplung der Energiesteuern an den CO<sub>2</sub>-Ausstoß an. Dagegen lehnt die FDP explizit eine Ersetzung des EU-Emissionshandels durch eine «CO<sub>2</sub>-Steuer» ab.

## **BÜRGERRECHTE UND DEMOKRATIE**

In Bezug auf Bürgerrechte und Demokratie besteht ein tiefer Graben zwischen den Auffassungen der GRÜNEN, der LINKEN und – mit gewissen Abstrichen – der FDP und der SPD auf der einen Seite und der CDU/CSU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien über die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie nachdenken, ist dies für die Union kein Thema. Vielmehr laufen die von ihr anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die Unionsparteien fordern eine «wehrhafte Demokratie» und verbinden diese Vorstellung mit dem Kampf gegen jede Form von Extremismus, Terrorismus und religiösem Fundamentalismus. Andererseits erklären sie, dass Demokratie in der Gesellschaft für sie die Möglichkeiten des Mitmachens, des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgerbeteiligung vor allem bei Großvorhaben bedeute.

Die FDP verknüpft demokratische Gestaltung mit Rechtsstaatlichkeit und solider Haushaltspolitik. Schulden – auch hier wiederholen die Neoliberalen ihr Lieblingsthema – würden «wie Drogen» wirken, die Gesellschaft in Abhängigkeit bringen und gegebenenfalls Gesellschaft und Demokratie existenziell bedrohen. Erste Voraussetzung zur Gestaltung demokratischer Gesellschaften sei deshalb der Abbau von Schulden.

Die SPD beschreibt sich als große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland, die vor 80 Jahren als einzige Partei das Ermächtigungsgesetz der Nazis abgelehnt habe. Sie verknüpft demokratische und soziale Teilhabe und verweist auf den Zusammenhang von zunehmender Arbeitslosigkeit, gesellschaftlicher Spaltung und schwindendem Vertrauen in die Demokratie.

Die GRÜNEN stehen für eine Erneuerung der Demokratie durch Transparenz, Öffentlichkeit, Bürgerbeteiligung, Stärkung der Repräsentation und den Kampf gegen alte und neue Nazis. Sie plädieren für die demokratische Teilhabe aller durch direkte Beteiligungsmöglichkeiten, für geschlechtergerechte Repräsentanz und für Bekämpfung der Korruption. Zur Demokratie gehören für sie Demonstrationen, mitunter auch ziviler Ungehorsam.

DIE LINKE will keine «marktkonforme Demokratie» wie die CDU, sondern will Märkte und Wirtschaft der Demokratie anpassen und dazu soziale und Bürgerrechte stärken. Wer verfügt über den gesellschaftlichen Reichtum, wer bestimmt, was, wann, wie, wo und in welchem Umfang produziert werde – solche Fragen betreffen nach Auffassung der LINKEN in ihrem Kern die Eigentumsfrage und daher das «Wesen der Demokratie». Die Partei bindet damit die Demokratie- an die Eigentumsfrage: Ohne ein leistungsfähiges öffentliches Eigentum, das heißt ein kommunales, regionales, genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches Eigentum, könne eine Demokratie nicht funktionieren.

Hinsichtlich der Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie fordern FDP, SPD, GRÜNE und LINKE Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene, während die Union sich zu diesem Thema nur bedingt äußert. Die FDP will diese direktdemokratischen Elemente verfassungsrechtlich verankern. DIE GRÜNEN wollen die Finanzierung bei Kampagnen für Volksentscheide transparent machen und die Spendenhöhe wie bei der Parteienfinanzierung begrenzen. DIE GRÜNEN und DIE LINKE fordern außerdem auch auf EU-Ebene Volksentscheide. DIE LINKE verlangt für Volksentscheide niedrige Zugangshürden sowie umfassende Informations- und Auskunftsrechte.

Ein gewisses Umdenken hat offenbar auch in der Union eingesetzt. So wollen CDU und CSU Betroffene vor allem bei Großvorhaben wie Flughafenerweiterungen oder dem Ausbau von Windkraftanlagen und Stromnetzen einbinden. Dies müsse bei der Klärung des Bedarfs beginnen und verbunden sein mit Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung. Außerdem solle die Geltungsdauer von Genehmigungen und Planfeststellungsbeschlüssen befristet werden. Die FDP setzt sich für Bürgerplenarverfahren und für ein fakultatives Gesetzesreferendum ein.

FDP, SPD, GRÜNE und LINKE wollen das Wahlrecht auf neue Wählergruppen ausweiten. SPD, GRÜNE und LINKE möchten das Mindestalter für Wahlberechtigte auf 16 Jahre senken. DIE LINKE fordert ein Wahlrecht für alle seit fünf Jahren in Deutschland lebenden Menschen. Die FDP plädiert

für ein kommunales Ausländerwahlrecht für Drittstaatsangehörige. DIE GRÜNEN streben das kommunale Wahlrecht auch für Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft an. Zudem treten sie dafür ein, das Wahlrecht für Obdachlose zu gewährleisten. SPD und GRÜNE setzen sich dafür ein, dass Menschen, die unter Betreuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird. DIE LINKE lehnt bei diesen Personen den Entzug des Wahlrechts generell ab. Nicht zuletzt fordert DIE LINKE die Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel.

Unterschiedliche Akzente setzen die Bundestagsparteien bei der informationellen Selbstbestimmung. GRÜNE und LINKE lehnen die Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich ab, die FDP lediglich die «anhaltslose» Vorratsdatenspeicherung. DIE LINKE wendet sich zudem strikt gegen Bestandsdatenauskünfte und Online-Durchsuchungen, gegen nichtindividualisierte Funkzellenabfragen, gegen Video-, Späh- und Lauschangriffe sowie gegen Rasterfahndungen. DIE LINKE plädiert für datenschutzfreundliche Technik, für datensparsame Grundeinstellungen bei Webdiensten, Smartphones, Tablet-Computern und Apps sowie für das Recht, die eigenen Daten «mitzunehmen» oder zu löschen. Sie ist für eine klare Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten.

DIE GRÜNEN stellen sich gegen ein Zwei-Klassen-Internet, wollen daher den Grundsatz der Netzneutralität gesetzlich verankern und das Fernmeldegeheimnis des Artikels 10 GG zu einem umfassenden Kommunikations- und Medienutzungsgeheimnis weiterentwickeln. Die SPD konzentriert sich bei diesem Thema auf einen besseren Schutz vor Überwachung und dem unkontrollierten Abspeichern sensibler Personaldaten von ArbeitnehmerInnen und fordert dazu ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

Die Union will bei der Überarbeitung des EU-Datenschutzrechtes das Recht auf Selbstbestimmung über die persönlichen Daten und den Schutz der Privatsphäre erhalten. Bei der Nutzung von persönlichen Daten müsse der «Grundsatz der ausdrücklichen Einwilligung gelten». Die CDU/CSU möchte das Recht auf das Löschen der eigenen Daten vor allem in sozialen Netzwerken und die Berücksichtigung des Datenschutzes in der Entwicklung neuer Techniken und Produkte durchsetzen.

FDP, SPD, GRÜNE und LINKE wenden sich explizit gegen jegliche Diskriminierung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder Behinderung und treten für geistige und körperliche Unversehrtheit, gegen weibliche Genitalverstümmelung und gegen häusliche Gewalt ein. Darüber hinaus setzen sich FDP und LINKE für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Pakt der UNO über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ein, das es Einzelpersonen ermöglicht, persönliche Rechte vor einem internationalen Gremium einzuklagen.

In der Asyl- und Flüchtlingspolitik wollen FDP, SPD, GRÜNE und LINKE eine ganze Reihe von restriktiven Bestimmungen abschaffen, während die Union auf diesem Politikfeld offenbar kaum Handlungsbedarf sieht. FDP, SPD und LINKE wollen die Residenzpflicht abschaffen. Nach dem Willen von FDP und GRÜNEN soll auch die Arbeitserlaubnispflicht für AsylbewerberInnen entfallen. Auch die SPD will ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Nach Auffassung der LINKEN stehe Asylsuchenden das gleiche Recht auf Arbeit, Grundsicherung und Gesundheitsversorgung zu wie den BürgerInnen Deutschlands. Die SPD will Leistungen für

AsylbewerberInnen nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren, GRÜNE und LINKE möchten das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen. DIE LINKE fordert darüber hinaus die Abschaffung der Unterbringung von Asylsuchenden in Sammellagern.

FDP, SPD und GRÜNE streben eine weitergehende Bleiberechtsregelung für AsylbewerberInnen an. Sie wollen das Aufenthaltsgesetz so ändern, dass ausreisepflichtige Jugendliche und Heranwachsende nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstige ausreisepflichtige Personen ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht erhalten. DIE LINKE fordert ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben.

## **AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK**

Alle im Bundestag vertretenen Parteien erklären, dass sich ihre Politik an der weltweiten Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte orientiert, an einer friedlichen, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung, an Armutsbekämpfung, politischer Stabilität und Völkerverständigung. CDU/CSU und FDP thematisieren in diesem Zusammenhang die «globale Verantwortung» Deutschlands und verbinden sie mit verlässlichen Partnerschaften und Bündnispflichten im Rahmen der UNO, der OSZE, der Nato und der EU. CDU/CSU, FDP und SPD wollen die militärische Zusammenarbeit in der EU vertiefen, die FDP und die SPD langfristig auch europäische Streitkräfte aufbauen. Nach dem Willen der LINKEN darf Krieg kein Mittel der Politik sein. DIE LINKE fordert deshalb den Rückzug aller deutschen SoldatInnen aus den Auslandseinsätzen.

In der Haltung zur Nato gibt es eine tiefe Kluft zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNEN auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während sich CDU/CSU, FDP und SPD zur Nato bekennen, wollen DIE GRÜNEN die Nato so reformieren, dass sie in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden kann. Russland und alle osteuropäischen Länder müssten eingebunden werden. Die Nato solle künftig Motor bei Rüstungskontrolle und Abrüstung sein. DIE LINKE fordert dagegen die Auflösung der Nato und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der Nato setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt.

CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE stehen zur Bundeswehr und ihren Auslandseinsätzen, binden aber Auslands- und Kampfeinsätze der Bundeswehr an das Völkerrecht sowie an Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates. DIE LINKE lehnt Kampfeinsätze der Bundeswehr ab. Sie will den Umbau der Bundeswehr in eine Einsatzarmee stoppen, die Bundeswehr in den kommenden vier Jahren drastisch verkleinern und zu einer strukturell nichtangriffs- und nichtinterventionsfähigen Armee abrüsten. Langfristig will DIE LINKE eine Welt ohne Kriege und deshalb ein Deutschland und ein Europa ohne Armeen. DIE LINKE und DIE GRÜNEN lehnen einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren ausdrücklich ab.

CDU/CSU, FDP und SPD bejahen den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, wollen ihn allerdings 2014/15 beenden. Ab 2015 soll sich die Bundeswehr vorrangig um die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte kümmern. Auch DIE GRÜNEN bekennen sich zu diesem Einsatz, wollen seiner Verlängerung über 2014 hinaus

jedoch nur als einer von der UN mandatierten *peace building mission* (ohne Kampfauftrag und Aufstandsbekämpfung) zustimmen. DIE LINKE fordert dagegen den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Nahtlos müsse ein tragfähiges, ziviles Sicherheitskonzept umgesetzt werden.

## RESÜMEE

Ein Vergleich der Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, der GRÜNEN und der LINKEN zur Bundestagswahl 2013 verdeutlicht die verschiedenen Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien, zeigt ihre Nähe oder Ferne und hilft, sowohl mögliche Kooperationen als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zu antizipieren. Eine Einordnung der Parteien – bezogen auf derartige übergreifende Politiklinien – gestaltet sich jedoch schwierig, wenn man sämtliche Politikfelder betrachtet. Wie bei der Bundestagswahl 2009 ist auch 2013 das Bild hinsichtlich Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik am klarsten.

1. Auf der *Achse «Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung»* bilden die FDP und die Partei DIE LINKE die Gegenpole. Die CDU/CSU befindet sich auf dieser Achse nahe bei der FDP. Das Programm der SPD liegt näher bei einer Sozialstaatsorientierung. DIE GRÜNEN sind zwischen der SPD und der LINKEN einzuordnen. Die Forderungen der Partei DIE LINKE gehen zum Teil weit über diejenigen von SPD und GRÜNEN hinaus, insbesondere was mögliche Auswege aus Europas Krisen betrifft.

2. Betrachtet man die Politikfelder Demokratie und Bürgerrechte, dann bilden auf der *Achse «libertäre versus autoritäre Orientierung»* die CDU/CSU auf der autoritären Seite und die LINKE sowie DIE GRÜNEN auf der libertären Seite die Gegenpole. Die SPD befindet sich hier dazwischen, die FDP näher bei GRÜNEN und LINKEN.

3. Auf der *Achse «nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus weltoffene Orientierung»* steht die Union eher auf der Seite des Nationalen. DIE LINKE und DIE GRÜNEN sind auf dem Pol der Weltoffenheit zu verorten. Auch hier liegt die SPD dazwischen. Die FDP changiert mit dem Blick auf die größtmögliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zwischen einer nationalen Orientierung wie in der Frage von Eurobonds und europäischem Schuldentilgungsfonds und einer weltoffenen Orientierung wie beim Einwanderungs- und Asylrecht. In Bezug auf die Europäische Union streben SPD, FDP und GRÜNE die Vertiefung zur politischen Union an, DIE LINKE dagegen einen Neustart der EU mit einer grundlegenden Veränderung ihrer vertraglichen Basis.

4. In der Außen- und Sicherheitspolitik stehen sich CDU/CSU, FDP und SPD auf der einen und DIE LINKE auf der anderen Seite gegenüber. Erstere bekennen sich zur Nato und zu Militäreinsätzen, auch in Afghanistan. DIE LINKE hingegen lehnt generell Kriegseinsätze, auch UN-mandatierte, ab. Sie will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, will die Nato auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ersetzen. DIE GRÜNEN positionieren sich zwischen diesen Polen – näher bei CDU/CSU, FDP und SPD.

Insgesamt gibt es (wie schon 2009) die größten programmatischen Schnittmengen zwischen den GRÜNEN und der Partei DIE LINKE auf den Gebieten Ökologie, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik. Auch bei SPD und LINKEN

gibt es neben deutlichen Differenzen auf vielen Politikfeldern (vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik) ähnliche Positionen («gute Arbeit», einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, Bürgerversicherung, soziale Demokratie).

Auffällig ist dieses Mal allerdings zum einen, dass sich die Unionsparteien mit ihrem Wahlprogramm partiell anschlussfähig nach drei Seiten präsentieren: für die Fortsetzung der Koalition mit der FDP, für eine Große Koalition, aber auch für ein schwarz-grünes Regierungsbündnis (Stichworte: Energiewende, Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch). Auffällig ist zum anderen die große Übereinstimmung in den Programmen von SPD und GRÜNEN hinsichtlich konkreter Vorhaben (vor allem in der Steuerpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik und in der Sozialpolitik, aber auch in umweltpolitischen Fragen). Auffällig ist schließlich, dass DIE LINKE – bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit SPD und GRÜNEN in vielen Fragen – immer wieder bemüht ist, eigene Akzente zu setzen, um sich von der linken Konkurrenz abzuheben. Sie profiliert sich insbesondere als *die* Partei der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

## QUELLEN

- CDU/CSU: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013–2017, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin [2013], 78 S.
- FDP: Bürgerprogramm 2013, beschlossen auf dem Bundesparteitag vom 4. bis 5. Mai 2013 in Nürnberg, hrsg. von der Freien Demokratischen Partei, Bundesgeschäftsstelle, Berlin 2013, 103 S.
- SPD: Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013–2017, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Berlin [2013], 118 S.
- Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hrsg. von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin 2013, 336 S.
- 100 Prozent sozial. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013, Berlin [2013], 90 S.

Einen ausführlichen Vergleich der angegebenen Wahlprogramme zur Bundestagswahl im September 2013 (unter Einschluss weiterer Politikfelder) finden Sie in der Reihe «papers» der Rosa-Luxemburg-Stiftung und unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de).

Cornelia Hildebrandt ist stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse, Dr. Jochen Weichold Leiter des Bereiches Archiv und Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

PETER DAHLGREN

## VERBESSERN SOZIALE MEDIEN DIE DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION?

BEDEUTUNG UND SCHWIERIGKEITEN EINER REALISTISCHEN EINSCHÄTZUNG

Über Rolle und Bedeutung sozialer Medien für die Demokratie wird unvermindert intensiv debattiert und geforscht, vor allem was die Bürgerbeteiligung in der Politik anbelangt. Diskussionen dazu tragen häufig entweder einen optimistischen oder einen pessimistischen Charakter, wobei Forschungsergebnisse scheinbar beide Argumentationen belegen können. Andere Stimmen wiederum mahnen bei diesem Thema zu weniger Leidenschaft und mehr Realismus. Der vorliegende Aufsatz teilt letztere Ansicht. Er betont jedoch auch, dass es zuweilen nicht ganz einfach ist, realistisch zu sein: Um die Wirkung sozialer Medien zu verstehen, müssen wir sie in ihren sozialen Kontexten betrachten. Auch wenn dies kompliziert sein kann, erweist es sich doch als die beste Vorgehensweise. In diesem Aufsatz wird aus einer kontextualisierenden Perspektive heraus versucht, sowohl das demokratische Potenzial als auch die Grenzen sozialer Medien auszuloten. Dies schließt das Verständnis dessen mit ein, wie soziale Medien in unser tägliches Leben integriert sind. Deshalb werden Art und Weise (medial) vermittelter politischer Partizipation ebenso beleuchtet wie einige technische und soziale Merkmale, die den Charakter sozialer Medien formen.

Die Bedeutung der sozialen Medien für Demokratie und Partizipation ist ein immer wichtigeres Thema in der öffentlichen Debatte und in der Forschung geworden. Bis heute spiegeln sich dort Diskussionen wider, die Mitte der 1990er Jahre geführt wurden. Damals wurde das Internet zu einem Massenphänomen. Die Diskussionen in Zeiten des Web 2.0 sind jedoch viel komplexer, weil die Medienlandschaft sich rasant weiter entwickelt hat. Zudem sind die heutigen Debatten geprägt durch sich scheinbar widersprechende Forschungsergebnisse, die sowohl die enthusiastische als auch die skeptische Haltung zu sozialen Medien stärken. Andere Stimmen wiederum argumentieren, dass Emotionalität bei diesem Thema vermieden werden und man stattdessen «realistisch» sein sollte.

Während ich vollkommen damit übereinstimme, dass wir uns bemühen sollten, so realistisch wie möglich zu sein, ist es nicht immer leicht, diesen Realismus in der Praxis umzusetzen. Das liegt darin begründet, dass soziale Medien nicht in einem sozialen Vakuum agieren. Ihre Bedeutung und Wirkung sind viel mehr kontextabhängig. Auch wenn wir letzten Endes keine endgültigen Schlüsse ziehen können, so bietet eine kontextabhängige Perspektive doch eine viel bessere Chance, Potenziale und Grenzen sozialer Medien realistisch einzuschätzen und sie als demokratische Kraft zu nutzen.

Zu Beginn werde ich kurz – vor dem Hintergrund einer Demokratie, die sich in der Krise befindet – einige der wichtigsten Argumente zur Rolle sozialer Medien skizzieren. Davon ausgehend werde ich einen Blick auf soziale Medien als Teil unseres Alltagslebens werfen. Wichtig ist dieses kontextualisierende Verständnis vor allem, wenn wir die politische Funktion sozialer Medien analysieren möchten.

Anschließend widme ich mich der Idee von politischer Partizipation durch Medien, als einer wichtigen Dimension der Problemstellung. Schließlich komme ich auf etwas zu sprechen, das ich als Web-Logiken bezeichne – grundlegende Eigenschaften, die den Charakter sozialer Medien formen.

### UMSTRITTENE ARGUMENTATIONEN

Darin, dass sich die Demokratie in den westlichen Gesellschaften in ernststen Schwierigkeiten befindet, stimmen die meisten BeobachterInnen überein. Verschiedene Ansichten gibt es hingegen darüber, weshalb dies der Fall ist und was angesichts dessen zu tun sei. Offensichtlich sind der Angriff des Neoliberalismus und dessen Marktorientierung, die mit der Globalisierung und einem Rückgang der relativen staatlichen Macht einhergehen, von zentraler Bedeutung für das Verständnis der demokratischen Missstände. Der korrumpierende Einfluss von Vermögensinteressen auf die Politik ist ebenfalls ein Schlüsselfaktor. Daneben gibt es viele verschie-

dene, oft informelle Mechanismen der Exklusion, mit denen die politische Wirkungskraft der BürgerInnen ausgehöhlt werden. Andere Stimmen verweisen auf einen zügellosen Individualismus und eine verminderte Solidarität oder auch auf eine wachsende soziale und kulturelle Heterogenität als Ursache. Während die jeweiligen nationalen Erzählungen variieren, wird das demokratische Defizit in der EU dennoch von den meisten BürgerInnen der Mitgliedsstaaten als solches erkannt. Generell besteht Konsens darüber, dass die Vitalität und vielleicht sogar das Überleben der Demokratie nicht als sicher gelten können. Ironischerweise ist dies insbesondere seit dem Zusammenbruch des Kommunismus der Fall.

Zu den Schwierigkeiten, denen das demokratische System ausgesetzt ist, gehört ein allgemeiner Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements. Die Loyalität gegenüber Parteien nimmt ab und ebenso die Beständigkeit im Abstimmungsverhalten. BürgerInnen reagieren zunehmend mit Zynismus und einem Gefühl der Machtlosigkeit. Gleichzeitig erhalten alternative, sich außerhalb des parlamentarischen Systems positionierende politische Projekte wachsenden Zulauf und es entstehen allerorten Protestparteien, vor allem der Rechten. Dies schließt auch ideologisch gemischte Gruppierungen wie die Piratenpartei mit ein. Verglichen mit der Anzahl von BürgerInnen, die sich auf vielfache Weise aus der Mainstreampolitik ausgeklinkt zu haben scheinen, muss man allerdings feststellen, dass die Zahl der dort aktiven Menschen meistens recht gering ist.

Wir scheinen komplett von sozialen Medien umgeben zu sein. Es überrascht daher nicht, dass einige AnalystInnen (die enthusiastische Fraktion) hierin eine Art Schnell-Stabilisator für die Demokratie sehen. Die SkeptikerInnen hingegen sind der Ansicht, soziale Medien würden zu keinen wirklichen Veränderungen führen und könnten im Gegenteil gar schädlich für die demokratische Entwicklung sein. Werfen wir doch einen Blick auf die wichtigsten Argumente.

Die EnthusiastInnen feiern die Tatsache, dass soziale Medien horizontale, zivilgesellschaftliche Kommunikation fördern und Individuen und Gruppen miteinander in Kontakt bringen können. Auch sind die neuen, mit dem Web 2.0 verbundenen Technologien sehr preiswert und einfach zu handhaben. Dies ermöglicht ein großes Maß an kreativer Beteiligung. Die EnthusiastInnen verweisen außerdem darauf, dass den sozialen Medien angesichts von Debatten, bei denen häufig politische und persönliche Bereiche miteinander verbunden werden, eine Schlüsselrolle in der Meinungsbildung zukommt. In den sozialen Medien können politische Themen schnell «ausbrechen», indem Engagement mobilisiert wird oder Themen «viral» werden. Vor allem für jene, die im alternativen Politikbereich aktiv sind, sind soziale Medien eine unermessliche Ressource. Und tatsächlich wird auch argumentiert, dass viele Aktivitäten sozialer Bewegungen, zivilgesellschaftlicher Bündnisse, Nichtregierungsorganisationen oder anderer Akteure ohne die Hilfe dieser Medien nicht einmal existieren würden.

Überdies können soziale Medien dafür sorgen, dass Menschen eigene Kompetenzen, im Sinne von Empowerment, erfahren. Immer mehr BürgerInnen engagieren sich sogar in Aktivitäten, die dem Journalismus ähneln. Nicht zuletzt zeichnen sich die Ausdrucksformen in den sozialen Medien durch eine große Vielfalt aus und sind nicht an eine strikt rationale Form gebunden. Dadurch wird es möglich, dass viele verschiedene Stimmen in verschiedenen Tonlagen Gehör finden.

Die SkeptikerInnen kontern hingegen mit dem Fakt, dass der Zugang zum Internet im Allgemeinen und zu sozialen Medien im Besonderen, nicht per se dazu führt, dass Menschen sich politisch engagieren. Denn politisches Partizipieren basiert auf einem Wechselspiel vieler weiterer Faktoren. Außerdem steht Politik für gewöhnlich ganz weit unten auf der Liste der Aktivitäten, für die soziale Medien genutzt werden. Und angesichts des intensiven Wettbewerbs um Aufmerksamkeit sind Menschen im Internet auch tatsächlich mit einer scheinbar unendlich großen Zahl von Möglichkeiten konfrontiert, wie sie mit Informationen, Konsum, Entertainment, geselligem Beisammensein und weiteren Erfahrungen umgehen. Die meisten dieser Möglichkeiten haben jedoch nichts mit Politik zu tun. Und BürgerInnen können, wenn sie erst einmal online sind, auch ohne Weiteres in die Rolle von KonsumentInnen wechseln.

Weiter argumentieren die SkeptikerInnen, dass bedauerlicherweise auch Mobbing und Schikane im Netz sehr verbreitet sind und so zuweilen Stimmen zum Schweigen gebracht werden. Darüber hinaus können soziale Medien in autoritären Regimen auch für die politische Kontrolle genutzt werden. Erst kürzlich ist uns bewusst geworden, wie stark selbst demokratische Regierungen die sozialen Medien zur politischen Überwachung nutzen.

Knapp umrissen sind dies einige Hauptargumente beider Lager. Wenn wir die etwas plumpe Frage stellen: «Können soziale Medien die Demokratie sichern?», muss die Antwort ein deutliches «Nein» sein. Denn das Dilemma der Demokratie besteht nicht in einem Mangel aus Bildschirmen oder Tastaturen. Wenn wir uns allerdings vor Augen führen, wie tief greifend soziale Medien auf andere Sphären des sozialen Lebens einwirken, wäre es verwunderlich, wenn soziale Medien nicht ebenso in die Sphäre der Politik hineinwirken würden. Der erste Schritt zur Stärkung einer realistischen Perspektive besteht daher in der Annahme, dass sowohl EnthusiastInnen als auch SkeptikerInnen in gewisser Weise ihre Erkenntnisse überbewerten. Im Folgenden soll diese Vermutung ein wenig genauer unter die Lupe genommen werden.

## **EIN BESTANDTEIL DES ALLTAGSLEBENS**

Das Web als Sammelbegriff umfasst nicht zuletzt das, was wir als soziale Medien bezeichnen. Letztere sind meist der relevanteste Aspekt des Internets in Bezug auf Partizipation. Doch die häufige Verwendung des Begriffs «soziale Medien» lenkt von der Tatsache ab, dass eine Vielzahl technischer Plattformen zu verschiedenen Zwecken verwendet werden kann. Deshalb müssen wir sehr genau sein, wenn wir über soziale Medien sprechen. Und wir müssen vorsichtig sein, wenn wir Schlussfolgerungen aus einer bestimmten Form ziehen, obwohl die Fakten auf einer anderen Form beruhen.

Facebook bietet für Diskussionen beispielsweise vielfältigere Kommunikationsmöglichkeiten als Twitter. Twitter ist jedoch viel nützlicher, um Kurzbotschaften, etwa beim Koordinieren einer großen Demonstration, sehr schnell an eine große Personenzahl zu versenden. Im Gegensatz dazu kann YouTube unter anderem dazu genutzt werden, politische Veranstaltungen direkt audiovisuell zu dokumentieren, während Blogs sich eher für das Präsentieren einer persönlichen politischen Sichtweise eignen. Der Kontext der jeweiligen Nutzung spielt eine besondere Rolle.

Soziale Medien haben ein Umfeld geschaffen, in dem mehr und mehr Menschen viel Zeit mit einer Vielzahl von Ak-

tivitäten verbringen. Das reicht von der sozialen Interaktion mit Freunden bis hin zum Bloggen von Klatsch und Tratsch, von der Suche nach Musik bis zur Suche nach Nachrichten, vom Einkaufen bis zum Finden eines Partners oder einer Partnerin. Soziale Medien sind zu Websites geworden, deren Existenz uns selbstverständlich erscheint und in die ein immer größer werdender Teil des Alltagslebens eingebettet ist. Und obwohl wir zwischen On- und Offline-Kontexten noch immer einen Unterschied machen können und auch sollten, ist unser Alltagsleben abhängig von deren Verflochtenheit. Diese Eigenschaft ist besonders wichtig für das Thema der Partizipation: Denn soziale Medien, so scheint es, können einen viel leichteren Zugang zu Politik bieten.

Derartige Medien verstärken zudem die Vernetzung als Form der sozialen Organisation. Netzwerke sind wichtig, weil sie horizontale Kommunikation ermöglichen. Menschen und Organisationen können sich direkt miteinander vernetzen, um Informationen auszutauschen, sich gegenseitig Unterstützung anzubieten, sich zu organisieren, zu mobilisieren oder kollektive Identitäten zu stärken. Netzwerke bieten eine Kommunikationsstruktur, die für nicht-hierarchische, demokratische soziale Beziehungen gut geeignet ist. Netzwerke sind niemals völlig statisch. Sie befinden sich, als Reaktion auf interne und externe Effekte, in ständiger Entwicklung und passen sich an, wenn Situationen sich ändern. Bezogen auf das Engagement innerhalb einer Demokratie ist diese Anpassungsfähigkeit natürlich von großer Bedeutung.

Nicht zuletzt kann das vermittelte Terrain des sozialen Lebens als etwas verstanden werden, das sich permanent in Bewegung befindet, mit konstanten Neuerungen, sowohl was den Inhalt als auch was die Form angeht. Sich selbst täglich in dieses intensive dynamische Milieu zu begeben, heißt, sich an eine Kultur des ununterbrochenen Wandels anzupassen – auch wenn die NutzerInnen selbstverständlich ihre eigenen stabilisierenden Routinen im Umgang mit dem Internet entwickeln. Soziale Medien bringen häufig eine dramatische Erweiterung des persönlichen Bezugsrahmens von Menschen mit sich. Das kann bereichernd sein, aber auch Stress erzeugen. Letzteres Phänomen ist auch als FOMO (Fear Of Missing Out – Deutsch etwa: Angst, etwas zu verpassen) bekannt. Kurz gesagt, die Verflechtung sozialer Medien mit Schauplätzen des Alltags ist beides: sowohl stärkend als auch ablenkend.

## DIE MEDIAL VERMITTELTE PARTIZIPATION UND IHRE DYNAMIKEN

Während es in diesen Tagen schwieriger sein kann, sicher zu definieren, was «Politik» ist (angesichts zahlreicher neuer Formen die sie annimmt, einschließlich persönlicher Politik, Einzelthemenpolitik, Lebenspolitik, Lifestyle-Politik, Kulturpolitik, Identitätspolitik und so weiter), muss politische Partizipation an einem bestimmten Punkt mit den Machtverhältnissen in Berührung kommen. Diese Machtdimension ist Teil aller sozialen Beziehungen, sowohl auf der Mikro-Ebene unseres Alltagslebens als auch in größeren, strukturellen Ebenen der Gesellschaft. Es geht nicht um die Möglichkeit oder gar die Notwendigkeit, Machtbeziehungen zu beseitigen. Vielmehr geht es darum, Ungleichheiten oder illegitime Formen von Macht infrage zu stellen. Eine der größten Errungenschaften der Demokratie ist, dass wir das in zivilisierter Form ohne die Anwendung von Gewalt tun können.

Folglich besteht politische Partizipation aus mehr als nur dem Zugang zu Medien oder kommunikativer Interaktion.

Diese sind zwar häufig notwendig, aber für wirkliche Politik niemals ausreichend. Politik bedeutet immer auch einen gewissen Grad an Streit und Auseinandersetzung in der sozialen Welt. Es ist daher hilfreich, die Unterscheidung von Partizipation *in* den Medien und Partizipation *über* die Medien im Kopf zu behalten. Das Partizipieren *in* den Medien kann einen politischen Effekt mit sich bringen – etwa Auseinandersetzungen über die redaktionelle Kontrolle eines Diskussionsforums. Am häufigsten geht es hierbei jedoch um ein leidenschaftliches Engagement in der symbolischen Welt der Medien selbst, das keine praktische Auswirkung für die jenseits davon liegende soziale Welt hat (mit der möglichen Ausnahme einer gewissen ideologischen Stärkung).

Partizipation *über* die Medien führt uns andererseits in die sozialen Sphären jenseits der Medien. Die Partizipation in diesen Sphären wird durch die Medien ermöglicht, doch der Fokus des Engagements liegt auf jenen Zusammenhängen und Themen, mit denen Medien die Menschen in Kontakt bringen. Unsere Beziehung zum Sozialen nimmt zunehmend den medial vermittelten Weg. Somit wächst die Bedeutung sozialer Medien, wie auch die anderer Medienformen. Hier stößt man auf eher kontextuelle Fragestellungen: Weil das politische Leben zunehmend medial vermittelt wird, ist es notwendig, sich bewusst zu sein, auf welche Art und Weise sie die Partizipation beeinflussen. Hinsichtlich der sozialen Medien wäre es wichtig, kurz auf etwas einzugehen, was als «Web-Logiken» bezeichnet werden könnte.

## WEB-LOGIKEN

Die vorherrschenden Strukturen wirtschaftlicher und politischer Macht in der Gesellschaft neigen dazu, sich im Web ebenfalls zu entfalten. Sie sind zudem verflochten mit den wichtigsten Logiken, die das Internet und die sozialen Medien definieren. Drei große Kategorien von Web-Logiken lassen sich bestimmen: zuerst die *technischen* Logiken, die sich aus der grundlegenden Architektur und Infrastruktur des Internets ableiten. Sichtbar werden sie in der generellen Netzwerkstruktur des Internets, in den Links sowie im spezifischen technologischen Angebotscharakter vorhandener Werkzeuge und Plattformen. Zweitens gibt es *politisch-wirtschaftliche* Logiken. Diese Logiken lenken unsere Aufmerksamkeit auf die Konzentration und die Privatisierung von Besitz. Sie rücken den Prozess der Kommerzialisierung im Rahmen des Internets als auch des Netzes selbst in den Fokus. Drittens gibt es *soziale* Logiken. Diese sind soziokultureller Natur und eingebettet in die Praktiken der NutzerInnen: digitale Kompetenzen, Muster der Nutzung und Dynamiken sozialer Netzwerkbeziehungen.

Das Wechselspiel zwischen technischen, politisch-wirtschaftlichen und sozialen Logiken bietet einen generellen Ansatz für die Herausarbeitung kontextueller Merkmale von sozialen Medien. Ändern sich Umstände und Verwendung sozialer Medien, können sich auch die Logiken weiterentwickeln. Dennoch können sie zu jedem beliebigen Zeitpunkt als signifikante Parameter dienen, welche die Internet-Nutzung lenken. Die Web-Logiken wirken zudem in komplexen Beziehungen, die sich gegenseitig verstärken oder einander widersprechen können, obgleich es eine Tendenz zur Dominanz der politisch-ökonomischen Dynamiken gibt. Dabei hängt ihre hegemoniale Position, die sich nicht zuletzt durch regulatorische Mechanismen und kommerzielle Imperative ausdrückt, natürlich mit der hegemonialen Position des Neoliberalismus im allgemeineren Sinne zusammen.

Wenn wir die technischen Logiken näher betrachten, fällt die Rolle von Google und Googles Einfluss auf die Funktionsweise des Internets auf. Die Bedeutung der technischen Logiken von Google kann kaum überschätzt werden. Mittlerweile verfügt dieser Koloss über den größten Informationspool der Weltgeschichte: sowohl von privaten als auch von öffentlichen Daten. Diese Entwicklung ist in vielerlei Hinsicht völlig überraschend. Google bestimmt nicht nur, wie wir Informationen suchen, sondern auch, welche Information verfügbar ist und wie wir diese ordnen, speichern und verwenden. Kurzum: Diese von Google vorgegebenen Strukturen sind mittlerweile ein ganz entscheidendes Merkmal der Netzarchitektur, und «googeln» ist gar zum Verb geworden.

Das Unternehmen konzentriert durch sein Wachstum mittlerweile eine enorme Macht auf sich, die zu großen Teilen nicht bezifferbar ist. Sie versteckt sich hinter dem fröhlichen Konzernmotto: «Don't be evil» (zu Deutsch etwa: Sei nicht böse). Diese Macht gründet auf einem enormen Vertrauen, das Google aufzubauen gelungen ist. Doch zunehmend tauchen sehr ernste Fragen zu Copyright und Datenschutz auf. Fragen danach, wie Google seine Informationen nutzt. Fragen nach Googles eigener Agenda beim Bemühen, globales Wissen zu ordnen, und Fragen nach der Rolle von Google in der Demokratie. Die wirklich beeindruckenden Leistungen sollen damit keineswegs geschmälert werden. Allerdings hat Google eine Position erlangt und verfolgt bestimmte Aktivitäten, die zwar angesichts seiner Position völlig logisch sind, die jedoch Fragen aufwerfen hinsichtlich der Themen Informationen, Demokratie, Verantwortung und Macht im Internet.

Google setzt bei der Sammlung von verbraucherbezogenen Daten auf Überwachung und Eingriffe in den Datenschutz von BürgerInnen. Zudem verweigert der Konzern Transparenz, etwa beim Algorithmus seines Website-Rankings oder beim Suchprozess von Google Scholar. Mit einem komplexen System für das Ordnen von Suchergebnissen passt Google seine Anzeigen den Suchparametern an. Es werden private, vermarktbar Datenbanken erstellt und zum Höchstgebot verkauft. Häufig handelt es sich bei den KäuferInnen um neuartige Unternehmensformen aus der High-tech-Marketingbranche. Diese entwickeln sowohl individuelle als auch Haushaltsprofile und arbeiten dabei zu einem großen Teil im Feld der sozialen Medien.

Wir alle hinterlassen täglich persönliche elektronische Spuren. Diese werden gesammelt, gespeichert, verkauft. Sie werden von einer Vielzahl von AkteurInnen – nicht nur von Google – für kommerzielle Zwecke genutzt. Dieser Verkauf persönlicher Informationen erfolgt ohne unser formelles Einverständnis, häufig jedoch durch diskrete, freundlich erscheinende Strategien. Verweigern wir uns dem, so schneiden wir uns selbst von den wesentlichen Angeboten des Internets ab. Jegliche Partizipation im Netz, selbst die politisch radikalste, füttert das kommerzielle System, das die Infrastruktur des Internets stellt, mit Daten. Die technischen Logiken verschmelzen auf diese Weise mit politisch-wirtschaftlichen Logiken.

Angesichts der auf persönlichen Profilen fußenden Suchlogik können zwei Personen, die bei Google dieselben Suchbegriffe eingegeben haben, zudem Treffer erhalten, die sich signifikant voneinander unterscheiden. Dies kann sich verheerend auf das Konzept des öffentlichen Wissens auswirken: Mitglieder abgeschotteter Gruppen können ihre Vorurteile bestätigt finden, anstatt durch den Filterprozess

herausgefordert zu werden. Auf lange Sicht könnte dies die demokratische Kultur der Debatte über unterschiedliche Standpunkte gefährden.

Nun kann man hierauf freilich entgegenen, dass es sich dabei um eine zu vernachlässigende Irritation handele: Wir können mit unsinnigen kommerziellen Pop-up-Fenstern und sogar dem Sammeln unserer kommerziellen Daten leben, wenn dies der Preis ist, den wir für die Nutzung von Internet und sozialen Medien zahlen müssen. Doch bei einer nur leichten Änderung der Verhältnisse können solche Daten ernste Folgen für unsere politische Freiheit haben. Die jüngsten Enthüllungen über globale US-Spionage, die zum Teil auf der Zusammenarbeit mit AnbieterInnen von sozialen Medien basiert, haben dies noch einmal verdeutlicht.

Während wir – indem wir persönliche Informationen anbieten – indirekt beziehungsweise faktisch mit Google kooperieren, sind wir selbst sehr aktiv dabei, das System mit persönlichen Daten zu füttern, wenn es um Facebook (jetzt mit mehr als einer Milliarde NutzerInnen weltweit) geht. Wir sollten alle sorgsamer mit der Art von Informationen sein, die wir Anderen über uns zur Verfügung stellen. Dabei sollten wir auch bedenken, wem wir Informationen liefern. Die Seiten sozialer Medien wie YouTube, Facebook und Twitter sind ebenso zu wichtigen Kanälen der politischen Kommunikation geworden, wie zu Vertriebswegen und Quellen journalistischer Informationen. Sie bilden einen Großteil der öffentlichen Sphäre politischer Kommunikation. Genutzt werden die sozialen Medien für parlamentarische wie auch für alternative Politik, wobei das Politische und das Soziale mit dem Persönlichen vermischt werden, ebenso wie Zivilgesellschaft mit Konsum und dem Vergnügen.

Diese Internetseiten sozialer Medien sind zudem die Hauptlieferanten dessen, was «Big Data» genannt wird. Gemeint sind damit die riesigen Mengen an persönlichen Daten über Internet-NutzerInnen, die routinemäßig bei deren Aktivitäten und Transaktionen gesammelt werden. Als Folge davon sind Websites sozialer Medien auch zum Schauplatz massiver Marketingbestrebungen geworden. Das Klicken des «Gefällt mir»-Buttons sendet Signale an Netzwerke, in denen auf der Grundlage gemeinsamer Geschmäcker starkes Vertrauen erzeugt und vorstrukturiert wird. Diese Vertrauenswürdigkeit wird anschließend in Werbekapital umgewandelt. Die politisch-ökonomische Logik ist knallhart.

Wie bereits bei Google sind auch hier die gesammelten Daten für kommerzielle Zwecke bestimmt. Doch es sei noch einmal gesagt: Die Veränderung sozialer Kontexte kann neue Verwendungen und neue Bedeutungen privater Informationen bewirken. Bei Facebook ist der Wechsel vom Privaten zum Öffentlichen viel einfacher (viele Beispiele davon sind bereits Teil urbaner Folklore geworden). Das führt zu Peinlichkeiten, Verstrickungen, dem Verlust des Arbeitsplatzes und/oder Verleumdung. Auch Datendiebstahl ist einfacher und wurde auch bereits häufig realisiert. Die digitalen Speichersysteme dieser Seiten sind schlichtweg nicht zuverlässig. Deshalb bedeutet auch bei Facebook und ähnlichen sozialen Medien mit zu machen, sich selbst der Überwachung auszusetzen und den eigenen Datenschutz zu gefährden.

Die sozialen Logiken dürften weniger deutlich zu identifizieren sein, obwohl auch sie wirksam sind. Bei der Rolle von Facebook als Ort für politische Diskussionen übernimmt der «Gefällt mir»-Button eine wichtige Rolle. Während es schlicht menschlich ist, sich von Personen angezogen zu fühlen, die einem selbst ähneln und in ähnlicher Art und Weise denken,

ist dies nicht notwendigerweise eine gesunde Basis für Demokratie oder politische Partizipation. Es wird geklickt, um Menschen und Ideen zu unterstützen, die einem ähnlich sind. Dadurch werden Netzwerke von Gleichgesinnten geschaffen und zementiert (es gibt keinen «Gefällt mir nicht»-Button).

Eine weitere soziale Logik, die auf dem Vormarsch zu sein scheint und die uns bezogen auf Partizipation und demokratische Kultur beunruhigen sollte, ist eine Form der personalisierten Sichtbarmachung und der Selbstvermarktung. Wenn (vor allem) jüngere Menschen sich der Politik zuwenden, so scheint es, als ob die Muster digitaler sozialer Interaktion in zunehmendem Maße ins Politische übertragen würden. ForscherInnen konstatieren, dass BürgerInnen, die in der Lage sind, mit digitalen Medien umzugehen und in vielfältiger Weise ausgebildet sind, sich im Allgemeinen auch von einem früher üblichen zivilgesellschaftlichen Habitus abgewandt haben. So ist es beispielsweise unter den BürgerInnen einiger Demokratien nicht so offenkundig, dass Demonstrationen oder andere Formen des sich Versammelns notwendigerweise eine attraktive oder effektive Form politischer Praxis sind. Die Tendenz, einfach vor dem Bildschirm zu bleiben, kann die politische Langzeitwirkung von Partizipation nur unterminieren. Oft wird dies «Slacktivism» (Anm. d. Ü.: Wortkombination aus dem Engl. *slack*, «lustlos», «schlaff» und dem Engl. *activism*, «Aktivismus») genannt – ein komfortabler, medienzentrierter Modus politischer Aktivität, bei dem das «Sich gut fühlen» Vorrang vor dem politischen Engagement hat.

Es ist gut möglich, dass das Online-Setting, mit seinem mächtigen Angebotscharakter, von einem Engagement jenseits seiner selbst abschreckt: Soziale, technische und politisch-wirtschaftliche Logiken stehen daher miteinander in Wechselwirkung, um das Favorisieren von Partizipation *in* den Medien zu erreichen und die Bedeutung der Partizipation *über* die Medien zu beschränken. Obwohl es verständlich ist, dass sich Menschen in eine scheinbar leichter zu kontrollierende Umgebung zurückziehen, so wird damit doch ein historisch neuer – und beunruhigender – Modus von demokratischer Partizipation eingeführt.

## DIE RÜCKERLANGUNG DES REALISMUS

Die sich verschiebenden, einander überlappenden und zeitweise widersprüchlichen Kontexte bei der Nutzung sozialer Medien werden von den Web-Logiken selbst noch verstärkt. Dadurch wird die Frage nach der Bedeutung sozialer Medien im Hinblick auf Partizipation in der Demokratie zu einer sehr komplizierten Angelegenheit. Wir können darauf keine einfache, eindeutige Antwort geben. Vielmehr müssen wir konkrete gesellschaftliche Kontexte innerhalb ihrer politischen Situation, ihrer kulturellen Strömungen und nicht zuletzt ihrer medialen Merkmale betrachten. Nur so können wir zu mindest erahnen, was im konkreten Fall vor sich geht.

Von diesem Punkt aus können wir dann, wenn auch vorsichtig, mit einigen Verallgemeinerungen beginnen. EnthusiastInnen und SkeptikerInnen haben ihre Horizonte abgesteckt. Dies kann man nutzen, dennoch können wir die realistischen Perspektiven auf den Beitrag sozialer Medien zur Demokratie nur mithilfe einer behutsamen Kontextualisierung zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Die Demokratie wird nicht durch Medientechnologien gerettet werden. Soziale Medien können diesbezüglich einen wichtigen Beitrag leisten, sie können jedoch auch dazu genutzt werden, die Probleme der Demokratie zu verschärfen. Letzten Endes können nur die BürgerInnen die Demokratie wiederbeleben und weiter ausbauen. Das ist unsere einzige realistische Option.

Peter Dahlgren ist emeritierter Professor am Institut für Kommunikation und Medien der schwedischen Universität Lund. Sein Arbeitsschwerpunkt sind Medien und Demokratie, wobei sein spezieller Fokus auf dem Internet und politischer Partizipation liegt. Er ist in internationalen akademischen Netzwerken aktiv und war als Gastwissenschaftler an vielen Universitäten tätig. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen *The Political Web* (Palgrave 2013), *Media and Political Engagement* (Cambridge University Press, 2009) und der gemeinsam mit anderen AutorInnen herausgegebene Sammelband *Young People, ICTs and Democracy* (Nordicom, 2010).

DENIZ UTLU

## FÜR TRAUER UND ZORN

### PLÄDOYER GEGEN EINE ÖKONOMIE DES GEDENKENS

Im November 2011 wurde durch eine Explosion schlagartig bekannt, dass eine Nazi-Terrororganisation, der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU), zehn Jahre lang in der gesamten Bundesrepublik Migranten oder deren Nachkommen gemordet hatte. Für die meisten war dies – aus unterschiedlichen Gründen – ein Schock. Die unterschiedlichen Gründe für den Schock erzeugten einen Bedarf an unterschiedlichen Formen des Gedenkens, die sich zum Teil widersprechen oder gar gegenseitig ausschließen.

Immer gab es etwas einzuwenden gegen die eine oder andere Form des Gedenkens. Beim Schweigen gegen das Schweigen sagten einige: «Reden, nicht schweigen, es wurde lang genug geschwiegen», ein Auto-Korso sei nicht adäquat, Petition: Uneinigkeit über «bestimmte Punkte». Das Bedürfnis, etwas zu tun, blieb unbefriedigt, obwohl so viel getan wurde. Alle hatten recht mit ihren Einwänden: Es gibt kein richtiges Gedenken im falschen Diskurs.

Angemessenes Gedenken ist erst möglich, wenn sich Trauer nicht mit einem Kampf um einen Ort in dieser Gesellschaft, um eine Aneignung von Geschichte, um eine Aushandlung des Diskurses vermischt. Oder positiv ausgedrückt: wenn Trauer für sich steht, keine Legitimation braucht und immun gegen jede Instrumentalisierung ist. Dann kann eine emotionale Enteignung der Trauer durch den politischen Diskurs wieder rückgängig gemacht werden.

#### I TRAUER ALS POLITISCHER RAUM

Halit Yozgat, Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides und Mehmet Kubaşık: Die Opfer können nicht mehr sprechen. Sie können nicht anklagen. Sie können nicht vergeben. Genau diese Tatsache macht das Gedenken notwendig und scheinbar unmöglich zugleich. Jede Rede, jede Beileidsbekundung läuft aufgrund der Mittelbarkeit der Erfahrung Gefahr, ein Ort der Projektion eigener Vorstellungen zu sein oder für politische Interessen instrumentalisiert zu werden. Ein Gedenken, das ein Denken an die Getöteten sein will und nicht bei den MörderInnen und der Gesellschaft, die sie hervorgebracht hat, verweilt, stellt sich als schwierig dar.

Dass dies dennoch gelingen kann, demonstrierte Semiya Şimşek, die Tochter des ermordeten Enver Şimşek, in ihrer Rede bei der staatlichen Gedenkveranstaltung für die Opfer des NSU am 23. Februar 2012 im Konzerthaus Berlin. Semiya Şimşek sprach nicht aus der Position einer Beileidsbekundung und nicht auf Basis von nur mittelbar Erfahrenem, sondern aus einer Position der «emotionalen Trauer» und des Verlusts eines geliebten, eines notwendigen Menschen. ZuhörerInnen waren offizielle RepräsentantInnen der Gesellschaft, wie die Bundeskanzlerin, und über Fernsehen und Internet auch Angehörige von Minderheiten. Şimşeks Rede war in höchstem Maße politisch, ohne eine politische

Instrumentalisierung zuzulassen. Es herrschte eine Sprechsituation, in der ihre Stimme hörbar wurde – in ihrem Sprechen war sie politisch in einem «menschlichen» Sinne. Judith Butler hat in «Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen» ausgeführt, dass sich im Verlust und in der Trauer die Bedeutung des anderen Menschen für uns widerspiegelt, schließlich ist unser Sein immer auch definiert über unsere Beziehungen zu anderen. Gewalt gegenüber bestimmten Menschen aufgrund ihrer unterstellten Gruppenzugehörigkeit entsteht, wenn ihre bloße Existenz in dem gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht für den Gewalttäter «ein Weltverständnis und ein Selbstverständnis radikal» untergräbt.<sup>1</sup>

Was hat es zu bedeuten, wenn die Ermordung von diesen Menschen keine Trauer, nicht einmal Empathie für die trauernden Angehörigen auslöst? Was sagt das über unser Verständnis des «Menschlichen» aus, darüber, was ein «Mensch» ist und wer in welchem Maße dieser Kategorie zugeordnet wird? Bezogen auf die Reaktion von Politik und Polizei nach den Gewaltexzessen gegen AsylbewerberInnen Anfang der 1990er Jahre konstatierten Guido Gebauer, Bernhard Taureck und Thomas Ziegler in ihrem «Plädoyer für eine kulturintegrative Gesellschaft» bereits 1993: «Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Asylbewerber in Deutschland nicht mehr als mit Rechten ausgestattete Individuen der Menschengattung behandelt werden.»<sup>2</sup>

Und was passiert mit jemandem, für den solche Gewalt lediglich ein politischer Skandal ist oder auch nur ein politisches Ereignis, wenn ihm plötzlich «emotionale Trauer» über den Verlust eines Menschen begegnet, wie beispielsweise in der Rede von Semiya Şimşek? Müsste das nicht seine Vorstellung über das, was menschlich ist, irritieren? Indem «emotionale Trauer» zugelassen wird, könnte Gedenken einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess einleiten oder wenigstens begünstigen.

Die Bezeichnung «emotionale Trauer» – die hier von Judith Butler übernommen wurde – mag irritieren, stellt sie doch einen Pleonasmus dar, weil Trauer bereits Emotionalität einschließt. Da jedoch Trauer als Affekt im öffentlichen Diskurs und in einer Ökonomie des Gedenkens faktisch so sehr instrumentalisiert wird, dass eine Trauerereignung stattfindet, ist es sinnvoll und notwendig, ihr eigens den Begriff der «emotionalen Trauer» entgegenzustellen. Durch Semiya Şimşeks Rede wurde diese Trauerereignung unterlaufen: Ihre Rede durfte ein Gedenken sein, das diejenigen, die selbst Opfer dieses Terrors waren bzw. es potenziell sind, stärkt und die anderen in ihrem Menschlichkeitsbezug irritiert. Ein Gedenken, in dem sich Trauer entfalten darf und politisch wird, nicht weil sie einer Agenda folgt, sondern aufgrund ihrer bloßen Existenz.

Durch diese «emotionale Trauer» könnten nicht nur rechtliche und politische Positionen überdacht werden, sondern auch die ontologischen und epistemologischen Fundamente unserer Gesellschaft und unseres Menschlichkeitsverständnisses. Eine solche emotional fundierte Neuordnung von Positionen und Erkenntnissen zieht sich durch alle Ebenen unseres Seins: durch unser Selbstbild, unser Bild von anderen, unser Begehren und unser Erkennen, unser «Weltverständnis», kurz: durch unsere Positionierung zu allem, was wir bis heute erlebt und was wir (an)getan haben.<sup>3</sup> In einem auf «emotionaler Trauer» fußenden Gedenken könnte möglich werden, was Şeyla Benhabib die «Kultivierung einer erweiterten Denkungsart» nennt: Unterschiede werden anerkannt, und die gemeinsame Menschenwürde wird respektiert.<sup>4</sup> Es ist eine wichtige Frage, wie gesellschaftliche Konstellationen so verändert werden können, dass «emotionale Trauer» einen politischen Raum öffnet und nicht umgekehrt Symbolpolitik Trauer missbraucht.

## II DIE STIMME DER ANDEREN

Dem Berliner *Tagesspiegel* war zu entnehmen, dass der Vater des Mordopfers Halit Yozgat auf der staatlichen Gedenkveranstaltung zunächst nicht sprechen sollte. Erst nachdem İsmail Yozgat gedroht habe, so der *Tagesspiegel*, dennoch das Wort an sich zu reißen, und dank der Vermittlung von Barbara John, der Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der NSU-Opfer, habe er seine Rede doch noch halten dürfen.<sup>5</sup>

Dass die Rede des Vaters nicht vorgesehen war, ließe sich von der Seite der Organisatoren sicherlich vielfach begründen. Und zwar ganz unverdächtig, weil formal. Formale Gründe aber können eine Methode sein, die Stimme der Anderen zum Schweigen zu bringen. Eine ebenso effiziente wie hypokritische Methode. Effizient, weil es scheinbar nur um das Wie geht und nicht um das Was. Hypokritisch, weil das Was über das Wie beschnitten wird, wenn es nicht sein darf. Einige AutorInnen, die Pionierarbeit in der Erforschung des Kolonialismus geleistet haben, Frantz Fanon etwa, haben es mitunter gerade durch eine für die Wissenschaft untypische, vielleicht sogar unzulässige Sprache geschafft, aus

einer Epistemologie ausubrechen, die über Methode und Formalität machtbasierende Ungleichheit gar nicht registrieren kann und deshalb reproduziert. So wurde beispielsweise Fanons Dissertation «Schwarze Haut, weiße Masken» – heute ein Grundlagenwerk der kolonial- und rassismuskritischen Forschung – aus formalen Gründen nicht zugelassen.<sup>6</sup>

Viele formale Gründe kann es geben, weshalb bei einer so großen, so medienwirksamen und als repräsentativ inszenierten Gelegenheit eine Rede nicht vorgesehen ist oder nicht zugelassen wird. Es wäre denkbar, dass sie nicht mehr in den Zeitplan passte, weil das aufwendige Programm bereits stand. Vielleicht war das Programm schon verschickt worden, die Deadline der Ankündigung war überschritten, oder eine Übersetzung war im Budget nicht vorgesehen. Oder das Verhältnis von Opferangehörigen und politischen RepräsentantInnen bzw. das Verhältnis zwischen Frauen und Männern auf der Bühne hätte dann nicht mehr gestimmt – es gibt viele plausible Gründe.

Hinter formalen Gründen liegt, wenn es um das Sprechen der Anderen geht, häufig ein allgemeines Muster. Einige AutorInnen und WissenschaftlerInnen – erschüttert nach dem Auffliegen des NSU – begannen zu recherchieren und erste Aufsätze zu schreiben. Ihre Publikationen wiesen die Verantwortlichen von Zeitungen oder wissenschaftlichen Zeitschriften in aller Regel mit zwei Begründungen zurück: Erstens, das Thema «Rechtsextremismus» sei nicht quotentauglich, zweitens würden sie nicht «objektiv» sein können bei dieser Sache, weil sie selbst aus einem Migrationskontext stammten. Grada Kilomba hat schon vor einigen Jahren in ihren «Plantation Memories» die Aussage, ihre Arbeit sei zwar interessant, aber nicht wissenschaftlich, zutreffend charakterisiert: «Solche Statements wirken wie eine Maske, sie bringen unsere Stimmen zum Schweigen, sobald wir sprechen. Sie erlauben dem *weißen* Subjekt, unsere Diskurse zurück an die Ränder zu drängen, als abweichendes Wissen, während ihre Diskurse im Zentrum bleiben, als Norm. Wenn sie sprechen, ist es wissenschaftlich, wenn wir sprechen, ist es unwissenschaftlich; universell/spezifisch; objektiv/subjektiv; neutral/persönlich; rational/emotional; unparteiisch/parteiisch; sie haben Fakten, wir haben Meinungen; sie haben Wissen, wir haben Erfahrung.»<sup>7</sup>

Umso bemerkenswerter ist, dass İsmail Yozgat seine Rede dennoch hielt. Nur wurde seine Stimme im Prozess des Übersetzens gezähmt. Die Autorin Mely Kiyak veröffentlichte in ihrer Kolumne in der *Frankfurter Rundschau* eine eigene Übersetzung der Rede und kommentierte die Übersetzung auf der Gedenkveranstaltung: «So steht nun überall, dass Familie Yozgat «um seelischen Beistand» bittet. Herr Yozgat hat so etwas weder erwähnt noch verlangt. Beistand erfahren sie in Kassel-Baunatal. Kassel-Baunatal und nicht, wie auch überall zu lesen ist, «meine Heimatstadt Kassel-Baunatal»; die Dolmetscherin meinte unbedingt hier und da hinzudichten zu müssen. Vielleicht hielt sie Herrn Yozgats Worte nicht für gehaltvoll genug. Er begrüßte auch keine «Exzellenzen» und schon gar nicht «vor allem unsere Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel.»<sup>8</sup> Die «nicht vorgesehene Rede» war «Lost in Translation», ihr Inhalt veränderte sich, irritierte weniger, klang devot, wie es die Hierarchie verlangt, wenn ein türkeistämmiger Besitzer eines Internetcafés vor die Bundeskanzlerin tritt. Es gibt jedoch Risse in der Ordnung. Durch so einen Riss ist Yozgats Rede geschlüpft und in die *Frankfurter Rundschau* gelangt.

Die Hürden, die İsmail Yozgat nehmen musste, bevor er seine Rede halten konnte, entstammen einem in Anlehnung

an Althusser hier so genannten «bürokratisch-rassistischen Staatsapparat».<sup>9</sup> Er drückt sich aus als Set bürokratischer Regeln, deren Einhaltung stets institutionell verfolgt und im Falle der Nichteinhaltung sanktioniert wird – zum Beispiel Strafzettel beim Parken im Halteverbot, ordnungsgemäße Buchführung, Einhalten von Fristen etc. In seiner Wirkungsweise ist dieser bürokratische Apparat rassistisch strukturiert, weil eine Gewichtung der Regeln im bürokratischen Regelwerk stattfindet, die oftmals Ideologien der Ungleichwertigkeit folgt (wenn auch in den seltensten Fällen explizit, gewollt oder auch nur bewusst). Die Geschichte der Ermittlungen bei den NSU-Morden ist ein Beispiel par excellence für die Funktionsweise dieses Apparats.

In ihren Erinnerungen an den Vater, seine Ermordung und die Jahre, in denen ihre Familie von den Ermittlern verdächtigt wurde, zeigt Semiya Şimşek ganz nebenbei auf, dass ihr Vater immer wieder mit dem bürokratischen Apparat konfrontiert war. Das begann lange vor seinem Tod und hielt auch danach noch an. Şimşek beschreibt, wie Polizisten regelmäßig überprüften, ob der Vater eine Genehmigung für seinen Blumenstand hatte, und wie sie sein Geschäft währenddessen blockierten. Sie schildert eine Szene, in der sich ihr Vater weigerte zusammenzupacken und die Polizisten alle Blumen beschlagnahmten: «Die Ware musste (sichergestellt) werden, so nannten die Beamten das in ihrem Bericht. (Überschreitung der gesetzlich erlaubten Verkaufszeiten), (Nicht im Besitz einer Genehmigung nach dem Bundesfernstraßengesetz), (Unerlaubte Ausdehnung der mit Sondernutzungserlaubnis zugeteilten Fläche).»<sup>10</sup> Das bürokratische Regelwerk scheint hier von den jeweils Zuständigen so gewichtet worden zu sein, dass die Arbeit des («türkischen») Blumenhändlers erschwert wurde.

Anders war es bei den Ermittlungen zur Ermordung desselben Blumenhändlers: Ein inhaftierter Drogendealer hatte ausgesagt, dass Şimşek Mittel zum Strecken von Heroin transportiert habe. Jahrelang folgte die Polizei dieser Fährte, obwohl ein einfacher, routinemäßiger «Faktencheck» die Widersprüchlichkeit und Falschheit der Aussage belegt hätte. In diesem Fall wurde allerdings das bürokratische Regelwerk so gewichtet, dass ein Faktencheck nicht stattfand – vielleicht weil die Beamten es für naheliegend hielten, dass ein türkischstämmiger Blumenhändler auch Drogenkurier war. Auf der anderen Seite hatte die Polizei bei einer Durchsuchung Kontoauszüge und Rechnungen beschlagnahmt. Ihr fiel auf, dass nicht alles steuerlich korrekt war, und sie leitete ein Verfahren ein: «Dies also war die Bilanz der Ermittlungen im Mordfall Enver Şimşek», schreibt die Tochter, «sie suchten seinen Mörder und fanden Steuerschulden.»<sup>11</sup> Die Gewichtung von Regeln, sei es bei einer Rede oder bei Ermittlungen in einem Mordfall, sind nicht bloß «Pannen», sie fallen für dieselben Gruppen systematisch negativ aus. Der bürokratische Apparat wirkt rassistisch. Gründe hierfür sind sicherlich mitunter in der Sozialisation (Schule als ideologischer Staatsapparat) und in Mediendiskursen (Informationsapparat) zu suchen.

Welchen verheerenden Einfluss Medien haben können, offenbarte sich in einer Aussage von Wolfgang Cremer, Direktor beim Bundesnachrichtendienst. Über seine Ermittlungen zu den TäterInnen des Nagelbombenanschlags im Juni 2004 in der Kölner Keupstraße, von denen wir heute wissen, dass es sich um das NSU-Trio handelte, zitiert ihn Kiyak: «Ich gestehe, dass ich Rechtsextremismus in Betracht zog, aber durch Berichte der Medien über organisierte Kriminalität habe ich mich davon wieder abbringen lassen.»<sup>12</sup>

Unzählige Beispiele für den bürokratisch-rassistischen Staatsapparat ließen sich finden: Weshalb etwa wählte das Oberlandesgericht München für den NSU-Prozess einen so kleinen Gerichtssaal, dass erst die türkischen Medien keinen Platz bekamen und nach einer neuen Verlosung der Plätze die wichtigsten meinungsbildenden Medien Deutschlands ausgeschlossen wurden, darunter die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Zeit*? Im Fall der RAF wurden für den Prozess eigene Hallen gebaut. Es bleibt die Hoffnung, dass der bürokratisch-rassistische Staatsapparat nicht immer bestimmend bleiben muss – das bestätigt auch die Tatsache, dass İsmail Yozgat seine Rede am Ende doch noch gehalten hat.

### III VOM «SORGFÄLTIGEN ABWÄGEN»

İsmail Yozgat hat sich trotz aller Hürden Gehör verschafft. Das hat viele Menschen gestärkt, weil durch seine Perspektive auch ihre Perspektive in den dominanten Diskurs Eingang gefunden hat, zumindest partiell. Und doch: Die Forderung von İsmail Yozgat blieb unerfüllt. Sein Sohn wurde in der Holländischen Straße 82 in Kassel in seinem Internetcafé erschossen. İsmail Yozgat hat sich den Weg ans Mikrofon, an die Hörbarkeit, freigekämpft und der Kanzlerin und der ganzen Nation gegenüber einen Wunsch ausgesprochen. Er hat gesagt, wir wollen kein Geld, wir wollen, dass die Holländische Straße umbenannt wird in Halit-Straße. Doch mit dieser Bitte stieß er in Kassel auf Widerstand: «Wie ein Ort des Andenkens aussehen kann und wo er sein wird, muss auf einer breiten gesellschaftlichen Basis beruhen» und muss «sorgfältig abgewogen» werden, zitierte die *tageszeitung* den Bürgermeister der Stadt Kassel, Jürgen Kaiser.<sup>13</sup> İsmail Yozgat sagte der *tageszeitung* in diesem Zusammenhang: «Es ist eine Schande, dass noch darüber diskutiert wird, ob die Straße umbenannt werden sollte oder nicht. Hätten die Herrschaften weiter diskutiert, wenn ihr Sohn in dieser Straße in ihren Armen gestorben wäre?»

Niemand, der sich in die Trauer eines Vaters, der seinen Sohn verloren hat, und das auf diese Weise, hineinversetzt, wird an dieser Stelle «sorgfältig abwägen». Doch weshalb, muss gefragt werden, können sich «die Herrschaften» nicht in die Lage versetzen? Nicht weil der Schmerz unvorstellbar ist, denn das hätte Achtsamkeit zur Folge. Die Lebenswelt des Ermordeten ist zu weit weg, überdeckt von Stigmata, unter denen der Mensch kaum noch kenntlich ist. Niemand wird leugnen, dass da ein Mensch getötet wurde. Aber weshalb ist Gewalt gegen manche Gruppen von Menschen weniger schlimm als gegen andere? Weil diese Personen weniger als Menschen wahrgenommen werden? Ist es nicht genau diese Entwertung, die İsmail Yozgat zu Recht so empörte? Was ist es genau, das hier «sorgfältig abgewogen» wird? Ist eine Holländische Straße zu gut für einen Halit?

In Judith Butlers Terminologie ausgedrückt: Das Leben Halits ist nicht «betrauenswert» oder nicht in dem Maße betrauenswert, dass eine Straße nach ihm benannt werden müsste. Hier findet eine Enteignung von Trauer statt, wenn ihr mit «sorgfältigem Abwägen» begegnet wird – sorgfältig abgewogene Trauer ist ein Oxymoron. «Abwägen» kann ein (mikro-)ökonomisches Verfahren sein, das philosophisch im Utilitarismus wurzelt. Dann würde der Nutzen der Auseinandersetzung mit dem Mord gegen den Nutzen der Bewahrung eines «Selbst- und Weltverständnisses» abgewogen. Ein mikroökonomisches Kalkül fragt in diesem Fall: Wie viel meines Selbst- und Weltbildes bin ich bereit, für eine margi-

nale zusätzliche Auseinandersetzung mit dem Mord einzutauschen. Ich möchte dieses Phänomen als die «Grenzrate der Substitution des Gedenkens» bezeichnen. Sofern von einer individuellen und nicht von einer kollektiven Rationalität ausgegangen wird, schätzt man die Auseinandersetzung als wenig wertvoll ein, während eine Instandhaltung des Selbst- und Weltbildes zunächst sicherlich höher bewertet wird. Folglich gibt es für eine marginale zusätzliche Auseinandersetzung mit den Morden – also die Anerkennung des Getöteten als Mensch und als Betrauenswürdiger – nur eine sehr geringe (bis gar keine) Bereitschaft und das Individuum möchte so viel wie möglich Auseinandersetzung mit Instandhaltung substituieren.<sup>14</sup> Ein solches Kalkül zieht in der Tat eine Enteignung der Trauer nach sich.

Ein anderes Beispiel: Nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, bei dem im August 1992 unter dem Jubel der Bevölkerung die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende und ein Haus, in dem überwiegend ehemalige vietnamesische VertragsarbeiterInnen lebten, angezündet wurden, besuchte die damalige Bundesjugendministerin Angela Merkel Jugendliche in einem Rostocker «Jugendklub» – auf Fotos ist sie mit kahl rasierten jungen Männern zu sehen –, und nicht etwa die angegriffenen Familien. Das Pogrom und die zahlreichen anderen An- und Übergriffe zu Beginn der 1990er Jahre wurden in der Folge zum Anlass genommen, das Grundrecht auf Asyl de facto abzuschaffen. Neonazis, so scheint es fast, «feierten» das genau zwei Tage nach der Abstimmung im Bundestag, indem sie Mitglieder zweier türkischer Familien in Solingen durch einen Brandanschlag ermordeten. Im bereits oben zitierten «Plädoyer» schreiben Gebauer, Taureck und Ziegler: «Organisierte ausländerfeindliche Gewalt ist offenbar auch in der Lage, grundgesetzwidrige Verfassungsänderungen zu beschleunigen. Im Widerspruch zur bisherigen politischen Strategie des Nichtnachgebens gegenüber terroristischen Erpressungsversuchen wirkt die Beschränkung des Asylrechts wie ein Erfolg derer, die gegenüber Ausländern zur Anwendung von Gewalt bereit sind.»<sup>15</sup>

Das Phänomen der Täter-Opfer-Umkehr ist für den Diskriminierungskontext typisch – die eingeseessene Bevölkerung (einschließlich der Neonazis) ist hier Opfer, die von zu raschen gesellschaftlichen Umbrüchen überwältigt wurde, und die Asylsuchenden sind TäterInnen, die in den bürgerlichen Frieden dieser Menschen eingedrungen sind. Dabei hat niemand die Gewalt gegen MigrantInnen – die von der applaudierenden Bevölkerung wie vom Bundestag in der Quasi-Abschaffung des Asylgesetzes anscheinend gleichgesetzt wurden – gelehnt. Dem gesellschaftlichen Umgang mit dieser Gewalt ist allerdings eine Bewertung implizit: Die Gewalt gegen Flüchtlinge ist weniger fürchtbar als die Komplexität, mit der die Rostocker Bevölkerung konfrontiert war. In Anbetracht der Lebensgefahr, der die ehemaligen VertragsarbeiterInnen ausgesetzt waren, muss ihr Verlust – verglichen mit den «Verwirrungen» der von Merkel besuchten Jugendlichen – verkraftbar gewesen sein.

Wenn im Zusammenhang von Menschenverachtung, Pogrom und rassistischer Gewalt «sorgfältig abgewogen» wird, wird abgewogen, wie sehr Halil Yozgat und die VietnamesInnen aus dem «Sonnenblumenhaus» – wie das ehemalige Wohnheim aufgrund einer großen Sonnenblume auf der Fassade genannt wird – in ihrem Menschsein akzeptiert werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist ein solches «Abwägen» näher an den TäterInnen als an den Opfern: Die Opfer wurden getötet nicht als «Individuen», sondern als «Exempla-

re» der Kategorie «Migration» und damit entindividualisiert, «gleichgemacht».<sup>16</sup> Eine Abwägung ist nur zwischen «Exemplaren» möglich, niemals zwischen Individuen: Ein Gedenken, das in diesem Raum stattfindet, muss näher an TäterInnen als an Opfern bleiben.

Bei der Gedenkfeier in Rostock-Lichtenhagen hielt der deutschasiatische Politikwissenschaftler Kien Nghi Ha eine Rede, in der er ein Gedenken aus der Perspektive der VietnamesInnen einforderte: «Für mich, für uns, ist es wichtig, die Aufarbeitung von Rostock-Lichtenhagen nicht nur aus einer weißen deutschen Dominanzperspektive zu machen und das Schweigen dort zu brechen, sondern auch unsere eigene Geschichte wieder zu entdecken und diese Geschichte anzueignen.»<sup>17</sup> Ein Video auf Youtube zeigt Aufnahmen von der Gedenkfeier 2012, die einen Tag nach Has Rede stattfand: Ein Kinderchor steht auf einer großen Bühne mit der Aufschrift «Rostock für Vielfalt und Toleranz» und singt das alte deutsche Kinderlied «Wenn du fröhlich bist, dann klatsche in die Hand (klatsch, klatsch)», vor der Bühne sind Bier- und Wurststände zu sehen, in einem Pavillon sitzt der Bundespräsident und schaut dem Kinderchor zu. Das Filmteam interviewt zwei Schwarze Männer, die von der Polizei nicht reingelassen wurden, obwohl sie eine Einladung des Bürgermeisters vorweisen konnten – es handelt sich um zwei Mitglieder des deutschafrikanischen Freundeskreises Daraja.

Die Opfer rassistischer Gewalt im Allgemeinen und die VietnamesInnen aus dem «Sonnenblumenhaus» im Besonderen scheinen bei der Gedenkveranstaltung nicht von Bedeutung zu sein. Es findet ein Volksfest statt, ohne die Personen, die angegriffen wurden. Eine Gedenktafel wird angebracht, aber ohne dass die VietnamesInnen darauf erwähnt würden. Es wird hier mehr ausgeblendet als erinnert. Umso überzeugender ist Kien Nghi Ha in seiner Trauer und Wut, wenn er angesichts eines allzu lauten Publikums ins Mikrofon schreit: «Hört mir zu, hier spielt die Musik, ich habe zwanzig Jahre auf diesen Augenblick gewartet, und jetzt will ich, dass ihr mir zuhört.» In diesem Ausruf und dem Verlangen danach, die «eigene Geschichte zu entdecken und wieder anzueignen», steckt etwas, was ein Gedenken aus der Perspektive der Angegriffenen sein könnte. Hier wird nicht die Frage gestellt, warum und unter welchen Umständen die deutsche Bevölkerung in Rostock-Lichtenhagen dazu fähig war, so etwas zu tun, sondern hier wird gefragt: Wie kamen die VietnamesInnen dorthin? In welchen Verhältnissen haben sie gelebt? Wie sind sie mit dem Angriff – währenddessen und danach – umgegangen? Wo leben sie heute? Was bedeutet all das für andere VietnamesInnen und AsiatInnen bzw. andere Menschen in Deutschland, die rassistischer Gewalt und einer missachtenden Ökonomie des Gedenkens ausgesetzt sind? Und auch: Was könnte das für Menschen bedeuten, deren familiäre und nationale Geschichte nicht unwesentlich beeinflusst wurde von rassistischer Gewalt, die in Zusammenhang mit Deutschland steht, etwa als Kolonialmacht?

#### IV NAMIBIA: GEDENKEN ALS GEWALT

Auf dem Gebiet des heutigen Namibia existierte von 1884 bis 1915 die Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Zwischen 1904 und 1908 führten die Deutschen dort Krieg gegen die Herero und Nama. Nach dem «Vernichtungsbefehl» des Kommandeurs der deutschen Truppen, General Lothar von Trotha, wurden große Teile der afrikanischen Bevölkerung in jener Region getötet. Auf der Haifischinsel, in der Nähe der Lüderitzbucht, einem kleinen Ort an der atlantischen Küste, entstanden im

Krieg erste Konzentrationslager für die gefangen genommenen Herero und Nama; einige Tausend starben durch Zwangsarbeit oder Vernachlässigung. Gebeine der Opfer wurden, nachdem ihre Angehörigen sie auf Geheiß der Deutschen von Fleisch- und Geweberesten gesäubert hatten, für «Forschungszwecke» nach Deutschland gebracht. Dort versuchte Eugen Fischer, der später berüchtigte Naziarzt, anhand der Schädel die Unterlegenheit der «schwarzen Rasse» nachzuweisen. Bis heute wurde keine angemessene Form des Gedenkens an die Opfer dieses Genozids gefunden.

Ende September 2011 reiste eine 73-köpfige Delegation aus Namibia nach Berlin, um elf Nama- und neun Herero-Schädel aus dem Centrum für Anatomie der Charité entgegenzunehmen. Das Magazin *freitext* veröffentlichte in der Frühjahrsausgabe 2012 einen Pressespiegel namibischer Zeitungen.<sup>18</sup> Die Auszüge machen deutlich, dass die Delegation und mit ihr ganz Namibia zunächst von einem «großen Augenblick» ausging und sich dann respektlos behandelt fühlte: Die Reisekosten übernahm Namibia, es fand keine Begrüßung der Delegation auf gleicher Ranghöhe statt, die einzige Staatsministerin, die bei der Übergabe anwesend war – Cornelia Pieper –, entschuldigte sich nicht für die Gräueltaten und verließ die Veranstaltung noch bevor Minister Kazenambo Kazenambo seine Rede gehalten hatte. Dabei kann die Bedeutung der Rückführung für die namibische Seite kaum überschätzt werden: «Der 4. Oktober 2011 war ein gigantischer Tag für das unabhängige Namibia. Das Land wurde Zeuge der Rückkehr von zwanzig menschlichen Schädeln, die aus diesem Nationalstaat für Studien nach Deutschland gebracht wurden, um zu belegen, dass Schwarze angeblich minderwertig gegenüber Weißen sind.»<sup>19</sup> Eine Chance zu gedenken wurde vertan und endete stattdessen in einem Akt der Missachtung.

Auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE antwortete die Bundesregierung, dass die «Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes» vom 9. Dezember 1948 nicht rückwirkend gelte. Die Bundesregierung müsse den Völkermord folglich nicht anerkennen, werde ihrer moralischen Verantwortung aber gerecht, indem sie «Entwicklungshilfe» leiste.<sup>20</sup> Gedenken bzw. Nichtgedenken als Ergebnis eines ökonomischen Kalküls – ein «sorgfältiges Abwägen» auch hier. Das Gedenken fand auf deutscher Seite ganz offensichtlich nicht aus einer emotionalen Notwendigkeit heraus statt, sonst wäre der Umgang mit der namibischen Delegation achtsamer gewesen. Auch ging es nicht darum, aus der Vergangenheit zu lernen, sonst würden die Kontinuitäten in Biografien (z. B. Eugen Fischer) und Verfahren (z. B. Konzentrationslager) zwischen der Kolonialherrschaft und der Shoa nicht ausblendet werden.

Gedenken (ohne «emotionale Trauer») könnte in diesem Kalkül letztlich ein Mittel zur Imagepflege sein: «Entwicklungshilfe» wird mit Großherzigkeit konnotiert. Würde die Bundesregierung eingestehen, dass es sich bei der Ermordung der Herero und Nama um einen Genozid gehandelt hat, müsste sie auch eingestehen, dass über 100 Jahre lang eine wie auch immer geartete Aufarbeitung verweigert wurde. Für den «Standort», der sich damit rühmt, besonders viel Wert auf «Vergangenheitsbewältigung» zu legen, wäre das verheerend.

Die Standortproblematik war auch in der Debatte um Rostock-Lichtenhagen ein wichtiges Thema: Wie steht Deutschland nun im Ausland da? Was bedeutet das für die «Attraktivität» der neuen Bundesländer?

## V TRAUER ALS POLITISCHE RESSOURCE – EIN RICHTUNGSWECHSEL DES GEDENKENS

Öffentliche Veranstaltungen zum Gedenken an Opfer rassistischer Gewalt finden, wie geschildert, meist nicht aus der Perspektive der Opfer statt. Das Gedenken folgt selten einem intrinsischen Bedürfnis, sondern oftmals eher einem ökonomischen Kalkül, das entweder (makroökonomisch) auf die Aufwertung des (Wirtschafts-)Standorts und der nationalen Identität zielt oder (mikroökonomisch) individuelle Einzelnutzen der Mehrheitsgesellschaft (zum Schaden eines kollektiven Nutzens) maximiert. Dabei spiegelt sich häufig noch im Gedenken selbst die Wirkmächtigkeit eines bürokratischen Apparats, der in einem Zusammenhang mit der Gewalt steht, deren Opfern gedacht werden soll, und diese Gewalt unter Umständen sogar weiterführt.

Wenn die Gesellschaft, also die BürgerInnen, sowie Politik und Verwaltung die Perspektive der Trauernden zulassen würden, könnte diese «emotionale Trauer» auch eine politische Ressource sein, weil sie die Bedeutung des Anderen für uns ausdrückt. Bei einem Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalt stellt die «emotionale Trauer» das Menschliche ins Zentrum. So lässt sich das Gedenken nicht instrumentalisieren für eine bestimmte Maßnahme, eine unmittelbare politische Forderung oder für eine Imagekampagne des Staates. Und doch hat gerade dieses radikal menschliche Gedenken eine mächtige (und entmachtende) politische Dimension, weil sie aus «Exemplaren» wieder Individuen macht. Und weil sie fähig ist, die Entmenschlichung partiell rückgängig zu machen, die über Diskurs und Sozialisation bereits stattgefunden und so überhaupt erst ein rassistisches Morden ermöglicht hat. Jenseits eines «sorgfältigen Abwägens» kann ein Gedenken aus Trauer und politischem Zorn heraus in seiner Indiskutabilität und Unkorruptierbarkeit die Reduzierung der Angegriffenen auf Exemplare einer Kategorie teilweise aufheben. So können sie – in memoriam – zurückgeführt werden zu ihrem Sein als Individuen, als Menschen.

Deniz Utlu lebt als freier Autor in Berlin. Er gibt das Kultur- und Gesellschaftsmagazin *freitext* ([www.freitext.com](http://www.freitext.com)) heraus. 2014 erscheint sein erster Roman, «Die Ungehaltenen».

**1** Butler, Judith: Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen, Frankfurt a. M. 2011, S. 61. **2** Gebauer, Guido/Taureck, Bernhard/Ziegler, Thomas: Ausländerfeindschaft ist Zukunftsfeindschaft. Plädoyer für eine kulturintegrative Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1993, S. 8. **3** Vgl. Butler, Judith: Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen, Frankfurt a. M./New York 2010. **4** Vgl. Benhabib, Seyla: Gleichheit und Differenz. Die Würde des Menschen und die Souveränitätsansprüche der Völker im Spiegel der politischen Moderne, Leopold-Lucas-Preisvortrag, Tübingen, 8. Mai 2012. **5** Lehmann, Armin: Barbara John verhinderte Eklat, in: Der Tagesspiegel, 24.2.2012, unter: [www.tagesspiegel.de/politik/gedenkenveranstaltung-fuer-nazi-opfer-barbara-john-verhinderte-eklat/6249896.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/gedenkenveranstaltung-fuer-nazi-opfer-barbara-john-verhinderte-eklat/6249896.html) (abgerufen am 29.10.2013). **6** Vgl. Fanon, Frantz: Peau Noire, Masques Blancs, Paris 1952. **7** Kilomba, Grada: Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism, Münster 2008, S. 28, Übersetzung des Autors. **8** Kiyak, Mely: Lieber Ismail Yozgat!, in: Frankfurter Rundschau, 25.2.2012, unter: [www.fr-online.de/meinung/kolumne-lieber-ismail-yozgat,1472602,11702460.html](http://www.fr-online.de/meinung/kolumne-lieber-ismail-yozgat,1472602,11702460.html) (abgerufen am 29.10.2013). **9** Vgl. Althusser, Louis: Idéologie et appareils idéologiques d'Etat. Notes pour une recherche, in: La Pensée 151 (1970); eine deutsche Übersetzung findet sich unter: [http://offene-uni.de/archiv/textz/textz\\_phil/louisalthusser.pdf](http://offene-uni.de/archiv/textz/textz_phil/louisalthusser.pdf) (abgerufen am 29.10.2013). **10** Simsek, Semiya: Schmerzliche Heimat, Berlin 2013, S. 33. **11** Ebd., S. 173. **12** Mely Kiyak: Lieber NSU-Ausschuss, Teil 3, in: Frankfurter Rundschau, 7.7.2012., unter: [www.berliner-zeitung.de/meinung/mely-kiyak-kolumne-lieber-nsu-ausschuss-teil-3-,10808020,16564924.html](http://www.berliner-zeitung.de/meinung/mely-kiyak-kolumne-lieber-nsu-ausschuss-teil-3-,10808020,16564924.html) (abgerufen am 30.10.13). **13** Kassel sperrt sich gegen eine große «Halit»-Straße, taz, 16.3.2012, unter: [www.taz.de/189796/](http://www.taz.de/189796/) (abgerufen am 29.10.2013). **14** Für eine mikroökonomische Optimierung muss nach dem Preis der Auseinandersetzung und nach dem Preis der Instandhaltung gefragt werden, da im Optimum die Grenzrate der Substitution dem Preisverhältnis entspricht. Hier gilt es zwischen kurzfristigen und langfristigen Effekten und einer individuellen sowie sozialen Wohlfahrt zu unterscheiden. Für eine solche Analyse ist dies allerdings nicht der Ort. **15** Gebauer/Taureck/Ziegler: Ausländerfeindschaft. **16** Adorno, Theodor: Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt a. M. 2003 [1970], S. 193. **17** Ha, Kien Nghi: Ich bin hier, weil ihr hier seid, unter: [www.youtube.com/watch?v=qMH9WLQkqdo](http://www.youtube.com/watch?v=qMH9WLQkqdo) (abgerufen am 29.10.2013). **18** Vgl. Elmenthaler, Sophie: Versöhnung minus Gerechtigkeit gleich schlecht, in: *freitext* 19 (2012). **19** Job Shipululo Amupanda, in: New Era, 5.10.2011, S. 21. **20** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Niema Movassat, Wolfgang Gehrecke, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/10407.

CHRISTINE BRÜCKNER

## DRUCK UND ZWANG STATT SPIELENDES LERNEN

ZUR BEDEUTUNG VON BILDUNG, SCHULE UND AUSBILDUNG  
IM LEBEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN<sup>1</sup>

Lange Zeit war Bildung von einem humanistischen Geist getragen, der auf eine Synthese von moralischem Engagement und kritischem Denken abzielt. Dieser geht jedoch in der zunehmend von neoliberalen Ideen vorangetriebenen Zurichtung des Bildungswesens immer mehr verloren. Nicht der politisch mündige und wissenshungrige Mensch steht als Leitbild auf der Agenda, sondern die strebsame und disziplinierte KonsumentIn, für deren Ausbildung bereits im frühkindlichen Alter die Weichen gestellt werden. Kluge Gegenwehr ist gefragt. Allerdings ist es linken Ansätzen in der Bildungspolitik bislang nicht gelungen, dieser Entwicklung etwas Wirksames entgegenzusetzen.

Um die stetig wachsende Bedeutung von Schule und Bildung im Leben von Kindern angemessen beurteilen zu können, ist ein Blick auf neuere empirische Studien und Statistiken zur gegenwärtigen Bildungsbeteiligung in Deutschland von Nutzen.

Insbesondere der Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung bedarf einer intensiveren Betrachtung. Hier hat es in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren die nachhaltigsten Veränderungen gegeben. Sie betreffen zum einen die Ausbildung der ErzieherInnen: Während diese in den alten Bundesländern in der Regel eine zwei- bis dreijährige Fachschulausbildung absolvierten, kamen durch die Integration eines nahezu flächendeckenden Netzes an Kindertageseinrichtungen in den neuen Bundesländern viele ErzieherInnen mit einem sechssemestrigen Hochschulstudium in die Vorschulerziehung. Zum anderen lieferte die stetig intensiver werdende Forschungstätigkeit zur Entwicklung von Kleinkindern nach und nach gesicherte Erkenntnisse zur enormen Bedeutung des Lernens und der dementsprechenden Lernförderung in den ersten Lebensjahren.

### BEDEUTUNGSZUWACHS DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG UND BETREUUNG

Wie im überwiegenden Teil von Europa wurde nun auch in Deutschland, maßgeblich zwischen 2005 und 2012, endlich eine akademische Ausbildung für «Pädagogik der frühen Kindheit» geschaffen. Inzwischen gibt es an 42 Hochschulen und in allen Bundesländern Studiengänge und Forschungseinrichtungen, die sich speziell mit der Gruppe der Kleinstkinder von der Geburt bis zum sechsten Lebensjahr befassen.

Die Kindertagesbetreuung ist das mit Abstand bedeutendste Aufgabenfeld der Kinder- und Jugendhilfe in unserem Land geworden. Die gewachsene politische Aufmerksamkeit, die diesem Bereich zukommt, ist kaum zu übersehen: Schließlich war es Ursula von der Leyen, die dem ersten Kabinett Merkel als Familienministerin angehörende CDU-Politikerin, die einen im August 2013 in Kraft getretenen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch gegen Widerstände in der eigenen Partei durchsetzte. Der Chef der rot-grünen Vorgängerkoalition, der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), hatte dagegen höchstpersönlich dieses Thema noch kurz zuvor als «Gedöns» diskreditiert. Dies war eine der vielen politischen Fehleinschätzungen der SPD, die inzwischen für viele erwerbstätige junge Frauen deswegen nicht mehr wählbar ist. Der damalige Koalitionspartner, die Grünen, ist diesbezüglich noch mit einem blauen Auge davongekommen, denn sozialpolitische Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten werden stärker der SPD zugeschrieben.

Laut Statistischem Bundesamt wurden im Jahr 2012 über 93 Prozent aller drei- bis fünfjährigen Kinder in Deutschland außerhalb ihres Elternhauses betreut.<sup>2</sup> Hierbei handelt es sich nicht in allen Fällen um eine Vollzeitbetreuung in einer Tageseinrichtung. Es werden auch andere Betreuungsarrangements (z. B. durch Tagesmütter, nur am Vormittag oder stundenweise usw.) berücksichtigt. Gegenüber dem Jahr 2006 hat sich in diesem Bereich das Angebot an Betreuungsplätzen mehr als verdoppelt. Der Ausbau von Betreuungsplätzen für die Kinder im Alter von ein bis drei Jahren verlief in den letzten 15 Jahren noch rasanter. Es kam zu einer Verdreifachung der Krippenplätze. 2012 waren 22,3 Prozent der

unter Dreijährigen in Westdeutschland (ohne Berlin) tagsüber in einer Betreuungseinrichtung untergebracht, in Ostdeutschland (ohne Berlin) sogar 51,5 Prozent.<sup>3</sup>

Natürlich trägt auch diese Reform im Bildungswesen den typischen Charakter einer Reform von konservativer Seite, die viel öffentlichen Effekt machen soll, aber letztlich mit äußerst knappen finanziellen Mitteln verwirklicht wird. Unübersehbar ist, dass mit dem rasanten Ausbau der Kindertageseinrichtungen die rein quantitative Seite dieser Maßnahme in den Vordergrund gerückt ist. BildungsforscherInnen haben in diesen Ausbau begleitenden Untersuchungen immer wieder auf den Mangel an Qualität in der gegenwärtigen Kindertagesbetreuung hingewiesen.<sup>4</sup> Dieser geht einher mit zu großen Gruppen, zu wenig gut ausgebildetem und zu schlecht besoldetem Personal, einem großen Platzmangel innerhalb und außerhalb der Einrichtungen. Der Priorisierung von Betreuung steht die Vernachlässigung von Bildung im pädagogischen Alltagsgeschehen der Einrichtungen gegenüber.

Einfach gemacht hat es sich die Regierung von Merkel auch damit, dass nicht ausreichend Bundesmittel für den Kitausbau zur Verfügung gestellt wurden und letztendlich die Realisierung auf die Kommunen abgewälzt wird. Auch im Falle einklagbarer Rechtsansprüche der Eltern auf einen Kitaplatz sind die Kommunen die Beklagten. Dazu kommen noch Querschläger wie das jüngst beschlossene und im Ausbauprozess nachhaltig fehlende «Betreuungsgeld» für die außerinstitutionelle, private Kinderbetreuung zu Hause, womit der familientraditionelle Flügel der CDU beruhigt wurde.

Auch in der frühkindlichen Erziehung und Bildung sind aufgrund des Föderalismusurteils von 2006, das von CDU-regierten Bundesländern herbeigeführt wurde, kaum die bundesweit dringend notwendigen Diskussionen und die Verständigung über Ausbau und Qualität der Arbeit von Kinderbetreuung und Bildung zu erwarten. Das wird sich neben den finanziellen Aspekten als größtes Hindernis einer Qualitätsentwicklung herausstellen, so wie sich das seit 20 Jahren bereits im Schulbereich zeigt. Eine ausführliche Debatte über die Bedeutung der Kindertagesbetreuung und Bildung der bis Sechsjährigen in Verbindung mit den anderen Bildungsbereichen steht meines Erachtens auch in der LINKEN noch aus.

Neuesten Studien zufolge gilt ungebrochen, dass Länder, die angemessen in die Bildung investieren, die wichtigste und nachhaltigste Ressource stärken, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. Folgt man dem neuesten OECD-Bericht aus der Reihe «Bildung auf einen Blick», in der jährlich die Bildungsanstrengungen und -ergebnisse der OECD-Mitgliedsländer verglichen werden, so könnte man zu dem Schluss kommen, Deutschland sei das Land der FacharbeiterInnen und DoktorandInnen.<sup>5</sup> Einerseits studieren in Deutschland deutlich weniger junge Menschen als in anderen Industrienationen. Rund 39 Prozent der 25- bis 34-Jährigen haben im OECD-Durchschnitt einen Hochschulabschluss. In Deutschland waren es im selben Alterssegment 2011 lediglich 28 Prozent. Ein nicht unbeträchtlicher Teil bundesdeutscher AbiturientInnen nimmt erst einmal eine Berufsausbildung auf. Andererseits aber promovieren in kaum einem anderen Land so viele HochschulabsolventInnen. So macht in Deutschland eine/r von zehn Studierenden nach der Abschlussprüfung in seinem Fach noch den Doktor. Das sind 5,2 Prozent eines Altersjahrgangs, im OECD-Schnitt hingegen sind es lediglich 2,7 Prozent.

Es kommt eine weitere Besonderheit in Deutschland hinzu: Nur jede/r fünfte Studierende hat hier einen «bildungsfer-

nen Hintergrund». Das bedeutet, dass Kinder und Jugendliche aus Familien, in denen die Eltern AkademikerInnen sind, fünfmal so hohe Chancen haben, eine Hochschulausbildung zu absolvieren, wie Kinder aus Arbeiterhaushalten. Daran hat sich seit Erstellung des ersten OECD-Berichts vor 13 Jahren zur Chancengerechtigkeit in der Bildung in Deutschland nichts geändert. Niedriger ist der Anteil von sozial benachteiligten jungen Menschen an der Gruppe der Studierenden nur noch in den OECD-Ländern Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien. Hoch hingegen sind die Chancen auf ein Studium von Kindern und Jugendlichen mit «bildungsfernen Hintergrund» in Australien, Südkorea, Irland, Dänemark, Schweden und Frankreich.<sup>6</sup>

Ein weiteres Problem ist die Überlastung vieler Universitäten. Durch die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht wird die Zahl der StudienanfängerInnen in Deutschland in diesem Herbst 2013 auf schätzungsweise 490.000 ansteigen.<sup>7</sup> Wie schon in den vergangenen Jahren hat die Hochschulfinanzierung mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. In Deutschland fließen zurzeit 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Hochschulausbildung, während es im OECD-Schnitt 1,4 Prozent sind. Leidtragende der Unterfinanzierung sind in erster Linie Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften. Hier kommt es zu Doppel- und Dreifachbelegungen der Studienplätze und zu einer Situation, in der nicht nur Erstsemester Vorlesungen vorwiegend vor Monitoren verfolgen müssen, weil die Hörsäle hoffnungslos überfüllt sind und es immer schwieriger wird, Zugang zu einer Professorin oder einem Professor zu bekommen.<sup>8</sup>

Einen Überblick über die gegenwärtige Lage an den Schulen gibt die Studie «Chancenspiegel 2013», die von der Bertelsmann-Stiftung und den Instituten für Schulentwicklungsforschung in Dortmund und Jena herausgegeben wird.<sup>9</sup> Hier wird starke Kritik an der unverändert frühen Auslese geübt, die durch die Gymnasialausbildung und durch ein traditionell hierarchisches Schulwesen in Deutschland erzwungen wird. So punktet Bayern zwar regelmäßig mit seiner guten Gymnasial- und Realschulausbildung, hat aber rund zehn Prozent weniger Hochschulzugangsberechtigte als die anderen Bundesländer. Deshalb sind die Bildungsausgaben in Bayern auch niedriger. Das hat den Effekt, dass Bayern und die dort ansässigen Unternehmen seit vielen Jahren von einer Art innerdeutschem Braindrain (Zuzug gut qualifizierter HochschulabgängerInnen aus den anderen Bundesländern) profitieren.

Das sichtbarste Resultat einer weiterhin unflexiblen und stark hierarchisierten Bildungslandschaft mit deutlicher Trennung von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ist neben der im Vergleich mit den anderen OECD-Ländern eher geringen Zahl von Studierenden (gemessen am Anteil aller jungen Menschen) eine weiter anwachsende Zahl von SchulabgängerInnen ohne Abschluss. Im Jahr 2010 lag diese Abbrecherquote noch bei rund zehn Prozent eines Altersjahrganges. Der «Bertelsmann-Chancenspiegel» ermittelte zwar diesbezüglich für 2012 einen Rückgang von zwei Prozent, betont aber die Gefahr eines stetig anwachsenden Potenzials von Ungelernten.<sup>10</sup> Jedes Jahr kämen rund 52.000 Jugendliche ohne die geringsten Berufsaussichten zu der bereits bestehenden «Jobberreserve» hinzu, die nach Einschätzung der BildungsforscherInnen inzwischen rund zwei Millionen Menschen umfasst. Diese werden auf dem gegenwärtigen deutschen Arbeitsmarkt, der geprägt ist von einem hohen Anteil

von Zeitarbeit und einer Zunahme der Niedriglohnsegmente, besonders rücksichtslos gegeneinander ausgespielt und gehören perspektivisch zu den neuen Armen in diesem Land.

Auch die Gesamtschulentwicklung in Deutschland wird im «Bertelsmann-Chancenspiegel» 2013 sehr kritisch kommentiert. So besuchen nur 13 Prozent aller SchülerInnen hierzulande eine Ganztagschule, während sich Umfragen zufolge zwischen 60 und 70 Prozent der Eltern eine Ganztagschule für ihre Kinder wünschen. Man hat ausgerechnet, dass bei gleichbleibendem Ausbautempo ein flächendeckendes Regelangebot von Ganztagschulen in Deutschland in etwa 50 Jahren erreicht sein wird. Die Institute für Schulentwicklungsforschung in Jena und Dortmund forderten daher bei der öffentlichen Vorstellung des «Chancenspiegels» 2013 eine Beschleunigung des Prozesses durch ein nachhaltiges Engagement des Bundes. Dieser solle nicht länger auf eine Föderalismusreform warten, sondern die im Grundgesetz (in Paragraph 106) verankerte Möglichkeit der Umverteilung von Steuereinnahmen nutzen, um eine Offensive zum Ausbau der Gesamtschulen zu starten.<sup>11</sup> Der Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München, Thomas Rauschenbach, forderte in diesem Zusammenhang sogar die Verankerung eines «Rechts auf einen Ganztagschulplatz» – analog zum Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz, wie er seit August 2013 existiert.

Deutlich wird, welcher Druck auf Kinder und Heranwachsende schon in einem recht frühen Lebensabschnitt ausgeübt wird. Bildung ist zu einer Engstelle geworden, durch die Kinder mit allen Mitteln und mit kräftiger Hilfe ihrer familiären Lebensumgebung hindurch gebracht werden müssen.

### **KONKURRENZ UM BERUFLICHE KARRIEREN UND TITEL**

Zur Möglichkeit der Vererbung sozialer Positionen via Besitz, das heißt in angestammten Hierarchien (zum Beispiel im früheren Adel), sind Chancen hinzugekommen, durch Wissen und bessere Schullaufbahnen mit den alten Eliten um Titel und Positionen zu konkurrieren. Neben Abschlüssen, die zu diesen Titeln und Laufbahnen führen, sind auch Karrieren in Sport, Freizeit und Mode gefragt und zunehmend anerkannt.

Nur hohe Bildungsqualifikationen und -abschlüsse sowie Topkarrieren in Mode und Sport ermöglichen Jugendlichen von heute noch den Zugang zu einem verhältnismäßig sicheren Berufsleben. Gefordert wird, sich auf «lebenslanges Lernen» und dauernde Veränderungen im Berufsleben einzustellen. Verantwortlich für diese Entwicklung sind vor allem gewachsene Wissensanforderungen in fast allen Sektoren des Arbeitsmarktes, national und international. Daher gehören längere Bildungs- und Ausbildungszeiten immer mehr zum lebensgeschichtlichen Standard. Die Entwicklung der Persönlichkeit von jungen Menschen steht erzwungenermaßen oft im Schatten dieses Kampfes um Titel und Laufbahnen.

Der Kampf um Titel und Laufbahnen verringert die vormalig natürliche, zweckfreie Zeit der Kindheit, indem gezieltes Lernen – nicht spielendes Lernen, wie es dieses Entwicklungsalter verlangt – schon für Kleinkinder von ehrgeizigen Eltern favorisiert wird. Damit verbunden ist das Bedürfnis, auch die ehemaligen Kulturtechniken des gehobenen Bürgertums zu beherrschen wie Kenntnisse im Klavier-, Geige- und Flötenspiel, in Tanz, Literatur, Theater, exklusivem Sport und kulturlastigen Hobbys. Vermittelt und organisiert wird dieser neue kindliche Alltag vorwiegend von den Müttern. Die sehr

frühe und selbstständige Entwicklung eigener Lebensstile und Wertvorstellungen seitens der Kinder und Heranwachsenden wird damit vorbereitet. Im Unterschied zu früher geschieht dies maßgeblich in den Familien selbst und weniger in der Gesellschaft der Altersgleichen.

### **SYSTEM «POTENZIELLER UNTERBESCHÄFTIGUNG» UND MARKTVERMITTELTE ROLLENMUSTER**

Die jetzige Form gesellschaftlicher Arbeit verlangt von den Beschäftigten immer mehr Qualifizierungen und Spezialisierungen. Zugleich verkürzen sich die Phase und das Volumen der Erwerbstätigkeit. Noch 1957 verließen in der alten Bundesrepublik über 80 Prozent der Jugendlichen mit 14 Jahren die Schule und begannen als Lehrlinge und junge ArbeiterInnen ihr Berufsleben. Undenkbar, dass das Berufsbildungssystem von heute jedes Jahr eine derart große Gruppe aufnehmen könnte. Das verlängerte «Jugendmatorium» hat inzwischen ein System «flexibler Unterbeschäftigung» etabliert mit einem wachsenden Arbeitskrätereservoir, bestehend aus JobberInnen, vorübergehend Arbeitslosen und AnhängerInnen von Alternativkulturen. Erwerbsarbeit verliert immer mehr ihre klassische «sinnstiftende Funktion». Betroffen von dieser Entwicklung sind in erster Linie männliche Jugendliche, die früher einmal am stärksten vom dualen Ausbildungssystem profitiert haben.

Der leichtere Zugang zu höherer Bildung entwertet diese auch potenziell: Immer mehr Bildungseinrichtungen werden zu «Verschiebebahnhöfen» für das System der Erwerbsarbeit. Der Verschulung werden künftig immer mehr und jüngere Menschen (also Kinder) unterworfen, während sich gleichzeitig durch die Verlängerung der Postadoleszenz (Nachjugend) die Lern- und Experimentierphase zunehmend in die klassische Erwachsenenphase hineinschiebt. Diese Tendenz zur Verlängerung von Kindheit und Jugend zugunsten des Lernens bringt folgende kuriose Doppelbewegung mit sich: Kindheit verfrüht und beschleunigt sich, Jugend verspätet und verlangsamt sich zugleich.

Die frühe Verselbstständigung macht Kinder früher zu potenziellen KäuferInnen und KonsumentInnen. Sie werden zu einer immer wichtigeren Käufergruppe und damit zu einem Umsatzfaktor. Jüngere dürfen immer früher an «Erwachsenenaktivitäten» (Restaurantbesuche, Kino und andere Kulturveranstaltungen, Reisen und vieles mehr) teilnehmen.

Anstelle der Erziehungsnormen von früher stehen heute durch den Markt vermittelte Alters- und Konsumrollen. Damit kontrollieren Kinder und Jugendliche sich zunehmend selbst. Dies geschieht über die vom Konsum gesetzten Standards und äußert sich in Verhaltensweisen, die auf das eigene Sozialmilieu abgestimmt sind. Eltern müssen nicht mehr im früheren Sinne «erziehen», sie werden im familiären Gefüge oft lediglich zu LaufbahnberaterInnen. Allerdings kommen Eltern mit dieser Rollenzuweisung allenthalben noch nicht zurecht. Auch daraus erklärt sich der enorm angewachsene Beratungsbedarf in Fragen der Erziehung und Bildung.

### **ZUNEHMENDE BEDEUTUNG DES IMAGINÄREN**

Die Freisetzung von Kindern und Jugendlichen aus tradierten Normen und Bindungen provoziert einen Überhang von Wünschenswertem und Möglichem. Dieses utopische Potenzial besteht aus überzogenen Hoffnungen und Illusionen auf der einen, aus Ängsten und apokalyptischen Vorstellungen auf der anderen Seite. Vor allem in Zeiten, in denen

Kinder und Jugendliche aus dem System von Lernen und Berufstätigkeit herausfallen, sind sie besonders anfällig für allerlei Verunsicherungen und Versprechungen. Die Medienindustrie hat darauf mit einer ganzen Reihe von «Sehnsuchts- und Traumsendungen» reagiert – von «Deutschland sucht den Superstar» in diversen Varianten bis hin zu Auswahlendungen für ModelkandidatInnen und den medialen Vorbereitungen auf eine Tanz- oder Sportkarriere. Jugendliche verbringen immer mehr Zeit damit, anderen dabei zuzusehen, wie diese versuchen, sich ihren Traum zu erfüllen, und mit ihnen mitzuleiden. Auf diese Weise können sie das eigene Sehnsuchtpotenzial in kontrollierbarer und überschaubarer Form abreagieren.

Wachsende Unsicherheit unter Eltern hinsichtlich ihrer Erziehungsfunktionen und -aufgaben, die zunehmende Bedeutung außerfamiliärer Erziehungseinrichtungen sowie eine größere kindliche Selbstständigkeit führen zu einer Veränderung des Machtgefälles innerhalb der Familie. Eltern von heute werden im wachsenden Maße von ihren Kindern und deren emotionaler Zuwendung abhängig, manchmal sogar erpressbar, während das früher überwiegend umgekehrt war. Hinzu kommen sinkende Kinderzahlen, weil faktisch jedes Kind in der Familie mit hartem Einkommen berechnet und bezahlt werden muss und der Staat hier gerade junge Eltern, die am Anfang ihres Erwerbslebens stehen, völlig unzulänglich unterstützt, ja sogar im Stich lässt.

Die Ausweitung jugendlicher und nachjugendlicher Moratorien ist für Mädchen und junge Frauen ein Zugewinn an Lebensperspektive; sie haben heute mehr Dispositionsspielräume. Umgekehrt trifft die «Krise der Erwerbsarbeit» (das tendenzielle Verschwinden fester Berufsweggänge, unter Umständen frühe Heirat, frühe Scheidung) besonders junge Männer, deren Identität kulturhistorisch stärker an lebenslange Erwerbstätigkeit und Familie gebunden war. Mit dem Wandel der familiären Beziehungen (es gibt kaum noch jüngere oder ältere Geschwister, Großeltern leben nicht mehr in den Familien, Verselbstständigung der Interessen der Heranwachsenden) wird die Vermittlung zwischen den Generationen schwieriger. Dieses Phänomen wird von konservativer Seite benutzt und medial ausgeschlachtet, um einen Grabenkrieg zwischen den erwerbstätigen Generationen,

den studierenden Heranwachsenden und den «privilegierten Alten» zu entfachen. Zu erinnern ist diesbezüglich nur an die schon obligaten Rentendiskussionen oder an die Debatte um Studiengebühren. Das hat zur Folge, dass die immer weiter in kleinere Einheiten auseinanderfallenden familiären «Restsysteme» den Individualisierungsschub verstärken und daher die Gefahr der Vereinsamung wächst.

## RESÜMEE

Insgesamt ist festzuhalten, dass im gegenwärtigen Schul- und Bildungssystem ein nicht unbeträchtlicher Teil des einzigartigen humanitären Charakters, der den Bildungsvorgang auszeichnet, auf der Strecke bleibt. Hierzu zählen die Freude am Wissenszuwachs und die dadurch stimulierte Neugier auf das Leben, der Genuss am Lernen, der dadurch wächst, dass man durch Wissenserweiterung immer tiefer in das Weltverstehen eindringt, sowie die Persönlichkeitsentwicklung und -formung, die durch Wissenszuwachs und Weltverstehen ermöglicht wird. Die zentrale Aufgabe einer linken Bildungspolitik in Deutschland besteht darin, zusammen mit anderen Akteuren diesen Aspekten wieder ein größeres Gewicht zu verleihen und die einseitige Ausrichtung des Bildungswesens auf das Erwerbsleben nicht als unveränderbar hinzunehmen.

Christine Brückner ist Professorin für Erziehungswissenschaften im Bereich der «Pädagogik der frühen Kindheit» und Vertrauensdozentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**1** Der Standpunkt beruht auf einem Vortrag der Autorin beim Gründungstreffen des Gesprächskreises Bildungspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. **2** Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlicher Tagespflege, verschiedene Jahrgänge, Zusammenstellung und Berechnung; Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, Wiesbaden 2013, S. 310. **3** Ebd. **4** Vgl. z. B. Tietze, Wolfgang/Miernickel, Susanne (Hrsg.): Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder, Berlin 2007. **5** OECD: Bildung auf einen Blick, Paris 2013. **6** Alle Zahlen aus OECD: Bildung, S. 10–51. **7** Warnecke, Tilmann: Gefordert, aber nicht überfordert, in: Der Tagesspiegel, 27.6.2013, S. 19. **8** Deutsches Studentenwerk/HIS Institut für Hochschulforschung: 20. Sozialerhebung: Zur wirtschaftlichen Lage der Studierenden in Deutschland, Berlin 2013. **9** Bertelsmann-Stiftung/Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund/Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Jena (Hrsg.): Chancenspiegel 2013. Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme, Gütersloh 2013. **10** Ebd. **11** Hollenstein, Oliver: Ins Leben finden, in: Süddeutsche Zeitung, 25.6.2013, S. 6.

JORGE LEÓN TRUJILLO

## WAHLEN IN ECUADOR: PERSPEKTIVEN DES CORREA- SYSTEMS

Eigentlich ist die ecuadorianische Gesellschaft eine politische Gesellschaft par excellence. Schon immer hat die Politik die Gemüter zu erregen vermocht, politische Fragen und Themen werden in der Bevölkerung leidenschaftlich debattiert. Deshalb entspricht der aktuelle Wahlkampf so gar nicht dem gewohnten, politischen Leben im Land: Er ist von Desinteresse und Entpolitisierung geprägt.

Fast zehn Millionen Ecuadorianerinnen und Ecuadorianer sind am 17. Februar 2013 dazu aufgefordert, einen Präsidenten sowie die Abgeordneten des Parlaments zu wählen. Drei Wochen vor dem Wahltag sollen aber erst 59 Prozent der Wählerinnen und Wähler wissen, wem sie ihre Stimme geben wollen.

Rafael Correa, derzeitiger Amtsinhaber, stellt sich zur Wiederwahl. Gegen ihn treten sieben Kandidaten verschiedenster politischer Couleur an. Laut Umfragen hat Correa beste Chancen, die Wahl schon im ersten Wahlgang für sich zu entscheiden, gerechnet wird mit einem Vorsprung von etwa 20 Prozent gegenüber seinen Mitbewerbern. Diese Voraussagen erklären zumindest teilweise die Gleichgültigkeit der Bevölkerung angesichts des Wahlkampfes. Ein weiterer Grund liegt aber auch im derzeit herrschenden politischen System: Der Staat gibt sich als Hüter der Volksinteressen, Bürgerinnen und Bürger erwarten Lösungen von oben, von einem Staat, der sich zwar großzügig zeigt, die Bevölkerung damit aber zu Gleichgültigkeit gegenüber dem Gemeinwesen verleitet und die allgemeine Entpolitisierung der Gesellschaft fördert.

Correas Regierung präsentiert sich selbst als links und so wird sie international auch wahrgenommen. Sie beruft sich gern auf die Helden der Unabhängigkeitskriege gegen Spanien und versteht sich als treibende Kraft der sozialen Kämpfe. Correa propagiert einen eigenen und gleichzeitig einen panlateinamerikanischen Nationalismus, setzt sich für die Neuverteilung des Reichtums ein und – als Gegengewicht zu neoliberalen Strömungen – für einen starken, interventionistischen Staat. Was er jedoch im Konkreten anstrebt, ist schwer zu sagen. Correa stammt ursprünglich aus einem militant katholischen Milieu und folgte lange der kirchlichen Sozialdoktrin. Erst kurz vor seiner Präsidentschaftskandidatur im Jahre 2006 näherte er sich linksgerichteten und mit diesen sympathisierenden Organisationen an und gewann deren Unterstützung für den Wahlkampf. Correa übernahm ihre Programme, die militante Linke wurde zu seiner wichtigsten unterstützenden Kraft. Jetzt, nach sechs Jahren an der Regierung, hat sich Correa von vielen seiner Verbündeten der ersten Stunde getrennt, auch sein politisches Auftreten hat sich stark verändert.

Sein engster Kreis ist nicht mehr eigentlich links, sondern setzt sich aus VertreterInnen unterschiedlicher politischer

Herkunft zusammen. Dort gibt es sowohl AnhängerInnen der Christsozialen als auch diverser populistischer Parteien. Dieselbe Entwicklung lässt sich in seiner Organisation – der «Alianza País» – auch auf lokaler Ebene beobachten. In der Vergangenheit war das politische System Ecuadors regional sehr zersplittert, heute ist Correas «Alianza País» in allen Landesteilen präsent. Dabei handelt es sich weniger um eine politische Partei als vielmehr um eine Wahlunterstützungsorganisation, die keiner klar benennbaren Ideologie anhängt und auch kein eindeutig bestimmtes Programm verfolgt.

Das Auffälligste an Correas Regierung ist, wie das politische System ihn zu einem «Leader» – so nennen ihn seine AnhängerInnen – oder – so die PolitikexpertInnen – einem «Caudillo» aufgebaut hat, der über allem und allen steht. Dies geht soweit, dass Lokalfunktionäre erst eine Äußerung des Präsidenten abwarten, bevor sie in einer Angelegenheit Stellung nehmen.

### CORREA AUF ALLEN KANÄLEN

Correas Kommunikation mit der Bevölkerung ist geprägt von seinem großen Charisma. Diese Ausstrahlung und die Polarisierung, die er von Beginn seiner Amtszeit an geschürt

hat, indem er verschiedene soziale Gruppen zu Feinden stempelte und sie für bestimmte Probleme oder soziale Übel verantwortlich machte (Reiche, oppositionelle Bürgermeister, GewerkschafterInnen, indigene AnführerInnen und insbesondere die Presse), erlauben es ihm, täglich in den Medien präsent zu sein. Jeden Samstag informieren Präsident und Kabinett aus den unterschiedlichsten Ecken des Landes über ihre Aktivitäten in der vergangenen Woche. Correa äußert sich dabei zu allen möglichen Vorkommnissen und hält so permanenten und direkten Kontakt zur Bevölkerung. Vier Fernsehsender, ein großes Netz von Radiostationen und zwei Zeitungen sind in staatlicher Hand – Correa ist immer und überall präsent. So hat er sich eine in Ecuador noch nie dagewesene, konstante Unterstützung von mehr als 50 Prozent der Bevölkerung gesichert. Ebendiese große Akzeptanz hat ihm auch Legitimität verliehen. Correa kann sich sogar nicht ganz legale Schachzüge erlauben, die er dann einfach mit der von ihm vorangetriebenen «Bürgerrevolution» rechtfertigt.<sup>1</sup> Da er zu Beginn seiner Amtszeit seine Wahlversprechen einlöste, bringt ihm die Bevölkerung großes Vertrauen entgegen, das er mit entsprechenden neuen Aktionen immer weiter nährt. Über mehrere Volksabstimmungen, diverse Gesetze und eine neue Verfassung hat Correas Exekutive außergewöhnliche Vollmachten erlangt, und es kommt öfter als nur ausnahmsweise vor – obwohl gesetzlich nicht erlaubt –, dass sie sich in die anderen Staatsgewalten einmischt. So beispielsweise, wenn einzelne Minister oder Präsident Correa selbst im Fernsehen öffentlich zu einem laufenden Gerichtsverfahren Stellung beziehen.

Mit der neuen Verfassung wurde eine zusätzliche Staatsgewalt geschaffen – sie heißt Partizipation und soziale Kontrolle. Mit ihr sollte der Idee einer aktiven «Bürgerschaft» Rechnung getragen und ein Gegengewicht zu den anderen Staatsgewalten hergestellt werden. Sie ist unter anderem zuständig für die Personalauswahl in den Kontrollinstanzen über den Staat. Aber diese fünfte Gewalt hat sich nun eher als verlängerter Arm der Exekutive entpuppt, wodurch die Regierung in allen anderen Gewalten, insbesondere im Justizapparat, ihre Gefolgsleute platzieren konnte. Die Machtkonzentration in der Exekutive ist also sehr stark und wird ergänzt durch die Kontrolle, die die Regierung auch über die zivilgesellschaftlichen Institutionen ausübt: Sie kooperiert Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen (indigene Verbände, Gewerkschaften etc.) in öffentliche Ämter, versucht, sie durch die Gründung von Parallelstrukturen zu spalten und verhängt Gefängnisstrafen gegen Verantwortliche von Protestaktionen, die von der Regierung als Terrorakte gewertet werden.<sup>2</sup>

Laut Regierung sind die Machtkonzentration, die Kontrolle über die Organisationen und nicht selten auch der Druck auf Oppositionelle nötig, um den sozialen Wandel voranzutreiben. Dieser Wandel bedeutet vor allem, die öffentliche Infrastruktur zu modernisieren (Straßen, Hafenanlagen, Flughäfen etc.), den infolge der neoliberalen Politik geschwächten Staat zu stärken, Staatsbetriebe in der Wirtschaft zu stärken – insbesondere im Bereich natürliche Ressourcen –, den privaten Produktionssektor zu regulieren und zu formalisieren – speziell das Finanzwesen – und eine vielfältige Politik der Reichtumsumverteilung. Hier wiederum geht es vor allem um mehr Subventionen für die ärmsten Bevölkerungsgruppen («Bonus für menschliche Entwicklung») sowie die Erweiterung der öffentlichen Dienstleistungen – in erster Linie im Gesundheitssektor –, die für die große Mehrheit erschwinglich sein sollen

(Subventionen für Familien mit chronisch behinderten Familienmitgliedern, Zugang zu verschiedenen Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung etc.). Auch im Erziehungs- und Bildungswesen sind die öffentlichen Dienstleistungen verbessert worden, mit kostenloser Schulbildung und Universitätsstipendien für einkommensschwache Studierende. Hinzu kommen Kreditprogramme für den Eigenheimbau und teilweise auch für kleine und mittlere Unternehmen. Insgesamt haben diese Maßnahmen zu einer Reduzierung der Armutsrate um zehn Prozent beigetragen.

All diese Modernisierungsprozesse kosten enorm viel Geld. Sie konnten bisher dank steigender Staatseinnahmen – vor allem aufgrund der hohen Erdölpreise – finanziert werden. In sechs Jahren hat sich der ecuadorianische Staatshaushalt denn auch von 6 Millionen auf 24 Millionen US-Dollar vervierfacht.

## **STABILITÄT UND ORDNUNG**

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass Correa dem Land eine Phase der Modernisierung, der Reichtumsumverteilung, der sozialen Befriedung, der Ordnung und der Machtkonzentration auf seine Person gebracht hat. Vor allem Stabilität und Ordnung waren der Bevölkerung nach langen Jahren der politischen Krise, Instabilität und Unzufriedenheit vor Correas Machtantritt ein großes Bedürfnis. In diesem Sinne entspricht das Handeln Correas den Forderungen und Bedürfnissen der Bevölkerung.

Produktive Alternativen hingegen hat die Regierung Correa bisher nicht geschaffen, und ihre derzeitigen Politiken können auch nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Genau wie in Bolivien und Venezuela ist die vermehrte Intervention des Staates im Sozialbereich auch in Ecuador nur dank der derzeit hohen Rohstoffpreise möglich. Auch die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft haben sich nicht verändert. Im Gegenteil, einmal mehr begegnen wir einer «Caudillo-Dynamik», bei der sich die politische Macht auf den Anführer konzentriert, der die Gesellschaft beherrschen möchte und kleine Teile seiner Macht an enge Gefolgsleute abgibt – diese wiederum reproduzieren in ihrem Kontext das gleiche Verhaltensmuster. Willkür und Korruption sind deshalb keine Seltenheit.

## **CORREA KANN DIE BEDINGUNGEN DIKTIEREN**

In Anbetracht der Beliebtheit des Präsidenten geht es bei der anstehenden Wahl nicht so sehr darum, ob er weiterregiert, sondern unter welchen Bedingungen. Falls Correa mit großer Mehrheit gewinnt, wird die Opposition weiter an Kraft verlieren. Sollte sich für den Präsidenten sogar eine Mehrheit im Parlament ergeben, braucht Rafael Correa seine Verbündeten und seine linksgerichteten Gefolgsleute nicht mehr und kann ganz nach eigenem Wunsch und Belieben regieren. Bei alledem darf nicht vergessen werden, dass Correa kein eigentliches Regierungsprogramm hat. Seine engsten MitarbeiterInnen – angefangen bei seinem Kandidaten für das Vizepräsidentenamt, Jorge Glass – sind in erster Linie Leute seines absoluten Vertrauens – eine linke politische Haltung scheint dabei weniger wichtig zu sein. Im Gegenteil, oft vertreten sie ganz andere Positionen. Jorge Glass war für die viel kritisierten Verträge mit China verantwortlich, die allesamt wenig transparent sind und Ecuador in eine dem asiatischen Giganten untergeordnete Position bringen.

Die Kandidaten für die Legislative hat Correa ebenfalls streng nach Loyalitätskriterien ausgewählt. Unter ihnen fin-

den sich auch Leute mit wenig oder gar keiner politischen Erfahrung, wie zum Beispiel mehrere Fußballer. Diese werden Correa zwar Stimmen einbringen, zu einem autonomen politischen Handeln sind sie jedoch kaum in der Lage. Schon mehr als einmal hat Correa infolge dieser Auswahlpolitik einen seiner Gefolgsleute angesichts von Skandalen in Schutz nehmen müssen. So geschehen vor Kurzem im Fall seines Cousins Pedro Delgado. Delgado hat mehrere hohe öffentliche Ämter im Wirtschaftssektor bekleidet, unter anderem als Vorsitzender der Zentralbank.

Er wird beschuldigt, im Rahmen dieser Tätigkeit einem nicht in Ecuador ansässigen argentinischen Unternehmer (Gastón Duzac) in nur wenigen Tagen ein Darlehen über 800.000 US-Dollar gewährt zu haben, obwohl dieser die Voraussetzungen für eine Kreditvergabe nicht erfüllte und auch die nötigen Garantien nicht beibrachte. Ein klarer Fall von Korruption. Man fand außerdem heraus, dass Delgado den Universitätstitel, mit dem er sich schmückte, nie erworben hat. In beiden Fällen stellte sich Correa schützend vor seinen Cousin. Doch kurz nach einer öffentlichen Ehrung, in der der Präsident seine Qualitäten und seinen Einsatz im Dienste der «Bürgerrevolution» rühmte, gestand Delgado seinen «Fehler» öffentlich ein und verließ das Land unbehelligt in Richtung Miami. Die Regierung forderte ihn daraufhin auf, nach Ecuador zurückzukehren und macht ihn nun zum Sündenbock, um ihre Prinzipientreue unter Beweis zu stellen. Die Staatsanwaltschaft, die sich schon Monate vorher mit diesem Fall hätte beschäftigen müssen – denn schon seit Langem liegt mehr als nur eine Anzeige gegen Delgado vor – beginnt erst jetzt zu ermitteln, obwohl der Beschuldigte längst außer Landes ist.

### **CAUDILLISMUS VERSUS PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE**

Ein Sieg Correas im ersten Wahlgang und die umfassende Kontrolle über die Legislative wären laut Regierung gleichbedeutend mit der Vertiefung der «Bürgerrevolution». Die im Rahmen des aktuellen Wahlkampfs am heftigsten diskutierte Frage ist allerdings, ob für das, was wir weiter oben als «sozialen Wandel» und «Modernisierung» identifiziert haben, diese Machtkonzentration auf die Person des Präsidenten notwendig ist. Am Anfang hatte man von Correa erwartet, er würde durch mehr Bürgerbeteiligung die Demokratie auf allen Ebenen des Staatsapparats vertiefen und erweitern, und man dachte, mit dieser Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger könnte ein gewisses Gegengewicht zu den offiziellen Staatsgewalten geschaffen werden. Aber die Machtkonzentration und das technokratische Denken – demzufolge allein die Regierung weiß, was sie tut, während sich alle anderen irren – haben das Gegenteil bewirkt: Caudillismus führt zu Desinstitutionalisierung und zu weniger Zivilgesellschaft.

Trotz allem stehen weite Teile der einfachen Bevölkerungsschichten und auch der Medien einer weiteren Amtszeit Rafael Correas positiv gegenüber und messen weder den eben genannten Auswirkungen seiner Regierungsführung noch seinem Stil, der auch von Beleidigungen und abwertenden Bemerkungen über seine Gegner geprägt ist, keine allzu große Bedeutung bei.

### **EXTRAKTIVISTISCHES MODELL WIRD GESTÄRKT**

Was man zu Beginn seiner ersten Amtszeit ebenfalls erwartet hatte, war – denn so stand es in seinem Regierungs-

plan –, dass Correa ein anderes, neues Produktionsmodell fördern und das Land aus seiner Rohstoffabhängigkeit herausführen würde. Doch dies ist nicht eingetreten. Der «Extraktivismus» hat sich sogar noch weiter verstärkt und ist eines der wichtigsten Themen der nicht regierungstreuen Linken, die sich in der «Unidad Plurinacional» (Plurinationale Einheit) zusammengeschlossen hat. Zahlreiche ihrer Mitglieder sind ehemalige AnhängerInnen Correas. Obwohl die Ölreserven Ecuadors nur noch für etwa zehn Jahre reichen, ist es für Correa undenkbar, nicht den Bergbau weiter auszubauen oder sich von der Erdölförderung abzuwenden, denn mit den Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft finanziert das Land die Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungswesen. Die «Unidad Plurinacional» und deren Präsidentschaftskandidat Alberto Acosta stellen sich gegen das extraktivistische Wirtschaftsmodell, nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes, sondern auch, weil es schlicht nicht zukunftsfähig sei. Die Natur – gerade auch in der Amazonasregion – bietet andere Möglichkeiten nachhaltiger Beziehungen zwischen Mensch und Natur. Für die «Unidad Plurinacional» geht es deshalb darum, ein anderes, neues Wirtschaftsmodell zu finden, oder – um es mit den Worten der Links- und Umweltorganisationen auszudrücken – ein System des «guten Lebens», des «Buen Vivir» zu entwickeln, in dem positive Beziehungen zwischen Mensch und Natur möglich sind und es keine Konzentration des Kapitals mehr gibt, wie sie heute gegeben ist.

### **SCHWACHE OPPOSITION UND PARTEIEN**

Dass das System Correa derart wachsen konnte, hat es auch der Schwäche der Opposition und dem Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Parteien zu verdanken. Die meisten hatten früher neoliberale Tendenzen und die Interessenabstimmung zwischen Wirtschaft und Politik befürwortet. Correas wichtigste Mitbewerber in dieser Wahl sind der mitte-rechts Kandidat und ehemalige Staatschef Lucio Gutiérrez, außerdem Guillermo Lasso – Bankier, Gründer der neuen Rechtspartei CREO und der Kandidat, der hinter Correa wahrscheinlich die meisten Stimmen erobern wird – und der Unternehmer Alvaro Noboa, der schon zum fünften Mal versucht, Staatspräsident zu werden, dessen Popularität laut Umfragen jedoch derzeit einen Tiefpunkt erreicht hat. Ein weiterer Kandidat ist Alberto Acosta von der linken «Unidad Plurinacional», der aktuell bei den Umfragen bei sieben bis acht Prozent liegt. Die Chancen der restlichen Kandidaten sind minimal. Insgesamt stellen sich sieben Parteien und fünf nationale politische Bewegungen zur Wahl; vier davon sind neu gegründete Organisationen, die anderen befinden sich angesichts der Übermacht von «Alianza País» in einem Reorganisationsprozess.

Alles deutet auf einen deutlichen Sieg von Rafael Correa hin. Eine ganze Reihe unbekannter Politiker gegen einen Correa, den jedes Kind kennt, der omnipräsent ist in allen Medien. Erschwerend kommt hinzu, dass die Anzahl der Wahldistrikte reduziert und mit «D'Hondt» ein neues Stimmenausschüttungssystem eingeführt worden ist. Beides stärkt die Mehrheitspartei und benachteiligt die Minderheiten, was zu einem radikalen Wandel in der Parteienlandschaft im Parlament führen wird: Wären die Stimmen schon bei der letzten Wahl mit «D'Hondt» ausgezählt worden, hätte Correas «Alianza País» nicht 52 Parlamentssitze inne – also etwas mehr als die Hälfte –, sondern fast zwei Drittel.

## DIE SITUATION DER ECUADORIANISCHEN LINKEN

Im Jahr 2006 haben alle Linksorganisationen die Kandidatur Correas unterstützt und waren in seiner ersten Amtszeit zunächst seine Verbündeten. Nach und nach sind aber viele auf Distanz zu Correa gegangen und haben sich nun zur «Unidad Plurinacional» zusammengeschlossen. Ziel der «Unidad Plurinacional» ist es, eine neue linke Identität zu finden und die erlahmten sozialen Bewegungen und Organisationen zu neuem Leben zu erwecken. Das Bündnis «Unidad Plurinacional» umfasst die MPD («Movimiento Popular Democrático» – demokratische Volksbewegung), die den indigenen Organisationen nahestehende «Plurinationale Einheitsbewegung Pachakutik» («Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik») und die «Montecristi-Bewegung». Diese kämpft zusammen mit Präsidentschaftskandidat Alberto Acosta vor allem für die Achtung der von den sozialen Organisationen erarbeiteten und in die neue Verfassung eingeflossenen Grundsätze und Vorschläge, die Correa nun nicht respektiere. Darüber hinaus sind der «Unidad Plurinacional» auch linkserichtete Einzelpersonen angeschlossen, die keiner politischen Organisation angehören. Die Herausforderung des Bündnisses besteht darin, Gedankengut, Programm, Organisations- und Machtpraxis der Linken zu erneuern. Mit seinem Widerstand gegen das extraktivistische Wirtschaftsmodell unterscheidet es sich klar von der Linken Correas, auch mit dem Konzept des «Buen Vivir» hebt es sich von ihr ab – auch wenn dieses noch lange nicht ausgereift ist und weiterer Präzisierung bedarf.<sup>3</sup>

## NEUE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

Zwei der neuen Organisationen (CREO und SUMA) nehmen für sich die Bezeichnung «rechts» in Anspruch und setzen sich für eine neue Rechte ein, wobei SUMA sich vor allem mit der Jugend identifiziert. Wichtig zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass sie im Spannungsfeld Staat-Markt nicht mehr auf Polarisierung setzen, sondern die Bedeutung der regulierenden Rolle des Staates anerkennen. Die regierungsfreundlichen Strömungen AVANZA und RUPTURA rechnen sich der Sozialdemokratie zu. Auch hier wendet sich eine – RUPTURA – vor allem an die Jugend und strebt eine Erneuerung der sozialdemokratischen Bewegung an. Alle diese neuen Parteien haben derzeit kaum politisches Gewicht. Dies könnte sich in nicht allzu ferner Zukunft aber durchaus ändern.

## DIE ZUKUNFT: VIEL MACHT FÜR CORREA UND VERMEHRTE KONFLIKTE

Die Chancen dafür, dass Rafael Correa schon bald noch mehr Macht hat als bisher und sein personalistisches Projekt weiter konsolidieren kann, stehen also alles andere als schlecht. Er hat bereits angekündigt, sofort nach der Wahl in den industriellen Metalltagebau einzusteigen – bis vor Kurzem noch ein Tabu in Ecuador. Soziale und Umweltkonflikte werden nicht zu verhindern sein, vor allem in der Amazonasregion. Stärkere Machtkonzentration und vermehrte Konflikte sind vorprogrammiert. Der Einsatz von üppigen finanziellen Ressourcen hat bisher geholfen, Konflikte abzuschwächen. Aber dadurch sind die Staatsausgaben genauso üppig geworden, sodass die Verschuldung entsprechend gestiegen ist.

Jorge León Trujillo, ecuadorianischer Politikwissenschaftler und Soziologe; arbeitet über soziale Veränderungen in den Andenländern mit den Schwerpunkten Soziale Bewegungen, sozialer Wandel und politisches System.

Übersetzung: Cordi Thöny

<sup>1</sup> Z. B. macht Correa, wenn der Gesetzgeber seinen Vorschlägen nicht folgt, immer wieder von seinem Vetorecht Gebrauch, aber nicht nur, um die Gesetzesvorlage abzulehnen – darauf ist das Vetorecht eigentlich beschränkt –, sondern um den Gesetzestext nach seinem Gutdünken zu verändern und im Entwurf nicht vorgesehene Aspekte zu ergänzen. Die Ratifizierung des Vetos bedarf drei Viertel der Parlamentsstimmen. Da Correas «Alianza País» über fast die Hälfte der Sitze verfügt, kommen seine Vorlagen praktisch automatisch durch. Siehe einen konkreten Fall unter: [http://www.elcomercio.com/politica/Veto-presidencial-limitara-prensa-elecciones\\_0\\_622137970.html](http://www.elcomercio.com/politica/Veto-presidencial-limitara-prensa-elecciones_0_622137970.html). <sup>2</sup> Es wird ein recht schwammig definierter Terrorismusparagraf zugrunde gelegt, der aus der Zeit der Militärdiktatur in den 1970er Jahren stammt. Siehe z. B. den Bericht von Amnesty International zu Ecuador: <https://doc.es.amnesty.org/cgi-bin/ai/BRSCGI/amr280022012es?CMD=VEROBJ&MLKOB=31762200202>. Ein weiteres Beispiel ist der «Marsch für Wasser und Leben» aus dem Amazonasgebiet nach Quito, den zahlreiche Indigenen-, Frauen-, Gewerkschafts- und Studentenorganisationen im März 2012 organisiert hatten. Es ging ihnen dabei u. a. darum, gegen die Bergbaupolitik der Regierung zu protestieren. Die Regierung hat auf verschiedenen Wegen versucht, den Protestmarsch zu unterbinden und zu verhindern, dass die Marschierenden Quito tatsächlich erreichen, u. a. durch die konstante öffentliche Disqualifizierung als «Putschisten». Wenige Tage vor der Ankunft des Protestmarsches in Quito wurden dort zehn junge Leute – «die zehn von Luluncoto» – verhaftet und des Terrorismus angeklagt. Der Prozess gegen die sieben Männer und drei Frauen ist zurzeit im Gang, unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ihnen wird vorgeworfen, sogenannte Flugblattbomben anlässlich eines Besuchs des kolumbianischen Präsidenten Santos gezündet zu haben, woraus die Absicht eines Attentats auf die Sicherheit des Staates abgeleitet wird. Die Angeklagten bestreiten das und sagen, Zweck ihres Zusammentreffens sei eine Diskussion über Demokratie und das gute Leben – «Buen Vivir» – gewesen. Laut Rechtsexperten bestehen keinerlei erwiesenen oder gar rechtsrelevanten Zusammenhänge zwischen der Gruppe der Verhafteten und der Gruppe, die angeblich die Flugblätter explodieren ließ, vielmehr basiert die Anklage ausschließlich auf der Aussage von PolizistInnen (Anm. d. Hrsg.). Siehe <http://lalineadefuego.info/2013/01/29/los-diez-de-luluncoto-terroristas-por-ramiro-avila-santamaria/>; <http://www.inredh.org/>. <sup>3</sup> Siehe auch: Gudynas, Eduardo: Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2012.

## AFRIQUE-EUROPE-INTERACT

# KRIEG IN MALI

## WIE FRANKREICH SEINE VORMACHTSTELLUNG IN WESTAFRIKA VERTEIDIGT

Während in hiesigen Debatten um die Militärintervention in Mali fast ausschließlich aus einer geostrategischen (Metropolen-)Perspektive argumentiert wird, bleiben die politischen Auseinandersetzungen innerhalb Malis beziehungsweise Westafrikas weitgehend unerwähnt. Dabei zielt die von Frankreich am 11. Januar 2013 begonnene Militärintervention nicht zuletzt darauf ab, Partei im innermalischen Konflikt zu ergreifen, um den demokratischen Aufbruch in Mali und eine basisdemokratische Selbstermächtigung in ganz Westafrika zu verhindern.<sup>1</sup>

### AUSGANGSSITUATION:

#### ERSTER LICHTBLICK TROTZ KRIEG

Durch die von Frankreich am 11. Januar 2013 begonnene militärische Intervention in Mali sind die islamistischen Besatzer binnen weniger Wochen aus größeren Teilen des Nordens vertrieben worden, nicht zuletzt aus den drei zentralen Städten Gao, Timbuktu und Kidal. Grundsätzlich ist dieser Umstand eine in jedweder Hinsicht positive Botschaft – die Freude vieler Menschen im Norden Malis ist deshalb zu teilen, zumal es keinerlei Anlass zu geben scheint, deren Authentizität infrage zu stellen.

Und doch ist der französische Militäreinsatz nicht gutzuheißen: Zunächst, weil das in militärischen Interventionen enthaltene Eskalationsrisiko noch keineswegs gebannt ist, also die Gefahr eines die Zivilbevölkerung massiv in Mitleidenschaft ziehenden Guerilla-Kriegs seitens der Islamisten nach wie vor besteht. Sodann, weil Krieg häufig mit dramatischen Konsequenzen einhergeht, ob durch Traumatisierungen, Zerstörung lokaler Ökonomien oder Vergewaltigungen – alles Aspekte, auf die bereits der im November 2012 von der Globalisierungskritikerin und früheren Kulturministerin Malis Aminata D. Traoré initiierte Aufruf «Frauen in Mali, sagt NEIN zum Stellvertreterkrieg!» aufmerksam gemacht hat. Schließlich, weil Frankreich keineswegs aus humanitären Motiven gehandelt hat, ausschlaggebend waren vielmehr politische, ökonomische und militärische Interessen.

Es war daher auch keineswegs zufällig, dass Frankreich zusammen mit der westafrikanischen Wirtschaftsunion (ECOWAS) sowie Teilen der im März 2012 durch einen kurzzeitigen Putsch geschwächten politischen Elite Malis seit Beginn der Krise nicht das Geringste getan hat, um nach einer sogenannten «malischen Lösung» Ausschau zu halten – ganz gleich, ob diese mit zivilen Mitteln des Dialogs oder durch einen begrenzten, im Zeichen der Selbstverteidigung stehenden Einsatz der malischen Armee erfolgt wäre. Ganz

im Gegenteil: Durch diverse Embargo-Maßnahmen (mit Blick auf den sogenannten Putsch) sowie weitere Interventionen von außen wurde gezielt eine Situation scheinbarer Alternativlosigkeit kreiert, an deren Ende die irrwitzig anmutende Wahl zwischen einem angeblichen Ansturm der Islamisten auf Bamako oder einer Militärintervention unter französischem Kommando stand. Diese Pseudoalternative ist ausdrücklich zurückzuweisen, zumal die politischen, ökonomischen und militärischen Interessen nicht nur Frankreichs, sondern auch etlicher Regierungen in Westafrika all zu offensichtlich auf der Hand liegen.

### POLITISCHE, ÖKONOMISCHE UND MILITÄRISCHE INTERESSEN

Geht es um die Interessen der beteiligten Akteure (insbesondere Frankreichs), werden in der hiesigen Debatte vor allem vier Aspekte hervorgehoben: Erstens die Sorge vor einem sogenannten Sahelistan, also einem Rückzugsgebiet für islamistische Dschihadisten. Dabei wird in vielen Texten explizit darauf hingewiesen, dass islamistische Gruppen in den letzten 30 Jahren immer wieder von westlichen und anderen Geheimdiensten gezielt aufgebaut wurden, ganz zu schweigen davon, dass es die neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse sind, die Islamisten überhaupt erst den Boden bereiten – ob durch erfolgreiche Agitation in der Bevölkerung oder die Nicht-Existenz staatlicher (Sicherheits-)Strukturen wie im Falle Malis. Zweitens werden immer wieder die handfesten ökonomischen Interessen betont, etwa das viel zitierte Uran oder andere Bodenschätze, aber auch sonstige Geschäftsfelder, in denen französische Firmen involviert sind. Beides wird drittens mit grundsätzlichen Überlegungen verknüpft, etwa von der Forschungsstelle Flucht und Migration, auf deren Blog es am 14. Januar hieß, dass «Krieg in der Sahara jene Gewalt- und Ermöglichungsräume herstellen [soll], die für eine kapitalistische Durchdrin-

gung dieser Räume Voraussetzung sind. Sicherheit für den Uranabbau, die Solarkraftwerke und die Ölförderung in der Sahara gibt es nur durch Einhegung.» Viertens finden die auf das Allerengste hiermit verzahnten militärischen Interessen regelmäßig Erwähnung – passend dazu, dass im Moment vieles danach aussieht, als ob Frankreich versuchen würde, im Norden Malis eine dauerhafte Militärpräsenz zu erreichen.

Alle diese Überlegungen sind wichtig. Dennoch fällt auf, dass fast ausschließlich aus einer geostrategischen (Metropolen-)Perspektive argumentiert wird, während die politischen Auseinandersetzungen innerhalb Malis beziehungsweise Westafrikas unerwähnt bleiben. Genauer: Im März 2012 hat es in Mali eine Art improvisierten Militärputsch niedriger Ränge gegeben, in dessen Verlauf der langjährige Präsident Amadou Toumani Traoré (ATT) samt größerer Teile seiner korrupten Regierungsmannschaft abgesetzt wurden.

Seitens der Bevölkerung ist der Putsch und somit der dadurch angestoßene demokratische Aufbruch auf große Zustimmung gestoßen, und das aus mindestens drei Gründen: Erstens weil sich die malische Armee durch jahrelange Korruption in einem derart desolaten Zustand befunden hat, dass ihre einfachen Soldaten in den Kämpfen mit den unter anderem aus Libyen zurückgekehrten Tuareg-Rebellen buchstäblich verheizt wurden. Zweitens weil Mali trotz garantierter Meinungs- und Versammlungsfreiheit keineswegs jene Musterdemokratie gewesen ist, wie insbesondere im «Westen» immer wieder behauptet wird. Davon zeugen nicht nur hoffnungslos veraltete Wahlregister und eine Wahlbeteiligung von gerade mal 15 Prozent bei den letzten Wahlen, sondern auch die Tatsache, dass im Parlament Französisch gesprochen wird, obwohl maximal ein knappes Drittel der Bevölkerung überhaupt Französisch versteht. Drittens weil es in diesem Zusammenhang schon lange zu krassesten Formen von Korruption, Vetternwirtschaft und Misswirtschaft gekommen ist – mit katastrophalen Konsequenzen insbesondere für die völlig verarmte Mehrheit der Bevölkerung.<sup>2</sup>

Kurzum: Der Putsch ist keineswegs in eine Militärdiktatur eingemündet, wie selbst in linken Stellungnahmen mitunter zu lesen war. Die von ihm freigesetzte Dynamik massenhafter Partizipation von unten steht vielmehr im Kontext jener Massenproteste und Aufstände, die seit Ende 2010 nicht nur in Südeuropa oder der arabischen Welt, sondern auch in zahlreichen Ländern südlich der Sahara mehr oder weniger Hoffnung stiftende Veränderungsprozesse angestoßen haben. Eine Feststellung, an der auch der Umstand nichts ändert, dass die Ex-Putschisten im Dezember 2012 den von nahezu allen politischen Lagern in Mali ausdrücklich begrüßten Schritt unternommen haben, den Ex-Übergangsministerpräsidenten Cheick Modibo Diarra aus dem Amt zu drängen, nachdem bekannt geworden war, dass dieser sich massiv bereichert und zudem den Versuch unternommen hatte, Teile des Militärs unter seine persönliche Kontrolle zu bringen.

Indes: Die handfeste Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses in Mali war nicht nur der politischen Elite des Landes ein Dorn im Auge, sondern auch externen Akteuren: Zum einen zahlreichen westafrikanischen Regierungen, die Nachahmungseffekte befürchteten, zum anderen Frankreich, das die durchaus begründete Sorge umtrieb, hierdurch in seiner politischen und ökonomischen Vormachtstellung in Mali und somit der gesamten Region empfindlich geschwächt zu werden. Entsprechend wurde der demokratische Aufbruch in Mali von Anfang an massiv torpediert – in

aller Regel mit dem Argument, dass der Putsch eine demokratisch gewählte Regierung abgesetzt habe –, ohne jedoch mit einer Silbe auf die fundamentalen Mängel dieser Fassadendemokratie einzugehen oder den Sachverhalt zu kommentieren, dass ansonsten problemlos mit allerlei Diktaturen zusammengearbeitet wird.

Um die nach dem Putsch in Mali entstandene Situation im Sinne der alten Eliten und externen Akteure wieder unter Kontrolle zu bringen, wurde erstens direkt nach dem Putsch ein zweiwöchiges Totalembargo gegen Mali verhängt (mit dem unmittelbaren Effekt von Versorgungsengpässen für die ganz normale Bevölkerung); zweitens wurde die Entwicklungszusammenarbeit seitens der Industrieländer bis heute weitgehend gestoppt; drittens wurde Mali für einige Monate aus der Afrikanischen Union ausgeschlossen; viertens wurden legal gekaufte Waffen für die malische Armee in westafrikanischen Häfen festgesetzt und erst wieder freigegeben, nachdem die malische Übergangsregierung einer ausländischen Militärintervention offiziell zugestimmt hatte; fünftens wurde der ebenfalls zur alten Garde zählende Ex-Parlamentspräsident Diocounda Traoré mithilfe der ECOWAS zum Übergangspräsidenten ernannt (unter Androhung neuer Embargomaßnahmen); sechstens wurden die Tuareg-Rebellen der Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad (MN-LA), die sich zu diesem Zeitpunkt bereits mit den Islamisten verbündet hatten, zumindest politisch durch Frankreich und Burkina Faso unterstützt und siebtens wurden kaum ernsthafte Versuche unternommen, die politischen Akteure in Mali darin zu stärken, eine genuin malische Lösung des Problems zu finden.

Die Konsequenzen dieser Politik waren derweil dramatisch: Zunächst ist auf diese Weise die wohl ohnehin chancenlose malische Armee in den Wochen nach dem Putsch zusätzlich geschwächt worden, sodass es für Tuareg-Rebellen und Islamisten ein Leichtes war, den Norden Malis endgültig zu erobern. Eine Feststellung, die vor allem auf die insbesondere von westlichen Medien gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung gemünzt ist, wonach die Putschisten für die militärische Niederlage maßgeblich verantwortlich seien – ohne allerdings die eben erwähnten Umstände in irgendeiner Form zu berücksichtigen, zu denen im Übrigen auch gehört, dass gleich zu Beginn der Kämpfe im Januar 2012 drei der vier im Norden Malis stationierten Kampfeinheiten der malischen Armee komplett zu den Tuareg-Rebellen übergelaufen sind (als Langzeitfolge davon, dass in früheren Friedensverhandlungen vereinbart worden war, dass sich die malische Armee im Norden Malis vor allem aus Tuareg zusammensetzen möge). Aber auch politisch und ökonomisch ist der demokratische Aufbruch durch die zahlreichen, insbesondere von außen kommenden Störmanöver massiv unter Druck geraten.

Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte also verständlich werden, wie es am 11. Januar, einen Tag nach Beginn der französischen Militärintervention, in der französischen Tageszeitung *Le Monde* zu der eigenartigen Überschrift gekommen ist, wonach die Intervention die malische Regierung vor dem Zugriff der Putschisten schützen würde («Le pouvoir malien sauvé des putschistes par le militaire français»). Denn deutlich wird, dass die Intervention nicht zuletzt darauf abzielt, Partei im innermalischen Konflikt zu ergreifen, um eine basisdemokratische Selbstermächtigung in ganz Westafrika zu verhindern, die sich wiederum auch für Frankreich ungünstig auswirken würde. Nirgends ist die-

ses Ansinnen in den letzten Wochen deutlicher geworden als am Beispiel der *concertations nationales*, einer Art Vollversammlung aller gesellschaftlichen Gruppen in Mali, aus deren Mitte die Initiative zu faires, das heißt die Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit wirklich berücksichtigenden Wahlen hervorgehen soll. Die Abhaltung dieser *concertations nationales* wurde seit dem Putsch von großen Teilen der malischen Zivilgesellschaft regelmäßig gefordert, allerdings haben Übergangspräsident und Regierung ihre Einberufung immer wieder sabotiert. Stattdessen wurde am 29. Januar ein kurzfristig eingebrachter Übergangsfahrplan – die «Feuille de Route» – hektisch vom Parlament verabschiedet. Und das, obwohl besagter Übergangsfahrplan eigentlich von den nunmehr endgültig ins Hintertreffen geratenen *concertations nationales* hätte verabschiedet werden sollen (nachdem er in den vergangenen Monaten von sämtlichen parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Kräften in konsensorientierter Ausschussarbeit formuliert worden war).

Das diesbezügliche Kalkül ist offensichtlich: Im Moment herrscht Kriegsstimmung, die Frage der Wahlen spielt gegenüber den Geschehnissen im Norden eine untergeordnete Rolle, da passt es bestens, das aus Sicht der immer noch angeschlagenen Elite potentiell gefährliche (weil basisdemokratische) Instrument der *concertations nationales* möglichst rasch zu entsorgen – zumal unter anderem die EU eine schrittweise Freigabe der eingefrorenen Gelder von einer diesbezüglich schnellen Entscheidung abhängig gemacht hat. Entsprechend ist es auch kaum verwunderlich, dass bereits seit Wochen in den malischen Mainstream-Medien eine regelrechte Hetze gegen sämtliche ProtagonistInnen der *concertations nationales* läuft (inklusive Gleichsetzungen mit den Islamisten aus dem Norden), so wie auch große Teile der malischen Armeeführung während der Intervention de facto kaltgestellt wurden und stattdessen sämtliche Abstimmungsprozesse vorrangig zwischen dem malischen Übergangspräsidenten, dem französischen Botschafter in Mali und dem französischen Generalstab erfolgt sind. Und weil die internationalen Finanzinstitutionen in solchen Situationen nicht fehlen dürfen, sollte genauso wenig aus dem Blick geraten, dass der IWF am Ende der zweiten Interventionswoche ebenfalls neue Kredite zur Stabilisierung der malischen Wirtschaft zugesagt hat, im Übrigen mit ähnlichen Erpressungsmanövern wie seitens der EU.

## **DER KONFLIKT ZWISCHEN TUAREG UND MALISCHEM ZENTRALSTAAT**

Der seit der Unabhängigkeit Malis im Jahr 1960 regelmäßig eskalierende Konflikt zwischen Tuareg im Norden und malischem Zentralstaat hat zwar zwischen März und Mai 2012 hierzulande intensive Beachtung gefunden, wurde dann jedoch von der Beschäftigung mit dem islamistischen Scharia-Regime weitgehend verdrängt. Fälschlicherweise, wie nicht nur die seit Beginn der Intervention viel diskutierten Übergriffe gegenüber Tuareg oder der arabischstämmigen Bevölkerung zeigen. Denn ohne den Aufstand der aus Libyen zurückgekehrten Tuareg-Söldner hätten die seit 2003 im Norden Malis fest verankerten Islamisten nie Richtung Süden vorrücken können. Hinzu kommt, dass sich eine der drei nunmehr in die Defensive geratenen islamistischen Gruppen – Ansar Dine – primär aus malischen Tuareg zusammensetzt. Entsprechend war es kaum überraschend, dass viele (auch linke) Kommentare in Europa in dieser Hinsicht vergleichsweise schlecht informiert sind oder aber offensiv Partei für die

Tuareg ergreifen und deren legitimes Recht auf Autonomie propagieren – nicht selten mit romantisierenden Untertönen, wonach die Tuareg «stolze», mitunter auch «angstfreie» Menschen seien, die seit der Kolonialzeit ihre «nomadische Freiheit» hartnäckig verteidigen würden.

Indes: Derlei ursprünglich von westlichen Forschungsreisenden und EthnologInnen in die Welt gesetzten Romantizismen taugen nichts, vor allem werden sie der hochgradig komplexen Konfliktgeschichte zwischen Tuareg und malischem Zentralstaat nicht gerecht, im Übrigen auch aus Sicht vieler Tuareg nicht. Zu berücksichtigen sind stattdessen mindestens fünf Sachverhalte: Erstens, dass die Tuareg gerade mal 32 Prozent der Bevölkerung des Nordens ausmachen, weshalb es eine Mogelpackung ist, von Selbstbestimmung oder Autonomie zu sprechen – zumal im Falle Malis historische und koloniale Grenzen im Wesentlichen übereinstimmen und bereits seit dem Malinke-Reich im 13. Jahrhundert ein multiethnisches beziehungsweise linguales Zusammenleben in dieser Region kulturell tief verankert ist. Zweitens, dass sich die MNLA keineswegs umfassender Zustimmung unter der Tuareg-Bevölkerung im Norden erfreut, vielmehr repräsentiert sie in erster Linie die Interessen einiger weniger Tuareg-Clans rund um Kidal. Drittens, dass es eigenartig ist, in einem Land wie Mali von Diskriminierung zu sprechen und dies mit bisweilen falschen Angaben zur Zahl von Krankenhäusern oder Schulen zu begründen. Vielmehr ist die breite Bevölkerung in dem gesamten Land extrem verarmt, in erster Linie durch neokoloniale Verhältnisse, aber auch durch massive Korruption seitens der politischen Eliten, die im Norden seit den 1990er Jahren just von jenen Tuareg-Führern maßgeblich gestellt werden, die zu den Trägern des jüngsten Aufstandes gehört haben. Viertens, dass die Tuareg mitnichten die einzigen nomadisierenden ViehalterInnen gewesen sind, die nach der Unabhängigkeit Einschränkungen zugunsten sesshafter Kleinbauern und Bäuerinnen erfahren haben. Genannt wird in diesem Zusammenhang immer wieder die zahlenmäßig ähnlich große Gruppe der Fulbe, auch bekannt als Fula oder Peul. Und fünftens, dass es insbesondere die beiden großen Dürreperioden in den Jahren 1968 bis 1973 und 1983 bis 1985 gewesen sind (und eben nicht Diskriminierung), durch die 80 Prozent der Herden zerstört und somit zahlreiche Tuareg in die Migration nach Algerien, Libyen oder in die Elfenbeinküste gezwungen wurden.

Mit anderen Worten: Anstatt die fatalen (vor allem von den Falken beider Seiten stammenden) Zuschreibungen in Europa zu reproduzieren, sollte es vielmehr um die komplette Konfliktgeschichte gehen, an deren Anfang vor allem zwei grundlegende Sachverhalte stehen: Einerseits die nationalstaatliche Zerstückerung des jahrhundertealten Siedlungs- und Wandergebiets der Tuareg (auf dem Gebiet des ehemaligen französischen Kolonialreichs) – inklusive zahlreicher Maßnahmen, die die nomadische Viehwirtschaft massiv erschwert haben. Andererseits der Umstand, dass schwarze Sklaven bei den oberen Tuareg-Kasten im Jahr 1960 noch völlig üblich waren (und das mit sozialstrukturellen Konsequenzen bis heute). Aus dieser hochgradig konflikthaften Ausgangssituation hat sich sodann seit 1963 ein jahrzehntelanger Dauerkonflikt nicht nur in Mali, sondern auch in vielen Nachbarländern entwickelt, der vor allem für die Zivilbevölkerung immer wieder äußerst grausam verlaufen ist.

Mit Blick auf die unmittelbare Gegenwart heißt das aber, dass sämtliche Facetten der jüngsten Konfliktodynamik gleichermaßen berücksichtigt werden sollten – der Einfachheit

halber in chronologischer Reihenfolge: Erstens, dass die MNLA im Namen vieler (nie dazu befragter) Tuareg im Januar 2012 einen Bürgerkrieg begonnen und dabei das Bündnis mit islamistischen Gruppen gesucht hat, was in der Konsequenz ganz Mali buchstäblich an den Rand des Abgrunds manövriert hat. Zweitens, dass es in den ersten Monaten des Krieges zwischen MNLA und malischer Armee zu zahlreichen Hinrichtungen, Plünderungen und Vergewaltigungen gegenüber der Nicht-Tuareg-Bevölkerung gekommen ist, wobei bis heute die genaue Urhebererschaft nicht geklärt ist. Drittens, dass seit Beginn der französischen Intervention unter anderem in Sévare, Mopti, Niono und Douentza mehrere Tuareg und arabischstämmige Menschen ermordet wurden (weil es sich angeblich um Islamisten, MNLA-Rebellen oder Kollaborateure gehandelt haben soll), wobei auch hier noch nicht geklärt ist, inwieweit diese Taten auf das Konto der malischen Armee, paramilitärischer Milizen oder lokaler Mobs gehen. Viertens, dass es an vielen Orten – unter anderem in Gao und Tombuktu – zu Plünderungen und Übergriffen gegenüber Tuareg und arabischstämmigen Maliern gekommen ist, auch hier oftmals unter dem Vorwand der Kollaboration. Und fünftens, dass aufgrund dessen seit Ende Januar 2013 Tausende Menschen geflohen sind, die meisten aus Angst vor Übergriffen, insbesondere seitens der malischen Armee.

Grundsätzlich dürfte es sich von selbst verstehen, dass keines dieser Vorkommnisse irgendwelche Übergriffe rechtfertigt. Und das um so mehr, als die Erfahrungen des letztmalig 1994 massiv eskalierten Konflikts bis heute auf allen Seiten Teil des kollektiven Gedächtnisses sind und daher die Gefahr eines ethnisch aufgeladenen Konflikts durchaus gegeben ist – auch wenn viele schwarze MalierInnen ausdrücklich dagegenhalten, beispielsweise der Bürgermeister von Tombuktu, der meinte: «Ich bin Peul, kann aber nicht ohne Araber und Tuareg leben.» Insofern erscheinen einseitige Parteinarbeiten in diesem Konflikt mehr als unangebracht. Passender ist es vielmehr, all jene Akteure zu unterstützen (und vieles spricht dafür, dass sie die Mehrheit der Menschen in Mali repräsentieren), die sich um Dialog und Interessenausgleich bemühen. Zu diesen Akteuren gehören unter anderen auch die AktivistInnen des «Weißen Marsches», ein Bündnis, das im November 2012 von der malischen Sektion von Afrique-Europe-Interact initiiert wurde.<sup>1</sup> Als Schlüssel zu einem nachhaltigen Frieden betrachten seine ProtagonistInnen die Eröffnung eines doppelten Dialogs: Zunächst mit jenen Teilen der Tuareg-Bevölkerung aus dem Norden, die sich weder durch die islamistische Ansar Dine noch die laizistische MNLA vertreten sehen. Nur so könnten die Islamisten sozial und politisch endgültig marginalisiert und ihre schrittweise Entmachtung erreicht werden, während gleichzeitig ein echter Versöhnungsprozess zwischen Tuareg und malischer Gesellschaft beginnen würde. An dieser Stelle sei explizit darauf hingewiesen, dass es diesbezüglich ausgehend von der berühmten «Waffenverbrennung von Timbuktu» – der «flamme de la paix» (1996) – bereits wichtige Erfahrungen in der jüngeren Vergangenheit gibt. Insofern richtet sich der «Weiße Marsch» auch an die gesamte Bevölkerung, schlicht aus der Einschätzung heraus, dass es letztlich nur zu einer langfristigen Verständigung kommen kann, wenn alle Gruppen buchstäblich an einem Tisch sitzen, weshalb, so die Quintessenz, zwischen friedensorientiertem Dialog im Norden und den *concertations nationales* eine Art Wahlverwandtschaft existiert.

## WAS NOCH DISKUTIERT WERDEN MÜSSTE ...

Die aktuelle Situation in Mali ist äußerst komplex, insofern sei abschließend zumindest ein kurzer Überblick über all jene Aspekte gegeben, die im vorliegenden Standpunkte-Papier aus Platzgründen nicht zur Sprache gekommen sind:

*Erstens*, dass die Eskalation in Mali als unmittelbare Spätfolge der Ereignisse in Libyen (inklusive NATO-Intervention) zu betrachten ist, insbesondere der fatalen Freisetzung jener Waffenarsenale, die Gaddafi unter anderem aufgrund der verhängnisvollen Geschäftemacherei mit europäischen Firmen anhäufen konnte. *Zweitens*, dass Frankreich zwar nachträglich grünes Licht vom Sicherheitsrat erhalten hat, die Intervention allerdings nicht vom ursprünglichen UN-Beschluss gedeckt war. *Drittens*, dass das Emirat Katar sowie Saudi-Arabien als wichtige Geldgeber für die Islamisten im Norden Malis fungieren, gleichzeitig aber eng mit dem Westen beziehungsweise der NATO in zentralen geostrategischen Belangen zusammenarbeiten und obendrein nicht mehr wegzudenkende Finanzinvestoren in Europa sind – wie etwa Katar in Frankreich. *Viertens*, dass die Vorgänge in Mali gezeigt haben, inwiefern gerade mal 3.000 Rebellen ein Land mit 15 Millionen EinwohnerInnen unter der Voraussetzung in den Abgrund treiben können, dass dieses nicht über eine funktionierende Armee verfügt. Insofern drängt sich auch aus antimilitaristischer Perspektive die Frage auf, wie mit dem von sämtlichen politischen Akteuren in Mali geforderten Recht auf militärische Selbstverteidigung politisch zu verfahren ist. *Fünftens*, dass große Teile der malischen Bevölkerung die Intervention aus durchaus nachvollziehbaren Gründen begrüßt haben – ein Umstand, der bei aller Kritik an der französischen Militärintervention nicht ausgeblendet, sondern in der politischen Arbeit hierzulande ausdrücklich berücksichtigt werden sollte.

Afrique-Europe-Interact ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind BasisaktivistInnen vor allem aus Mali, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, MigrantInnen und Abgeschobene. Der kontinuierlichen Austausch mit AktivistInnen vor Ort ermöglicht es, die Situation in Mali stets auch durch die Brille der malischen Zivilgesellschaft zu betrachten und somit einige der in Europa fast zwangsläufigen Verkürzungen, Irrtümer, Projektionen und eurozentristischen Sichtweisen zu vermeiden oder zumindest klein zu halten. Weitere Informationen unter [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net).

<sup>1</sup> Das hier vorliegende Standpunkte-Papier ist die um ca. rund ein Drittel gekürzte Version einer am 7. Februar 2013 von Afrique-Europe-Interact veröffentlichten Stellungnahme. <sup>2</sup> Siehe hierzu weitere Informationen unter [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net). <sup>3</sup> Wegen der Militärintervention und des derzeitigen Ausnahmezustandes musste der geplante Marsch von Mopti nach Douentaza um sechs bis acht Wochen verschoben werden.

ALICE B. M. VADROT

## BEDROHTES WISSEN, BEDROHTES LEBEN

NATUR ALS WARE – ZUR FORTSCHREITENDEN ÖKONOMISIERUNG  
DER UMWELT- UND BIODIVERSITÄTSPOLITIK AM BEISPIEL INDIENS<sup>1</sup>

Mit der vor nunmehr vor 20 Jahren verabschiedeten UN-Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity/CBD)<sup>2</sup> kam es auf unterschiedlichen Ebenen zu einer weiteren Institutionalisierung und Politisierung des Umweltthemas. Wie zuletzt auf der 11. Vertragsstaatenkonferenz zur CBD im indischen Hyderabad im Oktober 2012 zu beobachten war,<sup>3</sup> stellt Biodiversitätspolitik ein Terrain dar, auf dem sowohl die Widersprüche und Brüche als auch die Kontinuität der krisenhaften «imperialen Lebensweise» deutlich werden. Obwohl das inzwischen durchgesetzte Paradigma «Schutz der Natur durch ihre ökonomische Nutzung» unterschiedliche Erwartungen und Interessen bedient, trägt es tendenziell zu einer Verhärtung von Ausbeutungs- und Marginalisierungsprozessen vor allem im globalen Süden bei, wie das Beispiel Indien zeigt.

### DIE KONVENTION ÜBER DIE BIOLOGISCHE VIELFALT

Die CBD ist eine Konvention der Vereinten Nationen, die am 29. Dezember 1993 in Kraft getreten und mittlerweile von 163 Staaten unterzeichnet worden ist. Ihre offiziellen Ziele sind: die Konservierung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile sowie der geregelte Zugang und gerechte Ausgleich von Vorteilen, die aus der Nutzung genetischer Ressourcen<sup>4</sup> entstehen (Art. 1 der CBD). In der öffentlichen Wahrnehmung wird das Abkommen oftmals auf die internationale Aushandlung von Regeln zur Ausweitung von Naturschutzmaßnahmen reduziert. Im Rahmen der CBD geht es aber auch um den Technologietransfer von Industrie- in Entwicklungsländer und um den Umgang mit der zunehmenden Patentierung der biologischen Vielfalt etwa von Saatgut oder Pflanzenmaterial zur Herstellung von Medikamenten und Kosmetika. Außerdem spielen konkurrierende Auffassungen über den Umgang mit Natur und verschiedene Formen von Wissen über diese eine Rolle. Ferner bestehen Divergenzen zwischen den Zielen des Naturschutzes und der Aneignung und Nutzung von natürlichen Ressourcen und dahingehend, wie diese rechtlich zu regeln sind.

Bereits im Vorfeld der Verhandlungen über die CBD zeichneten sich daher Konflikte über die Reichweite des Abkommens ab, die bis heute wirksam sind. Die US-Regierung, die die Konvention bislang nicht ratifiziert hat, forderte beispielsweise eine Dachkonvention für bereits existierende Naturschutzabkommen zur Eingrenzung des Zuständig-

keitsbereichs der CBD auf den traditionellen Umweltschutz. Während andere Regierungen darauf drängten, genetische Ressourcen vor dem Zugriff internationaler Pharma-, Kosmetik- und Nahrungsmittelkonzerne sowie das traditionelle Wissen indigener und lokaler Gemeinschaften zu schützen, befürchteten die USA potenzielle Einschränkungen für die Industrieforschung im Bereich der Biotechnologie und Einbußen für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Dadurch kam es rasch zur Verschärfung des «Nord-Süd-Konflikts zwischen «biodiversitätsarmen», aber technologisch entwickelten Ländern des industrialisierten Nordens und «biodiversitätsreichen» Entwicklungsländern des Südens».<sup>5</sup> Interessensgegensätze zeigen sich aber «insbesondere zwischen einer intensivierten, industrialisierten und oft exportorientierten Landwirtschaft mit Hohertragsorten und extensiven Bewirtschaftungsformen mit Ausrichtung auf lokale und regionale Märkte».<sup>6</sup>

Von Beginn an litt die CBD unter erheblichen Umsetzungsproblemen. So mussten sich die Vertragsstaaten 2010 auf ihrer 10. Konferenz im japanischen Nagoya eingestehen, dass eine wichtige Zielvorgabe des strategischen Plans, bis dahin den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen, gescheitert war. Dies hat der Debatte über die Sinnhaftigkeit multilateraler Umweltabkommen, über die verstärkte Einbindung von zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren und nicht zuletzt über die Notwendigkeit, zum Schutz der Biodiversität den Einsatz marktbasierter Instrumente auszuweiten, neuen Aufschwung verliehen.

## NATUR ALS DIENSTLEISTUNGSUNTERNEHMEN UND BIODIVERSITÄT ALS FINANZGUT

Konflikte um Landnutzung, geistige Eigentumsrechte, gentechnisch modifiziertes Saatgut und um den Anbau von Energiepflanzen zur Herstellung von Biokraftstoffen und den damit verbundenen Preisanstieg von Lebensmitteln haben in den letzten Jahren mehr öffentliche Aufmerksamkeit erhalten und damit auch neuen Raum für Kritik und Proteste eröffnet. In wissenschaftlichen und politischen Diskussionen wird dagegen zunehmend danach gefragt, wie Schutz und Nutzung von natürlichen Ressourcen sinnvoll und möglichst vorteilhaft miteinander verknüpft werden können.

Von besonderer Bedeutung in dieser Hinsicht war die Veröffentlichung der Studie «Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität» (The Economics of Ecosystems and Biodiversity/TEEB) im Jahr 2008.<sup>7</sup> Sie hat wesentlich zu einer Stärkung des Bewusstseins über den wirtschaftlichen Wert und Nutzen der Biodiversität beigetragen und in Fachkreisen die Debatte vorangetrieben, mit welchen finanziellen Instrumenten und Mechanismen diese erhalten werden kann. Die dahinterliegende Zielvorstellung und Idee ist simpel und konsensfähig: Gelänge es, den Wert der Biodiversität besser zu kommunizieren oder den ökonomischen Nutzen einer «grünen Wirtschaft» sichtbarer zu machen, könnten zusätzliche Finanzierungsquellen zu ihrem Schutz erschlossen und sowohl ökologische als auch ökonomische Probleme unter Beibehaltung der alten Wachstumsvorstellungen gelöst werden. So das Credo, das neben der Bewältigung ökologischer Herausforderungen die Zurückdrängung von Armut durch mehr materiellen Wohlstand verspricht.

In diesem Sinne werden Umweltprobleme in erster Linie mit Politik- und Wirtschaftsversagen in Verbindung gebracht. Statt auf traditionelle Formen der Regulierung und Intervention setzt man auf neue und innovative Instrumente, die sich stärker an Marktgesetzen orientieren sollen. Das Argument für die ökonomische Bewertung der Natur ist, dass «fehlende Marktpreise für Ökosystemdienstleistungen und Biodiversität bedeuten, dass die Leistungen, die wir aus diesen Gütern beziehen, bei Entscheidungsprozessen bisher vernachlässigt oder unterschätzt werden. Die ökonomische Bewertung ist hier ein entscheidender Schritt, denn sie macht deutlich, dass die Natur Leistungen erbringt und diese einen Wert besitzen. Die ermittelten ökonomischen Werte haben – wie Marktpreise für private Güter – eine Informations- und Lenkungsfunktion. Bürger, Unternehmen oder politische Entscheidungsträger werden über die «wahren» Kosten ihrer Konsum-, Produktions- oder Regierungsentscheidungen informiert. Zielkonflikte werden dadurch sichtbar sowie besser verhandelbar, und Nutzungsentscheidungen können effizient getroffen werden.»<sup>8</sup>

Um den Wert der Biodiversität zu messen und hierdurch die Chancen für ihren Erhalt zu erhöhen, wird derzeit in einer vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanzierten Studie der Wert des Naturkapitals in Deutschland berechnet. Als Grundlage dient das Konzept der Ökosystemdienstleistungen,<sup>9</sup> das den funktionalen Wert der Natur in den Vordergrund rückt und Prozesse wie etwa die Bestäubungstätigkeit von Bienen als Dienstleistung der Natur an den Menschen versteht. Auch im Rahmen der CBD wird zunehmend über Ökosystemdienstleistungen diskutiert und über deren Stellenwert für den globalen Schutz der biologischen Vielfalt verhandelt. Dem liegt unter anderem die Vorstellung zugrunde, dass

Ausgleichszahlungen für die Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen (*payments for ecosystem services*) beispielsweise an Grundbesitzer oder Landwirte die Bereitschaft erhöhen werden, auf eine bestimmte Nutzung von Biodiversität zu verzichten.

«Das Aufzeigen der Werte von Ökosystemdienstleistungen verdeutlicht, dass Investitionen in Naturkapital unter Umständen günstiger sein können als Investitionen in vom Menschen gemachtes Kapital.»<sup>10</sup> Seit 2008, als die Vertragsstaaten der CBD die «Business & Biodiversity Initiative» ins Leben riefen, gilt die verstärkte Einbindung des Privatsektors als möglicher Ausweg aus der selbstverschuldeten Blockade beim Erreichen der Vertragsziele. Die Ressourcen für den Schutz der biologischen Vielfalt stammten lange Zeit insbesondere aus auf Fonds gestützten staatlichen Mitteln, während die Einrichtung von Schutzgebieten im Fokus der Bemühungen für den globalen Artenschutz stand.<sup>11</sup> Seit ein paar Jahren hat es eine Verschiebung gegeben, sodass inzwischen unternehmerische Strategien und Finanzierungsinstrumente eine wesentlich größere Rolle spielen. «Damit einher geht eine Verschiebung des Schwerpunktziels vom Schutz der biologischen und Artenvielfalt hin zum Erhalt von Ökosystemdienstleistungen.»<sup>12</sup> Damit verbunden ist auch die Herausbildung neuer Geschäftsfelder. Es wird nun laut über die Entwicklung von Biodiversitätsmanagementsystemen, die Erfassung eines «Biodiversitätsfußabdruckes» und neue *labelling*-Strategien nachgedacht, aber auch über die Entstehung neuer Märkte durch einen Handel mit Biodiversitätszertifikaten, *payments for ecosystem services* (PES) und *biodiversity offsetting* diskutiert. Konkret geht es hier darum, umweltunverträgliche Unternehmensaktivitäten und -investitionen, die beispielsweise durch Infrastrukturvorhaben entstehen, an anderer Stelle auszugleichen, etwa durch den Erwerb von und den Handel mit Zertifikaten.<sup>13</sup>

Dies erfordert neue Institutionen, Regelungen und Standards für Investitionen und die Kreditvergabe, klare rechtliche Rahmenbedingungen und Landnutzungsverhältnisse sowie die Einrichtung von Zertifizierungsschemata. Hierdurch wird erstens die Rolle finanzieller Argumente für den Schutz der Biodiversität gestärkt, zweitens Biodiversität als neues «Finanzprodukt» und Teil des Naturkapitals etabliert, drittens werden neue Anlagemöglichkeiten geschaffen und viertens die Logik und Regeln des Finanzmarktes auf gesellschaftliche Naturverhältnisse ausgedehnt. In den Bereichen Energie- und Rohstoffwirtschaft zeigt sich diese Entwicklung, die sich als Finanzialisierung beschreiben lässt, anhand steigender Anlagen und Investitionen in entsprechende Märkte. Der Emissionshandel ist hier nur einer von vielen neuen Märkten, der als Modell für den Handel mit Biodiversitätszertifikaten oder Ökosystemdienstleistungen dient und die Maschinerie des ungenierten *greenwashing*<sup>14</sup> am Laufen hält.

## DIE VERPREISUNG DER NATUR TRÄGT ZUR VERSCHLEIERUNG DER ÖKOLOGISCHEN WAHRHEIT BEI

Während für die einen die Finanzialisierung der Biodiversität sowohl ihren Schutz als auch ihre nachhaltige Nutzung garantiert und dazu noch eine wirksame Armutsbekämpfung verspricht, geht für andere die verstärkte Anwendung von Marktmodellen einher mit einer steigenden Ungleichverteilung von Reichtum zugunsten des globalen Nordens

(«die Natur verkaufen, um sie zu schützen»<sup>15</sup>) sowie einer Verschleierung von grundlegenden Konflikten und Ausbeutungsverhältnissen. Letztlich werde nicht nur die Natur kommerzialisiert, sondern der freie Zugang zu einem Allgemeinut infrage gestellt und somit die Lebensgrundlage vor allem indigener und lokaler Gemeinschaften sowie zahlreicher Kleinbauern in Schwellen- und Entwicklungsländern gefährdet. «Der Anspruch, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen sollen», blendet aus, dass viele wichtige Funktionen der Natur gar nicht in Preisen ausgedrückt werden können. Und das ist auch besser so. Denn: Erhält die Zerstörung der Natur einen Preis, so unterbleibt ihre Zerstörung nur dann, wenn ihr Schutz billiger ist.»<sup>16</sup>

Die Europäische Union gehört zu den überzeugtesten und hartnäckigsten Befürwortern des Konzepts der Ökosystemdienstleistungen. Sie tritt massiv für die verstärkte Einbindung des Privatsektors in die Biodiversitätspolitik ein, lehnt aber eine Einbeziehung der Bedürfnisse kleiner und mittelständischer Unternehmen in Entwicklungsländern in die Verhandlungen der Vertragsstaaten der CBD ab, was insbesondere die argentinische Regierung scharf kritisiert hat. Dass es hierbei nicht nur um unterschiedliche politische und wirtschaftliche Interessen geht, sondern auch um konkurrierende Vorstellungen von Wohlstand und Wachstum, ist nicht weiter überraschend. So befürworten auch die Regierungen von Brasilien und China weitgehend das Konzept der Ökosystemdienstleistungen, unter Verweis auf den bestehenden Nachholbedarf an Industrialisierung und Modernisierung in ihren Ländern, während die sogenannten ALBA-Staaten<sup>17</sup> gegen die Ausweitung marktbasierter Politikinstrumente und eine Darstellung der Natur als Dienstleistungsunternehmen eintreten. Ihre Botschaft ist eindeutig: Die kapitalistische Lebens- und Produktionsweise und damit einhergehende Konsummuster sind für die ökologische, ökonomische und soziale Krise verantwortlich, weswegen eine Ausweitung marktbasierter Instrumente sich kaum für den Erhalt der Biodiversität eigne. Anhaltende soziale Ungleichheiten seien nur durch eine umfassende Gesellschaftstransformation aufzulösen. Ein weiteres Argument der ALBA-Staaten gegen die vermehrte Nutzung marktbasierter Instrumente in der internationalen Umweltpolitik ist, dass funktionale und anthropozentrische<sup>18</sup> Begründungen für den Naturschutz und die Wahrnehmung von natürlichen Stoffen und Prozessen als Dienstleistungen mit dem traditionellen Verständnis des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur und dem Konzept von «Mutter Erde» (Pachamama) unvereinbar sind. Aus dieser kritischen Haltung heraus wird die Dominanz der westlichen Wissenschaft und deren Rolle bei der Aufrechterhaltung des Paradigmas «Schutz der Natur durch ihre ökonomische Nutzung» nicht nur infrage gestellt, sondern mitverantwortlich für die ökologische und soziale Krise gemacht.

### **ÖKONOMISIERUNG DER BIODIVERSITÄT ALS ENTWICKLUNGSSTRATEGIE IN INDIEN**

Im Unterschied dazu sehen viele Regierungen im globalen Süden die zunehmende Ökonomisierung der Umwelt- und Biodiversitätspolitik als eine Chance zur Armutsbekämpfung. Die Berücksichtigung des monetären Wertes der Biodiversität gilt zunehmend als Ankerpunkt für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungsstrategie. So hat auch die indische Regierung, Gastgeber der 11. CBD-Vertragsstaa-

tenkonferenz im Oktober 2012, als eine der ersten beschlossen, eine sogenannte TEEB-Studie zur Erfassung des heimischen Naturkapitals in Auftrag zu geben. Damit soll bis zum Jahr 2015 ein Rahmenwerk für eine «grüne volkswirtschaftliche Gesamtrechnung», die den ökonomischen Wert von Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen als Teil des Bruttoinlandsprodukts betrachtet, vorgelegt werden.

Nach Angaben des indischen Ministeriums für Umwelt und Wälder ist mit dieser Initiative die Erwartung verbunden, wirtschaftliches Wachstum und den Erhalt der Biodiversität aneinander koppeln zu können: «In einem Entwicklungsland wie unserem ist die Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen weitaus größer als in Ländern mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen. Unsere Entwicklung basiert im Wesentlichen darauf, inwieweit es uns gelingt, diese Ressourcen in andere Formen des Wohlstandes zu überführen. Allerdings muss dieser Prozess nachhaltig gestaltet werden, um kontinuierliches Wachstum und den Fortbestand dieser Ressourcen zu gewährleisten.»<sup>19</sup> Als ebenso wichtig wird die Einführung von PES erachtet, insbesondere um der fortschreitenden Zerstörung von Land und der Rodung von Wäldern, was in Indien ein großes Problem darstellt, Einhalt zu gebieten. Erste Projekte zur Umsetzung dieses Ansatzes werden im Kontext der TEEB-Studie zurzeit in den Regionen Himachal, Andhra Pradesh, Andaman und Nicobar sowie Arunachal durchgeführt.

Das Konzept der Ökosystemdienstleistungen in Indien ist allerdings noch relativ neu. Zudem stößt seine Anwendung auf eine Reihe von Schwierigkeiten, darunter Probleme mit der Berechnung und mit der Vermittlung des Ansatzes an lokale Entscheidungsträger, insbesondere weil die Einführung von PES die Etablierung von Eigentumsrechten erfordert. Das sogenannte *green grabbing* bezeichnet einen Prozess, bei dem Land unter Verweis auf Umweltziele und Naturschutz (Erhalt der Biodiversität, CO<sub>2</sub>-Speicherung, kontinuierliche Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen) zunehmend veräußert wird. In manchen Fällen werden eigene neue Regeln und Gesetze erlassen, um die Aneignung durch Privatpersonen und Unternehmen zu erleichtern.<sup>20</sup> Letzteres ist in Indien recht häufig der Fall und geht einher mit Konflikten zwischen lokalen Gemeinschaften und verschiedenen Interessengruppen, gerade wenn diese in entsprechende Projekte nicht eingebunden und von der Verteilung von Gewinnen aus alternativen Einnahmequellen ausgeschlossen werden. Oftmals sind es unterschiedliche beziehungsweise sich widersprechende Rechtslagen und Befugnisse, die Zielkonflikte verschärfen und soziale Ungerechtigkeiten und Ausbeutungsverhältnisse verfestigen. Ein Beispiel, das den Konflikt zwischen ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen und die Auswirkungen auf lokale und indigene Gemeinschaften besonders deutlich macht, ist die Abholzung von Wäldern für die Industrie und den Bergbau, der massive Gewinne und ökonomisches Wachstum für bestimmte Regionen verspricht. Nicht nur führt die Ausweitung des Bergbaus in Indien zur Zerstörung des Waldes, zur Übernutzung von Wasserressourcen, zum Verlust von Biodiversität und zur Verschmutzung von charakteristischen Lebensstätten für besondere Tier- und Pflanzenarten. Auch die Lebensräume indigener und lokaler Gemeinschaften sind hiervon massiv bedroht. Das Ergebnis sind vermehrte Vertreibungen und Gewaltanwendungen bis hin zur Militarisierung ganzer Landstriche, eine steigende Arbeitslosigkeit und Prekarisierung von spezifischen Bevölkerungsgruppen, die Ausbrei-

zung von Krankheiten und in letzter Instanz die Zerstörung von kultureller Vielfalt, insbesondere dadurch, dass die weitere Ausübung traditioneller kultureller Praktiken unmöglich gemacht wird.

Von der Einführung von PES und der Bilanzierung von Naturkapital erwartet sich die indische Regierung ein wirksames Instrument, mit dem politische Entscheidungen zur Lösung von solchen Zielkonflikten zukünftig erleichtert und besser legitimiert werden können. Ökonomische Kosten-Nutzen-Analysen versprechen einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen dem Schutz und der Nutzung von Biodiversität. Hierbei werden die Bedürfnisse und Interessen indigener Völker nur eingeschränkt berücksichtigt. Nicht selten werden deren Rechte und Naturschutzbelange auch gegeneinander ausgespielt, wie das Beispiel des Stammes der Soliga zeigt. Seitdem ihr Lebensraum am südlichen Rand von Karnataka 1974 zum Naturschutzgebiet (Biligiri Rangaswami Temple) erklärt wurde, kam es immer wieder zu Verdrängungen und Einschränkung ihrer traditionellen Lebensweise, wozu der Wanderfeldbau oder das Jagen gehört. Nach Verabschiedung des «Forest Right Acts» 2006<sup>21</sup> versuchten die Soliga unter Mithilfe von NGOs das dort erstmals verbriefte Recht indigener Völker in Indien, natürliche Organismen wie Blätter, Bäume, Sträucher, Tiere, Blumen und Früchte des Waldes, aber auch Horn, Honig, Seide und andere Produkte zu sammeln, zu besitzen und zu verwerten, geltend zu machen. Ihre Anträge wurden jedoch zunächst vollkommen ignoriert. Als das Gebiet 2010 zusätzlich zu einem Reservat für die dort lebenden 30 Tiger erklärt wurde, kam es darüber hinaus zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Soliga und den für die Tiere verantwortlichen Naturschützern. Der Konflikt (*tiger or tribals*) konnte nur dadurch entschärft werden, dass die Soliga einwilligten, einen Teil ihres traditionellen Wissens zum Schutz der Tiger zur Verfügung zu stellen und ein eigenes Sanktionssystem einzurichten, um Verstöße gegen Naturschutzauflagen in den eigenen Reihen zu ahnden. Im Gegenzug erhielten Sie ein gemeinschaftliches Nutzungsrecht für drei Fünftel der Waldfläche und die Möglichkeit, sich aktiv an der Verwaltung des Gebietes zu beteiligen.

Konflikte gibt es allerdings nicht nur im Zusammenhang mit Eigentums- und Landnutzungsrechten, sondern auch mit unterschiedlichen Wertesystemen und den daraus resultierenden Interessenkonflikten. Kann der Wert von Tier- und Pflanzenarten durchgehend monetär bestimmt werden? Und in welchem Verhältnis steht dieser Wert zu subjektiven Empfindungen und zur Bedeutung, die diese für indigene Völker, lokale Gemeinschaften und Kleinbauern haben? Wie verhält es sich zu indigenem Wissen und dessen potenziellem Marktwert? Darüber hinaus bleibt die Frage offen, inwieweit die beschriebenen Konzepte dabei helfen können, Monopolisierungstendenzen bei der Produktion und beim Verkauf von Saatgut entgegenzuwirken, die in Indien vor allem im Baumwollbereich sichtbar sind und zu massiven Abhängigkeiten und zur Verschuldung von Kleinbauern führen. Die Zunahme an Patenten auf natürliche Ressourcen zieht unter den Vorzeichen der «grünen Revolution»<sup>22</sup> und der Ressourcenoptimierung eine nur schwer zu kontrollierende Privatisierung der Natur nach sich, die mit marktbasierter Politikinstrumenten kaum zu bekämpfen ist und vielmehr einer grundlegenden Umgestaltung von Landnutzungs- und Eigentumsrechten bedarf.

## ÖKONOMISIERUNG DER UMWELTPOLITIK ALS MOTOR DER «IMPERIALEN LEBENSWEISE»

Unabhängig von konzeptionellen Fragen, die Ansätze wie Ökosystemdienstleistungen oder TEEB-Studien aufwerfen, sollte in linken politischen Diskussionen die Frage im Zentrum stehen, ob die ökonomische Bewertung von Naturkapital und die fortschreitende Monetarisierung der Biodiversität tatsächlich zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zu nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und zu Armutsbekämpfung beitragen können. Diesbezüglich gibt es berechtigte Zweifel, da Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen sowie kulturelle Unterschiede beim Umgang mit der Natur in der Regel bei der derzeit verfolgten Biodiversitätspolitik kaum oder gar keine Berücksichtigung finden. Ein anderer Einwand ist der starke Fokus auf die Bedeutung des Naturkapitals für das Wirtschaftswachstum. Dieses Wachstum basiert auf Produktions- und Konsummustern, die im globalen Norden mit dem Inwertsetzungsparadigma «Schutz durch Nutzung», einer neoliberalen Politik und einem strikten Effizienzdenken verbunden sind, aber in Konflikt stehen mit anderen, insbesondere traditionellen Lebens-, Entwicklungs- und Umgangsformen mit Eigentum. Somit dienen die «Vernunftargumente» über den Zusammenhang der Ökonomisierung von Natur, dem Erhalt der Biodiversität und der Reduktion von Armut am Ende vor allem dazu, die «imperiale Lebensweise» aufrechtzuerhalten, das heißt «herrschaftliche Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die tief in die Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklassen im globalen Norden und zunehmend auch in imperialen Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind».<sup>23</sup> Damit werden nicht nur alternative Wissens- und Lebensformen marginalisiert oder – wie es der brasilianische Soziologe Boaventura de Sousa Santos ausdrückt – unsichtbar gemacht. Die Verdrängung traditionellen und indigenen Wissens birgt zudem die Gefahr einer Politisierung von Wissenschaft bei gleichzeitiger Entpolitisierung zentraler Überlebensfragen und führt letztlich zur Zerstörung kultureller Diversität. «Während heutzutage niemand mehr den generellen Nutzen von Wissenschaft und technologischer Produktivität in Abrede stellt, sollte uns das nicht daran hindern, Interventionen in die reale Welt als nützlich anzuerkennen, die von anderen Wissensformen möglich gemacht werden. Ein Beispiel ist die durch ländliche und indigene Wissensformen ermöglichte Bewahrung von Biodiversität, die paradoxerweise von einer wachsenden Zahl wissenschaftsfixierter Interventionen bedroht wird.»<sup>24</sup>

Damit zeigt sich: Biodiversitätspolitik ist ein internationales Konfliktfeld, wo bei näherer Betrachtung nicht nur das Ausmaß der eng miteinander verbundenen ökonomischen und ökologischen Krise deutlich zutage tritt, sondern auch versucht wird, über eine zunehmende Verwissenschaftlichung Ausbeutungsverhältnisse, sei es in Bezug auf die Natur oder in Bezug auf all jene, die direkt von ihr abhängen, zu legitimieren und zu verschleiern. Eben hierin besteht die Gefahr, Konflikte und Probleme von Umweltpolitik auf Politik- und Marktversagen zu reduzieren, da hiermit zentrale Fragen und Konfliktlinien außer Acht gelassen werden. Einen anderen gesellschaftlichen Umgang mit Naturverhältnissen und eine gerechtere Ressourcenverteilung wird es in einer «grünen Ökonomie» nur dann geben, wenn diese an eine umfassende gesellschaftliche Transformation gekoppelt ist und der Mythos von einer Welt der grenzenlosen Naturaneignung und des grenzenlosen Verbrauchs endlich aufgegeben wird.

Alice B.M. Vadrot ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der ICCR Foundation, einer sozialwissenschaftlichen Einrichtung mit Sitz in Wien und Paris. Sie promoviert am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien und ist seit 2010 Mitherausgeberin der Zeitschrift *Innovation. The European Journal for Social Science Research*.

**1** Mein besonderer Dank gilt der Rosa-Luxemburg Stiftung, die es mir ermöglicht hat, an den Verhandlungen in Hyderabad teilzunehmen, und an meine Dissertationsbetreuer Ulrich Brand und Christoph Görg. Auch möchte ich Ronald J. Pohoryles für seine wichtigen Anmerkungen und Hinweise danken und für seine kontinuierliche Unterstützung meiner Forschungsarbeit als Institutsleiter der ICCR Foundation. **2** In der Präambel der CBD wird Biodiversität definiert als «die Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, darunter unter anderem Land-, Meeres- und sonstige aquatische Ökosysteme und die ökologischen Komplexe, zu denen sie gehören; dies umfasst die Vielfalt innerhalb der Arten und zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme». **3** In Hyderabad haben sich die Vertragsstaaten darauf geeinigt, die Naturschutzhilfen für Entwicklungsländer bis zum Jahr 2015 auf 7,7 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln. Im Gegenzug mussten sich diese zu einer effektiveren Verwendung der Mittel und zu einer Erhöhung der Eigenleistungen verpflichten. **4** Unter genetischen Ressourcen versteht man genetisches Material bzw. Erbmateriale, das unter anderem für die Züchtung neuer Pflanzen, die Herstellung von Kosmetikprodukten oder die Gewinnung medizinischer Wirkstoffe genutzt wird. **5** Görg, Christoph: Erhalt der biologischen Vielfalt zwischen Umweltproblem und Ressourcenkonflikt, in: Görg, Christoph/Hertler, Christine/Schramm, Engelbert/Weingarten, Michael (Hrsg.): Zugänge zur Biodiversität. Disziplinäre Thematisierungen und Möglichkeiten integrierender Ansätze, Marburg 1999, S. 291. **6** Ebd., S. 292. **7** Diese Studie war von der Bundesregierung im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft im Jahr 2007 gemeinsam mit der EU-Kommission initiiert worden. Die Schirmherrschaft lag beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Leitung bei dem indischen Ökonom Pavan Sukhdev. **8** Chatreaux, Melanie/Hansjürgens, Bernd/Schröter-Schlaak, Christoph: Ökonomische Aspekte von Ökosystemen und Biodiversität, in: Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik, 9/2010, S. 1 ff. **9** Ökosystemdienstleistungen werden definiert als jene Grundlagen und Prozesse ökologischer Systeme, die zur Erhaltung der Menschheit und zum menschlichen Wohl beitragen. Sie werden im Englischen häufig als *benefits* bezeichnet. **10** Chatreaux

u.a.: Ökonomische Aspekte, S. 20. **11** Gemeint ist hier, dass für den Biodiversitätsschutz zweckgebundene öffentliche und/oder öffentlich-private Mittel zur Verfügung gestellt werden; diese sind teils verlorene Zuschüsse, teils zu einem günstigen Zinssatz rückzahlbar. Auf internationaler Ebene wurde hierfür die Global Environmental Facility eingerichtet. **12** Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland: TEEB The Economics of Ecosystems and Biodiversity. Internationale Diskussion um eine Ökonomie der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt, Berlin 2010, S. 6. **13** Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Nachhaltigkeitsbericht 2006, Berlin 2007 (unter: [http://www.kfw.de/kfw/de/II/II/Download\\_Center/Fachthemen/PDF-Dokumente\\_Nachhaltigkeit/NB\\_2006\\_D.pdf](http://www.kfw.de/kfw/de/II/II/Download_Center/Fachthemen/PDF-Dokumente_Nachhaltigkeit/NB_2006_D.pdf)). **14** *Greenwashing* bezeichnet Methoden und Vorgehensweisen, die darauf abzielen, einem Unternehmen oder staatlichen Institutionen in der Öffentlichkeit ein umweltfreundliches und verantwortungsbewusstes Image zu verleihen, ohne dass es dafür eine hinreichende Grundlage gibt. **15** McAfee, Kathleen: The Contradictory Logic of Global Ecosystem Services Markets, in: *Development and Change*, 43(1) 2012, S. 105. **16** Brand, Ulrich/Thimmel Stefan: *Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente Nr. 3, 2. Aufl., Berlin 2012, S. 12. **17** Bei ALBA handelt es sich um ein wirtschaftliches und politisches Bündnis von derzeit acht lateinamerikanischen und karibischen Staaten (Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominikanische Republik, Ecuador, Kuba, Nicaragua, St. Vincent und die Grenadinen, Venezuela). Das Bündnis soll eine Alternative zur von den USA geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA darstellen. **18** Anthropozentrisch bedeutet, dass der Mensch sich selbst als den Mittelpunkt der weltlichen Realität versteht. **19** Pressemitteilung des Ministeriums unter: <http://moef.nic.in/downloads/public-information/2011-02-23%20Press%20Brief%20-%20TEEB%20India.pdf>. **20** Fairhead, James/Leach, Melissa/Scoones, Ian: Green Grabbing: a new appropriation of nature, in: *The Journal of Peasant Studies*, 39(2) 2012, S. 237–261. **21** Der vollständige Titel lautet: The Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act. **22** Bei der «grünen Revolution», einem Projekt, das die Weltbank bereits seit den 1960er Jahren verfolgt, ging es darum, Entwicklungsländer wie Indien und die dort lebenden Bauern mit moderner Agrartechnologie und wissenschaftlichem Know-how auszustatten, mit dem offiziellen Ziel der Armutsbekämpfung und einer größeren Ernährungssicherheit. In den letzten Jahren wird vermehrt gentechnisch modifiziertes Saatgut als Teil der «grünen Revolution» gesehen, da dieses besonders resistente Hohertragsorten verspricht. **23** Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zur Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg 2011, S. 79. **24** Sousa Santos, Boaventura de: Denken jenseits des Abgrunds. Von globalen Grenzlinien zu einer Ökologie von Wissensformen, in: Lindner, Urs/Nowak, Jörg/Paust-Lassen, Pia (Hrsg.): *Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit*, Münster 2008, S. 419.

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS

## CHÁVEZ: VERMÄCHTNIS UND HERAUSFORDERUNGEN

Der charismatischste aller demokratisch gewählten politischen Führer der vergangenen Jahrzehnte ist tot. Eine politische Leitfigur mit dem Charisma eines Hugo Chávez vermag – vorausgesetzt, sie steht einer Demokratie und nicht einem autoritären Regime vor – eine besonders mobilisierende Verbindung zwischen Volk und Regierung herzustellen, denn unter solchen Bedingungen vereinigen sich demokratische Legitimität und Zusammengehörigkeitsgefühl mit gemeinsamen Zielen, die weit über die politische Repräsentation hinausgehen. Die armen Bevölkerungsschichten, daran gewöhnt, einer fernen und repressiven Macht ausgesetzt zu sein (ein typisches Merkmal schwacher Demokratien), spüren, dass die Kluft zwischen dem Volk und den Volksvertretern verschwindet. «Populismus und Autoritarismus!», wettet die Opposition, doch nur selten vermag sie die Wahlbevölkerung zu überzeugen. Es ist nun einmal so, dass Charisma und Ausstrahlungskraft eines politischen Führers in einer Demokratie ein Niveau staatsbürgerlicher Bildung ermöglichen, wie es unter anderen Regierungsformen nur sehr schwer zu erreichen ist.

Die komplexe Chemie zwischen Charisma und Demokratie verstärkt beide Phänomene gegenseitig, vor allem wenn sie sich in Maßnahmen zur Umverteilung des Reichtums niederschlägt. Das Problem dabei ist, dass das Charisma untrennbar mit der Führungspersönlichkeit verbunden ist: Stirbt diese, ist auch das Charisma weg. Und dann braucht es zur weiteren Stärkung einer Demokratie, wie jetzt in Venezuela, vor allem zweierlei: leistungsfähige staatliche Institutionen und eine hohe Partizipation der Bevölkerung, wobei die Chemie zwischen diesen beiden Elementen nicht minder komplex ist, insbesondere unmittelbar nach dem Tod einer charismatischen Führungsgestalt.

Wenn die Einwohnerinnen und Einwohner von Caracas auf den Straßen «Wir alle sind Chávez!» skandieren, dann sind sie sich sehr wohl bewusst, dass dieser einzigartig war und es keinen Zweiten wie ihn geben wird. Die Leute wissen genau, dass die boliviarische Revolution in Venezuela einflussreiche Gegner – innerhalb wie außerhalb des Landes – hat und dass diese mächtig genug sind, um die umfassenden demokratischen Errungenschaften der letzten 14 Jahre infrage zu stellen. Auch Lula in Brasilien war eine charismatische Figur. Seine Nachfolgerin Dilma Rousseff konnte zwar auf inzwischen stabile staatliche Strukturen und Institutionen zurückgreifen, hat aber Schwierigkeiten mit dem zweiten Element, der Bürgerbeteiligung. In Venezuela sind die Institutionen sehr viel labiler, dafür ist der Prozess der Partizipation aber weiter fortgeschritten. Dies ist der Hintergrund, vor dem das Vermächtnis von Chávez und die damit verbundenen Herausforderungen zu betrachten sind.

### DAS VERMÄCHTNIS

**Die Umverteilung des Reichtums.** Wie verschiedene andere lateinamerikanische Präsidenten auch hat Chávez von den hohen Rohstoffpreisen (insbesondere des Erdöls) profitiert und ein beispielloses sozialpolitisches Programm aufgelegt. Vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnversorgung und Infrastruktur hat er so für die Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung erhebliche Verbesserungen erzielt. Das «saudiarabische» Venezuela hat dem boliviarischen Venezuela Platz gemacht.

**Regionale Integration.** Chávez war ein unermüdlicher Förderer der lateinamerikanischen Integration. Und dies nicht nur aus reinem Kalkül, etwa um das ökonomische Überleben der Region sicherzustellen oder aufgrund von hegemonialen Bestrebungen. Chávez glaubte wie kaum jemand an die politische Vision Simón Bolívars vom «geeinten Kontinent», der *patria grande*. Substanzielle politische Differenzen zwischen den Ländern der Region behandelte er als eine Art Familienstreit. Wo immer er eine Möglichkeit sah, bemühte er sich darum, den Kontakt zum abtrünnigen Familienmitglied Kolumbien, das eher pro USA eingestellt ist, wieder aufzunehmen. Er hat stets darauf hingearbeitet, dass die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern sich nicht nur auf Handel und wirtschaftliche Aspekte beschränken, dass sie nicht nur einer kapitalistischen Logik folgen, sondern dass sich diese gegenseitig ergänzen und unterstützen. Chávez' Solidarität mit Kuba ist bekannt, aber auch Argentinien hat er während der Krise 2001/02 den Rücken gestärkt, ebenso einer Reihe von kleineren karibischen Staaten.

Hugo Chávez engagierte sich für alle Formen der regionalen Integration und hat damit erreicht, dass Lateinamerika nicht länger nur als der Hinterhof der mächtigen USA gilt. So hat er bei der Gründung des Staatenbündnisses Bolivarianische Alternative für Amerika (Alternativa Bolivariana para las Americas/ALBA) und später im Bolivarianischen Bündnis für die Völker unseres Amerika – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP) eine zentrale Rolle gespielt und Venezuela in den Gemeinsamen Markt Südamerikas MERCOSUR geführt. Auch für die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) und die Union der Südamerikanischen Staaten (UNASUR) ist er aktiv eingetreten.

**Antiimperialismus.** In den kritischsten Momenten seiner Regierungszeit (wozu der gegen ihn gerichtete Staatsstreich von 2002 zählt) hat Chávez sich den US-amerikanischen Hegemoniebestrebungen (unter der Regierung von George W. Bush) widersetzt, die mit der Invasion des Irak ihren destruktiven Höhepunkt erreichten. Er war überzeugt davon, dass das, was damals im Nahen Osten vor sich ging, eines Tages auch in Lateinamerika geschehen könne, wenn die Region sich nicht entsprechend dagegen wappne. Daher sein Bemühen um die regionale Integration. Er war aber auch der festen Meinung, die einzig erfolgversprechende Möglichkeit, den USA die Stirn zu bieten, sei der Multilateralismus und die Stärkung dessen, was davon nach dem Zweiten Weltkrieg übrig geblieben war. Deshalb die Annäherungsversuche in Richtung Russland, China und Iran. Chávez wusste natürlich, dass die USA mithilfe der Europäischen Union versuchen würden, alle Länder, die Israel entgegentreten oder den Zugang zu den großen Erdölfeldern in der Region gefährden könnten, «zu befreien». So kam es zur «Befreiung» Lybiens, zurzeit steht Syrien auf dem Programm, und in naher Zukunft

wird wohl auch Iran folgen. Dies erklärt auch das auffällige Desinteresse der USA und der EU an einer «Befreiung» des Landes mit der reaktionärsten Diktatur im Nahen Osten – nämlich Saudi-Arabien.

**Sozialismus des 21. Jahrhunderts.** Sein Ziel, einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts aufzubauen, den er bolivarianischen Sozialismus nannte, hat Chávez nicht erreicht. Den Sozialismus Fidel Castros in Kuba halten viele für übertrieben, Chávez hingegen hat ihn stets bewundert. Wie sah dann – vor diesem Hintergrund – sein Modell des Sozialismus aus? Ich empfinde es als Trost zu wissen, dass Chávez sich mehrmals zustimmend über meine Definition von Sozialismus geäußert hat: «Sozialismus ist endlose Demokratie.» Natürlich sind das erst einmal nur Worte, während die Umsetzung in der Praxis überaus kompliziert ist. Um zu verhindern, dass ihm dasselbe widerfährt wie Salvador Allende in Chile, entschied Chávez, der «bolivarische Sozialismus» müsse friedlich sein, aber notfalls mit Waffen verteidigt werden. Hugo Chávez hat zahlreiche Firmen verstaatlicht und sich damit den Zorn vieler ausländischer Investoren in Europa (vor allem in Spanien) und in den USA eingehandelt, deren «Dank» darin bestand, ihn mit allen Mitteln zu verteufeln. Er hat den vorherrschenden Kapitalismus zwar abgelehnt und an manchen Stellen seine Logik außer Kraft gesetzt, aber es ist ihm nicht gelungen, eine wirkliche Alternative zu etablieren, was zu Versorgungs- und Investitionsengpässen, zu steigender Inflation und einer stetig wachsenden Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Erdölgeschäft geführt hat. Er hat für eine Zuspitzung des Klassenkampfes gesorgt und die Bevölkerung polarisiert. Die alten und neuen Kapitalfraktionen, die lange Zeit eine absolute Kontrolle über die Medien und das Finanzwesen hatten, hat er damit aufgeschreckt. Der Pro-

---

MIRIAM LANG

## VENEZUELA: NACH DEN WAHLEN WIRD ENTSCHEIDEN

Am 14. April wird in Venezuela ein neuer Präsident gewählt, nach nur einem Monat Wahlkampf. Kontrahenten sind der offizielle Nachfolger von Hugo Chávez, Nicolás Maduro, und Henrique Capriles, aktueller Gouverneur des Bundesstaates Miranda, der als Vertreter der Opposition bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 2012 Chávez noch unterlegen war. Wie die letzte ist auch diese Wahl eine entscheidende, deren Ergebnis schwerwiegende Auswirkungen auf den Lebensalltag der Bevölkerung haben kann. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Datanálisis vom 19. März hat Maduro bei der Wählerschaft gegenüber seinem Gegner einen Vorsprung von 14,4 Prozentpunkten. Das Wahlprogramm beider Kandidaten ist identisch mit dem von 2012, wobei Nicolás Maduro versprochen hat, dem in Venezuela besonders akuten Sicherheitsproblem verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Seit Chávez' Tod ist ganz Venezuela zutiefst aufgewühlt, es wird vor allem mit Emotionen Politik gemacht. Millionen von Menschen stehen an, um sich persönlich von dem Begründer der bolivarianischen Revolution zu verabschieden. Weitere Zigtausende halten sich nunmehr seit Wochen auf den Straßen auf, bereit, auf jegliche Provokation und jeglichen Destabi-

lisierungsversuch zu reagieren. Die Bevölkerung Venezuelas war schon immer entschlossen, das chávistische Projekt, das sie als ihr eigenes erlebt, durch Massenmobilisierungen zu verteidigen, und im selben Geist verteidigt sie es auch jetzt, nach Chávez' Tod. Derzeit konzentrieren sich alle im chávistischen Lager auf den Wahlkampf, mit ihren jeweils eigenen institutionellen und ideologischen Ressourcen, das heißt, alle stehen geschlossen hinter Maduro. Obwohl selbst die kritischen Stimmen auf ihn setzen, ist absehbar, dass nach der Wahl die schon lange latent vorhandenen Widersprüche in Partei und Bewegung offen zutage treten werden, unter anderem, weil Nicolás Maduro sich bisher vor allem durch seine Loyalität zu Chávez ausgezeichnet hat und nicht durch ein starkes eigenes politisches Profil. Eine wichtige Frage ist beispielsweise, ob er die Chance ergreifen wird, mit personalistischen Führungsstil von Chávez zugunsten eines kollektiveren Ansatzes zu brechen – was seit Langem eine Forderung der sozialen Bewegungen ist.

Umkämpft wird nicht nur die politisch-spirituelle (Re-)Konstruktion der Person Hugo Chávez nach seinem Tod sein. Hier besteht die Gefahr, dass ähnlich wie bei Juan Domin-

zess der Polarisierung machte auch vor der Straße nicht Halt, und für viele ist er hauptverantwortlich für den massiven Anstieg der Kriminalität in Venezuela. Es fragt sich jedoch, ob sie mit dieser These auch die steigende Kriminalität in Städten wie São Paulo oder Johannesburg erklären würden.

**Der kommunale Staat.** Die Oligarchien, die das Land bis vor Kurzem beherrschten, setzten alles daran, mit der von ihnen geschaffenen Staatsmaschinerie den revolutionären Prozess aufzuhalten, obwohl dieser, anders als zuvor, aus einer demokratischen Bewegung hervorgegangen war und aus dieser seine Kraft schöpfte. Chávez, der sich dieser Gefahr bewusst war, hat deshalb versucht, Parallelstrukturen zu den alten staatlichen Institutionen aufzubauen. Im Zentrum standen umfangreiche öffentliche Sozialprogramme, auch «Missionen» oder «große Missionen» genannt, die alle mit sehr eingängigen Namen versehen wurden. Ein Beispiel ist die «Misión Barrio Adentro» («Hinein ins Viertel»), die mit kubanischer Hilfe und unter aktiver Einbeziehung der Bevölkerung für eine medizinische Grundversorgung der Armen sorgt. Danach kam es zur «Institutionalisierung der Volksmacht». Chávez schuf parallel zu existierenden Regierungseinheiten (auf der Ebene der Bundesstaaten und Kommunen) neue Rätestrukturen, mit den kommunalen Räten als Basiszellen, dessen Ziel es ist, Prinzipien des öffentlichen Eigentums und als Endziel den Sozialismus in einer Art Basisbewegung von unten durchzusetzen. Im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern, die versucht haben, Elemente repräsentativer und direkter Demokratie zusammenzubringen (Bürgerhaushalte und «Volksräte» in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen), basierte Chávez' Staatsmodell auf der Vorstellung, dass beide Formen der Demokratie miteinander unvereinbar sind. Vielleicht war das seine größte Schwäche.

## DIE HERAUSFORDERUNGEN

### Verbindung zwischen bürgerlicher und militärischer Macht.

Die Macht von Chávez stützte sich auf zwei Grundpfeiler: den demokratischen Zusammenschluss der armen Bevölkerungsschichten und das politische Bündnis zwischen ziviler und militärischer Macht. Die lateinamerikanische Geschichte zeigt, dass diese Allianz schon immer problematisch war. Sie hatte, wenn sie sich durchsetzen konnte, stets konservative, manchmal sogar diktatorische Züge. Chávez, der selbst ein Mann des Militärs war, ist es erstmals gelungen, dieser Verbindung eine progressive Ausrichtung zu geben, was seinem Regime Stabilität verliehen hat. Allerdings war der Preis hierfür, die Militärs mit mehr wirtschaftlicher Macht auszustatten. Dies erwies sich nicht nur als Nährboden für Korruption, sondern könnte sich in Zukunft auch gegen die boliviarische Revolution richten oder – was auf dasselbe hinauslief – deren transformatorischen und demokratischen Geist ersticken.

**Extraktivismus.** Die boliviarische Revolution hat die Abhängigkeit des Landes von Erdöl und anderen Rohstoffen noch verstärkt – ein Phänomen, das längst nicht nur Venezuela betrifft, sondern auch in anderen Staaten mit progressiv geltenden Regierungen wie zum Beispiel Brasilien, Argentinien, Ecuador oder Bolivien ein Problem darstellt. Die übertriebene Abhängigkeit von Rohstoffen verhindert nicht nur die Diversifizierung der Wirtschaft, sondern stellt auch eine große Gefahr für die Umwelt und vor allem für die vielen indigenen und kleinbäuerlichen Dorfgemeinschaften dar, auf deren Territorien die Rohstoffvorkommen häufig entdeckt werden. Oftmals werden durch den Abbau ihre Gewässer und Trinkwasserquellen verschmutzt und ihre traditionellen Rechte verletzt. Häufig kommt es zu Vertreibungen aus

---

go Perón in Argentinien (Präsident zwischen 1946 und 1955) am Ende jede politische Strömung versucht, sein Erbe für sich zu beanspruchen – was die argentinische Linke für Jahrzehnte außer Gefecht gesetzt hat. Darüber hinaus geht es auch um schwierige, aber richtungweisende Entscheidungen hinsichtlich der Rolle des Staates, des bürokratischen Apparats und des Militärs sowie des zukünftigen Managements des Erdölgiganten Petróleos de Venezuela S.A. und um grundsätzliche Fragen von Demokratie und Partizipation. Es ist wichtig anzumerken, dass all diese Themen nicht nur in einem Insiderzirkel erörtert werden. Ein Ergebnis von 14 Jahren Chávismus ist es gerade, dass die Bevölkerung zu einem Großteil politisiert ist und Mitbestimmung verlangt. Hinzu kommt das Problem der Inflation. Auch nach der Abwertung des Bolívar Fuerte Mitte Februar klettern die Preise weiter und es kommt immer wieder zu Versorgungsengpässen, was zu Spannungen zwischen der künftigen Regierung und der Bevölkerung führen kann. Einer seit Jahrzehnten auf der Verteilung der Ölrente aufbauenden Ökonomie, mit allen Nebenwirkungen, die das impliziert, ein anderes Produktionsmodell entgegenzusetzen, bleibt eine der größten Herausforderungen der nächsten Regierung.

Doch genauso, wie Chávez sein eigenes Lager zusammenhielt, diente er auch der Opposition als einigendes Feindbild.

Bei der Vereidigung von Nicolás Maduro als Interimspräsident kurz nach dem Tod von Chávez waren beispielsweise als einzige Partei des Oppositionsbündnisses «Tisch der Demokratischen Einheit» (La Mesa de Unidad Democrática/MUD) die Christdemokraten (Comité de Organización Política Electoral Independiente/COPEI) präsent. Andere Strömungen verfolgten eine Politik des Boykotts. Ein Anzeichen dafür, dass es auch bei der politischen Rechten trotz des gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten Henrique Capriles hinter den Kulissen Kontroversen gibt, die mit dem Wegfall der einigenden Hassfigur mehr Gewicht bekommen könnten.

Die politische Unsicherheit wird in Venezuela also aller Wahrscheinlichkeit nach noch einige Monate andauern. Inzwischen ist es Aufgabe einer internationalistischen Linken, sich ein differenziertes Bild des Erreichten und der anstehenden Herausforderungen nicht nur für Venezuela, sondern für die gesamte Region zu machen, um auch künftig eine intelligente und fundierte Unterstützung des boliviarischen Transformationsprozesses leisten zu können. Der hier abgedruckte Beitrag von Boaventura de Sousa Santos, einem linken portugiesischen Rechtssoziologen, dessen Publikationen in Lateinamerika sehr breit rezipiert werden und in vielen Fällen auch progressive Regierungspolitik inspirieren, ist nach Auffassung der Rosa-Luxemburg-Stiftung hierbei von großem Nutzen.

den Dörfern, manchmal sogar zur Ermordung ihrer Sprecher. Kürzlich erst wurde Sabino Romero, Anführer der indigenen Gemeinschaft in der Sierra de Perijá, mit deren Kampf ich mich seit Jahren solidarisiere, getötet.<sup>1</sup> Werden Chávez' Nachfolger mit dieser Herausforderung fertig werden?

**Das politische Regime.** Auch wenn sie über demokratische Wege an die Macht gekommen sind, stellen vornehmlich auf eine charismatische Führungsfigur zugeschnittene politische Regime für die Nachfolger meist ein Problem dar. Im Fall von Venezuela sind die Herausforderungen in dieser Hinsicht enorm. Zum einen leidet das System unter einer allgemeinen institutionellen Schwäche, zum anderen hat die Chávez-Partei, die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (Partido Socialista Unido de Venezuela/PSUV) Parallelstrukturen auf der Gemeindeebene geschaffen, die von ihr dominiert werden. Brüche die Partei zusammen, wäre dies das Ende der bolivarianischen Revolution. In der PSUV haben sich Vertreter unterschiedlichster politischer Strömungen und Ausrichtung zusammengefunden, was die Zusammenarbeit schon immer kompliziert machte. Nach dem Tod von Chávez steht die PSUV nun ohne eine einende Leitfigur da und muss nun Mittel und Wege für den Umgang mit der internen Vielfalt finden. Nur wenn sie es schafft, im Innern die bislang vorherrschende demokratischen Kultur aufrechtzuerhalten, kann die PSUV zu einer weiteren Demokratisierung des Landes beitragen und den Vormarsch jener politischen Kräfte bremsen, deren Ziel die schrittweise Zerstörung aller in den vergangenen Jahren schwer erkämpften Errungenschaften der armen Bevölkerungsschichten ist. Bekommen die neuen Machthaber die Korruption nicht in den Griff und werden interne Differenzen unterdrückt nach dem Motto «Wir sind die wahren Chávisten», wird dies den Gegnern der Revolution die Sache sehr erleichtern. Sicher ist: Soll das Vermächtnis von Hugo Chávez hochgehalten und weiterentwickelt werden, dürfen kritische Stimmen nicht zum Schweigen gebracht werden und muss eine Abkehr vom Autoritarismus –

der in weiten Kreisen der lateinamerikanischen Linken weiterhin recht beliebt ist – erfolgen.

Die große Herausforderung für die progressiven Kräfte auf dem Kontinent besteht darin, zwischen dem sicherlich umstrittenen Führungsstil von Chávez und den grundlegenden politischen Zielen und Errungenschaften seiner Regierung zu unterscheiden. Denn diese stand unverkennbar und immer eindeutig im Dienst der Armen und setzte sich unermüdlich für eine auf Solidarität basierende Integration Lateinamerikas ein. Die konservativen Kräfte werden alles tun, um Verwirrung in den progressiven Kreisen zu stiften. Hugo Chávez jedoch hat entscheidend zur Konsolidierung der Demokratie im gesellschaftlichen Bewusstsein beigetragen. Er hat die Demokratie dort gestärkt und verankert, wo sie am schwersten zu verraten ist und wo ein Verrat an ihr am gefährlichsten wäre: in den Herzen der Armen. Wer hätte sich vorstellen können, dass in vielen Ländern der Welt die Armen angesichts des Todes von Hugo Chávez ähnlich bittere Tränen weinen würden wie die Venezolanerinnen und Venezolaner in diesen Tagen? Dies ist ein eindeutiges Vermächtnis. Es leichtfertig aufs Spiel zu setzen wäre ein Verbrechen.

Der Autor ist Professor für Soziologie an den Universitäten von Coimbra (Portugal), Wisconsin-Madison (USA) und Warwick (Großbritannien). Der Text erschien zuerst am 8. März 2013 in der spanischen Tageszeitung *El Mundo* und danach auf dem Nachrichtenportal Aporrea (<http://www.aporrea.org>). Miriam Lang ist Leiterin des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito, Ecuador. Übersetzung aus dem Spanischen von Cordi Thöny.

<sup>1</sup> Hierbei handelt es sich auch um Verstöße gegen das Völkerrecht, das vorsieht, dass vor dem Abbau von Rohstoffen in einem bestimmten indigenen Gebiet eine Befragung der dort lebenden Bevölkerungsgruppen stattfinden muss.

JULIAN MARIOULAS

## VERANTWORTUNG IN DER KRISE

**OHNE SELBSTKRITIK WIRD DIE FRÜHERE REGIERUNGSPARTEI AKEL KEINE LÖSUNG FÜR DIE ZYPRISCHE MISERE FINDEN KÖNNEN**

Nur wenige Tage nach der Wahl des konservativ-liberalen Präsidenten Nikos Anastasiades brach auf Zypern das von der EU verordnete Chaos aus. Mit dem Vorschlag, selbst kleinere Vermögen unterhalb der unionsweiten Einlagegarantie von 100.000 Euro als Teil eines Banken-Bailouts zu besteuern, diskreditierte sich der neue Präsident ebenso wie die EntscheidungsträgerInnen in Brüssel. Nicht nur die Motive, sondern auch die finanzpolitische Kompetenz der PolitikerInnen wurden infrage gestellt. Die Verantwortlichen ruderten zwar schnell zurück, doch die Probleme sind weiterhin ungelöst. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich die reformkommunistische AKEL, die bis Februar 2013 noch den Regierungschef stellte, als stärkste Gegnerin der nun anstehenden Austeritätspolitik positionieren. Ihre AnhängerInnen haben den Protest bereits auf die Straße getragen. Dabei sollten sich die KommunistInnen daran erinnern, dass sie für die zyprische Misere mitverantwortlich sind. Nur dann werden sie in der Lage sein, eine Perspektive zu erarbeiten, die aus dieser Krise herausführt.

Unter den europäischen Linksparteien war und ist die zyprische Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou, AKEL) ein Sonderfall. Nicht nur, weil sie auch nach 1991 ihre kommunistische Identität beibehielt. Während andere traditionsreiche Parteien der Linken in dieser Zeit in der Bedeutungslosigkeit versanken, konnten die zyprischen Kommunisten ihre Stellung auf der Insel noch stärken. Zugleich passte sich die Partei den neuen Realitäten an, sprach sich für eine EU-Mitgliedschaft aus und sah in ihren Wahlprogrammen davon ab, das Wirtschaftssystem der Insel grundlegend infrage zu stellen. Ihrem Selbstverständnis nach war und ist die AKEL primär durch den Kampf um Souveränität geprägt – zunächst gegen die britische Kolonialherrschaft, nach der Unabhängigkeit im Jahr 1960 dann gegen griechische und türkische NationalistInnen. Seit der nunmehr fast vier Jahrzehnte andauernden Besetzung des Inselnordens stehen die Vereinigung der beiden Inselteile und die Versöhnung der Bevölkerungsgruppen – neben starkem gewerkschaftlichen Engagement – im Zentrum des politischen Wirkens der AKEL.<sup>1</sup>

Die im Jahr 1990 beschlossene Sozialismuskonzeption bezog sich positiv auf die Werte des Marxismus-Leninismus, behielt dessen Terminologie bei und forderte weiterhin die Parteidisziplin ein, die einstmals für alle prosowjetischen Parteien galt. Seitdem hat sich für die AKEL keine Notwendigkeit einer theoretischen Neuausrichtung ergeben. Auch sprechen die politischen Resolutionen der AKEL bis in die Gegenwart hinein eine deutliche Sprache und beinhalten eine grundsätzliche Verurteilung des Kapitalismus, des Neoli-

beralismus und des Nato-Imperialismus, mithin eine generelle Antipathie gegenüber den Entwicklungen der letzten 25 Jahre. Auch mit Kritik an der EU wird nicht gespart: «Der 21. Kongress der AKEL bestätigt die Position der Partei, dass die Europäische Union eine fortgeschrittene Form der politischen und ökonomischen Integration des Kapitalismus ist.»<sup>2</sup> Vehement hält die AKEL an den «Errungenschaften des Realsozialismus» fest und bedauert, dass andere kommunistische und linke Parteien ihre Herkunft und ihren eigenen Charakter zunehmend infrage stellen.

Jenseits aller Ideologie und überkommener Namen für Parteigremien hat sich jedoch schon lange Pragmatismus in der Partei eingestellt. Giannakis Colokasidis erklärte als Mitglied des Politbüros, des höchsten Parteigremiums, die Partei werde auf Zypern solange keine revolutionäre Politik verfolgen, solange international der Kapitalismus herrsche. Aufgrund ihrer Geschichte, die eng mit den Kämpfen um die Selbstbestimmung Zypern verbunden ist, bestehe aber ebenso wenig Anlass, sich vom Kommunismus loszusagen.

Neben der konservativen-liberalen Demokratischen Versammlung (DISY) ist die AKEL seit der türkischen Invasion 1974 die bestimmende Partei auf der Insel. Sie ist stark in den gesellschaftlichen Institutionen Zyperns verankert und verfügt über eine Wählerbasis, die weit über traditionelle linke Milieus hinausreicht.

Der Umstand, dass die AKEL Teil eines etablierten Parteiensystems ist, geht einher mit einer institutionellen Korruption. Im März veröffentlichte die griechische Zeitung *Ethnos* eine an die Ethikkommission des zyprischen Parlaments ad-

ressierte Liste. Sie belegte, dass – mit Ausnahme der vergleichsweise kleinen sozialdemokratischen EDEK und den ebenfalls nicht sehr einflussreichen GRÜNEN – VertreterInnen aller Parteien und parteinahen Organisationen enorme Kreditsummen im Einvernehmen mit den lokalen Banken streichen ließen. Die AKEL ist nicht nur durch den Fall eines Parlamentariers betroffen: Der ihr verbundenen Gewerkschaftsvereinigung PEO wurden 193.000 Euro an Schulden erlassen, und eine ebenfalls den Kommunisten nahestehende Hotelgesellschaft konnte sich gar einer Schuldenlast von 2,8 Millionen Euro entledigen. Dabei ist Bestechlichkeit niemals in dem Ausmaß in Zypern präsent gewesen wie in anderen Ländern an der europäischen Peripherie. Im Gegenteil, auf dem Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) von Transparency International erreichte der Inselstaat 2012 einen respektablen 29. Platz. Nun stehen die Parteien und ihre VertreterInnen angesichts der Krise unter stärkerer Beobachtung.

### **EINE PRÄSIDENTSCHAFT MIT VIELEN PROBLEMEN**

Als Dimitris Christofias 2008 als erster Kandidat der AKEL das Amt des zyprischen Präsidenten übernahm, stellte er die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der türkisch-zyprischen Seite ins Zentrum seiner Politik. Mit diesem Projekt ist er gescheitert, wobei auch Entwicklungen eine Rolle spielten, die er nicht zu verantworten hatte, allen voran die Wahl eines nationalistischen Kandidaten zum Vertreter der InseltürkInnen.<sup>3</sup> Schwerer noch als die Tatsache, dass Christofias den schon 80 Jahre dauernden antikolonialen Kampf seiner Partei nicht zu einem erfolgreichen Ende bringen konnte, lastet ein anderer Makel auf seiner Präsidentschaft.

Am 11. Juli 2011 explodierten Container voller Munition auf der Marinebasis Evangelos Florakis, wenige hundert Meter vom größten Energiekraftwerk der Insel entfernt. 13 Menschen starben, und das Kraftwerk wurde stark beschädigt. Die Schadenshöhe betrug rund zehn Prozent des jährlichen BIP Zyperns.

Die Container gehörten zu einer zwei Jahre zuvor konfiszierten illegalen Waffenlieferung des Iran an Syrien. Christofias selbst hatte, dem veröffentlichten Untersuchungsbericht zufolge, dem syrischen Präsident al-Assad die Aufbewahrung der Munition versprochen und ihre Vernichtung verhindert, obwohl er über die Gefahren der Lagerung informiert gewesen sei. Während der Außen- und der Verteidigungsminister infolge der Katastrophe zurücktraten, bestritt der Präsident jede persönliche Verantwortung. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt wird er sich nun wahrscheinlich vor Gericht den Klagen der Angehörigen der Toten stellen müssen.

Zum Zeitpunkt des Unglücks auf der Marinebasis befand sich die zyprische Wirtschaft bereits inmitten einer Rezession. Dafür waren mehrere Umstände verantwortlich. Seit 2008 zeigte der Immobilienmarkt eine deutliche Abkühlung, die zwar nicht so stark wie in anderen südeuropäischen Ländern ausfiel, nichtsdestotrotz aber zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung führte. Infolge der weltweiten Finanzkrise litten auch der Tourismus- und der Schifffahrtssektor, die auf der Insel von enormer Bedeutung sind. Vonseiten der Opposition wurde der Ruf nach Abschaffung der Lohnindexierung (genannt COLA) auf Zypern lauter, der die periodische Anhebung des Lohns für gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte vorsieht. Der IWF hatte die Lohnindexierung bereits seit dem Jahr 2000 fortwährend in seinen Länderberichten angeprangert. Für die AKEL stell-

te dagegen die Beibehaltung von COLA ein zentrales politisches Anliegen dar.

Die Regierung selbst hatte zunächst auf die Wirtschaftskrise mit einem Investitionspaket von rund 300 Millionen Euro reagiert. Davon entfielen 51 Millionen Euro auf die Subventionierung des Touristikbereiches, während 245 Millionen Euro für staatliche Bauprojekte, überwiegend im sozialen Wohnungsbau, und für Darlehen an einkommensschwache Familien vorgesehen waren. Sozialleistungen und Arbeitslosengeld waren bereits infolge von eingelösten Wahlversprechen erhöht worden und belasteten in dieser Situation den Staatshaushalt. Gleichwohl hätten die Zeichen in der Wirtschaft auf Erholung gestanden, wenn es nicht zu der katastrophalen Explosion gekommen wäre. Die Beschädigung des Kraftwerks führte zu Engpässen bei der Strom- und Wasserversorgung, was die wirtschaftlich schon angespannte Situation verschärfte. Im September 2011 stuften dann alle Rating-Agenturen die Kreditwürdigkeit Zyperns herab. Der nächste Rückschlag erfolgte kurz darauf.

Im Laufe des Jahres 2011 wurde deutlich, dass die EU in Bezug auf Griechenland einen Schuldenschnitt («Haircut») von etwa 50 Prozent beschließen würde. Es war klar, dass davon auch die zyprischen Banken betroffen sein würden, schließlich besaßen sie griechische Schuldscheine im Wert von 22 Milliarden Euro – eine Summe, die das Gesamt-BIP Zyperns überstieg.<sup>4</sup> Später sollte Präsident Christofias nicht müde werden, den Schuldenerlass als wichtigsten Grund für die Bankenkrise auf Zypern zu bezeichnen – was zweifelsohne zutrifft. Das Problem dabei ist, dass seine Regierung die EU-Beschlüsse abgesegnet hat. Athanasios Orphanidis, bis April 2012 Präsident der zyprischen Zentralbank, beschuldigte deswegen den Präsidenten im Juni desselben Jahres, nichts getan zu haben, um diesen absehbaren Schaden von den zyprischen Banken fernzuhalten. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob es überhaupt einen Entscheidungsspielraum der zyprischen Regierung gegenüber den mächtigeren EU-Staaten gegeben hat. Der zyprische Finanzminister Vassos Shiarlis räumte jedenfalls damals schon ein, dass es ein Fehler gewesen sei, die Bedingungen zu akzeptieren.

Im Januar 2012 konnte die Regierung einen Kredit über 2,5 Milliarden Euro aufnehmen, der zur Tilgung bestehender Verpflichtungen und für Regierungsausgaben aufgewandt wurde. Im März kam es zu einer weiteren Abstufung durch die Rating-Agenturen, und im Juni wandte sich Zypern schließlich an die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), um über Finanzhilfen für Zypern zu verhandeln. Als diese im November schließlich beschlossen wurden, waren sie mit einem Paket von Sparauflagen verbunden. Das sogenannte Memorandum umfasst als zentrale Maßnahmen eine abgestufte Kürzung der Lohn- und Rentenbezüge, die Aussetzung des COLA bis 2015, die Streichung von 5.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor bis 2016, höhere Immobiliensteuern und eine Anhebung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent. Die Verhandlungen mit der Troika waren vor allem ein Ringen darum, solch fatale Bedingungen abzuwehren, die zu einem Austeritätsdesaster wie in Griechenland geführt hätten.

Zu diesem Zeitpunkt neigte sich die Präsidentschaft von Dimitris Christofias bereits ihrem Ende zu. Im Mai 2012 hatte er angekündigt, nicht erneut als Kandidat seiner Partei bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten. Als Grund nannte er das Scheitern der Verhandlungslösung im Zypernkonflikt, dem Kernprojekt seiner Präsidentschaft. Das war nur

konsequent, hatte er doch schon bei seinem Amtsantritt eine erneute Kandidatur an den Erfolg der Verhandlungen geknüpft. Eine Wiederwahl wäre allerdings auch ohne expliziten Verzicht äußerst unwahrscheinlich gewesen, bewegte sich doch die Zustimmung zum Präsidenten damals bei gerade einmal 20 Prozent. Dazu hat wohl auch die desaströse Bilanz der Regierung in der Beschäftigungspolitik beigetragen: Anfang Februar 2013 betrug die Arbeitslosenquote 14,7 Prozent, vier Jahre zuvor hatte sie bei gerade einmal 4 Prozent gelegen. Die AKEL stellte jedenfalls im Juli 2012 den parteilosen Gesundheitsminister Stavros Malas als ihren Kandidaten auf.

Dimitrios Christofias hatte in den vorangegangenen Jahren ein besonderes Talent dafür entwickelt, die Schuld für Verfehlungen seiner Regierung bei anderen zu suchen. Als die heute insolvente Marfin Bank im Jahr 2009 ihren Firmensitz nach Griechenland verlegen wollte, rügte der Präsident die Zentralbank und namentlich Athanasios Orphanidis dafür, diesen Umzug nicht zu verhindern. Im Folgenden setzte sich Christofias mit anderen Inselpolitikern erfolgreich für den Verbleib der Marfin Bank auf Zypern ein. Als später die prekäre Finanzlage der Bank deutlich wurde, wollte er von seinem Engagement nichts mehr wissen. Wie schon nach der Explosion auf der Militärbasis bestritt er, Fehler begangen zu haben. Stattdessen machte er in seiner Rede zur Verabschiedung des Memorandums die internationale Finanzkrise, das zyprische Bankensystem und den nunmehr zurückgetretenen Chef der Zentralbank dafür verantwortlich, dass man die Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und IWF um Hilfe habe angehen müssen.<sup>5</sup>

Auch in seiner Partei, der AKEL, hat es bisher keine offizielle Auseinandersetzung mit den Folgen des von ihr verabschiedeten Memorandums gegeben. Ihre ParteivertreterInnen sahen in den Maßnahmen ein notwendiges Übel, unter dem die Beschäftigten am wenigsten zu leiden hätten. Ganz ähnlich argumentierte der parteinahe Gewerkschaftsbund PEO. Er verurteilte zwar die Sparmaßnahmen, aber diese würden vor allem den Willen der Troika, nicht der zyprischen Regierung ausdrücken. Außerdem wäre es unter einer anderen Regierung zu noch härteren Einschnitten gekommen.

In dem alsbald ausbrechenden Finanzchaos kam auch ein anderes Thema in die Schlagzeilen. Obwohl sich Zypern seit Jahrzehnten dem Vorwurf ausgesetzt sieht, ein Zentrum des Offshore-Banking zu sein, spielte das in programmatischen Debatten der AKEL oder der anderen Parteien nie eine größere Rolle. Auch unter der Regierung Christofias kam es zu keinen substanziellen Initiativen in Bezug auf den Finanzplatz Zypern oder seinen Bankensektor. Stattdessen wurde abgewiegelt.

Im November 2012 erklärte der Pressesprecher der AKEL, Giorgos Loukaidis, in Replik auf einen Artikel des *Spiegel*, Zypern sei weder eine Steueroase noch ein Ort für illegale Geldwäsche. Diesem falschen Eindruck müsse energisch widersprochen werden. Nachdem nicht mehr der Zypernkonflikt, sondern der Finanzsektor des Inselstaats im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit steht, werden die Rufe nach einer stärkeren Aufsicht von Offshore-Geschäften lauter werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage zu klären sein, inwiefern russisches Kapital unter veränderten Bedingungen auf der Insel verbleiben kann. Viel wird von der Umgestaltung des zyprischen Bankensektors abhängen, wobei ein vollkommener Exodus russischer Kapitalanlagen auszuschließen ist, da es sich nicht nur um Finanz-

kapital, sondern auch um Immobilienbesitz handelt und es eine große russische Community in Zypern, besonders in Limassol, gibt, die in der Realwirtschaft über beträchtlichen Einfluss verfügt.

Sollten die europäischen Kommissare aus Brüssel versuchen, den Finanzplatz Zypern nach ihren Wünschen umzugestalten, so ist der Zeitpunkt dafür jetzt günstig. Eine EU-Delegation, die Vorwürfen der Geldwäsche nachgehen soll, befindet sich seit Ende März 2013 auf der Insel. Die Debatte darüber nicht früher geführt zu haben ist ein Versäumnis der gesamten politischen Elite Zyperns.

## ZURÜCK IN DIE OPPOSITION UND AUF DIE STRASSE

Am 24. Februar 2013 ging Nikos Anastasiades von der DISY aus dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen als Sieger hervor, ein typischer, gut vernetzter Parteipolitiker. Er befürwortete ausdrücklich die damalige EU-Politik und stellte in seinem Wahlprogramm ökonomische Reformen in den Vordergrund, beginnend mit dem Abschluss der laufenden Verhandlungen über einen weiteren Bailout der zyprischen Banken.

Mit seiner Haltung stand Anastasiades nicht allein. Auf Zypern überwog zu diesem Zeitpunkt die Befürwortung für ein weiteres Memorandum. Das Ansehen der Europäischen Union war bei weitem noch nicht so beschädigt wie in den Ländern Südeuropas, die unter dem Diktat der EZB und des IWF wirtschaftlich und sozial zu leiden haben. Selbst Stavros Malas wies als Kandidat der AKEL darauf hin, dass die neue Verhandlungsrunde mit den europäischen Geldgebern unvermeidlich sei. Die Voraussetzungen dafür, dass ein für alle Seiten annehmbarer Kompromiss gefunden würde, waren also nach der Wahl von Anastasiades gegeben.

Statt jedoch die Verhandlungsbereitschaft aufzugreifen, die ihnen die Zyperer entgegenbrachten, nutzte die Troika die Wahl des Pro-Europäers Anastasiades, um mit brachialer Gewalt ihren Willen durchzusetzen. Mitte März, ganze zwei Wochen nach seiner Amtseinführung, machte sie ihre Forderungen öffentlich: eine Abgabe auf alle Sparvermögen von mehr als 100.000 Euro in Höhe von 9,9 Prozent; zugleich sollten auch alle Bankguthaben von weniger als 100.000 Euro mit 6,75 Prozent zur Kasse gebeten werden. Die EZB unterstrich ihre Forderungen mit einer unmissverständlichen Drohung: Sollten diese Bedingungen nicht umgehend angenommen werden, werde sie innerhalb weniger Tage jegliche laufende Finanzierung für die zyprischen Banken einstellen. Ex-Zentralbank-Präsident Orphanidis bezeichnete dies als Erpressung von Seiten der EU und Deutschlands – und erhielt dafür Zustimmung vom Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman.

Die Forderungen der Troika lösten selbst in der liberalen Presse europaweit einen Sturm der Entrüstung aus, da die EU mit zwei Prinzipien brach, die sie in der Bankenkrise aufgestellt hatte, um ein Mindestmaß an Sicherheit für die Bankkunden zu gewährleisten und Spekulationen nicht zu sehr ausufern zu lassen. Zum einen war dies die Garantie für Spareinlagen von bis zu 100.000 Euro, zum anderen sollten Finanzinstitutionen und andere Gläubiger entsprechend der Menge ihrer Anleihen zur Kasse gebeten werden, wenn es zu einer Bankenrettung kommen musste. Beides wurde nun außer Kraft gesetzt. Durch sein Akzeptieren dieses selbst für EU-Maßstäbe absurden «Rettungspakets» war Anastasiades in der Inselpolitik isoliert. Der Koalitionspartner, die Demokra-

tische Partei (DIKO), machte rasch deutlich, dass seine Abgeordneten gegen die Maßnahmen stimmen würden, und auch in seiner eigenen Partei herrschte alsbald allgemeine Empörung. Als der eilig eingebrachte Gesetzesentwurf am 20. März zur Abstimmung kam, enthielt sich die DISY, während alle anderen Parteien geschlossen dagegen stimmten.

Ins Visier der Kritik geriet nicht nur Jeroen Dijsselbloem als Chef der Eurogruppe, sondern vor allem der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble: Er warnte Zypern eindringlich vor einer Ablehnung der Troika-Bedingungen und malte für diesen Fall Untergangsszenarien an die Wand. Es sei fraglich, ob die Banken dann überhaupt wieder öffnen könnten. In scheinbar völliger Unkenntnis der Ursachen für ihre finanzielle Notlage sprach er nach dem Scheitern des Gesetzesentwurfs davon, dass das gesamte zyprische Geschäftsmodell nicht überlebensfähig gewesen sei und die Insel ihren Finanzmarkt ganz neu überdenken müsse. Dass die unterschiedlichen Banken ganz verschiedene Geschäftsmodelle verfolgten und daher auch in unterschiedlichem Maße von der Krise betroffen waren, nahm er augenscheinlich nicht zur Kenntnis. Das sture Beharren auf den angeblich alternativlosen Konzepten der Austeritätspolitik sowie der ungeheuren Druck der deutschen Regierung auf den souveränen Inselstaat haben ihrem Ansehen geschadet. Nun spricht man auch auf Zypern von «deutschen Besatzern».

Am 28. März setzte sich die oppositionelle AKEL an die Spitze der Protestbewegung und organisierte eine Demonstration mit 1.500 TeilnehmerInnen vor dem Präsidentenpalast, in dem einen Monat zuvor noch Christofias aus dem Amt verabschiedet worden war. Die Parteiführung plädiert derzeit dafür, das nächste Memorandum einer Volksabstimmung zu unterziehen und setzt sich für eine strafrechtliche Untersuchung des Geschehens im Bankensektor ein. In Zusammenarbeit mit ExpertInnen und TechnokratInnen arbeitet sie zurzeit an Alternativen zu den Bedingungen der Troika.

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE AKEL

Den Kommunisten ist zu bescheinigen, dass sie die Sparmaßnahmen zwar als notwendiges Übel akzeptieren, dass sie diese aber inhaltlich nicht vertreten haben. Das entbindet sie jedoch nicht von der Verantwortung, ihre Regierungspolitik der vergangenen fünf Jahre einer gründlichen Analyse zu unterziehen und sich dabei der unliebsamen Tatsache zu stellen, dass es eine von der AKEL geführte Regierung war, die Mitschuld an der zyprischen Misere trägt. Bislang hat sie es vollständig versäumt, Verantwortung für die eigene Politik zu übernehmen und Fehler nicht nur im globalen Kapitalismus zu suchen. Die AKEL sollte aber noch einen Schritt weitergehen und ihre Rolle im politischen Gefüge der Insel überdenken. Dies heißt nicht, Abschied von der kommunistischen Identität zu nehmen, aber es reicht für ihre EntscheidungsträgerInnen nicht länger aus, den Kommunismus als Herzensangelegenheit zu betrachten.

Bei einer neuen Ausrichtung sollte die Partei auch die Beziehungen zu ihren Koalitionspartnern analysieren, die sich im Laufe der letzten Jahre enorm verschlechtert haben. Dies geschah infolge der Verhandlungen mit dem türkischen Inselnorden, bei denen sich Christofias in den Augen seiner wichtigsten Verbündeten, der sozialdemokratischen EDEK und die gemäßigt nationalistische DIKO, als zu nachgiebig gezeigt habe. Anfang 2010 war es zunächst die EDEK, die aus der Koalition ausscherete, ein Jahr später dann auch die DIKO. Die Gräben sind nicht unüberwindlich, aber es wird

nicht ausreichen, nur in der Opposition geeint zu sein. Neue Bündnisse gegenüber den Parteien der Mitte werden zukünftig eine im Voraus beschlossene gemeinsame Linie erfordern, um stabile Regierungen zu ermöglichen.

Vom Standpunkt des politischen Kalküls aus war es sicher opportun, die Verabschiedung des zweiten Memorandums auf die Zeit nach der Präsidentenwahl zu verschieben. Nun kann sich die AKEL als stärkste Oppositionskraft gegen Brüssel, IWF, EZB und Austeritätspolitik präsentieren. Dies wird für den Moment ausreichen, um enttäuschte AnhängerInnen zu mobilisieren. Infolge der Verarmung größerer Bevölkerungsgruppen werden sich deren traditionelle Parteibindungen jedoch lockern, und langfristig wird auch die AKEL ihre dominierende Stellung innerhalb der Linken nicht in dem derzeitigen Ausmaß halten können.

Es ist zu erwarten, dass sich die Kommunisten mittelfristig neu positionieren werden. Die Aufstellung von Stavros Malas, einem Kandidaten ohne kommunistischen Hintergrund und als Arzt auch ohne größere politische Erfahrung, war bereits ein Schritt in diese Richtung. Nach einer Generation, die noch in den realsozialistischen Staaten studiert hat, gehen die Führungsposten langsam an jüngere PolitikerInnen, ein Trend, der sich auf dem nächsten Parteitag im Jahr 2015 noch weiter verstärken dürfte. Bereits jetzt spekulieren die zyprischen Medien darüber, dass auch eine ideologische Neuorientierung, vielleicht sogar eine «Sozialdemokratisierung» anstehen könnte. Dies scheint aber angesichts der fortwährenden Krise des Kapitalismus eher liberalem Wunschdenken zu entspringen. Eine vollständige Aufgabe der kommunistischen Identität würde der Partei schaden und wäre auch pragmatisch gesehen der falsche Schritt. Wichtiger ist es, dass die AKEL aus den Erfahrungen und Fehlern der Regierungszeit lernt und eine langfristige Perspektive für ein souveränes Zypern als Teil der globalisierten Welt erarbeitet.

Julian Marioulas ist Ortslektor an der Universität für Wissenschaft und Technik Qingdao in China. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Parteienanalyse mit regionalem Schwerpunkt auf Griechenland und Zypern.

<sup>1</sup> Zur ideologischen und programmatischen Ausrichtung der AKEL vgl. Marioulas, Julian: Die AKEL auf Zypern, in: Daiber, Birgit/ Hildebrandt, Cornelia/ Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010. <sup>2</sup> Vgl. [http://www.akel.org.cy/media/International%20Meeting%202010/political\\_resolution\\_of\\_the\\_21st\\_congress\\_of\\_AKEL.doc](http://www.akel.org.cy/media/International%20Meeting%202010/political_resolution_of_the_21st_congress_of_AKEL.doc). <sup>3</sup> Da es hier nicht um die Zypernfrage geht, sei dafür verwiesen auf Morelli, Vincent: Cyprus: Reunification Proving Elusive, Congressional Research Service, Washington 2013; im Internet einsehbar unter: [www.fas.org/spp/crs/row/R41136.pdf](http://www.fas.org/spp/crs/row/R41136.pdf). <sup>4</sup> Von einer strukturellen Krise des Bankensektors zu sprechen, ist allerdings verfehlt, da die Banken stark unterschiedliche Profile aufweisen. Sie waren aber alle mit griechischem Kapital verbandelt. Dieser Umstand hätte angesichts der sich verschlechternden Situation in Griechenland eine Warnung sein müssen. <sup>5</sup> Für eine kurze Übersicht der Fehlentscheidungen im Bankensektor vgl. President Christofias has brought Cyprus to this sorry state; im Internet einsehbar unter: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/dec/19/demetris-christofias-cyprus-sorry-state>.

CLAUS-DIETER KÖNIG

## MALI: VOM «HOFFNUNGSTRÄGER» ZUM «KRISENSTAAT»

AUF DER SUCHE NACH LÖSUNGEN JENSEITS  
VON MILITÄRISCHEM INTERVENTIONISMUS

Neben den nationalen Hintergründen für die Krise in Mali sind vor allem internationale Faktoren, die den Ausbruch des Konflikts in seiner gesamten Tragweite verursacht haben. Die Bevölkerung Malis ist Spielball von Interessen, die nichts mit ihr zu tun haben. Daran wird sich nichts ändern, solange es zu keiner starken, von der Bevölkerung getragenen Bewegung kommt, die um die Wiedererlangung der politischen und ökonomischen Souveränität des Landes und eine andere Entwicklungsperspektive kämpft.

Viele der Umstände, die dazu geführt haben, dass sich Mali binnen weniger Wochen von einem «Hoffnungsträger» in einen «Krisenstaat» oder sogar einen «gescheiterten Staat» verwandelt hat, existieren auch in anderen Ländern Afrikas und der Welt, insbesondere in den Ländern, in denen ähnliche Konflikte bereits latent vorhanden sind. Eine Analyse der Umstände und Ursachen der Krise in Mali hat deshalb exemplarischen Charakter und öffnet den Blick auf andere Möglichkeiten der internationalen Krisenintervention jenseits von militärischem Eingreifen.

### WIRTSCHAFT UND STAAT IN MALI

Die Art und Weise, in der Mali oder besser: malische Ressourcen weltwirtschaftlich in Wert gesetzt werden, ist eine der zentralen Krisenursachen. Es handelt sich um eine predatorische Form der Inwertsetzung. Wo die Natur Nützlich für die kapitalistische Verwertung hinterlassen hat, dort werden diese Rohstoffe ausgebuddelt – ohne dass es weitere Verarbeitungsstufen und Wertschöpfung im Lande gibt. Mali ist nach der Republik Südafrika und Ghana der drittgrößte Goldexporteur Afrikas. Im Jahr 2012 wurden 50,3 Tonnen Gold gefördert. Baumwolle ist das wichtigste landwirtschaftliche Exportprodukt. Früher gab es eine weiterverarbeitende Textilindustrie im Baumwollgebiet. Heute wird die malische Baumwolle unter Wert verkauft, weil die subventionierte Baumwolle aus den USA den Weltmarktpreis drückt. Dieser lag 1995 noch bei einem US-Dollar für das Pfund, nahm auf bis zu 50 Cent ab. Auf diesem Niveau verblieb er bis 2009. Nach einer kurzen Hausse im Jahr 2011 liegt er jetzt bei 83 Cent. Die Bevölkerung, die in den fruchtbaren und bewässerten Gebieten unter der Hoheit des Office du Niger Landwirtschaft betreibt, wird enteignet. Ihre Felder werden an internationale Investoren verkauft (Landgrabbing), die sie unter anderem für die Produktion von Agrotreibstoffen und zu Spekulationszwecken verwenden, nicht aber, um die malische Bevölkerung zu ernähren und den Menschen eine sinnvolle Arbeit zu geben. Das Oakland Institute liefert eine

detaillierte Auflistung großflächiger Landkäufe mit einem Gesamtvolumen von rund 550.000 Hektar, das entspricht zweimal der Fläche des Saarlands.<sup>1</sup>

Der Neoliberalismus ist in der Praxis eine maßlose und zerstörerische Form des Wirtschaftens. Dem Profit wird alles geopfert, ihm werden auch die Menschenrechte untergeordnet. In Faléa, im Südwesten des Landes, wo Uran gefördert werden soll, wird dies besonders sichtbar. Die Kolonialmacht und später die Autoritäten des unabhängigen Mali haben diese gebirgige Gegend an der Grenze zum Senegal und zu Guinea immer vernachlässigt. Sie kann in der Regenzeit nicht mit dem Auto erreicht werden, weil die Flüsse zu viel Wasser führen und die wenigen Furten unpassierbar werden. Schulen, Gesundheitsversorgung, Information, Verkehrswege, Strom, Trinkwasser – Infrastruktur, für die der Staat verantwortlich wäre –, all das gibt es in dieser Gegend so gut wie nicht. Die Menschen leben von der Subsistenzlandwirtschaft, verkauft werden kann wenig, denn es fehlen die Transportmittel. Einige versuchen sich zu helfen, indem sie Gold, das sich hier nur wenige Meter unter der Erde befindet, abbauen. Dadurch vergiften sie sich und den Fluss Falémé: Um das Gold aus den Erden zu lösen, werden giftige Chemikalien wie Quecksilber und Zyanide verwendet. Reich werden diese GoldgräberInnen nicht. Reich werden andere, nämlich die, die das Gold kaufen. Das staatliche französische Nuklearunternehmen COGEMA (heute AREVA), das

Hintergrund: Am 22. März 2012 setzten malische Militärs den amtierenden Präsidenten Amadou Toumani Touré ab. Im Norden des Landes nahm gut zwei Wochen später die Mouvement Nationale pour la Libération de l'Azawad (Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad, MNLA) in Zusammenarbeit mit anderen djihadistischen und separatistischen Milizen die wichtigsten Städte ein und zwang die malische Armee zum Rückzug. Die MNLA erklärte am 6. April 2012 den Norden des Landes für unabhängig. Wenig später verdrängten die djihadistischen Gruppen die MNLA und übernahmen die militärische Kontrolle über den Norden. Anfang Januar 2013 rücken djihadistische Milizen in Richtung Süden vor. Um zu verhindern, dass die Milizen die Hauptstadt Bamako erreichen und einnehmen, intervenierte die französische Armee. Zusammen mit der Armee Malis, Verbänden aus dem Tschad und einigen wenigen Truppen anderer westafrikanischer Länder übernahm sie die militärische Kontrolle im Norden. Am 7. Juli 2013 sollen Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden.

die Uranvorkommen auf dem Plateau von Faléa entdeckt hatte, verkaufte die Lizenz zur Erkundung dieser Region an die kanadische Firma Rockgate Capital Corporation. Die zum Zweck der Probebohrungen errichtete Infrastruktur wirkt wie eine Raumstation auf dem Mars. Rund um die Uhr wird hier gearbeitet, in der Nacht leuchtet das Camp der Prospektionsfirma – in den Dörfern der Umgebung gibt es keinen Strom. Wo gebohrt wird, entscheidet die Firma, ohne Rücksprache mit der Regierung, geschweige denn der Bevölkerung vor Ort: Wenn es das Raster will, wird direkt neben der Kochstelle des Dorfes gebohrt. Entsprechende Markierungen durchziehen die Landschaft. Hat die Firma Glück – sind die Gesteinsproben radioaktiv und verweisen auf das vorhandene Uran in der Erde. Dass die Radioaktivität für die Menschen, die hier arbeiten und leben, lebensgefährlich ist, dass sich der radioaktive Staub in den Siedlungen und auf den Feldern niedersetzt, dass die Atemluft kontaminiert ist, dass das viele Wasser, das bei den Bohrungen verwendet wird, das Trinkwasser verseucht, interessiert die kanadische Firma nicht. 2016 will Rockgate mit dem Uranabbau beginnen.

Aber die Menschen in Faléa leisten Widerstand. Mitte März 2012, wenige Tage vor dem Militärputsch, organisierte die Association des Ressortissants et des Amis de la Commune de Faléa (Verband der Einwohner und Freunde der Gemeinde Faléa) zusammen mit einer Vielzahl nationaler und internationaler Organisationen in Bamako eine Konferenz. Ein geladener Vertreter des Bergbauministeriums brachte die Haltung und das Selbstverständnis der Regierung auf den Punkt: Der Uranabbau sei die einzige Chance für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region. Akzeptieren die Menschen in Faléa die Uranmine nicht, werden sie weiterhin eine vom Staat vernachlässigte und marginale Existenz führen. Die Position des Ministeriums macht deutlich, dass die Regierung nicht bereit ist, die Interessen der Bevölkerung gegenüber dieser zerstörerischen Form des Wirtschaftens zu vertreten – zu diesem Zeitpunkt, Frühjahr 2012, galt Mali wohlgerne noch als «demokratisches Musterland». Diese «Musterregierung» also stellt die Menschen von Faléa vor die Wahl: Tod, Krankheiten, vor allem Lungenkrebs und strahlenbedingte Missbildungen ihrer Kinder – das sind die Folgen des Uranabbaus, wie es Beispiele aus aller Welt zeigen –, und eine zer-

störte Umwelt, vielleicht auch ein paar Arbeitsplätze und leere Versprechungen, dass irgendwann ein gutes Krankenhaus gebaut wird, oder fortgesetzte Vernachlässigung und Marginalisierung. Dieser Staat ist nicht für seine BürgerInnen da, er ist für das internationale Kapital da, und er sagt dies ganz offen, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

Das politische System ist ein Spiegelbild der ökonomischen Situation. Hier wie dort sind die Menschen, ist die Bevölkerung ausgeschlossen von der Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Den Juroren des Labels «Musterdemokratie» reicht anscheinend das regelmäßige Stattfinden von Wahlen. Dass diese Wahlen seit 1991 nie mehr als 30 Prozent der Wahlberechtigten zur Beteiligung ermuntern konnten und Vorwürfe des Wahlbetruges nie ausgeräumt wurden, spielt für die Vergabe des Prädikats offenbar keine Rolle. Herausgekommen sind dabei immer Regime, die das Enteignungssystem neoliberalen Wirtschaftens vertiefen und sich selbst dabei bereichern haben. Der Staat wurde so zu einem Teil des Enteignungssystems, seine Einnahmen landeten über viele Formen von Korruption und Klientelwirtschaft auf den Schweizer Bankkonten der Führungsklasse. Für die Menschen war der Staat nicht da, von den Menschen gestaltet war er auch nicht und folglich auch nicht demokratisch. Wahlen suggerierten Demokratie, mehr nicht. Sie verliehen einem politischen System Legitimität, das die Menschen ihrer demokratischen Mitentscheidungsrechte enteignete und das ein wirtschaftliches System flankierte, das ihnen Ressourcen, Land und Einkommensmöglichkeiten wegnahm. Deshalb sind Wahlen, so wie sie im Juli 2013 durchgeführt werden sollen, kein Element einer Lösung, sondern Teil einer Strategie, die jene Herrschaftsstrukturen wiederherstellen soll, die vor dem Ausbrechen der Krise bestanden.

## DER UNABHÄNGIGE STAAT «AZAWAD» IM NORDEN

So viel zu den Spielarten legaler Formen kapitalistischen Wirtschaftens. So viel zum Südwesten, gehen wir in den Nordosten, in das Gebiet, in dem die MNLA über einen französischen Fernsehsender den unabhängigen Staat «Azawad» ausgerufen hat. Die Region teilt mit Faléa die Ablegenheit, die fehlende Infrastruktur, die unzureichende Gesundheitsversorgung, fehlende Schulen. Seit etwa 2003 entwickelte sich hier in massiven Wachstumsschüben das kriminelle Geschäft: Entführungen westlicher StaatsbürgerInnen und Drogenhandel. Der Handel mit Drogen, vor allem Kokain aus Lateinamerika für europäische Märkte, suchte sich seit 2008 Transportrouten durch Westafrika, wobei die Nordregion Malis als Umschlagplatz an Bedeutung gewann, weil hier Polizei und Staatsgewalt bereits wenig präsent waren.<sup>2</sup>

Milizen der KelTamasheq (Tuareg) sowie die ebenfalls den Norden Malis als «gesetzlose» Region schätzenden djihadistischen Gruppen wie «Al-Qaida im Islamischen Magreb» (AQMI) wurden durch Drogenhandel und Entführungen reich. Nutznießer der Gewinne aus diesen Geschäften ist aber auch eine beträchtliche Zahl von Funktionären aus dem Staatsapparat in Bamako. Als Beleg dafür, dass selbst Präsident Amadou Toumani Touré an den Entführungsgeschäften verdient hat, wird häufig angeführt, dass seine Frau in Paris mit Geldscheinen bezahlt habe, deren Herkunft aus Lösegeldzahlungen anhand der Seriennummern eindeutig nachgewiesen werden konnte.

Die AQMI entstand offiziell im Januar 2007, als sich die Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC), die im algerischen Bürgerkrieg gekämpft hatte und 2003 mit einer erfolgreichen Entführung europäischer Touristen wieder aktiv geworden war, Al-Qaida durch eine einseitige Erklärung anschloss und entsprechend umbenannte. 2008 wurde deutlich, dass ihr Versuch, sich im Maghreb zu etablieren, nur Teilerfolge zeitigte. Die AQMI verlagerte ihre Aktivitäten nach Mali, Mauretanien und Niger. Zur Strategie der AQMI gehören Allianzen mit lokalen Autoritäten und Führungspersonen, was dazu geführt hat, dass die Gruppierung inzwischen eine gewisse Verankerung im Norden Malis und eine Art «Immunität» genießt. Mittlerweile haben sich der AQMI auch Milizionäre aus dem Norden Malis angeschlossen, die Führung bleibt aber bis heute maßgeblich algerisch. Bei der AQMI mischt sich Djihadismus mit kommerzieller Kriminalität. Geiselnahmen zur Lösegelderpressung, Autoschmuggel, Drogenhandel, Geld- und Produktpiraterie und Benzin-schmuggel prägen zusammen mit politischen und religiösen Parolen ihr Aktions- und Erscheinungsbild. Dies hat auch Auswirkungen auf ihre innere Struktur: Materielle Anreize für die Loyalität ihrer Gruppen und Kämpfer gewinnen gegenüber der ideologischen Botschaft an Bedeutung.<sup>3</sup>

Die MNLA, die sich 2011 in Zakak, einer Basis der Rebellen, gegründet hat, ist ein sehr heterogener und loser Zusammenschluss verschiedener Milizen. Militärische Stärke erlangte die MNLA erst durch die Aufnahme eines Großteils der mit Waffenmaterial aus Libyen zurückkehrenden Söldner der libyschen Truppen. So konnten erste Städte im Norden Malis eingenommen werden.

Von Frankreich wird die MNLA als Kraft gegen die AQMI wahrgenommen. Die Tatsache der aktuellen Zusammenarbeit Frankreichs mit der MNLA nach der militärischen Intervention im Januar dieses Jahres ist ein Indiz dafür, dass es umfassende Kontakte bereits seit Beginn des Jahres 2012 und gegebenenfalls sogar schon entsprechende Vereinbarungen gegeben hat. Bei der Rückeroberung Kidals von der islamistischen Bewegung Ansar el-Eddine arbeiteten die französischen Militärs mit der MNLA zusammen und unter-sagten der malischen Armee die Beteiligung.

## AUSLÄNDISCHE MÄCHTE

Die Emire von Katar gelten als wichtige Finanzgeber der djihadistischen Gruppen in Nordmali. Warum das? Einerseits geht es den Emiren von Katar um die Verbreitung ihres politischen Modells der diktatorischen Herrschaft von Emiren, religiös legitimiert durch den sunnitischen Islam. Andererseits aber gibt es handfeste ökonomische Interessen, denn für die Erdgasvorkommen im Norden Malis verfügt Katar über die notwendigen Extraktionstechnologien. Es ist auch an den vorhandenen Gold-, Uran- und Ölvorkommen interessiert.<sup>4</sup>

Als einziger Staat der Europäischen Union hat Frankreich manifeste Interessen in Mali. Politische Instabilität und Djihadismus sind für Frankreich nur dann ein Problem, wenn die 6.000 französischen StaatsbürgerInnen in Mali oder die 80.000 französischen StaatsbürgerInnen in Westafrika gefährdet sind. Für Frankreich spielt die Sicherung des Zugangs zu den Uranvorkommen die Hauptrolle, denn 80 Prozent des Stroms werden in Frankreich nuklear erzeugt. Wenn es also kein Uran mehr hat, gehen in Frankreich die Lichter aus. Und wenn es ums Uran geht, dann spielen auch Menschenrechte keine Rolle mehr. Es ist problematisch, Gräueltaten gegeneinander aufzuwiegen, aber die missgebildeten

Kinder, die tödlichen Krankheiten, vor allem viele Formen von Krebs im Umfeld der Uranminen, sind nicht geringer einzu-stufen als die Verstümmelung von Gliedmaßen im Namen einer vermeintlich religiös gebotenen, menschenunwürdigen Rechtsauffassung. Gerade Frankreich, das im Nachbarland Niger für Tote, Krankheiten und Verstümmelungen als Folgen des Uranabbaus verantwortlich ist, hat keine höhere moralische Integrität als die von ihm aus den Städten des Nordens verdrängten Djihadisten.

Andere Beispiele (Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo) zeigen, dass für an Rohstoffen interessierte Konzerne und Staaten die politische Stabilität im Lieferland keineswegs unabdingbar ist, vielmehr kann politische Instabilität für die Ausbeutung sogar bessere Rahmenbedingungen schaffen. Dies scheint auch in Mali der Fall zu sein. Das erklärt die französische Zusammenarbeit mit der MNLA. Unter dem Druck Frankreichs wurde auch El Hadj Gamou abberufen. Er ist ein erklärter Feind der MNLA und vom militärischen Rang Oberst, wobei er eher eine eigenständige Miliz führte denn eine Einheit der malischen Armee. Gerade weil Instabilität nicht unwillkommen ist, liegt die inzwischen von der MNLA geforderte, weitgehende Autonomie des Nordens durchaus auch im Interesse Frankreichs. Auch dort gibt es Uranvorkommen, zudem Gold, Erdöl und Erdgas.

## OPTIONEN LINKER REALPOLITIK BEZÜGLICH MALI

Wenn jemand mit dem Feuer spielt und Brände legt, dann ist das zu verurteilen. Auch wenn der Brandstifter danach die Ausweitung des Brandes in Grenzen zu halten versucht. Das Agieren Frankreichs vor und nach seiner Intervention kann man nicht unterstützen. Denn im Kern soll es nach der Intervention so weitergehen wie zuvor. Das Ziel ist eine möglichst schnelle Wiederherstellung des bisherigen politischen Systems und für den Norden eine Lösung, die aus der selektiven Zusammenarbeit mit bestimmten Milizen und insbesondere der MNLA entstehen wird. Wie nach dem Vertrag von Algier<sup>5</sup> wird die Souveränität des malischen Staates über den Norden eingeschränkt bleiben. Wenn es um eine stärkere Kontrolle des in den letzten Jahren quasi rechtsfreien Raums im Norden gehen sollte, so wird dies ein langfristiges militärisches Engagement aus dem Ausland erfordern. Anders gesagt, der Norden müsste Besatzungsgebiet bleiben. Die AQMI und andere Hybride aus djihadistischen Organisationen und Drogenkartellen werden dies nicht kampfflos zulassen. Eine entsprechende, dem Handeln djihadistischer Gruppen in Afghanistan ähnliche Strategie setzen sie bereits um: Rückzug in die Dörfer und entlegene Basen mit gelegentlichen Angriffen auf die Zivilbevölkerung der Städte und andere terroristische Aktionen.

Kurz: Die mit der französischen Intervention eingeleitete Lösungsstrategie ist keine. Sie führt zur Verstärkung der Unsicherheit und Gewalt im Norden sowie der politischen Instabilität im Süden. Dennoch verfolgen die Übergangsregierung sowie sicherlich auch die im Juli 2013 zu wählende neue Regierung Malis diese Strategie. Sie können es als von der Neokolonialmacht abhängende politische Akteure auch kaum wagen, anders zu agieren.

Es müsste etwas an den grundlegenden Ursachen der Krise in Mali geändert werden, nicht nur um eine nachhaltige Lösung in Mali zu ermöglichen. Viele andere Staaten Westafrikas sind aufgrund ähnlicher Faktoren latent in der Krise, die jederzeit akut werden kann. Insbesondere wären die

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Mali zu ändern. Im Rahmen der Gestaltung internationaler Handelsabkommen und der Politik von IWF und Weltbank muss Spielraum bleiben für a) Ausfuhrsteuern auf unverarbeitete Rohstoffe, b) Einfuhrsteuern zum Schutz heimischer Industrien, c) eine Bergbaugesetzgebung im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung, d) eine eigenständige und nicht von Frankreich kontrollierte Währung, e) eine Beendigung des *landgrabbing* und f) für die finanzielle Förderung einer ökologischen, kleinbäuerlich und genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft, die auf gentechnologisches Saatgut verzichtet. Dringlich ist auch ein weltweites Verbot der Uranförderung, denn Uran hinterlässt von seiner Förderung über seine Verarbeitung und seinen Transport bis hin zu seiner Nutzung für Energie und Waffen nichts anderes als eine Spur des Todes. Seine nützlichen Verwendungsgebiete sind demgegenüber marginal.

Zu den internationalen Ursachen der Krise zählen auch der internationale Drogenhandel und Waffenschmuggel, die zu einer wichtigen Finanzquelle djihadistischer Gruppen geworden sind. Noch lange sind nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, diese international zu bekämpfen. Insbesondere wirksame zivile Maßnahmen werden nicht ergriffen, wie ein Schließen von «Steuerparadiesen» und das Erschweren der Geldwäsche.

Ernst zu nehmende WissenschaftlerInnen betonen die Rolle des CIA bei der Entstehung und Verbreitung des internationalen Drogenhandels.<sup>6</sup> Es geht daher auch um die Öffnung ihrer Archive und damit letztendlich um die Abschaffung der Geheimdienste. Denn wie dem CIA vorgeworfen wird, den Drogenhandel gefördert zu haben, so wird den französischen und algerischen Geheimdiensten vorgeworfen, an der Entstehung der salafistischen Gruppen und damit schließlich auch der AQMI beteiligt gewesen zu sein. In diese Zusammenhänge muss Licht gebracht werden. So viel Transparenz muss sein, wenn man die politische Behauptung ernst nehmen soll, Krieg sei die Ultima Ratio.

Katar und andere Petromonarchien müssen mit Sanktionen belegt werden, wenn ausreichend nachgewiesen ist, dass sie djihadistische Gruppen unterstützen. Diese Staaten sind wirksam durch Wirtschaftsboykotte zu schwächen und zwar durch solche, die vor allem die herrschenden Emire – und nicht die Zivilbevölkerung – treffen. Allein schon ein Stopp der Waffenexporte nach Katar wäre eine wirksame Sanktion. Wahrscheinlich unterstützen die Petromonarchien den internationalen Terrorismus stärker als der Iran und müssten folglich schärfer geregelt werden.

Gegen Rohstoffkonzerne und ihre Führungspersonen, die Krisensituationen herbeiführen oder ausnutzen, muss rechtlich vorgegangen werden können. Nicht nur Charles Taylor<sup>7</sup> sollte vor Gericht stehen, sondern die Geschäftsleute im Diamantenhandel, mit denen er zusammengearbeitet hat. In einem frühen Kommuniqué behauptete die MNLA, sie habe bereits Konzessionen zur Ausbeutung von Rohstoffen im von ihnen Azawad genannten Gebiet vergeben. Konzerne, die mit lokalen und nicht legitimierte Milizen zusammenarbeiten – wie in der Demokratischen Republik Kongo –, um Zugang zu Rohstoffen zu haben, müssen vor internationalen Strafgerichten verurteilt werden können. Das betrifft ihre Direktoren als natürliche Personen ebenso wie die Unternehmen als juristische Personen.

Anstatt das alte Regime durch Wahlen und etabliertes Führungspersonal faktisch zu reinstallieren, muss in Mali der

Staat neu und demokratisch fundiert werden. Ein breit angelegter Konsultationsprozess mit einer souveränen Nationalkonferenz im Zentrum, in der alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind, muss stattfinden. Ein solcher Prozess sollte auch von außen gefördert werden. Erfahrungen aus den frühen 1990er Jahren in Mali selbst und in anderen Staaten Afrikas zeigen, dass so eine höhere Legitimität der vereinbarten politischen Strukturen erzielt wird als durch das simple Abhalten von Wahlen.

Wer militärische Konfliktlösungen befürwortet oder toleriert, behauptet stets, die zivilen Möglichkeiten der Konfliktlösung seien erschöpft und als Ultima Ratio müssten die Waffen sprechen. Werden aber die entsprechenden Konflikte näher analysiert, stellt sich genau das Gegenteil heraus: Die militärische Konfliktlösung ist die schnelle und einfache, also die Prima Ratio. Zudem werden ihr Lösungspotenziale zugesprochen, die sie meist gar nicht besitzt. In zu vielen Fällen löst sie gar nichts, sondern verschärft die schon vorhandenen Problemlagen noch durch Kriegsfolgen wie Hunger, Armut, Instabilität und Gewaltakzeptanz.

Fakt ist, dass die Vielfalt der möglichen zivilen Ansätze einer Konfliktlösung oder Verringerung der humanitären Kosten eines Konflikts nicht aufgegriffen werden, weil sie bestehende Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen infrage stellen würden. Auch mögen es die Kosten sein, die alternative Ansätze bei uns im «Norden» verursachen würden, die einem Umdenken im Weg stehen. Die militärische Konfliktlösung erscheint jedenfalls nur dann als unvermeidlich, wenn die Sicht auf die Optionen internationaler Politik allein eine militärstrategische ist.

Claus-Dieter König ist Politologe und Leiter des Regionalbüros Westafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar/Senegal.

<sup>1</sup> Vgl. The Oakland Institute: Understanding land investment deals in Africa: country report Mali, Oakland 2011. <sup>2</sup> Vgl. Abderrahmane, Abdelkader: Drug Trafficking and the Crisis in Mali, Addis Ababa 2012. <sup>3</sup> Ould Mohamedou, Mohammad-Mahmoud: Die vielen Gesichter der al-Qaida im islamischen Maghreb, Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) Policy Paper no 15, Genf 2011; Lacher, Wolfram/Tull, Denis M: Mali: Jenseits von Terrorismusbekämpfung. SWP-Aktuell, Berlin 2013, S. 2. <sup>4</sup> N'Diaye, Issa: Au nom de la Charia, des trafics de Drogue et d'Otages, du Pétrole, de l'Uranium et du Saint Profit, Ainsi sont-ils ! La guerre des fous d'Allah et des fous du Capital contre les peuples du Mali, d'Afrique et du Monde, Bamako 2013. <sup>5</sup> Nach der Rebellion in der Region Kidal im Jahr 2006 unterzeichneter Vertrag zwischen den Rebellen und der malischen Regierung. <sup>6</sup> Vgl. McCoy, Alfred: The Politics of Heroin: CIA Complicity in the Global Drug Trade, Afghanistan, Southeast Asia, Central America, Chicago 2003. <sup>7</sup> Ehemaliger Präsident Liberias, 2012 von einem Sondergerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen schuldig gesprochen.

PHILIPP GERBER

## EUROPÄISCHE UNTERNEHMEN ERZWINGEN DAS GRÜNE GESCHÄFT MIT DEM WIND IN KOLONIALEM STIL

CONQUISTA 3.0: DIE WINDKRAFTINDUSTRIE IN OAXACA, MEXIKO

Während die Politik in Gestalt von Umweltminister Altmeier noch an der «Energiewende» dilletiert, ist den meisten Menschen in unseren Breitengraden längst klar, dass wir neue Formen der Energieproduktion benötigen. Schon heute liefern bei günstigen Witterungsbedingungen Solaranlagen und Windräder einen beachtlichen Teil unseres Energiebedarfs. Das Zauberwort des «Green New Deal» bedeutet für die UNO und einige Regierungen von G8-Ländern nicht nur ein alternativloses Rezept gegen die Klimakrise, sondern auch eine Antwort auf Arbeits- und Perspektivenlosigkeit in den industrialisierten Ländern in Form von Tausenden von Arbeitsplätzen. Kritiker weisen jedoch darauf hin, dass eine fortschrittliche Klimapolitik ohne einen grundlegenden politisch-ökonomisch-sozialen Systemwechsel nicht möglich sei. So fordert die internationale Bewegung für Klimagerechtigkeit (Climate Justice) die Regierungen der entwickelten Länder auf, ihre «grünen» Projekte nicht auf dem Rücken der Entwicklungsländer auszutragen.

Ein gutes Beispiel für diese grüne Kolonialisierung sind die Windparks am mexikanischen Isthmus von Tehuantepec: Fehlende Mitbestimmung der indigenen Bevölkerung, unlautere Pachtverträge, Korruption der lokalen Behörden durch die europäischen Unternehmen und Kriminalisierung der Proteste. Dieses und mehr werfen die Gegner den Investoren in die grüne (Wind-)Energie vor. «Die multinationalen Unternehmen bemächtigen sich unserer Territorien, als seien sie unbewohnt», klagt die zapotekische Menschenrechtlerin Bettina Cruz Velázquez. Nach der Eroberung der Spanier und der Assimilierung der indigenen Regionen in den korporativen Staat der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) steht im süd-mexikanischen Oaxaca eine dritte Eroberung an: Diejenige des Ressourcendiebstahls im Namen des grünen Kapitalismus.

Die Region Isthmus von Tehuantepec, halb so groß wie die Schweiz, ist eine Meerenge von nur 200 km Länge zwischen Pazifik und Atlantik. Sie bietet ideale geographische Bedin-

gungen für die Nutzung von Windenergie. «Die Windressourcen von Oaxaca zählen weltweit zu den Besten, weil durch die Topografie ein natürlichen Windtunnel besteht, durch den die Winde zwischen dem pazifischen Ozean und dem Golf von Mexiko wehen», schwärmt die Branche. An die beständigen starken Winde im Süden des Isthmus angepasst haben sich die indigenen BewohnerInnen der Biniza (spanisch: zapotecos) und die Ikoos (spanisch: huaves). Landwirtschaft, Fischerei und die Garnelenzucht sind die Haupterwerbe der küstennahen Gemeinden. Die Hauptstadt der Region, Juchitán de Zaragoza, ist bekannt für ihren lebhaften Markt und die rebellische Tradition der Juchiteken: Als eine der ersten Städte Mexikos gelang es in Juchitán, die PRI von der Macht zu verdrängen. Die linke «Coalición Obrera, Campesina y Estudiantil del Istmo» (COCEI) erkämpfte Anfang der 80er-Jahre den Bürgermeistersitz und regierte bis 2010 das regionale Zentrum. Die ländliche Region des Isthmus blieb jedoch eine Hochburg der PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution), und diese stellte oft auch die Gouverneure Oaxacas, beispielsweise José Murat Casab (1998–2004, heute Koordinator des «Paktes für Mexiko») und der für seine blutige Regentschaft bekannte Ulises Ruiz Ortiz (2004–2010).

### DIE WINDDIEBE HABEN VIELE NAMEN

Das Geschäft mit dem Wind begann unter diesen beiden Gouverneuren. Im Privatisierungsprogramm der Gemeindeförderung im Rahmen der Reform des Verfassungsartikels 27 (1992), wurde der Isthmus prioritär behandelt. Als darauf die ersten Windkraft-Parks geplant wurden, konnten die Investoren sich die Nutzungsrechte für die Ländereien direkt bei den einzelnen Bauern sichern. Die staatliche Elektrizitätskommission (CFE), Anwälte und lokale Politiker unterstützten die Investoren tatkräftig. Dass diese Verhandlungen zwischen Behörden und Investoren einerseits und einfachen Bauern auf der anderen Seite des Tisches keineswegs fair waren, kann

man sich unschwer ausmalen. Die Verträge waren nicht in indigener Sprache formuliert, die Vertragspartner teilweise Analphabeten. Viele Bauern erkannten zu spät, dass sie ihr Land für 30 Jahre zu einem Preis verpachteten, der weit unter den Einnahmen der Landwirtschaft lag. Einige Verträge beinhalten gar eine skandalös tiefe Jahresrente von 100, 150 Pesos (weniger als 10 Euros) pro Hektar. Wenigen Landbesitzern gelang es nachträglich, durch gemeinsame Protestaktionen – beispielsweise die Blockade des Windparks – bessere Konditionen zu erkämpfen. In einem Fall erreichten diese Mobilisierungen, dass die Landbesitzer eine Jahresrente von rund 1.500 Dollar pro Windturbine und zudem eine Gewinnbeteiligung von 1.4% des produzierten und verkauften Stromes erhalten. «Doch auch diese Renten sind immer noch stark limitiert, denn in Europa oder den USA erhalten die Landbesitzer von den Windenergiefirmen eine zehnfach höhere Gewinnbeteiligung», erklärt Carlos Beas, Sprecher der lokalen indigenen Organisation Unión de Comunidades Indígenas de la Zona Norte del Istmo (UCIZONI), im Interview mit dem Autor. «Zudem sind die Verträge in Mexiko sehr restriktiv: Dem Bauer werden gewisse Aktivitäten auf der vermieteten Fläche verboten». In einigen Parks ist der Gebrauch von Landwirtschaftsmaschinen verboten, andere sind gar mit einem Zaun abgesperrt und von privatem Sicherheitspersonal bewacht.

Das geschilderte Investitionsmodell schien trotz einzelner Proteste relativ problemlos über die Bühne zu gehen: Die mexikanischen Behörden erleichtern über die Privatisierung des Landbesitzes den Zugriff aufs Territorium. Das Energieministerium stellt den vorteilhaften Investitionsrahmen für die privatisierte Elektrizitätsgewinnung. Die europäischen Energieriesen (die spanischen Iberdrola Renovables, Acciona Energía und Unión Fenosa Gas Natural, die italienische ENEL Green Power und die französische EDF) übernehmen den Bau und Betrieb.<sup>1</sup> Gamesa und Vestas liefern Turbinen, die ABB stellt die Hochspannungstechnologie. Den Strom nehmen Walmart, Bimbo, Nestlé, Heineken, Coca-Cola-FEMSA, Cementos Mexicanos und die Bergbaugruppe Peñoles ab. In den letzten sechs Jahren sind im Isthmus bisher 15 Windparks ans Netz gegangen. Die Windräder schießen wie Pilze aus dem Boden, teilweise in geringem Abstand zu Häusern und Dörfern. Momentan produzieren in diesem Archipel von Megaprojekten 917 Rotoren auf 11.079 Hektar rund 1.263 MW/h Strom. Und das Potenzial dieser Region ist erst zu 10% ausgeschöpft, denn gemäß der staatlichen Energieregulierungs-Kommission könnten auf 100.000 Hektaren Land 10 GW Strom produziert werden.

Die angeblich «privatwirtschaftliche» Investition wird großzügig durch Weltbankkredite (zwischen 2009 und 2012 240 Mio. USD für 4 Windparks) und den Clean-Development-Mechanismus der UNO subventioniert. Für den Windpark mit dem schönen zapotekischen Namen Bii Nee Stipa II (Wind, der Energie bringt), wurde auch der neue EU-Entwicklungsfonds LAIF (Latin America Investment Facility) angezapft: 3.3 Mio. Euro-Zuschuss bekam Enel Green Power so von den europäischen Steuerzahlern. So genannte Entwicklungsgelder werden einmal mehr zur Gewinnmaximierung europäischer Firmen eingesetzt. «Die multinationalen Unternehmen und die europäischen Banken sind die primären Nutznießer der Projekte», welche LAIF unterstützt, kritisierte diesbezüglich Camilo Tovar von der mexikanischen Organisation ALOP (Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción al Desarrollo), die die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Mexiko kritisch hinterfragt.<sup>2</sup>

Das Geschäft mit dem Wind ist doppelt und dreifach attraktiv: Die Windparkbetreiber, die niedrige Pachtzinsen und keinerlei Steuern an die Gemeinden im Isthmus zahlen (Steuersatz der Unternehmen ist Mexiko-Stadt), können erstens den produzierten Strom per langfristigen Abnahmegarantien sicher verkaufen. Zweitens nehmen die Parks via CO<sub>2</sub>-Zertifikate am internationalen Emissionshandel teil. Gemäß diesem Modell soll ein Park mittlerer Größe (80 MW) jährlich rund 600.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß verhindern, wofür der Parkbetreiber Zertifikate im Wert von 6 Mio. Euro erhält. Und die oftmals mit Imageproblemen kämpfenden Großunternehmen kaufen sich mit der sauberen Energie ein grünes Mäntelchen, verstecken dahinter Umweltverschmutzung andernorts. Ob die Abnehmer tatsächlich weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen und wie viel des Stroms tatsächlich direkt in die Unternehmen fließt, ist nicht transparent. Denn das privatisierte Strombusiness ist auch ein wichtiges Exportgeschäft: Mexiko und Zentralamerika vertiefen anlässlich des Besuches von US-Präsident Barack Obama im Mai 2013 die Initiative «Connect 2022», die eine «Schlüsselkomponente der Energie- und Klima-Allianz der Amerikas» darstellt, welche bis 2022 «allen Bürgern der Hemisphäre Zugang zu sicherer, sauberer und günstiger Elektrizität» gewährleisten soll.<sup>3</sup> Dies über den transnationalen Ausbau der Stromvernetzung zur Erschließung dieser Energieressourcen, an welche die geplanten neuen Staudämme und andere «saubere» Energiewerke angeschlossen werden sollen.

## UMWELTSCHÄDEN UND SOZIALE VERWERFUNGEN

Ein umstrittenes Feld in der Debatte um die Windparks ist die Frage der «Impacts» in der Region, sowohl was die ökologische wie auch die soziale Einschnitte angeht. Während die Betreiber versichern, dass alles ökologisch, alles im grünen Bereich liegt und die Werke Arbeit und Prosperität schaffen, sehen die Gegner dies entschieden anders. Die Umweltstudien zu den Projekten würden von unternehmernahen Firmen durchgeführt. Um die Auswirkungen des Wind-Megaprojekts zu sehen, «muss man kein Experte sein», meint die Gruppe der Opposition in La Venta. Die Bewohner von La Venta haben die längste Erfahrung mit den Windparks in Oaxaca: 1994 erstellte die CFE die oben erwähnten sieben Versuchspropeller, bekannt als La Venta I. Heute sind zwei der Windräder wegen Überhitzung ausgebrannt, ein weiteres wurde von zu starkem Wind umgeworfen. Die Ruinen stehen weiterhin in der Landschaft, an Rückbau denken die Betreiber nicht. Die Gruppe «Solidarios de La Venta» listet die sichtbarsten Folgen für die Umwelt auf, die oft erst auf lange Zeit sichtbar werden, beispielsweise die Verschmutzung des Bodens durch auslaufendes Öl, das aus den Propellern leckt und durch den Regen auf die Felder gelangt. Andere Problematiken sind die Unterbrechung der Grundwassernetze durch die massiven Betonpfeiler und eine damit einhergehende Versteppung der umliegenden Felder. Die Bauern erwähnen auch die dauernde Lärmbelästigung von zu nah an den Dörfern gebauten oder der älteren, nicht mehr rund laufenden Windrädern sowie die möglichen Einflüsse auf Nutz- und Wildtiere, insbesondere Zugvögel. Bei all diesen gefühlten oder tatsächlichen Auswirkungen auf Mensch und Natur betonen auch die Windparkgegner, dass genauere, unabhängige Studien notwendig wären.

Die andere, ebenso gewichtige Komponente ist der soziale Stempel, den die Projekte in den Gemeinden hinterlas-

sen. Wohl gibt der Bau für kurze Zeit einer größeren Schar Arbeit, die vor allem durch die in der PRI organisierte Transport- und Bauindustrie abgedeckt wird. Doch wie bei hochmoderner Technik üblich wird der Betrieb von wenigen Spezialisten überwacht. Im Falle der Vestas-Turbinen geschieht dies gar automatisiert von dessen Hauptsitz in Dänemark aus, wie dort die Vertreter von Vestas einer zu Propagandazwecken aus Oaxaca eingeflogenen Gruppe von Journalisten stolz erklärten. «Das Versprechen der Arbeitsplätze war eine Lüge, alle Arbeit war nur vorübergehend, wenn heute pro Park 10 Personen aus der Gemeinde angestellt sind, dann sind wir schon auf der guten Seite», meint die Gruppe «Solidarios de La Venta» lakonisch.<sup>4</sup> In Zeiten landwirtschaftlicher Entwicklung lebten Dörfer wie La Venta oder Santo Domingo Ingenio vom arbeitsintensiven Zuckerrohranbau. Diese staatlichen Betriebe wurden im Zuge der neoliberalen Struktur Anpassungsmaßnahmen geschlossen. Gleichzeitig überfluteten mit Inkrafttreten des NAFTA-Freihandelsvertrags (1994) billigere US-Erzeugnisse den mexikanischen Lebensmittelmarkt. Angesichts dieser bewussten Aufgabe der nichtindustriellen Landwirtschaft wundert es kaum, dass etliche Bauern gerne an die Europäer vermieteten. «Wo früher nur unfruchtbares Land war, haben wir heute einen Wald von Energie» argumentierte der Direktor der CFE und die Werbespots der Regierung Felipe Calderón (2006–2012) wiederholten diese Botschaft täglich. Dass die Parks auf «unproduktivem Land» gebaut werden, ist einer der Mythen der Investoren.

## **2012: DER INDIGENE WIDERSTAND BRINGT DAS GRÖSSTE PROJEKT INS WANKEN**

Trotz aller Argumente der Gegner, trotz unvorteilhafter Verträge, ja gar trotz einzelner gewaltsamer Auseinandersetzungen wurden die Windparks ungehindert weiter gebaut. Schließlich handelt es sich um eine Schlüsselindustrie im Kampf gegen den Klimawandel. Bis dann am 21. Januar 2012 in San Dionisio del Mar eine Dorfversammlung außer Kontrolle geriet: Der Gemeindepräsident Miguel López Castellanos (PRI) gab zu, dass er 14 Millionen mexikanische Pesos von der Investorengruppe Mareña Renovables erhalten habe, um die Umnutzung des Bodens für den Park «San Dionisio» zu bewilligen. Dies klammheimlich und ohne die Versammlung der «Comuneros» zu konsultieren, die sich im Verlaufe des Vorjahres erst über die Dimension des Mega-Projektes bewusst wurde. Im Gegensatz zu den anderen Projekten ist «San Dionisio» nicht auf Privatland oder privatisiertem Ejido-Land geplant, sondern auf der Landzunge «Barra de Santa Teresa», für welche die Gemeinde San Dionisio einen kommunalen Landtitel besitzt und auf der sich auch der für die Ikoots heilige Ort Isla Tileme befindet. Über die Nutzung von Gemeindeland bestimmt ausschließlich die Versammlung der eingetragenen «Comuneros».<sup>5</sup>

Am 29. Januar 2012 besetzte die Bevölkerung das Gemeindehaus und verhindert seither jegliche Bautätigkeit von Mareña Renovables. Mehrere Monate später, in Verhandlungen mit der Regierung Oaxacas und Vertretern von Mareña Renovables, kam ans Licht, dass die Investoren nicht 14, sondern 20.5 Millionen Pesos an den Bürgermeister gezahlt haben. Die Investoren argumentieren, dass sie mit ihrem Geldsegen nur die Gemeinde über ihre lokale Behörde unterstützen wollten, zwecks Baus von Infrastruktur und anderer sozialer Anliegen. Doch die Dorfbewohner sehen ihre Mitbestimmungsrechte unterlaufen und klagen Verschwendung

und Veruntreuung an. So fährt man heute über einen luxuriösen Boulevard ins verarmte Küstendorf hinein, das nicht mal über eine Trinkwasserversorgung verfügt.

Mit einer Stromproduktion von 396 MW wäre «San Dionisio» der größte Windpark Lateinamerikas. 102 Turbinen kämen auf der 27.5 km langen Barra Santa Teresa zu stehen, 30 weitere Turbinen sind in der Gemeinde Santa Maria del Mar geplant. Das Projekt wurde angeblich schon 2004 von der Ikoots-Gemeinde in einer Versammlung konsultiert und für gut geheißt. Die Opposition hielt jedoch fest, dass die angebliche «Konsultation» sich nur auf die Anwesenheitsliste der «Comunero»-Versammlung stützt, keineswegs auf einen Entscheid der Gemeinde. Eine Anekdote aus der ersten Präsentation des Projekts im November 2004 illustriert die Welten, die zwischen Investoren und deren Anwälten und den teilweise analphabetischen Dorfbewohnern liegen. Der Nutzungsvertrag heißt «Contrato de usufructo». Die kaum des Spanischen mächtigen «Comuneros» dachten, dass die Gemeinde mit «frutos», also Früchte entschädigt würden.<sup>6</sup>

Das Projekt «San Dionisio», ursprünglich von der spanischen Gruppe Preneal, wurde 2011 für 88.9 Millionen US-Dollar an das Konsortium «Mareña Renovables» verkauft, in dem Mitsubishi, die holländische Pensionskasse PGGM und der mexikanische Ableger des australischen Infrastrukturgiganten Macquarie Group engagiert sind. In Macquarie Mexico sind zu zwei Dritteln das privatisierte mexikanische Pensionskassensystem (AFORE) und ein staatlicher mexikanischer Infrastrukturfonds mit Weltbankgeldern beteiligt. Die 132 Turbinen (V90: 100 Meter hohe Türme, 90 Meter Rotordurchmesser, 3 MW Leistung) stellt das dänische Unternehmen Vestas, Abnehmer des Stroms ist der Sprudelwasserabfüller FEMSA-Coca-Cola. Das Projekt betrifft mit diversen Bauten, Zufahrtsstraßen und die Anlegestellen für die Boote, welche über die Lagune auf die Landzunge fahren, das Territorium und die Fischereigründe aller vier Gemeinden der Ikoots-Indigenen (San Dionisio del Mar, San Mateo del Mar, Santa Maria del Mar und San Francisco del Mar) sowie einige zapotekische Gemeinden, darunter Álvaro Obregón.

## **KRIMINALISIERUNG UND REPRESSION IM NAMEN DER GRÜNEN ENTWICKLUNG**

Das ganze Jahr 2012 über spitzte sich der Konflikt um den Windpark «San Dionisio» zu. Dies auch als Resultat des Unwillens des Gouverneurs Gabino Cué (Allianz PAN-PRD-PT-MC) und seines Innenministers Jesús Martínez Álvarez (PRI), die Argumente der Gegner ernst zu nehmen. In einer Verhandlungsrunde mit der Opposition am 14. Mai erwähnte Gabino Cué als Vergleich den blutigen Konflikt um die Silbermine in San José del Progreso, wo kurz zuvor zwei Oppositionelle ermordet wurden und die soziale Zerrüttung im Dorf unaufhaltsam scheint. Die Projektgegner von San Dionisio fassten diesen Vergleich als direkte Bedrohung von Seiten des Gouverneurs auf.

In San Dionisio und den umliegenden Dörfern wurden viele Leute mit Geldgeschenken gefügig gemacht. Gleichzeitig kam es immer wieder zu Angriffen auf Oppositionelle. Die Opposition organisierte sich in der «Asamblea del Pueblo de San Dionisio del Mar» und ging Bündnisse ein mit den Organisationen «Asamblea de Pueblos Indígenas del Istmo de Tehuántepec en Defensa de la Tierra y el Territorio» (APIIT-DTT) und der (UCIZONI). Auf der Seite der Projektbefürworter gründete die PRI den «Frente Cívico de San Dionisio del

Mar», welcher auch von Schlägern von außerhalb unterstützt wurden. So verhinderten am 9. Oktober die Projektbefürworter mit einer Straßenblockade, dass eine Solidaritätskarawane das Dorf erreichen konnte. Beim Aufeinandertreffen der beiden Gruppierungen wurde Isaul Celaya, einer der Sprecher der Asamblea, mit Benzin übergossen und die rund 80 meist betrunkenen Blockierer drohten, ihn anzuzünden. Die Polizei stand unweit daneben und schaute zu, ohne einzugreifen. Anlässlich dieser Auseinandersetzung wurde auch bekannt, dass Teile der COCEI-PT auf Seiten der PRI agierten, denn die Oppositionellen erkannten unter den Aggressoren mehrere Aktivisten der COCEI-PT von Juchitán.<sup>7</sup>

Eine ähnliche Eskalation wie San Dionisio del Mar erlebte auch das benachbarte San Mateo del Mar, mit rund 15.000 EinwohnerInnen in 12 Weilern die größte Ikoote-Gemeinde. Auch in San Mateo wurde der PRI-Bürgermeister, Francisco Valle Piamonte, von der versammelten Gemeinde zur Rede gestellt, die Korruptionzahlungen von Mareña Renovables waren der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die Dorfbewohner beantragten beim Parlament Oaxacas ein Amtsenthebungsverfahren, das jedoch von PRI-Abgeordneten erfolgreich blockiert wurde. Darauf eroberte Valle mit 200 Anhängern in der Nacht auf den 18. November den Regierungssitz gewaltsam zurück und begann, die Zufahrtsstraßen mit bewaffneten Getreuen zu kontrollieren.<sup>8</sup> Die Reaktion der Regierung Oaxacas: Eine Polizeitruppe traf vor Ort ein, um «Ruhe und Ordnung» sicherzustellen, und Gouverneur Cué «bedauerte» den Einsatz von Gewalt, unternahm aber weiter nichts. Seither terrorisiert Valle mit Hilfe seiner parapolizeilichen Gruppierungen das Dorf. Am 21. März 2013 wurden zwei Journalisten der linken Tageszeitung La Jornada und Aktivisten der UCIZONI von einer Gruppe von 50 bewaffneten und betrunkenen Personen festgehalten. Im April griffen Unbekannte das Haus von Reyna Gutiérrez Luis an und drohten, sie zu «zerstückeln».<sup>9</sup> Gutiérrez Luis, klagt im Dokumentarfilm «Somos Viento» die soziale Zerrüttung durch das geplante Megaprojekt an: «Welches Erbe werde ich meinen Kindern hinterlassen? Eine unregierbare Gemeinde? Unser Land, unser Meer verschmutzt?»

Die Nacht-und-Nebel-Aktion in San Mateo war zweifellos die Vorlage für den Versuch der PRI-Anhänger in San Dionisio, es ihren Nachbarn gleichzutun. Rund 30 Anhänger des aberkannten PRI-Bürgermeisters nahmen in der Nacht auf den 29. November ihren Gemeindegarten ein, der seit exakt 10 Monaten in den Händen der Opposition war. Doch noch vor dem Morgengrauen, organisierte die Asamblea del Pueblo den Gegenangriff und eroberte den Gemeindegarten zurück.

Das Megaprojekt «San Dionisio» mit einem Investitionsvolumen von einer guten Milliarde Dollar konnte aufgrund des indigenen Widerstands nicht beginnen. Einen zusätzlichen Schuss vor den Bug bekam das Projekt am 7. Dezember 2012, als ein föderaler Richter den Antrag auf einen provisorischen Baustopp guthieß, da die Gemeinde nie über das Projekt abgestimmt hatte. Die Versuche, den richterlichen Baustopp durch improvisierte Gemeindeversammlungen in San Dionisio zu Fall zu bringen, scheiterten, da es zu Konfrontationen der verfeindeten Lager kam. Zudem akzeptierte die Interamerikanische Entwicklungsbank, eine Klage der Projektgegner wegen der Schmiergeldzahlungen zu prüfen.

Ende Januar 2013 drohte Jonathan Davis, der Sprecher von Mareña Renovables, entnervt, sie würden sich definitiv zurückziehen, wenn nicht endlich «das Gesetz angewandt» wird und gegen «die 20 Personen, die das Projekt blockieren» vor-

gegangen werde.<sup>10</sup> Dass sie damit den Widerstand massiv unterschätzten, zeigten die folgenden Tage: Kurz nach dem «Ultimatum» der Investoren versuchte die Polizei mehrmals, in die Gemeinde Álvaro Obregón vorzudringen, welche den einzigen Landzugang zur Barra Santa Teresa kontrolliert. Auch hier eskalierten die Auseinandersetzungen, die Polizei musste sich zurückziehen. Beide Seiten beklagten Verletzte, wobei anzumerken ist, dass in den diversen Auseinandersetzungen um das Megaprojekt die medizinische Betreuung der Oppositionellen nicht gewährleistet war, entweder, weil diese aus Angst vor Repressalien das Krankenhaus nicht aufsuchten, oder weil die Krankenhäuser die Verarztung schlicht verweigerten.

2013 erreichten die Auseinandersetzungen rund um die Lagune eine neue Eskalationsstufe. Zentrale Figuren der Widerstandsbewegungen mussten aufgrund gezielter Morddrohungen oder drohender Haft die Region verlassen. Die Anspannung, unter der die Aktivisten leben, ist im Dokumentarfilm «Somos Viento» festgehalten: Mitten im Interview mit Isaul Celaya auf dem Dorfplatz von San Dionisio werden Kameramann und Interviewer von einem Motorrad umrundet, auf dem zwei junge Leute das Interview beobachten. Celaya reagiert äußerst angespannt und kommentiert: «Oft werden wir von Leuten auf Motorrädern ausspioniert, und man sagt, die seien bewaffnet. Ja, wir haben Angst.»<sup>11</sup>

Gleichzeitig mit der Verhaftung eines Oppositionellen<sup>12</sup> am 2. April wurde auch das Büro der Menschenrechtsorganisation Comité de Defensa Integral de Derechos Humanos (CODIGO DH) in Oaxaca Stadt nächtens von Unbekannten durchsucht.<sup>13</sup> CODIGO DH begleitet bedrohte Menschenrechtsaktivisten im Isthmus und dokumentierte bei Besuchen vor Ort diverse Übergriffe. «Seit mehreren Monaten wird in Oaxaca ein Klima der Verfolgung gegenüber Menschenrechtsverteidigern auf Gemeindeebene geschürt, welche wir begleiten, einige davon wurden kürzlich verhaftet», denunziert CODIGO DH im dem Protestschreiben nach dem Einbruch.

Am 9. Mai 2013 dann die überraschende Nachricht: Das Projekt «San Dionisio» wird «umgeplant». Dass die für die Ikoote «heilige» Barra von Santa Teresa mit Windrädern übersät würde, stehe nicht mehr zur Diskussion, es werde ein Ersatzterritorium im Isthmus gesucht, verkündete der Entwicklungs- und Tourismusminister Oaxacas, José Zorrilla de San Martín Diego. Es gäbe im Isthmus genügend andere freie Flächen für die Investition.<sup>14</sup> Ein Erfolg für den Widerstand? Sicher, doch die Projektgegner bleiben skeptisch. Vorerst gibt es keine schriftliche Bestätigung dazu, weder von der Regierung noch von Mareña Renovables. Deshalb sei dies «erst eine gewonnene Runde von wer weiß wie vielen».

Dennoch, das Beispiel «San Dionisio» zeigt, dass das ganze Register der Investorengruppe, vom Kaufen der Loyalitäten über Drohungen bis hin zur offenen Kriminalisierung der Proteste ins Leere lief. Es scheint momentan, dass die entschlossenen indigenen Gemeinden der geballten ökonomischen und politischen Übermacht die Stirn bieten können. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man die mächtigen Allianzen der europäischen Stromindustrie kennt: Zu ihren kostspieligen<sup>15</sup> Beratern zählen die ehemaligen Präsidenten Spaniens Felipe González und José María Aznar, die spanischen Ex-Minister Ángel Acebes und Elena Salgado<sup>16</sup> sowie die gemäß Recherchen von El País<sup>17</sup> und Proceso<sup>18</sup> unter Korruptionsverdacht stehende ehemalige EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner, die bei Gamesa ein Beraterhonorar

bezieht und gleichzeitig die «Europäische Union-Lateinamerika/Karibik-Stiftung» (UEALC) präsidiert, die als «Netz der Netze» die europäischen Investitionen in Lateinamerika erleichtern soll.

Angesichts der «Umplanung» des Projekts «San Dionisio» wird offensichtlich, dass am Modell der Investition grundsätzlich nicht gerüttelt wird. Der neokoloniale Zugriff europäischer Firmen auf Territorien und Ressourcen soll andernorts weitergehen. Um mit den Worten von Bettina Cruz zu schließen: «Das Hauptproblem bleibt die Verletzung der indigenen Rechte». Cruz musste den Isthmus Ende 2012 nach massiven Morddrohungen verlassen und lebt im Exil. Doch sie versichert: «Aufgrund unseres Rechts, zu sein wer wir sind und nicht so zu sein zu müssen, wie andere es wollen, stehe ich weiterhin aufrecht, trotz allem, trotz der schmerzhaften Erfahrung, dass sie meinen Widerstand kriminalisieren».<sup>19</sup>

Philipp Gerber lebt zur Zeit in Oaxaca und arbeitet für Medico International Schweiz.

Unter folgendem Link können Sie kostenlos unseren Lateinamerika-Newsletter abonnieren: <http://is.gd/m6YL6N>

**1** Eine bemerkenswerte Studie zu Iberdrola in Lateinamerika ist diejenige von Luis Miguel Uharte Pozas (2012): *Multinacionales en el siglo XXI: impactos múltiples. Iberdrola en México y en Brasil* (pdf, 196 S.), welche das Staudammprojekt Belo Monte in Brasilien und die Windparks in Oaxaca vergleichend analysiert. **2** *Sociedad civil latinoamericana crítica política de cooperación de UE* (sinembargo, 21.3.2013). Dass eine Entwicklung lokaler Gemeinschaften anhand dieser Megaprojekte nicht messbar ist, stellte Oxfam schon vor Jahren in zwei Studien zu den Clean-Development-Projekten fest, in denen auch die ersten Windparks in Oaxaca untersucht wurden: Oxfam/Intermon (2008). *El mecanismo de desarrollo limpio y su contribución al desarrollo humano Análisis de la situación y metodología de evaluación del impacto sobre el desarrollo* (pdf, 93 págs.); Oxfam/Intermon (2009). *Impacto de los proyectos MDL sobre el desarrollo humano, Análisis de experiencias en Marruecos, Guatemala y México* (pdf, 45 págs.) **3** Hoja informativa: *Iniciativa de electricidad hemisférica* (US-Embassy, 4.5.2013). **4** *LA ENERGÍA EÓLICA A 18 AÑOS DE SU IMPOSICIÓN EN LA VENTA* (Grupo Solidario La Venta, 10.2012). **5** Fast ausschließlich in Oaxacas indigenen Gemeinden erhielt sich diese Form von Gemeinbesitz («tierra comunal»), der noch aus der Kolonialzeit stammt. Im Gegensatz zu den «Ejidos» genannten kollektiven Landtiteln, die nach der mexikanischen Revolution vergeben wurden, scheiterten die Privatisierungsversuche der kommunalen Landtitel weitgehend. **6** Informe 2012. *LA SITUACIÓN DE LOS DERECHOS HUMANOS EN OAXACA* Grandes pendientes (CODIGO DH, 2012, S. 71 ff.). **7** *Impiden ingreso de caravana humanitaria a comunidad oaxaqueña* (Proceso, 10.10.2012). **8** *Advierten mayor violencia en San Mateo del Mar* (entrever, 12.12.2012). **9** *Agreden a la Profra*. Reyna Gutiérrez Luis, Regidora de Mercado del H. Ayuntamiento de San Mateo del Mar (Blog Asamblea de pueblos Ikoots y Binniza'a, 13.04.2013). **10** *Amenaza empresa eólica con salir de Oaxaca; acusa a «20 señores» de bloquear su proyecto* (Proceso, 31.2.2013). **11** *Somos viento - resistencia en el Istmo contra el proyecto eólico de Mareña Renovables* (Zitat: min. 27.). **12** *AU por la libertad inmediata de Mariano López Gómez, de la Asamblea del pueblo de Juchitán* (Defendamos la esperanza, 3.4.2013). **13** *Exigimos garantías para las defensoras y defensores de derechos humanos* (CODIGO DH, 3.4.2012). **14** *Retirarán aerogeneradores en zona sagrada por Parque Eólico en Oaxaca*. **15** *Acebes gana más en un mes con Iberdrola que en un año como abogado y congresista* (El Confidencial, 1.8.2012). **16** *Las conexiones «eléctricas» de los políticos* (El Mundo, 5.3.2012). **17** *Acuerdos que rozan el conflicto de interés* (El País 13.1.2013). **18** *Europa: Los conflictos de interés de Benita Ferrero* (Proceso, 6.10.2010), *El caso Ferrero empeña la cumbre de Santiago* (Proceso, 27.1.2013), *Europa-América Latina: La fundación intocable* (1.2.2013). **19** *EL TOPII XVI. – DEFENDIENDO DERECHOS SEMBRAMOS FUTURO* (Educa, 2012, S. 5).

TORGE LÖDING

## WACHSENDE UNZUFRIEDENHEIT IN COSTA RICA

ERSTMALS CHANCEN FÜR LINKE PARTEIEN BEI DEN WAHLEN 2014

Die Legitimitätskrise von Regierung und politischem System in Costa Rica nimmt neun Monate vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Februar 2014 eine neue Dimension an: Nach einem erneuten Skandal sind unter Präsidentin Laura Chinchilla (von der rechts-sozialdemokratischen Partido de Liberación Nacional, PLN) bereits 14 MinisterInnen und hohe Verwaltungsbeamte zurückgetreten. Mitte Mai erklärte daraufhin der PLN-Fraktionsvorsitzende Bernal Jiménez, dass sich seine Partei weder durch die Präsidentin vertreten fühle noch Verantwortung für deren Handeln übernehmen könne.<sup>1</sup> In einer kürzlich veröffentlichten Studie der Universität von Costa Rica<sup>2</sup> heißt es zudem, dass 70 Prozent aller BewohnerInnen Costa Ricas mit keiner der politischen Parteien sympathisieren. Es scheint, als könne die politische Linke von dieser wachsenden Unzufriedenheit profitieren.

Noch nie in der Geschichte von Costa Rica – das sich mit seinen 4,5 Millionen EinwohnerInnen gern als die Schweiz Mittelamerikas bezeichnet – hat es so viele Proteste gegen das politische und wirtschaftliche System gegeben wie derzeit. Dies hängt mit der Regierungsübernahme von Laura Chinchilla vor vier Jahren zusammen. Allein im Jahr 2011 wurden 632 Protestmärsche gezählt. Anlass war weniger ein politisches «Superthema», wie um das Jahr 2000 herum die Privatisierung des öffentlichen Konzerns für Telekommunikation und Elektrizität oder 2007 das Freihandelsabkommen CAFTA (Central America Free Trade Agreement) mit den USA. Vielmehr entzündeten sich die vielen Proteste an verschiedenen politischen Unzufriedenheiten und Bedenken. So demonstrierten MotorradfahrerInnen gegen die geplante Erhöhung der jährlichen Zulassungsgebühr, KleinbäuerInnen gegen den Anbau von genverändertem Mais, LGBT-Organisationen<sup>3</sup> für das Recht auf sexuelle Diversität und BürgerInnen im ganzen Land in Sorge um das öffentliche Sozialversicherungssystem oder gegen die zunehmende Annäherung der costaricanischen Regierung an den Vatikan.

### **GOLD UND STRASSEN: ERFOLGE DER BEWEGUNG**

Obwohl eine bewusste Koordinierung dieser Proteste fehlte, haben die sozialen Bewegungen in Costa Rica in den vergangenen vier Jahren eine Reihe von Erfolgen erzielt. Der erste große war die Verhinderung der Eröffnung einer geplanten Goldmine in Las Crucitas durch den kanadischen Bergbaukonzern Infito Gold. Während Laura Chinchillas

politischer Ziehvater, der zweifache Präsident von Costa Rica und Friedensnobelpreisträger Oscar Árias, dieses Vorhaben 2008 noch als im «nationalen Interesse» liegend erklärt hatte, bestätigte der Oberste Gerichtshof im November 2011 die Entscheidung von Chinchilla, das Tagebauvorhaben zu stoppen. Freilich nicht ohne Druck von unten. Seit mehr als zwei Jahrzehnten wehrt sich die Bevölkerung, die am Grenzfluss zu Nicaragua, San Juan, lebt, gegen die Pläne des Konzerns. Zuletzt war daraus eine Umweltbewegung im nationalen Maßstab geworden, welche die öffentliche Meinung auf ihre Seite ziehen konnte. Gegen Árias wurde in diesem Kontext eine Untersuchung wegen Korruptionsverdacht eingeleitet.

Darüber hinaus sorgte der Plan der Regierung, dem brasilianischen Konzern OAS<sup>4</sup> die Konzession für den Ausbau der Landstraße von San José nach San Ramon im Norden des Landes zu übertragen, für Massenproteste, vier Streiks und Brandanschläge auf dessen Firmengebäude. Die Vorwürfe lauteten Korruption und illegitime Privatisierung öffentlichen Eigentums, weil eine Privatfirma die Möglichkeit erhalten soll, die Gewinne für eine mit öffentlichen Geldern finanzierte Straße abzuschöpfen. Zudem, so die Kritik, gab es kein transparentes Ausschreibungsverfahren. Am 22. April verkündete Präsidentin Chinchilla in einer von allen TV- und Radiosendern des Landes übertragenen Ansprache, dass die Konzession vom Tisch sei.<sup>5</sup>

Ein weiterer Durchbruch ist das Gesetz zum Schutz der Gemeinschaften in den Küstengebieten, bekannt geworden als Ley TECOCOS,<sup>6</sup> das am 7. Mai dieses Jahres im costari-

canischen Parlament verabschiedet wurde und insbesondere auf den Widerstand von Fischerinnen an der Pazifikküste zurückgeht. Dieses Gesetz soll die mehr als 50.000 KüstenbewohnerInnen schützen, die befürchten müssen, aus ihren angestammten Lebensräumen vertrieben zu werden. In den vergangenen Jahren hatten zahlreiche Gemeinden, wie zum Beispiel das Fischerdorf Ostional, einen offiziellen Räumungsbescheid erhalten. Begründet wurde dieser damit, dass es in dem 200 Meter breiten Küstenstreifen liegt, der als Naturpark gilt und nicht bebaut werden dürfe. Gleichzeitig haben internationale Investoren damit begonnen, den Küstenstreifen in unmittelbarer Nachbarschaft mit Residenzen und Touristenressorts (Beispiel Playa Pelada) zu bebauen.

Das Ley TECOCOS sieht vor, in Küstenregionen Konzessionen zum Beispiel für die nichtindustrielle Fischerei, kleine Handwerksbetriebe oder für den Agrartourismus gezielt an die lokalen Fischergemeinden zu vergeben, auch wenn diese dort nach dem Naturschutzgesetz nicht länger siedeln dürften. Die treibende Kraft in diesem Kampf um Rechte und Anerkennung sind Basiskomitees, in denen vor allem von der Fischerei lebende Frauen eine maßgebliche Rolle einnehmen. Sie sind zu politischen Führungsfiguren geworden, die heute Straßen besetzen, vor laufenden TV-Kameras sprechen und professionelle PolitikerInnen herausfordern. Für sie ist das Gesetz nicht mehr als ein Instrument im weiteren Prozess der kollektiven Selbstorganisation. Das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko unterstützt diesen Prozess seit einigen Jahren und wird ihn auch weiterhin begleiten.

Die Erfolge dieser sozialen Bewegungen haben auch mit der Schwäche der Regierung von Chinchilla und Konflikten innerhalb der herrschenden Klasse hinsichtlich des zukünftigen Kurses des Landes zu tun. Hinter ihnen steckt aber auch ein langjähriger Aufbauprozess, der den Organisationen – trotz einer nur mangelhaften Koordinierung der Kämpfe und des Fehlens einer radikalen linken Partei mit Massenbasis – Kraft und Schlagfertigkeit verliehen hat. Den Basisbewegungen ist es gelungen, zwischen 2000 und 2007 solide Strukturen aufzubauen, die heute politische Erfolge ermöglichen. Das organisatorische Rückgrat der Anti-CAFTA-Bewegung zum Beispiel waren sogenannte Patriotische Komitees, die sich im Jahr 2007 gegründet haben und sich an den Zellen der kommunistischen Partei Vanguardia Popular orientieren.

Vanguardia Popular war 1930 als eine der ersten kommunistischen Parteien Lateinamerikas gegründet worden. Bis zu ihrem Verbot nach dem Bürgerkrieg 1948, in dem mehr als 3.000 kommunistische Milizionäre kämpften, war sie recht einflussreich. Nachdem die FührerInnen des costaricanischen Kommunismus ermordet und vertrieben worden waren, begann Vanguardia mit dem Aufbau einer Untergrundstruktur, die sich heute in den erwähnten Zellen fortsetzt. Seit den 1980er Jahren ist die Partei nun zwar wieder legal, aber es ist ihr nie gelungen, eine Massenbasis aufzubauen oder sich in den ideologischen Auseinandersetzungen im antikommunistisch geprägten Costa Rica mit ihrer Stimme durchzusetzen. Wie mit diesem Widerspruch umzugehen ist, darauf hat die überalterte Vanguardia-Führung zurzeit keinerlei Antwort.

## **DIE REGIERUNGSPARTEI IST EIN DESASTER**

Die Krise der Regierung Chinchilla ist natürlich auch die Krise der Partido de Liberación Nacional (PLN), auch wenn führende Parteifunktionäre dies bestreiten. Gegründet

wurde diese der Sozialistischen Internationale angeschlossene Partei nach Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1951 durch José Figueres Ferrer, der als Anführer der «Zweiten Republik» gilt. Als «Sozialdemokrat» verankerte «Don Pepe» die zuvor von der katholisch-kommunistischen Allianz beschlossene Sozialgesetzgebung in der Verfassung Costa Ricas und schaffte das Militär ab. Wie in vielen Ländern Lateinamerikas hatte die sozialdemokratisch ausgerichtete PLN nie einen Bezug zum Marxismus oder auch nur einen linken Flügel. Die wirtschaftspolitische Haltung der PLN ist stramm neoliberal. Der XVIII. Bericht zur Lage der Nation<sup>7</sup> zeigt anschaulich, wie das relative Wirtschaftswachstum Costa Ricas in 2010 und 2011 lediglich einer kleinen wohlhabenden Minderheit zugute kam, während die Armen immer ärmer werden. Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind weiterhin auf einem hohen Niveau. «Fast 290.000 Haushalte leben in Armut (1.140.435 Personen) und etwas mehr als 85.000 Haushalte in extremer Armut»,<sup>8</sup> das entspricht 336.305 Personen. Das sind ernstzunehmende Größen angesichts einer Gesamtbevölkerung von knapp 4,5 Millionen. Der Bericht weist zudem darauf hin, dass die Regierung Chinchilla im Jahr 2011 die staatlichen Sozialleistungen im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent zurückgefahren hat. Vor allem hat sie bei der öffentlichen Bildung und bei der Armutsbekämpfung eingespart. Auch von dem Ziel, die erste CO<sub>2</sub>-neutrale Nation der Welt zu werden, hat sich die Regierung Costa Ricas inzwischen offenbar verabschiedet, denn der Emissionsausstoß des Landes hat in den vergangenen Jahren wieder zugenommen.

Dazu kommen zahlreiche Korruptionsskandale und -vorwürfe. Dramatisch ist die Situation der öffentlichen Kranken- und Rentenversicherung CCSS, Stützpfiler des heute infrage gestellten sozialstaatlichen «Modells Costa Rica». Diese ist seit Monaten wegen hoher finanzieller Verluste und immer schlechter werdender medizinischer Dienstleistungen in den Schlagzeilen. Arzneimittel und medizinisches Gerät werden zu weit überhöhten Preisen eingekauft, ÄrztInnen und Krankenkassenfunktionäre genehmigen sich überhöhte Gehälter, während PatientInnen für dringende Untersuchungen bisweilen monate- oder jahrelang auf einen Termin warten müssen. Die Opposition vermutet dahinter den Plan, das Gesundheitssystem vollständig zu privatisieren. Für öffentliche Empörung sorgte auch der Bau der neuen Uferstraße am Fluss Río San Juan an der Grenze zu Nicaragua: Per Notstandsdekret genehmigte die Präsidentin den Bau der Straße, nachdem der Internationale Gerichtshof in Den Haag entschieden hatte, dass costaricanische GrenzschützerInnen den Fluss nicht mehr befahren dürfen. Der Bau wurde ohne öffentliche Ausschreibung, Planung und Umweltverträglichkeitsprüfung begonnen. Im Sommer 2012 begannen zudem Verfahren wegen Veruntreuung von Wahlkampfgeldern gegen 90 führende PLN-PolitikerInnen, aber auch gegen Mitglieder aller Oppositionsparteien, mit Ausnahme der linken Frente Amplio.

Zwar begann Chinchilla ihre Amtszeit als politische Ziehtochter der Brüder Oscar und Rodríguez Árias. Unterdessen hat sie sich aber nicht nur mit diesen beiden mächtigen PLN-Fürsten, sondern auch mit allen anderen wichtigen Strömungen in der Partei überworfen. Sie ist mittlerweile so unbeliebt, dass sogar der neue PLN-Präsidentschaftskandidat und langjährige Bürgermeister der Hauptstadt San José, Johnny Araya, sich unablässig von ihr distanziert.

## BRUTALER EINSATZ GEGEN DIE OPPOSITION

Auch gegenüber den sozialen Bewegungen hat die amtierende Präsidentin die Gangart verschärft. Während sich die letzte PLN-Regierung unter Oscar Árias (2006–2010) zumindest den Anschein von Dialogbereitschaft gegenüber der außerparlamentarischen Opposition gegeben hatte, mehrten sich unter Chinchilla gewaltsame Polizeieinsätze, wie sie das Land schon lange nicht mehr erlebt hat. Ein Beispiel ist die brutale Niederschlagung einer friedlichen Demonstration für den Erhalt des öffentlichen Gesundheitssystems am 8. November 2012. Internationale Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Inhaftierung von 45 DemonstrantInnen. Die PolizistInnen setzten ihre Knüppel zudem gegen drei Parlamentarier von den Oppositionsfraktionen ein, darunter José María Villalta von der Frente Amplio. Dieser berichtete, dass die Ordnungskräfte ihn verhöhnt hätten, nachdem er sich als Abgeordneter zu erkennen gegeben hatte. Das brutale Vorgehen gegen den Oppositionspolitiker ist auf Video dokumentiert.<sup>9</sup> In den Folgemonaten kam es zu mehreren Protestmärschen gegen die Polizeigewalt.<sup>10</sup>

Der 8. November 2012 reiht sich ein in eine länger werdende Liste von gewalttätigen Einsätzen der Staatsorgane gegen soziale Proteste (zum Beispiel in Puerto Limón, Guacimo) und die damit verbundene Kriminalisierung der sozialen Bewegungen. Es ist zu erwarten, dass dies so weitergehen und eventuell auch noch schlimmer werden wird. So ging Laura Chinchilla bei ihrer TV-Ansprache am 22. April dieses Jahres, bei der sie die Kündigung der Baukonzession für den Konzern OAS bekanntgab, mit der Opposition hart ins Gericht. Diese sei dafür verantwortlich, dass die Straßenverlängerung gescheitert sei. Gleichzeitig kündigte sie an, ein solches Verhalten in Zukunft nicht mehr zu dulden.

## AUSSICHTEN VOR DEN WAHLEN 2014

Den meisten Oppositionsparteien fällt es jedoch schwer, von der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung Chinchilla zu profitieren. Vielmehr ist wahrscheinlich, dass bei den Wahlen im Februar 2014 der Kandidat der jetzigen Regierungspartei PLN, Johnny Araya, gewinnen wird. Denn von den 28,7 Prozent der befragten Wahlberechtigten in der eingangs erwähnten Studie der Universität Costa Rica, die eine Wahlabsicht erklärten, gaben 72,1 Prozent an, für die PLN und ihren Kandidaten stimmen zu wollen. Am zweitbesten würde der Umfrage zufolge die konservative Partido Unidad Social Cristiana (PUSC) abschneiden: Sie könnte mit 13,6 Prozent der Stimmen rechnen. Auch wenn dies eine Steigerung gegenüber den vergangenen beiden Wahlergebnissen darstellen würde, wäre dies weiterhin ein katastrophales Ergebnis für die Partei, die von den 1950er Jahren an bis 2006 immer wieder im Wechsel mit der PLN die Regierung des Landes stellte. Nachdem man drei ihrer Ex-Präsidenten Korruption nachgewiesen hatte, stürzte die damalige Regierungspartei bei den Wahlen im Februar 2006 auf 3,5 Prozent der Stimmen ab und konnte dieses Ergebnis 2010 um gerade einmal 0,3 Prozentpunkte verbessern. Mit dem politisch unerfahrenen ehemaligen Krankenhausdirektor Rodolfo Hernández als Spitzenkandidaten versucht die PUSC nun einen Neustart, der sie aber ziemlich sicher nicht in die Nähe der Präsidentschaft bringen wird.

Die PLN verfügt heute als einzige Partei in Costa Rica über eine gut funktionierende Wahlkampfmaschinerie, die ihre eigene Basis mobilisieren kann, aber auch zu umstrittenen Mitteln greift wie dem Tausch von Lebensmitteln und

T-Shirts gegen Wählerstimmen, insbesondere in marginalisierten urbanen und ländlichen Regionen. Manche BeobachterInnen befürchten, dass sich die PLN zu einer autoritären Staatspartei, vergleichbar mit der PRI (Partido Revolucionario Institucional) in Mexiko, entwickeln könnte. Ein politisches Programm hat Johnny Araya neun Monate vor den Wahlen noch nicht präsentiert, seine Kampagnenseite im Internet ist weitgehend ohne Inhalte.

In aktuellen Umfragen kaum noch messbar ist indes die potenzielle Wählerschaft von Otto Guevara, dem Präsidentschaftskandidaten vom Movimiento Libertario (Libertäre Bewegung). Dieser hatte bei den letzten Wahlen als «Saubermann» und «Kandidat der harten Hand» die Öffentlichkeit mit rassistischen Sprüchen schockiert und war als «Gegner des Establishments» mit fast 21 Prozent auf dem dritten Platz gelandet. Was ihm und seiner Partei die Anhängerschaft kostete, war vor allem seine Verwicklung in einen Skandal, bei dem es um die illegitime Verwendung von Wahlkampfgeldern ging.

Knappe Wahlergebnisse hat es in Costa Rica bereits in der Vergangenheit gegeben, auch wenn es bislang noch nie zu einer Stichwahl gekommen ist. Dafür wäre es notwendig, dass kein Kandidat mindestens 40 Prozent der Stimmen erhält. Im Jahr 2006 konnte sich Oscar Árias (PLN) hauchdünn mit 40,9 Prozent vor seinem Herausforderer von der Partei der Bürgeraktion (PAC) durchsetzen. Die PAC war 2002 vom PLN-Dissidenten und ehemaligen Planungsminister Ottón Solís gegründet worden. Seine politische Agenda umfasste den Kampf gegen Korruption und das Versprechen einer Neuverhandlung von CAFTA. Hierfür habe er die besten Kontakte, brüstete sich der Ökonom, der die meiste Zeit des Jahres in Florida lebt und die Demokratische Partei aus den USA als politisches Vorbild hochhält. Seine Strömung hat bis heute jede interne Wahl bei der PAC gewonnen, das könnte sich 2013 aber erstmals ändern.

Nach Niederlagen bei den letzten drei Wahlen (2002, 2006 und 2010) will Solís nicht wieder als Präsidentschaftskandidat antreten. Seine Wunschkandidatin ist die schwarze Frauenrechtlerin Epsy Campbell, eine von aktuell fünf VorkandidatInnen in der Partei. In der Vergangenheit vertrat Campbell den eher linken Flügel in der sozialdemokratisch orientierten PAC. Sie hat sich allerdings in den Augen vieler ehemaliger AnhängerInnen durch politische Abstinenz zwischen den Wahlen und ihre Nähe zu Ottón Solís disqualifiziert. Dieser machte im Vorfeld des Obama-Besuchs in Costa Rica im Mai 2013 von sich reden, als er seine Landsleute aufforderte den «Herrn Präsidenten gebührend zu begrüßen, indem sie ihre Häuser streichen und die Plätze fegen». Im Reigen der PAC-VorkandidatInnen ist nur der Unternehmer Román Macaya noch wirtschaftsfreundlicher als Campbell. Die drei anderen Kandidaten haben ein linkeres Profil: So ist der Soziologe Guillermo Solís ein bekannter linker Intellektueller, der CAFTA massiv kritisiert. Der Abgeordnete Claudio Monge kommt aus der ökologischen Bewegung und ist dieser bis heute eng verbunden. Eine besonders große Hoffnung knüpft die progressive Bewegung in Costa Rica an die Kandidatur von Juan Carlos Mendoza. Der Abgeordnete und ehemalige PAC-Fraktionschef (2010–2011) ist entschiedener Gegner des Neoliberalismus und damit auch von CAFTA. Im Mai 2011 gelang Mendoza ein politischer Schachzug, als er der regierenden PLN für ein Jahr die Kontrolle des Abgeordnetenhauses entzog, indem er eine Allparteienkoalition schmiedete und von dieser zum Parlamentspräsidenten ge-

wählt wurde. Diese Koalition scheiterte ein Jahr später, als die PLN die vier Abgeordneten der konservativen Partido Accesibilidad Sin Exclusion (Partei für Soziales und Rechte der Menschen mit Behinderung, PASE) aus der Allianz herausbrechen konnte. Seither kontrolliert sie wieder gemeinsam mit zwei fundamentalistisch-evangelikalen Abgeordneten von zwei Splitterparteien das Parlament.

Mendoza gründete in Vorbereitung seiner Präsidentschaftskandidatur das Movimiento Esperanza (Bewegung Hoffnung), eine soziale Bewegung für mehr Transparenz und neue Formen der Bürgerbeteiligung, die vor allem der Korruption den Kampf angesagt hat. Dabei vertritt er kein klar linkes Programm. Er ist den Herrschenden aber ein Dorn im Auge, da er im Falle eines Wahlsieges auf jeden Fall ein offenes Ohr für die sozialen Bewegungen und die politische Linke hätte. Mittlerweile ist diese Tendenz zur Mehrheitsströmung in der PAC geworden. Dem Movimiento Esperanza fühlen sich mindestens 41 der 80 Deputierten des Parteienkonvents zugehörig. Dieses hat bisher den Präsidentschaftskandidaten der PAC nominiert. Nun ist es aber ausgerechnet Mendoza, der fordert, dass der oder die PAC-Kandidat(in) von der Bevölkerung gewählt werden soll. Ein Verfahren, welches vermutlich zum Vorteil von Epsy Campbell wäre. Juan Carlos Mendoza macht sich unterdessen stark für eine Mitte-Links-Koalition, welche von der Linkspartei Frente Amplio unterstützt wird. Da so eine Allianz bis August 2013 vom obersten Wahlgremium registriert werden müsste, ist es aber fraglich, ob das auch im Falle der Nominierung von Mendoza als Präsidentschaftskandidat noch machbar wäre.

### ERSTMALS CHANCEN FÜR DIE LINKE

So stark wie nie zuvor in Costa Rica präsentiert sich indes die politische Linke im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen. Seit den 1980er Jahren fand sich unter den insgesamt 57 Parlamentsabgeordneten in Costa Rica immer mal wieder auch ein Vertreter einer linken Formation. Aber bis zur Legislaturperiode 2006–2010 konnte dieser weder einen nennenswerten Einfluss erringen noch die Bedeutung einer linken Partioption stärken. Das änderte sich teilweise mit José Merino (verstorben am 8. Oktober 2012). Dieser hatte in der Hauptstadt San José ein Mandat für die Frente Amplio errungen und verstand sich als Sprachrohr der außerparlamentarischen Bewegung. Am Ende gewann Merino, der auch junge Menschen begeisterte, so viel Vertrauen, dass die Frente Amplio 2010 als erste costaricanische Linkspartei auf nationaler Ebene zur Wahl antreten und ihr Ergebnis verdreifachen konnte.

Ihr Abgeordneter, der sie seit 2010 im Parlament vertritt, ist der junge Anwalt und Umweltaktivist José María Villalta. In den vergangenen vier Jahren hat er sich mit seinen zahlreichen Initiativen und seinem großen Engagement einen Namen gemacht wie kein Linkspolitiker vor ihm. So tritt er entschieden gegen Korruption und gegen Megabauprojekte ein, kämpft für einen Mindestlohn, für die Umsetzung des TECOCOS-Gesetzes zum Schutz der Küstengemeinden und für einen ökologisch-sozialen Umbau der Gesellschaft Costa Ricas. Mit ihm hat sich auch das Verhältnis der Partei zu sozialen Bewegungen gewandelt, da diese nun mit wesentlich mehr Respekt behandelt werden. Als Villalta im März 2013 seine Präsidentschaftskandidatur bekanntgab, berichteten selbst costaricanische Massenmedien einigermaßen fair darüber. In einer Umfrage der Tageszeitung *La República* belegte er sogar, wenn auch mit deutlichem Abstand (et-

wa 10 Prozent), den zweiten Platz in der Wählergunst hinter Johnny Araya (PLN). Dies war für das politische Costa Rica eine kleine Sensation, denn in den vergangenen Jahrzehnten fanden die linken Präsidentschaftskandidaten nicht einmal Erwähnung in den Medien.

Ihrem Selbstverständnis nach ist die Frente Amplio eine demokratisch-sozialistische Partei. Zudem beruft sie sich auf Traditionen der kommunistischen Bewegung in Costa Rica. In ihrer aktuellen Wahlkampagne, die unter dem Motto «Hay Esperanza!» («Es gibt Hoffnung!») steht, betont sie zum einen die Notwendigkeit, die Korruption im Land zu bekämpfen, etwa durch den Aufbau eines Systems zur Kontrolle von öffentlichen Ausschreibungsverfahren, zum anderen verspricht sie, den Sozialstaat und seine Institutionen zu stärken. Aber auch die Forderung nach einer Energiewende, das heißt einer deutlichen Abkehr von der Energieproduktion aus Rohöl im «grünen» Costa Rica, ist Teil ihres Wahlprogramms. Alles Punkte, bei denen es eine große Übereinstimmung mit den Vorstellungen von Juan Carlos Mendoza, Präsidentschaftskandidat der Partei der Bürgeraktion (PAC), gibt, dem aber eine klare sozialistische Perspektive fehlt. Diese fordert die trotzkistisch-morenistisch<sup>11</sup> ausgerichtete Partido de los Trabajadores rund um den Akademiker und Gewerkschafter Hector Monestel ein, die erstmals die Einschreibung ins Wahlregister schaffte, was in Costa Rica mit hohen bürokratischen Hürden verbunden ist. Sie hofft auf ein Abgeordnetenmandat, auch wenn das nicht sehr realistisch erscheint. Primäres Ziel der Frente Amplio ist es indes, bei den Wahlen 2014 ihre Anzahl der Parlamentssitze auf fünf zu erhöhen.

Erstmals in der Geschichte der «Zweiten Republik» Costa Ricas sind linke Parteien bei Präsidentschaftswahlen also nicht vollkommen aussichtslos. Nach den Umfrageergebnissen einer bürgerlichen Zeitung ist es sogar denkbar, dass es zu einer Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Regierungspartei PLN und dem Vertreter der linken Frente Amplio, José María Villalta, kommen könnte. In dem kleinen Land Costa Rica würde dies für die Linke ganz neue Perspektiven aufzeigen und die Chance bedeuten, völlig neue Fragen und Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Torge Löding leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko-Stadt.

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.lanacion.cl/costa-rica-escandalo-por-viajes-de-presidenta-en-avion-vinculado-al-narcotrafico/noticias/2013-05-16/121847.html>. <sup>2</sup> Vgl. <http://www.semanario.ucr.ac.cr/index.php/noticias/pais/9939-costa-rica-enfrenta-importante-vacio-politico-a-9-meses-de-elecciones.html>. <sup>3</sup> LGBT steht für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender. <sup>4</sup> Zu den Eigentümern des brasilianischen Konzerns, der auch in Bolivien im Kontext des umstrittenen TIPNIS-Projekts tätig ist, gehören Mitglieder der Familie des brasilianischen Ex-Präsidenten Lula (vgl. <http://www.americaeconomia.com/negocios-industrias/presidente-morales-declara-anulacion-de-contrato-con-oas-por-edificacion-de-vias>). <sup>5</sup> Vgl. <http://www.nacion.com/2013-04-23/EIPais/Gobierno-rompe-concesion-de-carretera-San-Jose-San-Ramon.aspx>. <sup>6</sup> Vgl. <http://www.tourism-watch.de/en/node/1899>. <sup>7</sup> Im Bericht zur Lage der Nation werden jedes Jahr die Forschungsergebnisse einer Gruppe führender WissenschaftlerInnen unter der Aufsicht des Instituts für Verbraucherschutz veröffentlicht (vgl. <http://www.estadonacion.or.cr>). <sup>8</sup> Vgl. <http://www.estadonacion.or.cr>. <sup>9</sup> Vgl. [http://www.youtube.com/watch?v=G8ZnxHuV\\_PU](http://www.youtube.com/watch?v=G8ZnxHuV_PU). <sup>10</sup> Vgl. <http://otramerica.com/radar/unas-10-000-personas-manifiestan-contra-la-violencia-policia-costa-rica/2610>. <sup>11</sup> Die Bezeichnung morenistisch geht auf Nahuel Moreno (1924–1987), einen argentinischen Vordenker des lateinamerikanischen Trotzkismus, zurück.

MANUEL PALZ

## STEINIGER WEG IN MYANMAR

### HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN EINER SOZIALEN UND GERECHTEN ZUKUNFT IN DEM SÜDOSTASIATISCHEN LAND

Der Transformationsprozess in Myanmar hin zu einer partizipatorischen Demokratie kann nur erfolgreich sein, wenn es der Regierung gemeinsam mit der Opposition und der historisch starken Zivilgesellschaft gelingt, die katastrophalen sozio-ökonomischen Verhältnisse im Land nachhaltig zu verbessern. Dabei muss Myanmar aufpassen, dass es seinen Ressourcenreichtum sowie seine strategisch günstige Lage zwischen Indien und China nicht unter Wert verkauft und aus den Fehlern der neoliberalen Transformationsprozesse in Süd- und Osteuropa nach 1990 lernt. Es gilt, den Reformprozess nicht zu überstürzen, sondern die jahrzehntelang verschleppte «Modernisierung» mit Bedacht den burmesischen Gegebenheiten anzupassen.

Die erste zivile Regierung Myanmars seit über 50 Jahren um Staatspräsident Thein Sein und die Opposition stehen vor enormen sozialen, politischen und ökonomischen Herausforderungen. Das «Armenhaus Asiens» macht sich auf den Weg, eine verspätete Transformation nachzuholen; bereits 1990 keimte für einen kurzen Moment ein Funken Hoffnung auf Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Achtung von Menschenrechten in Myanmar auf, ehe das Militär ihn mit Waffen erstickte. Doch dieses Mal, so scheint es, ist das Militär bereit, sich über ihre Proxypartei<sup>1</sup> den Spielregeln anzupassen. Die ehemaligen Generäle in der Regierung sind gewillt, den Demokratisierungsprozess weiter voranzutreiben; die Aussöhnung zwischen Regierung und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi gibt weiteren Anlass zur Hoffnung.

Hauptaufgabe dieser und der kommenden Regierung wird es sein, den notwendigen und bereits eingeleiteten Transformationsprozess sozial verträglich und nachhaltig zu gestalten. Gerade im Bereich der Sozialpolitik sind in den nächsten Jahren Entscheidungen zu treffen, die das Schicksal Myanmars bestimmen werden. Sollte es der Regierung nicht gelingen, die sozio-ökonomischen Probleme zumindest ansatzweise zu lösen, die bewaffneten Konflikte zwischen den ethnischen Minderheiten und der Zentralregierung zu entschärfen sowie die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren, droht Myanmar eine unruhige, polarisierende Transition, die den inneren, sozialen Frieden gefährdet.

Die Regierung um Staatspräsident Thein Sein ist seit knapp zwei Jahren an der Macht und kämpft gegenwärtig mit Modernisierungsherausforderungen, die von der alten Militärregierung, der Thein Sein als Premierminister eben-

falls angehörte, hinterlassen wurden. Die Herausforderungen für den gesundheitlich angeschlagenen Präsidenten und sein Kabinett könnten kaum größer sein: Die parlamentarischen Spielregeln sind noch fremd für die 664 burmesischen ParlamentarierInnen, krasse sozio-ökonomische Unterschiede zwischen Stadt und Land prägen die Gesellschaft, Myanmar rangiert zurzeit im durchaus kritisch zu betrachtenden Human Development Index (HDI)<sup>2</sup> auf Platz 149 von 186 gelisteten Ländern, deutlich hinter Kambodscha, Vietnam, Laos und Bangladesch. Im Vergleich liegt Myanmar ganze 0,2 Punkte hinter dem Durchschnitt der Region. Auch wenn der erste Eindruck bei der Ankunft in Yangon ein anderes Bild vermitteln mag,<sup>3</sup> das Land zählt nach internationalen Standards zu den wenigen verbliebenen «Least Developed Countries», den sogenannten unterentwickeltesten Ländern. Ein Drittel der 54 Millionen<sup>4</sup> BürgerInnen Myanmars kämpft täglich ums Überleben – sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Das Gesundheitssystem Myanmars ist nur schwach entwickelt. Die Kindersterblichkeit ist mit 62 Todesfällen bei 1.000 Geburten hoch, ebenso die HIV-Infektionsrate. Auch Unterernährung ist sehr weitverbreitet.<sup>5</sup> Die alte Militärregierung gab nur circa zwei Prozent des nationalen Haushalts für Gesundheitspolitik aus, während mehr als die Hälfte des Budgets in Militärausgaben gesteckt wurde. Mangelnde Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist nicht nur auf dem Land, wo rund 70 Prozent der burmesischen Bevölkerung leben und arbeiten, ein Problem; auch in den Städten fehlt es an einem geregelten Abwasser- und Frischwassersystem.<sup>6</sup> Die Versorgung mit Elektrizität ist außerhalb Yangons, dem wirtschaftlichen Zentrums des Landes, unterentwickelt.

Eine weitere Herausforderung für die Regierung wird es sein, das marode Bildungssystem Myanmars zu reformieren und die Curricula internationalen Standards anzupassen. Im Jahr 2012 wurden nur 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aufgewandt. Zwar ist die Analphabetenrate im Verhältnis zum Pro-Kopf-Einkommen Myanmars vergleichsweise gering, aber gerade auf dem Land mangelt es an weiterführenden Schulen. Leider werden Kinder nicht selten für den täglichen «Brotgewinn» eingespannt. Beispielsweise nehmen Väter ihre Kinder mit zur Arbeit in die Industrieparks von Yangon und Mandalay oder in die Kupferminen im Inneren des Landes, um das spärliche Einkommen der Familien etwas aufzubessern. Kinderarbeit ist in Myanmar ein weitverbreitetes Phänomen.

### **HINDERNIS KORRUPTION**

Viele Jahre wurde Myanmar von einem kleinen Kreis korrupter Militärs regiert, deren Verflechtungen und Beziehungen den wirtschaftlichen Fortschritt in diesem nun demokratischeren und freieren Land entscheidend behindern. Es ist nur schwer vorstellbar, dass der korrupte Zirkel neben der politischen Macht auch die ökonomischen Vorteile freiwillig abgeben wird, die er sich durch jahrelange Vetternwirtschaft angeeignet hat. Myanmar wird von Transparency International im «Corruption Perception Index 2012» auf dem alarmierenden Platz 172 von 176 geführt.<sup>7</sup> Selbst auf Kosten der hungernden Bevölkerung werden Geschäfte gemacht, wie es das Beispiel von aus China importierter Reis-Saat zeigt: Die persönlichen Beziehungen des burmesischen Agrarministers zu chinesischen Saatgutproduzenten führen dazu, dass im Süden Myanmars tropenungeeignetes Saatgut an die Landbevölkerung verteilt wird, das nur durch den Einsatz teurer, chinesischer Pestizide überhaupt einen Ertrag abwirft – leider kein Einzelfall.<sup>8</sup> In den Zentren Yangons und Mandalays fallen SpekulantInnen ein und treiben die Grundstückspreise in exorbitante Höhen: Im Stadtzentrum Yangons lassen sich mittlerweile für einen Quadratmeter Bodenpreise von 1.000 USD erzielen.<sup>9</sup> Dieser rasante Anstieg führt dazu, dass die Bevölkerung die Mieten in den Städten von den niedrigen Löhnen kaum noch bezahlen kann und der Wohnraum knapp wird. Hinzu kommt die mangelnde Infrastruktur. InvestorInnen spekulieren auf lukrative Immobiliengeschäfte, hauptsächlich Hotels und Bürogebäude, um den Ansturm internationaler Geschäftsleute und Unternehmen bedienen zu können. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich in Myanmar eine ähnliche Blase entwickelt wie in Vietnam und den Tiger- und Pantherstaaten vor der Asienkrise von 1997.<sup>10</sup>

### **HERAUSFORDERUNGEN – ERSTE WEICHEN SIND GESTELLT**

Der Transformationsprozess in Myanmar vollzieht sich derzeit in einer rasanten Geschwindigkeit. Oftmals ist es sogar so, dass auch die ParlamentarierInnen von der Zügigkeit der Gesetzgebung überrannt werden und Gesetzesinitiativen nur mangelhaft durchdacht sind. Nachbesserungen oder Revisionen gehören in der Hauptstadt Naypidaw zur Tagesordnung. Fehlende Erfahrungen der ParlamentarierInnen sowie fehlende politische Strukturen erschweren den Gesetzgebungsprozess. Darüber hinaus müssen viele Gesetze der neuen Lebenswirklichkeit angepasst werden. Die Gefahr dabei ist, dass der Transformationsprozess aufgrund der Erwartungen der BurmesInnen und der internationalen Politik nicht

nachhaltig entwickelt, sondern schnell durchgepeitscht wird. Die Herausforderungen sind groß – die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine bessere Zukunft nicht geringer.

Insbesondere muss vonseiten der Regierung darauf geachtet werden, dass die Interessen der einfachen Bevölkerung beachtet und verteidigt werden. Zurzeit versucht das burmesische Parlament, diese Aufgabe zu bewältigen und Fernsteuerung durch InvestorInnen und SpekulantInnen zu vermeiden. Dennoch: Wie bereits erwähnt zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Kluft zwischen den wenigen Reichen des Landes und der überwiegend in Armut lebenden Bevölkerung wächst. Gefährlich sind dabei die Verflechtungen von ehemaligen Generälinnen beziehungsweise SystemfunktionärInnen und der wirtschaftlichen Elite, den sogenannten *Crownies*.

Das im März 2012 verabschiedete Gesetz zu Auslandsinvestitionen erlaubt, dass ausländische InvestorInnen und Unternehmen bis zu 100 Prozent Kapitalanteile übernehmen. Nur im Bereich der Infrastruktur sowie der Strom- und Wasserversorgung gelten noch Beschränkungen, die der burmesischen Bevölkerung noch mehr oder weniger «günstige» Preise zusichern. Doch auch hier macht sich durch die anhaltende Inflation von etwa fünf Prozent ein deutlicher Preisanstieg bemerkbar. Gleichzeitig sieht das neue Gesetz auch eine prozentuale Steigerung des Anteils burmesischer ArbeitnehmerInnen von mindestens 20 Prozent in den ersten zwei Jahren auf 75 Prozent nach sechs Jahren vor. Das Auslandsinvestitionsgesetz ermöglicht es AusländerInnen auch, Land von der Regierung über einen Zeitraum von 50 Jahren zu pachten. Diese Möglichkeit ist für viele InvestorInnen besonders lukrativ, da Myanmar aufgrund der fehlenden Sozialabgaben und der Steuererleichterungen für ausländische UnternehmerInnen in den Köpfen von InvestorInnen als das neue Niedriglohmland in Südostasien gilt.

Mehr und mehr Unternehmen drängen in den Markt. Begünstigt durch die strategisch exponierte Lage zwischen den Volkswirtschaftsgiganten Indien und China ist Myanmar als Standort interessant. Zusätzlich verfügt Myanmar über enorme Rohstoffreserven, die nahezu unerschlossen unter der Oberfläche liegen und das Interesse von InvestorInnen, aber auch Drittstaaten geweckt haben. Dieses Kapital muss das Parlament aus nationalem Interesse schützen, denn nur mithilfe der Einnahmen aus einem gezielten, nachhaltigen Abbau der Ressourcen und insbesondere unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung kann Myanmar sein Haushaltsdefizit von aktuell sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Griff bekommen. Bei Erschließung der Rohstoffreserven nach einem organisierten, durchdachten Abbauplan hat Myanmar das Potenzial, als Rohstoffquelle für die gesamte Region zu dienen.

Wichtig jedoch wird es sein, die sich ausweitenden Landkonflikte beizulegen. Durch das enorme Interesse an burmesischen Rohstoffen ist die Lebensgrundlage vieler KleinbäuerInnen akut gefährdet. In jüngster Zeit nehmen die Meldungen über die Verletzung von Land- und Landnutzungsrechten besorgniserregend zu. Guter Boden ist teuer, und die Regierung beziehungsweise die lokalen EntscheidungsträgerInnen sind daran interessiert, den Grund und Boden, der gegenwärtig von KleinbäuerInnen bewirtschaftet wird, zu astronomischen Summen zu verkaufen. Dabei werden der Bevölkerung Versprechen gemacht, die sich nicht an den realen Nöten der Menschen vor Ort orientieren oder nicht dem tatsächlichen Wert der Flächen entsprechen. Für

viele Vertriebene bietet der «Umzug» in die zugewiesene neue Wohnung keine Verbesserung der Lebenssituation. Im Gegenteil sehen sich die BäuerInnen ihrer Existenzgrundlage beraubt, sodass sich durch die fehlende soziale Absicherung Zukunftsängste breitmachen. Besonders um das boomende Yangon herum sind Bodenkonflikte keine Seltenheit mehr. In einigen Regionen des Landes wurde die Wasserversorgung so massiv und mutwillig von InvestorInnen manipuliert, dass selbst bisher nicht betroffene Ackerflächen ausdörren und vielen Menschen ihre Lebensgrundlage genommen wird; alles, um die ohnehin unzureichenden «Kompensationszahlungen» noch weiter zu drücken.<sup>11</sup> Zwar hat die Regierung erst 2012 ein neues «Farmland Law»<sup>12</sup> verabschiedet, aber die Probleme und den Landraub, denen sich die Landbevölkerung ausgesetzt sieht, konnte es nicht nachhaltig lösen. Nach wie vor ist von unrechtmäßigen Konfiskationen fast täglich in den lokalen und internationalen Zeitungen zu lesen. BäuerInnen, die sich der Aufforderung, ihr Land zu verlassen, widersetzen, drohen Gefängnisstrafen. Das Militär spielt hierbei eine zentrale Rolle. Es ist für die Räumungen verantwortlich, und die «neuen» BesitzerInnen der geraubten Flächen sind häufig selbst auf das Engste mit dem Militär verknüpft. Wissend um die geringe Wahrscheinlichkeit, dass auch nach den Wahlen 2015 die USDP die Regierung stellen wird, versuchen Angehörige des Militärs, ihre Vormachtstellung auszunutzen und durch Spekulationsgeschäfte ihre Auslandskonten zu füllen. Zugute kommt ihnen dabei, dass Myanmar als letztes «unerschlossenes» Land der Region und durch seine strategisch günstige Lage eine interessante und attraktive Investitionslandschaft darstellt. Für die Landbevölkerung bedeutet dies aber eine existenzielle Bedrohung, da es offensichtlich ist, dass die persönliche Bereicherung einiger über den Interessen der Allgemeinheit steht. Die Fantasievorstellungen der InvestorInnen von Einkaufszentren, Golfplätzen oder Luxusresorts jedenfalls lindern die Nöte der Bevölkerung nicht.

## NEUE FREIHEITEN

Demonstrationen gegen den Landraub finden in Myanmar immer häufiger statt. Auch auf lokaler Ebene schließen sich immer mehr BurmesInnen zusammen, um gegen die Zwangsenteignungen zu protestieren. In Fabriken und Minen gründen sich seit der Verabschiedung des Assoziations- und Versammlungsgesetzes im März 2012 immer mehr unabhängige Gewerkschaften und Assoziationen zum Schutz burmesischer Arbeitskräfte. Die neue rechtliche Grundlage ermöglicht es, dass ArbeiterInnen, BäuerInnen und andere Gruppierungen gewerkschaftliche Strukturen aufbauen und als Gemeinschaft ihre Interessen etwa gegenüber ArbeitgeberInnen und RegierungsvertreterInnen artikulieren. Gleichzeitig stärkt der Schritt die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung am Transformationsprozess, denn ohne eine gesetzlich verankerte Arbeiterbewegung drohen der «Ausverkauf» des Landes und das Ausbleiben nachhaltiger Entwicklungen im Bereich der Arbeitsgesetzgebung und des Minderheitenschutzes. Erfreulich ist, dass die Arbeitsgesetzgebung in Einklang mit den internationalen Standards der International Labour Organisation (ILO) steht und sich die Regierung mit der ILO auf eine Verlängerung des Memorandum of Understanding (MoU) einigen konnte. Die Regierung versucht also nicht nur, ausländischen InvestorInnen Myanmar schmackhaft zu machen; sie versucht im Wissen um die Gefahr, als nächstes Billiglohnland wahrgenommen zu werden,

ihre (meist schlecht ausgebildete) Bevölkerung in einem globalisierten Myanmar vor der Gnadenlosigkeit des Marktes zu schützen.

Zusätzlich wird ein erfolgreicher Transformationsprozess hin zur pluralistischen, rechtsstaatlichen Demokratie dadurch erschwert, dass Myanmar in seiner Bevölkerungszusammensetzung ein sehr heterogenes Konstrukt darstellt, dessen föderaler Aufbau den ethnischen Zusammensetzungen der Bevölkerung angepasst werden muss. Die Regierung hingegen möchte eine weitere Selbstständigkeit der Regionen beziehungsweise Staaten verhindern, weil sie ihrer Meinung nach sonst die Kontrolle über diese Gebiete verlieren würde. Auf der anderen Seite verschärfte sich gerade hierdurch die Konflikte, da die ethnischen Gruppen nach mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung streben. Für die Wahlen 2015 stellt dieses Spannungsfeld in gewisser Weise eine Gefahr dar, weil die ethnischen Parteien proportional gesehen kaum Gewicht haben und sich all ihre Hoffnungen auf die National League for Democracy (NLD), die Partei um Aung San Suu Kyi, richten. Schaffen «die Lady» und ihre Partei es aber nicht, sich der wichtigsten Anliegen dieser Gruppen wie versprochen anzunehmen, wird es auch weiterhin immer wieder zu Konflikten kommen. Gerade weil besonders die ethnischen Minderheiten Myanmars von Armut betroffen sind und Bildungs- sowie Gesundheitseinrichtungen in der Peripherie kaum vorhanden sind, braucht es in Naypidaw eine starke Stimme für diese marginalisierten Gruppen.

Die Flüchtlingsfrage und die Rückkehr von ExilburmesInnen sowie der Umgang mit ehemaligen politischen Gefangenen wird die Regierung bis 2015 ebenfalls herausfordern. Die Menschenrechtssituation in Myanmar hat sich zwar seit dem Start des Reformprozesses verbessert, aber auch hier bedarf es weiterer Anstrengungen. Die ethnischen Konflikte gefährden die Stabilität. Eine Antwort darauf, wie mit den «staatenlosen» Rohingya umgegangen werden soll, bleibt die Regierung weiterhin schuldig. Darüber hinaus nehmen religiöse Spannungen in jüngster Zeit, wie so oft nach dem Ende einer unterdrückenden Diktatur, wieder zu und haben bereits zu blutigen Auseinandersetzungen geführt. Gerade in den schwer zugänglichen Grenzregionen, in denen verschiedene ethnische und religiöse Gruppen aufeinandertreffen, ist das Eskalationspotential hoch. Noch finden diese Berichte den Weg an die Öffentlichkeit nur vereinzelt, doch durch die jüngsten Reformen im Bereich der Pressefreiheit könnte sich dies schon bald ändern.

Waren Berichte über Landnahme und Enteignung, Arbeitskonflikte oder ethnische Unruhen noch vor wenigen Jahren vom roten Zensurstift betroffen, finden sie sich heute fast täglich in den Zeitungen wieder. Neben den politischen und wirtschaftlichen Reformen hat Myanmar auch einen großen Schritt im Bereich der Pressefreiheit vollzogen. Seit April 2013 unterliegen die Nachrichten nicht mehr der Zensur, und private, unabhängige Medien dürfen nahezu frei von Angst über Missstände und Korruption berichten und können somit Gestaltungs- und Bildungsfunktion übernehmen. Damit ist eine gewisse Transparenz erzeugt worden, die BürgerInnen werden differenzierter über die jüngsten Entwicklungen informiert. Auch die Zensur des Internets wurde gelockert, jedoch sind die infrastrukturellen Voraussetzungen den Medien des 21. Jahrhunderts noch nicht gewachsen. Freie und unabhängige Medien sind für einen erfolgreichen Transformationsprozess und mehr Partizipation vonseiten

der BürgerInnen von immenser Bedeutung. Das Straßenbild Yangons ist geprägt von HändlerInnen, die Ausdrucke neuer Gesetze und Tageszeitungen verkaufen. Eine Zeitung und ein starker Tee gehören zum «neuen» burmesischen Alltag ebenso dazu, wie die Parteibuttons, mit denen die Bevölkerung die Werbetrömmel für ihre favorisierte Partei rührt.

### EINE FRAU IST NICHT GENUG

Für eine nachhaltige demokratische Struktur in Myanmar ist es deshalb besonders wichtig, dass sich das Parteiensystem konsolidiert und festigt. Bei den letzten Wahlen 2010 beziehungsweise den Nachwahlen 2012 hat sich gezeigt, dass das Parteiensystem Myanmars hoch fragmentiert ist und es sich mehr um kurzfristige Interessenakkumulationen handelt als um politische Parteien mit profundem Aufbau und langfristigen Strategien. Auch die NLD, stärkste Oppositionspartei und einzige potenzielle Alternative zur USDP, steht gegenwärtig vor gravierenden Herausforderungen. Der Parteitag Anfang März 2013 hat dies noch einmal deutlich gemacht. Zwar wurde Daw Suu Kyi mit überwältigender Mehrheit an der Parteispitze bestätigt, zugleich wurden aber die großen strukturellen Probleme der NLD sichtbar.<sup>13</sup> Neben den verfassungsrechtlichen Beschränkungen, die eine Kandidatur Daw Suu Kyis erschweren, gibt es innerhalb der NLD ein enormes Spannungspotential. Die Partei verfügt zwar über mehr als eine Million registrierter Mitglieder, doch gehört ein Großteil der FunktionärInnen zu den 70- bis 80-Jährigen. Auch Daw Suu Kyi ist bereits 66 Jahre alt. Junge NLD-Mitglieder klagen über den geringen Einfluss ihrer Generation in der Partei und die fehlende Zukunftsvision. Teilweise sieht es für Außenstehende danach aus, als ob die alte Gründergeneration so kurz vor ihrem Ziel, dem Machtwechsel 2015, nicht die Früchte ihres Freiheitskampfes an die jüngere Generation abgeben möchte. Zu einem Symbol für das demokratische Myanmar kann die NLD aber nur dann werden, wenn sie selbst demokratische Strukturen in ihrem inneren Aufbau zulässt und auch «die Lady» mehr als nur die eigene Agenda verfolgt. Die NLD wird ein umfassendes Parteiprogramm benötigen, denn das Charisma Daw Suu Kyis allein kann zwar helfen, die Wahl zu gewinnen, aber stabile und bessere Verhältnisse kann es nicht garantieren. Gerade die arme Landbevölkerung, die sich mit Spenden an die NLD nur so überbietet, setzt große Hoffnungen in die NLD. Die momentane Begeisterung der Bevölkerung kann bei einer ins Stocken geratenen sozio-ökonomischer Entwicklung schnell in Frustration umschlagen. Noch ist das Land von Optimismus beseelt, aber eine weiter zunehmende Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in den Städten und auf dem Land kann die Stimmung schnell kippen.

### DIE CHANCEN FÜR EIN MORGEN

Möchte Myanmar, das im Jahr 2014 erstmals seit seiner Mitgliedschaft im Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) den Vorsitz übernehmen wird, gegenüber seinen Nachbarn wirtschaftlich und strukturell aufholen, bedarf es in den kommenden Jahren einer extremen Anstrengung. Myanmar muss zeigen, dass die Reformen auch umgesetzt werden. Dabei kann es in der Region, trotz der jahrelangen Isolation, eine führende Rolle einnehmen. Schafft es die Regierung, Korruption und die sozialen Missstände in den Griff zu bekommen, ist dies auch ein Zeichen an die internationale Gemeinschaft, dass sich das neue Myanmar der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte verpflichtet

fühlt. Gegenwärtig befindet sich Myanmar auf einem weitestgehend positiven Weg, auf dem zwar immer noch unzählige Hindernisse und Gefahren lauern, aber die Prognosen geben Anlass zur Hoffnung, dass der Transformationsprozess gelingen kann. Durch die Klärung der Altschuldenfrage, die mit dem Pariser Club im Januar 2013 vereinbart wurde, verfügt der Staatshaushalt jetzt über etwas mehr Investitionsvolumen und kann das Budget für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur erhöhen. Damit sollten zumindest kleinere Schritte im Bereich der Armutsreduzierung und der Ausbalancierung der sozialen Schieflage möglich sein. Die gelockerten Sanktionen seitens des Westens ermöglichen es Myanmar fortan auch wieder, Hilfsgelder für Projekte in Empfang zu nehmen. Letztlich bleibt der Wunsch, dass diese Gelder dann auch bei der betroffenen Bevölkerung ankommen und nicht im Sparstrumpf der Eliten landen.

Wichtig wird es sein, das verlorene Vertrauen in die Zentralregierung wieder herzustellen, das durch die jahrzehntelange Diktatur, Unterdrückung und Willkür der staatlichen Autoritäten nahezu vollkommen verloren gegangen ist. Die angespannten Beziehungen zwischen BuddhistInnen und MuslimInnen sorgen zurzeit wieder dafür, dass ein negatives Bild Myanmars gezeichnet und wahrgenommen wird. Sicher geben die Entwicklungen der letzten Wochen Anlass zur Sorge, dass der Transformationsprozess – wie so oft nach dem Zusammenbruch eines autoritären Regimes – eine gewisse Gewaltspirale auslöst, die Myanmar in seiner Entwicklung lähmt. Auch dieser Punkt kann letztlich nur zufriedenstellend gelöst werden, wenn die Transformation in Myanmar von der gesamten Bevölkerung des Landes mitgetragen und gestaltet wird. Die Bereitschaft der BurmesInnen zur politischen Partizipation ist groß und verbreitet Grund zum Optimismus.

Manuel Palz studierte Politikwissenschaft sowie Mittlere und Neuere Geschichte. Seit Dezember 2012 ist er im Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hanoi tätig.

<sup>1</sup> Im Zuge der nationalen Wahlen 2010 wurde die Union Solidarity and Development Party (USDP) vom Militär als Proxypartei gegründet. <sup>2</sup> Der HDI wird von GlobalisierungskritikerInnen abgelehnt, weil die Variablen zur Ermittlung des «Entwicklungsstands» sehr stark mit Variablen zur Messung des Bruttoinlandsprodukts korrelieren, ökologische Faktoren kaum Berücksichtigung finden und kulturelle Faktoren völlig vernachlässigt werden. <sup>3</sup> Vgl. <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>. <sup>4</sup> Vgl. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bm.html>; die Weltbank spricht von ca. 48 Millionen Einwohnern und die Regierung in Myanmar gar von 60 Millionen. Ein Zensus zur genaueren Erfassung der Gesamtbevölkerung wird 2013/2014 durchgeführt. <sup>5</sup> Vgl. <http://www.savethechildren.de/index.php?id=34>. <sup>6</sup> Vgl. <http://data.worldbank.org/>. <sup>7</sup> Vgl. <http://www.transparency.org/country#MMR>. <sup>8</sup> Gespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort. <sup>9</sup> Gespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort. <sup>10</sup> Als Tigerstaaten werden Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur bezeichnet. Unter Pantherstaaten versteht man gemeinhin Thailand, Malaysia, die Philippinen und Indonesien. <sup>11</sup> Gespräch der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Vertretern des Unterhauses und Oberhauses des burmesischen Parlamentes. <sup>12</sup> Gesetz zur gewerblichen Nutzung von ländlichen Flächen. <sup>13</sup> Vgl. <http://www.dw.de/suu-kyis-pro-democracy-nld-holds-party-congress/a-16657371>.

ANTONIO MARTINS

## BRASILIANISCHER FRÜHLING ODER PUTSCH VON RECHTS?

FRAGEN UND ANTWORTEN ZU EINER BEWEGUNG,  
DIE GERADE DIE POLITISCHE SZENERIE BRASILIENS VERÄNDERT

«Brasilien ist nichts für Anfänger», sagte einst der Komponist Tom Jobim. Die Weisheit dieser Worte bestätigte sich im Juni fast jeden Tag aufs Neue. Die überwältigenden Straßenproteste zwischen dem 6. und 19. Juni 2013 haben die Idee wiederbelebt, dass sich soziale Kämpfe lohnen. Hier schien eine politische Kultur auf, die auf Autonomie, sozialen Netzwerken und Horizontalität beruht. Allerdings wurden die Demonstrationen, die diese Wiederbelebung feiern sollten, inzwischen in Teilen gekapert. Sie rutschten ab in Gefilde des Autoritarismus und der Intoleranz. Die Kritik an den sozialen Ungerechtigkeiten und fehlenden Rechten wurde umgemünzt in eine Kritik an den linken Regierungen.

Viele derer, die von Anfang an demonstriert hatten, waren schockiert und zogen sich zurück. Das war klug, aber nun ist es an der Zeit, einen neuen Schritt zu tun. Die Straßen werden nicht schweigen, wenn diejenigen, die für Gerechtigkeit kämpfen, ihnen fernbleiben. Es ist notwendig und möglich, um die Vorherrschaft zu kämpfen. In diesem Text, der unter Zeitdruck entstanden ist und daher nicht alle Aspekte ausreichend berücksichtigen kann, wird versucht zu erklären, warum dies passieren muss und wie.

### IST ES MÖGLICH, VOM BRASILIANISCHEN FRÜHLING ZU REDEN?

Die Antwort lautet: Nein, noch nicht. Aber es gibt sehr ermutigende Signale einer großen Mobilisierungswelle für soziale Rechte, die in der Lage wäre, die in den vergangenen zehn Jahren unter linker Regierung erzielten – bedeutsamen, aber begrenzten – Errungenschaften deutlich auszuweiten. Anlass dafür, dass Millionen Menschen in Hunderten Städten auf die Straße gingen, waren die ungerechten Tarife im städtischen Personennahverkehr. Hier geht es klar und deutlich um ein Ungleichheitsproblem, aber es steht exemplarisch für ein spezifisches Metropolenmodell, das von Tag zu Tag auf mehr Ablehnung stößt. Andere Forderungen ähnlichen Inhalts wie das Recht auf Wohnen kamen hinzu.

Eine der großen Neuerungen der Demonstrationen besteht darin, dass sich ihr Charakter vollständig von dem bisheriger sozialer Kämpfe in Brasilien unterscheidet. Sie wurden weder von den Linksparteien noch von den traditionellen sozialen Bewegungen initiiert. Ausgehend vom Aufruf einer kleinen Gruppe, der Bewegung für Nulltarif (Movimento Passe Livre, MPL), hat die Menge sich mithilfe der sozialen Medien selbst mobilisiert.

Die politische Kultur der Autonomie ist nicht komplett neu. Sie wurde Anfang dieses Jahrhunderts bei großen Veranstaltungen wie den Weltsozialforen zum Leben erweckt. Aber

nun praktiziert sie das erste Mal eine Basisbewegung, die Menschenmengen selbst wenden sie an. Dies kann enorme Bedeutung haben. Die Mobilisierungen bringen eine politische Szenerie durcheinander, die zur Stagnation tendierte. Die Linke an der Regierung hat weitreichende Kompromisse mit den wirtschaftlich Mächtigen geschlossen, Fortschritte werden nur sehr langsam erzielt. Aber die denkbare institutionelle Alternative ist noch weitaus schlimmer: konservative und neoliberale Parteien an der Macht.

Seit dem 15. Juni versuchen Kräfte, auf die Bewegung Einfluss zu nehmen, die sie paralisieren oder gar in ihr Gegenteil verkehren könnten. Die Medien und Parteien rechts der regierenden Arbeiterpartei PT, die die Demonstrationen bis dahin dämonisiert und sie unterdrückt hatten, vollzogen eine große taktische Volte. Sie begannen, die Proteste anzutreiben, und versuchten zugleich, sie zu kapern. Sie waren bestrebt, die Forderungen nach Rechten und Gleichheit (also diejenigen mit «gefährlichem» sozialkritischem Charakter) durch den allgemeinen Kampf «gegen die Korruption» zu ersetzen. Der Versuch zielt darauf, die Bewegung gegen die linken Regierungen aufzubringen. Die Vertreibung der linken Regierungen von der Macht steht seit zehn Jahren auf der Agenda der Rechten, sie ist niemals von dort verschwunden.

Es ist ein machtvoller Angriff, da die Massenmedien, obgleich verbraucht und im Niedergang befindlich, noch im-

mer einen enormen Einfluss in Brasilien haben. Die Zukunft der Bewegung ist daher offen. Sie wird von unserer Fähigkeit abhängen, die möglichen Szenarien zu verstehen und klug zu agieren.

### **LIEGT EIN ANTIDEMOKRATISCHER PUTSCH IN DER LUFT?**

Verschiedene Signale deuten darauf hin. Bereits am 18. Juni wurde auf die massenhafte Anwesenheit von ProvokateurInnen hingewiesen, etwa bei dem Versuch, das Rathaus von São Paulo zu stürmen. Das von ihnen praktizierte Vorgehen – die Bewegungen künstlich zu radikalieren, um Gründe für die autoritäre «Wiederherstellung der Ordnung» zu liefern – ist typisch für Staatsputsche in Lateinamerika, wie sich in Brasilien (1964) und in Chile (1973) zeigte. Hinzu kommt die massive Präsenz von Skinheads und anderen Gruppen, die AnhängerInnen der Linken angreifen, bei den Demonstrationen am 20. Juni. An diesem Tag brach TV Globo ein Tabu und wechselte live die Sendung. Der Sender unterbrach die Ausstrahlung einer Telenovela, um zu den Demonstrationen zu schalten. Dabei präsentierte er ein verzerrtes Bild der Proteste. Am Abend des 21. Juni wiederum blockierten kleine Gruppen zeitgleich alle Ausfallstraßen, die São Paulo mit dem Rest des Landes verbinden. Es kam zu Plünderungen auf der Autobahn Via Dutra und in Barra da Tijuca in Rio. Dies sind Taktiken, die den sozialen Bewegungen komplett fremd sind, sie werden angewendet, um Angst zu verbreiten und Forderungen nach einem Eingreifen des Staates zu provozieren.

Solche Destabilisierungsversuche dürften sich in den nächsten Monaten häufen. Die seit zehn Jahren praktizierte Politik der linken Regierungen auf Bundes- und Landesebene steht auf dem Prüfstand. Es wird darum gehen, ob diese Politik ausgebaut wird, indem die Verteilung des Wohlstands ergänzt wird dadurch, dass bestehende Privilegien infrage gestellt werden, oder ob die Regierung sie ad acta legt. Genau deshalb dürfen diejenigen, die für eine gerechte und freie Gesellschaft kämpfen, die Straßen nicht aufgeben.

### **WIE WAR ES MÖGLICH, DASS DIE EIGENSTÄNDIGEN DEMONSTRATIONEN UM RECHTE IN VORURTEILE UND GEWALT MÜNDETEN?**

Das taktische Manöver, das die Medien und konservativen Kräfte schon bald vollzogen, zeigt sich deutlich in der «Selbstkritik» des Journalisten Arnaldo Jabor von TV Globo sowie auf den Titelseiten der Zeitschrift *Veja*. Beide versuchten, die Demonstrationen anzutreiben, sie zugleich inhaltlich zu entleeren und in ihr Gegenteil zu verkehren. Die effizienteste Art und Weise, dies zu erreichen, ist die Verbreitung der Parole «Gegen die Korruption», die auf den Vorschlag der Vergassungsänderung 37 fokussiert. Die PEC 37 sieht vor, die Verfolgung von Straftaten durch die Staatsanwaltschaft zu verbieten und diese ausschließlich auf die Polizei zu übertragen.<sup>1</sup> Nur wenige kennen den genauen Inhalt der PEC 37. Doch sie weckt sogleich die Assoziation, dass die Bestrafung korrupter PolitikerInnen, straffälliger Minderjähriger oder jener, die ein «abweichendes Sexualverhalten» an den Tag legen, die Probleme Brasiliens lösen würde.

Um diesen Vereinnahmungsversuch zu verstehen, lohnt es sich zu fragen, woher er seine Kraft schöpft. Die DemonstrantInnen sind in ihrer überwältigenden Mehrheit jünger als 25 Jahre. Ihre Teilnahme an politischen Bildungsprozessen beginnt gerade erst, ihre Kenntnisse über Kontext und Geschichte der linken Regierungen sowie über die institutio-

nelle Vergangenheit Brasiliens sind gering. Sie kritisieren zu Recht die Ungerechtigkeit, die im Land herrscht, und stellen fest, dass politische und wirtschaftliche Macht aufs Engste miteinander verschmolzen sind. Aber sie erkennen nicht, dass das Banner «Gegen die Korruption» in seiner diffusen Aussage diejenigen ausspart, die eigentlich im Zentrum der Diskussion stehen müssten: jene nämlich, die von der gesellschaftlichen Ungleichheit profitieren. Und sie bemerken nicht, dass die Parole «Weg mit Dilma», die die Medien intonieren, unter den heutigen Bedingungen institutioneller Politik einer Regierung den Weg ebnen würde, die direkt mit den Eliten verbunden wäre.

Das Manöver der Konservativen ist dennoch extrem riskant. Indem sie dazu beitragen, die Demonstrationen auszuweiten, erlauben sie uns, die wir echte Veränderungen wollen, gleichzeitig mit einer deutlich breiteren Öffentlichkeit in Dialog zu treten. Auch aus diesem Grund kann die Lösung nicht lauten, «die Straße zu verlassen». Vielmehr müssen wir einen in die Tiefe gehenden Disput über Projekte auf den Straßen und in den sozialen Netzwerken eröffnen.

### **WARUM IST DER VERSUCH, DIE PROTESTE ZU VEREINNAHMEN, SCHWACH UND KANN VEREITELT WERDEN?**

Die Konservativen haben sich die Proteste nicht herbeigewünscht und haben nicht zu ihnen aufgerufen. Sie haben sie sich momentan zu eigen gemacht und dafür ihr ganzes Gewicht und ihre Macht in die Waagschale geworfen. Aber sie haben vieles zu fürchten. Wenn die Forderung nach Rechten sich weiterhin so verbreitet und wenn der horizontale Raum der Straßen weiterhin dergestalt von den Menschenmengen er- und durchlebt wird, dann werden sich schnell Themen und Forderungen auf der Agenda finden, die auf «gefährliche» soziale Veränderungen zielen – auf weitaus grundsätzlichere und weitreichendere als die in den vergangenen Jahren erreichten.

Dafür ist eine Anstrengung vonnöten: Wir müssen die allgemeine Kritik an «Korruption» und «Macht» durchbrechen. Dieser naive und zahnlose Diskurs muss durch die Konkretion sozialer Veränderungen ersetzt werden. Durch die Forderung nach Städten (und Gesellschaften) für alle, nach einer Umverteilung des Reichtums. Dieser Schritt ist nicht leicht. Er impliziert, der Medienlawine mit ihren eingängigen und mystifizierenden Begrifflichkeiten – wie der Rede von «Der Gigant ist erwacht» – entgegenzutreten. Er impliziert, ungewohnte Fragen zu stellen, die aber große Wirkung haben können: «Wer ist eigentlich dieser Gigant?» «Wer eignet sich den produzierten Reichtum an?» Und: «Wie kann dieser allen zugutekommen?»

Offenkundig hat sich die Dynamik der landesweiten Debatte verschoben. In den vergangenen zehn Jahren haben wir uns an einen permanenten, aber auf niedriger Intensität geführten Disput der Sichtweisen über das Land gewöhnt. Nun, plötzlich, ist dieser Diskurs Vergangenheit. Die Aggressivität, die die Konservativen an den Tag legen, ihre Bereitschaft, zur extremen Polizeigewalt aufzurufen (wie in São Paulo am 14. Juni geschehen), ebenso wie die Gewalt der Skinheads dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, was auf dem Spiel steht. Jetzt, in diesem Moment, ist das effizienteste Gegenmittel gegen den *golpismo* – die Gefahr eines Putsches – nicht die vermittelnde Mäßigung. Es besteht vielmehr darin, die Agenda der Rechte für alle konkreter und weitgehender zu fassen.

## **WELCHE THEMEN ERMÖGLICHEN ES, DIE AGENDA FÜR RECHTE UND SOZIALE VERÄNDERUNGEN WIEDER AUFZUNEHMEN?**

Eine der hinterlistigsten Parolen, die dieser Tage auf den Demonstrationen herumvagabundieren, lautet: «Der Gigant ist erwacht.» Ihr Appell an den verrohten Nationalismus (der Begriff «Nation» kann sowohl dazu dienen, Einigkeit gegen eine Bedrohung von außen herzustellen, als auch dazu, unsere eigenen Ungleichheiten zu verschleiern) ist offenkundig. Schlimmer noch: Naiv wiederholt, schmuggelt sie eine entpolitisierende Idee ins Herz der Bewegung. Sie suggeriert, dass die Kämpfe für die Veränderung Brasiliens gerade erst begonnen hätten. Sie versucht, die jahrzehntelangen Bemühungen der sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft, eine Agenda der Rechte für alle zu etablieren, unter den Tisch zu kehren. Wir müssen den mystifizierenden Schleier zerreißen, für den die Medien und Eliten verantwortlich sind.

Vielleicht ist es aber in diesem Moment des sich zuspitzenden Richtungsdisputs vor allem nötig, die Energien dahingehend zu bündeln, dass im Dialog der Sichtweisen auf den Straßen Reflexionen angeregt werden. Genau das sollten wir gemeinsam tun. Hierzu ein paar Vorschläge:

Das erste Ziel sind offensichtlich der Medienkonzern Rede Globo und die Medienbarone. Auf allen Demonstrationen haben sich Rufe gegen den Sender der Familie Marinho verbreitet, diese Parolen wurden überall aufgegriffen. Dies betrifft eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Das Kommunikationsoligopol übt enormen Einfluss aus und versucht gezielt, die Richtung der Bewegung zu beeinflussen. Aber es bewegt sich auf dünnem Eis: Niemals war der Anteil derjenigen in der Gesellschaft, die das manipulative Vorgehen dieser Medien begreifen, so groß wie heute. TV Globo muss Zielscheibe werden von Kampagnen im Internet, Straßendemonstrationen, Boykotten. Seine Macht anzugreifen, das Symbol des Oligopols, eröffnet den Weg für die «Demokratisierung der Kommunikation», ein Motto, das sich bereits in einer Kampagne manifestiert. Unter dem Titel «Um die Freiheit zum Ausdruck zu bringen» formuliert die von einem Zusammenschluss von AktivistInnen und Organisationen initiierte Kampagne auf ihrer Internetseite konkrete Vorschläge und bietet Argumente und sogar einen fertigen Gesetzesvorschlag zu dem Thema an.

Aber auch diejenigen, die sich durch Parolen wie «Gegen die Korruption» und «Gegen die PEC 37» haben ansprechen lassen, wenden sich im Grunde gegen Privilegien und Ungleichheiten. Es ist notwendig, dieser Sichtweise Plausibilität zu verleihen, indem gezeigt wird, dass die Rechte keinerlei Alternative bietet. Der Slogan «Gegen die Korruption» muss sich verwandeln in beispielsweise die Parole «Ökonomische Macht raus aus der Politik». Es ist eine basisnahe Art und Weise der politischen Reform – ein anderes strategisches Motto, um das Land zu ändern, eines, das in diesem entscheidenden Moment unerlässlich ist. Verschiedene Bewegungen arbeiten bereits zu diesem Thema. Einige von ihnen haben sogar eine gemeinsame Plattform gegründet und Vorschläge entwickelt, darunter die Ausweitung plebiszitärer Einflussmöglichkeiten, zum Beispiel per Volksentscheid, die Abschaffung des 14. und 15. Monatsgehalts für ParlamentarierInnen, das Verbot der Parteienfinanzierung durch Firmen. Die Plattform stellt eine breite Palette kollektiv erarbeiteter Materialien zur Verfügung: Artikel, Videos, Radioprogramme, eine Bibliothek. Diese Fülle an Informationen verdeutlicht, wie vereinfachend und leer das Motto «Gegen die Korruption» ist.

Die Reichweite, die der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen erzielte, zeigt, dass die Agenda des «Rechts auf Stadt» die brasilianische Bevölkerung direkt betrifft. Millionen Menschen, die an den Rändern der Metropolen leben, haben während der vergangenen zehn Jahre aufgehört, sich minderwertig zu fühlen. Sie fühlen sich ungerecht behandelt. Ohne sie könnte der immense Reichtum niemals produziert werden, von dem sie aber ausgeschlossen sind. Sie verlangen gleiche Rechte. Auch die Mittelklasse besteht nicht nur aus den Lumpenschickimickis des «Kampfes gegen die Korruption». Zu ihr gehört auch jener kreative Teil, der – libertär gesinnt – für ein Land kämpft, das allen gehört, und der bereit ist, am Aufbau dieses Landes mitzuarbeiten.

Das Recht auf Stadt – das man vielleicht übersetzen sollte in Begriffe der Stadtreform oder der «Freien Städte» – kann auf eine Vielzahl von Vorschlägen heruntergebrochen werden, um mit diesen sozialen Gruppen in Dialog zu treten: Das Recht auf Wohnen, auch in den Zentren der Metropolen. Die Strafbarkeit der Immobilienspekulation. Städtische Mobilität mit schnellen, bequemen und günstigen öffentlichen Transportmitteln. Die Beschränkung der Automobilnutzung. Die Entgiftung der Flüsse. Die Forderung nach angemessener Abfallentsorgung. Radwege.

Doch man kann diesen Fächer der Agenda für soziale Rechte nicht auffalten, ohne die Reform des Steuerwesens anzusprechen. Es ist nötig, sich von dem Credo zu befreien, wonach Brasilien eine der weltweit höchsten Steuerlasten hätte. Denn die Wahrheit ist eine andere: Die Mehrheit der Bevölkerung zahlt hohe Steuern und Abgaben, weil eine Minderheit – die ein weit größeres Maß an Abgaben schultern könnte und dazu auch verpflichtet wäre – in dieser Hinsicht kaum gefordert wird und ihr zudem zahlreiche Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung zur Verfügung stehen.

Die Steuerreform bedarf einer gesonderten Analyse. Aber wir müssen uns darauf vorbereiten, dass künftig mehr und nicht weniger Steuern gezahlt werden. Dies sollten intelligente Steuern und Abgaben sein, die klar auf gesellschaftliche Umverteilung ausgerichtet sind, die darauf abzielen, die typischen Ungerechtigkeiten der Märkte zu korrigieren, die würdige Dienstleistungen in ein Recht umwandeln (und nicht in eine Ware, zu der nur derjenige Zugang hat, der sie bezahlen kann), kurz: Steuern und Abgaben, die dazu beitragen, Städte und ein Land zu schaffen, das allen gehört und für alle da ist.

## **WAS SIND DIE BASISVERSAMMLUNGEN, UND WIE KÖNNEN SIE EINE NEUE PHASE DER MOBILISIERUNG EINLEITEN?**

Am 23. Juni sind die Basisversammlungen aus dem Boden gesprossen: drei in São Paulo, auf Initiative des Movimento Passe Livre, jeweils eine in Fortaleza, in Brasília und in Belo Horizonte. Die Basisversammlungen ermöglichen es der Bevölkerung, sich zu treffen und gleichberechtigt miteinander zu diskutieren – und das fernab der Vereinnahmung durch die Fernsehsender. Sie schaffen ein ideales Umfeld für die Debatte über das Land und – sehr wichtig – tragen dazu bei, ein Bewusstsein für soziale Rechte zu entwickeln und für dieselben zu mobilisieren. Wenn dieser Prozess weitergeht und sich die Versammlungen ausdehnen, ist es gut möglich, dass in Kürze eine neue, noch weit stärkere Welle von Demonstrationen das Land erfasst.

Es gibt kein Patentrezept für diese Basisversammlungen. Sie können BewohnerInnen einer Region oder Personen, die

an einem spezifischen Thema interessiert sind, zusammenführen. Sie können überall stattfinden: auf einem Platz, in einem Saal, einem Haus, selbst an einer Bushaltestelle. Es ist auch nicht nötig, auf jemanden zu warten, der die Versammlung organisiert. Jede Organisation, jede Gruppe von Leuten kann und darf eine Versammlung machen. Das Wichtige ist, nicht den Moment zu verpassen, an dem die Menschen ihre Passivität überwunden haben und sich imstande sehen, ihre Zukunft kollektiv zu besprechen.

Unserer Webportal [outraspalavras.net](http://outraspalavras.net) hat gemeinsam mit anderen Kollektiven und Bewegungen an einer Versammlung am 25. Juni in São Paulo teilgenommen. Wir haben dort über die Diktatur der Medien gesprochen und darüber, wie ihr zu begegnen ist. Zur Versammlung wurde über die sozialen Netzwerke mobilisiert; 300 Leute kamen.

### **WAS BEDEUTEN DIE ERSTEN REAKTIONEN VON PRÄSIDENTIN DILMA ROUSSEFF, UND WIE KÖNNEN DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN SIE NUTZEN?**

Noch eine brasilianische Besonderheit: Auf die Proteste der vergangenen Wochen hat Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff anders reagiert als alle anderen Regierenden, die seit 2011 vergleichbaren Revolten gegenüberstanden. Die arabischen Diktatoren reagierten mit Kugeln. In ganz Europa setzen die Regierenden ihre Angriffe auf die sozialen Rechte fort, ungeachtet der gigantischen Demonstrationen und der Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung. Barack Obama ignorierte die Occupy-Wall-Street-Bewegung. Im Gegensatz dazu begrüßte Rousseff die Demonstrationen («Sie zeigen die Stärke unserer Demokratie»). In ihrer Erklärung vom 21. Juni sagte sie, der «Impuls dieser neuen politischen Energie» könne dazu beitragen, «besser und schneller vieles in Brasilien zu ändern, besser und schneller, als es wegen politischer und wirtschaftlicher Grenzen jemals möglich war».

Dann ging sie zwei Schritte weiter. Sie empfing die Bewegungen, die die Proteste initiiert hatten (am 24. Juni das Movimento Passe Livre und tags darauf die Bewegungen Periferia Ativa [Aktive Randbezirke] und die dem Movimento dos Trabalhadores Sem Teto MTST angegliederten Obdachlosen). Und sie lancierte bei einem Treffen mit den GouverneurInnen der Bundesstaaten und den BürgermeisterInnen der Landeshauptstädte eine unerwartete Initiative. Sie schlug Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung, der medizinischen Versorgung, der urbanen Mobilität und einen verantwortlicheren Umgang mit Steuergeldern vor. Aber weitaus wichtiger: Sie befürwortete den Vorschlag eines Plebiszits, bei dem die Bevölkerung über Reformen des politischen Systems abstimmen soll.

Die wirtschaftlich Mächtigen haben kein Interesse, ein System, das ihnen enormen Einfluss auf politische Entscheidungen bietet, zu ändern. Und diejenigen, die auf einem Mandat sitzen, wollen die Regeln nicht antasten, auf deren Basis sie gewählt wurden.

Obwohl weitgehende Übereinstimmung über die Notwendigkeit politischer Reformen herrscht, gibt es bereits Kontroversen über einige der Veränderungen, die ein solcher Schritt implizieren würde. Wenn sich die sozialen Bewegungen darauf konzentrieren, diese Widerstände aus dem Weg zu räumen, besteht die Gefahr, dass sie sich spalten und viel Energie verbrauchen, die nötig wäre, um die Welle des Protests aufrechtzuerhalten und ihn thematisch auszuweiten.

Gleichwohl lohnt es sich, eine doppelte Antwort in Betracht zu ziehen. Einerseits sollte der Fokus auf den Kampf um Rechte bestehen bleiben. Wir sollten dazu beitragen, dass Basisversammlungen stattfinden, dass Forderungen formuliert werden und Druck für ihre Umsetzung aufgebaut wird. Und wir müssen daran erinnern, dass Rechte nicht ohne Kampf kommen werden. (Obwohl die Präsidentin das Movimento Passe Livre empfing, hat sie nicht erklärt, dass sie im Sinne der Bewegung handeln und ihre Forderungen umsetzen wird.)

Auf der anderen Seite wäre es nicht klug, die Bedeutung von einer Reform des politischen Systems zu unterschätzen. Denn Brasilien hat Institutionen, die uns nicht repräsentieren. Sie sind archaisch, extrem korruptionsanfällig, wenig transparent und verschließen sich einer direkten Beteiligung der BürgerInnen. Diese Institutionen sind die Grundpfeiler der sozialen Ungerechtigkeit, der Ungleichheit und eines die Natur zerstörenden «Entwicklungsmodells».

Um das Land zu verändern, muss es wacherüttelt werden. Der Kampf um politische Reformen kann ein Ansatzpunkt sein. Doch er sollte parallel zum Kampf um soziale Rechte geführt werden. Je mehr Forderungen zusammenkommen, desto mehr wird das System sich als das demaskieren, was es ist: ein Hindernis für die Durchsetzung weiterreichender sozialer Rechte. Es ist daher notwendig, auch die Demokratie neu zu erfinden. Je mehr die gegenwärtig Mächtigen unter den Druck einer weitreichenden Reform der demokratischen Institutionen geraten, desto mehr werden sie dem Druck der Basis auch in anderen Feldern nachgeben müssen.

### **WARUM STEHT BRASILIEN IN DEN KOMMENDEN MONATEN AM SCHEIDEWEG? WELCHE ROLLE WIRD DIE SOZIALE MOBILISIERUNG SPIELEN?**

Die Proteste haben erreicht, dass in den zwei größten Metropolen des Landes und in verschiedenen anderen Landeshauptstädten und größeren Kommunen zeitgleich die Fahrpreise gesenkt wurden. Dies ist ein wahrscheinlich einzigartiger Vorgang. Hunderttausende BrasilianerInnen haben hierfür Erfahrungen mit Tränengasbomben und Stahlkappenstiefeln der Polizei machen müssen. Nun werden sie jedes Mal, wenn sie den reduzierten Fahrpreis zahlen, millionenfach denken: «Es ist möglich.» Aber die 20 Centavos sind wenig in Anbetracht der Bedeutung, die dieser Sieg in den kommenden Monaten erlangen könnte. Denn er unterstreicht in dieser turbulenten Phase, durch die Brasilien nun geht, die rebellische Macht der sozialen Bewegungen.

Seit 2003 verliefen die Auseinandersetzungen um die Verteilung des sozialen Reichtums vergleichsweise friedlich. Die Mehrheit der Bevölkerung – vor allem die Ärmeren – erlebte eine gewisse Erleichterung ihrer Situation. Die erreichten Verbesserungen gehen weit über die staatliche Einkommenshilfe Bolsa Família für arme Familien hinaus. Die Höhe der sozialen Zuwendungen ist real gewachsen. Der gesetzliche Mindestlohn ist weit schneller gestiegen als die Inflationsrate. Zugleich ist die Arbeitslosigkeit auf eines der weltweit niedrigsten Niveaus gesunken (5,5 Prozent laut der brasilianischen Statistikbehörde IBGE). Der Anteil der regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – mit allen damit einhergehenden Rechten – ist von 46 Prozent auf 54 Prozent gestiegen. Die Quotenvorgaben machten aus den Universitäten Orte, die nicht mehr nur der Elite vorbehalten sind.

Aber auch die Reichen hatten keinen Grund zur Klage. Der wachsende Konsum derer, die zuvor sehr arm gewesen waren, hat Geschäfte und Gewinne angetrieben. Weil der Staat die großen Bauvorhaben und Infrastrukturprojekte wieder aufgenommen und Programme wie das soziale Wohnungsbauprojekt *Minha Casa, Minha Vida* eingeführt hat, hatten die Firmen aus dem Bausektor wieder etwas zu lachen. Der Bergbau und das Agrobusiness (Landwirtschaft und verarbeitendes Gewerbe) surften auf einer Welle hoher Preise, die sie auf dem Weltmarkt für ihre Rohstoffe erzielten. Die Gewinne derer, die an den Wertpapieren des Bundes (also von uns allen) verdienen, sind zwar deutlich gefallen, gehören aber noch immer zu den höchsten der Welt.

Dieses Szenario – das eine Zone der Bequemlichkeit geschaffen und dadurch verhindert hat, dass unbequeme Fragen gestellt oder tiefgreifende Veränderungen angegangen werden – löst sich derzeit rapide auf. Die Ausgangspunkte dieser Auflösungserscheinungen sind zwei bedeutsame Veränderungen auf internationaler Ebene. Zum einen sind die Weltmarktpreise für Primärgüter – die heute 54 Prozent der brasilianischen Ausfuhren ausmachen – wieder gefallen. Zum anderen zieht die mögliche Anhebung der Zinsen in den Vereinigten Staaten den größten Teil des monetären Reichtums an, der auf diesem Planeten zirkuliert. Das macht es für andere Länder schwieriger, Kapital anzulocken. Da sich die brasilianische Wirtschaft internationalisiert und deindustrialisiert hat, haben diese beiden Phänomene unmittelbare Auswirkungen. Dies sind die Gründe für den steigenden Kurs der US-Währung und die Inflation in Brasilien – zwei Tendenzen, denen sich die alten Medien bereits zugewandt haben und die sie in den kommenden Monaten weiter ausschachten werden.

Bei Schwierigkeiten ist es üblich, dass die Konservativen den Moralismus zur Hilfe rufen und auf die selbstkasteienden Impulse einer mehrheitlich christlichen Gesellschaft setzen. Die Ursache aller Probleme liege in der «Unfähigkeit» der letzten Regierungen, klagen sie. Der «natürliche» Ausweg bestehe darin, «den Gürtel enger zu schnallen»: eine Politik der Kürzungen öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Rechte, wie sie die europäischen Länder verfolgen. Brasilien müsse «gutes Verhalten» an den Tag legen, um das «Vertrauen» der internationalen Märkte zurückzugewinnen.

Auch in der Politik versucht der Moralismus zu verhindern, dass das ins Blickfeld rückt, was attraktiv und verboten ist. In die Sackgasse, in der die begrenzten Sozialreformen der vergangenen zehn Jahre feststeckten, muss man nicht zurückfallen. Es können sogar im Gegenteil noch weitaus tiefer gehende Veränderungen möglich werden, die mehr sind als nur eine oberflächliche Umverteilung des Reichtums unter staatlicher Regie.

Die Signale des Frühlings der vergangenen Wochen deuten darauf hin, dass Brasilien in einer Zeit, die durch eine zivilisatorische Krise und die Suche nach neuen Perspektiven gekennzeichnet ist, bereit sein könnte, sich zu hinterfragen und neu zu erfinden – dieses Mal angestoßen durch eine Bewegung von unten. Am stärksten flackert diese Idee im Kampf um Rechte auf: im Kampf für ein schnelles, gutes und günstiges Transportwesen, für eine komplette Revision der öffentlichen Investitionen in den Metropolen, wofür es bereits einen Gesetzentwurf gibt, den für die urbanen Peripherien qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sicherstellt. Im Kampf für die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 44 Stunden, wofür es bereits einen Ge-

setzentwurf gibt, den der Nationalkongress seit Jahren in den Schubladen verstauben lässt.

Aber es ist auch der Zeitpunkt, Fragen aufzuwerfen, die sich im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft stellen. Wir brauchen einen kostenlosen und uneingeschränkten Zugang zum Internet. Das Oligopol der herrschenden Medien muss gebrochen werden, damit echte Meinungs- und Ausdrucksfreiheit entstehen kann. Wir brauchen den freien Austausch des Wissens und der Kultur sowie die Rücknahme der Gesetze zum Schutz geistiger Eigentumsrechte. Auf Eis gelegte Projekte wie die vom Kulturministerium geförderten *Pontos de Cultura* (Kulturzentren) müssen wieder aufgenommen werden.

Der nun begonnene Kampf um soziale Rechte bedeutet unmittelbar auch die Bekämpfung der Ungleichheit und der Privilegien. São Paulo hat die größte Flotte privater Hubschrauber auf dem Planeten (über 500 Maschinen, mehr als New York und Tokio), während sich sechs Millionen Menschen täglich drei oder mehr Stunden in überfüllten, schmutzigen und unbequemen Omnibussen durchschütteln lassen müssen. Und während Brasilien beim Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen nur den 85. Platz belegt und seine Eisenbahnen schrottreif sind, kommt es bei Privatjets auf Platz zwei.

Aber die Einsicht in die Ungleichheit sollte nicht zu einer simplen Distributionslogik verleiten. Es geht nicht darum, das gegenwärtige Niveau des Konsums zu «demokratisieren», sondern darum, die Produktions- und Verteilungslogiken des Reichtums neu zu definieren. Auch in dieser Hinsicht waren die letzten Wochen äußerst inspirierend. Die Menschen haben für kollektiven Transport als Gemeingut gekämpft. Sie haben das Tor zu einer Debatte über beispielsweise autofreie Städte oder über die Verschmutzung der Flüsse aufgestoßen. Über Bildung und ein innovatives öffentliches Gesundheitswesen, das hervorragende Leistungen erbringt. Über einen weniger exzessiven und entfremdeten Stromkonsum, um auf diese Weise zu einer sauber produzierten Elektrizität zu gelangen. Über eine Entwicklung der ländlichen Regionen, die nicht die Produktion von Rohstoffen in «modernen» Latifundien und unter massivem Pestizideinsatz fördert, sondern die KleinbäuerInnen und die Vielfalt unserer Nahrungsmittelkultur.

Die Debatte über die grundlegende Neudefinition unseres Landes ist eröffnet. Wir haben sie viel zu lange aufgeschoben. Wie wir gesehen haben, ist nichts in Stein gemeißelt. Die nächsten Tage und Monate werden voller Überraschungen, neuer Möglichkeiten und neuer Risiken sein. Aber die Bedingungen für diese neue Phase sind ungleich besser – jetzt, wo die Straßen ihr Gesicht gezeigt haben und ihre rauhe Stimme erklingen lassen.

Antonio Martins ist Chefredakteur des Webportals *Outras Palavras* ([outraspalavras.net](http://outraspalavras.net)).  
Übersetzung: Christian Russau

Unter folgendem Link können Sie kostenlos unseren Lateinamerika-Newsletter abonnieren: <http://is.gd/m6YL6N>

<sup>1</sup> Die PEC 37 ist am 25. Juni vom Abgeordnetenhaus allerdings mit 430 Stimmen (bei neun Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) abgelehnt worden.

MICHAEL GLASS

## «LIEBER ROT ALS SCHWUL»?

HOMOPHOBE KOMMUNISTEN IN OSTEUROPA: OBSKURANTISMUS TRIFFT AUF STALINS GEIST

Am 30. Juni 2013 trat in der Russischen Föderation ein Gesetz in Kraft, das positive Äußerungen – «Propaganda», wie es im Gesetz heißt – über Homosexualität in Anwesenheit von unter 18-Jährigen unter Strafe stellt. Diskriminierung aufgrund von «sexueller Orientierung» und Genderidentität gehört in den postsowjetischen Ländern leider nach wie vor zum Alltag. Nach Angaben der schwul-lesbischen Interessenvertretung ILGA Europe rangiert, was die menschenrechtliche Situation von Homosexuellen betrifft, unter allen 49 europäischen Ländern Russland auf dem letzten Platz, dicht gefolgt von Armenien, Aserbaidschan, Moldova, der Ukraine und Belarus.<sup>1</sup> Diese Platzierung ist leider nicht zuletzt dem Wirken politischer Kräfte in diesen Ländern geschuldet, die sich selbst gern als «Linke» bezeichnen. Die Homosexuellen in Osteuropa, die Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren, brauchen unsere Solidarität. Europas Linke müssen sich entscheiden, mit wem sie dort den Schulterschluss wollen.

### DIESE UND JENE ZEITEN – EIN RÜCKBLICK

Gegen das Gesetz gab es Proteste. Auch der Moskauer Lehrer Ilja Kolmanowski protestierte: «Ich sagte, alle Forschungen hätten gezeigt, dass Homosexuelle psychisch normale Menschen sind, und die weltweite Wissenschaftlergemeinschaft habe seit Langem die Annahme widerlegt, dass Homosexualität eine Krankheit sei. Ich habe gesagt, dass ich als Vater und Lehrer eine Gefahr darin sehe, wenn unsere Gesellschaft homosexuelle Jugendliche in den Untergrund treibt – das endet häufig mit Selbstmord. Und ich habe auch gesagt, dass das Gesetz darauf abzielt, unter den Menschen Feindschaft zu säen und unsere ohnehin bereits kaputte Gesellschaft zu spalten.» Daraufhin kündigte die Schule dem Lehrer, was später allerdings als «Missverständnis» dargestellt wurde. Auf Kolmanowskis Frage, ob «jene Zeiten» sich etwa wiederholen würden, soll der Direktor, der selbst die «Säuberung» der Schulen von Dissidenten erlebt hatte, geantwortet haben, dass «jene Zeiten» nie vorbei gewesen seien. Ein Blick zurück.

Homosexualität wurde von der russisch-orthodoxen Kirche stets als «Sünde» angesehen, doch gebe es, so der britische Experte Kevin Moss, zahlreiche Belege, dass sie vor den «westlichen» Reformen Peters des Großen in der Gesellschaft mehr oder weniger toleriert war. Jedenfalls gab es keine offiziellen juristischen Sanktionen. Das erste Gesetz in Russland, das männliche Homosexualität unter Strafe stellte, stammt aus dem Jahr 1716, galt aber nur für Angehörige von Armee und Marine. Das Strafgesetzbuch von 1835 sah dann die Ausweitung der Strafbarkeit auf Zivilisten vor, denen bis

zu fünf Jahre Verbannung drohte. Mit der (nie in Kraft getretenen) Strafrechtsnovellierung 1903 wurde das Strafmaß auf drei Monate Gefängnis herabgesetzt. Moss schreibt, dass um die Jahrhundertwende die Toleranz gegenüber Homosexuellen zugenommen habe. «War die Zeit zwischen den Revolutionen 1905 und 1917 das Silberne Zeitalter in der russischen Literatur, so war sie für Russlands Homosexuelle so etwas wie eine Goldene Ära.» Jedenfalls für Angehörige der herrschenden Elite, die ein relativ offen homosexuelles Leben führen konnten. Dazu gehörten auch Mitglieder des Zarenhofes.<sup>2</sup> Für die Legalisierung von Homosexualität setzten sich damals vor allem Anarchisten und Kadetten (Konstitutionelle Demokraten) ein.

Die recht liberale juristische Praxis in Bezug auf Homosexualität wurde nach der Februarrevolution 1917 unter der hauptsächlich von Kadetten gestellten Provisorischen Regierung unter Fürst Georgi Lwow und der darauffolgenden Koalitionsregierung unter dem Sozialrevolutionär Alexander Kerenski beibehalten. Mögen sie gezögert haben, den Krieg zu beenden und den Bauern Land zu geben: Die Amnestie für politische Gefangene, die Abschaffung der Todesstrafe und die Respektierung bürgerlicher Rechte und Freiheiten fanden damals gebührende Anerkennung, nicht zuletzt bei Lenin, der in seinen Aprilthesen schrieb: «Russland ist zur Zeit das freieste von allen kriegführenden Ländern.»

Auch wenn sich das mit dem «freiesten Land» unter den Bolschewiki dann änderte, war Homosexualität nach der Oktoberrevolution straffrei – zumindest in Russland und der

Ukraine. In der öffentlichen Meinung wurde sie nach wie vor mit bourgeoiser und aristokratischer Dekadenz assoziiert. Im Kaukasus und in den muslimischen Gebieten Zentralasiens wurden homosexuelle Beziehungen in den 1920er Jahren weiterhin bestraft, obwohl oder gerade weil sie hier keineswegs selten waren.

Sind sich ExpertInnen auch uneins über die Wirkung der bolschewistischen Revolution auf die Situation für Homosexuelle, so ist es doch Tatsache, dass mit ihr das Strafrecht der Zarenzeit faktisch außer Kraft gesetzt worden war und sich im neuen Strafgesetzbuch der Russischen Sowjetrepublik von 1922 (sowie in der 1926 überarbeiteten Fassung) kein einziger Artikel mit Bezug auf Homosexualität fand. Sowjetrussland nahm damit in jener Zeit eine Vorreiterrolle in Europa ein, worauf viele seiner MedizinerInnen und JuristInnen stolz waren. Und in der Regierung Lenin saß nicht nur Alexandra Kollontai, Propagandistin der «freien Liebe», als Sozialministerin, sondern gab es mit Georgi Tschitscherin auch einen schwulen Außenminister und mit Anatoli Lunatscharski einen Bildungsminister, über den zumindest kolportiert wird, dass er nicht nur Frauen zugetan war. Lenin hatte damit offenbar kein Problem, Alexei Rykow, sein Nachfolger als Regierungschef bis 1930, auch nicht.

Die liberale Haltung der Staatsmacht endete, als Anfang der 1930er Jahre wieder traditionelle Geschlechterrollen und Familienbeziehungen propagiert wurden. Mutterschaft erfuhr nun eine besondere Förderung, der Abbruch der Schwangerschaft wurde erneut unter Strafe gestellt, Ehescheidungen wurden erschwert. Die konservative Wende in der Familienpolitik unter Stalin hatte vermutlich mehrere Gründe, darunter auch demografische und volkswirtschaftliche. Ohnehin traf bei den Konservativen in der Partei und beim bäuerlichen Milieu die von Kollontais feministischen Ideen beeinflusste «liberalste Familienpolitik Europas» von Beginn an auf wenig Zustimmung.

In den 1930er Jahren war es zudem in linken und antifaschistischen Kreisen Europas üblich, einen wesenhaften Zusammenhang zwischen Homosexualität und Faschismus zu suggerieren. «Rottet die Homosexuellen aus – und der Faschismus wird verschwinden» soll eine gängige «Redewendung» gelautet haben, will man Maxim Gorki glauben.<sup>4</sup> Sich für die Rechte von Homosexuellen einzusetzen war für die Linke nun kein ernsthaftes Anliegen mehr. Klaus Mann war damals einer der wenigen, die sich öffentlich von der linken Homophobie angewidert zeigten: «Man ist im Begriffe, aus dem Homosexuellen den Sündenbock zu machen – den Juden der Antifaschisten. Das ist abscheulich.»<sup>5</sup>

In diesem Kontext wurde Homosexualität in der Sowjetunion wieder kriminalisiert. Der stellvertretende Chef der Geheimpolizei OGPU, Genrich Jagoda, legte Stalin Ende 1933 einen Gesetzentwurf zur Strafbarkeit von Homosexualität vor. Zuvor waren in Moskau und Leningrad 130 Männer verhaftet worden, denen man vorwarf, sich mit der «Schaffung eines Netzes von Salons, Zentren, kriminellen Lokalen, Gruppen und anderer organisierter Formen von Päderasten» befasst zu haben, mit dem Ziel der «weiteren Umwandlung dieser Gruppen in direkte Spionagezellen». Diese Gruppen wollten angeblich in konterrevolutionärer Absicht die Jugend politisch zersetzen und Armee und Flotte infiltrieren. «Ein Gesetz, mit dem man die Päderasten zur Verantwortung ziehen könnte, existiert in unserem Strafrecht nicht.»<sup>6</sup> Im März 1934 wurde daraufhin das Strafgesetzbuch um den Art. 154a (ab dem Jahr 1960 dann Art. 121) ergänzt, wonach

auf einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen Männern bis zu fünf Jahre Haft standen.

Es bleibt viel Spekulation, was der letzte Grund für die erneute Kriminalisierung gewesen ist, warum der entsprechende Politbüro-Beschluss als «streng geheim» deklariert wurde und warum gerade Maxim Gorki am 23. Mai 1934 in *Prawda* und *Iswestija* die einzige offizielle «Begründung» gab. «Während in dem Land, wo das Proletariat mannhaft und erfolgreich herrscht, die Homosexualität, welche die Jugend verdirbt, ein soziales Verbrechen ist und bestraft wird, agiert sie im Kulturland der großen Philosophen, Wissenschaftler und Musiker frei und ungestraft.»<sup>7</sup>

Ein Jahr später wurde dann in Deutschland – in der Folge der «Röhm-Affäre», die von den Nationalsozialisten auch dazu genutzt wurde, ihr Ansehen in wertkonservativen, katholischen Bevölkerungskreisen zu heben – der § 175 verschärft und die Höchststrafe, wie in der Sowjetunion, auf fünf Jahre Gefängnis heraufgesetzt. Wie im NS-Regime eignete sich auch in der Sowjetunion die Strafbarkeit von Homosexualität zur Verfolgung politischer Gegner, unabhängig von deren tatsächlicher sexueller Orientierung. In den großen Schauprozessen spielte Homosexualität allerdings nur im Fall des NKWD-Chefs Nikolai Jeschow eine Rolle. In der «Tauwetter-Periode» unter Nikita Chruschtschow wurde dann die Gesetzgebung zu Heirat, Scheidung und Abtreibung wieder liberalisiert, nicht jedoch der Stalin'sche Homosexuellen-Paragraf. Er galt bis 1993 und blieb selbst während der Perestroika Michail Gorbatschows unangetastet.

## RUSSLAND

Für das Gesetz gegen die «Propagierung nichttraditioneller sexueller Beziehungen» votierten in der abschließenden Lesung am 11. Juni dieses Jahres 436 der 450 Duma-Abgeordneten, dagegen niemand, und lediglich ein einziger Abgeordneter aus den Reihen der Partei Gerechtes Russland enthielt sich. Die übrigen ParlamentarierInnen fehlten bei der Abstimmung. Deren Votum hätte an der Eintracht zwischen der Kremlpartei und den politischen Kräften, die in der Duma Opposition spielen (dürfen), gewiss nichts geändert.

Demnach ist es in ganz Russland verboten, in Anwesenheit von unter 18-Jährigen oder über Medien, wie das Internet, positiv über Homosexualität zu sprechen. Anliegen des Gesetzes sei es, Kinder vor «schädlichen Informationen» zu schützen. Bei Zuwiderhandlungen drohen hohe Geldbußen. Medien oder Organisationen können für drei Monate geschlossen werden. AusländerInnen können zudem bis zu 15 Tage «in Gewahrsam» genommen und des Landes verwiesen werden. Ähnliche Gesetze galten zuvor bereits in einzelnen russischen Städten und Regionen, so auch in der für ihre Offenheit und Vielfalt bekannten Metropole St. Petersburg.

Selbst wenn man zur sowjetischen Strafrechtspraxis, Schwule ins Gefängnis oder in die Psychiatrie zu stecken, nicht zurückkehrte, wie es unter anderem Russlands Kommunisten wollen, so muss man dennoch konstatieren: Die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT) in Russland, insbesondere die Rede- und Versammlungsfreiheit, wurden von der Regierung und der parlamentarischen Opposition seit 1993, als der Art. 121 abgeschafft wurde, nie so eindeutig beschnitten, wie es mit diesem Gesetz getan wurde. Sexuelle Aufklärung und HIV/Aids-Prävention werden erschwert, Angst auf der einen und Hass auf der anderen Seite geschürt. Nicht wenige Kritiker meinen, das Gesetz gebe grünes Licht für eine Jagd auf Schwule.

Protest dagegen gibt es nicht nur von russischen LGBT-AktivistInnen, sondern auch im Ausland, wie die Berichterstattung über die jüngste Leichtathletik-WM in Moskau oder die Diskussion über einen möglichen Boykott der Olympischen Winterspiele in Sotschi zeigen.

## UKRAINE

Im Frühjahr 2012 wurde ein Gesetz in das ukrainische Parlament eingebracht, mit dem es illegal werden soll, über Homosexualität in der Öffentlichkeit positiv zu sprechen. Homosexualität bedrohe die nationale Sicherheit, denn sie begünstige die Ausbreitung der HIV/Aids-Epidemie, zerstöre die Institution der Familie und könne eine demografische Krise herbeiführen, heißt es in der Begründung des Gesetzes. «Es ist bekannt, dass jede Form der sexuellen Freizügigkeit in der Gesellschaft immer zu großen sozialen, wirtschaftlichen und epidemiologischen Problemen führt.» Initiator und federführender Autor des Gesetzes war der Abgeordnete Evgeny Zarkov von der Kommunistischen Partei der Ukraine, der hier auf die Unterstützung seiner GenossInnen zählen konnte.<sup>8</sup>

Das Gesetz, das «HomopropagandistInnen» nicht nur eine Geldstrafe wie beim russischen «Modell», sondern Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren androht, ist am 2. Oktober 2012, kurz vor der Parlamentswahl, in erster Lesung angenommen worden. 289 Abgeordnete stimmten für das Gesetz Nr. 8711 (es firmiert heute unter der Nr. 0945), nicht ein einziger votierte dagegen. Es gab eine Enthaltung. Eine solche parteiübergreifende Einmütigkeit wie bei Homophobie und Obskurantismus ist im Parlament, in dem man sich ansonsten auch schon gern einmal prügelt, eher die Ausnahme. Man darf gespannt sein, ob das kürzlich von KP-Chef Petro Symonenko eingebrachte Gesetz Nr. 2128 über die Wiedereinführung der Todesstrafe ähnlich breite Zustimmung finden wird. Große Sympathie dafür gibt es jedenfalls bei der Bruderpartei in Moskau, die dies in Russland auch anstrebt.

Der im Kampf gegen Homosexualität und Homosexuelle besonders engagierte ehemalige Komsomol-Chef Zarkov begründete seine Initiative damit, dass «die Situation mit der Homosexualität» in der Gesellschaft an einem «kritischen Punkt» angelangt sei. «In der Sowjetunion war für so etwas gerechterweise eine Gefängnisstrafe vorgesehen! Wir streben in die Europäische Union, aber dort werden aktiv gleichgeschlechtliche Ehen propagiert. In Berlin beispielsweise werden auf Initiative der Senatsverwaltung für Bildung den Schülern solche Erscheinungen erläutert, und man zeigt ihnen Anleitungen. Das ist Sodom und Gomorrha!»<sup>9</sup>

## MOLDOVA

Das Beispiel der russischen und ukrainischen Nachbarn spornte schließlich auch die GenossInnen in Moldova an. Es begann in Bălți, der zweitgrößten Stadt des Landes, wo der Stadtrat «die aggressive Propagierung nichttraditioneller sexueller Orientierungen» untersagte. Der Gesetzentwurf war von der Partei der Kommunisten eingebracht worden, der größten Partei des Landes, die auch Mitglied der Europäischen Linken ist. Der Parteivorsitzende Vladimir Voronin erklärte im Frühjahr letzten Jahres vor 20.000 AnhängerInnen unter Anspielung auf das von der EU geforderte, von den Kommunisten aber strikt abgelehnte Verbot von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung: «Ausgerechnet am Vorabend des Großen Fastens forcieren sie [die konservativ-liberalen Regierungsparteien] die Zustimmung des Parlaments – in der Regierung ist es ja bereits beschlossen – dazu,

Homosexuellen die Durchführung ihrer Aktivitäten zu erlauben, dass diese die gleichen Rechte haben sollen wie all die Christen unseres Landes, in dem 97 Prozent der Bevölkerung die Orthodoxie praktizieren. So etwas dürfen wir nicht zulassen.» Der Parteichef beglückwünschte die EinwohnerInnen Bălți, «dass die Stadt eine von Homosexuellen freie Stadt geworden ist». Ähnliches «muss nunmehr im ganzen Land geschehen, in jedem Ort. Ein Ort nach dem anderen muss frei werden von diesem europäischen Blödsinn, der von ich weiß nicht woher zu uns gekommen ist.»<sup>10</sup> Medial flankiert wurde Voronins Aufforderung, das Land «homofrei» zu machen, durch entsprechende Beiträge in Printmedien und im TV-Sender der Partei, dem inzwischen allerdings wegen «fehlender Meinungspluralität» die Sendelizenz entzogen worden ist.

Am 23. Mai 2013 verabschiedete das Parlament ohne Vorankündigung und öffentliche Diskussion ein Gesetz, das die Verbreitung von Informationen untersagt, «die für Prostitution, Pädophilie, Pornografie oder jegliche anderen Beziehungen außerhalb von Ehe und Familie, wie sie in der Verfassung und im Familienkodex definiert sind, werben». Bei Zuwiderhandlungen drohen Geldstrafen und die Einstellung der Tätigkeit von Organisationen bis zu einem Jahr. Der Autor, Serghei Sîrbu, war zum Zeitpunkt des Einbringens des Gesetzentwurfs im Juni 2012 Mitglied der kommunistischen Fraktion (er trat Ende letzten Jahres aus). Seine ehemaligen GenossInnen verließen vor der Abstimmung den Plenarsaal. Sie wollten damit nicht etwa gegen das Gesetz protestieren, sondern dagegen, dass ihre Forderung, aus dem Antidiskriminierungsgesetz das «Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung» zu streichen, nicht auch zur Abstimmung gestellt wurde.

## PROTEST UND SOLIDARITÄT ZEIGEN!

Wo bleibt der deutsche Protest, fragte am Tag der Duma-Abstimmung im Januar *Die Zeit*. Es gibt ihn durchaus, er kommt unter anderem von der deutschen Linken: gegen «Homophobie in Russland», gegen «das Gesetz», gegen «den lupenreinen Demokraten» Vladimir Putin, der als Drahtzieher hinter allem gesehen wird. Die Verantwortlichen für die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschengruppen in Osteuropa heißen aber nicht nur Putin, sind nicht nur in der russischen Hauptstadt zu finden, nicht nur im Kreml und auf Regierungsbänken und nicht nur auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums. Eine präzisere Frage könnte lauten: Wo bleibt eigentlich der öffentliche Widerspruch emanzipatorischer Linker gegen den homophoben Eifer von «GenossInnen» in Russland, der Ukraine und Moldova? Nichts sehen (wollen)? Nichts hören (wollen)? Jedenfalls nichts dazu sagen.

Willi Gerns, 82-jähriges DKP-Urgestein, wollte dazu nicht schweigen. In einem Beitrag für sein Parteiblatt *Unsere Zeit* schrieb er: «Die Zustimmung der KPRF zu einem solchen Gesetz muss Kommunisten nicht nur verwundern, es macht betroffen. [...] Dabei ist das Votum der KPRF-Abgeordneten eigentlich keine Überraschung. War doch schon im September 2010 im Zusammenhang mit dem in Petersburg geplanten zweiten internationalen Festival «Queer-Kultur» [...] in der KPRF-Zeitung *Sowjetskaja Rossija* zu lesen: «Dem Wesen der Sache nach wird in St. Petersburg 10 Tage lang offene, legalisierte und effektive Propagierung von Sittenverderbnis und Laster stattfinden. [...] Wir sind sicher, dass diese Zeit ausreichen wird, um die Seelen tausender Kinder und Heranwachsender zu verderben.» [...] Schließlich stellte die *Sowjetskaja Rossija* die Behauptung auf, dass die sexuellen Minderheiten

das Milieu bilden, (in dem Pädophile und sexuelle Triebtäter herangezogen werden).»<sup>11</sup>

Die queere DKP-Jugend merkte in einer Fußnote zu Gerns Beitrag an: «Die KPRF tritt regelmäßig aktiv homophob auf.» Als es bei der vorletzten Duma-Wahl 2007 darum ging, mit welchem Slogan die KPRF antreten sollte, favorisierte die Parteiführung «Lieber rot als blau!» (Лучше красный, чем голубой!), laut Parteichef Gennadij Sjuganow eine Idee der Komsomol-Parteijugend, die ihm sehr gut gefallen habe. Blau ist die Farbe der Kremlpartei Einiges Russland. Warum dies ein origineller Slogan sein soll, erschließt sich nur, wenn man weiß, dass «голубой» im Umgangssprachlichen auch für «schwul» steht. Vor Jahren schon von einem TV-Journalisten befragt, ob es unter seinen Kampfgefährten Homosexuelle gebe und ob diese überhaupt Kommunisten sein könnten, antwortete Sjuganow lakonisch: «Das ist nicht normal.»<sup>12</sup>

Der Umgang mit Homosexualität ist allerdings nur eine Facette im neuen (alten) Frauen-, Familien- und Gesellschaftsbild der Partei. So erklärte die KPRF im Herbst 2011, es gehöre zu den vordringlichsten Anliegen der «linkspatriotischen» Kräfte, «Maßnahmen zur Wiedergeburt der Familie auf der Grundlage traditioneller Werte des russischen Volkes zu ergreifen» und «für die Lösung des demografischen Problems die Aufmerksamkeit auf die Wiederherstellung der traditionellen Rolle der Familie und der sozialen Rollen von Vater und Mutter zu richten, mit den familienzerstörerischen Programmen der sogenannten (Familienplanung), der (Sexualerziehung in der Schule), des (Jugendstrafrechts) etc. Schluss zu machen, das unveräußerliche Recht der Familie auf Erziehung ihres Kindes sicherzustellen, zum sowjetischen Strafrechtsartikel, der die Propagierung nichttraditioneller sexueller Orientierung unter Strafe stellte, zurückzukehren, die Förderung von Unmoral, Korruption, außerehelichen Beziehungen und ungesunder Lebensweise unter Strafe zu stellen, Scheidungsverfahren durch Einführung der Schuldfeststellung zu erschweren, [...] die Alleinerziehendenfamilie sozial und ökonomisch unattraktiv zu machen.»<sup>13</sup>

Der 2011 verstorbene Soziologe und Sexualwissenschaftler Igor Kon schrieb unter dem Titel «Lackmustest der russischen Demokratie», die Entkriminalisierung der Homosexualität 1993 sei nicht das Ergebnis einer Erleuchtung der Regierung oder eines zunehmenden öffentlichen Drucks gewesen. Es sei einzig und allein darum gegangen, Zutritt zum Europarat zu erhalten. Obwohl oder gerade weil es keinerlei offizielle Erklärung dieses Schrittes gab, sei Homosexualität zunehmend ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt und habe den konservativen Teil der Gesellschaft verärgert. «Homosexuelle wurden zum Sündenbock für alle Probleme in Russland – angefangen von der Demoralisierung in der Armee bis hin zur abnehmenden Geburtenrate», so Kon.<sup>14</sup>

Was treibt die Parteien bei diesem Thema an? «Die Politiker fühlen sich beunruhigt durch die abnehmende Unterstützung in der Bevölkerung, und in einer solchen Situation fällt man leicht repressive Entscheidungen», sagt Mark Urnov, Politikwissenschaftler an der renommierten Moskauer Hochschule für Ökonomie. «Sie haben die Hoffnung aufgegeben, die progressiven Gruppierungen, die Freiheit und Rechte fordern, für sich einzunehmen, und bemühen sich deshalb um das – zumal wesentlich größere – konservative Lager in der Bevölkerung.»<sup>15</sup>

Es geht nicht nur um Populismus, es scheint gefährlicher zu sein. Kon schrieb: «Ich sehe hier eine Kampagne der Homophobie, Forderungen, irgendetwas zu verbieten, zu schließen [Bars, Treffpunkte, kulturelle Einrichtungen] etc. Das wi-

derspricht ganz eindeutig allgemeinen Tendenzen der Kultur und unserer Gesetzgebung. Und das hängt leider zusammen mit einem umfassenderen Phänomen – nämlich der zunehmenden Xenophobie, dem Hass und der Feindseligkeit gegenüber allem, was anders, was fremd ist.»<sup>16</sup> Nicht nur Kon kommt zu dem Schluss, dass die Hatz auf die Homosexuellen lediglich eine Variante des grassierenden Fremdenhasses sei.

Mit einer Reminiszenz an Martin Niemöller erklärte der eingangs erwähnte Lehrer zu den Motiven seines Protestes: «Es gibt Situationen, wo man nicht länger schweigen darf; (sind Juden und Kommunisten weg, dann kommen sie zu dir, und dann gibt es niemanden mehr, der dich verteidigt). Ich weiß, dass ich mich einsetzen musste für die Rechte dieser Minderheiten, gegen Obskurantismus, gegen Hass, gegen die Spaltung der Nation aufgrund irgendwelcher Merkmale. Und gerade auch deshalb, weil ich nicht schwul bin. Entschuldigung für das Pathos: Aber wir brauchen den Schulterchluss mit diesen Menschen auch deshalb, weil nach ihnen wir dran sind. Es ist der Moment gekommen, wo Schweigen noch gefährlicher ist als Reden. Wir müssen reden, alle zusammen, alle zugleich – und dann werden Angst und Hass wie ein Kartenhaus zusammenfallen.»

Dass LGBT-AktivistInnen in Osteuropa die Unterstützung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung schätzen, mit der Linken aber oft dennoch so ihre Probleme haben, hängt nicht nur mit ihrem Entsetzen über den Kurs der Kommunisten in ihren Ländern zusammen. Westliche Botschafter und EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle waren im Mai beim Christopher Street Day in Chişinău dabei, Münchens Grüne und Sozialdemokraten beim ersten «Marsch für Gleichberechtigung» in Kiew, die PolitikerInnen Volker Beck und Ulrike Lunacek sind in der Region für ihr Engagement bekannt. VertreterInnen der Europäischen Linken, die vor Ort ihre Solidarität zeigen, wären ganz gewiss auch gern gesehen. Und schließlich: Gregor Gysi hat dafür plädiert, Russlands diskriminierten Homosexuellen Asyl in Deutschland zu gewähren. Einige finden es irritierend, wenn hier Solidarität mit den Opfern bekundet und zugleich dort, bei anderen Themen, der Schulterchluss mit den (Mit-)Tätern der homophoben Kampagnen gesucht wird. Beides zugleich dürfte für emanzipatorische Linke nicht gehen.

Michael Glaß ist Projektmanager Osteuropa in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 [www.ilga-europe.org/home/publications/rainbow\\_europe](http://www.ilga-europe.org/home/publications/rainbow_europe). 2 [www.svoboda.org/content/article/24886120.html](http://www.svoboda.org/content/article/24886120.html). 3 <http://community.middlebury.edu/~moss/RGC2.html>. 4 <http://gorkiy.lit-info.ru/gorkiy/articles/article-361.htm>. 5 Zit. nach: [www.cultpress.de/alexzinn\\_dateien/graswurzel.htm](http://www.cultpress.de/alexzinn_dateien/graswurzel.htm). 6 Grau, Günter: Lexikon zur Homosexuellenverfolgung 1933–1945, Münster 2011, S. 287 f. 7 <http://gorkiy.lit-info.ru/gorkiy/articles/article-361.htm>. 8 [http://ukraine-nachrichten.de/strafat-toleranz\\_3654\\_meinungen-analysen](http://ukraine-nachrichten.de/strafat-toleranz_3654_meinungen-analysen). 9 [http://ukraine-nachrichten.de/radaabgeordnete-reichen-gesetzentwurf-verbot-propaganda-homosexualit%C3%A4t\\_3179\\_politik](http://ukraine-nachrichten.de/radaabgeordnete-reichen-gesetzentwurf-verbot-propaganda-homosexualit%C3%A4t_3179_politik). 10 [www.kp.md/daily/article/2813042/](http://www.kp.md/daily/article/2813042/). 11 Unsere Zeit vom 1.2.2013. 12 [www.gaynews.ru/news/article.php?ID=2671](http://www.gaynews.ru/news/article.php?ID=2671). 13 [http://kprf.ru/rus\\_soc/97350.html](http://kprf.ru/rus_soc/97350.html). 14 <http://sexology.narod.ru/info170.html>. 15 [http://russland-heute.de/gesellschaft/2013/03/07/ein\\_gesetz\\_fuers\\_einfache\\_volk\\_22327.html](http://russland-heute.de/gesellschaft/2013/03/07/ein_gesetz_fuers_einfache_volk_22327.html). 16 [www.kp.ru/daily/press/detail/292/h](http://www.kp.ru/daily/press/detail/292/h).

YOUNAS A. CHOWDHRY

## NEUER DEMOKRATISCHER SPIELRAUM IN PAKISTAN

DIE SITUATION NACH DEN WAHLEN AUS LINKER PERSPEKTIVE

Mit den Wahlen 2013 sind in Pakistan die rechts-konservativen Parteien wieder erstarkt. Der Bedeutungsverlust der historisch im Mitte-Rechts-Spektrum positionierten Pakistanischen Volkspartei (Pakistan Peoples' Party – PPP) bei den jüngsten Wahlen und die Konsolidierung der Position des neoliberalen und unternehmerfreundlichen Nawaz-Bündnisses in der Nationalversammlung stellen erhebliche Herausforderungen dar – sowohl für die Linke als auch für liberale Kräfte. Noch steht Pakistans junge Demokratie vor zahlreichen politischen Herausforderungen. Dessen ungeachtet ist jedoch festzuhalten, dass in Pakistans politischer Geschichte ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Das neue politische Klima im Land sollte daher auch aus dieser Perspektive betrachtet werden. Der vorliegende Artikel analysiert die Herausforderungen, denen sich die junge Demokratie stellen muss, die Dynamik des politischen Systems und die Position der pakistanischen Linken innerhalb dieses politischen Rahmens.

### DIE WAHLEN VOM MAI 2013

Das Ergebnis der Wahlen 2013 hat viele Menschen überrascht. Der Sieg der Muslimliga Pakistans (PML-N) unter der Führung von Nawaz Sharif war für viele vermutlich ein Schock, vor allem, weil sowohl die traditionellen als auch die neuen sozialen Medien stets vorhergesagt hatten, dass eine Welle der Veränderung das Land im Sturm nehmen und ein «neues Pakistan» hervorbringen würde. Die pakistanischen Medien, die oft gemeinsam mit den erst in jüngster Zeit politisch aktiven Intellektuellen der Mittelschicht als politische Kraft agieren, sahen zu diesem Zeitpunkt in der Pakistanischen Bewegung für Gerechtigkeit (Pakistan Tehreek-e-Insaf – PTI) den voraussichtlichen Wahlsieger. Der Wahlkampfeslogan dieser Partei war «Naya Pakistan» (Neues Pakistan), und als wichtigstes Ziel hatte sie die Beseitigung der Korruption im Land ausgegeben. Doch das Endergebnis sah anders aus: Die meisten Sitze in der Nationalversammlung wurden von einer traditionellen Partei (PML-N) errungen, während PPP und PTI – mit erheblichem Abstand – nur zweit- bzw. drittstärkste Kraft wurden.

Die im Wahlkampf zu Tage tretenden Dynamiken der politischen Machtverteilung sind jedoch nuancenreicher als gemeinhin angenommen. An dieser Stelle soll weder auf weitergehendere Details noch auf die strukturellen Probleme eingegangen werden, vor denen jeglicher auf einen Wandel abzielende politische Neubeginn steht. Allerdings ist es von Bedeutung, die Herausforderungen nicht aus dem Blick zu verlieren, vor denen diese wachsende Demo-

kratie steht, sowie deren Auswirkungen auf die allgemeine politische Situation.

### DIE GEFAHR EINER MACHTÜBERNAHME DURCH DAS MILITÄR

Bereits direkt nach der Unabhängigkeit Pakistans im Jahr 1947 nahm das Militär die Rolle eines Staates im Staate ein. Dabei agierte es häufig als eine vom Willen der gewählten Regierung völlig losgelöste politische Kraft.

Diktaturen waren – zuletzt unter dem Regime von General Musharraf (1999–2008) – traurigerweise ein bestimmender Teil der politischen Geschichte Pakistans. Jedoch ist die Herrschaft der Militärs seit dem Ende des Musharraf-Regimes völlig diskreditiert. Dies erschwert eine erneute Machtübernahme durch das Militär, da ihr die Unterstützung der Öffentlichkeit fehlt. Hinzu kommt, dass die Armee als Institution durch Skandale weiter an Ansehen verloren hat, vor allem in Verbindung mit ihrer Unfähigkeit, militärische Einrichtungen vor den Angriffen militanter Kräfte zu schützen. Darüber hinaus ist auch die Militäroperation zur Tötung von Osama Bin Laden im Herzen Pakistans wiederholt Anlass zur Kritik an der Armee gewesen. Doch selbst ohne die Ausübung direkter Macht hat sich das Militär tief im Staatswesen verankert und beeinflusst die Innen- und Außenpolitik weiterhin durch seine Geheimdienste wie dem Inter-Services Intelligence (ISI) und dem Military Intelligence (MI). Aktuell könnte die Situation so beschrieben werden, dass das Militär die demokratische Entwicklung und den Übergang zur Demokratie «zulässt».

Die Möglichkeiten des Militärs, die Macht wieder zu übernehmen, werden zudem durch den Einfluss der Vereinigten Staaten in der Region begrenzt. Die durch das Kerry-Lugar-Gesetz<sup>1</sup> an Bedingungen geknüpften Hilfszahlungen für Pakistan über den Coalition Support Fund (CSF) und andere Fonds, halten das Militär in Schach. Teile dieser Bedingungen sind nämlich an die Nicht-Übernahme der Macht durch das Militär geknüpft. Doch angesichts des möglichen Rückzugs der Vereinigten Staaten aus Afghanistan und einem veränderten, nunmehr verstärkt auf innenpolitische Belange konzentrierten Fokus der US-Regierung, ist unklar, ob die USA ihre Haltung beibehalten werden.

### **REGIONALE ZUSAMMENARBEIT ALS ENTWICKLUNGSHerausforderung**

Regionale Zusammenarbeit ist grundlegender Bestandteil von Entwicklung – Pakistan ist Mitglied der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation (South Asian Association for Regional Cooperation – SAARC)<sup>2</sup>. Doch angesichts der Tatsache, dass Pakistan und Indien die Hauptakteure dieses Bündnisses sind, besteht die südasiatische Regionalkooperation im Grunde genommen aus der Kooperation zwischen den beiden Nachbarstaaten. Pakistan und Indien haben drei Kriege gegeneinander geführt und in der Grenzregion kommt es regelmäßig zu kleineren Scharmützeln zwischen beiden Armeen. Jegliche Aussöhnungsbemühungen seitens politischer oder diplomatischer Kreise werden gegenwärtig jedoch durch Angriffe nichtstaatlicher Akteure (militante islamistische Organisationen) torpediert, die mutmaßlich unter dem Einfluss der pakistanischen Armee stehen.<sup>3</sup> Als Folge davon drohen übergeordnete Konflikte, wie etwa der Indus-Wasservertrag,<sup>4</sup> der Regionalhandel und die Stromversorgung über Staaten aus der Region, in den Hintergrund gedrängt zu werden. Die Kaschmir-Frage ist ein weiterer Streitpunkt, der angesichts unzureichender diplomatischer Kanäle zwischen beiden Ländern häufig zu kurz kommt. Ein weiterer Aspekt ist die aus der spezifischen Situation genährte Daseinsberechtigung der pakistanischen Armee: Mit der mutmaßlichen Bedrohung durch Indien kann die pakistanische Armee die Priorität des Verteidigungshaushalts bei Budgetentscheidungen sichern. Das würde sich bei einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan ändern. Daher ist davon auszugehen, dass das Militär selbst einer der Hauptakteure in diesem Prozess ist. Ob dessen Führung davon überzeugt werden kann, an der regionalen Zusammenarbeit mitzuwirken, ist jedoch fraglich.

### **DIE INNENPOLITISCHE KRISE UND DIE ERWARTUNGEN DER WÄHLERSCHAFT**

Auf die neu gewählte Sharif-Regierung warten eine Menge innenpolitischer Herausforderungen, die gut aufeinander abgestimmte politische Maßnahmen erfordern. Denn öffentlich scheint bislang nichts unternommen worden zu sein, um die Energiekrise, die Probleme bei der inneren Sicherheit im ganzen Land und die Probleme mit militanten Gruppierungen zu lösen.

Pakistan kämpft mit schweren Mängeln bei der Energieversorgung. Die Privathaushalte erleben Stromausfälle von durchschnittlich mehr als 12 Stunden pro Tag. Aus unternehmerischer Perspektive hat dies die Textilindustrie – eine Schlüsselindustrie für Pakistan – schwer getroffen, denn in der Folge sind Investitionen wie auch die Industrie selbst nach Bangladesch abgewandert, wo Steuererleichterungen

locken und Strom zudem noch billiger ist. Diese Entwicklung betrifft sowohl die Arbeit in lokalen Betrieben wie auch den Heimarbeitsmarkt. Ein anderes Thema, mit dem lokale UnternehmerInnen ihre Kapitalabwanderung begründen, ist das Präferenzhandelsabkommen zwischen Bangladesch, den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Dieses Abkommen erleichtert den Vertragspartnern den gegenseitigen Zugang zu ihren jeweiligen Märkten. Laut einer vor kurzem veröffentlichten Schätzung der Regierung stehen 40 Prozent der pakistanischen Webstühle mittlerweile in Bangladesch. Der Hauptgrund hierfür ist die schlechte Stromversorgung. Die Energiekrise ist eine direkte Folge der Verschuldungskette. Dieses Problem entstand durch ausstehende Zahlungen der Regierung an unabhängige Stromerzeuger während des Musharraf-Regimes. Interessanterweise ist die Unfähigkeit der PPP-Regierung zur Bewältigung der Energiekrise, einer der Hauptgründe dafür, dass sie nicht wiedergewählt wurde.

Die brenzlige Sicherheitslage in Pakistan, vor allem in Karachi und Quetta, verhindert ausländische Investitionen in der Region. Insbesondere Karachi leidet unter den Mordanschlägen rivalisierender politischer Gruppen. In Quetta kämpft eine nationalistische Bewegung der Belutschen weiterhin gegen die Armee, während militante Splittergruppen einen Genozid an den Hazara verüben.

Die Angriffe militanter Gruppierungen im Norden sind in den letzten fünf Jahren unvermindert fortgesetzt worden. Gerüchten zufolge gibt es sogar ein Angebot der Regierung zu Friedensgesprächen. Angesichts der Ergebnisse vergangener Annäherungsversuche könnte dies jedoch sehr problematisch werden.<sup>5</sup> In Pakistan sind die Taliban anders organisiert als in Afghanistan. Sie agieren in Pakistan als ein Bündnis verschiedener Gruppen unter dem Dach der Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP). Deren Agenda bezieht sich weitestgehend auf Pakistan. Die TTP ist für einen Großteil der politischen Gewalt sowohl im Norden als auch in anderen Landesteilen verantwortlich. Die neue Regierung hat die Möglichkeit eines Friedensabkommens angedeutet. Doch angesichts früherer Erfahrungen bleibt unklar, ob mit einem derartigen Abkommen sichergestellt werden kann, dass militante Gruppierungen ihre Angriffe einstellen.

In der Wahrnehmung der breiten Massen hat das Bild der Regierung vor allem unter der Unfähigkeit zur Lösung dieser Probleme gelitten, und ein bedeutender Teil der Öffentlichkeit wünscht sich eine unverzügliche Lösung. Eine derart oberflächliche Beurteilung der Regierung könnte indes der Armee genau die Vorlage liefern, die sie für einen Putsch benötigt. In der Vergangenheit hat sie das bereits unter der «Doktrin der Notwendigkeit» getan. Für das Militär böte sich so die Möglichkeit zur Rückkehr auf die politische Arena als willkommener «Retter».

### **DIE POSITION DER GEWERKSCHAFTEN UND DER LINKEN**

Seit den 1980er Jahren und der Militärregierung unter Ziaul-Haq unterliegt Pakistan dem Regime der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieses sieht vor, dass das Land sein Haushaltsdefizit verringert. Da es am Verteidigungsbudget keinerlei Kürzungen gab, wurde bei den Entwicklungsausgaben gespart, etwa bei den Mitteln für Schulen, Krankenhäuser und anderen Sozialausgaben, bzw. wurden staatliche Schlüsselindustrien aggressiv privatisiert. Mit einigen dieser Unternehmen wurde gar

versucht, Profit zu machen. So war beispielsweise die Privatisierung der pakistanischen Telekommunikationsgesellschaft (Pakistan Telecommunication Corporation – PTCL) und deren Verkauf an eine in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässige Firma ein riesiger Skandal zu Zeiten der Musharraf-Regierung.<sup>6</sup> An diesem Fall zeigt sich auch der anhaltende Trend zur Privatisierung wichtiger staatlicher Versorgungsunternehmen in Pakistan. Zudem wurde während der Musharraf-Regierung ein Erlass über die Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite (Industrial Relations Ordinance) beschlossen, der in der Privatwirtschaft Leiharbeit und befristete Verträge erlaubt. Das Gesetz ermöglicht es den beauftragten Firmen zudem, für die Erledigung von Aufträgen eigene ArbeiterInnen heranzuziehen. Das Gesetz reduziert daher die Verpflichtung von Unternehmen in den verschiedenen Industriezweigen, für das Wohlergehen der ArbeiterInnen zu sorgen. Gegenwärtig arbeiten in den meisten Fabriken Pakistans sowohl LeiharbeiterInnen als auch Festangestellte, wobei die Zahl derjenigen, die nicht fest angestellt sind, meist höher ist. Diese Situation hat die Macht der Gewerkschaften sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor empfindlich geschwächt. Es wird seine Zeit brauchen, bis sich die Gewerkschaften von diesem Schlag wieder erholt haben. Das Anwachsen der informellen Wirtschaft hat ebenfalls zu einem erheblichen Rückgang der gewerkschaftlichen Organisierung geführt, und dieser Trend hat sich in den letzten zehn Jahren zusehends verstärkt. Eine Organisierung in Unternehmen des informellen Sektors ist schwieriger zu bewerkstelligen. Zudem können in solchen, oft kleinen, Unternehmen Arbeitsrechte und die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisierung leicht unterlaufen werden.

Die Tradition einer linksgerichteten Politik in der pakistanischen Geschichte wird überschattet von US-freundlichen Militärregimes, die kommunistische Parteien, Gewerkschaften, bäuerliche Vereinigungen, Studentengruppen und andere progressive Kräfte mit aller Härte verfolgt haben. Linksgerichtete Gruppen wurden in der Geschichte des Landes immer wieder von Regierungen in den Untergrund gezwungen oder gleich ganz aufgelöst. In der Post-Sowjet-Ära sind von der Linken lediglich Fragmente verschiedener Gruppierungen übrig geblieben, die um Einfluss auf den Mainstream-Diskurs kämpfen. Interessanterweise hat es eine Veränderung hinsichtlich des jahrzehntelangen Ausschlusses der Linken gegeben. Die pakistanische Linke konnte größtenteils an den Wahlen von 2013 teilnehmen. Die bedeutensameren Parteien, wie etwa die Kommunistische Mazdoor-Kissan-Partei (Communist Mazdoor Kissan Party – CMKP), die Kommunistische Partei Pakistans (Communist Party of Pakistan – CPP), die Awami Arbeiterpartei (Awami Worker's Party – AWP) und die Internationale Marxistische Tendenz (International Marxist Tendency – IMT), stellten landesweit in vielen Wahlkreisen KandidatInnen auf. Bemerkenswert war zudem die parteiübergreifende Geschlossenheit. Viele linke Parteien unterstützten häufig Wahlkampagnen anderer Parteien in den jeweiligen Wahlkreisen. Doch die Frage der Klassenzugehörigkeit ist noch immer ein wichtiger Faktor für den Ausgang pakistanischer Wahlen und die Ergebnisse haben bestätigt, dass die Linke als Ganzes noch nicht für einen Wettbewerb um Macht und Ämter gerüstet ist und dies auch noch eine Weile so bleiben wird. Die Ursache hierfür liegt nicht darin, dass es keine Verbindungen des linken Spektrums zu sozialen Bewegungen und Arbeitskämpfen gäbe,

im Gegenteil: Das Ziel der Linken bei den jüngsten Wahlen lag einzig und allein darin, sich als Vertreterin dieser Bewegungen darzustellen und den linken Diskurs in verschiedene Sphären der Öffentlichkeit zu tragen. Doch angesichts der Milliarden Rupien, die von den Parteien des Status Quo ausgegeben wurden, verhallte die Stimme der Linken weitestgehend ungehört.

Die Zukunft der Linken hängt nun davon ab, kreative Ansätze zu finden und neue Analysen zu erarbeiten, um die Barrieren zwischen den Klassen aufzubrechen und dadurch den eigenen Positionen im Mainstream-Diskurs mehr Gewicht zu verschaffen. Hierfür bedarf es eines besseren Verständnisses der Klassenstrukturen in Pakistan, insbesondere bezogen auf die informelle Wirtschaft. Zudem müssen Bündnisse, wenn nicht gar eine starke Einheit, zwischen den Parteien geschaffen und dieser neue demokratische Raum als Ansatz für eine geeinte Front genutzt werden, um gemeinsame Themen effektiver angehen zu können.<sup>7</sup>

## KONTEXT UND PERSPEKTIVEN DES DEMOKRATISIERUNGSPROZESSES

Die Geschichte der pakistanischen Politik sollte als Kontinuum betrachtet werden. Deshalb sollten der im Jahr 2007 von General Musharraf verhängte Ausnahmezustand und die daraufhin entstehende Anwaltsbewegung (Lawyer's Movement) zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung in Pakistan bei diesen Betrachtungen nicht aus dem Blickfeld geraten. Dieser Bewegung gelang die Absetzung eines Diktators. Seither ist in Pakistan viel geschehen. Die Wahlen vom 11. Mai 2013 stellten für die Bewegung einen Höhepunkt der Bemühungen dar, derentwegen sie sich gegründet hatte: der Schaffung eines Demokratisierungsprozesses. In Pakistan fand zum allerersten Mal ein demokratischer Transitionsprozess statt. Auch wenn es – insbesondere angesichts der allgemeinen Tendenz im In- und Ausland, die Perspektive eines historischen Kontinuums beim Blick auf Pakistan auszuschließen – vielleicht nur eine kleine Veränderung zu sein scheint, so hat diese Entwicklung doch einige Bedeutung für die Menschen in Pakistan und insbesondere für die pakistanische Linke.

Erstens muss dabei bedacht werden, dass – unabhängig von den Wahlergebnissen – das System einer zivilen Regierung an die erste Stelle gerückt ist. Wenn WählerInnen sich gestärkt fühlen und beginnen, größere Hoffnungen ins System zu setzen, wird sich in diesem System mit der Zeit ein eigener Prozess der gegenseitigen Kontrolle entwickeln. Wenn den an der Macht befindlichen PolitikerInnen bewusst ist, dass sie sich am Ende ihrer Amtszeit wieder den WählerInnen stellen müssen, anstatt von einem ambitionierten General gestürzt zu werden, so werden sie weiterhin etwas leisten wollen.

Zweitens werden viele PakistanerInnen – auch wenn die Wahlergebnisse für viele AnhängerInnen der Linken wie der Rechten nicht akzeptabel sind – weiterhin eine aktive Rolle einnehmen. Prozesse demokratischer Transition bieten einen neuen politischen Raum, um sich zu versammeln, zu organisieren und Dissens zu äußern. Der hiervon ausgehende Druck sollte aufrechterhalten werden, wann immer die aktuelle Regierung ihre Versprechen gegenüber der Bevölkerung bricht. Aufgabe der Linken ist es hierbei, den durch die Transition entstandenen Freiraum zu nutzen, um die Grenzen des gegenwärtigen politischen Systems aufzuzeigen und gleichzeitig den Diskurs zu Arbeitsfragen in den Vordergrund zu

rücken. Jetzt ist der Zeitpunkt, die breite Öffentlichkeit zu organisieren und jene Alternativen zur Politik rechter Parteien anzubieten, die so lange gefehlt haben.

Drittens muss, auch wenn die gegenwärtige politische Führung aus linker Perspektive nicht ideal ist, diese dabei unterstützt werden, dass sie bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleibt. Dies ist wichtig, weil die Erfahrung gezeigt hat, dass die Alternative für Pakistan normalerweise in einer Militärregierung besteht.<sup>8</sup>

Abschließend lässt sich sagen, dass ein Wandel, wie ihn sich viele für Pakistan wünschen, angesichts der gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse zumindest nicht unmittelbar bevorsteht. Dennoch sollte anerkannt werden, dass den Menschen in Pakistan eine historische Entwicklung gelungen ist, die letztendlich in diese Richtung weisen könnte.

Younas Chowdhry ist ein politischer Aktivist aus Pakistan.

Er ist Leiter des Laal-Theaters und Mitglied der Kommunistischen Mazdoor-Kissan-Partei (CMKP).

Kontaktaufnahme zu Younas Chowdhry ist per E-Mail unter folgender Adresse möglich: younas.chowdhry@gmail.com

**1** Dabei handelt es sich um ein vom US-Kongress verabschiedetes Gesetz, mit dem für Pakistan 1,5 Mrd. US-Dollar an zivilen Hilfen für den Zeitraum von 2010 bis 2014 bewilligt wurden. **2** Weitere SAARC-Mitgliedsstaaten sind Indien, Sri Lanka, Bangladesch, Afghanistan, Bhutan, Nepal und die Malediven. **3** Der jüngste Fall war ein terroristischer Anschlag in Mumbai (2008), der von der militanten Gruppierung Lashkar-e-Taiba (LeT) verübt wurde, die derzeit meist als Jamat-ud-Dawa-Gruppe bekannt ist. Die LeT wurde von der pakistanischen Armee als Erfüllungsgehilfe in der Auseinandersetzung mit Indien ins Leben gerufen. Hafiz Saeed, der Chef dieser Gruppe, kann sich völlig unbehelligt durch Pakistan bewegen und wird vermeintlich durch den Geheimdienst ISI geschützt. **4** Der Indus-Wasservertrag regelt die Wassernutzung zwischen Indien und Pakistan. Der Fluss fließt vom indischen Indus-Bekken nach Pakistan. Pakistan bekämpft gegenwärtig den Bau von Staudämmen am Indus und an dessen Nebenflüssen auf indischer Seite, die durch die Region Kaschmir weiter nach Pakistan fließen. **5** Nach einem einmonatigen Aufstand in der Swat-Region (Malakand) unterzeichnete die Regierung im Jahr 2009 ein Friedensabkommen mit den militanten Gruppierungen, mit dem sie ihnen das Gebiet überließ und die Einrichtung islamischer Gerichte sowie einer Parallelregierung erlaubte. Dies führte zu einem Regime des Terrors in der Region. Schon bald darauf brachen die militanten Gruppierungen das Abkommen, indem sie einen Angriff im Distrikt Buner verübten, der außerhalb des ihnen zugestandenen Territoriums liegt. Darauf reagierte die Regierung mit einer bis heute andauernden militärischen Offensive. **6** Die Privatisierung der PTCL hatte auch die Entlassung von 60 Prozent der Angestellten (von insgesamt 65.000 MitarbeiterInnen) sowie die Anstellung von Leih- und ZeitarbeiterInnen zur Folge. Eine der mächtigsten Gewerkschaften des Landes wurde auf diese Weise massiv geschwächt. **7** Ein Beispiel dafür, wie der Diskurs des linken Flügels auf kreative Art und Weise aktuell und mainstream-tauglich gemacht werden kann, ist die Strategie der CMKP mit ihrer kulturellen Bewegung LAAL (zu Deutsch: Netzwerk). Diese Bewegung fungiert als kulturelles Dach mit einer Band, einem Theater, einer großen Präsenz und Vernetzung im Bereich der sozialen Medien, RegisseurInnen von Spiel- und Dokumentarfilmen, AutorInnen aus der Arbeiterklasse sowie einer Jugendgruppe. Diese Initiative hat den Diskurs des linken Spektrums einer breiten Öffentlichkeit wieder ins Bewusstsein gebracht und den Sozialismus attraktiv gemacht. Andere Organisationen haben diese Vorgehensweise aufgegriffen, so dass auch dort eine ähnlich gelagerte Neuorientierung stattfindet. **8** Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die durch die Justiz veranlasste Entlassung von Premierminister Yousaf Raza Gillani im Jahr 2012. Der aus derselben Partei stammende Pervez Ashraf wurde daraufhin ernannt, diesen Posten bis zum Ende der Amtszeit in 2013 zu bekleiden.

TORGE LÖDING

## TRAUM VON EINER LINKEN PRÄSIDENTIN IN HONDURAS

XIOMARA CASTRO KÖNNTE ENDE NOVEMBER ERSTE PROGRESSIVE STAATSCHEFIN DES MITTELAMERIKANISCHEN LANDES WERDEN

Am 24. November 2013 sind in Honduras Präsidentschaftswahlen. Erstmals in der Geschichte des mittelamerikanischen Landes könnte mit Xiomara Castro eine progressive Kandidatin Staatschefin der knapp acht Millionen HonduranerInnen werden. Die Gattin des 2009 bei einem Putsch gestürzten Manuel Zelaya liegt mit ihrer Partei Freiheit und Neugründung (LIBRE) in Umfragen mit bis zu 33 Prozent um zehn Prozentpunkte vor Juan Orlando Hernández – Kandidat der regierenden Nationalen Partei (PNH) und seit 2009 auf der Seite der PutschistInnen. LIBRE führt in den Umfragen, obwohl die Mächtigen des Landes mithilfe des Militärs Angst und Schrecken verbreiten und Menschenrechte mit Füßen treten. Aufgrund des Wahlgesetzes darf Zelaya selbst übrigens nicht ein weiteres Mal für das Präsidentenamt kandidieren.

### REPRESSION – VOR ALLEM GEGEN INDIGENE

Wer in Honduras für seine Rechte auf die Straße geht, muss um Leib und Leben fürchten. Seit dem Putsch am 28. Juni 2009 sind nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mindestens 26 JournalistInnen ermordet worden. Auch zahlreiche AktivistInnen werden verfolgt, verschleppt oder ermordet. Seit Ende September 2013 versteckt sich die indigene Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres, nachdem ein Gericht in La Esperanza Vorbeugehaft gegen die Koordinatorin des Rates der indigenen Organisationen von Honduras (COPINH) verhängt hat. Ihre Mitstreiter Tomás Gómez und Aureliano Molina wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Diese Urteile stehen in Zusammenhang mit den seit Monaten andauernden Protesten gegen das Staudammprojekt Agua Zarca in der Region Río Blanco, wo das Unternehmen DESA Anzeige gegen die protestierenden AnwohnerInnen erstattet hatte. Mit den Urteilen folgte das Gericht den Forderungen der Staatsanwaltschaft und des Unternehmens. Zu den Nutznießern gehört der deutsche Turbinenhersteller Voith Hydro, ein Joint Venture mit Siemens, der Turbinen und weiteres Equipment für das umstrittene Projekt liefert.<sup>1</sup>

Agua Zarca ist eines von Dutzenden Staudammprojekten privater InvestorInnen in Mittelamerika, die mit Krediten der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank finanziert werden. Anstatt «grüne Energie» zu erzeugen, zerstören diese Megaprojekte fruchtbares Land, auf dem die indigene Bevölkerung seit Jahrhunderten lebt.

Zusätzlich zu der Vorbeugehaft gegen Berta Cáceres und die Bewährungsauflagen für die beiden anderen Indigenen

ordnete die Richterin Lissien Knight die Räumung der friedlichen Straßenblockaden an, welche AnwohnerInnen seit April 2013 aufrechterhalten. Mitte Juli war der indigene Gemeindeführer Tomás García bei einer Demonstration von einem Soldaten erschossen worden. Seither erlebt die Region eine zunehmende Militarisierung. Diese Tendenz ist überall dort im Land zu beobachten, wo sich Widerstand gegen das herrschende Entwicklungsmodell regt, wie zum Beispiel im fruchtbaren Aguán-Tal im Norden Honduras': In dem seit nunmehr vier Jahren andauernden Konflikt zwischen KleinbäuerInnen und den teils uniformierten Pistoleros der Oligarchie sind mehr als 60 BäuerInnen ums Leben gekommen, während sie ihr Land gegen die wie Krebsgeschwüre wuchernden Palmöl-Plantagen zu verteidigen versuchten.

«Dieser Militarisierung des Landes stellen wir uns entgegen», sagt Bartolo Fuentes, LIBRE-Kandidat für ein Abgeordnetenmandat im Department Yoro. Sollte der Sieg am 24. November gelingen, werde zuerst die kürzlich ins Leben gerufene Militärpolizei wieder abgeschafft. «Denn dabei handelt es sich um ein Repressionsinstrument der Herrschenden und nicht um ein Mittel der Verbrechensbekämpfung», versichert Fuentes. Diese umstrittene Elitepolizei ist das Lieblingsthema des nationalistischen Präsidentschaftskandidaten Juan Orlando Hernández. Der Putschunterstützer und aufgrund seiner Kandidatur ausgeschiedene Parlamentspräsident benutzt die bekannte Rhetorik der «harten Hand» und wirft seiner Herausforderin Xiomara Castro vor, den Kriminellen freie Bahn lassen zu wollen. In der Tat ufert die Kriminalität in dem ärmsten Land Mittelamerikas, mit der

gleichzeitig extremsten Kluft zwischen arm und reich, seit ein paar Jahren aus. Mit 92 gewaltsamen Todesfällen auf 100.000 EinwohnerInnen<sup>2</sup> führte Honduras die weltweite Mordrate 2011 an, und die Industriestadt San Pedro Sula gilt immer wieder als die gefährlichste Stadt der Welt. Mittlerweile ist Honduras auch nicht mehr nur ein Durchgangsland für Drogen, sondern auch eine Lagerstätte. Die Militarisierung zahlreicher Regionen hat diesen Prozess nicht verlangsamt, sondern offenbar gefördert.

### **LIBRES ALTERNATIVEN**

«Wir wollen die Entmilitarisierung der Gesellschaft, denn Soldaten lernen, Kriege zu führen, aber nicht Polizeiaufgaben zu übernehmen», sagte Bartolo Fuentes. Statt im Inneren sollten sie an der Grenze eingesetzt werden, um den Drogenschmuggel dort zu unterbinden. Das Programm von LIBRE setzt auf die Stärkung der Ermittlungsfähigkeiten bei der Polizei, denn Aufklärung von Verbrechen findet in der Regel nicht statt. Außerdem müssten korrupte PolizistInnen vom Dienst suspendiert werden, und eine neue Kommunalpolizei sollte direkt von den Gemeinden kontrolliert werden.

Hinter vielen Gewalttaten sieht Präsidentschaftskandidatin Xiomara Castro aber vor allem politisches Kalkül: «Wenn gesagt oder geschrieben wird, der Putsch sei vorüber, dann ist das simple Rhetorik. Die politische Gewalt gegen die Opposition geht weiter.» Und tatsächlich haben Drohungen und Übergriffe gegen KandidatInnen mehrerer Parteien in den vergangenen Monaten weiter zugenommen. Am stärksten davon betroffen sind AktivistInnen der Partei LIBRE, die aus Teilen der Widerstandsbewegung gegen den Putsch 2009 hervorgegangen ist. Am 23. Oktober 2013 wurde der Kameramann und LIBRE-Aktivist Manuel Murillo erschossen. Am 30. Oktober berichtete die ehemalige Vize-Außenministerin unter Präsident Manuel Zelaya, Beatriz Valle, von Morddrohungen gegen ihre Person – sie verließ daraufhin vorläufig das Land. Am 15. Oktober wurde Elvin Hernández von Unbekannten ermordet. Hernández kandidierte für LIBRE im Department Yoro als stellvertretender Abgeordneter. Laut der Menschenrechtsorganisation COFADEH wurden seit Juni 2012 mindestens 16 LIBRE-AktivistInnen umgebracht. Am 14. September wurde Freddy Lemus, Bürgermeister von Santa Lucía im Department Intibuca, ermordet. Lemus kandidierte erneut für die Nationale Partei für den Bürgermeisterposten. Anfang August wurden der Kongresskandidat Carlos Alberto Zelaya und ein weiterer Aktivist der Antikorruptionspartei (PAC) angeschossen, als sie eine Parteiveranstaltung in Tegucigalpa vorbereiteten.

### **PARTEIEN-DUOPOL AUFGEBOCHEN**

Das Rennen um die Präsidentschaft wird am 24. November zwischen LIBRE und der Nationalen Partei entschieden, das scheint sicher. Bis zum Putsch 2009 hatten Nationale und Liberale Partei (PLH) das Regierungssamt untereinander hin- und hergeschoben. Manuel Zelaya war 2005 für die Liberalen zum Präsidenten gewählt worden, auch seine Frau Xiomara war Mitglied dieser Partei. Aber seit ihrer Verwicklung in den Putsch haben die Liberalen ihre Glaubwürdigkeit verloren: Sie liegen in den Umfragen abgeschlagen auf dem dritten Platz und ihr Kandidat Mauricio Villeda sieht sich bei seinen Auftritten immer wieder mit Protestierenden konfrontiert, die seine Rolle im Putsch kritisieren. Dem ultrarechten ehemaligen Generalstabschef Romeo Vásquez Velasquez, vor viereinhalb Jahren für die Durchführung des

Putsches verantwortlich, wird für seine Partei Patriotische Allianz (ALIANZA) indes nur das Ergebnis einer Splitterpartei von ein bis drei Prozent vorausgesagt. Auf diesem Niveau werden wohl auch die anderen Parteien abschneiden, darunter die Antikorruptionspartei und die sozialdemokratische Splittergruppe PINU. Linke WählerInnen haben weder dieser Partei, noch der kleinen Linkspartei Demokratische Einheit (UD) verziehen, dass sie sich Ende 2009 nicht am Boykott der vom Militär inszenierten Wahlen beteiligten, um ihre Parteiprivilegien nicht zu verlieren. Damals kehrten der UD massiv Mitglieder den Rücken, die sich heute vor allem in LIBRE wieder am politischen Leben beteiligen. Bei den aktuellen Wahlen unterstützt die UD gemeinsam mit der neu gegründeten «Widerstandsfront» FAPER den Präsidentschaftskandidaten Andrés Pavón, der in den Monaten nach dem Putsch zunächst in der großen Nationalen Front des Volkswiderstands (FNRP) aktiv war, sich dann aber aus persönlichen Gründen trennte und seine eigene, kleine Konkurrenzorganisation gründete. Mehr aus Prinzip als aus Hoffnung auf ein gutes oder auch nur sichtbares Wahlergebnis kandidiert zudem die sich als trotzkistisch verstehende Sozialistische Arbeiterpartei (PST).

### **ZELAYAS POLITISCHES ERBE**

Der LIBRE-Kandidat Bartolo Fuentes sieht in den verschiedenen Kandidaturen, die auf WählerInnen aus dem linken Lager abzielen, allerdings keine ernsthafte Konkurrenz: «Es ist bedauerlich, dass auch Kräfte aus dem Anti-Putsch-Lager gegen uns antreten, aber an unserem Wahlsieg wird das nichts ändern.» Der Gründungsprozess von LIBRE als Partei war seit seinem Beginn 2011 stets begleitet von kontroversen Debatten in der politischen und sozialen Bewegung zu der Frage, ob die Gründung einer Partei mit Mitgliedern aus den Reihen der Nationalen Front des Volkswiderstands (FNRP) überhaupt wünschenswert sei und wenn ja, was für einen Charakter die neue Partei haben sollte. Diese Debatte ist angesichts der Wahlen nun erst einmal beendet – radikale soziale Organisationen wie der Indígena-Verband COPINH haben sich LIBRE indes nicht angeschlossen. Sie unterstützen aber auch keine konkurrierende Organisation und rufen auch nicht zum Wahlboykott auf.

Offen bleibt der künftige Charakter der Partei LIBRE, mit ihren fünf Strömungen. Die wichtigsten und größten Antagonisten sind die liberalen AnhängerInnen von Manuel Zelaya auf der einen und die aus der sozialen Bewegung stammenden VertreterInnen der «Widerstands-Volksfront» FRP auf der anderen. Einige traditionsreiche AktivistInnen der sozialen Bewegung, wie der einflussreiche, unabhängige Gewerkschafter Carlos H. Reyes, haben sich unterdessen entschieden, nicht in Konkurrenz zu treten, sich aber auch nicht aktiv an der Partei zu beteiligen.

Die liberale Strömung besteht vor allem aus ehemaligen Mitgliedern der Liberalen Partei, deren politisches Projekt die Gründung einer neuen sozial-liberalen Formation ist und sich positiv auf den von Zelaya in seiner Präsidentschaft proklamierten «libertären Sozialismus» bezieht. Die FRP indes möchte das politische System grundlegend umgestalten und wird dabei auch von kommunistischen Gruppen wie Los Necios<sup>3</sup> unterstützt. Einer der führenden Köpfe der FRP ist der Kandidat Bartolo Fuentes aus dem Department Yoro. Er definiert sich als «demokratischer Sozialist», obwohl der Begriff eigentlich redundant sei, denn Sozialismus könne ohne Demokratie nicht umgesetzt werden. Für Honduras müsse

es einen eigenen Weg geben, Modelle anderer Staaten könnten nicht kopiert werden. Gebrochen werde soll die Diktatur der 100 reichsten Familien des Landes, damit an ihre Stelle eine Gesellschaft mit Entwicklung und Gerechtigkeit treten könne. Von den Megaprojekten, die das herrschende kapitalistische Entwicklungsmodell Honduras aufgezwingen habe, distanziert er sich. Mit einer LIBRE-geführten Regierung würde es keine neuen Staudammprojekte wie in Agua Zarca geben. Bestehende Staudämme sollten aber nicht abgerissen, sondern zugunsten der Anrainergemeinden genutzt werden. Private BetreiberInnen müssten auf Profite verzichten oder würden enteignet. Edelmetall-Tagebau soll grundsätzlich gestoppt werden, versichert er. Erfahrungen wie die Goldmine im Valle de Siria zeigten, dass Extraktivismus nur in ein soziales und ökologisches Disaster führen könne. Diese Einschätzung sei Konsens in seiner Partei.

Xiomara Castro nimmt als Präsidentschaftskandidatin eine Klammerfunktion zwischen den verschiedenen Strömungen in ihrer Partei ein. Fraglos steht sie eher den LIBRE-Liberalen näher, aber im Wahlkampf hat sie sich mit eigenständigen Forderungen profiliert. Während sie zur Regierungszeit ihres Mannes als First Lady eher farblos geblieben war, schlossen sie sehr viele HonduranerInnen ins Herz, als sie nach dem Putsch im Land blieb und mutig für die Rückkehr der Demokratie stritt.

## NEUGRÜNDUNG UND ALBA

Einigkeit besteht bei LIBRE über zwei strategische Punkte: Erstens werde Honduras nach einem Wahlsieg umgehend wieder dem von Venezuela initiierten Petrocaribe-Abkommen beitreten und eine schnelle Wiederaufnahme in die ALBA-Wirtschaftsallianz der progressiven Staaten Lateinamerikas anstreben. Der zweite findet sich im Namen der Partei für «Freiheit und Neugründung»: Eine verfassungsgebende Versammlung nach dem Vorbild von Bolivien und Ecuador soll anberaumt werden; die neue Verfassung soll dann die Demokratie vertiefen und eine soziale Ausrichtung des Staates festschreiben. Auf diese Weise sollen auch die PutschistInnen von 2009 entmachtet werden, die den Staatsapparat zu großen Teilen beherrschen: Sie stellen die Staatsanwaltschaft und die Menschenrechts-Beauftragten und bekleiden viele andere Verwaltungsämter, die sie nach dem Putsch eingerichtet haben. Auf parlamentarischem Weg werden diese AmtsinhaberInnen vermutlich nicht auswechselbar sein, denn auch wenn Xiomara Castro die Präsidentschaft gewinnt, wird die Fraktion von LIBRE über keine parlamentarische Mehrheit verfügen und sich einer rechten Fundamentalopposition von Nationaler und Liberaler Partei gegenüber sehen. Wie schon ihr Mann während seiner Präsidentschaft wäre dann auch Castro in erster Linie auf das Regieren per Dekret angewiesen. Deshalb stellt sich die Frage, ob sie – auch im Falle eines Wahlsiegs – die Erwartungen ihrer UnterstützerInnen überhaupt erfüllen könnte. Darüber hinaus ist bekannt, dass die in Honduras herrschende Oligarchie aggressiv jedes noch so kleine Privileg verteidigt und auch vor dem Anzetteln eines Putsches nicht zurückschreckt.

Die Themen ALBA-Mitgliedschaft und Verfassungsgebende Versammlung waren ja auch die Punkte, welche die VertreterInnen der honduranischen Oligarchie im Jahr 2009 gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Manuel Zelaya auf den Plan riefen: Im Januar des Jahres trat Honduras mittels Präsidentendekret dem ALBA bei und am 28. Juni sollte das Wahlvolk in einem Referendum über die

Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung abstimmen. Dagegen schritt das Militär ein, blies das Referendum ab und entführte den Präsidenten im Schlafanzug aus dem Regierungssitz über eine honduranische US-Airforcebasis zunächst nach Costa Rica. Als Chef der neuen Regierungsjunta wurde Zelayas innerparteilicher Widersacher und Parlamentspräsident Roberto Micheletti von der Liberalen Partei eingesetzt.

Offenbar hatte die Oligarchie aber die Rechnung ohne die soziale Bewegung gemacht: Während an Manuel Zelayas Wahlsieg 2005 keine großen Hoffnungen geknüpft gewesen waren, hatte er mit seiner sensiblen Sozialpolitik viele Menschen auf seine Seite gezogen. Die honduranische Bevölkerung antwortete auf den kalten Putsch mit einer Massenbewegung, wie es sie nie zuvor in diesem Land gegeben hatte. In den Jahrzehnten vor Zelayas Wahlsieg schien Honduras politisch entleert, soziale Organisationen und Gewerkschaften waren in der Defensive und die politische Linke führte ein Schattendasein. Der Drang nach gesellschaftlicher Veränderung war dem Drang gen Norden gewichen, kaum ein junger Mensch interessierte sich für die politischen Verhältnisse im eigenen Land, sondern vielmehr für eine Zukunft in den USA.

## DER WIDERSTAND IST WEIBLICH

Auffällig an der sozialen Bewegung, die sich aus dem Widerstand gegen die reaktionären PutschistInnen entwickelt hat, war von Anfang an die starke Beteiligung von Frauen. Weil die mittelamerikanischen Gesellschaften stark vom Machismus geprägt sind, spielen Frauen im öffentlichen Leben nur eine Nebenrolle und leiden deshalb doppelt unter Armut und Unterdrückung. In Honduras durchbrachen Kleinbäuerinnen, Arbeiterinnen und Hausfrauen dieses System, eroberten die Straßen und Plätze und boten den PutschistInnen die Stirn. «Sie leisteten Widerstand, denn sie sind der Ungerechtigkeit, Gewalt, Ausbeutung, Erwerbslosigkeit überdrüssig. Sie sind es leid, dass sich eine kleine Minderheit den Reichtum unter den Nagel reißt, während die große Mehrheit nichts hat», sagte Alicia Reyes von der oppositionellen Rundfunkstation Radio Progreso im Department Yoro. Dieser Jesuitensender spielt seit dem Putsch eine wichtige Rolle für die Selbstorganisation der Opposition, genauso wie die vielen Kommunalradios.<sup>4</sup> Über das Radio organisierten sie sogar Nachbarschaftskomitees zur Selbstversorgung und Kinderbetreuung, damit Mütter ihren Nachwuchs nicht auf die Demonstrationen mitnehmen mussten. Die feministische Journalistin und Sängerin Klara Lara wurde zu einer der bekanntesten Stimmen dieses neuen Selbstbewusstseins.

## PUTSCH UND MEHR GEWALT

Die Antwort von Putschistenregime und Militär war brutal: Menschenrechtsverletzungen wurden zum Tagesgeschäft, JournalistInnen und KritikerInnen verfolgt und ermordet. Auch die Zahl der Vergewaltigungen und Morde an Frauen («femicidios») stieg massiv an. Internationale Aufrufe hatten indes weit weniger Wirkung als die Selbstorganisation der Bevölkerung, das wurde schnell klar. Auch die Inszenierung von Wahlen im November 2009 unter totaler Kontrolle des Militärs wurde als das erkannt und zurückgewiesen, was sie war: eine Farce. Diese entschied der Putschist Porfirio Lobos Sosa von der Nationalen Partei für sich und geriet dann doch mit Sektoren der PutschistInnen aneinander, die sich in

ihren lukrativen Geschäften durch sein Regierungshandeln gestört sahen. Seine Regierung kam in den vergangenen vier Jahren dann auch ein ums andere Mal ins Schlingern, trotz aller Repression wird Lobos als schwacher Präsident in die Geschichte eingehen.

Die Knute der Reaktion konnte am Ende aber nicht verhindern, dass eine neue soziale Bewegung entstand ist: Bei den kommenden Wahlen liegt mit LIBRE erstmals eine Partei vorne, die nicht aus dem seit Jahrzehnten herrschenden Duopol entstanden ist und darüber hinaus ein progressives Programm vertritt. Der tatsächliche Wahlausgang bleibt natürlich offen – ebenso wie die Frage, was die PutschistInnen von 2009 tun werden, wenn es Xiomara Castro am Ende gelingen sollte, mit den in den Umfragen vorausgesagten rund 33 Prozent stärkste Kandidatin zu werden. «Mit großer Sorge beobachten wir die Gefahr eines Wahlbetrugs», berichtet Dunia Montoya vom alternativen Kommunikationszentrum Comun. Anfällig sieht sie den Bereich der Übermittlung der Daten aus den Wahlbüros an das Wahlamt. Erstmals werden diese gescannt und digital weitergeleitet. «Es gibt eine internationale Medienfirma, die den Putsch unterstützte und

kürzlich ein Operationszentrum in einem Hotel in San Pedro Sula aufgebaut hat. Hier könnte das Abfangen und Fälschen von Daten vorbereitet werden», sagt die Kommunikationsexpertin. Beweisen könne sie indes nichts. Und was tun, wenn am Ende dann doch Belege für einen Wahlbetrug auftauchen? «Massenproteste, wie schon 2009!», antwortet Bartolo Fuentes. Ob das etwas bringt, bleibt fraglich. Auch in Mexiko haben Massenproteste nie dazu geführt, dass ein Wahlergebnis verändert worden ist. Aber vielleicht erfüllt sich in Honduras nun ja doch der Traum vom demokratischen Wandel und der nationalen Neugründung.

Torge Löding leitet das Auslandsbüro Mexiko/Zentralamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko-Stadt.

1 Vgl. [http://www.quetzal-leipzig.de/nachrichten/honduras/\\_honduras-kritische-fragen-an-deutschen-turbinenhersteller-voith-hydro-19093.html](http://www.quetzal-leipzig.de/nachrichten/honduras/_honduras-kritische-fragen-an-deutschen-turbinenhersteller-voith-hydro-19093.html). 2 Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/3214/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-den-meisten-mordfaellen-pro-100000-einwohner/>. 3 Vgl. <http://www.losnecios.com/index.php/opinion-necia/73-por-la-defensa-de-la-soberania-y-la-dignidad-de-la-patria-izquierda-socialista-de-honduras>. 4 Vgl. dazu ein Beitrag im Onda Info 316: <http://www.npla.de/de/onda/content/1297>.

JULIO C. GAMBINA

## VIELE UNGEWISSHEITEN

### ZUR SITUATION IN ARGENTINIEN NACH DEN PARLAMENTSWAHLEN

Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2013 steht fest: Argentiniens Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner wird 2015 nicht erneut für das höchste Staatsamt kandidieren können. Das schwache Wahlergebnis ihrer Partei Frente para la Victoria (FPV – Front für den Sieg) und ihrer Verbündeten erlaubt ihr keine entsprechende Verfassungsänderung. Auch der extraktivistische Wirtschaftskurs wird weder vom Regierungslager noch von der bürgerlichen Opposition grundsätzlich infrage gestellt. Gegen Inflation und Energiekrise sind ebenfalls keine schnellen Erfolge in Sicht. Die zersplitterte Linke geht leicht gestärkt aus den Wahlen hervor, ein gemeinsames antikapitalistisches Projekt ist jedoch nicht zu erkennen.

Mit den Parlamentswahlen am 27. Oktober 2013 kann Argentinien auf 30 Jahre Erfahrungen mit verfassungsgemäß an die Macht gekommenen Regierungen (1983–2013) zurückblicken. Gewählt wurden diesmal die Hälfte der Abgeordneten (127) und ein Drittel der SenatorInnen (24). Die Wahl läutete das mit Spannung erwartete Rennen um die Aufstellung der KandidatInnen für die nächste Präsidentschaftswahl ein, die in zwei Jahren stattfinden wird. Die amtierende Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner war 2011 zwar mit mehr als 54 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden, kann sich aber erst nach Beendigung der kommenden Amtsperiode (2015–2019) wieder zur Wahl stellen. Die argentinische Verfassung untersagt eine erneute Kandidatur nach zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten.

Bei den aktuellen Wahlen ging es nicht nur um die Neuverteilung eines Teils der Sitze im nationalen Parlament, sondern auch um die Neubesetzung der Provinz- und Gemeindeparla-

mente. Die verschiedenen politischen Lager sind seitdem dabei, neue Koalitionen zu schmieden und Themen abzustecken, um für das Management des Kapitalismus in Argentinien auch in der nächsten Regierungsperiode gewappnet zu sein.

#### WAHLERGEBNISSE

An den Wahlen zum Abgeordnetenhaus durften 30.635.465 Personen teilnehmen. Den offiziellen Angaben<sup>1</sup> zufolge gab es 22.590.227 gültige Stimmen (das entspricht 95,55 Prozent aller abgegebenen Stimmen). 723.498 Personen (3,06 Prozent der WählerInnen) haben einen leeren Stimmzettel abgegeben, 309.093 (1,31 Prozent) der abgegebenen Stimmen gelten als ungültig, bei 18.298 (0,08 Prozent) der Stimmzettel wurde eine Überprüfung angeordnet. Es wurden fast sieben Millionen Stimmenthaltungen gezählt (das entspricht etwa 23 Prozent aller Wahlberechtigten), die Wahlbeteiligung war also überdurchschnittlich.

#### Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus

Politische Gruppierungen	Stimmen 2013	Anteil in %	voraussichtl. Anzahl der Sitze
FRENTE PARA LA VICTORIA Y ALIADOS – Front für den Sieg und Verbündete	7.487.839	33,15	132
UCR, PARTIDO SOCIALISTA Y ALIADOS – Radikale Bürgerunion, Sozialistische Partei und Verbündete	4.829.679	21,38	54
FRENTE RENOVADOR Y ALIADOS – Erneuerungsfrente und Verbündete	3.847.716	17,03	19
EL PRO Y ALIADOS – Republikanische Antwort und Verbündete	2.033.459	9,00	18
UNEN – Allianz UNEN	581.096	2,57	7
FIT Y ALIADOS – Front der Linken und Arbeiter sowie Verbündete	1.154.657	5,11	3
UNIÓN POR CÓRDOBA – Einheit für Córdoba	515.848	2,28	3
UNIDOS POR LA LIBERTAD Y EL TRABAJO – Gemeinsam für Freiheit und Arbeit	469.336	2,08	3
MPN – Volksbewegung Neuquén	132.217	0,59	3
OTROS – Sonstige	1.538.380	6,81	15

Die Situation im Senat, der zweiten Kammer des Parlaments, stellt sich ähnlich dar. Daraus ergibt sich folgendes politisches Gesamtbild:

1. Das Regierungskoalition (Frente para la Victoria y Aliados) bleibt die deutlich stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus mit 132 Sitzen. Für die einfache Mehrheit sind 129 Sitze erforderlich. Auch kann sie auf die Unterstützung anderer politischer Bündnisse zählen, wie zum Beispiel der Volksbewegung Neuquén. In den Gruppierungen, die dem Regierungslager nahestehen, finden sich zudem mehrere mögliche Präsidentschaftskandidaten, darunter der jetzige Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Daniel Scioli, der Gouverneur der Provinz Chaco, Jorge Capitanich, und der Gouverneur der Provinz Entre Ríos, Sergio Urribarri. Alle drei spielen in der peronistischen Gerechtigkeitspartei (Partido Justicialista) eine wichtige Rolle. In den nächsten zwei Jahren können sich natürlich auch noch andere Optionen innerhalb des peronistischen Lagers herausbilden.

2. Die wichtigste Oppositionsgruppe innerhalb des Systems ist ebenfalls aus dem Peronismus hervorgegangen. Sie setzt sich aus Abspaltungen der Regierungspartei zusammen und hat ihre Wurzeln im historischen, nicht-kirchneristischen Peronismus. Besonders hervorzuheben sind die Frente Renovador (Erneuerungsfrent) unter der Führung von Sergio Massa und die Unión por Córdoba. Sie hat auch das Potenzial, sich mit anderen Gruppierungen zusammenzuschließen. Infrage kommt hierfür das Bündnis El PRO y Aliados unter der Führung von Mauricio Macri. Der Einstieg des rechten Bürgermeisters von Buenos Aires in die Politik erfolgte mithilfe des peronistischen Expräsidenten Carlos Menem (1989–1999). Ein weiterer möglicher Partner ist eine Minderheitsfraktion innerhalb der UNEN, einem Wahlbündnis in der Hauptstadt.

Die wichtigsten möglichen Präsidentschaftskandidaten aus diesem Lager sind Sergio Massa, der ehemalige Kabinettschef der ersten Regierung von Cristina Fernández de Kirchner, und Mauricio Macri. Beide könnten in Zukunft eine Allianz eingehen, auch wenn sie zum jetzigen Zeitpunkt lieber einzeln auftreten. Sie repräsentieren das Lager rechts von der gegenwärtigen Regierung. Sie kritisieren die bolivarianische Allianz ALBA, vor allem die enge Zusammenarbeit mit Venezuela, Bolivien und Ecuador, und weitere Zusammenschlüsse innerhalb der lateinamerikanischen Region. Stattdessen sprechen sie sich für eine erneute Annäherung an die USA aus.

3. Die andere systemkonforme Opposition, die linksliberale Allianz von Radikalen und Sozialisten (Unión Cívica Radical/UCR, Partido Socialista y Aliados), könnte sich mit der Mehrheit der UNEN und anderen Gruppierungen in den Provinzen und Gemeinden zusammenschließen. Julio Cobos aus der Provinz Mendoza ist der wahrscheinlichste Kandidat dieses Lagers für die Präsidentschaftswahl 2015. Er war ursprünglich in der UCR (der Regierungspartei unter Raúl Alfonsín [1983–1989] und später unter Fernando de la Rúa [1999–2001]). Cobos war 2007 bis 2011 Vizepräsident von Kirchner. Auch Hermes Binner, Anführer der Sozialisten und Gouverneur der Provinz Santa Fe (2007–2011), strebt eine Kandidatur an. Bei den Wahlen im Jahr 2011 erreichte er mit 40 Prozentpunkten Rückstand den zweiten Platz hinter Kirchner. Es gibt noch weitere mögliche BewerberInnen für das Präsidentenamt in diesem politischen Spektrum, die im Vorfeld der nächsten Wahlen sicherlich in Erscheinung treten werden. Sie gehören den demokratischen Liberalen und auch den Sozialdemokraten an.

4. Die Opposition «gegen das System», der Zusammenschluss der Trotzlisten mit anderen linken Kräften (FIT y Aliados), vertritt antikapitalistische und prosozialistische Positionen. In diesem Umfeld ist auch die neue Linke angesiedelt, die in einigen Provinzen KandidatInnen aufgestellt hat, die bei den Wahlen unterschiedlich abschnitten, von denen es jedoch keine/r ins Bundesparlament schaffte. Sie ist auch in den sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und Studentenverbänden präsent und steht in enger Verbindung mit den Abgeordneten Víctor De Gennaro und Claudio Lozano, langjährige Vorkämpfer und Organisatoren des seit Beginn der 1990er Jahre bestehenden Gewerkschaftsdachverbandes Central de Trabajadores de la Argentina (CTA). Es handelt sich um politische Gruppierungen, die seit der Krise im Jahr 2001 insbesondere in der Provinz und Stadt Buenos Aires sowie in Santa Fe aktiv sind. Zusammen erzielten sie 1,5 Millionen Stimmen – die Trotzlisten stellen drei Abgeordnete im Parlament. Diese Gruppierungen könnten sich mit anderen Blöcken zusammenschließen, um gemeinsam für Gesetze abzustimmen und als VertreterInnen der sozialen Protestbewegungen aufzutreten. Auch könnten sie versuchen, für die Wahlen 2015 Allianzen einzugehen. Als wichtigste Führungspersonen sind Jorge Altamira von der Arbeiterpartei (Partido Obrero) und Víctor De Gennaro, der Mitbegründer der CTA, zu nennen.

Noch ganz offen ist, wie sich Fernando Pino Solanas, der neue Senator der Stadt Buenos Aires, positionieren wird. Er wurde für die UNEN aufgestellt und hat langjährige Verbindungen zur CTA. Seine Haltung gegenüber dem herrschenden Wirtschaftssystem und der Entwicklung des Landes war in der Vergangenheit durchaus kritisch. Wiederholt hat er sich insbesondere gegen das Abkommen der staatlichen Erdölgesellschaft Yacimientos Petrolíferos Fiscales (YPF) mit Chevron zur Förderung «nichtkonventioneller» Brennstoffe mithilfe des Fracking-Verfahrens ausgesprochen. Wenn Solanas seine Positionen aufrechterhält und weiterhin für eine Verteidigung des Gemeinwohls und der nationalen Souveränität eintritt, könnte er sich der parlamentarischen Linken und insbesondere den Organisationen der Aktivisten für Soziales und Umwelt, die den Aufbau von politischen Alternativen anstreben, annähern.

#### **DIE ERGEBNISSE DER LANDESWEITEN WAHLLEN IN DEN WICHTIGSTEN WAHLBEZIRKEN**

Wichtig sind die Ergebnisse in den Provinzen und Gemeinden, denn die Regierungspartei, Kirchners Front für den Sieg, ist die dominante politische Kraft geblieben und verfügt nach wie vor über eine ausreichende Mehrheit, um Gesetze im Kongress durchzusetzen. Sie ist dafür nicht auf andere politische Kräfte im nationalen Parlament angewiesen. In der Provinz und den Städten Buenos Aires, Córdoba, Santa Fe und Mendoza gab es allerdings herbe Rückschläge. In 14 Wahlbezirken kam die Frente para la Victoria lediglich auf den zweiten, dritten und vierten Rang, nur in neun Provinzen lag sie auf dem ersten Platz. In den kommenden Jahren werden bundespolitische Fragen, vor allem im Hinblick auf die kommende Legislaturperiode (2015–2019), ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Das Regierungslager und die systemimmanenten Oppositionsgruppen bündeln gerade ihre Kräfte und bereiten sich darauf vor, ihre jeweiligen PräsidentschaftskandidatInnen ins Rennen zu schicken. Auch der Opposition geht es lediglich darum, den Kapitalismus in Argentinien möglichst gut zu verwalten. Weder während des zurückliegenden Wahlkampfes

noch in den ersten Bilanzierungen der Wahlergebnisse vom Oktober war die Rede von der Notwendigkeit eines grundlegenden Richtungswechsels in Wirtschaft und Gesellschaft. Es geht lediglich um geringfügige Kurskorrekturen und um die Behebung gewisser Schwächen bei der «erfolgreichen Integration» des Landes in das System eines globalisierten Kapitalismus in Zeiten der Krise.

#### **DER KIRCHNERISMO – BILANZ UND AUSBLICK**

Cristina Fernández de Kirchner ist noch zwei Jahre im Amt, was mit zahlreichen Ungewissheiten, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaftspolitik verbunden ist. Man könnte ihre gegenwärtige Regierungszeit als Teil einer Epoche betrachten, die mit Néstor Kirchner (2003–2007) begonnen hat und auf den zwei weitere Amtsperioden seiner Frau und Witwe folgten.

Um eine Bilanz dieses Jahrzehnts zu ziehen, sollte man sich die Ziele von Néstor Kirchner in Erinnerung rufen. In seiner Rede zum Amtsantritt vor zehn Jahren, am 25. Mai 2003, hatte er sich für den «Wiederaufbau des nationalen Kapitalismus» ausgesprochen. Über den nationalen Charakter lässt sich streiten, zumal die Bourgeoisie nicht national, also antiimperialistisch eingestellt ist. Aber es lässt sich nicht leugnen, dass der argentinische Kapitalismus über eine Kapitalaufwertung wirtschaftliche Probleme bewältigt hat. Seit Ende der Rezession (1998–2002) war ein durchschnittliches Wachstum von acht Prozent (2003–2011) zu verzeichnen – mit Ausnahme des Jahres 2009. Seit 2010 ist der Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung jedoch unbeständig und wird von sozialen Spannungen begleitet, die man versucht, mit einer umfassenden Sozialpolitik zu entschärfen. Diese wird wie in vielen Ländern Lateinamerikas durch Steuereinnahmen aus dem Export von Primärgütern finanziert. Fast vier Millionen Minderjährige erhalten Zahlungen aus dem Programm «Universelle Zuteilung für Kinder». Es verfügt zwar über umfangreiche Mittel, greift aber nicht «universell», sondern ist an Bedürftigkeit und Nachweis des Schulbesuchs gebunden. Außerdem bekommen noch zwei Millionen RentnerInnen, die keinen offiziellen Pensionsanspruch erworben haben, staatliche Unterstützung. 73 Prozent der etwa sechs Millionen anspruchsberechtigten RentnerInnen erhalten gerade mal eine Mindestsumme, mit der nur die Hälfte des Grundbedarfs gedeckt werden kann.

In den letzten zehn Jahren der wirtschaftlichen Erholung haben die transnationalen Unternehmen am meisten verdient, und zwar nicht nur im Bereich der Sojaproduktion oder im Bergbau, sondern auch in der Autofabrikation und im Bankensektor. Die obersten Plätze im Rentabilitätsranking – bezogen auf die letzten drei Jahre (2010–2012) – nehmen transnationale Unternehmen ein. Die einflussreichsten Wirtschaftskonzerne und -sektoren Argentiniens streiten sich um die Einnahmen, die über Preissteigerungen auf Kosten der Gesellschaft erwirtschaftet wurden. Seit 2007 steigt die Inflation in einer besorgniserregenden Geschwindigkeit um bis zu etwa 25 Prozent pro Jahr. Dieses Problem führt zu sozialer Unzufriedenheit und ist nach Ansicht verschiedener Beobachter ein Grund dafür, warum die hohe Unterstützung des Regierungslagers von 54 Prozent im Jahr 2011 auf 33 Prozent in diesem Jahr gesunken ist.

In den Jahren 2003 bis 2007 hat die Wirtschaftspolitik die Nachfrage nach unternehmerischen Gewinnen befriedigen, Arbeitsplätze schaffen und das relative Einkommen der ArbeiterInnen verbessern können. Statistisch lässt sich eine Verminderung der Arbeitslosigkeit von 21,5 Prozent Mitte

des Jahres 2002, also nach der großen Krise von 2001, auf 7 Prozent im Jahr 2013 nachweisen. Der Anteil der unterhalb der (Einkommens-)Armutslinie Lebenden ist von 57 Prozent im Jahr 2002 auf ein Drittel gefallen. Die Lohnverhandlungen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte wurden wieder aufgenommen, allerdings ist der Anteil der informellen Arbeitsverhältnisse an der Gesamtbeschäftigung lediglich von 48 Prozent (2002) auf heute 34 Prozent gesunken. Dieser informelle Arbeitsmarkt war in der argentinischen Geschichte bisher unbekannt.

Die gesellschaftliche Zustimmung zum Kirchnerismus basiert auf der aus Sicht von großen Teilen der Unternehmer und Arbeiterschaft erfolgreich verlaufenen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre. Sie wird in der gegenwärtigen Lage voraussichtlich schwinden. Es gibt als Problem nicht nur die Inflation, sondern weitere ernsthafte wirtschaftliche Herausforderungen wie zum Beispiel die Energiekrise. Die Regierung Kirchners ordnete 2012 die Teilenteignung von Repsol an, um damit auch YPF – das größte Erdölunternehmen des Landes, das 35 Prozent der Erdölproduktion des Landes verwaltet – zu verstaatlichen. Über YPF sollte das Treibstoffdefizit, das sich auf 13 Milliarden US-Dollar jährlich für Importe belief, ausgeglichen werden. Es wurden Verhandlungen mit dem transnationalen Unternehmen Chevron, einem der großen Ölkonzerne auf dem Weltmarkt, aufgenommen, um die Produktion von «nichtkonventionellen» Brennstoffen sicherzustellen. Dies ist auch für Chevron nicht ganz einfach. Zum einen haben die UreinwohnerInnen Ecuadors das Unternehmen auf 19 Milliarden US-Dollar Entschädigung verklagt, zudem regt sich vielerorts Widerstand gegen die Produktion von Brennstoffen mit dem zerstörerischen Verfahren des Fracking. Es haben sich in Argentinien bereits etwa 20 lokale Gemeinden, an deren Standorten dieses Verfahren zur Anwendung kommen soll, eindeutig dagegen ausgesprochen.

Wenn über Inflation oder Energiekrise diskutiert wird, geht es doch im Kern um das grundlegende Produktions- und Entwicklungsmodell des Landes. Die am Ende der Krise 2001 eingeführten Reformen sind offenbar an ihre Grenzen gestoßen, und man diskutiert jetzt vor allem darüber, wer den Kapitalismus in Argentinien am besten verwalten kann. Brennende Fragen zum Beispiel hinsichtlich der Zukunft des Sojaanbaus – der Verkauf von genmanipulierten Sojabohnen macht seit den 1990er Jahren etwa die Hälfte der Exporteinnahmen durch Primärgüter aus – bleiben jedoch von den KandidatInnen des Regierungslagers wie der systemimmanenten Opposition ausgeklammert. Sie beschäftigen sich ebenso wenig mit den steigenden Auslandsinvestitionen in den Großbergbau (vornehmlich Gold und Kupfer), der eine räuberische Ausbeutung der Gemeingüter darstellt, oder mit der Dynamik der Automobilindustrie ist, die zunehmend auf ausländisches Kapital und umfangreiche Importe von Autoteilen angewiesen ist, was wiederum für einen beträchtlichen Anteil des Devisendefizits in Argentinien verantwortlich ist.

Die Entwicklung des Wechselkurses Peso/US-Dollar ist der Schlüssel, um die soziale Unzufriedenheit im Land besser zu verstehen. Es existieren zwei Wechselkurse: ein offizieller, der bei etwa sechs Pesos pro Dollar liegt, und ein illegaler Parallelkurs, der bei zehn Pesos angesiedelt ist. Die zwei Kurse entstanden, als die Regierung für die Begleichung der Staatsschuld und für Importe dringend Devisen benötigte. Der US-Dollar ist auch für Wirtschaftsunternehmen von großer Bedeutung, die die allgemeine Rentabilität ihrer Produkte verbessern wollen und dafür auf Exporte zurückgrei-

fen, ebenso wie als Alternative für SparerInnen, die wegen des fehlenden Vertrauens in die eigene Währung und in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ihr Vermögen lieber in US-Dollars anlegen. Als die jetzige Regierung 2011 mit 54 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde, beschloss sie unterschiedliche Maßnahmen, unter anderem strenge Devisenrestriktionen, Importregulierungen, eine Einschränkung des Devisenerwerbs, die Begrenzung von Geldtransfers ins Ausland und die Erhöhung von Steuern für den Einsatz von Kreditkarten im Ausland – von Letzterem ist insbesondere der Tourismus betroffen. In diesem Zusammenhang wurde eine «Nachbesserung» angekündigt, durchgeführt wurde sie jedoch nie.

Im Wesentlichen war geplant, eine Verringerung der staatlichen Ausgaben über eine Einschränkung der öffentlichen Subventionen, etwa von Strom, Wasser, Gas oder öffentlichem Nahverkehr, zu erreichen. Es bleibt offen, wie, in welchem Umfang und wann die vor zwei Jahren angekündigte Wirtschaftspolitik von der Regierung, die jetzt eigentlich nur noch von einem Drittel der WählerInnen unterstützt wird, wieder in Angriff genommen wird. Der rasante Preisanstieg trägt auch zu verstärkten sozialen Konflikten bei. So hatten die Gewerkschaftsdachverbände CTA und CGT (Confederación General del Trabajo), die imstande sind, Massen zu mobilisieren und ihre Interessen angemessen zu vertreten, für den 20. November 2013 zu einem Generalstreik aufgerufen. Es überrascht nicht, dass die Unternehmerverbände die Forderung großer Teile der Bevölkerung nach Einkommensverbesserungen ablehnen und sich bei den Ende dieses Jahres beginnenden Lohnverhandlungen gegen Erhöhungen aussprechen werden.

Die Reise der ArgentinierInnen ins Ausland können zu einem Devisenabfluss von mehr als zehn Milliarden US-Dollar pro Jahr führen und die Kosten für Treibstoffimporte sich auf bis zu 13 Milliarden US-Dollar belaufen. Die argentinische Regierung hat sich aber vorgenommen, die noch ausstehenden Auslandsschulden des Landes zu begleichen. Nach Angaben der Präsidentin wurden in den letzten zehn Jahren mehr als 173 Milliarden US-Dollar an Auslandsschulden getilgt, unter Einsatz von internationalen, von der argentinischen Zentralbank verwalteten Währungsreserven. Dieser enorm hohe Betrag belastet den Staatshaushalt enorm. Von den internationalen Währungsreserven, die Ende 2011 mit 52 Milliarden US-Dollar ihren Höchststand erreicht hatten, sind jetzt gerade einmal noch etwas mehr als 34 Milliarden übrig. Die Situation verschlimmert sich noch dadurch, dass die Regierung in diesen Tagen die Urteile des Schiedsgerichts der Weltbank ICSID (Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten) anerkannt hat, wonach das Land über 670 Millionen US-Dollar an Entschädigungen an ausländische Konzerne zahlen muss. Argentinien ist das Land, das seit seinem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik (2002) am häufigsten beim ICSID verklagt worden ist.

Außerdem sind Investoren in den USA vor Gericht gezogen und fordern von der argentinischen Regierung 12 Milliarden US-Dollar zurück, die zur Umschuldung 2005 und 2010 vorgesehen waren. Hinzu kommen Forderungen in Höhe von mehr als 9 Milliarden US-Dollar, die der Pariser Club geltend machen könnte. Die Situation ist äußerst alarmierend. Der Peso wird wahrscheinlich weiter abgewertet werden, um ein Abdriften des «parallelen» oder illegalen Dollarkurses zu verhindern. Die Restriktionen im Devisenhandel, die Einfuhrbeschränkungen und die Strafverfolgung des illegalen Devisenverkehrs werden auf jedem Fall verschärft werden.

## **BILANZ VON DREI JAHRZEHNEN VERFASSUNGSMÄSSIGER REGIERUNGEN**

Das erste Jahrzehnt nach Ende der Militärdiktatur war geprägt von der Hoffnung auf die 1983 verabschiedete demokratische Verfassung und deren Einhaltung. In den Jahren 1987/88 begann die Institutionalisierung eines «regressiven» argentinischen Kapitalismus. Die 1985 gegen die Repräsentanten der Militärjunta erlassenen Urteile waren folgenreich: Sie ermöglichten der Gesellschaft, für die Einhaltung der Menschenrechte zu kämpfen.

Das zweite Jahrzehnt begann mit einer wirtschaftlichen Öffnung, einer prekären Eingliederung in den internationalen Weltmarkt, Flexibilisierungen auf dem Arbeitsmarkt, Privatisierungen von staatlichen Betrieben, der Ausweitung des Sojaanbaus sowie des Großbergbaus und endete mit der Krise von 1999, die bis 2003 anhielt. In dieser Phase unter der Präsidentschaft von Eduardo Duhalde (2002/03) ging es darum, «die Ordnung wiederherzustellen», die der Volksaufstand vom Dezember 2001 erschüttert hatte. Man kehrte mit aller Macht zur Normalität des Kapitalismus zurück.

Das dritte Jahrzehnt begann mit dem Vorschlag von Néstor Kirchner, «den nationalen Kapitalismus wiederherzustellen», und endete, ohne dass der Einfluss des ausländischen Kapitals, die Macht der transnationalen Unternehmen etwa im Bereich der Biotechnologie oder die Dominanz der Sojamonokulturen und der exportorientierten Produktion verringert worden wäre. Außerdem war das Jahrzehnt gekennzeichnet durch den Großbergbau, die Macht der transnationalen Banken, die Automobilindustrie, die Hypothek einer steigenden Staatsverschuldung, die Auflagen des IWF und der Weltbank sowie die Übereinkommen mit dem ICSID und dem Pariser Club.

In den drei Jahrzehnten war eine Koalition aus Parteien und Gruppierungen an der Macht, an deren Spitze weiterhin die Peronisten und die Unión Cívica Radical (UCR) stehen, die – auch das ein Ausdruck der politischen Krise – ohne klares Profil auf Stimmenfang gehen. Dies wäre der passende Moment für die Linke, eine politische Alternative anzubieten. Den ständigen Angriffen des Kapitals auf die Arbeiterschaft und die Natur müssen Grenzen gesetzt werden, damit eine neue Art sozialer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Organisation für die Befreiung der argentinischen Gesellschaft entstehen kann.

Julio C. Gambina promovierte am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universidad Nacional von Buenos Aires (UBA). Er ist Professor für Wirtschaftspolitik an der juristischen Fakultät der Universidad Nacional von Rosario und Vorsitzender der Fundación de Investigaciones Sociales y Políticas (Stiftung für Sozial- und Politikforschung).  
Übersetzung: Barbara Schlüter

<sup>1</sup> Die Angaben stammen vom Innen- und Verkehrsministerium (vgl. <http://www.mininterior.gov.ar>). Genauere Angaben auf der Grundlage von 97,34 Prozent der ausgezählten Stimmen finden sich unter: <http://www.resultados.gob.ar/resultados/99/DDN99999.htm>.



**Redaktion**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Bereich Politische Kommunikation  
Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin  
Tel. +49 30 44310-130 · heine@rosalux.de

**Bestellung von Druckexemplaren**

(auch der einzelnen Standpunkte) – soweit vorrätig

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Bereich Politische Kommunikation  
Karin Malingriaux  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin  
Tel. +49 30 44310-123 · bestellung@rosalux.de

**Download als PDF**

(auch der einzelnen Standpunkte) unter  
[www.rosalux.de/publikationen](http://www.rosalux.de/publikationen)

